

HISTORISCH  
POLITISCHE  
MITTEILUNGEN

Archiv für  
Christlich-Demokratische  
Politik

4/1997

**HISTORISCH-POLITISCHE  
MITTEILUNGEN**

**Archiv für  
Christlich-Demokratische Politik**

Herausgegeben von der  
Konrad-Adenauer-Stiftung

4. Jahrgang  
1997



**BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN**

## HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN

Archiv für Christlich-Demokratische Politik

4. Jahrgang 1997

### *Herausgeber:*

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

### *Schriftleitung:*

Dr. Günter Buchstab

Prof. Dr. Hans-Otto Kleinmann

Dr. Felix Becker (Redaktion)

### *Anschrift von Schriftleitung und Redaktion:*

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Wissenschaftliche Dienste

Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Rathausallee 12

53757 Sankt Augustin bei Bonn

Tel. 02241 / 246 210

Fax 02241 / 246 669

e-mail: x.400: c=de; a=dbp; p=kas; o=wd; s=zentrale-wd

internet: zentrale-wd@wd.kas.de

### *Verlag:*

Böhlau Verlag GmbH & Cie, Theodor-Heuss-Straße 76, D-51149 Köln

Die Zeitschrift »HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN/Archiv für Christlich-Demokratische Politik« erscheint einmal jährlich mit einem Heftumfang von ca. 260 Seiten. Der Preis beträgt DM 38,-. Ein Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn die Kündigung nicht zum 1. Dezember erfolgt ist. Zuschriften, die Anzeigen und Vertrieb betreffen, werden an den Verlag erbeten.

© 1997 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln

Alle Rechte vorbehalten

Einbandgestaltung: Stephanie Jancke, Köln

Satz: Richarz Publikations-Service, Sankt Augustin

Druck und Verarbeitung: MVR-Druck, Brühl

ISSN 0943-691X

## Inhalt

### AUFSÄTZE

<i>Nils Goldschmidt</i> Die Entstehung der Freiburger Kreise . . . . .	1
<i>Angela Keller-Kühne</i> Frauen im demokratischen Aufbau. Zur Gründungsgeschichte der CDU in Hessen . . . . .	19
<i>Hans-Heinrich Jansen</i> Karl Georg Pfeleiderers Gegenentwürfe zur Deutschlandpolitik Adenauers . . . . .	35
<i>Jan Lipinsky</i> Das Sowjetische Speziallager Nr. 2: Buchenwald 1945-1950 . . . . .	73
<i>Franz-Josef Kos</i> Der Fall Dertinger und die Ost-CDU. Ein Stimmungsbild aus den Monaten Januar und Februar 1953 . . . . .	105
<i>Wolfgang Jäger und Michael Walter</i> Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) im Transformationsprozeß 1989/90 . . . . .	141

### TAGUNG

Soziale Marktwirtschaft. Konzeptionen, Widerlager, Potentiale. Referate einer Tagung in der Konrad-Adenauer-Stiftung, 14. Mai 1997	
<i>Günther Schulz</i> Soziale Marktwirtschaft in der historischen Perspektive. Eine Einführung . . . . .	169

*Otto Schlecht*

Ludwig Erhard und die politische Gestaltung der Sozialen Marktwirtschaft . . . . . 175

*Dieter Reuter*

Soziale Marktwirtschaft und Rechtsentwicklung . . . . . 191

*Rainer Klump*

Soziale Marktwirtschaft: Vom Wirtschaftsordnungsmodell zum gesellschaftspolitischen Leitbild? . . . . . 221

*Manfred E. Streit*

Die Soziale Marktwirtschaft – Auslauf- oder Exportmodell? . . . 239

## DOKUMENTATION

*Günter Beaugrand*

Zeitzeuge am Redaktionstisch. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und der Bund der Verfolgten des Naziregimes (BVN) im Spiegel ihrer Presseorgane . . . . . 261

## LITERATUR

*Yorck Dietrich*

Die Erhard-Biographie von Volker Hentschel . . . . . 283

*Hildegard Krengel*

Festschriften zum 50jährigen Bestehen der CDU und ihrer Vereinigungen . . . . . 301

## ARCHIVALISCHE NACHRICHTEN

*Günter Buchstab*

Die Sektion der Partei- und Parlamentsarchive im Internationalen Archivrat . . . . . 321

ABSTRACTS (325) – Résumés (328) – Resúmenes (331) – Zusammenfassungen (335) . . . . . 325

Die Mitarbeiter dieses Bandes . . . . . 339

# Die Entstehung der Freiburger Kreise\*

Von Nils Goldschmidt

Die Freiburger Kreise<sup>1</sup> fanden in der Literatur über den Widerstand lange Zeit nur wenig Beachtung. Dies ist um so erstaunlicher, als den Freiburgern neben einigen anderen bemerkenswerten Merkmalen<sup>2</sup> ein nicht zu unterschätzender Einfluß auf die wirtschaftspolitische Nachkriegsentwicklung zukommt: Die Kreise symbolisieren geradezu die Verflechtung der »Geschichte der nachkriegsdeutschen Sozial- und Wirtschaftsordnung mit der Geschichte des Widerstandes gegen die nationalsozialistische Diktatur«<sup>3</sup>.

In dieser Untersuchung soll nicht so sehr die unbestrittene wirtschaftspolitische Bedeutung der Freiburger Schule im Vordergrund stehen. Vielmehr

---

\* Der Aufsatz ist ein gekürzter Auszug aus meiner Diplomarbeit, die 1995 mit dem Bernhard-Weite-Preis der Theologischen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg ausgezeichnet wurde.

1 Die Frage, ob eher die Bezeichnung »Freiburger Kreis« oder der Plural »Freiburger Kreise« angemessen ist, wird in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung unterschiedlich beurteilt. Vgl. Christine BLUMENBERG-LAMPE, *Das wirtschaftspolitische Programm der »Freiburger Kreise«. Entwurf einer freiheitlich-sozialen Nachkriegswirtschaft. Nationalökonomien gegen den Nationalsozialismus*, Berlin 1973, S. 53, sowie *Der Weg in die Soziale Marktwirtschaft. Referate, Protokolle, Gutachten der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath 1943-1947*, bearbeitet von C. BLUMENBERG-LAMPE, mit einem Vorwort von Norbert KLOTEN, Stuttgart 1986, S. 18, und C. BLUMENBERG-LAMPE, *Oppositionelle Nachkriegsplanung: Wirtschaftswissenschaftler gegen den Nationalsozialismus*, in: Eckhard JOHN u. a. (Hrsg.), *Die Freiburger Universität in der Zeit des Nationalsozialismus*, Würzburg 1991, S. 207; dagegen: Ernst SCHULIN, *Einführung*, in: Dagmar RÜBSAM/Hans SCHADEK (Hrsg.), *Der »Freiburger Kreis«. Widerstand und Nachkriegsplanung 1933-1945. Katalog einer Ausstellung*, mit einer Einführung von Ernst SCHULIN (Veröffentlichungen aus dem Archiv der Stadt Freiburg im Breisgau, Bd. 25), Freiburg 1990, S. 8, sowie den vermittelnden Standpunkt von Ulrich KLUGE, *Der »Freiburger Kreis« 1938-1945. Personen, Strukturen und Ziele kirchlich-akademischen Widerstandsverhaltens gegen den Nationalsozialismus*, in: *Freiburger Universitätsblätter* 27 (1988), S. 20. Trotz plausibler Argumente für die einzelnen Positionen wird im folgenden von »Kreisen« gesprochen, da ungeachtet weitreichender personeller und inhaltlicher Überschneidungen in dieser Arbeit die Eigenständigkeit der einzelnen Freiburger Kreise im Vordergrund stehen soll. Es sei weiterhin darauf verwiesen, daß auch die Freiburger Kreise nur einen Ausschnitt der Freiburger Opposition gegen das Hitler-Regime repräsentieren.

2 »Erstens ist er der einzige bekanntgewordene Widerstandskreis von Universitätsprofessoren ... Zweitens handelt es sich bei dem Freiburger Kreis ... um die besondere und seltene Verbindung von Professoren und Pfarrern ... Drittens läßt sich sagen, daß der Freiburger Kreis ein besonders umfassendes und reiches Schrifttum hinterlassen hat ... Schließlich viertens handelt es sich bei den Freiburgern um die einzige Oppositionsgruppe, die sich aus Anlaß der Judenverfolgung gebildet hat,« so E. SCHULIN (wie Anm. 1), S. 8.

3 U. KLUGE (wie Anm. 1), S. 40.

wird auf historische Aspekte fokussiert, die anhand der Entstehung der Freiburger Kreise ein beeindruckendes Beispiel couragierter, christlich geprägter Opposition zum Nationalsozialismus dokumentieren.<sup>4</sup>

### 1. Nationalsozialistische Machtergreifung und Freiburger Universität

Bis zum Wintersemester 1932/33 bestand unter dem Rektorat des Kirchengeschichtlers Joseph Sauer an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg trotz der politischen Stürme jener Zeit die Hoffnung, akademische Freiräume bewahren zu können.<sup>5</sup> Einen Riß erhielt der bis dahin andauernde »hochschulpolitische Scheinfriede«<sup>6</sup> durch die mangelnde Unterstützung der Freiburger Professoren für einen von mehr als dreihundert Hochschullehrern unterzeichneten Wahlauf Ruf zugunsten der NSDAP.<sup>7</sup> Immer mehr geriet die Freiburger Universitätsleitung in Gegensatz zur nationalsozialistischen Regierung in Karlsruhe. Der Gegensatz wurde durch die Auseinandersetzung um den unter nationalsozialistische Kritik geratenen Freiburger Oberbürgermeister und Zentrumspolitiker Bender verschärft.<sup>8</sup>

Die Ereignisse um Bender hatten weitreichende Konsequenzen für die Entwicklung an der Freiburger Universität. Der designierte Nachfolger Sauers im Rektoratsamt, der Mediziner Wilhelm von Möllendorff, wurde am 11. April 1933 als Haupt einer Freiburger Abordnung beim Reichskommissar Wagner vorgestellt und trat entschieden für den Oberbürgermeister ein. Doch bereits tags zuvor war eine Entscheidung gegen Bender und für den NSDAP-Kreisleiter Kerber gefallen.<sup>9</sup> Zwar trat von Möllendorff am 15. April noch sein Rektorat an, doch schon bald geriet er unter massiven

4 Entsprechend diesem Blickwinkel wird bewußt der weitreichende nationalökonomische Kontext ausgeblendet. In einem späteren Beitrag soll die besondere Bedeutung des Freiburger Nationalökomen Walter Eucken, vor allem für die wirtschaftspolitischen Überlegungen des Freiburger Bonhoeffer-Kreises, verdeutlicht werden.

5 Vgl. Bernd MARTIN, *Universität im Umbruch: Das Rektorat Heidegger 1933/34*, in: E. JOHN u. a. (wie Anm. 1), S. 11.

6 EBD., S. 12.

7 Nur zwei Dozenten schlossen sich dem Aufruf an. Vgl. B. MARTIN, *Die Universität Freiburg im Breisgau im Jahre 1933. Eine Nachlese zu Heideggers Rektorat*, in: *Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins* 136 (1988), S. 452, und B. MARTIN, *Universität im Umbruch* (wie Anm. 6), S. 12.

8 Vgl. B. MARTIN, *Die Universität Freiburg* (wie Anm. 7), S. 452, und B. MARTIN, *Universität im Umbruch* (wie Anm. 5), S. 13.

9 Vgl. Hugo OTT, *Martin Heidegger als Rektor der Universität Freiburg i. Br. 1933/34. I. Die Übernahme des Rektorats der Universität Freiburg i. Br. durch Martin Heidegger im April 1933*, in: *Zeitschrift des Breisgau-Geschichtsvereins (»Schau-ins-Land«)* 102 (1983), S. 125. Zum Ganzen vgl. auch Thomas SCHNABEL, *Die Gleichschaltung der kommunalen Verwaltung: Das Beispiel Freiburg*, in: *1933. Machtergreifung in Freiburg und Südbaden. Katalog zur Ausstellung vom 31.1.-20.3.1983 in der Universitätsbibliothek*, Freiburg 1983, S. 43 f.

Druck.<sup>10</sup> Diesem Drang der »neuen Kräfte« vermochte der Rektor nicht lange entgegenzuwirken, so daß er am 20. April sein Amt zur Verfügung stellte. Einen Tag später wählte »der hastig einberufene und erstmals um die jüdischen Professoren reduzierte Große Senat«<sup>11</sup> den Philosophen Martin Heidegger zum neuen Rektor.<sup>12</sup>

Die Freiburger Rektoratszeit Heideggers ist Gegenstand vieler wissenschaftlicher Veröffentlichungen jüngeren Datums<sup>13</sup> und kann hier nur kurz beleuchtet werden. Sie war bedeutsam für die Entwicklung der Albert-Ludwigs-Universität in der nationalsozialistischen Zeit und hatte damit auch direkte und indirekte Auswirkungen auf die Entstehung der Freiburger Kreise.

Spätestens mit dem Eintritt des Philosophen in die NSDAP am 1. Mai 1933 feierte der Nationalsozialismus den Rektoratswechsel als Triumph seiner Sache.<sup>14</sup> In seiner »berühmt-berüchtigten«<sup>15</sup> Rede zur Rektoratsübernahme über »Die Selbstbehauptung der deutschen Universität« beanspruchte Heidegger die »geistige Führung«<sup>16</sup> der Universität für sich, d. h. er strebte die Verwirklichung des Führerprinzips innerhalb der gesamten Universität als das »wichtigste Anliegen«<sup>17</sup> des neuen Rektors an.

Walter Eucken, seit 1927 Professor für Volkswirtschaftslehre in Freiburg, erkannte schon bald diese Ambitionen Heideggers, wie ein Tagebucheintrag Sauers vom 13. Mai 1933<sup>18</sup> nahelegt. Diesem Eintrag zufolge beklagte sich

10 Vgl. »Herr von Möllendorff als Rektor der Universität unhaltbar«, in: *Der Alemanne. Kampfblatt der Nationalsozialisten Oberbadens*, Folge 121 vom 3. Mai 1933, S. 2.

11 B. MARTIN, *Martin Heidegger und der Nationalsozialismus. Der historische Rahmen*, in: B. MARTIN (Hrsg.), *Martin Heidegger und das »Dritte Reich«. Ein Kompendium*, Darmstadt 1989, S. 23.

12 Heidegger erhielt 52 Stimmen, bei nur einer Gegenstimme und drei Enthaltungen.

13 Vgl. z. B. Victor FARIAS, *Heidegger und der Nationalsozialismus*, Frankfurt 1989, insbesondere S. 131-258; B. MARTIN, *Universität im Umbruch* (wie Anm. 5); B. MARTIN, *Die Universität Freiburg* (wie Anm. 8), S. 445-477; B. MARTIN, *Heidegger und die Reform der deutschen Universität 1933*, in: *Freiburger Universitätsblätter* 25 (1986), S. 49-69; B. MARTIN (wie Anm. 11) und H. OTT, *Martin Heidegger. Unierwegs zu seiner Biographie*, Frankfurt-New York 1988, insbesondere S. 131-246; H. OTT, *Martin Heidegger als Rektor der Universität Freiburg i. Br. 1933/34*, in: *Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins* 132 (1984), S. 343-358; H. OTT, *Martin Heidegger als Rektor der Universität Freiburg i. Br. 1933/34. II Die Zeit des Rektorats von Martin Heidegger (23. April 1933 bis 23. April 1934)*, in: *Zeitschrift des Breisgau-Geschichtsvereins (»Schau-ins-Land«)* 103 (1984), S. 107-130, und H. OTT, *Martin Heidegger als Rektor I* (wie Anm. 9), S. 121-136.

14 Vgl. »Der Philosoph Heidegger in die NSDAP eingetreten«, in: *Der Alemanne. Kampfblatt der Nationalsozialisten Oberbadens*, Folge 121 vom 3. Mai 1933, S. 2.

15 Bruno W. REIMANN, *Die »Selbst-Gleichschaltung« der Universitäten 1933*, in: Jörg TRÖGER (Hrsg.), *Hochschule und Wissenschaft im Dritten Reich*, Frankfurt-New York 1984, S. 47.

16 Martin Heidegger, *Die Selbstbehauptung der deutschen Universität. Das Rektorat 1933/34 – Tatsachen und Gedanken*, Frankfurt 1983, S. 9.

17 B. MARTIN, *Universität im Umbruch* (wie Anm. 5), S. 15.

18 Also noch vor der öffentlichen Amtsübernahme Heideggers am 27. Mai.

Eucken, daß es »den Eindruck macht, als ob er [Heidegger, d. Verf.] ganz nach dem Prinzip des Führersystems fuhrwerken wolle. Heidegger fühle sich offenbar als der geborene Philosoph und geistige Führer der neuen Bewegung, als der einzige und überlegende Denker seit Heraklit«<sup>19</sup>.

Eucken trat dem Rektor selbstbewußt entgegen. In der Senatssitzung vom 12. Juli stellte er eine Anfrage bezüglich der Besetzung des jüdischen Verbindungshauses »Neo-Friburgia«, die von Heidegger aber mit Verweis auf »höhere« Stellen aufgeschoben wurde.<sup>20</sup> Insgesamt avancierte Eucken bereits in dieser Zeit zum »Sprecher der latenten Opposition im Senat«<sup>21</sup> und sein Protest verdeutlicht, daß »Heideggers radikaler Kurs ... zu einer bis über 1945 andauernden Polarisierung der Freiburger Professorenschaft«<sup>22</sup> führte.

Als Kristallisationspunkt dieser Auseinandersetzungen kann man die Kontroverse um den Juristen Erik Wolf ansehen. Der spätere Mitarbeiter an der Anlage 5 (»Rechtsordnung«) der Denkschrift des Freiburger Bonhoeffer-Kreises war anfänglich glühender Gefolgsmann Heideggers. Zunächst im Amt eines sogenannten Plenarsenators, wurde Wolf am 1. Oktober durch den Rektor zum Dekan der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät ernannt.<sup>23</sup>

Das Verhalten Wolfs weckte »mehr und mehr eine Opposition innerhalb der Fakultät, deren Anführer Walter Eucken gewesen ist, der aber auch [die Juristen, d. Verf.] von Marschall und von Schwerin zuzurechnen sind«<sup>24</sup>. Nicht so sehr politische Gründe als vielmehr die Art und Weise der Amtsführung ließen Eucken und Wolf im Verlauf der letzten Senatssitzung im Sommersemester 1933 heftig aneinander geraten. Bei einem Besuch bei Sauer beklagte Eucken, »daß in seiner Fakultät die Entrüstung gegen Wolf fast allgemein sei, da er sich in einen solchen Fanatismus und Verkennung aller Rechtslagen hineingearbeitet habe, gleichzeitig aber in eine solche

19 Zit. nach: H. OTT, *Martin Heidegger als Rektor II* (wie Anm. 13), S. 109. Vgl. auch B. MARTIN, *Universität im Umbruch* (wie Anm. 5), S. 14.

20 Vgl. D. RÜBSAM/H. SCHADEK (wie Anm. 1), S. 27.

21 EBD., S. 26. Neben Euckens deutlicher Kritik an Heidegger habe der Nationalökonom, so das Zeugnis von Irene Oswald-Eucken, bereits auf dem Erfurter Rektorentag 1933 den (vergeblichen) Versuch unternommen, die Universitäten gegen Hitler zu mobilisieren; vgl. Irene OSWALT-EUCKEN, *Freedom and Economic Power: Neglected Aspects of Walter Eucken's Work*, in: *Journal of Economic Studies* 21 (1994), S. 38.

22 Vgl. D. RÜBSAM/H. SCHADEK (wie Anm. 1), S. 26.

23 Vgl. Alexander HOLLERBACH, *Im Schatten des Jahres 1933: Erik Wolf und Martin Heidegger*, in: *Freiburger Universitätsblätter* 25 (1986), insbesondere S. 40. Dort finden sich Passagen aus einem nicht abgeschickten Brief Wolfs an Karl Barth, der vor allem Wolfs Verhalten in den Jahren 1933/34 beleuchtet.

24 A. HOLLERBACH, *Juristische Lehre und Forschung in Freiburg in der Zeit des Nationalsozialismus*, in: E. JOHN u.a. (wie Anm. 1), S. 95.

abgöttische Anbetung von Heidegger, daß er für normale Empfindungen nichts mehr übrig habe«<sup>25</sup>.

Diese Querelen veranlaßten Wolf dazu, bereits am 7. Dezember seinen Rücktritt anzubieten, der aber für Heidegger nicht in Frage kam. Doch gab der immer wieder neu aufflammende Streit um Wolf letztlich – zumindest formell – den Anlaß für den Rücktritt Heideggers vom Rektoratsamt. Kontrovers wurde dabei insbesondere die Besetzung eines vakanten Lehrstuhls für Nationalökonomie zwischen Rektor und Dekan einerseits und den Mitgliedern der Fakultät andererseits beurteilt. Im Wintersemester 1933/34 hatte Adolf Lampe<sup>26</sup> diesen Lehrstuhl vertreten.

Lampe, später Kernmitglied der Freiburger Kreise, war zwar national gesinnt, aber entschiedener Gegner des Nationalsozialismus. Gegen Wolfs Intrigen mit dem Ziel, den Nationalökonom aus dem Amt zu entfernen, legte Lampe beim Kultusminister Dienstaufsichtsbeschwerde ein. Als Heidegger von der Dienstaufsichtsbeschwerde erfuhr, fühlte er sich vom Ministerium übergangen und nahm dies als willkommenen Anlaß, am 23. April sein Rücktrittsgesuch einzureichen. Zweifellos war der ganze Vorfall für Heidegger eine günstige Gelegenheit, sein mißglücktes Rektorat zu beenden.<sup>27</sup>

Erik Wolf befreite sich später »unter seelischen Qualen«<sup>28</sup> vom »Irrtum in dieser Sache«<sup>29</sup> und spätestens mit dem Jahr 1937 war für Wolf die Wende »zu immer stärkerer Distanzierung, ja zum Widerstand«<sup>30</sup> vollzogen.

Nach der Rektoratszeit Heideggers trat an der Freiburger Universität allmählich »wieder einige Beruhigung«<sup>31</sup> ein. Nachfolger wurde der Jurist

25 Zit. nach H. OTT, *Martin Heidegger als Rektor, II* (wie Anm. 13), S. 116. Darüber hinaus berichtete Eucken weiter, »Wolf habe, auf das Schicksal des mit ihm befreundeten [jüdischen, d. Verf.] Kollegen Gerhart Husserl angesprochen ..., nur ein bedauerndes Achselzucken gehabt. Als Gerhart Husserl unlängst Erik Wolf getroffen habe, habe Wolf geäußert: »Es ist ja sehr bedauerlich, daß Sie jetzt in eine solche unangenehme Lage gekommen sind. Das ist aber ein von Gott geschicktes Martyrium, das Sie würdig tragen müssen und bei dem auch niemand Ihnen helfen darf.« H. OTT, *Biographie* (wie Anm. 13), S. 227.

26 Zur Biographie Lampes vgl. insbesondere Wilfried SCHULZ, *Adolf Lampe und seine Bedeutung für die »Freiburger Kreise« im Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, in: Jürgen SCHNEIDER/Wolfgang HARBRECHT (Hrsg.), *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland 1933-1993* (Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 63), Stuttgart 1996, S. 219-250.

27 Zu diesen Vorgängen vgl. H. OTT, *Biographie* (wie Anm. 13), S. 234-237.

28 H. OTT, *Martin Heidegger als Rektor II* (wie Anm. 13), S. 115.

29 A. HOLLERBACH, *Erik Wolf und Martin Heidegger* (wie Anm. 23), S. 35.

30 EBD., S. 45. Vgl. auch: A. HOLLERBACH, *Zu Leben und Werk Erik Wolfs*, in: Erik Wolf, *Studien zur Geschichte des Rechtsdenkens. Ausgewählte Schriften III*, hrsg. v. Alexander HOLLERBACH, Frankfurt/M. 1982, insbesondere S. 247-258.

31 Constantin von DIETZE, *Die Universität Freiburg im Dritten Reich*, in: *Mitteilungen der List-Gesellschaft*, Fasc. 3 (1960/61), Nr. 3, S. 96. Vgl. auch: Klaus SCHWABE/Rolf REICHARDT (Hrsg.), *Gerhard Ritter. Ein politischer Historiker in seinen Briefen* (Schriften des Bundesarchivs 33), Boppard 1984, S. 269.

Eduard Kern, ein anerkanntes Mitglied der Universität. In seiner Amtsführung war er ein »perfektes Aushängeschild«<sup>32</sup> für die Nationalsozialisten. Sein Wirken gab »ein Beispiel für eine gewissenhafte und systematische Umsetzung der nationalsozialistischen Universitätspolitik in die alltägliche Praxis«<sup>33</sup>.

## 2. Erste Keimzellen des Widerstandes

Neben einzelnen Aktionen formierte sich seit 1933 immer mehr eine organisierte universitäre Opposition, die zunächst eine kritische Reflexion der aktuellen Situation versuchte. Zu erwähnen sind dabei die Gemeinschafts-seminare der beiden Juristen Franz Böhm<sup>34</sup> und Hans Großmann-Doerth zusammen mit Walter Eucken. Diese eine Wurzel der Freiburger Schule schaffte die »menschliche Basis ...«, die das spätere mutige Eintreten der Studenten für ihre Professoren erklärt«<sup>35</sup>. Darüber hinaus wurden die Vorlesungen Walter Euckens, dessen politische Meinung damals »die Spatzen von den Dächern«<sup>36</sup> pfeifen, »zum Treffpunkt all derer, die wie Eucken Hitler und sein Regime verabscheuten«<sup>37</sup>. So konnte sich die Freiburger Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät zunächst weitgehend von den Auswirkungen des Systems freimachen<sup>38</sup>, und es war für die Professoren »in diesen Jahren beglückend leicht, die Verbundenheit der Studenten in der Ablehnung des tyrannischen Regimes zu gewinnen«<sup>39</sup>. Dieses Ansehen der Fakultät war für viele Studenten ein Impuls, ihr Studium in Freiburg

32 Timotheus-Hein MAAS, *Der alltägliche Nationalsozialismus an der Universität: Das Rektorat Kern (1934-36)*, in: E. JOHN u. a. (wie Anm. 1), S. 32.

33 EBD., S. 32. Ähnlich äußert sich Gerhard Ritter über Rektor Kern: »Ein braver Stahlhelmer ist sein [Heideggers, d. Verf.] Nachfolger geworden.« Zit. nach: K. SCHWABE/R. REICHARDT (wie Anm. 31), S. 269. Zu einer anderen Einschätzung gelangt Hans-Heinrich JESCHECK: »Kern ... hat ... unter schwerstem politische[m] Druck gefährdete Kollegen geschützt, Eingriffe von Parteistellen in die Universität abgewehrt und die Freiheit von Forschung und Lehre verteidigt«. Er bestätigt Kern ein »mutiges Wirken als Freiburger Rektor«. Hans-Heinrich JESCHECK, *Eduard Kern – Leben und Werk. Rede bei der Akademischen Gedenkfeier des Fachbereichs Rechtswissenschaft der Universität Tübingen am 18. Mai 1973*, in: *Goldammer's Archiv für Strafrecht* 1973, S. 236.

34 Zur Biographie Böhm's vgl. z. B. Hans Otto LENEL, *Zum 100. Geburtstag von Franz Böhm*, in: *ORDO* 46 (1995), S. 3-7.

35 C. BLUMENBERG-LAMPE, *Oppositionelle Nachkriegsplanung* (wie Anm. 1), S. 209.

36 Franz BÖHM, »*Freiburger Schule und Nationalsozialismus*«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 24. Mai 1955, S. 7.

37 Hans Herbert GÖTZ, »*Walter Eucken und die Freiburger Schule*«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 21. März 1970, S. 15.

38 So urteilt jedenfalls C. von DIETZE, *Universität Freiburg* (wie Anm. 31), S. 102. Vgl. auch *Ansprache des Rektors C. v. Dietze bei der Immatrikulationsfeier am 26. Februar 1947*, Freiburg 1947, S. 3.

39 C. von DIETZE, *Die Universität Freiburg* (wie Anm. 31), S. 100.

zu absolvieren.<sup>40</sup> Dennoch mußte 1936 das genannte Gemeinschaftsseminar auf politischen Druck hin aufgegeben werden und ging im Seminar des emeritierten Nationalökonomten Karl Diehl auf.

Diehl<sup>41</sup>, Professor für Volkswirtschaftslehre, bot seit dem Wintersemester 1933/34 ein Seminar zum Thema »Der Einzelne und die Gemeinschaft« an.<sup>42</sup> Diese Runde würde zu einer »Keimzelle«<sup>43</sup> der späteren Freiburger Kreise. Das Seminar fand bis zum Tod des Professors 1943 regelmäßig in dessen Wohnung statt.<sup>44</sup> Eine Beschreibung der dort üblichen Arbeitsweise gab Constantin von Dietze:

»Hier fanden sich vertrauenswürdige Kollegen und Assistenten aus allen Fakultäten zu fachlicher, in wissenschaftlicher Wahrhaftigkeit und Offenheit getriebener Arbeit zusammen. Der eigentlichen Seminarsitzung folgte jedesmal eine ungezwungene Unterhaltung. In ihr wurden ungescheut die politischen Ereignisse besprochen. Und obwohl dabei auch meist die neuesten politischen Witze erzählt wurden, obwohl man fröhlich genoss, sich

40 Vgl. D. RÜBSAM/H. SCHADEK (wie Anm. 1), S. 34, und C. BLUMENBERG-LAMPE, *Das wirtschaftspolitische Programm der »Freiburger Kreise«* (wie Anm. 1), S. 15. Vgl. auch Gerhard RITTER, *Der deutsche Professor im »Dritten Reich«*, in: *Die Gegenwart* 1 (1945/46), S. 24, und C. von DIETZE, *Der Zerfall der Wahrheit im Dritten Reich*, Freiburg 1946, S. 11. Dagegen: U. KLUGE (wie Anm. 1), S. 23, Anm. 10, der sich zu Recht gegen allzu »verklärende Erinnerungen« ausspricht.

41 Zu Biographie und Werk vgl. Walter EUCKEN, *Karl Diehl und die Entwicklung der deutschen Nationalökonomie*, in: *Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik* 158 (1943), S. 177-185, und Anette VÖLKER, *Auf den Spuren von Prof. Karl Diehl. Bleistift, Briefpapier und Kaffeetasse*, in: *Freiburger Forum* 12 (1988), S. 7-8.

42 *Vorlesungsverzeichnis für das Sommerhalbjahr 1933/34 nebst Personalverzeichnis und Zählung der Studierenden vom Winterhalbjahr 1933/34*, Freiburg, o. J., S. 23. Im WS 1993/34 war das Seminar nur als »Seminar für Vorgerücktere« umschrieben. Vgl. *Vorlesungsverzeichnis für das Wintersemester 1933/34 und Personalverzeichnis sowie Statistik der Studierenden vom Sommersemester 1933*, Freiburg, o. J., S. 13. In der Literatur sind die genannten Fakten überraschend uneinheitlich. Z. B. läßt Blumenberg-Lampe das Seminar erst im Wintersemester 1934/35 beginnen. Vgl. C. BLUMENBERG-LAMPE, *Das wirtschaftspolitische Programm der »Freiburger Kreise«* (wie Anm. 1), S. 16, und C. BLUMENBERG-LAMPE, *Oppositionelle Nachkriegsplanung* (wie Anm. 1), S. 208; vgl. aber auch A. VÖLKER (wie Anm. 41), S. 7, und D. RÜBSAM/H. SCHADEK (wie Anm. 1), S. 31.

43 C. BLUMENBERG-LAMPE, *Das wirtschaftspolitische Programm der »Freiburger Kreise«* (wie Anm. 1), S. 17. Es erscheint fraglich, warum man diese Annahme in Frage stellen sollte; vgl. U. KLUGE (wie Anm. 1), S. 25. Zum einen initiierte ein Teil des Diehl-Seminars das spätere »Konzil«, zum anderen belegen das Zeugnis von Dietzes (s. u.) und die Mitarbeit des »fachfremden« Historikers Ritter (s. u.) die Ausrichtung der Teilnehmer nicht allein auf fachspezifische Themen. Vgl. auch: C. BLUMENBERG-LAMPE, *Oppositionelle Nachkriegsplanung* (wie Anm. 1), S. 208 f., und A. VÖLKER (wie Anm. 41), S. 8.

44 Vgl. C. von DIETZE, *Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Freiburg in den ersten Jahrzehnten des zwanzigsten Jahrhunderts*, in: Hans Julius Wolff (Hrsg.), *Aus der Geschichte der Rechts- und Staatswissenschaften zu Freiburg i. Br.*, Freiburg 1957, S. 81. Mit einer Ausnahme wurde das Seminar bis zum Wintersemester 1938/39 im Vorlesungsverzeichnis angekündigt.

in vertrautem Kreis ehrlich aussprechen zu können, lag dem Ganzen ein verantwortungsbewußter Ernst zugrunde.«<sup>45</sup>

Constantin von Dietze<sup>46</sup> gehörte ebenso zur »Stamm«-Gruppe des Diehl-Seminars wie der Kirchengeschichtler Clemens Bauer und der Historiker Gerhard Ritter.<sup>47</sup>

Neben diesem Seminar bildete sich nach Auskunft des Sohnes von Gerhard Ritter ab 1936 oder 1937 ein eigener Kreis, der sich häufig »in unserem Haus – oft auch mit Pfarrer Hof –«<sup>48</sup> traf. Zurecht kann dieser Hauskreis als eine weitere Wurzel für die Entstehung der Freiburger Kreise angesehen werden, »zumal bereits dort Römer 13 ausführlich diskutiert worden war«<sup>49</sup> – wie später im Freiburger Konzil – und dort auch der Kontakt zwischen Universität und den Pfarrern der Bekennenden Kirche entstand. Diesen Kreis im Hause Ritter jedoch als alleinige Quelle des Freiburger Konzils zu verstehen<sup>50</sup>, ist zweifelhaft.<sup>51</sup>

### 3. »Reichskristallnacht« und Freiburger Konzil

Am 24. November 1938 schrieb Gerhard Ritter an seine Mutter: »Was wir in den letzten beiden Wochen erlebt haben ..., ist das Beschämendeste und Schrecklichste, was seit langen Jahren geschehen ist. Wohin sind wir gekommen!!! ... Diese Schreckenswoche wird nicht so leicht wieder vergessen werden. Ach wenn man hoffen könnte, daß es der Anfang würde einer inneren Umkehr und Besinnung bei denen, die für das alles verantwortlich sind! Aber kann man das ernstlich hoffen.«<sup>52</sup>

<sup>45</sup> C. von DIETZE, *Die Universität Freiburg* (wie Anm. 31), S. 102. Ob diese beschriebene »Offenheit« wirklich historisch gesichert ist, stellt Anette Völker (nach Aussage der Diehl-Töchter) zumindest in Frage; vgl. A. VÖLKER (wie Anm. 41), S. 7.

<sup>46</sup> Zur Biographie von Dietzes vgl. Hans Harro BÜHLER, Art. »Dietze, Constantin von«, in: Bernd OTTNAD (Hrsg.), *Baden-Württembergische Biographien*, Bd. 1, Stuttgart 1994, S. 60-62.

<sup>47</sup> Darüber hinaus haben verschiedene Gäste den Kreis besucht, so z. B. Franz Böhm und seine Schwiegermutter Ricarda Huch; vgl. A. VÖLKER (wie Anm. 41), S. 7.

<sup>48</sup> Frido RITTER, *Gerhard Ritter und die »Bekennende Kirche«*, in: *Freiburger Forum* 12 (1988), S. 10.

<sup>49</sup> C. BLUMENBERG-LAMPE, *Oppositionelle Nachkriegsplanung* (wie Anm. 1), S. 208.

<sup>50</sup> Vgl. F. RITTER (wie Anm. 48), S. 10.

<sup>51</sup> In der Literatur und insbesondere bei den Teilnehmern des Freiburger Konzils finden sich keine Hinweise auf diesen Hauskreis. Vgl. z. B. F. BÖHM, *Die Forschungs- und Lehrgemeinschaft zwischen Juristen und Volkswirten an der Universität Freiburg in den dreißiger und vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts. (Das Recht der Ordnung der Wirtschaft)*, in: H. J. Wolff (wie Anm. 44), S. 95-113; C. von DIETZE, *Die Universität Freiburg* (wie Anm. 31), S. 208, sowie die anderen genannten Zeitzeugenberichte.

<sup>52</sup> Zit. nach K. SCHWABE/R. REICHARDT (wie Anm. 31), S. 339.

Wie in vielen anderen Orten Deutschlands wurde auch in Freiburg die Synagoge in der Nacht vom 10. auf den 11. November von SS-Leuten in Zivil angezündet. Die Ereignisse dieser Pogromnacht wurden zum Antrieb, das Freiburger Konzil, die einzige Widerstandsgruppe aus Anlaß der »Reichskristallnacht«, zu bilden.<sup>53</sup> Das Konzil tagte erstmals im Dezember 1938 und zwar im Hause Lampes. Lampe ist wohl neben von Dietze der Hauptinitiator dieser Arbeitsgruppe.<sup>54</sup> Dem ursprünglichen Kreis gehörten die Professoren Bauer (der zunächst einzige katholische Teilnehmer), der Jurist Freiherr Marschall von Biberstein, von Dietze, Eucken, Lampe, der Physiker Gustav Mie, Ritter und deren Frauen an.<sup>55</sup> Sofern Franz Böhm in Freiburg war, nahm auch er an den Treffen teil. Darüber hinaus zählten die Pfarrer Karl Dürr von der Pauluskirche, Otto Hof von der Christuskirche und Fritz Horch von der Friedenskirche zu der Gruppe. Neben deren Frauen und der Witwe Pfarrer Hermann Webers war ab 1943 Pfarrer Arnold Hesselbacher vom Melancthonstift Mitglied des Konzils. Schon bald wurde der Kreis um katholische Teilnehmer erweitert, so um den Jesuitenpater Constantin Noppel und Robert Scherer, Mitarbeiter des Herder-Verlages, sowie um den Direktor des Collegium Borromaeum, Wendelin Rauch, und den Studentenpfarrer Hermann Schäufele, beide später Erzbischöfe von Freiburg, die jedoch nur zeitweilig an den Beratungen teilnahmen.

Im Mittelpunkt der Gespräche, die bis September 1944 monatlich in einer der Privatwohnungen stattfanden, standen »die Probleme der Obrigkeit,

53 Vgl. Christoph DIPPER, *Der deutsche Widerstand und die Juden*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 9 (1983), S. 371. Wer dem Kreis den Namen »Freiburger Konzil« gab, ist nicht mehr auszumachen. Vgl. C. von DIETZE, *Die Universität Freiburg* (wie Anm. 31), S. 102, und C. BLUMENBERG-LAMPE, *Das wirtschaftspolitische Programm der »Freiburger Kreise«* (wie Anm. 1), S. 18.

54 Nach dem Zeugnis Ritters war von Dietze der eigentliche Initiator des Arbeitskreises; vgl. G. RITTER, *Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung. Mit einem Brief Goerdelers in Faksimile und vier Abbildungen*, Stuttgart 1954, S. 511. So nannte der Historiker die Gruppe zuweilen »von-Dietzschen-Kreis«; vgl. Klaus SCHWABE, *Der Weg in die Opposition: Der Historiker Gerhard Ritter und der Freiburger Kreis*, in: E. JOHN u. a. (wie Anm. 1), S. 196. Aber zu Recht geht C. BLUMENBERG-LAMPE, die Tochter von Adolf Lampe, davon aus, daß auch ihr Vater eine wichtige Rolle bei der Gründung des »Konzils« gespielt hat. Vgl. C. BLUMENBERG-LAMPE, *Das wirtschaftspolitische Programm der »Freiburger Kreise«* (wie Anm. 1), S. 17, und C. BLUMENBERG-LAMPE, *Oppositionelle Nachkriegsplanung* (wie Anm. 1), S. 207 f.; vgl. auch D. RÜBSAM/H. SCHADEK (wie Anm. 1), S. 62. Auch nach Meinung des späteren Mitarbeiters an der Denkschrift des Freiburger Bonhoeffer-Kreises, Helmut Thielicke, entstand die Gruppe »auf eine Anregung von Adolf Lampe« hin; siehe dazu: *In der Stunde Null. Die Denkschrift des Freiburger »Bonhoeffer-Kreises«: Politische Gemeinschaftsordnung. Ein Versuch des christlichen Gewissens in den politischen Nöten unserer Zeit*, eingeleitet von Helmut THIELICKE, mit einem Nachwort von Philipp von BISMARCK, Tübingen 1979, hier S. 7. Im folgenden: *Denkschrift*.

55 Vgl. C. BLUMENBERG-LAMPE, *Oppositionelle Nachkriegsplanung* (wie Anm. 1), S. 209.

des Widerstandsrechts, der Widerstandspflicht und der Tyrannentötung<sup>56</sup>. Schwierig blieb für die Konzilsteilnehmer die Frage nach der Sinnhaftigkeit eines öffentlichen Protestes, da ein Martyrium doch wirkungslos geblieben wäre.<sup>57</sup> Letztlich bestand »die Hauptaufgabe des Freiburger Konzils [darin], die alle bedrängende innere Not zu diskutieren, zur inneren Klärung beizutragen und gemeinsam die Probleme der christlichen Lebensgestaltung in dieser Zeit zu lindern«<sup>58</sup>.

Aus den Beratungen des Konzils ging die Schrift »Kirche und Welt. Eine notwendige Besinnung auf die Aufgaben des Christen und der Kirche«<sup>59</sup> hervor. Die Arbeit, die aus Vorsichtsmaßnahmen »in toto dem Konzil nicht vorgelegt worden ist«<sup>60</sup>, wurde größtenteils von Gerhard Ritter verfaßt<sup>61</sup>. Inhaltlich gliedert sich das Werk in zwei Teile: »Erster Hauptteil: Die Unterordnung des Christen unter die weltliche Obrigkeit und ihre Grenzen. Zweiter Hauptteil: Welche Aufgaben erwachsen der christlichen Predigt angesichts offener Mißachtung und Verletzung göttlicher Gebote in der Volksgemeinschaft?« Wie weit die Schrift verbreitet war, ist letztlich nicht geklärt.<sup>62</sup> Ritter bezeichnet sie aber als »Diskussionsgrundlage weiterer kirchlicher Kreise«<sup>63</sup>.

#### 4. Der Freiburger Bonhoeffer-Kreis

In dem 1945 der Denkschrift vorangestellten Vorwort gibt Gerhard Ritter Auskunft über die Entstehung des Freiburger Bonhoeffer-Kreises:<sup>64</sup> »Einen

56 C. von DIETZE, *Pflicht im Widerstreit der Verpflichtungen*, Würzburg 1980, S. 14; wiederveröffentlichte Rede anlässlich der Gedenkfeier zum 20. Juli 1944 in der Albert-Ludwigs-Universität zu Freiburg am 20. Juli 1964 (vgl. *Freiburger Universitätsblätter* 3/1964, S. 59-68). Eine detaillierte Schilderung der einzelnen Sitzungen läßt die Quellenlage nicht zu; vgl. D. RÜBSAM/H. SCHADEK (wie Anm. 1), S. 71, und C. BLUMENBERG-LAMPE, *Oppositionelle Nachkriegsplanung* (wie Anm. 1), S. 210.

57 Vgl. das Vorwort Ritters zur *Denkschrift* des Freiburger Bonhoeffer-Kreises: *Denkschrift* (wie Anm. 54), S. 26.

58 C. BLUMENBERG-LAMPE, *Oppositionelle Nachkriegsplanung* (wie Anm. 1), S. 210.

59 K. SCHWABE/R. REICHIARDT (wie Anm. 31), S. 635-654.

60 EBD., S. 630.

61 Zur Verfasserfrage vgl. C. BLUMENBERG-LAMPE, *Oppositionelle Nachkriegsplanung* (wie Anm. 1), S. 211, und D. RÜBSAM/H. SCHADEK (wie Anm. 1), S. 76. Nach Aussage von Ritter wurde die Arbeit im Herbst 1938 als »Ergebnis der ersten Besprechung unseres Freiburg-Kreises« (K. SCHWABE/R. REICHIARDT, wie Anm. 31, S. 630) niedergeschrieben. Da aber das Konzil erstmals im Dezember 1938 tagte, kann diese Schrift frühestens Ende 1938 verfaßt worden sein.

62 Vgl. C. BLUMENBERG-LAMPE, *Oppositionelle Nachkriegsplanung* (wie Anm. 1), S. 211.

63 Gerhard Ritter, *Carl Goerdeler* (wie Anm. 54), S. 511; vgl. auch S. 462 f.

64 Die Bezeichnung »Freiburger Bonhoeffer-Kreis« ist in letzter Zeit kontrovers diskutiert worden. Im Zusammenhang mit den vorbereitenden Arbeiten für die Freiburger Ausstellung »Der Freiburger Kreis. Widerstand und Nachkriegsplanung« kam es zu einer »lebhaft[e]n

neuen Anstoß erhielt unsere Arbeit im Spätsommer 1942. Damals kam der Berliner Pfarrer Dietrich Bonhoeffer im Auftrag der sog. »Vorläufigen Leitung der Bekennenden Kirche« zu uns mit der Mitteilung, man lege dort aus besonderen Gründen hohen Wert auf unsere Arbeitsergebnisse. Es sei nämlich bekannt geworden, daß einige Bischöfe der anglikanischen Kirche (Bischof von Chichester, Erzbischof von Canterbury) die Einberufung einer Weltkirchenkonferenz sofort nach Abschluß der kriegerischen Feindseligkeiten planten, und zwar unter Einbeziehung der evangelischen Kirchen Deutschlands ... Für diesen Zweck bedürfe man nun einer rechtzeitigen Verständigung unter den Führern der deutschen Kirche über die Grundsätze einer gesunden, auf christlicher Grundlage ruhenden Außen- und Innenpolitik ... Man würde es sehr begrüßen, wenn unsere Arbeiten möglichst bald zu einem festen Ergebnis in Gestalt einer Programmschrift führen würden ... Dieser Anregung haben wir gern entsprochen.<sup>65</sup>«

Bonhoeffer war bereits im Sommer 1942 in Schweden mit dem Bischof von Chichester, George K. A. Bell, zusammengetroffen. Obwohl dabei Mitglieder des Kreisauer Kreises anwesend waren, trat Bonhoeffer mit den Freiburgern in Kontakt. Möglicherweise sprach gegen den Kreisauer Kreis, »daß sie nicht eindeutig der Bekennenden Kirche zugerechnet wurden«<sup>66</sup>. Darüber hinaus waren vor allem Constantin von Dietze und Gerhard Ritter durch ihre Arbeit in der Bekennenden Kirche der Vorläufigen Leitung bekannt. Ebenfalls hatte die Arbeit der Freiburger »in kirchlichen Kreisen weit über Freiburg«<sup>67</sup> Öffentlichkeit erreicht, so daß die Denkschrift »Kirche und

Debatte«; Hans Ulrich NÜBEL, *Bonhoeffer und die Denkschrift des Freiburger Kreises*, in: *Freiburger Universitätsblätter* 27 (1988), S. 42. Der von C. BLUMENBERG-LAMPE, *Das wirtschaftspolitische Programm der 'Freiburger Kreise'* (wie Anm. 1), S. 23, geprägte Begriff geriet unter heftige Kritik; vgl. Hans-Georg DIETRICH, *Kirche und Welt - Impulse aus Freiburg zur Weltkirchenkonferenz in Amsterdam 1948*, in: *Freiburger Universitätsblätter* 27 (1988), S. 70, Anm. 5; U. KLUGE (wie Anm. 1), S. 20, Anm. 5; E. SCHULIN (wie Anm. 1), S. 16, Anm. 28. Vgl. auch: Christine-Ruth MÜLLER, *Dietrich Bonhoeffers Kampf gegen die nationalsozialistische Verfolgung und Vernichtung der Juden*, München 1990, S. 275 f. Dennoch soll in dieser Arbeit an der Bezeichnung festgehalten werden, da Hans Ulrich Nübel geklärt hat, daß es »berechtigt [ist], den Freiburger Denkschrift-Kreis als »Bonhoeffer-Kreis« zu bezeichnen, denn die Ausführung [der Denkschrift, d. Verf.] entspricht dem Auftrag und die konzeptionellen Voraussetzungen stimmen weitgehend überein«, H. U. NÜBEL (wie oben), S. 45. Weiterhin kann sich Frau Blumenberg-Lampe in ihrer Bezeichnung der Gruppe auf die Zustimmung der beiden Teilnehmer Clemens Bauer und Erik Wolf sowie auf das zeitweilige Einverständnis des Bonhoeffer-Biographen Eberhard Bethge stützen; vgl. C. BLUMENBERG-LAMPE, *Oppositionelle Nachkriegsplanung* (wie Anm. 1), S. 219, Anm. 15.

<sup>65</sup> *Denkschrift* (wie Anm. 54), S. 27 f.

<sup>66</sup> C. BLUMENBERG-LAMPE, *Oppositionelle Nachkriegsplanung* (wie Anm. 1), S. 212. Vgl. auch Eberhard BETHGE, *Dietrich Bonhoeffer. Theologe, Christ, Zeitgenosse*, München 6. Aufl. 1986, S. 873.

<sup>67</sup> C. von DIETZE, *Die Universität Freiburg* (wie Anm. 31), S. 102.

Welt« der Vorläufigen Leitung sicherlich geläufig war.<sup>68</sup> Letztlich stand Carl Goerdeler, der an der entscheidenden Geheimtagung des Bonhoeffer-Kreises teilnahm (s. u.), »in engem wissenschaftliche[m] Kontakt zu von Dietze und Lampe wie auch in freundschaftlich-familiären Beziehungen zur Familie Ritter«<sup>69</sup>.

Bevor Bonhoeffer nach Freiburg kam, wahrscheinlich am 9. Oktober, hatte er bereits im Sommer 1942 in Berlin Verbindung mit von Dietze aufgenommen. Zur Ausarbeitung einer Programmschrift bildete von Dietze einen engeren Arbeitskreis des Freiburger Konzils, dem zunächst außer ihm Eucken, Lampe und Ritter angehörten. Die beiden Hauptteile der Denkschrift wurden von Gerhard Ritter entworfen, fünf Anhänge entstammen der Feder verschiedener Autoren, wobei ungeklärt bleibt, ob bereits vor der Tagung die von Dietze formulierte Anlage 5 über »Vorschläge zur Lösung der Judenfrage in Deutschland« vorlag.<sup>70</sup>

Vom 17. bis 19. November fand in Freiburg eine mehrtägige, geheime Sitzung statt, an der Bonhoeffer aber selbst nicht teilnahm.<sup>71</sup> Neben den Freiburgern (einschließlich Böhm) kamen im Hause von Dietzes folgende Personen zusammen: Carl Goerdeler, der zumindest »zu allgemeinen politischen Fragen« Stellung nahm und »Hilfestellungen bei Formulierungsschwierigkeiten«<sup>72</sup> gab, der Generalsuperintendent der Kurmark Otto Dibelius, der Industrielle Walter Bauer<sup>73</sup> und der Theologe Helmut Thielicke.<sup>74</sup> Die Zusammenkunft machte eine Vielzahl von Änderungen des vorgelegten

68 Vgl. C. BLUMENBERG-LAMPE, *Oppositionelle Nachkriegsplanung* (wie Anm. 1), S. 212, und K. SCHWABE/R. REICHARDT (wie Anm. 31), S. 630.

69 EBD., S. 631. Vgl. auch C. von DIETZE, *Das Recht zum Widerstand. Vortrag auf der Tagung des Kongresses für Freiheit der Kultur über »Widerstand und Verrat« in Köln 15.-17. November 1962*, S. 3.

70 Dies legt das Vorwort Ritters zur Denkschrift nahe; vgl. *Denkschrift* (wie Anm. 54), S. 28; vgl. auch: C. BLUMENBERG-LAMPE, *Oppositionelle Nachkriegsplanung* (wie Anm. 1), S. 212. Ebenfalls dafür spricht eine Notiz Bonhoeffers; vgl. E. BETHIGE (wie Anm. 66), S. 872. Dagegen spricht die von Thielicke verfaßte Einführung zur Denkschrift von 1979; vgl. *Denkschrift* (wie Anm. 53), S. 21. Dementsprechend stellt Kluge in Frage, »ob von Dietzes Ausführungen allen Beteiligten zu einer Zeit und in einer Form vorlagen, daß ihnen kritische Stellungnahmen überhaupt möglich waren. Walter Eucken ... wäre ... nicht den Lösungsvorschlägen der »Judenfrage« gefolgt. Undenkbar ist außerdem, daß Dietrich Bonhoeffer diesen Anhang ... in seiner ursprünglichen Fassung gebilligt hätte«; vgl. U. KLUGE (wie Anm. 1), S. 29 ; vgl. auch C. DIPPER (wie Anm. 53), S. 368 f. Die Argumentation Kluges läßt vermuten, daß die Anlage 5 erst nach der Geheimtagung im November entstanden ist. Mit Sicherheit kann diese Abhandlung »keinesfalls als Konsensdokument des Freiburger Kreises gesehen werden«, H. U. NÜBEL (wie Anm. 64), S. 50. Vgl. auch K. Schwabe (wie Anm. 54), S. 201.

71 Von Dietze war bereits zweimal zu einer Vorbesprechung über den Entwurf der Denkschrift mit Bonhoeffer in Berlin zusammengetroffen; vgl. E. BETHIGE (wie Anm. 66), S. 872.

72 K. SCHWABE/R. REICHARDT (wie Anm. 31), S. 631. Blumenberg-Lampe geht hingegen davon aus, daß Goerdeler die Sitzung leitete; vgl. C. BLUMENBERG-LAMPE, *Oppositionelle Nachkriegsplanung* (wie Anm. 1), S. 213.

73 Vgl. zum Ganzen auch die Erinnerungen Bauers in: Walter BAUER, *Erinnerungen an*

Entwurfs notwendig; die Redaktion hierbei übernahm Ritter. Darüber hinaus sollten der Denkschrift weitere Anhänge hinzugefügt werden. So verfaßte Dibelius eine Abhandlung zur »Kirchenpolitik« und der Theologe Friedrich Delekat die Anlage 3: »Erziehung«. Weiterhin arbeitete der Justiziar der Bekennenden Kirche Julius Perels an einer Ergänzung zum Anhang »Rechtsordnung«. Der Beitrag traf aber nicht mehr rechtzeitig ein und blieb daher unberücksichtigt.<sup>75</sup>

Die redaktionelle Überarbeitung der Denkschrift wurde in Zusammenarbeit mit den Berliner Teilnehmern an der Geheimtagung sowie den evangelischen Theologen Hans Asmussen, Hans Böhm, Bonhoeffer und dem Juristen Perels durchgeführt. Zu diesem Zweck waren von Dietze und auch Lampe mehrmals zu Unterredungen in Berlin.<sup>76</sup> Im Januar 1943 wurden die Arbeiten an der Denkschrift abgeschlossen, »nachdem in allen wesentlichen Punkten Übereinstimmung erzielt war und die Geheimhaltung immer schwieriger wurde«.<sup>77</sup> Sie erhielt den Titel »Politische Gemeinschaftsordnung. Ein Versuch zur Selbstbesinnung des christlichen Gewissens in den politischen Nöten unserer Zeit«.

Wegen der Gefahren, die den Mitarbeitern bei einer Entdeckung der Denkschrift durch die Gestapo drohten, wurden nur drei Exemplare erstellt. Ein Exemplar, das der ersten Vervielfältigung 1945 zugrunde lag, versteckte Ritter auf dem Hof des Bauern Franz Brugger in Saig in der Nähe Titisees. Nach dem Attentatsversuch vom 20. Juli 1944 gelangten Teile der Denkschrift in die Hände der Gestapo, so daß einige Denkschrift-Mitarbeiter – auch wegen ihres Wissens von den Umsturzplänen – verhaftet wurden. Von den Freiburgern waren dies von Dietze, Lampe und später auch Ritter. Erik Wolf und Walter Eucken wurden scharfen Verhören ausgesetzt.<sup>78</sup> Zwar konnten von Dietze, Lampe und Ritter durch die Alliierten aus ihrer Haft in Berlin befreit werden, doch erlag Lampe später gesundheitlichen Schäden, die er während der Inhaftierung erlitten hatte.<sup>79</sup>

*schwere Zeit*, in: *Ich glaube eine heilige Kirche. Festschrift für D. Hans Asmussen zum 65. Geburtstag*, hrsg. v. Walter BAUER u. a., Stuttgart-Berlin-Hamburg 1963, S. 87-92.

<sup>74</sup> Thielicke nahm im Auftrag des Württembergischen Landesbischofs Wurm teil. Vgl. seine Erinnerungen in: *Denkschrift* (wie Anm. 54), S. 5-23, und Helmut THIELICKE, *Zu Gast auf einem schönen Stern. Erinnerungen*, Hamburg 1984, S. 188-193.

<sup>75</sup> Vgl. G. RITTER, *Carl Goerdeler* (wie Anm. 54), S. 512, Anm. 71.

<sup>76</sup> Vgl. C. BLUMENBERG-LAMPE, *Das wirtschaftspolitische Programm der 'Freiburger Kreise'* (wie Anm. 1), S. 25.

<sup>77</sup> *Denkschrift* (wie Anm. 54), S. 28.

<sup>78</sup> In seinem Vorwort zur *Denkschrift* fragt sich Ritter, weshalb »eine Verhaftung der übrigen Mitarbeiter und Tagungsteilnehmer unterblieben ist«; vgl. *Denkschrift* (wie Anm. 54), S. 29. Thielicke vermutet für seine Person, daß die zerstörten Nachrichtensysteme ihn vor einer Verhaftung retteten. Eucken und Wolf hatte möglicherweise ein Kassiber von Dietzes vor der Verhaftung bewahrt; vgl. D. RÜBSAM/H. SCHADEK (wie Anm. 1), S. 129.

<sup>79</sup> Zu Haftzeit und Befreiung vgl. ebd., S. 123-149, W. Bauer (wie Anm. 73), S. 88-91.

Ihre ursprüngliche Bestimmung konnte die Denkschrift zum Teil erfüllen: Sie wurde bei den Vorbereitungen für die Weltkirchenkonferenz 1948 in Amsterdam miteingebracht. An der Versammlung nahmen von Dietze und Wolf teil, Ritter und Bauer waren als Stellvertreter anwesend.<sup>80</sup>

## 5. Die Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath

Die Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath blieb in der Literatur lange Zeit unbeachtet, obwohl sich in ihr »Nationalökonomien aus ganz Deutschland [trafen], die dem Nationalsozialismus skeptisch gegenüberstanden«<sup>81</sup>, und die Gruppe »Auskunft über wissenschaftliche Auseinandersetzungen in einer frühen Phase des Ordo-Liberalismus«<sup>82</sup> gibt. Ausgangspunkt für die Arbeitsgemeinschaft war die »Klasse IV der Akademie für deutsches Recht«<sup>83</sup>. Innerhalb dieser Klasse IV wurden mehrere Arbeitsgemeinschaften gebildet, so auch die »Arbeitsgemeinschaft Volkswirtschaftslehre« unter Vorsitz des Ökonomen Erwin von Beckerath aus Bonn. Die konstituierende Sitzung dieser Gruppe wurde am 24. November 1940 in München durchgeführt. Gegenstand der ersten Aussprache war Euckens kurz zuvor erschienenen Buch »Die Grundlagen der Nationalökonomie«. Die zweite und letzte Tagung, auf der mehrere Unterausschüsse eingerichtet wurden, fand im Mai 1941 in Wiesbaden statt. So fanden sich von Dietze, Eucken, Lampe, Clemens Bauer und Erich Preiser, Nationalökonom in Jena, in einem Unterausschuß zusammen. Als »nicht kriegswichtig« wurde die Arbeit der übergeordneten »Arbeitsgemeinschaft Volkswirtschaftslehre« Anfang März 1943 eingestellt. Dennoch versuchte man, die Diskussion in einem nicht öffentlichen Rahmen weiterzuführen, wobei »Freiburg zum Mittelpunkt der

C. BLUMENBERG-LAMPE, *Das wirtschaftspolitische Programm der 'Freiburger Kreise' (wie Anm. 1)*, S. 26 f., und Günter BUCHSTAB/Brigitte KAFF/Hans-Otto KLEINMANN, *Verfolgung und Widerstand 1933-1945. Christliche Demokraten gegen Hitler*, Düsseldorf 1986, S. 253-258.

80 Vgl. zur Amsterdamer Konferenz H.-G. DIETRICH (wie Anm. 64). In Vorbereitung auf die Weltkirchenkonferenz traf sich 1947 das Konzil wieder. 1948 hörte es jedoch endgültig auf zu existieren; vgl. C. BLUMENBERG-LAMPE, *Oppositionelle Nachkriegsplanung (wie Anm. 1)*, S. 211. Das deutsche Vorbereitungspapier wurde kürzlich unter dem Titel C. v. DIETZE, *Aussagen evangelischer Christen in Deutschland zur Wirtschafts- und Sozialordnung (1946)* erstmals veröffentlicht; vgl. Günter BRAKELMANN/Traugott JÄHNICHEN (Hrsg.), *Die protestantischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft*, Gütersloh 1994, S. 363-368.

81 C. BLUMENBERG-LAMPE, *Oppositionelle Nachkriegsplanung (wie Anm. 1)*, S. 214.

82 C. BLUMENBERG-LAMPE, *Der Weg in die Soziale Marktwirtschaft (wie Anm. 1)*, S. 19.

83 Die Klasse IV stand zum NS-Staat »in einem ambivalenten Verhältnis«; U. KLUGE (wie Anm. 1), S. 32. Einerseits bestand die Hoffnung, sie zu einem neuen Forum für den aufgelösten »Verein zur Socialpolitik« werden zu lassen, andererseits waren die Mitarbeiter an die entsprechenden NS-Stellen gebunden. Den Vorsitz führte Jens Jessen, Professor für Volkswirtschaftslehre in Berlin, der 1944 in Berlin-Plötzensee hingerichtet wurde.

privaten Arbeitsgemeinschaft wurde.«<sup>84</sup> Diese neue Arbeitsgemeinschaft, bei der »von Beckerath Programm und Diskussion leitete«<sup>85</sup>, traf sich bis Juni 1944 achtmal in Freiburg und je einmal in Jena und Bad Godesberg. Von den erarbeiteten Gutachten und Protokollen sind mehr als vierzig erhalten und veröffentlicht, die zumeist von Lampe verfaßt wurden.<sup>86</sup> Regelmäßige Teilnehmer der einzelnen Sitzungen waren: Bauer, von Beckerath, Böhm, von Dietze, Eucken, Lampe, Preiser und der Kölner Volkswirt Theodor Wessels. Fritz Hauenstein, Leiter des Wirtschaftsteils der »Kölnischen Zeitung« und Gerhard Albrecht, Professor für wirtschaftliche Staatswissenschaften in Marburg, waren ab November 1943 regelmäßig anwesend.<sup>87</sup>

Die Beurteilung der Arbeitsgemeinschaft, vor allem in ihrer Bedeutung für die Soziale Marktwirtschaft, ist in der Literatur nicht einhellig.<sup>88</sup> Sicherlich ist es richtig, die Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath zu den Freiburger Kreisen zu zählen; allein die personellen Kongruenzen legen diesen Schluß nahe. Ob aber »in erster Linie«<sup>89</sup> die Mitarbeit an den beiden anderen Kreisen die Freiburger in dieser Gruppe zusammenführte und ob die Denkschrift »das ethisch-programmatische Fundament für die Arbeitsgemeinschaft«<sup>90</sup> war, ist fraglich. Zumindest haben die Gemeinschaftsarbeiten im Umfeld der Freiburger Schule eine nicht zu unterschätzende Relevanz auch für diese Gruppe.<sup>91</sup>

Eine Zusammenstellung der einzelnen Mitarbeiter der Freiburger Kreise ist wie folgt möglich<sup>92</sup>:

84 Franz HAUENSTEIN, *Die Arbeitsgemeinschaft E. von Beckerath*, in: *Systeme und Methoden in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Erwin von Beckerath zum 75. Geburtstag*, hrsg. v. Norbert KLOTEN u. a., Tübingen 1964, S. 56.

85 EBD., S. 56.

86 Vgl. C. BLUMENBERG-LAMPE, *Der Weg in die Soziale Marktwirtschaft* (wie Anm. 1).

87 Eine »Übersicht über Teilnehmer, Verlauf und Ergebnisse der Tagungen der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath« findet sich bei C. BLUMENBERG-LAMPE, *Der Weg in die Soziale Marktwirtschaft* (wie Anm. 1), S. 619-622. So nahmen H. Freiherr von Stackelberg und L. Drescher je einmal an den Sitzungen teil, G. Schmolders, J. Jessen und H. Gestrich, der im November 1943 überraschend starb, konnten ihre Einladungen nicht wahrnehmen.

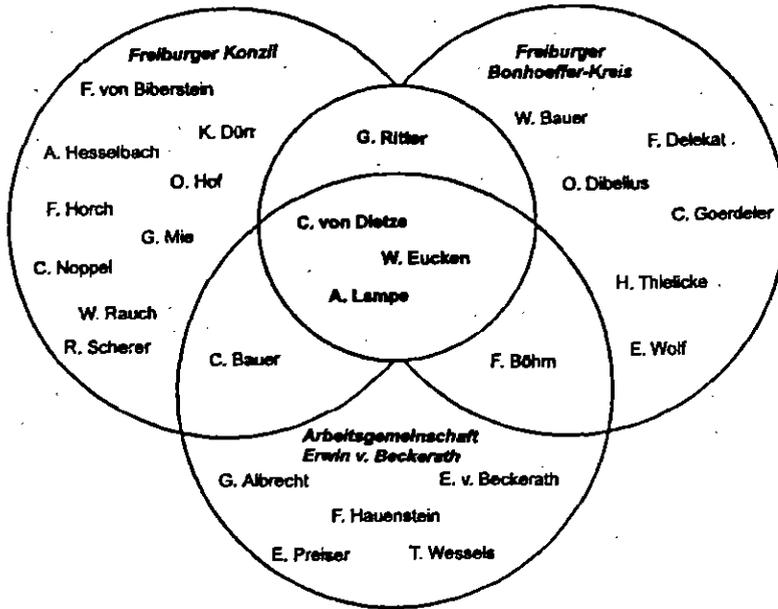
88 Vgl. z. B. C. BLUMENBERG-LAMPE, *Der Weg in die Soziale Marktwirtschaft* (wie Anm. 1), und C. BLUMENBERG-LAMPE, *Oppositionelle Nachkriegsplanung* (wie Anm. 1), S. 213-215. Dagegen: U. KLUGE (wie Anm. 1), S. 30-35, und O. LENEL, *Die sogenannten Freiburger Kreise. Bemerkungen zu Veröffentlichungen, an denen Christine Blumenberg-Lampe mitgewirkt hat*, in: *ORDO* 3 (1988), S. 287-294. Insbesondere wird die Rolle Euckens nach Meinung Lenels bei Blumenberg-Lampe falsch beurteilt; vgl. EBD., S. 291.

89 C. BLUMENBERG-LAMPE, *Der Weg in die Soziale Marktwirtschaft* (wie Anm. 1), S. 23.

90 EBD., Vgl. auch das Nachwort von Ph. von Bismarck zur *Denkschrift* (wie Anm. 54), S. 153.

91 Vgl. O. LENEL, *Die sogenannten Freiburger Kreise* (wie Anm. 88), S. 288.

92 Doppelmitgliedschaften ergeben sich bei: F. Böhm, C. Bauer und G. Ritter. Da Ritter für die Entstehung von Konzil und Bonhoeffer-Kreis besondere Bedeutung hat, soll er zum engeren Kreis gezählt werden. F. Böhm, der neben Bonhoeffer-Kreis und Arbeitsgemeinschaft

*Die Freiburger Kreise*

auch einige Male das Konzil besuchte, übernahm selbst keine Initiative (auch wegen seiner Verpflichtungen in Jena) und wird daher nicht der Kerngruppe zugeordnet. L. Drescher und Freiherr H. von Stackelberg, die jeweils nur einmal an den Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft teilnahmen, wurden nicht mit in die Graphik aufgenommen.

Über die Wurzeln, den aktuellen Anlaß zur Gründung und die Ergebnisse der einzelnen Freiburger Kreise gibt folgende Tabelle Auskunft:

	Institutionelle Wurzeln	Aktueller Anlaß	Schriftliches Ergebnis
Freiburger Konzil	Gemeinschaftsseminare (Freiburger Schule)	„Reichskristallnacht“	Denkschrift <i>„Kirche und Welt“</i>
	Diehl-Seminar		
	Hauskreis Ritter (und Kontakte zur Bekennenden Kirche)		
Freiburger Bonhoeffer-Kreis	Freiburger Konzil	Anfrage Bonhoeffers	Denkschrift <i>„Politische Gemeinschaftsordnung“</i>
Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath	Klasse IV der Akademie für deutsches Recht (Arbeitsgemeinschaft Volkswirtschaftslehre); Freiburger Schule, Freiburger Kreise	Auflösung der Arbeitsgemeinschaft Volkswirtschaftslehre	Zahlreiche Gutachten und Protokolle

Die Arbeiten der Freiburger Kreise erhalten ihre besondere Dignität durch die Umstände ihrer Abfassung: In Zeiten größter Bedrängnis haben diese beeindruckenden Persönlichkeiten nicht resigniert, sondern den Blick nach vorne gerichtet. Diese mutige Haltung wurzelt in der festen Überzeugung, daß »ohne das Salz christlicher Erkenntnis keine sogenannte weltliche Ethik echtes Gemeinschaftsleben aufzubauen vermag«<sup>93</sup>.

<sup>93</sup> Denkschrift (wie Anm. 54), S. 35.

## Frauen im demokratischen Aufbau Zur Gründungsgeschichte der CDU in Hessen

Von Angela Keller-Kühne

Obwohl Frauen die Mehrheit der Bevölkerung bilden, sind sie in Regierungen, Parlamenten und Führungsgremien der Parteien unterrepräsentiert. In den Parteien stellen sie heute im Durchschnitt ein Viertel der Mitglieder, in den Parlamenten 20,5 Prozent der Abgeordneten.<sup>1</sup> In den 80er Jahren beschlossen die Parteien deshalb Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils an Ämtern und Mandaten. So verabschiedete 1985 der Essener Parteitag der CDU Leitlinien zur Gleichberechtigung von Mann und Frau; Grüne und SPD führten 1986 und 1988 die Frauenquote ein, die CDU 1996.

Politisch »entdeckt« wurden die Frauen von den Parteien bereits nach dem Ersten Weltkrieg. Der Zusammenbruch der alten Gesellschaftsordnung und ihrer Leitideen ermöglichte die Einführung des Frauenwahlrechts, politische Tätigkeit von Frauen fand Akzeptanz. Ursache dafür war u.a., daß die Frauen im Krieg die Plätze ihrer Männer eingenommen hatten und aus dem bloßen Familiendasein herausgetreten waren. Dennoch blieb ihr politischer Einfluß, wenn man von herausragenden Persönlichkeiten wie Margarete Behm, Hedwig Dransfeld, Paula Müller-Otsfried, Christine Teusch und Helene Weber absieht, eher gering. Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Situation ähnlich. Es gab in Deutschland sieben Millionen mehr Frauen als Männer. Der folgende Beitrag untersucht den Anteil der Frauen an der politischen Neugestaltung in Hessen nach 1945. Er stützt sich im wesentlichen auf im Archiv für Christlich-Demokratische Politik vorhandene Materialien.

In Hessen lebten 1946 2,2 Millionen Frauen und 1,8 Millionen Männer, davon waren knapp 2,1 Millionen wahlberechtigt (59 % der Gesamtbevölkerung). Die Mehrheit der Wahlberechtigten stellten die Frauen mit 57,2 Prozent.<sup>2</sup> Der relativ geringe Anteil der Wahlberechtigten an der Gesamtbevölkerung hatte zwei Gründe: Erstens durften viele Flüchtlinge nicht wählen,

---

<sup>1</sup> Nach einer Erhebung der CDU-Bundesgeschäftsstelle von 1995 sind 24,9 Prozent der CDU-Mitglieder weiblich. In den alten Bundesländern liegt der Frauenanteil bei 23,7 Prozent, in den neuen Ländern bei 34,7 Prozent. Das Durchschnittsalter der Frauen liegt bei 54,6 Jahren, das der Männer bei 53,1. Vgl. *Bericht der Bundesgeschäftsstelle. Anlage zum Bericht des Generalsekretärs auf dem 7. Parteitag in Karlsruhe 1995*, S. 39. In der 13. Wahlperiode gehören der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages 40 Frauen an. Dies entspricht einer Quote von 13,6 Prozent. Vgl. *Arbeitsbericht 1994/95 der CDU/CSU-Bundestagsfraktion*, S. 103.

<sup>2</sup> Vgl. Alfred BEHR, Gotthard BREIT, Herbert LILGE, Jakob SCHISSLER, *Wahlatlas Hessen*, Gießen 1986, S. 5. Im Mai 1946 betrug die Zahl der wahlberechtigten Frauen in Frankfurt 62,5

da sie zum Zeitpunkt der ersten Kommunalwahlen 1946 weniger als sechs Monate in Hessen lebten, zweitens hatten die von der Besatzungsmacht durchgeführten Entnazifizierungsmaßnahmen in vielen Fällen zum Verlust des aktiven und passiven Wahlrechts geführt. Bei Männern lag die Quote der Nichtwahlberechtigten höher als bei Frauen.

Günstig für die politische Betätigung von Frauen wirkte sich die massive Unterstützung durch die amerikanische Besatzungsmacht aus. Da unmittelbar nach dem Krieg Mangel an verfügbaren und politisch nicht belasteten Kräften bestand, war man auf die Frauen angewiesen. Die Amerikaner förderten nicht nur die Mitarbeit in Parteien und Parlamenten, sondern auch den Aufbau von Frauenverbänden. Ein wichtiges Ziel der Alliierten war der Abbau tradierter Wertvorstellungen einer aus ihrer Sicht autoritär-konservativen Gesellschaft, die für den Nationalsozialismus mitverantwortlich gemacht wurde.<sup>3</sup> Da Frauen überwiegend die Sozialisation der Kinder und Jugendlichen leisteten, war ihre aktive Einbeziehung in den Umerziehungsprozeß für die Demokratisierung der Nachkriegsgesellschaft unerlässlich.

Trotz der massiven Förderung durch die Besatzungsmächte aber engagierten sich nach dem Krieg nur 8 bis 9 Prozent der Frauen in Deutschland in Parteien, Gewerkschaften und Frauenverbänden.<sup>4</sup> Ein Blick in die Mitgliederstatistik der hessischen CDU ergibt folgendes Bild: In Frankfurt hatte die neue Christlich-Demokratische Partei (CDP), wie die CDU hier zunächst hieß, im Gründungsjahr 1945 599 Mitglieder. Davon waren 5,3 Prozent Frauen. Im Rheingau waren bei 600 Mitgliedern 5,1 Prozent Frauen. Nur eine Frau war unter den 30 Mitgliedern in Eschwege. Aus Kassel wird von einem geringen politischen Interesse der Frauen berichtet. Den höchsten Frauenanteil meldete die CDU Offenbach mit 10 Prozent. Die am 14. Oktober 1945 verabschiedeten Richtlinien der CDU sahen die Aufnahme von Frauen als gleichberechtigte Mitglieder vor, ließen aber entsprechende inhaltliche Aussagen vermissen.

Prozent. Vgl. Elke SCHÜLLER, *Erfolg und Stagnation. Die Nachkriegszeit in frauenpolitischer Sicht*, in: Klaus BÖHME, Walter MÜHLHAUSEN (Hrsg.), *Hessische Streiflichter*, Frankfurt/M. 1995, S. 98. In Marburg waren von 100 Wahlberechtigten 56,3 Prozent Frauen. Vgl. Ermenhild NEUSÜSS-HUNKEL, *Parteien und Wahlen in Marburg nach 1945* (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 9), Meisenheim am Glan 1973, S. 91.

3 Vgl. Hermann-Josef RUPIEPER, *Bringing Democracy to the Frauleins. Frauen als Zielgruppe der amerikanischen Demokratisierungspolitik 1945-1952*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 1991, H. 1, S. 61-92.

4 Anna-Elisabeth FREIER, *Frauenfragen sind Lebensfragen. Über die naturwüchsige Deckung von Tagespolitik und Frauenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: Anna-Elisabeth FREIER, Annette KUHN (Hrsg.), *Frauen in der Geschichte V. Das Schicksal Deutschlands liegt in der Hand seiner Frauen - Frauen in der deutschen Nachkriegsgeschichte*, Düsseldorf 1984, S. 45f.

Die Gründe für die politische Zurückhaltung von Frauen sind in fehlender Ausbildung, dem Mangel an politischer Erfahrung, aber auch in der Bewältigung der alltäglichen Not zu suchen: 1945 waren im ehemaligen Deutschen Reich elf Millionen Frauen ledig, verwitwet oder geschieden. Konrad Adenauer wies in seiner Regierungserklärung vom 20. September 1949 auf die Not dieser Frauen hin und forderte insbesondere die Bereitstellung von Arbeitsmöglichkeiten und Wohnraum.<sup>5</sup> Ein Leserbrief vom Februar 1946 in der Zeitschrift »Der Regenbogen« bringt die Situation der Frauen, die nach dem Krieg alleine für ihre Familien sorgen und ihre Männer beim Wegräumen der Schuttberge ersetzen mußten, auf den Punkt: »Ich will gerne zugeben, daß wir nicht politisch denken können, aber was können wir dafür, daß wir nicht lernen durften? Und hat denn nicht ein großer Teil unserer Männer bewiesen, daß er es auch nicht konnte? Wir durften dem Staat Kinder gebären ... Wir durften ohne Fett kochen, ohne Seife waschen und ohne Hoffnung auf den Endsieg leben. Wir durften von früh bis spät arbeiten und uns den Kopf darüber zerbrechen, wie wir mit einem Minimum an Rationen unsere Kinder ernähren und wie wir sie kleiden sollen. Wir durften sogar die Stellen der Männer einnehmen, wenn sie Soldaten wurden ... Wir durften sie sogar auf dem Altar des Vaterlandes opfern – nur eine eigene Meinung durften wir nicht haben. Und heute? Man wundert sich, daß wir von Politik nichts wissen wollen. Der Grund ist nicht nur jene große Müdigkeit, die nach jeder starken Anspannung zwangsläufig auftritt. Wir Frauen stehen noch mitten im Krieg ... Wir stehen noch mitten im Kampf mit der Not und haben keine Zeit, uns mit den Gedanken auseinanderzusetzen, die die Allgemeinheit beschäftigt.«<sup>6</sup>

Ihre wichtigste Aufgabe sah die Mehrheit der Frauen in der Beschaffung von Nahrung, Kleidung und der Sorge für die Kinder. Ein vom hessischen Landesverband der CDU 1946 unter dem Titel »Ein Wort an die Frauen« publizierter Artikel griff diese Nöte auf und definierte die Sorge für die Familie und die Kindererziehung als ureigenste Aufgabe der Frauen. Noch wichtiger als die materielle Fürsorge sei die Rolle der Frau bei der sittlichen Erneuerung der Gesellschaft nach dem Zusammenbruch. »Wir müssen uns fragen«, heißt es in dem Artikel, »sind wir wirklich noch Frauen? Ist unser Frauentum noch unverfälscht in uns erhalten? Sind wir uns unserer ursprünglichen Aufgabe noch tief und klar bewußt? Haben die vergangenen 12 Jahre nicht auf unsere Seele, unserem Fühlen und Denken, ein gut Teil mehr Männlichkeit aufgeprägt, als für uns gut ist? In dieser Zeit müssen wir so vollkommene Frauen wie nur möglich sein, denn von uns hängt es

---

<sup>5</sup> Vgl. Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin bei Bonn (ACDP), IV-003-001/1.

<sup>6</sup> Zit. nach, Sybille KRAFT (Hrsg.), *Frauenleben in Bayern*, München 1993, S. 354.

ab, wie die Zukunft aussehen wird. Wird abermals ein haßerfülltes, von neuem Unrecht und neuer Gewalt gesättigtes Chaos entstehen, oder wollen wir ein neues Land entdecken, in dem wieder Menschen leben, die einander vertrauen, einander achten und wieder an die Zukunft glauben? Das Chaos bedeutet das Ende der abendländischen Kultur überhaupt. Gelingt es uns aber, die Leere, die der Nationalsozialismus in den Herzen der Menschen hinterlassen hat, mit der menschlichen Güte und Liebe zu überwinden, zu der die Frauen von jeher berufen sind, dann ist ein neues und besseres Leben für unser Land zu erhoffen.«<sup>7</sup>

Das traditionelle Bild, das die Aufgabe der Frau auf die Familie beschränkte, wird im Abschnitt »Ehe und Familie« der Frankfurter Leitsätze vom September 1945 konkretisiert und prägte das Frauenbild der CDU über lange Jahre. Forderungen nach Gleichberechtigung im Beruf, wie sie die Dieburger CDU 1949 in einem Wahlaufuf formuliert, standen lange Zeit im Hintergrund, da die Ehefrau und Mutter das gesellschaftliche Ideal war.<sup>8</sup> »Der Mann«, heißt es in den Frankfurter Leitsätzen, »muß in vollem Sinne das Haupt der Familie sein; er kann es nur, wenn er nicht Objekt, sondern Subjekt seines Lebens ist; das heißt aber, daß ihm der Staat durch seine Wirtschafts- und Sozialpolitik die Möglichkeit gibt, seine Familie in Ehren zu ernähren und durch seine Sozial- und Staatsverfassung echter Mitträger der Verantwortung für die öffentlichen Dinge zu sein. Nur dann wird die Frau als das Herz der Familie in innerer Freiheit die Verantwortung des Mannes mittragen und vertrauensvoll die Mutter seiner Kinder werden können.«<sup>9</sup>

Dieses Gesellschaftsbild trug neben der materiellen Not wesentlich zur politischen Abstinenz von Frauen bei. Die Frauen aber, die sich engagierten, taten dies mit einem enormen Arbeitseinsatz. Der größte Teil von ihnen saß bereits in der Weimarer Republik in Parlamenten; 30 Prozent der Mandatsträgerinnen gehörten vor 1933 einer Partei an. 1946 war die älteste hessische Stadtverordnete 67 und die jüngste, als große Ausnahme, 25

7 ACDP II-045-018/6.

8 »Die CDU weiß, daß die Frau gleichwertig, aber nicht gleichartig ist. Sie kämpfte und kämpft darum um Schutz und Hilfe für die arbeitende Frau. Die Frau soll nicht belastet werden mit Arbeiten, die ihre Körperkräfte übersteigen. Die CDU kämpft um gleichen Lohn bei gleicher Leistung. Die CDU fordert: Schluß mit der Verdrängung der Frau aus gut bezahlten Berufen und Stellungen. Die CDU will mithelfen, daß die arbeitenden Frauen in den Betrieben die Möglichkeit erhalten, auf dem Weg einer geordneten Ausbildung zu Facharbeitern und Meistern aufzusteigen. Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß die Behörden einen hohen Prozentsatz weiblicher Referenten beschäftigen. Die CDU verlangt, daß den berufstätigen Frauen, die als Flüchtlinge in abgelegenen Gegenden angesiedelt wurden, alle Wege geebnet werden zur Umsiedlung an Orte mit günstigeren Berufsaussichten. Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß Wohnungen für berufstätige, alleinstehende Frauen mitberücksichtigt werden.« Wahlaufuf des KV Dieburg vom 14. August 1949, in: *50 Jahre CDU Dieburg*, Dieburg 1995, S. 41.

9 ACDP I-009-001.

Jahre alt. Gut die Hälfte der Mandatsträgerinnen war verheiratet, ein Fünftel verwitwet, und ein Drittel hatte Kinder.<sup>10</sup>

Eine dieser Frauen war Elisabeth Pitz-Savelsberg (1906-1996).<sup>11</sup> In Aachen geboren und in Köln aufgewachsen, hatte sie bereits in den 30er Jahren enge Kontakte zu dem Kreis um die Kölner Zentrumspolitiker Wilhelm Hamacher und Amalie Lauer. Kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges trat sie in Köln als Rednerin bei CDU-Veranstaltungen auf. Die an sie herangetragene Kandidatur für den hessischen Landtag lehnte sie zunächst ab, da sie als Kriegerwitwe allein für ihre vier Kinder sorgen mußte. »Wer sich zur Wahl stellt als Frau«, schrieb sie in ihren Erinnerungen, »wird sich allerdings überlegen, wie weit sich die Familienpflichten – Kleinkinder – in Übereinstimmung bringen lassen mit einem politischen Auftrag. Man wird sich auch überlegen, ob ein beruflicher Aufstieg die Unterbrechung durch ein Mandat verträgt, unter Umständen sogar Beruf und Familie. Das alles ist aber eine Frage des Zeitpunktes. Deutlich zeichnet sich in den Jahrgängen ab 45, 50 die größere Bereitschaft der Frau zur Übernahme eines Mandats ab, denn die Belastungen aus den persönlichen Bereichen nehmen ab.«<sup>12</sup>

Beispiele für das Engagement von Frauen nach dem Ende des Krieges finden sich in zahlreichen hessischen Städten. In Marburg arbeiteten Frauen unterschiedlicher politischer und sozialer Herkunft in den überparteilichen Frauenausschüssen und in der »Christlichen Nothilfe« mit, die sich um Pfarrer Karl Ritter bildete. Tätige Hilfe für die Bewältigung der Probleme des Alltags, wie die Einrichtung von Küchen, Näh- und Wärmestuben und Beschaffung von Wohnraum, standen im Vordergrund. Eine der tragenden Säulen war die Lehrerin Annemarie Heiler (1889-1979), die zur Gründergeneration der hessischen Frauenorganisationen gehörte. Gemeinsam mit Pfarrer Ritter, der wie sie Mitglied der Bekennenden Kirche war, gründete sie 1945 die Marburger CDU und saß bereits im April 1946 im Kreisvorstand der Partei. 1946 wurde Annemarie Heiler zur Stadträtin gewählt und leitete bis 1948 das städtische Jugendamt. 1949 bis 1951 gehörte sie dem Deutschen Bundestag an und arbeitete dort in den Ausschüssen für Jugend, Gesundheit und Soziales mit.<sup>13</sup>

10 Vgl. Elke SCHÜLLER, *Erfolg und Stagnation* (wie Anm. 2), S. 102.

11 1953 bis 1969 gehörte Elisabeth Pitz-Savelsberg dem Deutschen Bundestag an. Sie war u.a. Initiatorin der Novelle zum Gesetz zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit und des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften. Als Vorsitzende des Diskussionskreises für Familienfragen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzte sie sich für das Ausbildungsförderungsgesetz ein. Ausführliche Würdigung in: Ingrid LANGER (Hrsg.), *Hessische Politikerinnen in den Vorparlamenten 1946 bis 1950*, Bd. 2., Frankfurt/M. 1997, S. 115-199.

12 *Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen*, Bd. 3, Boppard 1985, S. 274.

13 Vgl. Heinrich RÜSCHENSCHMIDT, *Gründung und Anfänge der CDU in Hessen*, Darmstadt-Marburg 1981, S. 163.

Wie in Marburg engagierten sich überall in Hessen Frauen in den überparteilichen Frauenausschüssen. Neben dem Motiv, bei der Bewältigung des Alltags zu helfen, war die Verwirklichung der Gleichberechtigung von Mann und Frau ein wichtiges Ziel der Arbeit. Die Journalistin und CDU-Landtagsabgeordnete Gabriele Strecker, eine der engagiertesten und bekanntesten hessischen Nachkriegspolitikerinnen, beschreibt in ihren Erinnerungen den Beginn der Arbeit in Frankfurt und faßt die Forderungen der Frauen nach politischer Beteiligung und rechtlicher Gleichstellung zusammen: »Schon Ende 1945 hatten sich in Frankfurt Frauen zusammengefunden, Überlebende, die in der Opposition gestanden hatten, Frauen, die schon in der alten Frauenbewegung tätig waren, aber auch neue, bisher unbekannte Frauen, die einfach als Menschen fühlten, daß ihnen die Zeit eine Chance bot und sie etwas tun mußten. Am 25. Januar 1946 kam der Öffentlichkeit ein Aufruf zu Gesicht, der in acht Punkten die Ziele von 14 Frauen enthielt. Sie bezeichneten sich selbst als Frankfurter Frauenausschuß, der zur Bildung einer großen Frauenorganisation aufrief, die allen Frauen aus allen Schichten und jeden Alters helfend und beratend zur Seite stehen wollte ... Die acht Programmpunkte: 1. Gleichberechtigung der Frau. 2. Mitwirkung in der Verwaltung. 3. Gleiches Recht auf Arbeit und gleicher Lohn. 4. Gerechte Beteiligung der Frau in den Berufsvertretungen. 5. Hinzuziehung im Rechtswesen. 6. Neuordnung des Familienrechts. 7. Mehr Frauen in führenden Stellen und im Erziehungswesen. 8. Höhere Wertschätzung der Frauenarbeit.«<sup>14</sup>

Diesen Aufruf unterzeichneten die damals noch parteilose Oberkirchenrätin Elisabeth Schwarzhaupt und für die CDU die Pädagoginnen Carola Barth und Maria Elisabeth Epstein. Alle drei waren bereits in der Weimarer Republik politisch aktiv. Elisabeth Schwarzhaupt (1901-1986), die bis 1933 der Deutschen Volkspartei (DVP) angehörte, war zu Beginn der 30er Jahre in Frankfurt und Dortmund als Hilfsrichterin tätig. Ende 1931 verfaßte sie in der »Evangelischen Frauenzeitung« einen Artikel, der sich kritisch mit dem nationalsozialistischen Frauenbild auseinandersetzte.<sup>15</sup> Da Frauen mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten vom Richteramt ausgeschlossen

<sup>14</sup> Zit. nach Ingrid LANGER, *In letzter Konsequenz Uranbergbau*, in: *Hart und zart – Frauenleben 1920 bis 1970*, Berlin 1990, S. 261.

<sup>15</sup> »Die politische Gleichberechtigung wird beseitigt. Das nationalsozialistische Parteiprogramm unterscheidet zwischen Staatsangehörigen und Staatsbürgern; nur der Staatsbürger ist zur aktiven Teilnahme am Staatsleben berechtigt ... Die deutsche Frau soll also im Dritten Reich Juden und Ausländern gleichstehen, ferner auf einer Stufe mit gemeinen Verbrechern, die ihr Staatsbürgerrecht verlieren ... Als Ausgleich für diesen Verlust an Rechten im Staats- und Berufsleben verspricht man der Frau eine gehobene Stellung in der Familie ... Was hinter diesen schönen Worten steckt, ist eine Mißachtung der Frau als Persönlichkeit und ihre Unterwerfung ausschließlich unter ihre biologische Aufgabe.« Elisabeth Schwarzhaupt, *Die Stellung der Frau im Nationalsozialismus*, in: *Evangelische Frauenzeitung* 1931/32, H. 33, S. 122 f.

waren, verdiente sie sich nach der Entlassung aus dem Staatsdienst ihren Lebensunterhalt als Referentin bei der Evangelischen Kirche. 1953 trat Elisabeth Schwarzhaupt in die CDU ein, im selben Jahr gelang ihr der Sprung in den Deutschen Bundestag, dem sie bis 1969 angehörte. Als in den 50er Jahren die Novellierung des Ehe- und Familienrechts anstand, setzte sie sich in einer kämpferischen Rede (1954) für die Abschaffung des sogenannten Stichtenscheids ein und wurde über Nacht als Parlamentarierin bekannt.<sup>16</sup> 1961 wurde sie nicht zuletzt auf massiven Druck der CDU-Frauen unter Führung von Helene Weber als erste Frau in das Bundeskabinett berufen.<sup>17</sup> Sie übernahm das neu geschaffene Ministerium für Gesundheit. »Das Kirchenfräulein«, so Bundeskanzler Adenauer, solle sich um Wasser, Lärm und Luft sorgen. Während ihrer Amtszeit hat Elisabeth Schwarzhaupt

---

16 Die Gleichberechtigung der Frauen auf allen Ebenen bedeutete auch die Notwendigkeit zur Reform des Bürgerlichen Gesetzbuches. Am 1. April 1953 erklärte der Bundesgerichtshof, daß die Gleichberechtigung von Mann und Frau geltendes Recht sei und die entsprechenden Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuches von 1900 geändert werden müßten. In der Tat gab es erheblichen Nachholbedarf. Nach geltendem Recht bestimmte der Mann Wohnort, Hauskauf und Urlaubsziel, Namen und Ausbildung der gemeinsamen Kinder und konnte einen Arbeitsvertrag seiner Frau jederzeit ohne deren Zustimmung kündigen. Die geltende Rechtslage führte im Alltag oft zu absurden Situationen: So konnten Frauen, deren Männer im Krieg verschollen waren, nicht an die Familienkonten, da das Vermögen nur von ihren Männern verwaltet werden durfte. Nach dem Krieg wurde ein Viertel aller Handwerksbetriebe von Frauen geleitet, jedoch konnte eine im gesetzlichen Güterstand lebende Frau nicht über das in die Ehe eingebrachte Gut verfügen. Eine Witwe mit Kindern, die wieder heiratete, verlor die elterliche Gewalt über ihre Kinder. Diese ging auf ihren neuen Ehemann über. Die geschiedene Frau konnte auch dann die elterliche Gewalt nicht bekommen, wenn die Kinder bei ihr lebten. Sie blieb dem Vater. Beispiele für die Ungleichheit im Berufsleben gab es zur Genüge: Lehrerinnen hatten im Gegensatz zu ihren männlichen Kollegen keinen Anspruch auf eine Dienstwohnung und im Falle einer Verheiratung drohte ihnen die Entlassung. Ihr Gehalt lag 10 Prozent unter dem ihrer männlichen Kollegen. Selbst die Kultusministerin, die für die Schulverwaltung eines ganzen Landes verantwortlich war, durfte nach geltendem Recht nicht entscheiden, welche Schule ihr Kind besuchen sollte. Dies bestimmte allein ihr Ehemann. Erst 1957 wurde das Gleichberechtigungsgesetz im Bundestag verabschiedet, das Mann und Frau die Führung des Haushalts in gemeinsamer Verantwortung zuschrieb und eine wechselseitige Verpflichtung der Ehegatten zum Unterhalt festlegte. Ein weiterer Streit entzündete sich um den sogenannten Stichtenscheid des Ehemannes und Vaters. Der Plan, dem Ehemann bei der Nichteinigung der Eheleute die letztendlich Entscheidung zuzubilligen, war heftig umstritten. In allen Parteien sahen Konservative durch die Abschaffung des Stichtenscheids die bestehende Ehe- und Familienordnung bedroht. Der Kölner Kardinal Frings sprach von der natürlichen Ordnung, die dem Manne das Letztentscheidungsrecht zusprach, die evangelische Kirche fürchtete um die Existenz der christlichen Ehe und Familie. Der Stichtenscheid wurde insbesondere auch von den Frauenverbänden abgelehnt, da man darin ein patriarchalisches Relikt und einen Verstoß gegen das Gleichberechtigungsgesetz sah. Zwei Jahre später, 1959, erklärte das Bundesverfassungsgericht den Stichtenscheid als nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. Vgl. Gabriele MÜLLER-LIST, *Gleichberechtigungsgesetz als Verfassungsauftrag. Eine Dokumentation zur Entstehung des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957. Dokumente und Texte*, Bd. 2, Düsseldorf 1996.

17 Vgl. *Abgeordnete* (wie Anm. 12), S. 276 f. Vgl. dazu auch die im Nachlaß Schwarzhaupt überlieferten Briefe und Telegramme an Bundeskanzler Adenauer (ACDP I-048-002/3); Interview mit Elisabeth Schwarzhaupt (ACDP I-048-001/2).

zehn Gesetze und 23 Verordnungen auf dem Gebiet der Medizin und des Arznei- und Lebensmittelrechts auf den Weg gebracht. Eine große Herausforderung sah sie im Schutz der Umwelt. Am 1. Dezember 1962 wurde die erste Umweltschutzverordnung erlassen. Sie hatte den Abbau von Wasch- und Reinigungsmitteln im Wasser zum Ziel. Ein großer Erfolg für ihre unermüdliche Arbeit war, daß die CDU als erste Partei bereits 1964 einen umweltpolitischen Kongreß in Oberhausen durchführte. Hier wies sie in ihrer Eröffnungsrede eindringlich darauf hin, daß eine gesunde Umwelt für das Wohlergehen des Menschen weitaus wichtiger sei als materieller Gewinn.<sup>18</sup>

Mit der Bildung der Großen Koalition 1966 gab Elisabeth Schwarzhaupt ihr Ministeramt an die Sozialdemokratin Käthe Strobel ab. Im Bundestag übernahm sie jetzt den Unterausschuß für die Reform des Nichtehelehenrechts, der die Verbesserung der Rechtsstellung nichtehelicher Kinder und ihrer Mütter anstrebte. 1969 zog sie sich aus dem aktiven Leben zurück. Doch der Deutsche Frauenrat und der Deutsche Akademikerinnenbund nahmen weiter gerne ihren Rat in Anspruch.

Carola Barth (1879-1959) war Religionspädagogin und hatte 1907 als erste Frau in Deutschland das theologische Lizentiatenexamen abgelegt. In der Weimarer Republik leitete sie ein Mädchengymnasium und engagierte sich in ihrer schriftstellerischen Arbeit insbesondere für die Mädchenbildung. In der Ausbildung von Frauen und Mädchen sah sie eine der größten Herausforderungen des 20. Jahrhunderts. 1919 bis 1921 gehörte sie für die Deutsche Demokratische Partei (DDP) der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung an; den Frauenausschuß der Partei leitete sie bis zum Ende der 20er Jahre. 1934 wurde sie aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Im November 1945 trat sie der CDU bei und war von 1946 bis 1956 Stadtverordnete und Vorsitzende des Schulausschusses.<sup>19</sup>

Auch Maria Elisabeth Epstein (1881-1948) war bereits in der Weimarer Republik politisch aktiv. Sie saß für die DDP in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung und leitete gemeinsam mit ihrem Mann Wilhelm von 1914 bis 1930 den Frankfurter Bund für Volksbildung. Wegen Unterstützung von Juden wurde sie 1942 bis 1943 im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück eingesperrt. Ende 1945 trat sie der Frankfurter CDU bei, wurde in den Bürgerrat gewählt und war bis zu ihrem Tod Stadtverordnete.<sup>20</sup>

<sup>18</sup> Vgl. ACDP-Flugblattsammlung.

<sup>19</sup> Vgl. Elke SCHÜLLER, *Keine Frau darf fehlen. Frauen und Kommunalpolitik im ersten Nachkriegsjahrzehnt in Hessen*, in: Ulla WISCHERMANN, *Staatsbürgerinnen zwischen Partei und Bewegung*, Frankfurt/M. 1993, S. 95 f.

<sup>20</sup> Vgl. Ingrid LANGER (wie Anm. 11), Bd. 1, S. 105-129.

Elfriede Ketzer (1885-1971), die die CDU in Hofheim/Taunus mitgründete, war in den 20er Jahren Lehrerin am Fröbelinstitut und Vorsitzende des Verbandes Frankfurter Frauenvereine. Die Erkenntnis, daß »man sich einer Partei anschließen müsse, wenn man verantwortungsvoll arbeiten will«<sup>21</sup>, bewog sie, sich dem Gründerkreis der CDU in Hofheim anzuschließen, um dort bereits 1945 den Frauenausschuß aufzubauen. Im Oktober 1945 wählte sie der Kreisvorstand zur Frauenbeauftragten der CDU. Im Jahr darauf wurde sie stellvertretende Vorsitzende des Frauenausschusses der CDU Groß-Hessen. 1946 wurde sie Magistratsmitglied und 1948 Stadtverordnete in Hofheim. Sie war Mitglied der Flüchtlingskommission und der Schuldeputation. 1958 gründete sie im Main-Taunus-Kreis den Evangelischen Arbeitskreis.

Eine schillernde Figur unter den CDU-Gründerinnen war Maria Sevenich.<sup>22</sup> 1907 in Köln geboren, gehörte sie vor 1933 der KPD an. Nach ihrer Emigration in die Schweiz und nach Frankreich schwörte sie dem Kommunismus ab und fand zum christlichen Glauben. Von den Nationalsozialisten 1934 in Abwesenheit zum Tode verurteilt, wurde sie 1942 in Gestapo-Haft genommen. 1945 bildete sie den Mittelpunkt des Darmstädter Gründerkreises. Als aktive Katholikin wollte sie nach den Erfahrungen des Nationalsozialismus christliche Vorstellungen in reale Politik umsetzen und reichte deshalb Ende August/Anfang September 1945 bei der amerikanischen Militärregierung den Antrag auf Lizenzierung der »Deutschen Aufbaubewegung« ein, aus der dann die Darmstädter CDU hervorging. In der Vorstandssitzung vom 21. November 1945 berichtete sie ausführlich über die Werbung von Mitgliedern und die Gründung von Ortsverbänden und entwarf einen Organisationsplan für die Arbeit der Geschäftsstellen in Oberhessen.<sup>23</sup>

Auch das Programm, das die neue Partei im September in ihren »Allgemeinen Grundsätzen« vorstellte, trug Sevenichs Handschrift. Gefordert wurden die Verwirklichung christlicher Lebensprinzipien, der Schutz der Persönlichkeit und die Etablierung des Rechtsstaates. Konkrete politische Zielvorstellungen, wie etwa im wirtschaftlichen Bereich, fehlten, dafür waren aber »Harmonie«, »Verantwortung«, »Vertrauen auf Gottes Kraft« und »ein gesundes Weltbild« Schlüsselbegriffe ihres Programmes.<sup>24</sup> Mit Leidenschaft und Pathos sprach Maria Sevenich in stets vollbesetzten Sälen überall in Hessen gegen den Kommunismus und warb für den Gedanken

21 Vgl. SCHÜLLER (wie Anm. 19), S. 97.

22 Vgl. Elke SCHÜLLER, *Du kannst nicht treu sein. Maria Sevenich*, in: Bärbel CLEMENS (Hrsg.), *Niedersächsische Parlamentarierinnen* (Arbeitstitel).

23 Vgl. *50 Jahre CDU Darmstadt*, Darmstadt 1995, S. 126/1 ff.

24 Vgl. RÜSCHENSCHMIDT (wie Anm. 13), S. 99 f.

einer christlichen Partei.<sup>25</sup> Die brillante Rednerin war bald weit über die Darmstädter Region und die Amerikanische Besatzungszone hinaus bekannt. Bereits Ende 1945 bestanden Kontakte in die Britische und Französische Zone.<sup>26</sup> Im Juni 1946 kam es wegen den Koalitionsverhandlungen mit der SPD zu heftigen Auseinandersetzungen mit dem Landesvorsitzenden Werner Hilpert. Maria Sevenich votierte öffentlich gegen die von CDU-Landesvorstand und SPD erzielte Einigung über die Aufnahme der Sozialisierung in die hessische Verfassung.<sup>27</sup> Nachdem ihr die Amerikaner im Juni wegen kritischer Äußerungen über die Entnazifizierung Redeverbot erteilten und sie der Landesvorstand bei der Besatzungsmacht nur halbherzig unterstützte, verließ sie Hessen und siedelte nach Niedersachsen in die Britische Zone über.

Ihre in Hessen begonnene Arbeit setzte sie hier fort. Rückblickend schrieb Arnold Fratzscher, damals Generalsekretär der CDU Niedersachsen, »daß sie sich in ein nicht mehr reales Sendungsbewußtsein steigern konnte, zumal dann, wenn sie spontan und ohne Aussprache mit anderen handelte. So kam zur völligen Überraschung ihrer Freunde, die gerade mehrere Versammlungen mit ihr im ganzen Lande bis ins einzelne festgelegt hatten, ihr einsamer Beschluß, durch einen Hungerstreik die britische Besatzungsmacht darauf aufmerksam zu machen, daß die Ernährungslage den Tod von Tausenden und aber Tausenden zur Folge haben würde, wenn bis zum Winter nichts geschähe.«<sup>28</sup> Im April 1947 errang Maria Sevenich über die Landesliste ein Mandat für den niedersächsischen Landtag. Mitte Mai 1948 erklärte sie ihren Übertritt zur SPD, da die CDU mit der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft den Weg des Ahlener Programms verlassen habe. Bis 1970 gehörte sie für die SPD dem Landtag an. Von 1965 bis 1967 war sie Ministerin für Bundesangelegenheiten, Vertriebene und Flüchtlinge. Da sie die Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition ablehnte, wurde sie kurz vor ihrem Tod wieder Mitglied der CDU.

Auch in Gießen, Offenbach und im Rheingau-Taunus-Kreis haben Frauen die Gründungsaufrufe der CDU mitunterzeichnet,<sup>29</sup> von vielen ist aber biographisch nur wenig in Erfahrung zu bringen.

25 Als Maria Sevenich am 22. Januar 1946 im überfüllten Saal des »Bensheimer Hofes« sprach, ist im Protokoll vermerkt, daß dies eine der am besten besuchten Wahlkundengebungen der Bensheimer CDU gewesen sei. Vgl. Martin HELLRIEGEL, *40 Jahre CDU Bensheim*, Bensheim 1985, S. 21.

26 Vgl. *50 Jahre CDU Darmstadt* (wie Anm. 23), S. 162/2.

27 Vgl. RÜSCHENSCHMIDT (wie Anm. 13), S. 314. Vgl. *Die Entstehung der Hessischen Verfassung: Eine Dokumentation* (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau, Bd. 58), Wiesbaden 1996, S. 630.

28 Arnold FRATZSCHER, *CDU in Niedersachsen*, Hannover 1971, S. 64.

29 Anhand der Festschriften der hessischen Kreisverbände zu »50 Jahre CDU« können als CDU-Gründerinnen in Hessen nachhaft gemacht werden: Darmstadt-Stadt: Maria Hofmann, Maria Sevenich; Frankfurt: Gertrud Erhardt, Maria Elisabeth Epstein geb. Beling; Gießen: Else

Die »Verantwortung für die öffentlichen Dinge« war das, was politisch aktive Frauen nach dem Kriege verband. Das Unionsbekenntnis der Männer – »Frauen sind unsere politischen Partnerinnen«, »Wir begrüßen die Mitarbeit der Frauen«, »Ohne Frauen wäre die Politik ärmer« – reichte ihnen nicht aus, denn nur zu oft wurde die konkrete Forderung nach Teilhabe an politischer Macht, d.h. die Nominierung für Ämter und Mandate, vom Tisch gewischt. Der hessische Landesvorsitzende Werner Hilpert faßte bei einer Delegiertenversammlung 1949 diese Haltung mit dem klassischen Ausspruch zusammen: »Wir Männer vertreten die Frauen-Interessen besser als die Frauen selbst.«<sup>30</sup> Etwas von der traditionellen Auffassung, dem Mann die große politische Linie, die Frau in die Ausschüsse, womöglich mit sozialem Sachgebiet, schwingt hier untergründig mit. Sozial- und Kulturpolitik wurden daher auch als typisch weibliche Politikfelder definiert. Da die Frauen ihrer beruflichen Herkunft nach überwiegend Fürsorgerin, Lehrerin und Hausfrau waren, schienen sie dafür geradezu prädestiniert. Andere Politikfelder, die vermeintlich nur männlich zu besetzen waren, blieben weitgehend verschlossen. Auch kam es nicht zur angemessenen Beteiligung an Ämtern und Mandaten, wie Statistiken und die Lebensberichte hessischer Politikerinnen belegen.

»Als ich 1946 für den Landtag kandidierte«, schrieb Elisabeth Pitz-Savelsberg, »entsprach meine Situation in der CDU-Fraktion der damaligen Auffassung: 27 Männer und ich. Frauen in die Parlamente? Ja! Aber mit Maßen. Eine genügt. Aber die eine ist weniger gedacht als politische Kraft, vielmehr als Symbolfigur. Ihr Name mußte an sichtbarer Stelle auf der Liste erscheinen. Denn der Wähler, eher die Wählerin, mußte ja erkennen, daß auch Frauen dabei waren. Frauen waren immer die gewissenhafteren Wähler, aber unter den Gewählten waren sie Einzelercheinungen.«<sup>31</sup>

Als am 26. Februar 1946 im Wiesbadener Staatstheater die erste Sitzung des Beratenden Landesausschusses mit je 12 Mitgliedern der vier von der Besatzungsmacht zugelassenen Parteien stattfand, gehörten diesem Gremium nur fünf Frauen an: für die KPD Elfriede Steckel und Eleonore Wolf, für die LDP Anne Bringzu und für die CDU Maria Elisabeth Epstein und Maria Sevenich. Maria Sevenich war auch das einzige weibliche CDU-Mitglied, das der Verfassungsberatenden Landesversammlung angehörte.

In der ersten Legislaturperiode des hessischen Landtags war Elisabeth Pitz-Savelsberg die einzige Frau in der CDU-Fraktion. 1950 rückte die

Reinhardt, Ilse Opitz, Otilie Dicke, Minna Reinhardt, Andrea Illa, Hella Hensky, Dora Melzer, Dora Scheuer, Main-Taunus: Elfriede Ketzer, Marburg: Annemarie Heiler, Offenbach-Land: Anna-Franziska Post, Grete Rupprecht, Cecilia Gerstner, Helene Letz; Rheingau-Taunus: Irene Mayer, Maria Dries.

30 Vgl. Gabriele STRECKER, *Überleben ist nicht genug*, Freiburg 1981, S. 88.

31 Vgl. *Abgeordnete* (wie Anm. 12), S. 274.

Publizistin Charlotte Schiffler (1909-1992) nach. 1950 bis 1952 war sie Landtagsabgeordnete, 1952 bis 1968 Stadtverordnete in Frankfurt. In den Landesvorstand der CDU wurde eine Frau lediglich als Beisitzerin gewählt, und zwar 1946 Maria Sevenich.

Als 1946 die Listen für die hessischen Kommunalwahlen aufgestellt wurden, lag der Frauenanteil zwischen fünf und zehn Prozent. Damit setzte sich der Trend der Weimarer Republik auch nach 1945 fort, wo in den Landtagen, Städten und Kreisen der Frauenanteil von 1928 bis 1930 zwischen sieben und zwölf Prozent lag. Helene Lange, die langjährige Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins, beschrieb in den zwanziger Jahren das Engagement in der Kommunalpolitik als »kräftigen Nährboden weiblichen Bürgersinns«. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde in den Programmen der von der Besatzungsmacht zugelassenen Parteien die Kommunalpolitik als »ureigenstes Wirkungsfeld der politisch tätigen Frau« definiert. Ein Gemeinderat ohne Frau, hieß es, sei wie eine Familie ohne Mutter. Das Primat der Kommunalpolitik stand überdies auch im Einklang mit den Vorstellungen der amerikanischen Besatzungsmacht, die die Demokratisierung von unten her, also auf kommunaler Ebene, in Gang setzen wollte.<sup>32</sup>

Soweit die Zahlen vorliegen, ergibt sich in einzelnen Kreisen folgendes Bild: In Hanau, Offenbach, Bad Hersfeld wurden nur eine bzw. zwei Frauen und in Fulda vier Frauen nominiert. In Bensheim und Lauterbach war die Vertreterin der Frauen 1948 gleichzeitig Flüchtlingsvertreterin.<sup>33</sup> 1948 besetzte die CDU mit Maria Elisabeth Epstein, Carola Barth, Elisabeth Rhabanus<sup>34</sup>, Maria Bausch<sup>35</sup> und Amalie von Mettenheim in Frankfurt fünf

<sup>32</sup> Vgl. RÜSCHENSCHMIDT (wie Anm. 13), S. 209-212.

<sup>33</sup> Hanau: Helene Köppler (1889-1982), Stadtverordnete 1946-1952. Offenbach: Elisabeth Walter (1903-1991), Lehrerin, Stadtverordnete 1948-1952, 1948 Mitglied im Schulausschuß und im Ausschuß zur Prüfung Fliegergeschädigter. Bad Hersfeld: Margarethe Budgenhagen (1895-1989), Krankenpflegerin, Stadtverordnete 1946-1948, Mitglied des Wohlfahrtsausschusses. Fulda: Sigrd Büttner (1893-1973), Stadtverordnete 1946-1948; Josefine Detig (1893-1970), Lehrerin, Stadtverordnete 1946-1948, Mitglied des Kultur- und Wohlfahrtsausschusses; Johanna Hattendorf (1887-1978), Stadtverordnete 1946-1956, Mitglied des Kultur- und Wohlfahrtsausschusses; Cläre Schmidt (geb. 1915), Stadtverordnete 1946-1948, erste weibliche Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Fulda, Gründerin der Frauenvereinigung (1950) in Fulda. Lauterbach: Helene Baumgarth (geb. 1900), Stadtverordnete 1948-1956. Bensheim: Antonie Wenzel (geb. 1905), 1948-1952 Stadtverordnete. Zusammengestellt anhand der Festschriften »50 Jahre CDU« und anhand von Elke SCIÜLLER, *Neue, andere Menschen, andere Frauen? Kommunalpolitikerinnen in Hessen 1945 bis 1956. Ein biographisches Handbuch*, 2 Bde., Frankfurt/M. 1995/96.

<sup>34</sup> Elisabeth Rhabanus (1892-1969) war Jugendfürsorgerin und baute nach 1945 im Hessischen Ministerium für Arbeit und Wohlfahrt das Jugenddezernat auf. Im November 1945 trat sie der CDU bei. Sie war wesentlich am Aufbau des Frankfurter Frauenausschusses und der hessischen Frauenvereinigung beteiligt.

<sup>35</sup> Maria Bausch (1896-1962), Lehrerin, 1919 bis 1933 Mitglied des Zentrums, 1946-1956 Mitglied des Frankfurter Stadtrates.

Ratssitze. Als zweitgrößte Fraktion erreichte die CDU mit fünf Frauen in den ersten drei Legislaturperioden den größten Frauenanteil (1946-1948: 17,8 %, 1948-1952: 19,0 %, 1952-1956: 22 %) in der Stadtverordnetenversammlung. Die Arbeit dieser Frauen in den Ausschüssen für Wissenschaft, Kunst, Schule, Soziales und Gesundheit fand in der Öffentlichkeit nur wenig Beachtung. Lediglich die Biologiestudentin Amalie von Mettenheim (geb. 1920), die 1946 mit 25 Jahren als jüngstes Mitglied in die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung gewählt wurde, erhielt aufgrund ihres Alters öffentliche Resonanz.<sup>36</sup>

Im Frankfurter Magistrat war unmittelbar nach dem Krieg keine Frau vertreten. Keine hessische Stadt hatte eine Bürgermeisterin, kein Landkreis eine Landrätin. Erst 1993 wurde die Linie durchbrochen. Die Christdemokratin und frühere Bevollmächtigte für Frauenfragen Otti Geschka hatte das Amt der Oberbürgermeisterin von Rüsselsheim erkämpft. 1994 zog Margarete Härtel als Oberbürgermeisterin in das Rathaus von Hanau ein, und 1995 wurde Petra Roth in direkter Wahl zur Oberbürgermeisterin von Frankfurt gewählt.

Wie wenig entgegenkommend die Riege der Männer bei der Nominierung von Frauen war, zeigt ein Blick in die Korrespondenz des Landesvorsitzenden Werner Hilpert. Zwar beklagte er 1948, daß die »Frauenarbeit in zurückliegender Zeit eine außerordentlich kümmerliche Pflege im Landessekretariat gefunden«<sup>37</sup> habe, beschwichtigte aber 1950 in einem Brief an das Sekretariat für die Katholische Frauenarbeit, daß die Frauen trotz ihrer zahlenmäßig geringen Vertretung im Landtag keinen Grund zur Klage hätten, da die Kandidatur von Elisabeth Pitz-Savelsberg gesichert sei.<sup>38</sup>

Da Politik als Domäne der Männer angesehen wurde, war der Wahlkampf von Frauen mit besonderen Schwierigkeiten verbunden. »Ich machte ebenso«, erinnert sich Elisabeth Schwarzhaupt an ihre Wahlkampfeinsätze, »wie meine mit mir kandidierende Kollegin Elisabeth Pitz-Savelsberg bei

36 Vgl. ACDP II-045-018/6.

37 Vgl. ACDP I-021-022/3.

38 »Ich glaube nicht, daß die christliche Frau angesichts der Politik, die die Landtagsfraktion der hessischen CDU geleistet hat, berechtigte Unzufriedenheit geltend machen kann. Es liegt doch wohl in der positiven Haltung begründet, daß den Belangen der Frau als dem tragenden Faktor unseres gesamten Lebens in allererster Linie Genüge getan wird. Selbstverständlich wäre es allen Verantwortlichen in der CDU Hessens lieb gewesen, wenn es gelungen wäre, die zuletzt im Landtag tätig gewesenen Frauen, nämlich Frau Elisabeth Pitz und Frau Dr. Schiffler auch für den künftigen Landtag zu sichern. Wie Sie wissen, hat Frau Dr. Schiffler aber von vorn herein verzichtet. Frau Pitz steht zwar an 6. Stelle, es ist dies aber in Wahrheit die 5. Stelle, da ich ja zweifellos im Wahlkreis Hünfeld-Lauterbach durchkommen werde. Damit ist also Frau Pitz in jedem Fall gesichert. Es hängt nun davon ab, wie wir überhaupt abschneiden, ob wir nicht dann auch noch Frau Wiesemann, die an 12. Stelle steht, in den Landtag bringen können. Alles hängt davon ab, ob wir eben alle uns anstrengen, um der CDU die ihr gebührende Stellung im Landtag zu gewährleisten. In jedem Fall wird aber Frau Pitz wieder einziehen.« ACDP I-021-018/1.

dem Herumreisen von einer Dorfwirtschaft zur anderen in den ersten Wahlkämpfen nach dem Krieg immer die gleiche Erfahrung: ein Wirtshaussaal mit rauchenden Männern, von denen man nur reservierte Antworten bekam auf die Frage, warum sie eigentlich ihre Frauen nicht mitgebracht hätten, diese seien doch auch wahlberechtigt. Und wenn man als frischer Neuling in der Politik etwas von den Grundgedanken einer freien Marktwirtschaft oder einer Westorientierung der Bundesrepublik vortrug, erntete man freundliches Schweigen.«<sup>39</sup>

Eine wichtige Funktion für die politische Karriere von Frauen hätten auch damals schon die Frauenausschüsse und Frauenarbeitsgemeinschaften, die sich parallel zur Parteiorganisation der Union bildeten. Bereits im September 1946 forderte der Frauenausschuß der CDP Rheinland-Hessen-Nassau den Parteivorstand auf, für eine angemessene Vertretung der Frauen auf allen Ebenen Sorge zu tragen: »Der Frauenausschuß der CDP Rheinland-Hessen-Nassau bittet den Parteivorstand bei den Kreis- und Ortsvorständen dahin wirken zu wollen, daß in allen Parteiinstanzen (Vorstand, Ausschüssen etc.) Frauen in genügender Zahl vertreten sind. Der Aufbau in unserer wirtschaftlichen und sozialen Not verlangt den Miteinsatz der Frau in vollem Umfange.<sup>40</sup> Es ist unbedingt notwendig, daß in die Stadtparlamente und Gemeinderäte, in die Kreistage und Kreisausschüsse sowie in die zu wählenden Parlamente Frauen an sicherer Stelle gewählt werden. Es ist notwendig, nicht nur propagandistisch nach außen hin zu zeigen, wie die Partei die Frau in ihrer Mitarbeit einschätzt, sondern vor allem auch deshalb, um die Gesamtarbeit der Partei von den fraulich-mütterlichen Kräften her zu beeinflussen. Die am 24. September 1946 abgehaltene Tagung des Frauenausschusses von Rheinland-Hessen-Nassau hat gezeigt, daß die für die Arbeit geeigneten Frauen in ausreichender Zahl vertreten sind und hat einstimmig beschlossen, bevorstehende Entschließungen dem Parteivorstand zuzuleiten mit der Bitte, die Kreis- und Ortsvorstände zu veranlassen, dementsprechend zu verfahren.«<sup>41</sup> »Wenn die Frauen nicht gewonnen werden,« so Elisabeth Pitz-Savelsberg im August 1947 an Werner Hilpert, »werden dies andere tun.«<sup>42</sup>

1948 konnte die Ärztin und Journalistin Gabriele Strecker für die Mitarbeit in der CDU gewonnen werden. Gabriele Strecker hatte sich bereits kurz nach dem Krieg als Rundfunkjournalistin einen Namen gemacht und wurde

39 Elisabeth SCHWARZHaupt, *Als Frau in der Politik*, in: Werner WOLF (Hrsg.), *CDU Hessen*, Köln 1986, S. 177.

40 Vgl. dazu Werbeschreiben der CDU Hofheim vom 13. November 1945, in dem die Vorsitzenden der Ortsverbände aufgefordert werden, Frauen zu Veranstaltungen mitzubringen. Abdruck in: *40 Jahre CDU Hofheim*, Hofheim 1985.

41 ACDP I-139-005/2.

42 ACDP I-021-006/1.

deshalb von den Amerikanern im Oktober 1946 als einzige deutsche Teilnehmerin zu einem internationalen Frauenkongreß in die USA eingeladen. 1948 übernahm sie die Leitung des hessischen Frauenfunks, der über lange Jahre das wichtigste frauenpolitische Forum in Hessen war. Wie schwierig die Arbeit der Frauen in der Partei in den Anfangsjahren war, schildert Gabriele Strecker in ihren Erinnerungen. »Ich wurde als Vorsitzende gewählt, als Stellvertreterin eine evangelische Frau. Frau Hedwig Matuschek<sup>43</sup>, eine schlesische Heimatvertriebene, kümmerte sich um die nicht vorhandenen Finanzen. In meinem Büro schrieb ich selbst die Einladungen und erledigte die Korrespondenz. Die Frauenvereinigung fiel dem hessischen Landesverband auf lange Jahre hinaus nicht zur Last. Wir trugen alle Kosten freiwillig, erst in den beiden Wahljahren 1949 und 1950 gingen wir dazu über, die Frauen in kleinen Cafés zu Kuchen und Kaffee einzuladen – naturgemäß kamen dann immer besonders viele. Trotzdem war das finanzielle Problem eine Dauerbelastung. Hedwig Matuschek hatte gute Beziehungen zu zwei großen Wetzlarer Industriellen – von dort bekamen wir von Zeit zu Zeit eine Spende, ein paar hundert Mark jedesmal, und damit wirtschafteten wir sparsam. Es war immer eine Verlegenheit, die sogenannten »Bettelbriefe« zu schreiben und dann, im stets positiven Beantwortungsfall, die entsprechenden, wahrhaft »tief gefühlten« Danksagungen zu formulieren. Auch das gehörte zur Ochsentour. Mit der Wahl zur Vorsitzenden der CDU-Frauen-Vereinigung Hessen war ich gemäß dem hessischen Parteistatut ein sogenanntes »geborenes« Mitglied, das automatisch dem Landesvorstand angehörte. Mitglied des Landesvorstandes war ich bis zu meinem Abschied aus der hessischen Politik, 1962, ununterbrochen, was zeitlich eine weitere, große Belastung für mich darstellte, mir aber viele Einsichten in das politische Räderwerk vermittelte. Damit gehörte ich dem hessischen Partei-Establishment an. Das Größte der Ochsentour war überwunden.«<sup>44</sup> Die politische Karriere von Gabriele Strecker vollzog sich über die Frauenvereinigung (später Frauenunion), die ihr die nötige Hausmacht innerhalb des hessischen Landesvorstandes verschaffte.

Über die Frauenunion gelang es auch, Frauen aus überparteilichen und unpolitischen Frauenorganisationen an die CDU heranzuführen. Die Frauenunion durch die Verwirklichung der Gleichberechtigung von Mann und Frau überflüssig zu machen, wie es Elisabeth Schwarzhaupt in den sech-

43 Hedwig Matuschek (1903-1992) trat 1945 in Magdeburg der CDU bei. Sie war von 1946 bis 1948 Stadtverordnete. 1948 erteilte ihr die sowjetische Besatzungsmacht Redeverbot, da sie sich öffentlich gegen eine Zusammenarbeit mit dem DFD aussprach. Vgl. Michael RICHTER, *Die Ost-CDU 1948 bis 1952*, Düsseldorf 1991, S. 47. Von 1953 bis 1961 gehörte sie dem Hauptvorstand der Exil-CDU an, 1958 bis 1966 dem Hessischen Landtag, 1962 bis 1971 war sie Vorsitzende der CDU-Frauenvereinigung Hessen.

44 STRECKER (wie Anm. 30), S. 93.

ziger Jahren vorschwebte,<sup>45</sup> ist ein Wunsch für die Zukunft, da es trotz steigender weiblicher Mitgliederzahlen noch immer nicht gelungen ist, Frauen angemessen in Ämter und Mandate zu bringen. Gründe dafür sind zum einen die Doppel- und Dreifachbelastung der Frauen durch Familie, Beruf und Politik, zum anderen die über Jahre hinweg geringe personelle und finanzielle Ausstattung der Frauenausschüsse. Erst Mitte der 80er Jahre setzte hier ein Wandel ein, der der von Elisabeth Pitz-Savelsberg bereits 1950 auf der Konferenz der Landesfrauenausschüsse geforderten Wahl einer Frau in den Bundesvorstand sowie der angemessenen Beteiligung von Frauen an Ämtern und Mandaten entsprechend ihrer Mitgliederstärke Rechnung trug.

---

45 Vgl. ACDP I-048-013/4.

## Karl Georg Pfeleiderers Gegenentwürfe zur Deutschlandpolitik Adenauers

Von Hans-Heinrich Jansen

Von den 90er Jahren aus gesehen hat es den Anschein, als habe es zur Außenpolitik Adenauers nie eine Alternative gegeben. Die Einigung Europas, die Anlehnung an die USA und die enge Kooperation mit Frankreich sind auch heute noch die Eckpunkte deutscher Außenpolitik. Da der erste Bundeskanzler die wesentlichen Bereiche der auswärtigen Beziehungen stets selbst in der Hand behielt, wurden aus dem Kanzleramt und dem Auswärtigen Amt keine grundsätzlichen Kursänderungen öffentlich zur Diskussion gestellt. Dabei war die Konzeption, zunächst durch enge Anbindung an den Westen Handlungsspielraum zurückzugewinnen, ohne Sicherheitsrisiken einzugehen, keineswegs so unumstritten. Selbst innerhalb der CDU gab es ein grundsätzliches Gegenkonzept. Das bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit vorgetragene »Brückenkonzert« Jakob Kaisers sah für Deutschland eine Mittlerrolle zwischen den USA und der UdSSR vor.<sup>1</sup> Ebenso steht der Name Karl Georg Pfeleiderers für einen besonders ernst zu nehmenden Gegenentwurf aus dem bürgerlichen Lager.

1899 geboren, war Pfeleiderer nach Kriegsdienst und Jurastudium 1923 in den diplomatischen Dienst eingetreten. Seine ersten Auslandsstationen führten ihn in den Jahren 1926 bis 1936 nach Peking, Moskau, Leningrad und Kattowitz. Dies ließ bereits sein besonderes Interesse an Osteuropa erkennen. Danach war er im Auswärtigen Amt bis 1941 vor allem mit den Kulturbeziehungen zu den osteuropäischen Staaten befaßt. Von Mitte 1941 bis Ende 1942 war er Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Oberkommando der 17. Armee in der Ukraine. Aus Gesundheitsgründen wurde er dann von der Front zurückberufen und an die deutsche Gesandtschaft in Stockholm versetzt, wo er bis Kriegsende blieb, zum Schluß als Generalkonsul. Dort lernte er auch Wladimir Semjonow kennen, den späteren sowjetischen Hochkommissar in der DDR. Bis 1947 interniert, wurde er ein Jahr später im Kreis Waiblingen zum Landrat gewählt und kandidierte dort auch für die FDP bei der Bundestagswahl 1949, ohne Mitglied der Partei zu sein.

---

<sup>1</sup> Vgl. Hans-Peter SCHWARZ, *Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft*, 2. erw. Aufl., Stuttgart 1980, S. 297-344; Erich KOSTHORST, *Jakob Kaiser. Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen 1949-1957*, Stuttgart 1972.

Er wurde mit etwa 40 Prozent der Stimmen direkt gewählt.<sup>2</sup> Nach seiner direkten Wiederwahl in den zweiten Bundestag legte er 1955 sein Mandat nieder, um Botschafter in Belgrad zu werden. Er starb zwei Jahre später.

Die langjährige Erfahrung im diplomatischen Dienst verlieh seiner Stimme großes Gewicht. Dies gilt namentlich für die Resonanz, die seine Ideen bei verschiedenen Spitzenpolitikern der FDP fanden. Er wird sowohl als außenpolitischer »spiritus rector« Reinhold Maiers als auch als »geistiger Mentor« Thomas Dehlers bezeichnet.<sup>3</sup> Es war zunächst keineswegs damit zu rechnen, daß sich Pfeleiderer zu einem der entschiedensten Kritiker der Außenpolitik Adenauers entwickeln würde. Warum wäre er sonst erst 1951 in die FDP eingetreten, als die Partei noch überwiegend hinter der Außenpolitik der Bonner Regierung stand?<sup>4</sup> Differenzen sollen aber schon angesichts der Bonner Haltung gegenüber der ersten Stalin-Note vom 10. März 1952 zumindest innerhalb der FDP erkennbar gewesen sein.<sup>5</sup>

Über die Grenzen der Fachwelt hinaus, die ihn als Experten für Fragen der internationalen Politik kannte, wurde Pfeleiderer erstmals durch eine Rede im baden-württembergischen Waiblingen am 6. Juni 1952 einer breiteren Öffentlichkeit bekannt, in der er Adenauers Politik der Westbindung scharf kritisierte.<sup>6</sup> Wie ernst man auch in der engsten Umgebung des Kanzlers diesen Angriff nahm, zeigt schon allein die Reaktion: Adenauer ließ einen seiner Spitzendiplomaten, Wilhelm G. Grewe, auf die Rede Pfeleiderers

2 Dazu Theodor HEUSS, *Tagebuchbriefe 1955/1963. Eine Auswahl aus Briefen an Toni Stolper*, hrsg. und eingel. von Eberhard PIKART, Stuttgart 1970, S. 267.

3 Zum Verhältnis Pfeleiderers zu Maier vgl. Karl-Heinz SCHILARP, *Alternativen zur deutschen Außenpolitik 1952-1955. Karl Georg Pfeleiderer und die »Deutsche Frage«*, in: Wolfgang BENZ/Hermann GRAML (Hrsg.), *Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Aufsätze. Hans Rothfels zum Gedächtnis*, Stuttgart 1976, S. 211-248, hier S. 213; zur Nähe der außenpolitischen Positionen Pfeleiderers und Dehlers ab 1953/54 s. Friedrich KLINGL, »Das ganze Deutschland soll es sein!« – Thomas Dehler und die außenpolitischen Weichenstellungen der fünfziger Jahre. Eine Analyse der außenpolitischen Konzeption und des außenpolitischen Verhaltens Thomas Dehlers, München 1987, S. 155. Klingl stellt in seiner Arbeit sonst jedoch Dehler meist in den Vordergrund, ohne den Einfluß Pfeleiderers auf das außenpolitische Denken Thomas Dehlers näher zu untersuchen.

4 In einer Rede vor englischem Publikum hatte sich Pfeleiderer 1951 noch ganz hinter die Politik Adenauers gestellt und insbesondere freie Wahlen als Bedingung für einen Friedensvertrag bezeichnet. K.-H. SCHILARP (wie Anm. 3), S. 222.

5 Die anfängliche Übereinstimmung Pfeleiderers mit der Bonner Außenpolitik hat bereits K.-H. SCHILARP (wie Anm. 3), S. 222, festgestellt; s. auch Christof BRAUERS, *Liberale Deutschlandpolitik 1949-1969. Positionen der F.D.P. zwischen nationaler und europäischer Orientierung*, Münster 1993, S. 56, FN 58 und 59. Allerdings weist Mende in seinen Erinnerungen darauf hin, daß er selbst, Dehler und Pfeleiderer in der Stalin-Note »vorwiegend positive Ansätze und die Chance, gesamtdeutsche Verhandlungen zu beginnen«, gesehen hätten; s. Erich MENDE, *Die neue Freiheit 1945-1961*, München 1984, S. 222.

6 Abgedruckt in: Karl Georg PFLEIDERER, *Politik für Deutschland. Reden und Aufsätze 1948-1956*, Stuttgart 1961, S. 83-99, künftig zitiert als PFLEIDERER I.

und ihre Fortschreibung, den sogenannten Pfeleiderer-Plan, antworten.<sup>7</sup> Vor diesem Hintergrund ist es überraschend, daß Pfeleiderers außenpolitische Vorstellungen bisher in der Literatur über die frühe deutsche Außenpolitik unbeachtet geblieben sind. Er wird nur auf einigen wenigen Seiten in Darstellungen zur außenpolitischen Haltung der FDP gewürdigt.<sup>8</sup> Seine Haltung in der Zeit als Bundestagsabgeordneter bis 1955 behandelt lediglich ein Aufsatz aus den 70er Jahren.<sup>9</sup> Angesichts der zeitgenössischen Kontroversen um den Pfeleiderer-Plan und der Debatten um die erste Anwendung der Hallstein-Doktrin im Falle Jugoslawiens ist auch bemerkenswert, daß Adenauer selbst ihn in seinen Memoiren nicht erwähnt.<sup>10</sup> Oft wird außer Acht gelassen, daß die Überlegungen Pfeleiderers nach der für die FDP so enttäuschend verlaufenen Bundestagswahl 1953 für seine Partei neue Bedeutung gewannen, weil die Liberalen gerade auf seinem Spezialgebiet, der Außen- und Deutschlandpolitik, Profil gegenüber der CDU gewinnen wollten. Sie konnten nach der Ablösung des glücklosen Franz Blücher durch Thomas Dehler mühelos an Pfeleiderers Überlegungen anknüpfen, die auch nach zwei Jahren für die FDP noch als Alternativkonzept zur Politik des Bundeskanzlers taugten. Angesichts der bisher so geringen Beachtung sollen daher die außenpolitische Position Pfeleiderers sowie ihre Auswirkungen für die Haltung der FDP untersucht werden.

Dies soll an drei Stationen der westdeutschen Außenpolitik, zu denen Pfeleiderer Stellung genommen hat, geschehen: 1) der Unterzeichnung der Westverträge im Mai 1952, 2) der sich abzeichnenden Probleme bei der Ratifizierung des EVG-Vertrages in Frankreich ab Ende 1953 und der daraus resultierenden Notwendigkeit, eine Alternative zu diesem Modell der Westbindungspolitik zu suchen, sowie 3) dem ersten Testfall für die Hallstein-Doktrin durch die sich abzeichnende Anerkennung der DDR durch

7 Der Artikel *Die Bedeutung der Westverträge für die Wiedervereinigung Deutschlands* erschien ohne den Namen des Autors. Er wurde von den Herausgebern als »Aufsatz von maßgeblicher Seite« bezeichnet; in: *Deutsche Außenpolitik* 3, 1952, Heft 12, S. 760-774. Zu diesem Aufsatz s. auch Wilhelm G. GREWE, *Rückblenden 1975-1951*, Frankfurt/M. u.a. 1979, S. 154 f. mit FN 5.

8 Sebastian J. GLATZEDER, *Die Deutschlandpolitik der FDP in der Ära Adenauer. Konzeption in Entstehung und Praxis*, Baden-Baden 1980, S. 58-65; C. BRAUERS (wie Anm. 5), S. 53-60; F. KLINGL (wie Anm. 3), S. 94 f. und 148-152.

9 K.-H. SCHLARP (wie Anm. 3); die Zeitgebundenheit dieses Aufsatzes ist in damals (1976) tagespolitisch hochbrisanten Formulierungen wie dieser unverkennbar: »Es wäre sicher ungerecht, den Politikern der ersten Stunde nach der Katastrophe der deutschen Nationalstaates den Vorwurf mangelnder Einsicht in dessen endgültiges Scheitern zu machen«, S. 221, oder: »Die Konfrontation des kalten Krieges wurde eingeleitet durch die Offensive der USA gegen den in Jalta vereinbarten Bereich der sowjetischen Vorherrschaft, in dem die Amerikaner die »demokratischen Grundelemente« bedroht sahen«, S. 225.

10 Jedenfalls ausweislich des Registers! Wichtige Mitarbeiter Adenauers, wie Blankenhorn, Grewe und von Eckardt, würdigen Pfeleiderer dagegen bei allen sachlichen Differenzen durchaus.

Jugoslawien.<sup>11</sup> Für Pfeiderers Haltung zu den Westverträgen sollen die Waiblinger Rede »Für und wider die Verträge«, die ihn bekannt gemacht hatte, und ihre Fortentwicklungen in der Denkschrift »Vertragswerk und Ostpolitik« vom September 1952, dem bereits erwähnten Pfeiderer-Plan, und in zwei weiteren Reden, der Schorndorfer Rede »Vor der Entscheidung« und der Rede vor dem Politischen Klub zu Bonn »Sowjetmacht und Wiedervereinigung« analysiert werden.<sup>12</sup>

Als zweites soll die Haltung Pfeiderers zur Außenpolitik seit Jahresanfang 1954 betrachtet werden. Innerparteilich rehabilitiert – nach der vehementen Ablehnung seiner Vorschläge 1952 – trug er seine Konzeption erneut zunächst parteiintern, dann aber auch wieder in der Öffentlichkeit und im Bundestag vor. Darüber hinaus unternahm er konkrete Schritte, um die Kontaktaufnahme mit der sowjetischen Führung zu beschleunigen.

Nach seiner Rückkehr in den diplomatischen Dienst verfaßte Pfeiderer angesichts des drohenden Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien im Herbst 1957 eine Denkschrift, in der er sich gegen die deutsche Jugoslawienpolitik und darüber hinaus gegen die Hallstein-Doktrin wandte, die 1957 gegen den Staat Titos erstmals angewendet wurde. Im Unterschied zu den vorgenannten Beispielen blieb Pfeiderers kritischer Entwurf »Neugestaltung der deutschen Ostpolitik« unter Verschuß. Daher wurde seine Position nicht öffentlich, sehr wohl aber in der Umgebung Adenauers und im Auswärtigen Amt diskutiert.<sup>13</sup>

Parallel zur Entwicklung seiner außenpolitischen Konzepte soll deren Auswirkung auf die außenpolitische Haltung der FDP in den Blick genommen werden. 1952 distanzieren sich noch weite Kreise der FDP von Pfeiderers Vorschlägen, die der Westbindungspolitik entgegenliefen. Noch trugen die Liberalen in ihrer Mehrheit einschließlich Thomas Dehler 1952 die

<sup>11</sup> Nicht berücksichtigt werden hier Pfeiderers Stellungnahmen zum Aufbau und zur Struktur des deutschen Auswärtigen Dienstes und des Auswärtigen Amtes im allgemeinen. Sie können bei einer systematischen Auswahl der Pfeiderer-Quellen – bis auf wenige Ausnahmen – vernachlässigt werden, da sein Hauptinteresse der deutschen Wiedervereinigung und damit der deutschen Ostpolitik galt.

<sup>12</sup> In: K.G. PFLEIDERER (wie Anm. 6), S. 100-123 bzw. S. 124-142 und S. 143-164 (künftig zitiert als: PFLEIDERER II bzw. III und IV). Pfeiderer selbst hat sich übrigens (PFLEIDERER IV) dagegen gewandt, von einem »Pfeiderer-Plan« zu sprechen. Dafür waren ihm selbst die Details einer möglichen Lösung nicht ausgearbeitet genug. Die Auswahl Waiblingens und Schorndorfs für seine außenpolitischen Reden ist ein gutes Beispiel baden-württembergischer Reden-Geographie. Während Waiblingen als Hauptort seines Wahlkreises ein angemessener Ort für den Bundestagsabgeordneten Pfeiderer erschien, erwies er mit der Wahl Schorndorfs seinem – nicht nur politischen – Freund und Bundesbruder Reinhold Maier eine Reverenz, der Ehrenbürger Schorndorfs war, was Pfeiderer zu Beginn und Schluß seiner Rede nicht zu erwähnen vergaß; auch dies ein Indiz für die enge Verbindung Maiers zu den außenpolitischen Vorstellungen des Redners.

<sup>13</sup> »Aufzeichnung. Betr.: Neugestaltung der deutschen Ostpolitik«, in: Bundesarchiv Koblenz (künftig: BA), Nachlaß Karl Georg Pfeiderer N 1286 (künftig: N 1286), Bd. 56.

Politik Adenauers mit. Lediglich Reinhold Maier und einige seiner baden-württembergischen Gefolgsleute stellten sich hinter ihren Landsmann.<sup>14</sup> Nur zwei Jahre später folgte ihm die Mehrheit in Partei und Fraktion. Die Debatte innerhalb der FDP über außenpolitische Fragen verdeutlichte, wie sehr sich die Position der FDP in Richtung auf die Haltung Pfeleiderers verschoben hatte. Noch deutlicher wurde diese parteiinterne Entwicklung bis 1957.

#### Pfleiderers Haltung zu den Westverträgen

Am 10. März 1952 schlug Stalin den Westmächten eine Lösung der Deutschland-Frage vor. Kernpunkte der Regelung sollten die Wiederherstellung Deutschlands als einheitlicher Staat, die Selbstverpflichtung Deutschlands, keinem Militärbündnis beizutreten, beschränkte eigene Streitkräfte und Rüstungsindustrie sowie die freie Betätigung aller demokratischer Parteien und Organisationen sein. Dieser Vorschlag wurde in der westlichen Welt überwiegend als Störmanöver in der Schlußphase der EVG-Verhandlungen gedeutet. Gleichwohl gab es Gründe, das Angebot nicht rundweg abzulehnen. Besonders mit Rücksicht auf die deutsche Öffentlichkeit erklärten sich die Westmächte zu Verhandlungen bereit, knüpften sie aber an die Bedingung freier Wahlen in der DDR als Voraussetzung für alle weiteren Schritte – was faktisch einer Ablehnung gleichkam.<sup>15</sup>

Nur knapp drei Monate später trat Pfeleiderer in einem Waiblinger Lokal vor ein ausgewähltes Publikum, das zu einem großen Teil aus Journalisten bestand.<sup>16</sup> Ebenso gehörten zu den Eingeladenen sein Bundesbruder

---

14 Nicht genug allerdings, um am 8. Juni eine Resolution zur Unterstützung Pfeleiderers auf einem Vertretertag in Württemberg-Baden durchzubringen, wie Haußmann erfahren mußte. Dazu s. Klaus-Jürgen MATZ, *Reinhold Maier (1889-1971). Eine politische Biographie*, Düsseldorf 1989, S. 409. Von »begeisterter Aufnahme ... in Stuttgarter Parteikreisen« (K.-H. SCHILARP, wie Anm. 3, S. 215) kann man daher wohl nur mit Einschränkungen sprechen.

15 Die Frage, ob der Westen dadurch eine letzte Chance zur Wiedervereinigung und damit zur frühzeitigen Beendigung des Kalten Krieges versäumt hat, stand und steht im Mittelpunkt der Diskussion. Insgesamt umfaßte der durch die Stalin-Note ausgelöste Notenwechsel vier sowjetische Schreiben und vier Antworten der westlichen Alliierten. Zur Diskussion um die Stalin-Noten s. die zahlreichen Veröffentlichungen Gerhard Wettigs, der nun auch die sowjetischen Quellen zur Interpretation heranzieht, etwa: Gerhard WETTIG, *Die Deutschlandnote vom 10. März 1952 nach sowjetischen Akten*, in: *Die Deutschlandfrage von der staatlichen Teilung Deutschlands bis zum Tode Stalins. Mit Beiträgen von Heinrich Bodensieck u.a.*, Berlin 1994, S. 83-111, dort weitere Hinweise auf die Veröffentlichungen Wettigs. Gleichfalls Rolf STEININGER, *Eine Chance zur Wiedervereinigung? Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Darstellung und Dokumentation auf der Grundlage unveröffentlichter britischer und amerikanischer Akten*, 2. Aufl. Bonn 1986, bes. S. 67 ff.

16 Pfeleiderer sprach vor etwa 120 Zuhörern – meist Presseleuten ...«. Dietrich WAGNER, *FDP und Wiederbewaffnung. Die wehrpolitische Orientierung der Liberalen in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1953*, Boppard 1978, hier S. 108. Der Text der Rede wurde bereits am Nachmittag des 6. Juni 1952 in Bonn verteilt und an die Zeitungsredaktionen verschickt. K.-H. SCHILARP (wie Anm. 3), S. 216.

Reinhold Maier, Ministerpräsident von Baden-Württemberg, und Wolfgang Haußmann, der Vorsitzende des württemberg-badischen FDP/DVP-Landesverbandes. Voraussetzung der Waiblinger Rede wie auch der übrigen Ausführungen Pfeleiderers im Sommer und Herbst 1952 war die Annahme, die UdSSR sei unter bestimmten Bedingungen bereit, der Wiedervereinigung Deutschlands zuzustimmen. Da dies für Pfeleiderer das wichtigste Ziel jeder deutschen Regierung sein mußte, galt es, jeden außenpolitischen Schritt daran zu messen.

Ausgangspunkt der Vorschläge Pfeleiderers war die Feststellung, daß die Verträge von Bonn und Paris das Verhältnis zu den Westalliierten regelten. Durch den in Bonn unterzeichneten Vertrag wurde vor allem das Besatzungsstatut aufgehoben; der in Paris geschlossene Vertrag und die Begleitdokumente regelten den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur EVG und deren Verhältnis zur NATO. Andererseits stellten sie aber auch durch die Aufstellung deutscher Streitkräfte im Bündnis mit den Westmächten die Beziehungen zur UdSSR auf eine veränderte Basis. Mit Blick auf das Verhältnis zum Westen stellte Pfeleiderer fest, daß vieles erreicht worden sei.<sup>17</sup> Danach aber ging er auf das Verhältnis zur UdSSR ein. Er hielt es für illusorisch zu glauben, die Sowjetunion werde das Schicksal eines ihrer wichtigsten Außenposten von freien Wahlen abhängig machen und sich dadurch der Gefahr aussetzen, am Ende mit einem vereinten Deutschland als Mitglied von EVG und NATO konfrontiert zu sein. Daher, so Pfeleiderer, müsse man von der bisher so einhellig vorgetragenen Forderung freier Wahlen vor allen anderen Schritten zur Wiedervereinigung abrücken.

Das Thema freier Wahlen diente Pfeleiderer als Überleitung zum Kern seiner Vorschläge, der Frage nach der territorialen Gestalt und der Bündnisbindungen Gesamtdeutschlands. Das grundsätzliche Dilemma der Westverträge im Hinblick auf die Wiedervereinigung charakterisierte er so: Militärisch seien sie zweifellos defensiv orientiert; ihre deutschlandpolitische Raison d'être hingegen sei offensiv. Durch die Verträge solle der Westen so stark werden, daß er die UdSSR zu Verhandlungen zwingen könne.<sup>18</sup> Daher mache die Westbindungspolitik in der Form der vorliegenden Verträge eine Wiedervereinigung Deutschlands auf absehbare Zeit unmöglich; sie

<sup>17</sup> Zugleich kritisierte er jedoch die Bereitschaft des Bundeskanzlers, eine Reihe von Fragen in diesen Verträgen zu regeln, die nicht unbedingt hätten gelöst werden müssen, so zum Beispiel die Frage der Kriegsverbrecher oder die Notstandsklausel. Er ließ allerdings außer Acht, daß es nicht immer die Bundesregierung und die von Pfeleiderer so polemisch kritisierten Professoren im Umfeld Adenauers – gemeint sind wohl vor allem Hallstein und Grewe – waren, die in diesen Fragen auf Regelung gedrängt haben, sondern oftmals die Westmächte, die z.B. auf einer Einbeziehung der Kriegsverbrecherfrage bestanden hatten. Dazu jetzt Norbert FREI, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996, S. 234 ff.

<sup>18</sup> PFLEIDERER I (s. Anm. 6), S. 93.

bedeute »entweder den bestehenden Zustand aufrechtzuerhalten und damit die Unfreiheit von achtzehn Millionen Deutschen zu verewigen, oder aber ... den offenen Kampf«. Daher sei die Suche nach einer anderen sicherheitspolitischen Ordnung dringend geboten. Dieses »neue Staatensystem« sollte nach Pfeleiderers Ansicht auf einem Auseinanderrücken der Blöcke beruhen. Der zwischen den Blöcken liegende Teil, das wiedervereinigte Deutschland, sollte mit nationalen deutschen Streitkräften »versehen« werden, deren Umfang vertraglich festzulegen sei. Die UdSSR solle ihre Streitkräfte in »die unter polnischer Verwaltung stehenden Gebiete Deutschlands« zurückziehen, während die Westmächte sich auf entsprechende Brückenköpfe im Westen Deutschlands beschränken sollten.<sup>19</sup>

Diese noch vagen Überlegungen legte er dann in überarbeiteter Form im September 1952 als Denkschrift zunächst dem Auswärtigen Ausschuß des Bundestags und dann auch der Öffentlichkeit vor. Neu waren dabei vor allem die detaillierteren Vorschläge für das neue Staatensystem, die er bereits in Waiblingen als notwendig bezeichnet hatte.<sup>20</sup> Das von ihm zunächst vorgestellte Modell mit Deutschland als politischer Mitte bezeichnete er nun selbst als »nicht voll befriedigend. Deutschland allein ... wäre wahrscheinlich zu klein und zu schwach.« Statt dessen schlug er nun vor, »ganz Europa als politische »Mitte« zwischen den beiden feindlichen Machtblöcken« zu nehmen. Für eine solche Politik erkannte er sowohl in Großbritannien als auch in Frankreich eine gewisse Bereitschaft. Zugleich würde sie den sowjetischen Sicherheitsbedürfnissen genügen. Das Verhältnis Europas zur NATO in politischen wie in militärischen Fragen wollte er den Verhandlungen überlassen.<sup>21</sup>

Dem Gegenargument, die Verträge vom Mai 1952 schlossen eine solche Lösung nicht aus, trat Pfeleiderer von vornherein entgegen. Zwar gebe es eine Revisionsklausel, doch in Verbindung mit der Bindungsklausel § 7,3 hätten die drei Westmächte jede für sich ein Vetorecht gegen eine Auflösung des Vertragswerks. Angesichts der Tatsache, daß Deutschland seinen

---

19 Mit den Vorschlägen, den Umfang der deutschen Streitkräfte vertraglich festzulegen und auf freie Wahlen als Vorbedingung zu verzichten, griff Pfeleiderer die Stalin-Note auf. Der Gedanke, die Streitkräfte der vier Siegermächte sollten sich auf Brückenköpfe im Rheinland und Oder-Neiße-Gebiet zurückziehen, ist ein früher Vorläufer der Disengagement-Pläne, die in der zweiten Hälfte der 50er Jahre diskutiert wurden.

20 PFLEIDERER II (s. Anm. 6 und 12).

21 PFLEIDERER III (s. Anm. 6 und 12), S. 131 f. Welchen Bereich er mit »ganz Europa« meinte, ließ Pfeleiderer offen. Da er aber auch England mit in die europäische Mittelstellung nehmen wollte, bestand die – restliche – NATO nur noch aus den USA und Kanada. Deren Bereitschaft zu einem sicherheitspolitischen Engagement zugunsten eines zur politischen Neutralität tendierenden Europa muß bezweifelt werden. Dies gilt noch mehr für den Fortbestand der NATO. Pfeleiderer betont weiter, daß er sich mit seinen Überlegungen an der Politik Stresemanns orientierte.

außenpolitischen Ruf auch erst wieder neu begründen müsse, hielt er es für falsch, die Verträge mit einem »inneren Vorbehalt« zu ratifizieren. Mit einer solchen Politik lasse sich jedenfalls ein guter Ruf als verlässlicher Partner nicht wiederherstellen. Denn die Verträge zielten auf etwas ganz anderes als auf eine »Mitte«, nämlich auf eine »politisch und militärisch einheitliche Organisation des Westens«. Pfeleiderers Vorschläge, die ja daraufhinausliefen, auf die Ratifizierung der Verträge zu verzichten, sollten also auch verhindern, daß die Westmächte ein völkerrechtlich abgesichertes Vetorecht in der Deutschlandpolitik erhielten.

Ebenso klar trat er den Befürwortern der Verträge, die die Verpflichtung der Westmächte auf die Wiedervereinigung hervorhoben, entgegen. Er nannte vor allem die französische Politik in der Saarfrage als Beleg dafür, wie angebracht Zweifel am Wiedervereinigungswillen der Westmächte seien. Denn immer wieder betone die französische Regierung die Notwendigkeit einer Loslösung der Saar, da Deutschland anderenfalls innerhalb der sechs Nationen der EVG und der Montanunion übermächtig würde. Wenn dies aber schon für das relativ kleine Saargebiet gelte, dann erst recht für das bevölkerungsmäßig und ökonomisch ungleich wichtigere Gebiet der DDR.

Als Pfeleiderer am 22. Oktober 1952 dann erneut in seiner Heimat ans Rednerpult trat, um seinen Vorstellungen von einer anderen westdeutschen Außenpolitik zu vertreten, machte er deutlicher als zuvor klar, wie schmal der Grat war, auf dem sich die deutsche Politik dabei zu bewegen hätte. Auf der einen Seite stand die Sowjetunion, nach deren Vorstellungen »ein wiedervereinigtes Deutschland *nicht* an den Westen gebunden sein dürfe.«<sup>22</sup> Genau dies aber würden die zur Diskussion stehenden Verträge bewirken. Auf der anderen Seite hielt er fest: »Ein Gesamtdeutschland ohne vertraglich gesicherten Rückhalt am Westen wäre den westlichen Alliierten unheimlich; uns selbst würde es aus Gründen der inneren und äußeren Sicherheit als äußerst gefährlich erscheinen.«<sup>23</sup>

Der Spielraum für eine friedliche Wiedervereinigung der Bundesrepublik mit der DDR war extrem eng. Eine Möglichkeit, sie im Einvernehmen mit der sowjetischen Führung zu erreichen, bestand außer durch die Sowjetisierung ganz Deutschlands nur, wenn nach der Auflösung der DDR und ihrer Vereinigung mit der Bundesrepublik die Sicherheit der Sowjetunion »zumindest nicht geringer als jetzt ist, da die Zone dem Sowjetbereich angehört.«<sup>24</sup>

22 PFLEIDERER III (s. Anm. 6 und 12), S. 128 (Hervorhebung in der Vorlage).

23 PFLEIDERER III (s. Anm. 6 und 12), S. 128.

24 PFLEIDERER III (s. Anm. 6 und 12), S. 129.

In der Denkschrift für den Auswärtigen Ausschuß führte Pfeleiderer eine weitere Überlegung ein. Die Lage der Sowjetunion dürfe sich durch den Verzicht auf die SBZ/DDR nicht nur sicherheitspolitisch, sondern auch binnen- und außenwirtschaftlich nicht verschlechtern: »... die Wirtschaftsbeziehungen Gesamtdeutschlands zur Sowjetunion [müßten] so geordnet werden, daß sie für diese mindestens gleich nützlich wären wie ihre derzeitigen Beziehungen zur Zone, unter Hinzurechnung des Interzonenhandels.«<sup>25</sup>

Was Pfeleiderer nicht erwähnte, war die Tatsache, daß damit auch die einseitige ökonomische Abhängigkeit von der westlichen Welt, die er in Waiblingen als dauerhaftes Element der politischen Orientierung Westdeutschlands ausgemacht hatte, langfristig abgebaut werden würde.<sup>26</sup> Ohne diese ökonomische Verflechtung Deutschlands mit dem Westen war an eine dauerhafte Sicherheit eines vereinten Deutschlands gegenüber der UdSSR nicht zu denken. Wie eine möglicher Ausweg aus diesem Dilemma aussehen sollte, und wie die politische Absicherung gestaltet werden könnte, ließ Pfeleiderer bewußt und ausdrücklich offen. Ebenso offen blieb, was die UdSSR veranlassen sollte, diese Lösung, die ja in wichtigen Details deutlich schlechter war als die in der ersten Stalin-Note angebotene (z.B. Festschreibung der Neutralität Deutschlands), anzunehmen.

Die Konzeption des Pfeleiderer-Plans lehnte sich ausdrücklich an das Modell der Weimarer Außenpolitik unter Außenminister Gustav Stresemann an. In diesem System hatte Deutschland, nach Pfeleiderers Worten, die Beziehungen zu seinen westlichen und östlichen Nachbarn geregelt, »aber entsprechend den Besonderheiten seiner Mittellage ..., und zwar mit Zustimmung seiner westlichen Partner«. Nach seiner Interpretation hatte Deutschland seine Handlungsfreiheit in außenpolitischen Fragen durch den Berliner Vertrag von 1926 und durch eine Auslegung des Locarno-Vertrags durch die alliierten Außenminister erhalten. Im Notenwechsel zum Berliner Vertrag hatte die deutsche Regierung erklärt, daß sie sich »zur Mitwirkung bei Maßnahmen des Völkerbundes gegen einen Angriff der Sowjetunion nicht für verpflichtet hielt, wenn es nicht selbst die Frage des Angriffs bejahte.« In der Interpretation zum Locarno-Vertrag war dagegen festgelegt, daß jedes Mitgliedsland des Völkerbundes gehalten sei, sich in

<sup>25</sup> PFLEIDERER II (s. Anm. 6 und 12), S. 102.

<sup>26</sup> Die Frage, wie man die anzuerkennenden Sicherheitsbedürfnisse der UdSSR befriedigen und gleichzeitig die Westanbindung und militärische Sicherheit eines vereinigten Deutschlands gewährleisten sollte, stellte ja in der Tat eines der Kernprobleme der »Deutschen Frage« bis zum Ende des Kalten Krieges dar, deren Lösung dann schließlich im Zwei-plus-Vier-Vertrag gelang. Manche Ideen, die Pfeleiderer – nicht als einziger, aber sehr frühzeitig – 1952 vorgetragen hatte, finden sich unter gänzlich veränderten Rahmenbedingungen sogar darin wieder, so etwa die Vereinbarung, die Bundesrepublik als Ganzes in die NATO und die WEU aufzunehmen, auf dem Gebiet der ehemaligen DDR aber nur deutsche und keine anderen NATO-Streitkräfte zu stationieren.

dem Maß einem Angriff entgegenzustellen, »das mit seiner militärischen Lage verträglich sei und das seiner geographischen Lage Rechnung trage«. Zugleich wies er auf die Möglichkeit einer Ausweitung einer solchen Lösung hin, indem er sich ausdrücklich nicht festlegte, »ob die Besonderheit der Mittellage heute nur für Deutschland oder aber für einen ganzen Kreis europäischer Staaten gilt«. <sup>27</sup>

Neben der Bündnisproblematik stellte die Frage der künftigen Grenzen das zweite wesentliche Element der Vorschläge Pfeleiderers dar. In der Frage der Oder-Neiße-Linie war er jedoch zu keinem Kompromiß bereit, d.h. eine Anerkennung als endgültige Westgrenze Polens kam für ihn nicht in Frage. <sup>28</sup> Allerdings war ihm klar, daß die Lösung dieses Problems verschoben werden mußte. Das einzige, was er im Jahre 1952 für vertretbar hielt, war eine Gewaltverzichtserklärung. Die deutschlandpolitischen Folgen der von ihm vorgeschlagenen Regelung wären somit zwiespältig gewesen. Einerseits hätte sie eine faktische Festschreibung des Status quo bedeutet. Andererseits wären die unter polnischer Verwaltung stehenden Gebiete und das Territorium westlich des Rheins parallel behandelt worden, wodurch zumindest symbolisch der Anspruch auf die Vorkriegsgrenzen bekräftigt worden wäre.

Pfeleiderer hat sich öffentlich nicht dazu geäußert, warum er mit seinen doch erkennbar spektakulären Vorschlägen vor die Presse gegangen ist. Es ist jedoch offensichtlich, wie eng er sich an den Problemen, die im Zusammenhang mit den Stalin-Noten diskutiert wurden, orientierte. <sup>29</sup> Der Verzicht auf freie Wahlen als Vorbedingung und die militärische Neutralisierung Deutschlands waren die wesentlichen Elemente beider Vorschläge. Auf die Frage, ob die Bundesregierung diesen Preis für die Vereinigung zahlen sollte, versuchte Pfeleiderer in seiner Waiblinger Rede und in den folgenden Vorschlägen eine Antwort zu geben.

Außenpolitisch fielen die Waiblinger Ausführungen Pfeleiderers in die Schlußphase der fast zweijährigen Verhandlungen über den französischen Plevan-Plan, die dann in den EVG-Vertrag und den Deutschland-Vertrag mündeten; dieser war am 26. Mai 1952 in Bonn, jener am 27. Mai in Paris

<sup>27</sup> PFLEIDERER II (s. Anm. 6 und 12), S. 105 f.

<sup>28</sup> Pfeleiderer steht zu diesem Zeitpunkt für viele in der FDP; ähnlich dürfte in den 50er und auch noch in den 60er Jahren z.B. Thomas Dehler gedacht haben; s. F. KLINGL (wie Anm. 3), S. 339 ff. Die These, in der außenpolitischen Opposition der 50er Jahre sei die Entspannungspolitik der sozial-liberalen Regierung Brandt/Scheel angelegt worden, ist daher wohl bestenfalls teilweise richtig. Immerhin kam es auch in den 70er Jahren noch nicht zu einer völkerrechtlichen Anerkennung der Grenze.

<sup>29</sup> Die Bedeutung der Stalin-Note als Auslöser für Pfeleiderers Umdenken bestätigt auch Klaus von Mühlen, Maiers Persönlicher Referent; vgl. K.-H. SCHLARP (wie Anm. 3), S. 216 mit FN 25.

unterzeichnet worden.<sup>30</sup> Nur zwei Tage vor der Bonner Unterzeichnung war die dritte Stalin-Note in den westlichen Hauptstädten eingetroffen, die zwar nach einhelligem Urteil der Diplomaten eine Abkehr von der ursprünglichen Offerte des sowjetischen Diktators vom 10. März 1952 darstellte, aber dennoch als weiteres Störmanöver im Vorfeld der Unterzeichnungen zu werten war. Doch die Rede stand ebenso innenpolitisch von Anfang an inmitten hitziger Kontroversen. Wenn Pfeleiderer auch seine eigenen Überlegungen vorgetragen hatte, so hatten Maier und Haubmann durch ihre Anwesenheit und durch Äußerungen im Anschluß an den Vortrag deutlich gemacht, daß sie Pfeleiderers Vorstellungen teilten.<sup>31</sup>

Um Maier kreiste eine vielfältig verzweigte Debatte. Anfang 1952 hatte er nach Gründung des neuen Bundeslandes Baden-Württemberg überraschend eine Landesregierung aus SPD, BHE und FDP gebildet. Dadurch war die bisherige Bundesratsmehrheit für die Bonner Regierung verloren gegangen und somit eine reibungslose Ratifizierung der Verträge einschließlich der möglicherweise notwendigen Verfassungsänderungen gefährdet. Maier selbst hatte seine zurückhaltende Beurteilung der Verträge immer schon deutlich gemacht; nun aber befand er sich in einer veritablen Schlüsselposition, zumal er zwar Ministerpräsident war, die SPD aber die weitaus stärkere Fraktion in der Stuttgarter Koalition stellte. Adenauer attackierte

---

30 Zu den Westverträgen vgl. Klaus A. MAIER, *Die internationalen Auseinandersetzungen um die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland und um ihre Wiederbewaffnung im Rahmen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft*. In: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), *Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956*, Bd. 2: *Die EVG-Phase*, von Lutz KÖLLNER, Klaus A. MAIER, Wilhelm MEIER-DÖRNBERG und Hans-Erich VOLKMANN, München 1990, S. 1-125, mit Hinweisen auf die umfangreiche weitere Literatur.

31 Zur Frage nach der Rolle Maiers bei der Formulierung der Waiblinger Rede hat sich Pfeleiderer in einem Brief an Paul Bausch MdB vom 20. Juni 1952 geäußert und dabei die Spekulation verschiedener Zeitungen zurückgewiesen: »Zutreffend ist nur, daß ich drei Tage, ehe ich die Rede hielt – sie lag in den Grundlinien schon lange fest und war zum größten Teil auch bereits formuliert –, Reinhold Maier bei einem Privatbesuch in Schorndorf von meiner Absicht unterrichtete und dann allerdings gleich seine Zustimmung fand. Daß Reinhold Maier nachher Mitglieder des Bundesrats mit meinen Gedanken befaßte, geschah aus seinem eigenen Antrieb, doch ist es naheliegend, daß ich es begrüße, wenn sich der Bundesrat mit meinen Gedanken befaßt. Sie sehen also, daß ich meine Schritte durchaus als Einzelgänger unternommen habe und dafür auch manche Vorwürfe hören mußte« (BA/N 1286-52). Allerdings hat Maier nach Auskunft Haubmanns auf den Termin der Waiblinger Rede Einfluß genommen; s. K.-J. MATZ (wie Anm. 14), S. 409 mit FN 51. Leider macht Matz nicht klar, ob Maier Pfeleiderer dabei eher gebremst oder zur Eile gedrängt hat. Die von K.-H. SCHILARP (wie Anm. 3) in die Diskussion eingeführte und auch von C. BRAUERS (wie Anm. 5) wieder zitierte Bezeichnung Pfeleiderers als »außenpolitischer *spiritus rector* Maiers«, die das Verhältnis von Pfeleiderer und Maier umkehrt, erscheint mir mit K.-J. MATZ (wie Anm. 14) fragwürdig. Maiers Bedenken gegen den außenpolitischen Kurs deckten sich zwar mit denen Pfeleiderers, waren aber in ihrer Entstehung durchaus unabhängig. Im Hinblick auf die weitere Entwicklung scheint es wesentlich richtiger, Pfeleiderer statt als Ideengeber für Maier als Vordenker für Thomas Dehler und seinen außenpolitischen Umdenkungsprozeß zu bezeichnen. Vgl. K.-H. SCHILARP (wie Anm. 3), S. 213; C. BRAUERS (wie Anm. 5), S. 55; K.-J. MATZ (wie Anm. 14), S. 411.

Maier daher in der Folgezeit heftig und versuchte mit allen Mitteln, auch unter Einschaltung des Bundespräsidenten, ihn unter Druck zu setzen. Über die südwestdeutsche Regierungsbildung war es dann auch innerhalb der FDP zum heftigen Streit über den künftigen Kurs der Partei zwischen den »linken« Landesverbänden und den Kräften gekommen, die jegliche Zusammenarbeit mit der SPD ablehnten. Besonders der hessische Landesverband sah sich in seiner antisozialistischen Haltung kompromittiert und gab Maier die Schuld an der Niederlage der FDP bei den hessischen Landtagswahlen. Auch in den Kontext dieser innerparteilichen Debatte gehört Pfeleiderers Rede.

Dementsprechend fiel die Reaktion in der FDP-Führung aus. Schon am 9. Juni kam der Pfeleiderer-Vortrag im Geschäftsführenden Vorstand zur Sprache. Nahezu alle Mitglieder sahen die Waiblinger Rede im Zusammenhang mit der Regierungsbildung in Stuttgart und der Haltung württembergischer Liberaler zu einzelnen aktuellen Gesetzentwürfen. Hermann Schäfer unterstellte Haubmann und Maier, nicht nur landes-, sondern auch bundespolitische Ziele zu verfolgen. Für den Fall eines Scheiterns der Regierung Adenauer wollten sie »in Stuttgart so etwas wie eine große Ausgleichsfunktion übernehmen« können. Wellhausen stellte einen Zusammenhang zwischen dem Vorschlag des württembergischen Finanzministers Frank zum Einkommenssteuergesetz im Vermittlungsausschuß, der Haltung Maiers zum Betriebsverfassungsgesetz und seiner Unterstützung für Pfeleiderer her. Bei beiden Gesetzen neigten die Stuttgarter Sprecher ebenso zur Haltung der SPD wie Pfeleiderer dies im Bereich der Außenpolitik tat. Nach nahezu einhelliger Auffassung des Geschäftsführenden Vorstands war es das Ziel der südwestdeutschen Liberalen, Vorbereitungen für eine Regierungsbildung mit der SPD zu treffen, womit sich Maier und seine Anhänger gegen den Kurs der Bundespartei stellten.<sup>32</sup>

Nur sechs Tage später befaßte sich auch der Gesamtvorstand in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Außenpolitischen Ausschuß der FDP mit der Waiblinger Rede.<sup>33</sup> Dabei stand Pfeleiderer als Ausschußmitglied allein im

<sup>32</sup> Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes der FDP, 9. Juni 1952, BA Nachlaß Franz Blücher N 80 (künftig zitiert als: N 80), Bd. 232.

<sup>33</sup> FDP-Bundesvorstand, *Die Liberalen unter dem Vorsitz von Theodor Heuss und Franz Blücher. Sitzungsprotokolle 1949-1954*, bearb. von Udo Wengst, 2 Teilbde., Düsseldorf 1990, Dok. 18 a + b, S. 333-358. – Schlarps Feststellung, daß Pfeleiderers »eigene Partei sich weigerte, seinen Alternativplan zur außenpolitischen Zielsetzung der Bundesregierung auch nur zu diskutieren«, ist angesichts der Debatten im Geschäftsführenden und im Gesamtvorstand sowie in der Fraktion nicht haltbar. Allerdings hatte sich die Fraktion in der Sitzung am 10. Juni 1952 tatsächlich geweigert, über Pfeleiderers Vorschläge zu sprechen; s. Arnulf BARING, *Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. Bonns Beitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft*, München 1969, S. 177. Am 13. Juni 1952 konnte Pfeleiderer dann aber seine Überlegungen in der Fraktion vortragen. Er stieß dabei aber auf einhellige Ablehnung; vor allem Stegner und von Rechenberg, der sonst selten für die Politik Adenauers eintrat, sprachen sich entschieden gegen

Kreuzfeuer der Kritik. Maier selbst nahm an dem Treffen ebensowenig teil wie Haußmann, der sich wegen gesundheitlicher Probleme von der Sitzung entschuldigte. Auf diese Weise gelang es Maier und seinen Anhängern zwar, sich einer Stellungnahme zu enthalten und kein weiteres Öl ins Feuer des innerparteilichen Streits zu gießen, doch letztlich auf Kosten Pfeleiderers. Obwohl Pfeleiderer sich bei seinen Ausführungen vor der Parteiführung ausdrücklich auf die – nachträgliche – Zustimmung Maiers berief, stieß er auf eine nahezu geschlossene Front der Ablehnung. Mit Ausnahme von Lersners, von Schlitters und Achenbachs nahmen nahezu alle Redner (bei insgesamt 38 Teilnehmern) gegen Pfeleiderer Stellung.<sup>34</sup> Die meisten Redner wandten sich aus parteitaktischen Motiven gegen die Waiblinger Vorschläge, die dazu angetan seien, das Bild der FDP in der Öffentlichkeit zu verzerren. Immerhin hatte die Partei bisher die Politik Adenauers grundsätzlich unterstützt.<sup>35</sup> Aber auch die Idee, in Verhandlungen mit der UdSSR etwas für die Wiedervereinigung erreichen zu können, wurde von der überwältigenden Mehrheit abgelehnt. Die Berliner Abgeordnete Lüders wies in deutlichen Worten darauf hin, daß noch so gutgemeinte Vorschläge Moskau nie zur Aufgabe »Mitteldeutschlands« veranlassen würden. Noch deutlicher in seiner Ablehnung als Lüders wurde Max Becker: »Die Nachteile des Vorschlags Pfeleiderer sind ... sehr groß, denn Europa geht dabei kaputt. Wenn der Vorschlag von Pfeleiderer durchgeführt würde, ist es zwangsläufig, daß wir von den Russen geschluckt werden.«

In der Presseerklärung bestätigte der Bundesvorstand dann seine bisherige Position zur Außenpolitik und lehnte damit die Vorstellungen Pfeleiderers ab. Der Vorschlag, die Ratifikation der Verträge zu verschieben, wurde in die Aufforderung umgewandelt, dem Bundestag ausreichend Zeit zur Prüfung der Verträge zu geben.<sup>36</sup> Dies war aber auch vorher nicht umstritten. Doch sollte diese Überprüfungsphase zur Verbesserung der Verhandlungsergebnisse gegenüber den Westmächten genutzt werden. Von der Aufnahme diplomatischer Gespräche mit der UdSSR war in der Erklärung keine Rede.

Pfeleiderer aus; vgl. Archiv des Deutschen Liberalismus (AdL), Bestand Bundestagsfraktion A 40, Bd. 735, Kurzprotokoll 198/52, 13. Juni 1952.

<sup>34</sup> Wenn K.-J. MATZ (wie Anm. 14), S. 410, den Vorwurf Cromwells, Maier habe Pfeleiderer nur »silent support« gewährt, entschieden zurückweist, so hat er in einer Hinsicht Recht: Innerhalb und außerhalb der FDP wußte man, wo Reinhold Maier in dieser Frage stand. Die Weigerung Maiers und Haußmanns, im Parteivorstand zu erscheinen und zu dessen Vorschlägen Stellung zu beziehen, verdient allerdings nicht einmal die Qualifizierung als stille Unterstützung. Richard S. CROMWELL, *The Free Democratic Party in German Politics 1945-1956. A Historical Study of a Contemporary Liberal Party*, Dissertation Ann Arbor, Mich., 1961.

<sup>35</sup> Verbesserungsvorschläge etwa hinsichtlich der Behandlung noch inhaftierter Kriegsverbrecher oder der Bindungsklausel (Art. 7.3 des Deutschland-Vertrages) waren stets auf der Grundlage der Verträge gemacht worden.

<sup>36</sup> U. WENGST, *FDP-Bundesvorstand I* (wie Anm. 33), Dok. 18b, S. 358.

Die recht ausführliche Behandlung in der gemeinsamen Sitzung und die deutliche Presseerklärung, aber besonders die kritische Lage der in sich zerstrittenen FDP insgesamt führten dazu, daß Pfeleiderers Vorschläge innerhalb seiner Partei zunächst nicht weiter zum Gegenstand einer Diskussion über den außenpolitischen Kurs wurden. Auch Pfeleiderers spätere Vorschläge blieben in der Partei weitgehend unbeachtet und zunächst folgenlos. Auf die Denkschrift kam der Parteivorstand und die Fraktion nur kurz zu sprechen, auf die zweite (Schorndorfer) Rede dann schon gar nicht mehr.

Zu den schärfsten Gegner Pfeleiderers gehörte im Herbst 1952 Thomas Dehler. Auf dem Emser Parteitag (20. – 22. November 1952) verteidigte er erneut die Außenpolitik der Bundesregierung und vertrat damit wohl die überwiegende Mehrheit des Parteitags.<sup>37</sup> Pfeleiderers Kritik an der Europapolitik der Bundesregierung, sie beschränke sich auf die sechs EVG-Staaten, wies Dehler in seinem Referat auf der Sitzung des bayrischen FDP-Landeshauptausschusses zurück: »Die Kritiker der kleineuropäischen Lösung übersehen, daß wir nur schrittweise einen Zusammenschluß Europas erreichen können. England ist nur durch seine Rücksichten auf sein Commonwealth gehindert, der europäischen Vereinigung beizutreten.«<sup>38</sup>

Und noch auf dem Dreikönigstreffen 1954 machte er unmißverständlich klar, daß Deutschland in seinen Augen ein Recht auf Wiedervereinigung habe, ohne daß irgendeine Nachbarnation oder Großmacht dafür einen Preis fordern dürfe: »Da gibt es kein Handeln, kein Debattieren; es ist ja nicht wahr, daß man hier schlau und diplomatisch fragen muß: müssen wir den Russen dafür ein Entgelt, ein Lösegeld zahlen, um das Ur-Recht des deutschen Volkes zu erhalten?«<sup>39</sup> Zudem überlagerten nach wie vor die innerparteilichen Probleme – zunächst die mit Reinhold Maier zusammenhängenden Fragen und schließlich die Bundestagswahl – alle anderen Fragen.

Für die Bundesregierung nahm Grewe, Delegationsleiter in den Verhandlungen über den Deutschland-Vertrag und einer der engsten Mitarbeiter Adenauers, zu Pfeleiderers Überlegungen Stellung. Er diskutierte seine Argu-

37 AdL, Bestand Bundesvorstand A1-30, S. 121 ff.

38 Kurzprotokoll der Landeshauptausschußsitzung, 11./12. Okt. 1952, AdL/Nachlaß Dehler N 1 (künftig zitiert als: N 1), Bd. 95; die Rede Dehlers ist als Wortprotokoll beigelegt. Noch zum Jahresende 1952 distanzierte er sich in einem Schreiben an Paul Sethe von dessen Plänen. Er sah in ihnen »die Gefahr, die politische Chance unseres Volkes zu vertun, über das kluge Finassieren das politische Handeln zu versäumen«. Dehler an Sethe, 30. Dez. 1952, AdL/N1-1078. Auch gegenüber Haußmann, einem erklärten Befürworter der Überlegungen Pfeleiderers, erklärte Dehler in einem Schreiben vom 12. Jan. 1953: »Es gibt nicht mehr den Ausweg einer »Außenpolitik der Mitte.« BA/N 80-99.

39 Ansprache Dehlers bei der öffentlichen Kundgebung der FDP/DVP Baden-Württemberg in Stuttgart, 10. Jan. 1954, Nachlaß Wolfgang Haußmann, Hauptstaatsarchiv Stuttgart Q 1/22 (künftig zitiert als: Q 1/22), Bd. 441.

mente, insbesondere den Vergleich mit der Außenpolitik Stresemanns, ausführlich in dem bereits erwähnten Aufsatz in der »Außenpolitik«. <sup>40</sup> Zunächst stellte er die Frage, die Pfeleiderer nicht gestellt hatte: Würden und durften die Westmächte nicht ebenso einen Preis für ihre Zugeständnisse an ein Gesamtdeutschland fordern, wie dies die UdSSR selbstverständlich tat und wie man es ihr genauso selbstverständlich zugestand. Damit wies er auf eines der wesentlichen Mißverständnisse der deutschen Außenpolitik bei Pfeleiderer und anderen hin, die die Kompromisse beklagten, die Adenauer bereit war hinzunehmen. Denn die Bundesrepublik war auch für die Westmächte nicht nur ein normaler Verbündeter, sondern auch eine ehemalige gegnerische Macht, die es zu kontrollieren und einzubinden galt. Diese Dimension des »double containment« stand allen Forderungen nach völlig gleichberechtigter Behandlung von deutscher Seite entgegen. Sie wurde Pfeleiderer nicht nur von Regierungsseite entgegengehalten, sondern auch aus Kreisen der SPD. Ausgerechnet sein Landsmann Carlo Schmid hielt ihm vor, daß das Projekt einer deutschen Nationalarmee weder finanzierbar sei noch jemals die Zustimmung der Westmächte finden würde. <sup>41</sup>

Grewe wandte sich dann Pfeleiderers Vorschlag zu, die Außenpolitik Stresemanns zum Modell zu nehmen. Von einer deutschen Sonderstellung konnte nach Grewes Auffassung keine Rede sein, da die Völkerbundssatzung für alle Mitglieder gleichermaßen gegolten habe. Außerdem habe der erwähnte Notenwechsel zum Berliner Vertrag vor allem dazu gedient, dem Sicherheitsbedürfnis des entwaffneten Deutschland entgegenzukommen, nicht den Interessen der UdSSR. <sup>42</sup> Die eigentlich wichtigere Regelung des Berliner Vertrages erwähnte Pfeleiderer – für Grewe überraschend – nicht. Denn die Kernabmachung des Vertrages bestand für ihn in den Art. 2 und 3, die die gegenseitige wirtschaftliche und militärische Neutralität im Falle eines Konflikts eines Vertragspartners mit dritten Mächten bestimmte. Darin erlangte Deutschland auch für Grewe »politisch eine Sonderstellung außerhalb des west-östlichen Gegensatzes«. <sup>43</sup> Deutschland erhielt dadurch für ihn aber nicht, wie von Pfeleiderer postuliert, »eine eigene politische Entscheidungsbefugnis zwischen Ost und West«. Vielmehr war diese Regelung

40 Grewe bezeugt Pfeleiderer, dessen professionellen Rat er bei aller Gegensätzlichkeit der Auffassungen stets schätzte, in seinen Erinnerungen Respekt. Wie eng der Kontakt zwischen Grewe und Pfeleiderer trotz Differenzen in der Sache war, belegt die Tatsache, daß beide in den Tagen vor Pfeleiderers Tod oft in Grewes Privatwohnung zusammenarbeiteten. Dort wurde auch die maschinenschriftliche Fassung von Pfeleiderers letztem Memorandum durch Grewes spätere Frau erstellt. W.G. GREWE, *Rückblenden*, (wie Anm. 7), S. 257.

41 D. WAGNER (wie Anm. 16), S. 110.

42 Denn die Weimarer Regierung wollte mit dem 100.000-Mann-Heer nicht »unbeschränkt der Verwicklung in kriegerische Konflikte dritter Staaten ausgesetzt sein«. Deutsche Antwortnote vom 30. Juli 1925 auf die französischen Vorschläge vom 16. Juni 1925, zitiert nach W.G. GREWE, *Westverträge* (wie Anm. 7), S. 768.

43 PFLEIDERER II (S. Anm. 6 und 12), S. 105.

Ausdruck einer bereits vorhandenen »Souveränität und außenpolitischen Handlungsfähigkeit«, also genau dessen, was die Bundesrepublik nicht hatte und was sie durch die Verträge zu erreichen hoffte.<sup>44</sup>

#### Pfleiderers Haltung zur Außenpolitik 1954

Im Jahr 1953 war von den außenpolitischen Alternativüberlegungen Pfeleiderers nur noch wenig zu hören. Die bevorstehende Bundestagswahl ließ eine Fortsetzung der Diskussion ebenso sinnlos erscheinen wie die weitgehend negative innerparteiliche Resonanz. Daher mußte Pfeleiderer abwarten, ob ihm die Entwicklungen im Kalten Krieg oder das Ergebnis der Wahl eine neue Chance eröffnen würden. Auf internationaler Ebene weckte vor allem der Tod Stalins Hoffnungen auf eine Phase der Entspannung. Der englische Premierminister Churchill war wohl der wichtigste westliche Staatsmann, der rasch herausfinden wollte, ob die neue sowjetische Führung kompromißbereiter als der tote Diktator sein würde. Doch die neue US-Administration – Eisenhower war beim Tod Stalins gerade mal sechs Wochen im Amt – war weder auf eine solchen Kurskorrektur vorbereitet, noch hatte sie die sicherheitspolitische Neuorientierung unter dem Stichwort *New Look* abgeschlossen. Ein gemeinsamer Versuch der Westmächte, die außenpolitischen Ziele der neuen Führung in Moskau auszuloten, kam daher nicht zustande.<sup>45</sup>

Für die FDP war 1953 ein kritisches Jahr. Die Probleme des Vorjahres, namentlich der Streit um Reinhold Maier, waren mit Blick auf die kommenden Bundestagswahlen gerade einigermaßen beiseite geschoben, als die Naumann-Affäre der Partei erneut negative Schlagzeilen bescherte.<sup>46</sup> Dies trug dazu bei, daß die Liberalen ihr gutes Resultat der Wahl von 1949 nicht behaupten konnten. Thomas Dehler, der das Justizministerium abgeben mußte, wurde Fraktionsvorsitzender und, nachdem sich angesichts des Wahlergebnisses die Kritik aus den Landesverbänden auf Blücher konzentriert hatte, auch dessen Nachfolger im Parteivorsitz. Mit seiner Wahl verknüpfte sich die Hoffnung, er werde das Profil der FDP in der Regierungskoalition

44 W.G. GREWE, *Westverträge* (wie Anm. 7), S. 769.

45 John W. YOUNG, *Winston Churchill's Last Campaign, Britain and the Cold War 1951-55*, Oxford 1996, S. 131 ff.; Klaus LARRES, *Politik der Illusionen. Churchill, Eisenhower und die deutsche Frage*, Göttingen 1995.

46 Die Affäre um den ehemaligen Goebbels-Staatssekretär und seine Verbindungen zur FDP führte auch dazu, daß Achenbach, einer der wenigen Unterstützer Pfeleiderers, den Vorsitz im außenpolitischen Ausschuß der FDP niederlegen mußte, weil er als Anwalt die Verteidigung Naumanns übernommen hatte. Dazu vgl. Ulrich HERBERT, *Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903 – 1989*, Bonn 1996, S. 461-472. Zur Naumann-Affäre s. Gerhard PAPKE, *Unser Ziel ist die unabhängige FDP. Die Liberalen und der Machtwechsel in Nordrhein-Westfalen 1956*, Baden-Baden 1992, S. 95-107.

schärfer herausstellen können als der Vizekanzler, dessen Loyalität zwischen Partei- und Regierungsamt gespalten war.

Die Zurückhaltung Pfeleiderers im Wahljahr zahlte sich nach der Bundestagswahl umgehend aus. Zusammen mit seinem alten Widersacher Max Becker wurde er noch am 19. Dezember 1953 zum Referenten des Parteivorstands für außenpolitische Fragen bestimmt. Dies war eine Kompromißlösung, mit der die beiden wichtigsten außenpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion berücksichtigt wurden, die aber auch den beiden sich herausbildenden Strömungen eine Stimme geben sollte; in jedem Fall aber bedeutete sie eine Aufwertung Pfeleiderers.<sup>47</sup> Offenbar hatte man ihm seine Initiativen aus dem Vorjahr doch verziehen, zudem paßten sie nun besser in die Gesamtkonzeption des neuen Fraktionsvorsitzenden und künftigen Vorsitzenden der Partei, gerade auf außenpolitischem Terrain Profil gegenüber dem Kanzler zu gewinnen.

Einen Monat später – am Vorabend der Berliner Viermächtekonferenz – hielten Becker und Pfeleiderer ihre außenpolitischen Grundsatzreferate zum Thema »Liberalismus und europäische Integration« vor dem Parteivorstand.<sup>48</sup> Pfeleiderer blieb dabei seinen Grundgedanken treu, wie er sie schon 1952 vorgetragen hatte. Allerdings wählte er als Ausgangspunkt nun nicht mehr ein Umsteuern der deutschen Außenpolitik während der laufenden EVG-Phase, sondern präsentierte seine Überlegungen lediglich als Alternative für den Fall des Scheiterns der offiziellen Bonner Politik. Dann erst bestünde die Notwendigkeit, aber auch die innen- und außenpolitische Möglichkeit, einen neuen Kurs zu fahren. Er zählte aber auch eine Reihe von Gründen auf, die eine neue Außenpolitik erforderlich machen könnten. Als ersten neuen Stolperstein nannte er den Wechsel in der französischen Außenpolitik von Robert Schuman zu Georges Bidault und die damit verbundene Abkehr Frankreichs von seiner zuvor ausgeprägt pro-europäischen Haltung: Die Auflösung Frankreichs in der EVG und der Montanunion »wie Zucker im heißen Kaffee« erschien ihm ausgeschlossen.

Doch auch die westliche Führungsmacht USA hatte durch die Wahl Eisenhowers ihren außenpolitischen Kurs in den Augen Pfeleiderer geändert. Der – vermeintliche – Wechsel von *Containment* zu *Roll back* und die Einführung des *New Look* (verstärkte Betonung der Nuklearwaffen) in der Sicherheitspolitik verschob die Bedeutung der deutschen Wiederbewaffnung. Mußten die Europäer – und die Deutschen – 1950 aufrüsten, um die USA zu einem weiteren Engagement in Europa zu veranlassen, so drängte

47 U. WENGST, *FDP-Bundesvorstand I* (wie Anm. 33), Dok. 39, S. 1301.

48 U. WENGST, *FDP-Bundesvorstand I* (wie Anm. 33), Dok. 40, S. 1311-1382; das Referat Beckers (S. 1347-1355) und das Referat Pfeleiderers (1355-1368) wurden jedoch im Gegensatz zu der Bemerkung Klingls, es gäbe kein Protokoll (F. KLINGL, wie Anm. 3, S. 145), sehr wohl protokolliert und sind in der Edition der Vorstandsprotokolle abgedruckt.

Washington 1954 auf deutsche Truppen, um sich wenigstens teilweise aus Europa zurückziehen zu können. Mit anderen Worten: 1950 waren deutsche Truppen im nationalen deutschen Interesse, 1954 dienten sie vor allem amerikanischen Zielen – und damit nicht dem Hauptziel deutscher Politik, der Wiedervereinigung. Als dritten Faktor, der Adenauers Außenpolitik die Grundlage zu entziehen drohte, nannte Pfeleiderer die Veränderungen in der sowjetischen Politik. Zwar räumte er ein, daß der Tod Stalins bisher vor allem einen Wechsel in der außenpolitischen Taktik, nicht aber in den Zielen gebracht habe.<sup>49</sup> Zum anderen aber bedeutete das Umsteuern der sowjetischen Wirtschaftspolitik hin zu mehr Konsumgütern für ihn ein Abnehmen der sowjetischen Bedrohung. Damit entfiel zumindest die Dringlichkeit, mit der bisher die Politik zur Konsolidierung des Westblocks betrieben worden war. Das wohl schlagendste Argument aber war für Pfeleiderer, daß nach seiner Beobachtung mittlerweile Adenauer selbst Zweifel am Erfolg seiner Politik hatte. Das hörte der FDP-Bundesvorstand sicher gerne.

Das Scheitern der EVG in der französischen Nationalversammlung führte jedoch keineswegs zu dem erwarteten Ergebnis, einem generellen Umdenken in der deutschen Außenpolitik. Vielmehr gelang es der Bundesregierung in enger Zusammenarbeit mit Großbritannien und den USA innerhalb von nur acht Wochen eine für alle Seiten akzeptable Alternativlösung auszuarbeiten. In deren Rahmen trat die Bundesrepublik sowohl der NATO als auch – zum Ersatz für die EVG – dem zur Westeuropäischen Union erweiterten Brüsseler Pakt bei; der Deutschland-Vertrag wurde den neuen Rahmenbedingungen angepaßt und eine Saarregelung vereinbart. Bereits am 23. Oktober 1954 wurde die Verträge in Paris unterzeichnet. Durch dieses rasche Ergebnis wurden alle Revisionsüberlegungen regelrecht überrollt. Es ist durchaus denkbar, daß die große Kompromißbereitschaft Adenauers in einer an sich recht guten Verhandlungsposition auf der Furcht vor einer grundsätzlichen Diskussion der deutschen Außenpolitik beruhte.

Indem Pfeleiderer seine Vorschläge als Alternativkonzept für den Fall des Scheiterns der Außenpolitik Adenauers präsentierte, machte er zugleich deutlich, daß sie nun auch eine eminent innenpolitische Dimension hatten: »... an diesem Punkt ist auch gerade unsere große Aufgabe, denn hier ist der Augenblick, wo die Freien Demokraten ihr eigenes Profil wiedergewinnen können, und zwar gerade in einem Zeitpunkt, wo die größte nationale Frage zur Erörterung steht, die Frage der deutschen Wiedervereinigung.«<sup>50</sup>

In seinen Vorstellungen blieb Pfeleiderer sehr eng an dem, was er bereits 18 Monate zuvor vorgetragen hatte. Die Maximalforderungen beider Seiten –

49 Die Euphorie im Westen, die der Tod Stalins (5. März 1953) etwa bei Churchill ausgelöst hatte, war wohl mittlerweile verflogen. Dazu s. K. LARRES (wie Anm. 45), S. 67-126.

50 U. WENGST, *FDP-Bundesvorstand I* (wie Anm. 33), S. 1356.

der Westen forderte freie Wahlen zuerst, die UdSSR eine gesamtdeutsche Regierung unter Beteiligung der SED – waren für die jeweils andere Seite unannehmbar. Gleichwohl mußte für ihn ein Ausweg möglich sein, indem »man die beiden Fragen freie Wahlen und Frage der Integration Gesamtdeutschlands in das Staatensystem parallel erörtert.«<sup>51</sup> Weiter führte er aus: »Ich will mich hier nicht in Einzelheiten einlassen, Frage ist nur – wenn wir sehen wollen –, ob es eine Mitte-Lösung gibt, ob der Rückzug der einen und anderen Seite aus Deutschland für möglich gehalten wird und was da, ob die Räumung – ich möchte sagen: der in Deutschland liegenden Bedrohungspunkte der anderen –, ob diese Räumung für diese Staaten akzeptabel und annehmbar wäre?«<sup>52</sup> Wenn Pfleiderer hier in seinen Vorschlägen sehr vage blieb, so machte doch die Aufnahme des »Mitte«-Begriffs deutlich, daß es hier im Grunde erneut um seine Ideen aus dem Herbst 1952 ging, die er ja durchaus als bekannt voraussetzen durfte.<sup>53</sup>

In der Folgezeit beließ es Pfleiderer nicht mehr bei Reden und Denkschriften, sondern ging einen Schritt weiter in seinen Bemühungen, Kontakt mit der sowjetischen Führung herzustellen.<sup>54</sup> Er traf am 27. Februar 1954 in Karlshorst seinen Bekannten aus Stockholmer Tagen, den Hohen Kommissar Semjonov, um mit ihm die Aussichten für eine Reise deutscher Parlamentarier in die UdSSR zu sondieren. Nur zwei Wochen später signalisierte Moskau sein Einverständnis zu einem solchen Besuch.<sup>55</sup> Die offenbar mit Dehler abgestimmte Initiative diente wohl zwei Zielen. Wenn die UdSSR ihr Einverständnis gab, bestand immerhin die – theoretische – Möglichkeit, Adenauer zum Handeln zu zwingen. Der Kanzler würde es sich wohl nicht nehmen lassen, ein erfolgversprechendes Unternehmen nur seinem kritischen Koalitionspartner zu überlassen. Selbst dann konnte es sich die FDP auf ihre Fahnen schreiben, diese Entwicklung angestoßen zu haben. Ging Adenauer nicht auf diesen riskanten Weg ein, so demonstrierte der

---

51 U. WENGST, *FDP-Bundesvorstand I* (wie Anm. 33), S. 1362.

52 U. WENGST, *FDP-Bundesvorstand I* (wie Anm. 33), S. 1362.

53 Seine generellen Zweifel an der Politik des Bundeskanzlers machte er indirekt durch seine Äußerungen zur US-Außenpolitik deutlich. Da es Adenauers Politik war, die Bundesrepublik möglichst eng an die USA anzulehnen und sich außenpolitisch an Washington zu orientieren, traf die Kritik an der Eisenhower-Administration auch die Bundesregierung. In die gleiche Richtung zielte auch sein wiederholter Hinweis auf die noch zu verbessernden Beziehungen zu Großbritannien und den skandinavischen Staaten. Dies bedeutete nichts anderes als eine Kritik an Adenauers Europapolitik. (U. WENGST, *FDP-Bundesvorstand I*, wie Anm. 33, S. 1367.)

54 Erneut vermutete man – wie schon 1952 – Maier hinter der Aktion seines Landsmanns. Dagegen verwahrte sich Maier in einem Schreiben an Adenauer mit aller Deutlichkeit: »Ich bin übrigens nicht dafür bekannt, daß ich Politik treibe, indem ich einen anderen vorschicke. Ich bin jeweils mein eigener Vordermann.« Gleichzeitig machte er aber deutlich, daß er mit Pfleiderer völlig übereinstimme. Maier an Adenauer, 1. Juni 1954, Q 1/22-846.

55 Schreiben des Stellvertreters des sowjetischen Hohen Kommissars, Mironitschenko, an Pfleiderer, 11. März 1954, Abschrift in BA/N 80-118.

Schritt Pfeleiderers zumindest, daß die FDP in der deutschen Frage aktiver war als der Regierungschef.<sup>56</sup>

Im Bundestag verfolgte Pfeleiderer sein Ziel weiter, einen direkten Draht nach Moskau herzustellen, als er während der Haushaltsdebatte Anfang April für die FDP zum Etat des Auswärtigen Amtes sprach. Er nutzte die Gelegenheit zunächst zu einer Reihe von allgemeinen kritischen Äußerungen.<sup>57</sup> So etwa unterstützte er die Idee eines zweiten Staatssekretärs im Auswärtigen Amt neben Walter Hallstein<sup>58</sup>, allerdings in Verbindung mit dem Wunsch, dieser zweite Spitzenbeamte möge »weniger supranational« sein.<sup>59</sup> Seinen Hauptkritikpunkt aber brachte Pfeleiderer zum Schluß seiner Ausführungen an. Trotz der großen Zahl von 136 diplomatischen bzw. konsularischen Auslandsvertretungen bliebe »ein riesiges Gebiet freilich ... ausgespart, und zwar wie ein weißer Fleck, eine rechte terra incognita der auswärtigen Politik, über die wir nur vom Hörensagen und durch Dritte unterrichtet sind. Ich meine die ganze Welt von Warschau, Prag, Budapest, Sofia, Bukarest über Moskau bis nach Peking im Fernen Osten.«<sup>60</sup> Die damit verbundenen Fragen seien »unaufschiebbar«.

Die Reaktion im Bundestag und in der Öffentlichkeit auf Pfeleiderers allgemein gehaltene Anregung, in der er seine Karlshorster Gespräche nicht erwähnte, war sehr gering. Nicht entgangen aber war sie Adenauer, der sofort Hallstein zu Pfeleiderer schickte, um ihm statt einer Reise nach Moskau einen Besuch in Peking vorzuschlagen. Die Absicht, Pfeleiderers Initiative in eine zwar spektakuläre, deutschlandpolitisch aber uninteressante China-Mission umzukanalieren, war unübersehbar. Pfeleiderer selbst wies Hallstein nach Rücksprache mit politischen Freunden mehrfach darauf hin, daß ein Peking-Besuch ohne vorherige Absicherung in Moskau nur Spannungen hervorrufen konnte.<sup>61</sup> Von diesem Punkt an wurde Hallsteins Vorschlag nicht mehr

---

56 Daß Pfeleiderer mit Zustimmung Dehlers gehandelt hatte, zeigt dessen Stellungnahme im Bayerischen Rundfunk, die er mit den Worten einleitete: »Meine Freunde und ich haben erwogen, ob es nicht notwendig ist, mit den Machthabern in Moskau und Peking ins Gespräch zu kommen ...«; Sendemanuskript vom 12. Mai 1954, zitiert nach F. KLINGL (wie Anm. 3), S. 150 mit FN 124.

57 *Stenographische Berichte. Verhandlungen des Deutschen Bundestages*, 2. Wahlperiode 1953, 23. Sitzung, 7. April 1954.

58 Diesen bedachte Pfeleiderer mit der besonders freundlichen Bemerkung, er sei »gewissermaßen zwischen zwei Fakultäten getreten. Er kommt von der Rechtswissenschaft her und geht in die Geschichte ein«. *Stenographische Berichte. Verhandlungen des Deutschen Bundestages*, 2. Wahlperiode 1953, 23. Sitzung, 7. April 1954.

59 EBENDA.

60 EBENDA.

61 Pfeleiderer selbst berichtete über den Verlauf der Gespräche mit Hallstein vor dem FDP-Vorstand am 17. Mai 1954, vgl. *FDP-Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Thomas Dehler und Reinhold Maier. Sitzungsprotokolle 1954-1960*, bearb. von Udo WENGST, Düsseldorf 1991, 2, S. 56 f.

weiterverfolgt. Öffentliches Aufsehen erregten Pfleiderers Ausführungen erst im Nachhinein, als Adenauer Anfang Mai bei einer Pressekonferenz die mögliche Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur UdSSR ins Spiel brachte. Nun erst machte auch Pfleiderer die Ergebnisse seiner Karlshorster Kontakte publik. Trotz des Aufruhrs in der öffentlichen Meinung stellte sich Dehler sofort vor Pfleiderer. Dabei erteilte er zugleich allen Rapallo-Plänen eine Absage und erklärte die militärische und wirtschaftliche Westbindung zur Voraussetzung der Gespräche mit Moskau.<sup>62</sup> Auch Adenauer kritisierte Pfleiderers Besuch in Karlshorst scharf<sup>63</sup>, seine eigenen Äußerungen über eine mögliche Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Moskau spielte er dagegen lediglich als Antwort auf eine hypothetische Frage herunter.

Mit dem Bekanntwerden der Karlshorster Gespräche war die FDP gezwungen, offiziell zu Pfleiderers Aktion Stellung zu nehmen. Dabei wurde der Umschwung in der FDP-Führung deutlich, der im Verlauf des Frühjahrs eingetreten war. Einen Monat nach den Referaten Pfleiderers und Beckers waren die beiden Vorträge vom Parteivorstand in einer sechsstündigen Sitzung am 27. Februar diskutiert worden, die ausschließlich außenpolitischen Fragen vorbehalten war, allerdings in Abwesenheit der beiden Referenten.<sup>64</sup> Dabei hatte sich zum letzten Mal die Linie der EVG-Befürworter durchgesetzt. Aber Blücher hatte auch erkennen müssen, daß er auf dieser letzten Vorstandssitzung vor dem Parteitag, auf dem er von Dehler abgelöst werden sollte, keine bindenden Beschlüsse mehr durchsetzen konnte. Dehler und die anderen Anhänger Pfleiderers enthielten sich jeder grundsätzlichen Äußerung. Sie konnten ja bis nach dem Parteitag warten.

Noch vor der Sitzung des Bundesvorstands, auf der Pfleiderers Besuch in der DDR besprochen werden sollte, stellte sich die starke nordrhein-westfälische FDP auf ihrem Landesparteitag am 15. Mai eindeutig hinter Pfleiderer. Mende, der außenpolitische Hauptredner, verteidigte Pfleiderers Vorschlag einer Parlamentarierreise und nannte drei Motive für die Aufnahme direkter Kontakte. An erster Stelle stand die Aufgabe, sich für die Freilassung der Kriegsgefangenen in der UdSSR einzusetzen und dabei die Bemühungen des Roten Kreuzes zu unterstützen. Das zweite Motiv war die Anknüpfung von Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion. Wenn es Großbritannien recht war, seinen Handel mit Moskau auszudehnen,

---

62 Dazu F. KLINGL (wie Anm. 3), S. 149 ff.

63 Nach Berichten des Bundesamts für Verfassungsschutz hatte Pfleiderer in direkten Gesprächen mit sowjetischen Vertretern und über Mittelsleute das Amt des Bundesaußenministers für sich reklamiert, eine Forderung die sowohl von der FDP als auch von anderen Kreisen in Politik und Wirtschaft unterstützt werde. Brief Globkes an Pfleiderer, 16. Juni 1954. Pfleiderer wies dies in seinem Antwortschreiben vom 25. Juni zurück. BA/N 80-118.

64 U. WENGST, *FDP-Bundesvorstand I* (wie Anm. 33), Dok. 42, S. 1393-1423.

dann müsse dies auch für die Bundesrepublik gelten.<sup>65</sup> Der »tiefste Grund« für Gespräche mit der sowjetischen Führung aber war die Absicht, über die SED hinweg zunächst zu menschlichen Erleichterungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik, dann aber auch zu Fortschritten in der Wiedervereinigungsfrage zu gelangen.<sup>66</sup>

Zwei Tage später beschäftigte sich dann der Bundesvorstand unter dem Vorsitz Dehlers mit den außenpolitischen Aktivitäten Pfeiderers. Er und der Parteivorsitzende verteidigten ihre Position vor allem, indem sie die Dringlichkeit ihrer Vorschläge herunterspielten. In der Tat war es ja im Grundsatz überhaupt nicht strittig, daß die Bundesrepublik zu gegebener Zeit Kontakte zu Moskau würde aufnehmen müssen. In der Frage des Zeitpunkts gaben sich Dehler und Pfeiderer dagegen sehr zurückhaltend und wiesen auf die laufende Genfer Ostasien-Konferenz hin. Auch von deren Ergebnis hinge es ab, ob eine deutschlandpolitische Initiative in einem günstigen Klima stattfinden könne. Carl-Hubert Schwennicke, Vorsitzender des Berliner Landesverbandes und des Gesamtdeutschen Ausschusses der FDP, kritisierte zwar noch die ungenügende Vorabinformation der Partei und der Fraktion, stimmte aber Pfeiderers Vorgehen im Prinzip zu.<sup>67</sup> Gegen den Vorwurf, Partei und Fraktion übergangen zu haben, setzte sich Pfeiderer mit dem Hinweis zur Wehr, in der Fraktion seien »diese Dinge« besprochen worden; für die Information des Vorstands sei eine Sitzung geplant gewesen, der Adenauer durch seine Pressekonferenz zuvorgekommen sei. Middelhaufe rief anschließend dazu auf, sich als Partei hinter die Vorschläge und damit hinter Dehler und Pfeiderer zu stellen. Dem schlossen sich die weiteren Redner ausnahmslos an.<sup>68</sup> Pfeiderer, Schwennicke und Ungeheuer, der Chefredakteur der *Freien Demokratischen Korrespondenz (fdk)* wurden beauftragt, ein Konzept für eine Erklärung zur Sitzung des Parteivorstands vorzulegen. Mit dieser Erklärung unterstützte der Vorstand eindeutig Pfeiderer und stellte als mögliche Resultate einer Moskau-Reise nicht nur Fortschritte bei der Wiedervereinigung in Aussicht, sondern auch einen Abschluß der Kriegsgefangenenfrage. Die Bindung an den Westen wurde nur allgemein erwähnt, ein ausdrückliches Bekenntnis zur bisherigen Regierungspolitik, wie Nowack es gefordert hatte, fehlte dagegen. Nur zwei Tage später traf die *Süddeutsche Zeitung* den Nagel auf den Kopf, als sie

---

65 Es ging dabei eindeutig um die ökonomischen Vorteile; der Weg, diplomatische Beziehungen durch Handelskommissionen vorzubereiten, spielte dabei keine Rolle.

66 AdL, Bestand Mende A 32, Bd. 28.

67 Schwennicke machte dann noch auf die negative Reaktion in der »SBZ« auf Pfeiderers Vorschläge aufmerksam, die sich durch Kontakte zu Moskau verraten fühlten, ohne daß dies in der weiteren Diskussion eine Rolle spielte.

68 U. WENGST, *FDP-Bundesvorstand II* (wie Anm. 61), S. 56-67.

schrieb, die Ideen Pfeleiderers hätten sich »in dem unternehmenden Kopf des Parteivorsitzenden Thomas Dehler eingemistet«. <sup>69</sup>

Mit ihrer defensiven Taktik reagierten Dehler und Pfeleiderer auf die Kritik, die zu Beginn der Sitzung durch zwei Briefe von Max Becker und Bundesminister Hermann Schäfer <sup>70</sup> vorgebracht worden war. Becker wandte sich mit ungewöhnlich scharfen Worten gegen die »europa-abgekehrte russophile Politik Pfeleiderers«. An dessen Ablehnung der geplanten Europäischen Politischen Gemeinschaft, die nicht von der Fraktion abgesegnet war, machte er fest: »... Pfeleiderer ist also gegen die europäische Integration.« <sup>71</sup> Danach richtete er seine Kritik an Pfeleiderers seit Ende 1952 im wesentlichen unveränderte »Mitte«-Konzeption, die dieser von der Politik Stresemanns ableite. Obwohl er die Wertschätzung für den Weimarer Außenminister teile, lehne er die Vorschläge Pfeleiderers aus drei Gründen ab. Zum einen, so Becker, überbewerte Pfeleiderer den »ziemlich harmlosen« Moskauer Vertrag, der die Westorientierung der Stresemannschen Außenpolitik nie in Frage gestellt habe. Zum anderen, und dies wiege weitaus schwerer, hätten sich die machtpolitischen Gewichte seit 1925 zuungunsten Deutschlands verschoben. Eine eigenständige Rolle Deutschlands oder auch Europas zwischen den Großmächten sei nicht mehr denkbar. Darin lag in seiner Sicht auch die große Gefahr der Pfeleiderer-Reise nach Karlshorst. Sie sei dazu angetan, der Bundesrepublik ihren Rückhalt in den USA zu rauben. Entsprechende Warnungen hatte Becker bereits aus dem Kanzleramt, aber auch von amerikanischen Diplomaten erhalten. <sup>72</sup> Zu Pfeleiderers Hauptmotiv, endlich Bewegung in die Wiedervereinigungsfrage zu bringen, stellte Becker eindeutig und mit »betäublicher Resignation [fest], daß mit einer Wiedervereinigung zur Zeit nicht zu rechnen ist. Die Berliner Konferenz habe zu Jahresbeginn gezeigt, daß auf diplomatischem Wege nichts zu erreichen sei; der 17. Juni 1953 verdeutliche die Aussichtslosigkeit von »Aufständen in totalitären Staaten«.

Abschließend sprach er sich nochmals vehement gegen jede Politik aus, die eine Rückkehr Deutschlands in die gefährliche Mittellage, wie sie 1914

---

<sup>69</sup> »Das Märchen von der Schaukel«, *Süddeutsche Zeitung*, 19. Mai 1954; vgl. auch F. KLINGL (wie Anm. 3), S. 152.

<sup>70</sup> Schäfer an Dehler, 14. Mai 1954, und Becker an Dehler, 13. Mai 1954, AdLN 1-3234.

<sup>71</sup> Was Becker besonders erboste, war Pfeleiderers witzelnde Anspielung auf Heinrich von Brentano: »... was aus des »Knaben Wunderhorn« an europäischen Gaben hervorkam, reicht für die Europäisierung der Saar nicht aus.«

<sup>72</sup> Becker verglich die Reise mit Besuchen englischer oder französischer Parlamentarier bei den »Kroll-Opersängern Hitlers«, gemeint war im Reichstag nach 1933. Ebenso schädlich fand er die Vorschläge, weil sie eine Abkehr von der bisherigen FDP-Linie darstellten. Zum Bild der FDP in den Berichten der US-Diplomaten in Deutschland s. Hans-Heinrich JANSEN, *Die FDP in den Berichten der US-Diplomatie 1950-1957*, in: *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung* 8, 1996, S. 157-193.

und 1939 bestanden habe, zur Folge hätte. Dies würde, so Becker, der Partei ebenso schaden wie Deutschland. Schäfers Brief nannte ähnliche Gründe für seine Ablehnung der Politik und Aktionen Pfeleiderers. Damit waren es erneut, ebenso wie schon 1952, die inhaltlichen Implikationen wie auch die Frage nach den Konsequenzen für die Partei, die Widerspruch hervorriefen.

Der aktivste Gegner Pfeleiderers in den parteiinternen Auseinandersetzungen 1954 war auch in der Folgezeit Max Becker, der in einer Reihe von weiteren Briefen versuchte, Widerstand gegen den immer deutlicher sichtbaren Umschwung in der FDP-Außenpolitik zu mobilisieren.<sup>73</sup> Zugleich lehnte er Dehlers neue Strategie ab, sich ausgerechnet auf dem Feld der Außenpolitik gegenüber der CDU profilieren zu wollen. Dieses Gebiet sei dafür ungeeignet: »Botschaften errichtet man, aber man hält vorher keine langen Reden darüber.« Besonders in der anti-europäischen Haltung Pfeleiderers liege zudem die Gefahr, viele »Kreise, die für Europa sind«, der FDP zu entfremden und damit der CDU in die Arme zu treiben. Wie sehr sich die Gewichte innerhalb der FDP verschoben hatten, machte Beckers letztes Argument deutlich: Die gesamte FDP habe für den EVG-Vertrag gestimmt, mit Ausnahme eines Abgeordneten: Pfeleiderer. Wenn sich die FDP nun völlig von ihrer bisherigen Linie abwende, dann dürfe sie sich nicht wundern, wenn ihr die Wähler in Scharen davonliefen. Genau das, so Becker, sei auch die Hauptursache für das Wahldebakel im September 1953 gewesen. Dauern hätten einzelne FDP-Politiker versucht, sich durch öffentliche Vorschläge zu profilieren, die dem jeweils vorhergehenden widersprachen. Becker empfahl daher, vom Pfeleiderer-Plan nicht mehr zu sprechen. Sollte man, wie durch die Aktion Adenauers, dazu gezwungen werden, so gelte es, die Ideen Pfeleiderers auf ihren richtigen Kern zurückzuführen: Zu gegebener Zeit würden in den Staaten Osteuropas deutsche Botschaften eingerichtet. Für die Idee einer Parlamentarierreise hatte Becker nur Spott übrig. Er charakterisierte sie als den »wirklich lächerlichen Vorschlag, Abgeordnete nach Rußland zu senden, um sich dort potemkinsche Dörfer anzusehen«, und nahm beruhigt zur Kenntnis, daß auch Dehler von diesem Vorschlag wieder abzurücken schien.<sup>74</sup>

Anstelle der Außenpolitik sollte die FDP sich besser auf andere Politikfelder konzentrieren, z.B. die Frage der Finanz- und der Sozialreform, die Gestaltung des Föderalismus und die Kulturpolitik.<sup>75</sup> Becker wandte

<sup>73</sup> Angesichts dieser innerparteilichen Konstellation ist es geradezu tragisch für Becker, daß Adenauer ihn, der die Politik des Kanzlers in der FDP so lange verteidigt hatte, in der Saardebatte derart scharf und polemisch angriff. Dazu F. KLINGL (wie Anm. 3), S. 200 f.

<sup>74</sup> Becker an Dehler als Fraktionsvorsitzenden, 3. Juni 1954, AdL/N 1-3234.

<sup>75</sup> Er schlug statt dessen vor, sich auf das Gebiet Rentenpolitik zu konzentrieren. Becker an den Vorstand der FDP-Bundestagsfraktion, 3. Juni 1954, AdL/N 11-7.

sich mit seinen Vorschlägen zum einen an seine hessischen Parteifreunde, zum anderen an die FDP-Bundesminister Blücher, Preusker, Euler und Gaul.<sup>76</sup> Aber mittlerweile standen der Partei- und Fraktionsvorsitzende Dehler und der größte Teil der Fraktion hinter Pfeleiderer.<sup>77</sup> Daher konnte es sich Dehler leisten, zu einer Sitzung des Fraktionsvorstandes unter Teilnahme der außenpolitisch interessierten Kollegen aus Fraktion und Bundesvorstand einzuladen.<sup>78</sup> Dabei zeigte das Fernbleiben der Pfeleiderer-Gegner bei den meisten Sitzungen des Partei- und des Fraktionsvorstands deutlich, daß es nun an ihnen war, durch Abwesenheit eine Eskalation des Streits zu vermeiden, dessen Dimension sie klar erkannt hatten: Es ging um den Fortbestand der Regierungskoalition.<sup>79</sup> Sie befanden sich damit in einer ähnlichen Position wie Maier und Haußmann zwei Jahre zuvor. An der Vorstandssitzung am 17. Mai nahm keiner der prominenten Pfeleiderer-Gegner teil – Schäfer und Becker teilten dem Vorstand ihre Auffassung durch Briefe mit – und an der Sitzung des erweiterten Fraktionsvorstands am 14. Juni beteiligten sich lediglich Blücher und Euler.<sup>80</sup> An einer öffentlichen Verschärfung der innerparteilichen Kontroverse konnte ihnen ohnehin nicht gelegen sein, da die wichtige Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen anstand. Sie wollten nicht zu Sündenböcken für die mögliche Niederlage gemacht werden. Hauptredner für die Gegenseite war am 14. Juni nach langer Zeit erstmals wieder Vizekanzler Blücher. Er bezog dabei deutlich Stellung gegen diejenigen, die aus Anlaß des Karlshorst-Besuchs Pfeleiderers persönliche Integrität in Frage stellen wollten.<sup>81</sup> Ebenso eindeutig wandte er sich jedoch aus politischen Gründen gegen diese Treffen, da sie zur falschen Zeit stattgefunden hätten und dazu angetan seien, das außenpolitische Ansehen der

<sup>76</sup> Briefe Max Becker an Dehler als Fraktionsvorsitzenden, 10. Mai, 14. Mai, 21. Mai, 3. Juni 1954, AdL/N 1-3234. Euler stimmte der Kritik Beckers und Schäfers an Pfeleiderer voll zu, verkannte aber offenbar völlig die Machtverhältnisse in der Fraktion, als er in einem Schreiben vom 10. Juni 1954 an Dehler seiner Hoffnung Ausdruck verlieh, daß die geplante Sitzung des Fraktionsvorstandes mit den außenpolitischen Experten »zur entschiedenen Mißbilligung des Verhaltens von Herrn Dr. Pfeleiderer führt«, AdL/N 1-3234.

<sup>77</sup> Im Widerspruch zur sonstigen Haltung Dehlers scheint eine Äußerung Adenauer gegenüber zu stehen, in der er Pfeleiderer am 20. Mai 1954 als »Landesverräter« bezeichnete. Erinnerungsvermerk Blüchers, 25. Mai 1954, BA/N 80-91. Ob Dehler hier ein doppeltes Spiel betrieb, um die Koalition nicht zu gefährden, oder ob die Quelle des Widerspruchs zwischen Adenauer und Blücher zu suchen ist, dürfte nicht mit letzter Gewißheit zu klären sein. Im gleichen Vermerk gibt Blücher auch Adenauers Einschätzung der Lage in der FDP wieder: »Rapallo-Stimmung«.

<sup>78</sup> Dehler an Euler, 4. Juni 1954, AdL/N 1-3234.

<sup>79</sup> Gaul an Becker, 29. Mai 1954: »... wir sind in der Koalition und müssen dann gemeinsame Außenpolitik machen. Können wir das nicht, dann müßten wir aus der Koalition heraus.« AdL/Nachlaß Max Becker N 11 (künftig zitiert als: N 11), Bd. 7.

<sup>80</sup> Blücher selbst hatte seit seiner Ablösung als Parteivorsitzender nicht mehr in der Öffentlichkeit zu außenpolitischen Themen Stellung genommen, um nicht als illoyal gegenüber der neuen Parteiführung zu erscheinen.

<sup>81</sup> Zum Schriftwechsel mit Globke s.o. Anm. 63.

Bundesrepublik zu beschädigen. In der grundsätzlichen Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der UdSSR, so betonte Blücher, bestanden ohnehin lediglich Unterschiede in der Frage des Termins.<sup>82</sup> Unterstützung fand Blücher allerdings nur bei wenigen Teilnehmern: Euler, Schneider, Will und Starke.<sup>83</sup>

Neben Becker und Blücher trat auch der Berliner Landesvorsitzende Schwennicke wiederholt als Gegner Pfeleiderers auf. So führte er es auf die außenpolitischen Äußerungen Dehlers und Pfeleiderers im gesamten Verlauf des Jahres 1954 zurück, daß sein Landesverband bei Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 5. Dezember 1954 einen Stimmenrückgang von 23,1 auf 12,8 Prozent hinnehmen mußte. Bereits am 29. Mai hatte er im Gesamtdeutschen Ausschuß eine Resolution verabschieden lassen, in der sich der Ausschuß scharf von Pfeleiderers Initiativen in Karlshorst und seiner Kritik an der Außenpolitik Adenauers absetzte. Damit war er in seinem Ausschuß weitaus kritischer mit Pfeleiderer ins Gericht gegangen, als dies nach der Vorstandssitzung am 17. Mai zu erwarten gewesen wäre. Gleichzeitig hatte der Ausschuß, ohne damit an die Öffentlichkeit zu treten, Parteivorstand und Fraktion aufgefordert, Pfeleiderer weitere ähnliche Aktionen zu untersagen.<sup>84</sup> Wie zu erwarten war, blieb diese Aufforderung jedoch folgenlos. Die überwiegende Mehrheit des FDP-Vorstands und der Bundestagsfraktion stand hinter Pfeleiderer; der Erfolg seiner Ideen in der FDP war nicht mehr aufzuhalten.

Wie sehr man Pfeleiderer mit dem Alternativkurs zu Adenauers Außenpolitik identifizierte, machte Neumayer – als Bundesjustizminister Nachfolger Dehlers – in der FDP-Vorstandssitzung am 10. September 1954 indirekt deutlich, als es um die Konsequenzen aus der Vertagung der Ratifizierung des EVG-Vertrages in der französischen Nationalversammlung ging. Alle Sprecher sahen in der Vertagung *sine die* bereits zu Recht die endgültige Ablehnung; über die Folgerungen für die deutsche Außenpolitik herrschte jedoch keine Einigkeit. Einige stellten bereits das Scheitern des bisherigen Kurses fest; an der Spitze stand Dehler, der konstatierte, »daß der bisherige Weg falsch war.« Dem widersprach Neumayer, indem er betonte, »ein Umwerfen des Steuers in der Richtung Pfeleiderer« – nicht etwa in Richtung Dehler – sei nicht notwendig.<sup>85</sup> Die Alternative zur Außenpolitik Adenauers war in der FDP fest verknüpft mit dem Namen Pfeleiderers.

82 Erinnerungsvermerk Blüchers, 14. Juni 1954, BA/N 80-118.

83 Während Euler und Schneider ebenso wie Blücher zum Ministerflügel zu zählen sind, der im Februar 1956 aus der FDP ausschied, blieben Will und Starke in der FDP.

84 Rundschreiben Schwennickes 6.12.1954 und Schreiben Schwennickes an Dehler mit der Entschließung des Gesamtdeutschen Ausschusses, beide AdL/N 1-2274.

85 U. WENGST, *FDP-Bundesvorstand II* (wie Anm. 61), Dok. 85-97, hier 87 und 93.

Hinter seine Forderung, gegenüber der UdSSR Gesprächsbereitschaft zu zeigen, stellte sich die Mehrheit der FDP auch in der Debatte um die Ratifikation der Pariser Verträge vom Oktober 1954. Verschärft wurde diese Kontroverse durch ein Angebot der sowjetischen Führung, beim Verzicht auf die Wiederbewaffnung weitreichende Zugeständnisse bei der Wiedervereinigung zu machen. Bereits einen Tag danach tagte der außenpolitische Ausschuß der FDP und beschloß ebenso wie die Bundestagsfraktion am 18. und 25. Januar 1954 mit deutlicher Mehrheit, das Ratifikationsverfahren der Verträge nicht zu unterbrechen. Damit wollte man die Verträge als Tauschobjekt in der Hand behalten. Der zweite Teil der beschlossenen Doppelstrategie bestand darin, »das Signal in Richtung Moskau nun endlich auf Grün zu stellen«<sup>86</sup> und noch vor der dritten Lesung einen Dialog mit Moskau zu beginnen. Ein von Achenbach mit Unterstützung Dehlers beantragter Junktimsbeschluß, der die Zustimmung der FDP zu den Verträgen zwingend an den vorherigen Gesprächsbeginn mit Moskau gebunden hätte, kam dagegen allerdings nicht zustande. Angesichts der knappen verbleibenden Zeit bis zur dritten Lesung konnten Verhandlungen mit Moskau ohnehin nicht zum Erfolg führen. Damit mußten die Befürworter eines sofortigen Dialogs angesichts der innerparteilichen Mehrheitsverhältnisse zufrieden sein. Die Gegenseite war zufrieden, weil kein Junktim beschlossen worden war.

Mit dem Streit um die deutsche Außenpolitik begann im Frühjahr 1954 ein Dauerkonflikt, der bis ins Frühjahr 1956 dauern sollte und mit dem Austritt der FDP aus der Regierungskoalition endete. Adenauer mißtraute mit Recht der weiteren Entwicklung in der FDP besonders in Fragen der Außenpolitik und versuchte daher, sie nochmals bindend auf die Regierungslinie festzulegen. Dem widersetzte sich die FDP in dem Bestreben, ihre Rolle als eigenständige Partei zu behalten und nicht wie die anderen kleineren Regierungsparteien dem Adenauer-Sog zum Opfer zu fallen. Zum Bruch der Koalition und zum Austritt des Ministerflügels aus der FDP kam es dann zwar über die Grabenwahlrechtskrise, doch das Koalitionsklima war durch den vorgehenden Streit über die Außenpolitik so vergiftet, daß der Vorschlag Scharnbergs für ein neues Bundestagswahlrecht lediglich das Faß zum Überlaufen brachte.<sup>87</sup>

Sichtbarer Ausdruck für den Siegeszug der Ideen Pfleiderers, der jedoch mittlerweile aus der aktiven Parteipolitik ausgeschieden war, war auch die Vorstellung des Deutschland-Plans von Erich Mende am 1. März 1956. Der Zeitpunkt war äußerst wichtig für die FDP. Nur eine Woche zuvor war sie aus der Bundesregierung ausgeschieden, nachdem sich der Ministerflügel

<sup>86</sup> Dazu und zum folgenden F. KLINGL (wie Anm. 3), S. 189 ff.

<sup>87</sup> Zu diesen Entwicklungen vgl. G. PAPKE (wie Anm. 46), passim, und Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer. Der Staatsmann: 1952-1967*, Stuttgart 1991, S. 249-264.

von der Bundestagsfraktion abgespalten hatte.<sup>88</sup> Drei Tage später fanden in Baden-Württemberg Landtagswahlen statt, die als Richtungsentscheid für die weitere Entwicklung der Liberalen auf Bundesebene angesehen werden mußte. In dieser Situation trat Mende, flankiert von Reinhold Maier und seinem Bundestagskollegen Ewald Bucher in Stuttgart vor die Landespressekonzferenz. Inhaltlich brachte der Mende-Plan für die Wiedervereinigung Deutschlands wenig Neues; lediglich einen Zeitplan hatte bisher niemand zur Diskussion gestellt. Durch die Situation war jedoch klar, daß die FDP ihr Heil sowohl für die unmittelbar bevorstehende Wahl als auch in ihrer künftigen Oppositionsrolle nun in der deutschlandpolitischen Flucht nach vorn suchte, zumal die Bremser gegen eine solche Entwicklung ohnehin zumeist mit dem Ministerflügel ausgeschieden waren. Der Kurs der Profilierung in der Außenpolitik wurde nun, nach dem Bruch der Koalition, noch entschiedener verfolgt als zuvor. Dies erschien der FDP-Führung ebenso erfolversprechend wie unverzichtbar, weil sie der SPD, der anderen Oppositionspartei, das Feld der Deutschlandpolitik nicht allein überlassen wollte.<sup>89</sup> Die FDP lag nunmehr voll auf der außenpolitischen Linie Pfeleiderers.

#### Pfeleiderers Entwurf für eine Neugestaltung der deutschen Ostpolitik

Noch im Herbst 1955 hatte Pfeleiderer sein Bundestagsmandat niedergelegt, um Botschafter in Jugoslawien zu werden. Außer dem Moskauer Posten war Belgrad die einzige Position in einem osteuropäischen Land und damit für seine außenpolitischen Ambitionen die einzig denkbare Wahl. Denn natürlich würde Adenauer die Botschaft in der UdSSR nicht einem ehemaligen Politiker überlassen, der zu seinen heftigsten Kritikern gehört hatte. Zudem würde er sich die wesentlichen diplomatischen Schritte ohnehin selbst vorbehalten; die Beziehungen zur UdSSR waren bei aller Spannung zu wichtig, um dem dortigen Botschafter zu viel Spielraum zu lassen.

Belgrad war in der Mitte der 50er Jahre eine besonders wichtige Station für westliche Diplomaten. Die künftige außenpolitische Orientierung Titos, der sich nach dem 20. Parteitag der KPdSU an Moskau anlehnte, war nur wenige Jahre zuvor unklar gewesen. Daher muß das Angebot, als Botschafter nach Jugoslawien zu gehen, auch für Pfeleiderer äußerst attraktiv gewesen

---

<sup>88</sup> Zu den Entwicklungen in der FDP s. G. PAPKE (wie Anm. 46), S. 206-217; Jörg Michael GUTSCHIER, *Die Entwicklung der FDP von ihren Anfängen bis 1961*, Überarb. u. erw. Neuausgabe, Meisenheim 1984, S. 174-182.

<sup>89</sup> Zum Mende-Plan s. E. MENDE, *Freiheit* (wie Anm. 5), S. 370 f.; C. BRAUERS (wie Anm. 5), S. 93 f.

sein. Warum die Wahl aber letztlich auf Pfleiderer fiel, muß hier offenbleiben.<sup>90</sup> Sicher ist denkbar, daß Adenauer einen seiner schärfsten Kritiker nach Belgrad abschieben wollte. Möglich ist aber auch, daß der Bundeskanzler die FDP auf diesem indirekten Weg von den großen Schwierigkeiten in der ostpolitischen Praxis überzeugen wollte. Nur zwei Jahre sollte Pfleiderer seinen letzte Posten ausfüllen.

Ein entscheidender Test für die bundesdeutsche Außenpolitik kam im Herbst 1957, als Jugoslawien im Rahmen seiner außenpolitischen Umorientierung die DDR anerkannte. Vorstufen zu dieser Anerkennung waren in polnisch-jugoslawischen Gesprächen zu sehen gewesen, in denen sich Tito zur Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze bereitfand und sich damit der Position der DDR anschloß. Ob der jugoslawische Staatschef dabei den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik bewußt riskierte oder ihn eher vermeiden wollte, ist umstritten. Aufschluß darüber kann möglicherweise die Wahl des Zeitpunkts geben, denn die Anerkennung der DDR fand etwa zeitgleich zur Aufnahme diplomatischer Kontakte zwischen Bonn und Tel Aviv statt. Im Gegenzug rechnete man nicht nur in Bonn mit der Anerkennung der DDR durch die arabischen Staaten. Damit würde Bonn vor der Frage stehen, ob es wegen der Hallstein-Doktrin die auch wirtschaftlich wichtigen Kontakte in die arabische Welt aufgeben wollte. Indem Tito sich zeitlich an diesen Komplex anlehnte, schien er das Risiko, das in der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR lag, möglichst gering halten zu wollen.<sup>91</sup>

Bonn reagierte zunächst auf die ersten Indizien einer Annäherung zwischen Belgrad und Ost-Berlin mit der Abberufung des Botschafters und, wenige Tage nach der formellen Anerkennung, ganz im Sinne der Hallstein-Doktrin<sup>92</sup> mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen.<sup>93</sup> Hallstein

---

<sup>90</sup> Nach einem Erinnerungsvermerk Blüchers vom 2. Juni 1955 war es die Absicht Adenauers, »sich völlig mit Pfleiderer auszusöhnen, und er möchte ihn auf den z.Zt. wichtigsten Botschafterposten entsenden, nämlich nach Belgrad«. BA/N 80-82.

<sup>91</sup> Dazu vgl. Arnulf BARING, *Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer 1949-1964*, Hamburg 1974, bes. S. 216-222. Rüdiger Marco BOOZ, »Hallsteinzeit«. *Deutsche Außenpolitik 1955-1972*, Bonn 1995, S. 44, hält diese Überlegung Titos für eine mögliche Folge der Haltung Pfleiderers, der ja für den Schritt Jugoslawiens mehr Verständnis zeigte als das Auswärtige Amt. Siehe auch Jan N. LORENZEN, *Die Jugoslawienpolitik der DDR 1953-1957 und die Haltung der Bundesrepublik*, in: *Deutschland-Archiv* 29 (1996), S. 58-66, und Beate IHME-TUCHEL, *Die Bemühungen der SED und die staatliche Anerkennung durch Jugoslawien 1956/57*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 42 (1994), S. 695-702.

<sup>92</sup> Zur Hallstein-Doktrin und den mit ihr verbundenen Kontroversen vgl. R. M. BOOZ (wie Anm. 91). Es ist bezeichnend für die Konflikte über die Hallstein-Doktrin, daß ausgerechnet Dehler, gewiß kein Freund der Verantwortlichen im Auswärtigen Amt – von Brentano, Hallstein, Grewe –, in der Frage der Doppelvertretungen noch weiter ging als die Regierung, indem er im Bundestag am 23. Sept. 1955 selbst für Moskau eine solche Lösung ablehnte: »Das Bild der zwei

beauftragte in der Zwischenzeit den zurückbeordneten Pfeleiderer mit einer Denkschrift über die künftigen Beziehungen der Bundesrepublik zu Osteuropa.<sup>94</sup> Er konnte diese Aufgabe jedoch nicht mehr beenden, da er am 8. Oktober 1957 an den Folgen eines Herzinfarkts starb; den Abbruch der Beziehungen, der am 19. Oktober bekannt gegeben wurde, hat er schon nicht mehr erlebt.<sup>95</sup> Aber auch in der vorliegenden Rohfassung wird die Hauptrichtung deutlich.

Diese letzte Arbeit Pfeleiderers unterscheidet sich deutlich von seinen Initiativen der Jahre 1952 und 1954. Einer der wesentlichen Grundgedanken war es, die Verluste, Gefahren und Risiken, aber auch die Vorteile einer veränderten Osteuropapolitik und besonders der Aufgabe der Hallstein-Doktrin den Verlusten, Gefahren und Risiken der Fortsetzung der bisherigen Politik einander gegenüberzustellen. Zweifellos, so räumte er ein, würde ein solcher Schritt große Probleme mit sich bringen. Vor allem würde die DDR durch eine Reihe von diplomatischen Anerkennungen von dritten Staaten international aufgewertet, die dann ähnlich wie die Staaten des Warschauer Paktes zwei deutsche Botschaften haben würden. Damit würde die DDR in ihrer staatlichen Existenz gefestigt werden. Auf der anderen Seite hatte die

---

deutschen Botschafter in Moskau darf sich nicht in unserem Volke einprägen.« *Stenographische Berichte. Verhandlungen des Deutschen Bundestages*, 2. Wahlperiode 1953, 102. Sitzung, 5657A.

93 Die Tagebuchbriefe von Heuss deuten darauf hin, daß sich der Bundespräsident eingehend mit der Frage des Abruchs der diplomatischen Beziehungen beschäftigt hat. So berichtet er, wenn auch mit Vorbehalt, daß der jugoslawische Botschafter die Belgrader Führung eindringlich vor der westdeutschen Reaktion gewarnt haben soll – ohne Erfolg. Er ließ sich auch von Pfeleiderers Botschaftsrat berichten. Danach gab es in der jugoslawischen Bevölkerung Verständnis für die Haltung Bonns, während »die ›neue Klasse‹ (Djilas) in der Tat völlig überrascht« worden sei; Th. HEUSS (wie Anm. 2), S. 272 (22. Okt. 1957), und S. 278 (7. Nov. 1957). In der engsten Umgebung Adenauers waren die Meinungen offenbar geteilt. Während von Brentano, Hallstein und Grewe eine harte Linie gegenüber Belgrad vertraten, traten Blankenhorn und von Eckardt für eine Position ein, die Pfeleiderers Vorstellungen entsprach. Herbert BLANKENHORN, *Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949-1979*, Frankfurt/M. 1980, S. 274-276; Wilhelm G. GREWE, *Hallsteins deutschlandpolitische Konzeption*, in: Wilfried LOTH u.a. (Hrsg.), *Walter Hallstein – Der vergessene Europäer?*, Bonn 1995, S. 57-79, hier S. 70 f.; Felix von ECKARDT, *Ein unordentliches Leben. Lebenserinnerungen*, Düsseldorf 1967, S. 528-530. Von Eckardt macht dabei deutlich, daß zumindest er, aber wohl auch Adenauer im Grunde nicht begeistert darüber waren, die an sich recht guten Beziehungen zu Jugoslawien abzubrechen, daß angesichts der bekannten Haltung der Bundesregierung aber kaum eine andere Wahl bestand, als die Beziehungen abzubrechen. Die Initiative aber lag, Grewe folgend, wohl bei von Brentano, da Adenauer noch mitten in der Regierungsbildung nach dem Wahlsieg vom 15. Sept. 1957 steckte. Der Außenminister hatte seine harte Linie auch bei der NATO-Ratstagung durch Hallstein vortragen und durch die Partner absegnen lassen. Vgl. H.-P. SCHWARZ, *Adenauer* (wie Anm. 87), S. 380.

94 HEUSS (wie Anm. 2).

95 Pfeleiderer als »erstes Opfer einer weiteren Verhärtung der bundesdeutschen Außenpolitik zu bezeichnen, die durch die Behauptung des Alleinvertretungsanspruchs aufgrund der Hallstein-Doktrin gekennzeichnet war«, wie K.-H. SCHILARP (wie Anm. 3), S. 248, geht natürlich zu weit.

Entwicklung der letzten Wochen in Pfeiderers Augen bestätigt, daß weitere Anerkennungen der DDR nicht allein durch die Drohung Bonns, dann seinerseits die diplomatischen Beziehungen zu dem anerkennenden Staat abzubrechen, verhindert werden könnten.<sup>96</sup>

Hinzu kam, daß die Entwicklung seit den Genfer Konferenzen 1955 für Pfeiderer gezeigt hatte, wie aussichtslos eine Fortführung der bisherigen Deutschland- und Ostpolitik war. Die Hauptursache dafür lag in der Rollen- und Machtverteilung zwischen Ost und West. Das Hauptziel des Ostens – Moskaus, Warschaws und Ost-Berlins – lag in der Beibehaltung des Status quo. Der Westen hingegen strebte eine Veränderung der Lage in Mittel- und Ostmitteleuropa an, mußte also politisch offensiv sein. Die Entwicklung, die letztlich zur Anerkennung der DDR durch Jugoslawien führte, bewies aber für Pfeiderer, daß der Westen und besonders die Bundesrepublik immer mehr in die Defensive gerieten.

Aus dieser »Sackgasse« suchte er einen Ausweg, indem er einen völligen Kurswechsel gegenüber den Staaten Ost- und Südosteuropas zur Diskussion stellte. Die Bundesrepublik sollte zu diesen Staaten außer zur DDR so schnell wie möglich diplomatische Beziehungen aufnehmen.<sup>97</sup> Durch die Anerkennung der DDR durch Jugoslawien erhielt die Frage besondere Aktualität. Die Bundesregierung stand damit auch in Pfeiderers Augen vor der schwerwiegenden Wahl, entweder die Hallstein-Doktrin fallenzulassen oder aber gegen Belgrad mit allen möglichen Mitteln vorzugehen; dies bedeutete Abbruch der diplomatischen Beziehungen und wirtschaftliche Sanktionen. Eine lediglich zeitlich befristete Rückberufung des Botschafters, die ja formal auch im Rahmen der Hallstein-Doktrin möglich gewesen wäre, kam selbst in Pfeiderers Augen nicht in Frage. Da keine der westlichen Mächte dem Bonner Schritt folgen würde, war es dann für Pfeiderer nur folgerichtig, für die Beibehaltung diplomatischer Beziehungen zu Belgrad einzutreten, mit der Konsequenz, dann auch die übrigen Staaten des Warschauer Pakts anzuerkennen. Damit würde die Bundesrepublik endlich die Möglichkeit gewinnen, dort ihren traditionellen Einfluß wiederherzustellen.<sup>98</sup>

---

96 Pfeiderer irte hier, denn außer dem kommunistischen Kuba folgten zu Lebzeiten Adenauers keine weiteren Anerkennungen der DDR; vgl. H.-P. SCHWARZ, *Adenauer* (wie Anm. 87), S. 381.

97 Pfeiderer, *Neugestaltung*, Blatt »Anmerkung«.

98 Pfeiderers Vorschlag, trotz Anerkennung der DDR die diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien nicht abzubrechen, sondern diesen Anlaß zu benutzen, die Hallstein-Doktrin zurückzunehmen, entspricht in seinen tatsächlichen Auswirkungen der »Geburtsfehlertheorie«. Sie besagt, daß die Staaten Osteuropas seit ihrer Entstehung gezwungen gewesen seien, Beziehungen zur DDR zu unterhalten und in dieser Frage keine Entscheidungsfreiheit besäßen. Daher könnte – oder zumindest müßte – die Hallstein-Doktrin nicht auf sie angewendet werden. Vgl. W.G. GREWE, *Rückblenden* (wie Anm. 7), S. 252. Der Weg Pfeiderers dorthin war allerdings ein völlig anderer.

Ein zentrales Problem war dabei die Frage der polnischen Westgrenze. Hier war Pfleiderer jetzt zu einer realistischeren Politik bereit. Eine sofortige Anerkennung der Oder-Neiße-Linie – also die Übernahme der Haltung Ost-Berlins – schloß er allerdings immer noch aus. Vielmehr galt es zu versuchen, diese Frage bei der Anerkennung auszuklammern. Um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen für Polen aber überhaupt wünschenswert zu machen, sollte eine Gewaltverzichtserklärung die polnische Minimalforderung erfüllen. Danach sollte die Frage einer endgültigen Grenzregelung an die Wiedervereinigung geknüpft werden, d.h. Polens Interesse an der Anerkennung seiner Westgrenze sollte in den Dienst der deutschen Einheit gestellt werden. Denn nur in Verbindung mit dem wichtigsten Ziel Deutschlands, der nationalen Einheit, könnte eine gesamtdeutsche Regierung Zugeständnisse in der Territorialfrage machen und vor der deutschen Öffentlichkeit vertreten. Damit aber machte Pfleiderer seine Bereitschaft deutlich, für die Vereinigung von Bundesrepublik und DDR den Preis der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zu zahlen.

Zehn Tage später konnte Theodor Heuss, mit Bezug auf Brentanos Überlegungen, Kontakte zu Polen aufzunehmen, in seinen Tagebuchbriefen über Pfleiderers letzte Denkschrift berichten: »Ich las Pfleiderers Denkschrift, die eine Analyse der Situation und eine bewegte Spekulation über die Möglichkeiten ist, aber auch mehr im Fragen als im Antworten bleibt. Mir scheint es schwierig, wenn nicht zunächst unmöglich, den Deutschen (und der Welt) dies darzustellen, daß man, um Kettenreaktion zu vermeiden, mit Belgrad bricht, aber dartun will, daß man Beziehungen zu Warschau normalisieren wolle.«<sup>99</sup>

Pfleiderer stand jedoch mit seinen Überlegungen nicht allein. Unter dem Datum des 4. Oktober 1957 verzeichnete Blankenhorn sehr ähnliche Überlegungen für die deutsche Jugoslawienpolitik und machte dabei deutlich, daß er von einer strikten Anwendung der Hallstein-Doktrin nichts hielt. Die Nachteile einer Fortsetzung der Beziehungen zu Belgrad erschienen auch ihm geringer als die »Vorteile einer etwas flexibleren, aktiveren, initiativereichen Politik im Raum des Ostblocks«. Auch teilte er die Einschätzung Pfleiderers, daß »das wirtschaftliche und politische Gewicht der Bundesrepublik heute bereits so groß [ist], daß uns die Anwesenheit eines DDR-Botschafters in gewissen Hauptstädten kühl lassen kann«.<sup>100</sup>

99 Th. HEUSS (wie Anm. 2), S. 271 (19. Okt. 1957). Der Hinweis auf Polen galt den Plänen Brentanos und Grewes für die Errichtung einer Handelsmission in Warschau, um von dort den Dialog mit der reformkommunistischen Regierung Gomulka zu beginnen. Siehe H.-P. SCHWARZ, *Adenauer* (wie Anm. 87), S. 378. Wenige Tage später schrieb er: »Mit Pfleiderers Denkschrift ist es so eine offene Frage: sehr behutsame und vielfarbige Diagnose, aber doch auch ohne gewisse Sicherheit in Anregungen zur Therapie«; Th. HEUSS (wie Anm. 2), S. 272, (22. Okt. 1957).

100 BLANKENHORN (wie Anm. 93), S. 274.

Ausgangspunkt Blankenhorns war, ganz ähnlich wie bei Pfeleiderer, das Scheitern der westlichen Deutschlandpolitik auf den Genfer Viererkonferenzen des Jahres 1955. Daher hielt er auch er die Zeit für gekommen, »neue Wege einzuschlagen« – allerdings ohne spektakuläre Ankündigung und nur nach Abstimmung mit den Verbündeten. Blankenhorn hatte diese Ideen außer mit Pfeleiderer und Eckardt auch mit Scherpenberg<sup>101</sup> und Welck besprochen, den Leitern der Außenhandels- bzw. der Länderabteilung im Auswärtigen Amt, offenbar mit nicht einheitlichen Ergebnissen. Positiv dagegen war die Haltung in Teilen der deutschen Wirtschaft, wo sie »nahezu ungeteilten, ja fast stürmischen Beifall« fanden. Insbesondere Otto Wolff von Amerongen betonte die »Notwendigkeit, durch eine aktivere Politik die Kreise an uns heranzuziehen, die aus wirtschaftlichen, aber auch aus anderen Gründen, bereit sind, eine Brücke zum Westen zu schlagen.«<sup>102</sup>

Die Gegenposition zu den Überlegungen Pfeleiderers entwickelte wiederum Grewe; offenbar ebenfalls im Auftrag Hallsteins. In seiner Denkschrift entwickelte er eine Position auf der Basis der bisherigen Regierungspolitik. Auch er räumte zwar ein, daß die bisherige Deutschland-Politik ohne Erfolg geblieben sei. Die Unwägbarkeiten einer »Flucht nach vorn« veranlaßten ihn jedoch, eine Lösung, wie sie Pfeleiderer vorgeschlagen hatte, abzulehnen. Statt dessen plädierte er für eine langsame, schrittweise Entwicklung der Beziehungen zu den Ostblockstaaten durch die Errichtung von Handelsmissionen. Die Entwicklungen der folgenden Jahre und namentlich die Berlin-Krise haben jedoch selbst diesen Schritt verzögert; erst unter den Außenministern Schröder und Brandt kamen die entsprechenden Vereinbarungen in den Jahren 1963 bis 1967 zustande.

Wie die FDP sich zu Pfeleiderers letzter Denkschrift gestellt hätte, läßt sich nur indirekt erschließen. Es ist dabei keineswegs als überraschend zu werten, wie dies Brauers tut, daß »in der FDP Pfeleiderers jüngste Denkansätze im Herbst 1957 keinen Widerhall fanden«, denn die Denkschrift blieb offenbar zunächst unbekannt.<sup>103</sup> Ein Indiz für die vermutliche Zustimmung der FDP zu Pfeleiderers Überlegungen für eine neue Osteuropapolitik ist

---

101 Scherpenberg wurde bald darauf auf Betreiben des Außenministers als Nachfolger Hallsteins Staatssekretär im Auswärtigen Amt anstelle Blankenhorns, den Adenauer eigentlich favorisiert hatte. Auch diese Nachfolfrage spielte in die Entscheidung, wie auf die Anerkennung der DDR durch Tito zu reagieren sei, hinein.

102 BLANKENHORN (wie Anm. 93), S. 274 f. Ob es mit einem Staatssekretär Blankenhorn zu einer anderen, flexibleren Ostpolitik gekommen wäre, muß dahingestellt bleiben. Der Erfolg Brentanos, Krones und Globkes in dieser Personalfrage stützte auf jeden Fall die harte Haltung des Außenministers. Zugleich wirft die Bereitschaft Adenauers, Blankenhorn zum Staatssekretär zu machen, eine interessantes Licht auf seine Ostpolitik. Es hat den Anschein, daß er hier zu mehr Beweglichkeit tendierte als gemeinhin angenommen. Siehe H.-P. SCHWARZ, *Adenauer* (wie Anm. 87), S. 371 ff.

103 C. BRAUERS (wie Anm. 5), S. 114.

in der Ablehnung des Abbruchs der Beziehungen zu Jugoslawien zu suchen.<sup>104</sup> Offenbleiben muß, wie sich die FDP in den 50er Jahren zu Pfeiderers Überlegungen zur Oder-Neiße-Grenze gestellt hätte; noch 1959 bestand die FDP in der Berliner Erklärung auf der friedlichen Wiedervereinigung in den Grenzen von 1937, mit nur vagen Einschränkungen.<sup>105</sup>

### Zusammenfassung

Von 1952 bis 1955 forderte Pfeiderer eine grundsätzliche Änderung der deutschen Außenpolitik, deren vorrangiges Ziel die Wiedervereinigung zu sein hatte. Dabei stand zunächst die Forderung nach direkten Gesprächen mit der UdSSR im Vordergrund. Die Bundesregierung sollte so versuchen festzustellen, unter welchen Bedingungen Moskau bereit wäre, die DDR aufzugeben und der Wiedervereinigung zuzustimmen. In diesen Verhandlungen müßte die Bundesrepublik nach Auffassung Pfeiderers bereit sein, auf die Westbindung in der Form der Verträge vom Mai 1952 bzw. der Pariser Verträge vom Oktober 1954 zu verzichten und eine politische Mittelstellung zwischen den Blöcken anzunehmen. Da die Bundesrepublik allein gegenüber der UdSSR für eine unabhängige Position zu schwach war, schlug Pfeiderer später vor, diese »Mitte«-Konzeption auf andere europäische Staaten auszuweiten. Das neu zu definierende Verhältnis zwischen Bonn und Moskau sollte gewährleisten, daß die UdSSR durch die Aufgabe der DDR keine sicherheitspolitischen oder wirtschaftlichen Verluste hinnehmen mußte. Denn nur unter dieser Bedingung würde sie dazu bereit sein. Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der UdSSR kam es aber erst nach der Vollendung der Westintegration durch den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO. Im Gegensatz zu Pfeiderers Forderungen wurde diese neue Verbindung dann allerdings nicht zu einer intensiven Diskussion über die Frage der Wiedervereinigung genutzt.

Nach der Errichtung einer westdeutschen Botschaft in Moskau richteten sich Pfeiderers Forderungen folgerichtig auf die Normalisierung der Beziehungen auch zu den übrigen Staaten Osteuropas und damit gegen die Hallstein-Doktrin. Dieser Gedanke, den ungewöhnlichen Zustand, keine diplomatischen Beziehungen zu Nachbarstaaten zu unterhalten, endlich zu

---

<sup>104</sup> Tagebuch Schollwers unter Sonntag, 19. Okt. 1957; Wolfgang SCHOLLWER, *Liberale Opposition gegen Adenauer. Aufzeichnungen 1957-1961*, hrsg. von Monika Faßbender, München 1991.

<sup>105</sup> U. WENGST, *FDP-Bundesvorstand II* (wie Anm. 61), Dok. 64, S. 444; s. auch F. KLINGL (wie Anm. 3), S. 323. In der Berliner Erklärung hieß es dazu: »Die Grenzen Deutschlands im Osten müssen ... so gezogen werden, daß nicht durch eine grobe Verletzung der Grundsätze der Gerechtigkeit und der Vernunft die vom deutschen Volk aufrichtig gewünschte dauerhafte Versöhnung mit seinen Nachbarn im Osten in der Zukunft gefährdet wird.«

beenden, verbindet Pfeleiderers letzte Denkschrift mit seinen früheren Vorschlägen, wie er sie z.B. bereits in der Haushaltsdebatte im April 1954 vorgetragen hatte. Ein Argument für die Anerkennung der Staaten des Warschauer Paktes, ausgenommen die DDR, war die Möglichkeit, dann dort auch die bundesdeutsche Position zur Wiedervereinigung offiziell und direkt vertreten zu können. Mit der Forderung, die Beziehungen zu Polen zu normalisieren, stellte sich aber erneut und zwingend die Frage nach der territorialen Gestalt Deutschlands. In seiner Zeit als Bundestagsabgeordneter – also bis Ende 1955 – war Pfeleiderer nicht bereit, auf die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie zu verzichten. Dies sollte sich in seiner letzten Denkschrift ändern. 1957 war Pfeleiderer offenbar bereit, für Polens Unterstützung der deutschen Vereinigung den Preis der Ostgebiete zu zahlen.

Der wesentliche Unterschied zwischen Pfeleiderers und Adenauers Grundannahmen betraf die Frage, ob unter den Bedingungen der 50er Jahre eine eigenständigere Politik Westdeutschlands – und auf mittlere Sicht Westeuropas – möglich war. Für Adenauer war die feste Anlehnung Westdeutschlands und Westeuropas an die Führungsmacht USA die *conditio sine qua non*, zumindest bis zum Tod John Foster Dulles' 1959.<sup>106</sup> Nur dadurch, so glaubte Adenauer, konnte zumindest Westdeutschland davor bewahrt werden, auf lange Sicht aus innen- ebenso wie außenpolitischen Gründen in den sowjetischen Machtbereich zu fallen. Die Möglichkeit einer Politik Deutschlands und Europas im Sinne Pfeleiderers zwischen den Blöcken gab es in seiner Sicht nicht. Pfeleiderer dagegen strebte einen europäischen Block zwischen den USA und der UdSSR an. Dabei baute er auch auf Großbritannien und Frankreich, die mit der Politik der USA im Kalten Krieg keineswegs uneingeschränkt einverstanden waren.

Der europäische Block sollte nach Pfeleiderer schon durch seine bloße Existenz, aber auch durch seine Politik zur Entspannung zwischen den Supermächten beitragen. In manchem trafen sich Pfeleiderers Überlegungen daher mit denen des *grand old man* der US-Diplomatie, George Kennan, der seine Ideen für eine Disengagementpolitik in den von der BBC übertragenen *Reith Lectures* vorgestellt hatte. Was Kennans Pläne von denen Pfeleiderers unterschied, war die ausdrückliche Neutralisierung Deutschlands.<sup>107</sup> Dies hatte Pfeleiderer so nie gefordert, sondern stets auf die Notwendigkeit einer allgemeinen Westorientierung Deutschlands hingewiesen, ohne die die Sicherheit Deutschlands gegenüber der Sowjetunion nicht zu gewährleisten sei. Das politische System, die gesellschaftliche Ordnung und die wirtschaftliche

---

<sup>106</sup> Für die besondere Beziehung Adenauers zu Dulles s. Detlev FELKEN, *Dulles und Deutschland, Die amerikanische Deutschlandpolitik 1953-1959*, Bonn 1993.

<sup>107</sup> Walter L. HIXSON, *George F. Kennan. Cold War Iconoclast*, New York 1989; bes. S. 171-194.

Orientierung sollten dabei die wesentlichen Stützen sein. Entscheidend war für ihn, daß sich das militärische Bündnis des Westens, die NATO, nicht auf Gesamtdeutschland erstrecken dürfe. Dies wäre mit den Sicherheitsbedürfnissen Moskaus unvereinbar gewesen.

Der wesentliche Schwachpunkt von Pfeleiderers Überlegungen der Jahre 1952 bis 1954 liegt jedoch in der Frage, warum die Westmächte zu einer solchen »Mitte«-Lösung hätten bereit sein sollen, die die enge Bindung Westeuropas zu den USA gefährdet und zugleich die Balance innerhalb der Region aufs Spiel gesetzt hätte. Das politische und wirtschaftliche Gewicht eines vereinten Deutschland hätte zudem so kurz nach Kriegsende unzweifelhaft das Mißtrauen der übrigen europäischen Nationen – in Ost und West – geweckt. Zudem überschätzte Pfeleiderer die Kritik, die bisweilen aus Paris und London an der US-Politik zu hören war. Eine grundsätzliche Neuorientierung britischer oder französischer Politik stand weder unter Churchill und Eden noch unter Bidault und Mendès-France zur Diskussion. Die dann drohende Gefahr einer zumindest politischen Abkehr der USA von Europa erstickte solche Überlegungen im Keim. Letztlich suchte Pfeleiderer wohl eine Lösung für ein Problem, das unter den Bedingungen der frühen 50er Jahre nicht zu lösen war. Eine für alle Betroffenen und Beteiligten akzeptable Antwort auf die Deutsche Frage gab es wohl nicht.

Die politischen Machtverhältnisse verhinderten 1952 ebenso wie 1954/55 schon den Versuch, die Überlegungen Pfeleiderers umzusetzen. 1952 folgte ihm nicht einmal seine Partei, als sie noch in einer wesentlich stärkeren Position innerhalb der Regierungskoalition war. Nur von Maier und einigen weiteren Abgeordneten unterstützt ließ sich der Kurs der Bundesregierung nicht ändern. Zwei Jahre später waren Pfeleiderers Gedanken zwar in der FDP mehrheitsfähig geworden, doch die Position der Partei in der Regierungskoalition war durch das Wahlergebnis, das der CDU die absolute Mehrheit der Mandate beschert hatte, deutlich geschwächt worden, zumal ja nach wie vor ein Teil der Fraktion den Kurs Adenauers fortsetzen wollte.

Aufschluß über die spätere Haltung der FDP zu den Vorschlägen Pfeleiderers aus dem Jahr 1952 geben die außenpolitischen Entscheidungen, die der Bundesvorstand fünf Jahre später, kurz nach Pfeleiderers Tod, einstimmig verabschiedete. Die zweite Resolution bezog sich ausdrücklich auf Kennans *Reith Lectures* und begrüßt sie als »einen wertvollen Beitrag zur Lösung der deutschen Frage«. In einer Art später Würdigung hieß es dann weiter: »Die Freien Demokraten finden in den Gedankengänge George Kennans die Wiederaufnahme ihrer eigenen Vorstellungen, die bereits 1952 der verstorbene Botschafter Dr. Pfeleiderer bekanntgegeben hat.«<sup>108</sup>

108 U. WENGST, *FDP-Bundesvorstand II* (wie Anm. 61), Nr. 46.

Von der Ablehnung der Vorschläge Pfeleiderers 1952 durch den FDP-Vorstand war hier natürlich keine Rede mehr. Zu sehr hatten sich die Liberalen daran gewöhnt, Pfeleiderer als einen ihrer führenden außenpolitischen Köpfe zu betrachten. Wie weit diese nachträgliche Zustimmung ging, berichtet Wolfgang Schollwer: »Lenz spottete über die Angewohnheit vieler FDP-Politiker, Karl Georg Pfeleiderer in der Ost- und Deutschlandpolitik ständig als Kronzeugen anzurufen. Für diese Parteifreunde sei Pfeleiderer »eine Art freidemokratischer Kirchenvater zwischen Selig- und Heiligsprechung.«<sup>109</sup> Ob die Freien Demokraten Pfeleiderer in Kenntnis seiner Vorstellungen über die Zukunft der Oder-Neiße-Linie so geschätzt hätten, steht auf einem anderen Blatt. Anfang 1957 wurde Dehler als Partei- und Fraktionsvorsitzender abgelöst. An der Spitze der Partei folgte ihm Reinhold Maier, der sich in seiner Ablehnung Adenauers zumindest aus taktischen Gründen gemäßiger gab als sein hitzköpfiger Vorgänger, während Max Becker, Pfeleiderers alter Gegenspieler, die Fraktionsführung übernahm. Diese Wechsel verdeutlichten einen Wandel in der Politik der FDP mit dem Ziel, den Weg zum Wiedereintritt in die Bundesregierung nicht zu verbauen. Grundsätzliche Opposition zur Außenpolitik Adenauers, wie Pfeleiderer sie verkörpert hatte, konnte da nicht erwünscht sein.

---

109 SCHOLLWER (wie Anm. 104), S. 94, Tagebucheintrag 14. Sept. 1959.

## Das sowjetische Speziallager Nr. 2: Buchenwald 1945-1950\*

Von Jan Lipinsky

Mit der sowjetischen Großoffensive vom 12. Januar 1945 rückte die Rote Armee zügig nach Westen vor. Sofort nach der Niederschlagung des deutschen Widerstandes errichteten Einheiten des Moskauer NKVD (Narodnyj komissariat vnutrennich del/Volkskommissariat für innere Angelegenheiten) in den besetzten Gebieten erst Ost-, dann auch Mitteldeutschlands zur »Säuberung des Hinterlandes von feindlichen Elementen« Gefängnisse und Lager. Diese konzentrierten Kriegsgefangene, Nationalsozialisten, Widerstandskämpfer und zur Zwangsarbeit mobilisierte Deutsche. Nach der Eroberung der Reichshauptstadt Berlin und der deutschen Kapitulation wurde dort auf Befehl des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten, Lavrentij Berija, weitgehend aus den bereits bestehenden Verwaltungsstellen der 1. Weißrussischen Front, bis Juli 1945 die »Abteilung Speziallager« gebildet. Sie beaufsichtigte nach vollem Ausbau in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands (SBZ) westlich der Oder zehn Lager, darunter auch Buchenwald, welches die Nummer 2 trug.<sup>1</sup> Die ostdeutschen Lager, etwa Landsberg und Posen, bzw. die Gefängnisse wie Graudenz und Tost wurden im Dezember 1945 auf das Gebiet der SBZ verlegt. Diese Verlegungen bestätigen eine Wandlung in der sowjetischen Deutschlandpolitik, da Moskau noch im Sommer 1945 Lagerinsassen in großer Anzahl aus dem westlichsten Teil des sowjetischen Besatzungsgebietes in die deutschen Ostprovinzen abtransportieren ließ. Erst nach der Potsdamer Konferenz Ende 1945 wurden die Insassen der Hafteinrichtungen, die nun auf polnisch verwaltetem Gebiet

---

\* Der Beitrag stellt die erweiterte Fassung von Vorträgen dar, die beim 5. Treffen der Initiativgruppe Buchenwald 1945-1950 e.V. am 16. Sept. 1995 sowie beim Buchenwaldgespräch 1995 »Unrecht überwinden« (22.-24. Okt. 1995) des Archivs für Christlich-Demokratische Politik in Buchenwald gehalten wurden. Er soll einen ersten aktengestützten Überblick ermöglichen, der manche Vorgänge, die noch genauerer Erforschung bedürfen, hier nur erwähnen kann. Die Darstellung stützt sich vorrangig auf den bisher nur teilweise freigegebenen Aktenbestand »Speziallager« des Staatsarchivs der Russischen Föderation (GARF).

<sup>1</sup> Vgl. zu den übrigen Lagern sowie den großen NKVD-Gefängnissen Alexander FISCHER/Jan LIPINSKY, *Die Sowjetischen Speziallager Buchenwald und Fünfeichen – Erkenntnisse aus sowjetrussischen Archiven*, in: *Deutsche Studien* 31. Jg., Nr. 121 (1994), S. 38, bzw. Jan LIPINSKY, *Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945-1950 – ein Beispiel für alliierte Internierungspraxis oder für sowjetisches GULag-System*, in: Brigitte KAFF (Hrsg.), *»Gefährliche politische Gegner«. Widerstand und Verfolgung in der sowjetischen Zone/DDR*, Düsseldorf 1995, S. 37. Neuere Erkenntnisse lassen vermuten, daß Fort Zinna in Torgau die Nr. 8 und die dortige Seydlitz-Kaseme die Nr. 10 trug und nicht umgekehrt.

lagen, nach Westen in die Lager und Gefängnisse auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone überführt. Anders als in Polen, schien sich Moskau in der SBZ langfristig direktere Einwirkungsmöglichkeiten offenhalten zu wollen.

Die fünfjährige Geschichte des sowjetischen Speziallagers Buchenwald ist Gegenstand der folgenden Ausführungen.

### 1. Zur Aktengrundlage

Mit der Öffnung der Landes-, Kirchen- und Parteiarchive in den fünf östlichen deutschen Bundesländern treten einige bisher kaum bekannte Aspekte des sowjetischen Lagerregimes in Deutschland von 1945 bis 1950 deutlicher hervor. Bittgesuche von Angehörigen Verhafteter, amtliche Reaktionen, die den wahren Sachverhalt verschleierte, die Weigerung deutscher Behörden, Todesurkunden auszustellen, ja auch nur Auskunft zu erteilen, wie es etwa Staatssekretär Hans Warke vom DDR-Innenministerium noch Anfang 1950 zugesagt hatte, kirchliche Bemühungen um seelsorgerlichen Zugang zu den Lagern, Unterlagen zur Übernahme der Lager in deutsche Verwaltung 1950, Belege für die anhaltende Beobachtung Entlassener durch Volkspolizei und Stasi liefern neue Erkenntnisse. Aufzeichnungen in deutschen Archiven enthalten für die späteren Jahre die schriftlich-formale Reaktion einheimischer Behörden auf Anfragen von Angehörigen und deren Bitten um Ausstellung von Todesurkunden zwecks Rentengewährung. Sie überliefern jedoch nicht, was die deutschen Beamten den Betroffenen in den aktenkundigen persönlichen Gesprächen eröffneten. Hierüber können allein Zeitzeugen Auskunft geben.

Entscheidend für die Betrachtung der Speziallager bleiben die Unterlagen der sowjetischen Besatzungsmacht. Seit dem Jahre 1992 stützen sich Forschungen erstmals auf bisher unzugängliche Akten des Staatsarchivs der Russischen Föderation (GARF) in Moskau. Diese Dokumente spiegeln mit den vierzehntägig erstatteten Berichten die zeitgenössische Lagerverwaltung wider. Sie enthalten Zahlenangaben der sowjetischen Lagerleitungen zur Lagergröße, zu Verlegungen zwischen einzelnen Lagern sowie zu den in den Lagern Verstorbenen.<sup>2</sup> Die Totenzahlen sind in der Forschung, die bisher fast ausschließlich Aussagen Überlebender auswertete, umstritten. Dank der derzeit freigegebenen Akten lassen sich nun vorsichtige Schlüsse

<sup>2</sup> Vgl. zu den Rechenschaftsberichten A. FISCHER/J. LIPINSKY (wie Anm. 1), S. 38-40. Zum Forschungsstand vor der beginnenden Archivöffnung vgl. Gerhard FINN, *Die politischen Häftlinge in der Sowjetzone, 1945-1959*, Köln 1989 (Nachdr. der Ausg. Pfaffenhofen 1960); als neueste Gesamtdarstellung für das Lager Buchenwald, die bereits Aktenmaterial verwendet: Bodo RITSCHER, *Speziallager Nr. 2: Buchenwald. Zur Geschichte des Lagers Buchenwald 1945 bis 1950*, 2. Aufl. Weimar-Buchenwald 1995.

ziehen über Mindestzahlen. Ebenso werden jetzt Angaben möglich über durchschnittliche Lagergrößen und Verlegungen.

Die sowjetischen Angaben müssen in einem weiteren Schritt mit den in der westlichen Forschung geschätzten Zahlen verglichen werden. Nur eine systematische Erfassung der in den Akten enthaltenen Namenslisten und ihr Vergleich mit bereits existierenden Totenverzeichnissen kann weitere Klärung bringen. Der Aufhellung bedarf auch, welche Schicksale sich hinter Zahlen und Namen verbergen. Ein großer Teil der Inhaftierten wurde aus eher zeitbedingt politischen als aus wirklich rechtlichen Gründen interniert. Viele 14-16jährige kamen aus – tatsächlich unbegründeter – Werwolfssucht für über fünf Jahre ohne juristische Überprüfung ins Lager. Die meisten Todesopfer sind in den Jahren 1945 bis 1947 zu beklagen.

Mängel und Ungenauigkeiten der sowjetischen Akten sind offensichtlich, doch mindern sie kaum die Aussagekraft. Die Akten belegen einen Ausschnitt aus der Wirklichkeit, wie er sich zeitgenössisch und ohne den Gedächtnisverlust von über 50 Jahren niedergeschlagen hat. Verschiedene Transporte, deren zahlenmäßige Größe, Fluchtfälle, Entlassungen und Überprüfungsaktionen, wie die ärztliche Untersuchung 1947 oder eine Gesamtrevision des Gefangenenbestandes 1949, können nun datiert werden. In einem weiteren Schritt muß die Verwaltungstheorie der Akten an der Realität gemessen werden, die aus Erinnerungen Überlebender spricht. Es gilt zu klären, ob Vorgaben in die Wirklichkeit umgesetzt wurden, wie der Lagerappell und die Überprüfung persönlicher Daten verlief, welche Qualität die Nahrungsmittel besaßen, wieviel davon durch Schieberei auf dem Weg zu den Baracken verloren ging, um etwa solche Erkenntnisse mit den Normen, die ausreichend erscheinen, zu vergleichen. Es ist richtig, daß die Gefangenen in den Speziallagern auf deutschem Boden, anders als im sowjetischen Gulag, keine Zwangsarbeit leisten mußten. Doch wissen nur Überlebende, wie qualvoll völliges Nichtstun, jahrelange Ungewißheit und Isolation sein können. Vorliegende Sanitätsberichte spiegeln eine intensive medizinische Betreuung, doch wurden sie erst nach den schlimmsten Hungerjahren verfaßt. So bleibt zu fragen, was ihre Berichtersteller tatsächlich gesehen, was sie beschönigt, was sie verschwiegen haben. Andere Bereiche, wie der tatsächliche Tagesablauf, die Art und Ausführung der Strafen, das Bemühen um geistige Ablenkung durch Gesprächs- und Diskussionsrunden in den Baracken, fehlen in den Akten fast völlig.

## 2. Lagersystem und Lagerverwaltung

In jedem Lager gab es je eine Registratur-, Operativ-, Finanz-, Wirtschafts-, Sanitäts-, Sicherheits-, Ordnungs- und Kadergruppe. Moskauer Vorgaben

verlangten die Registratur, Erfassung und Verkartung aller Internierten, um ständig eine genaue Übersicht zu ermöglichen. Die »Ergänzung zur Provisorischen Instruktion« forderte daher, alle Verhafteten nicht später als zwölf Stunden nach ihrer Überführung in ein Gefängnis oder Lager in dreifacher Ausführung zu registrieren. Die Karten vermerkten Haftgrund, Aufenthaltsort, Verlegungen in andere Lager, Haftzeit, gegebenenfalls Flucht-, Entlassungs- oder Todesdatum sowie Materialien, die den Verhafteten kompromittierten.<sup>3</sup>

Eine Karte ging an die Zentralkartei in Moskau, eine weitere blieb in der Lagerkartei, eine dritte ging zuerst an die Registraturgruppe bei den NKVD-Bevollmächtigten der jeweiligen sowjetischen Heeresgruppen in Deutschland, später dann an die »Abteilung Speziallager« in Berlin. Von den zusätzlich pro Person angelegten zwei daktyloskopischen Karten verblieb eine im Lager, die andere ging ebenfalls nach Moskau. Diese Karten bildeten einen Teil der persönlichen Akte eines jeden Häftlings und begleiteten ihn bis zum Tode oder zur Entlassung. In den bisher der Forschung noch nicht zugänglichen Personalakten dürften sich auch Berichte von Spitzeln und Denunzianten finden, die zur Verhaftung, manchmal zur Verurteilung führten.

Stets erfolgte die Übergabe der Häftlinge zusammen mit den erwähnten Karten. Eine Liste, die Datum, Herkunft und Bestimmungsort des Transports vermerkte, zählte – manchmal alphabetisch geordnet – die Betroffenen auf. Neben Familien-, Vor- und Vatersnamen wies sie das Geburtsjahr, manchmal auch den Geburtsort aus, ferner die Nationalität, die Schuldzuweisung, Dauer und Art der Mitgliedschaft in der NSDAP sowie den Beruf. Um die Einweisungen zu dokumentieren, wurde ein Lagerjournal geführt, das täglich die Eingänge verzeichnete. Geschrieben wurde in Kyrillisch, was eine eindeutige Rückübersetzung der Namen erschwerte. Auch wenn diese Schwierigkeit und der Zustand der z.T. nur noch schwer lesbaren Akten in Betracht gezogen werden, besteht dennoch die begründete Hoffnung, daß in mühevoller Kleinarbeit eine weitgehende Klärung aller Schicksale möglich sein wird. Hiermit befaßt sich das Deutsche Rote Kreuz in Berlin.

Bis heute ist die Moskauer Kartei der »Abteilung Speziallager« Forschern im einzelnen unzugänglich. Ihrem Umfang zufolge wurden zwischen 1945 und 1950 in Deutschland 157.837 Personen in Lager verbracht.<sup>4</sup> Diese Zahl berücksichtigt schwerlich die Personen, die schon vor Einlieferung in ein

3 GARF, f. 9409, op. 1, d. 140, l. 1: zur »Ergänzung«; vgl. GARF, f. 9401, op. 12, d. 178, l. 24: die »Provisorische Instruktion« stellt die Beilage Nr. 3 zum NKVD-Befehl 00461 (10. Mai 1945) dar. Sie verlangte noch die Erfassung im Lager durch Registraturkarten der »Form 1« sowie zwei daktyloskopische Karten spätestens 24 Stunden nach der Einlieferung, um der 1. Spezialabteilung des NKVD entsprechend berichten zu können.

4 GARF, f. 9409, op. 1., d. 43, l. 6.

Lager starben, meist in den Kellergefängnissen des NKVD. Auch diejenigen, die in den Lagern umkamen, ehe eine zentrale Kartothek aufgebaut wurde, blieben wahrscheinlich unberücksichtigt. Die Verhaftungen erfolgten überwiegend bis zum Ende des Jahres 1947.<sup>5</sup>

Eigentlich müßte in sehr vielen Fällen eher von Arrestanten als von Häftlingen gesprochen werden, da die meisten Lagerinsassen ohne Haftbefehl, ohne rechtmäßige Untersuchung und ohne Urteil über fünf Jahre als sogenanntes »Spezialkontingent« festgehalten wurden. Sowjetische Militärtribunale (SMT) urteilten nur wenige in Scheinprozessen ab.

### 3. Die Errichtung von Speziallager Nr. 2<sup>6</sup>

Anfang Juli 1945 zogen die amerikanischen Streitkräfte aus Thüringen ab. Sowjetische Truppen marschierten ein. Generalmajor Bežanov, Leiter des neu geschaffenen Operativen Sektors des NKVD, klagte am 1. August 1945 gegenüber Generaloberst Serov, dem NKVD-Bevollmächtigten bei der Gruppe der Sowjetischen Besatzungsstreitkräfte in Deutschland, daß es keine Spezial- oder Kriegsgefangenenlager gebe, die die immer zahlreicheren Gefangenen aufnehmen könnten. Er bat um Anweisung, wohin die Verhafteten zu schicken seien, und forderte dringend die Errichtung geeigneter Lager.<sup>7</sup>

Serov entschied rasch. Bereits am 3. August wies Oberst Sviridov, der Leiter der »Abteilung Speziallager« in Berlin, Hauptmann Matuskov an, einen geeigneten Ort auszuwählen und die Lagergründung vorzubereiten. Noch am 10. August sprach sich Matuskov gegenüber Berlin dafür aus, anstelle des heruntergekommenen Lagers Buchenwald auf dem Eittersberg Erfurter Gebäude zu nutzen. Denn das ehemalige Konzentrationslager faßte zwar 10.000 bis 15.000 Personen, doch sprachen die in der Mehrzahl hölzernen Baracken, die stark lückenhafte Umzäunung, defekte Licht- und Wasserleitungen und die Tatsache, daß eine Bäckerei fehlte, gegen eine Wiederinbetriebnahme. Auch hielt die 13. Flakdivision der 8. Armee die angrenzenden SS-Kasernen besetzt. In Erfurt boten sich dagegen die ehemals polnischen Kasernen des Polizeilagers, das ehemalige Russenlager und das Lager repatriierter Sowjetbürger, die jeweils 10.000 Personen faßten, als Standorte an. Besonders die Kasernen mit ihren elf dreietagigen Gebäudekomplexen und deren Anbauten schienen dem Hauptmann geeignet. Denn sie lagen nicht nur drei Kilometer von der Stadt entfernt in der Nähe eines Bahnhofs, sondern waren zudem von einer Ziegelsteinmauer umgeben.

<sup>5</sup> Vgl. dazu die Zahlentabellen in J. LIPINSKY (wie Anm. 1), S. 35-40.

<sup>6</sup> Vgl. ergänzend dazu A. FISCHER/J. LIPINSKY (wie Anm. 1), S. 44-49, sowie B. RITSCHER (wie Anm. 2).

<sup>7</sup> GARF, f. 9409, op. 1, d. 134, l. 35.

Damit schien die in Moskauer Anweisungen geforderte völlige Isolation von der Bevölkerung gewährleistet. Matuskov wies in seinem Bericht darauf hin, daß derzeit zwar das 246. Artillerieregiment der 13. Artilleriedivision der 8. Armee die Gebäude belegte, doch plädierte er dafür, das neue Lager hier sowie – falls nötig – zusätzlich im Lager der repatriierten Sowjetbürger zu errichten. Bei entsprechenden Verhandlungen mit dem Kommandostab der 8. Armee erhob Genosse Pronin, Mitglied des Militärrats, keine besonderen Einwände. Der Leiter des Armeestabs, Generalmajor Beljavskij war jedoch allenfalls bereit, Matuskov das Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers zu überlassen. Obwohl der Hauptmann nochmals darauf verwies, daß der Ettersberg ungeachtet der Größe des Geländes nicht zur Errichtung eines Speziallagers geeignet sei, setzte er sich mit seinem Vorschlag nicht durch.<sup>8</sup>

Der NKVD entschied sich noch am selben Tag, dem 10. August, für Buchenwald. Skvorcov, Stellvertreter Sviridovs in Berlin, befahl die Eröffnung des Lagers Nr. 2 und setzte Matuskov als Leiter ein.<sup>9</sup> Die ersten 46 Gefangenen trafen aus Erfurt am 21. August 1945 in Buchenwald ein.<sup>10</sup> Ab dem 5. September scheint das Lager offiziell eingerichtet und funktionstüchtig gewesen zu sein. Bereits am 3. Oktober 1945 forderte ein NKVD-Befehl eine gründliche Lagerüberprüfung, die bis zum 25. Oktober in schriftlicher Form erfolgte und eine erste Zustandsbeschreibung enthält.<sup>11</sup>

Demnach lagen die 49 hölzernen und 14 steinernen Baracken auf dem Ettersberg an der Stelle des »früher existierenden deutschen konterrevolutionären Lagers«. Eine funktionstüchtige Zweigbahn sicherte die Verbindung zum Weimarer Bahnhof. Buchenwald sollte insgesamt 25.000 Personen fassen können. Am 24. Oktober 1945 befanden sich bereits 4400 mehrheitlich deutsche Insassen im Lager. 37 Personen waren verstorben. Unter den 148 Kranken dominierten chronische Krankheiten wie Tbc, Dystrophie, Magen-Darm-, Angina- und Herzbeschwerden. Der Bericht betonte die völlige Isolation des Lagers von der Zivilbevölkerung entsprechend den Vorschriften der Provisorischen Lagerordnung vom 27. Juli 1945.<sup>12</sup> Durchgehender, zwischen Doppelpfählen gespannter, elektrisch geladener Stacheldrahtzaun und 24 Wachtürme umgaben das Lager. Bis zum 1. November wurde ein weiterer

---

<sup>8</sup> EBD., I. 42.

<sup>9</sup> EBD., I. 35 o.s.

<sup>10</sup> GARF, f. 9409, op. 1, d. 482, l. 142.

<sup>11</sup> GARF, f. 9409, op. 1, d. 133, l. 23-27.

<sup>12</sup> GARF, f. 9409, op. 1, d. 140, l. 12: die »Provisorische Verordnung über die Speziallager des NKVD auf dem besetzten Territorium Deutschlands« schrieb vor, Lager dienten zur Inhaftierung von Gefangenen, die unter Punkt I des NKVD-Befehls 00315 (18. April 1945) fallen. Ihre Hauptaufgabe bestehe in der »völligen Isolation der sich im Lager befindlichen Kontingente« sowie dem »Nichtzulassen von Fluchten«.

Drahtzaun gezogen. Die Wachbeleuchtung schien ausreichend. Die Posten verständigten sich über eine interne Telefonverbindung. Eine zusätzliche Signalübermittlung kam bald hinzu.

In den Baracken standen meist zwei- bis dreistöckige Pritschen. Männer und Frauen, als in Bataillone und Kompanien gegliederte ›Spezialkontingente‹, waren durch Stacheldraht getrennt. Ein eingezäuntes, für 300 Kranke ausgelegtes Lazarett, ein Bad, das pro Stunde 300 bis 400 Personen durchlaufen konnten und eine Desinfektionskammer für 200 Menschen pro Stunde, eine Wäscherei, die täglich 3000 Kleidungsstücke reinigte, sowie die ebenfalls eingezäunte Isolator-Baracke mit 50 Plätzen für verschärfte Haft vervollständigten die Lagerinfrastruktur. Die Kanalisation funktionierte gut. Die Küche war für 10.000 Personen ausgelegt. Vier Öfen der neu gebauten Bäckerei funktionierten bereits. Bis zum 1. November sollten es doppelt so viele sein, um bei Bedarf täglich acht Tonnen Brot mit der Hand oder 12 Tonnen maschinell zu backen. Im gut ausgestatteten Lebensmittellager befanden sich Vorräte für 10 Tage. Zum 30. Oktober erwartete die Lagerleitung 200 Tonnen Kartoffeln. Der Bericht wies zusätzlich noch 5000 Gefangenenanzüge aus und seit dem 1. Oktober 300 Tonnen Briketts, von denen täglich 16 Tonnen verbraucht würden.

Der Tag begann für die Gefangenen in der Regel um 6.30 Uhr und endete nach Frühstück, Appell, Arbeit, Mittagessen, Arbeit, Abendessen und nochmaligem Appell laut Plan um 23 Uhr. Zeitzeugenberichte belegen, wie dürftig die Mahlzeiten waren. Von den 4400 Insassen arbeiteten am 24. Oktober noch 20 in der Autowerkstatt, 20 in der Schuhmacherei, 23 als Schneider, 48 als Schlosser, 47 als Tischler, 11 als Friseure. Die Buchenwalder Leitung beschäftigte etwa 200 Gefangene außerhalb der Lagerzone, stets nach genauer Kontrolle anhand einer Namensliste; innerhalb des Lagers nahmen noch Aufräumarbeiten die meisten Insassen in Anspruch. Bis zum 10. November war allerdings die Barackeneinrichtung abzuschließen, während die sowjetische Wachmannschaft das Gelände absuchte, um verbotene Gegenstände zu konfiszieren und Fluchtmöglichkeiten, wie unterirdische Gänge, zu beseitigen. Ende Oktober bescheinigte der Bericht, daß Disziplin und Ordnung sowie der sanitäre Zustand der Wohn-, Eß- und Küchenräume einschließlich des Vorratslagers zufriedenstellend seien. Für dringend nötig erachtete er jedoch die Beschleunigung der Müllbeseitigung und die Säuberung der leeren, noch nicht eingerichteten Baracken.

Nach Abschluß der Lagereinrichtung begann die mehr psychisch als physisch belastende Tatenlosigkeit, das ›Nichtstun-Dürfen‹, welches die langen Jahre bei mangelhafter Ernährung, ungenügender Hygiene und familiärer Ungewißheit zur Qual machte.

#### 4. Flucht aus dem Lager und verschärfte Bewachung

Bis zum ersten oben geschilderten Zustandsbericht hatte kein Häftling aus dem Speziallager fliehen können. Kurz darauf jedoch, am nebligen 6. Dezember 1945, gelang gegen 15.45 Uhr drei Lagerinsassen zwischen 19 und 25 Jahren die Flucht. Sie hatten mit einer Leiter und einem trockenen Brett den mit 220 Volt geladenen Zaun überwunden. Die Posten bemerkten dies erst, als sie außer Schußweite waren.<sup>13</sup> Suchkommandos rückten bis zu ihren Heimorten aus. Die säumigen Wachen erhielten harte Strafen. Im Lager wurde nun 15 Meter innerhalb des bestehenden Zaunes beschleunigt der zweite gezogen, außerhalb des Lagers ein Umfeld von 50 Metern von Bäumen und Sträuchern befreit, um freies Sicht- und Schußfeld zu schaffen. Alle Barackenfenster zur Außenzone hin wurden geweißt. Man nahm damit den Gefangenen Sicht und Tageslicht. Die Lagerleitung forderte in Berlin verschärfte Kontrollpatrouillen an, unter anderem vier zusätzliche Wachen mit Suchhunden. Bis zum 25. Dezember waren die einzelnen Baracken eingezäunt, die Außenzone gesäubert und die Vorzone errichtet.<sup>14</sup>

Damit war die Einrichtung Buchenwalds abgeschlossen. Es begann der alltägliche, streng geregelte Betrieb des nach Sachsenhausen zweitgrößten Speziallagers. Einige Daten und Zahlen sollen ihn beleuchten.

#### 5. Belegung, Lageralltag und Verlegungstransporte, Todesfälle

Das Journal belegt, daß seit dem 21. August 1945 bis zum 15. Februar 1950 insgesamt 28.494 Personen das Lager durchliefen. Im Dezember 1945 befanden sich bereits 5585 Gefangene in Buchenwald, zum Ende Januar 1946 erhöhte sich die Zahl auf 11.142, Ende Dezember 1946 und bis zum Juli 1948 waren es rund 14.000. Die höchste Belegung wurde zum 13. April 1947 mit 16.371 Insassen gemeldet. Bis zum 13. September 1948 erhielten 9250 Menschen im Rahmen der ersten größeren Entlassungsaktion die Freiheit zurück. Die Häftlingszahl sank kurzfristig auf 4300, stieg jedoch durch Übernahmen aus aufgelösten Speziallagern bis zum Herbst wieder auf über 10.000 an.

Bei der Entlassung waren die Häftlinge mit Wäsche und Lebensmitteln auszustatten. Vorträge über die ›Demokratisierung‹ Deutschlands sollten sie in sowjetkommunistischem Sinne beeinflussen. Vor der Entlassung wurden sie isoliert und verbessert gepflegt, »gemästet«, wie es in den sowjetischen Akten heißt, um außerhalb des Lagerzaunes nicht Gerüchte von den ›Hungerlagern‹ zu bestätigen. Die ›Berliner Abteilung‹ verlangte nach der großen

<sup>13</sup> GARF, f. 9409, op. 1, d. 131, l. 96.

<sup>14</sup> GARF, f. 9409, op. 1, d. 135, l. 8-11.

Entlassungsaktion im Herbst 1948, den Führungsbestand ehemaliger Nationalsozialisten und höherer nationalsozialistischer Organe in Buchenwald zu konzentrieren, was zu zahlreichen Übernahmen aus anderen Lagern führte. Selbst diese, den sowjetischen Akten zufolge besonders schuldbeladenen Personen, wurden in der Regel bis 1950 nicht vor Gericht gestellt.

Sowjetische Akten lassen auf gezielte Verlegungen von Gefangenen schließen, für die pauschale Schuldzuweisungen nach verschiedenen Kategorien ausschlaggebend waren. Schon 1945 hatte der NKVD acht Kategorien für Verhaftungen festgelegt. Die einzelnen Vorwürfe, wie Spionage, Diversion, Betrieb illegaler Sender, waren dabei extrem auslegbar. Die sowjetischen Speziallager konnten so nach Kriegsende – anders als die westlichen Internierungslager – mit voller Absicht zu einem politisch-juristischen Einschüchterungsinstrument der Besatzungspolitik gemacht werden. Die NKVD/MVD-Organe in der SBZ verhafteten aus politischer Motivation. Ihre Tätigkeit dauerte bis weit nach 1950 an.

Buchenwald hatte in der Frühzeit die Häftlinge aus dem Lager Landsberg (Januar 1946: mindestens 5671) und den aufgelösten Lagern Torgau/Fort Zinna (Dezember 1946 bis Januar 1947: insgesamt mindestens 9960), Jamnitz (April 1947: mindestens 4000), Fünfeichen (September 1948: insgesamt mindestens 2606) und Mühlberg (September-Oktober 1948: insgesamt mindestens 7120) übernommen. Auch die letzten 60 Ketschendorfer wurden am 12. Mai 1947 vor Auflösung des Fürstenwalder Lagers nach Buchenwald gebracht.

Die Insassen von Landsberg sollten in sieben Transporten zu je 60 Wagons<sup>15</sup> ab dem 15. Dezember 1945 nach Weimar gebracht werden, nachdem sich Generaloberst Serov Ende 1945 auf Anfrage des Moskauer NKVD bereit erklärt hatte, 8000 bis 9000 Personen aus Lagern auf nun polnisch verwaltetem Gebiet in die SBZ zu übernehmen.<sup>16</sup> Die Hälfte der zu Verlegenden litt an Entkräftung, 40 Prozent an Hautkrankheiten, 12 Prozent an Magen-Darm-Krankheiten, 60 Prozent mangelte es trotz der kalten Jahreszeit an winterlicher Kleidung, 50 Prozent besaßen nur altes oder unpassendes Schuhwerk.<sup>17</sup> Am 18. Januar 1946 erreichten 1998 Personen Buchenwald. Bis zum 27. Januar trafen 5671 Landsberger auf dem Ettersberg ein.

Verlegungen in die Sowjetunion kamen, abgesehen von dem großen »Pelzmützentransport« (wegen der Pelzmützen für den sibirischen Arbeitseinsatz) vom 8. Februar 1947, der etwa 1080 Personen umfaßte, relativ selten vor. Dennoch besuchte im Januar 1947 eine sowjetische Ärztekommision das Lager, um die Insassen nach ihrer physischen Konstitution zu beurteilen und

15 GARF, f. 9409, op. 1, d. 139, l. 6.

16 EBD., l. 28.

17 GARF, f. 9409, op. 1, d. 131, l. 63.

Arbeitskräfte für den Untertagebau zu gewinnen. Besonders Spezialisten aus technischen und handwerklichen Berufen waren gefragt. Einige Fachkräfte, z.B. Automechaniker, wurden zum Einsatz in den Werkstätten des sowjetischen Operativen Sektors in Berlin abgezogen.

Den Alltag der überwiegenden Mehrheit der Gefangenen bestimmten Tatenlosigkeit und Hunger. Nur wenige konnten an Arbeiten in der Küche, im Lazarett oder bei Außeneinsätzen, etwa beim Holzschlag, teilnehmen. Kontakte mit der Bevölkerung durfte es nicht geben. Deshalb verbot die Lagerleitung der Weimarer Bevölkerung das Betreten des Waldes auf dem Ettersberg, wenn dort Gefangene arbeiteten. Generell durfte die Bevölkerung sich dem Lager nur bis auf 350 Meter nähern. Gefangenentransporte zur NKVD-Zentrale in Berlin durch westliches Gebiet waren wegen zu hoher Fluchtgefahr untersagt. Häftlinge, die besondere Stellungen als Partei- oder Wirtschaftsführer, in der Gestapo oder als Agent der Spionageorgane innehatten bzw. größerer Verbrechen für schuldig galten, wurden von Arbeitseinsätzen, zumal außerhalb des Lagers, ausgeschlossen.

Schieberei und Verderb verringerten die ohnehin geringen Essensrationen. Hunger, wachsende Anfälligkeit für Krankheiten wegen mangelhafter Hygiene bei beengter Unterbringung sowie unzureichende Heizung ließen, vor allem in den kalten Monaten, die Totenzahlen rasch ansteigen. Da die Akten eine Vielzahl verschiedener Todesursachen bescheinigen, dürfte häufig eine genaue Untersuchung stattgefunden haben. Dennoch stehen Dystrophie, die amtliche Umschreibung für Verhungern, Tbc und Herzversagen bei den Todesursachen an erster Stelle. Zahlenmäßig gering nimmt sich daneben die Zahl derer aus, die bei Fluchtversuchen ums Leben kamen.

Insgesamt ließen sich aus den Akten bisher 7113 Todesfälle nachweisen. Dabei muß diese Zahl als derzeit belegbare Mindestgröße aufgefaßt werden. Die höchste Rate lag mit 439 Todesfällen im Zeitraum zwischen dem 29. Januar und dem 13. Februar 1947. Dies entspricht einem Tagesdurchschnitt von 27 Toten. Rund ein Viertel der Gefangenen soll in diesem schlimmsten Jahr des Lagers Buchenwald verstorben sein. Da Belege darüber erhalten sind, daß die Sanitätsgruppe im Dezember 1949 vor Auflösung des Lagers Zweitausfertigungen der Totenakten sowie Begräbnis- und Krankenunterlagen der Jahre 1945-1948 verbrennen sollte, liegt die Vermutung nahe, daß die Erstausfertigungen – wengleich bisher nicht zugänglich – noch vorliegen.

## 6. Kirchliche Bemühungen um Seelsorge

Die Bemühungen besonders der evangelischen Kirche um Seelsorge im Lager mögen verdeutlichen, wie streng und systematisch die Buchenwalder

Häftlinge von der Außenwelt abgeschirmt wurden. Geistliche waren vor 1950 die einzigen nicht dem sowjetkommunistischen System angehörigen Personen, die Buchenwald betreten, es als freie Menschen wieder verlassen und darüber berichten durften.

Die evangelische Kirche Thüringens fragte ihre Gemeinden ein halbes Jahr nach Kriegsende nach der Existenz von Gefangenen- oder Konzentrationslagern. Bitten von Angehörigen Verschleppter mögen den Wunsch bestärkt haben, dort seelsorgerisch tätig zu werden. Der Weimarer Superintendent teilte daraufhin dem Landeskirchenrat am 13. Februar 1946 mit, das KZ Buchenwald sei erneut mit etwa 30.000 politischen Gefangenen belegt, ohne daß dort Seelsorge möglich scheine. Eine derart hohe Belegung erfordere eine hauptamtliche Kraft, falls geistliche Fürsorge genehmigt werde.<sup>18</sup> Landesbischof Moritz Mitzenheim bemühte sich daraufhin bei der Sowjetischen Militäradministration in Thüringen (SMATH) um Zugang. Doch erhielt er selbst zu hohen Festtagen wie Ostern und Weihnachten keine Erlaubnis. Am 22. April 1947 teilte Mitzenheim dem Evangelischen Konsistorium der Provinz Sachsen mit, daß seine wiederholten Bemühungen um Seelsorge erfolglos geblieben seien.<sup>19</sup> Generalmajor I. S. Kolesničenko, Chef der SMATH, hatte ihm Anfang des Jahres den Zutritt zum Lager verweigert, da dort nur Verbrecher interniert seien. Als Mitzenheim erneut um Zugang bat, fühlte sich Kolesničenko nicht zuständig, sagte jedoch zu, die Bitte weiterzuleiten. Wegen einer Erkrankung des Bischofs wurde die Angelegenheit nicht weiter verfolgt. Superintendent Kade teilte der Superintendentenkonferenz daraufhin am 21. Mai nur mit, daß Gottesdienste in Buchenwald unmöglich seien. Weitere Anfragen und Wünsche seien nutzlos.<sup>20</sup>

Mitzenheim jedoch ließ nicht locker. Seine am 13. August erneut vorgetragenen Bitten lehnte Kolesničenko nach Erkundigungen bei der zuständigen Stelle wiederum ab. Am gleichen Tag riet der thüringische Justizminister Helmut Külz dem Bischof, beim General der NKVD in der Thälmannstraße in Weimar vorzusprechen.<sup>21</sup>

Oberkirchenrat Wolfgang Schanze brachte auf der Ostkirchenkonferenz am 22. Oktober 1947 in Dresden Mitzenheims vergebliche Bemühungen zur Sprache. Es gehe nicht nur um Verkündigung und Trost. Es sei auch von großer Bedeutung für die Allgemeinheit, vor den Lagerinsassen, die in der Vergangenheit dem Christentum weitgehend entfremdet worden seien,

<sup>18</sup> Landeskirchenarchiv der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen, Eisenach (= Landeskirchenarchiv Eisenach), A 527, Bd. 1, Bl. 29.

<sup>19</sup> Archiv des Evangelischen Konsistoriums der Kirchenprovinz Sachsen (= AEK Magdeburg), Akten der Abt. I, 187.

<sup>20</sup> Landeskirchenarchiv Eisenach, A 527, Bd. I, Bl. 47.

<sup>21</sup> Ebd., Bl. 49 bzw. Bl. 51.

zu predigen. Kirchlicher Zugang könne somit einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Umerziehung leisten.<sup>22</sup> Schanze kam damit der sowjetischen Propaganda, es seien nur ehemalige Nationalsozialisten in Haft, entgegen. Er mahnte jedoch zugleich die interalliiert verkündete Umerziehung statt der totalen Isolation ein. Der in Dresden anwesende Leutnant V. A. Ermolaev, bei der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) verantwortlich für Kontakte mit den Kirchen, sagte vage zu, daß ein Beschluß der zuständigen Instanzen (gemeint war die politische Führung in Moskau) in Vorbereitung sei. Bald könne mit Maßnahmen gerechnet werden. Ermolaevs Aussage verdeutlicht, daß selbst die Spitzen der sowjetischen Verwaltung in Deutschland nicht selbstverantwortlich entscheiden konnten.

Seit dem November 1947 lassen sich auch Bemühungen um Zugang auf zentraler Ebene nachweisen. Der Berliner Generalsuperintendent Friedrich-Wilhelm Krummacher und Propst Heinrich Grüber verhandelten mit der sowjetischen Militäradministration in Karlshorst. Der Propst bat in der Hoffnung auf einen positiven Ausgang der Gespräche auf einer Geschäftsführerbesprechung des Zentralbüros Ost des Hilfswerks der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKiD) bereits am 3. Dezember 1947 darum, Schriftenmaterial für die Verteilung in den Interniertenlagern zu bewilligen. Zugleich hoffte er auf die Erlaubnis der SMAD für Weihnachtsgottesdienste in Sachsenhausen, Buchenwald und anderen Lagern.<sup>23</sup>

Mitzenheim seinerseits unterrichtete den Landeskirchenrat auf dessen Sitzung am 10./11. Dezember 1947, er beabsichtige, sich schriftlich an Kolesničenko zu wenden. Im Namen der mehr als zwei Millionen Christen in Thüringen wiederholte er schriftlich die dringende und herzliche Bitte, am Weihnachtsfest, das in der gesamten Christenheit als Fest der Liebe gefeiert werde, Gottesdienst im Lager zu gestatten.<sup>24</sup> Nach der Genehmigung von Weihnachtsmessen in Bautzen und Torgau sprach Mitzenheim am 19. Januar 1948 erneut mit Kolesničenko. Als dieser auswich, Mitzenheim sei bisher nicht ins Lager gelassen worden, weil dort auch Untersuchungsgefangene einsäßen, die wegen Verdunkelungsgefahr von jeder Berührung mit der Außenwelt fernzuhalten seien, entgegnete der gut informierte Bischof, daß auch in Bautzen und Torgau solche einsäßen, ohne daß dort Gottesdienste verweigert würden. Der General versprach schließlich, erneut einen Antrag in Berlin zu stellen.<sup>25</sup> Am 26. Januar 1948 informierte Mitzenheim Grüber über das erneut ergebnislose Gespräch. Zugleich bat er, bei

<sup>22</sup> EBD., Bl. 52.

<sup>23</sup> Archiv des Diakonischen Werks der EKD, Berlin (= ADW), Zentralbüro Berliner Stelle (= ZBB), 71.

<sup>24</sup> Landeskirchenarchiv Eisenach, A 527, Bd. I, Bl. 53.

<sup>25</sup> EBD., Bl. 64.

Krummacher und Oberst Tjul'panov, dem Leiter der Informationsverwaltung der SMAD, zu intervenieren, um endlich Gottesdienste in Buchenwald zu ermöglichen.<sup>26</sup>

Bei Tjul'panov hatten Bischof Dibelius, als Vorsitzender der Ostkirchenkonferenz und Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, und Krummacher bereits am 21. Januar vorgeschlagen. Die Militärverwaltung zeigte sich bereit, Gottesdienste in allen Lagern zu gestatten, wenn ein Antrag für einen bestimmten Tag gestellt werde. Die Berliner Kirchenleitung beantragte daraufhin die Genehmigung von Ostergottesdiensten.<sup>27</sup> Als auch dieser Termin verstrich, erbat Mitzenheim am 16. April bei Kolesničenko die Genehmigung für einen Pfingstgottesdienst am 17. Mai und fügte hinzu, Buchenwald sei von den Nazis bewußt ohne Kirchengebäude errichtet worden, doch könne die Feier im Freien stattfinden: »Was würde das doch für eine Bedeutung haben, wenn, nachdem die Nationalsozialisten jeden Dienst der Kirche in Buchenwald abgelehnt hatten, nun der Landesbischof dort einen Pfingstgottesdienst halten könne.« Der General aber wich erneut aus und verwies auf die Zuständigkeit der Berliner Stellen.<sup>28</sup> Selbst der Hinweis auf die große psychologisch-propagandistische Bedeutung einer kirchlichen Feier im Lager zeigte keine Wirkung. Am 2. Dezember 1948 wandte sich Krummacher erneut an Marschall Sokolovskij, den Obersten Chef der SMAD, mit der Bitte um Genehmigung von Weihnachtsgottesdiensten in den Internierungslagern, »die sich, soweit wir wissen, in Oranienburg, Buchenwald, Neubrandenburg, Torgau, Mühlberg und Bautzen befinden«<sup>29</sup>.

Ein Erfolg stellte sich erst zu Ostern 1949 ein, als die sowjetische Lagerleitung internierten Geistlichen erlaubte, Gottesdienst in Buchenwald zu halten. Bereits seit 1948 hielt Pfarrer Rudolf Heubel fast jeden Samstag und Sonntag in seiner Baracke Andachten.<sup>30</sup> Oberst Cikljaev von der Berliner »Abteilung Speziallager« hatte Buchenwald nun am 10. April 1949 angewiesen, für Ostergottesdienste am 15., 17. und 18. April eine Baracke besonders vorzubereiten. Angehörige der operativen Gruppe kontrollierten zuvor den Inhalt der Predigten. Sie nahmen zur Kontrolle auch an den Messen teil und mußten im Anschluß ausführlich darüber berichten. Die übrigen Teilnehmer sollten mit religiöser Literatur – gemeint waren wohl

26 ADW, ZBB, 140.

27 Landeskirchenarchiv Eisenach, A 527, Bd. I, Bl. 65.

28 Ebd., Bl. 67 bzw. Bl. 69.

29 Archiv Vnešnej Politiki Rossijskoj Federacii, Moskva (= AVPRF), f. 0457b, op. 6, p. 42, d. 38, l. 148.

30 ADW, ZBB, 277; vgl. Wolfgang EICHLER, *Ein Wort ging um in Buchenwald*, Gütersloh o. J., S. 28 f.: Erstmals im Frühjahr 1949 seien christliche Broschüren, darunter die täglichen Losungen der Brüdergemeinde, verteilt worden.

Gesangbücher – versorgt werden, die in der ›Berliner Abteilung‹ abzuholen waren.<sup>31</sup>

Dieses erste sowjetische Entgegenkommen im Frühjahr 1949 schien sich zum Jahresende zu wiederholen. Am 14. Dezember statteten Bischof Dibelius, der im Januar das Amt des 1. Ratsvorsitzenden der EKD übernommen hatte, und Grüber DDR-Staatspräsident Pieck einen Besuch ab. Tags darauf erfuhren die Teilnehmer der Referentenbesprechung der Kirchenkanzlei Berlin, daß nun auch in Buchenwald Weihnachtsgottesdienste zugelassen würden. Im übrigen sei damit zu rechnen, »dass diese Läger vielleicht noch vor Weihnachten in deutsche Verwaltung überführt werden«<sup>32</sup>, was sich allerdings nicht bewahrheiten sollte. Auch Landesbischof Mitzenheim hatte von Krummacher am 14. Dezember aus Berlin erfahren, daß Weihnachtsgottesdienste diesmal erlaubt sein würden.<sup>33</sup>

Propst Kade, Diakon Mlynek und Kreiskirchenrat Schenk sollten am 21. Dezember zur vorbereitenden Besprechung das Lager aufsuchen. Gegenüber Kolesničenko berief sich Mitzenheim bei der Schaffung dieses Vorbereitungskomitees auf eine Erlaubnis von Oberstleutnant Vasil'ev von der Informationsabteilung der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK).<sup>34</sup> In der Presse durfte keine Ankündigung erfolgen. Gegenüber Mlynek verhielt sich Lagerleiter Major Andreev sehr unfreundlich. Er schien den geistlichen Besuch im Lager für überflüssig zu halten, gewährte jedoch zwei bis drei Gottesdiensttermine.

Am 25. Dezember um 9.45 sollte sich der Bischof bei der Lagerleitung melden.<sup>35</sup> Pünktlich traf er am äußeren Lagertor ein. Nach einigen Verhandlungen durfte er passieren und das Torhaus betreten. Die Fahrzeuge mußten zurückbleiben. Andreev erschien mit Zweitagebart, mißgelaunt und nervös, ohne sich vorzustellen. Nach Prüfung der Ausweise und Vergleich der Namen mit den von Berlin bewilligten Einlaßlisten untersagte er Mitzenheim Einzelgespräche, ließ jedoch offen, ob er Kranke besuchen dürfe. Der Lagerdolmetscherin zufolge hatten »unsere Pfarrer« zu Heiligabend bereits gepredigt.<sup>36</sup> In Begleitung und unter ständiger Kontrolle sowjetischer Offiziere erreichte Mitzenheim die Kulturbaracke, wo er, assistiert von Jugendpfarrer Neumann und Pressepfarrer Waldmann, zwei Gottesdienste hielt. Die erste Reihe füllten Dolmetscherinnen und die Lagerleitung. Das Orchester saß im

31 A. FISCHER/J. LIPINSKY (wie Anm. 1), S. 48; GARF, f. 9409, op. 1, d. 472, l. 55; ADW, ZBB, 277.

32 AEK Magdeburg, Akten der Abt. I, 345.

33 ADW, ZBB, 293.

34 AVP, f. 0457b, op. 9, p. 50, d. 3, l. 364.

35 Landeskirchenarchiv Eisenach, A 527, Bd. IV, Bl. 78.

36 Vgl. dazu auch: W. EICHLER (wie Anm. 30), S. 31; Am Heiligabend hätten Pfarrer im Frauenlager gepredigt.

Graben vor der Bühne, auf der ein Lesepult mit Kreuz an der Vorderseite hinter einem niedrigen Altar mit zwei Lichtern stand. Im Raum neben der Bühne begrüßte ein internierter Geistlicher im Talar den Bischof; er wurde jedoch sogleich von den Wachen unter die Zuhörer verwiesen. Drei weitere Geistliche standen im Talar in der Nähe des Altars, wohl für den Fall, daß Mitzenheim doch nicht hätte selbst kommen können.

Die Lagerleitung hatte zuvor nach langem Drängen zugesagt, daß erneut inhaftierte Geistliche zelebrieren dürften. Nun standen die Teilnehmer statt dessen Mitzenheim gegenüber. Er begrüßte die Anwesenden mit den Worten »Brüder, ihr seid nicht vergessen«, was sich den Teilnehmern unvergeßlich einprägte. Zum ersten Mal seit Jahren erklang eine frohe Botschaft aus der Welt derer, die in Freiheit lebten. Mitzenheim predigte über Joh. 8,12: »Christus spricht. Ich bin das Licht der Welt, wer mir nachfolgt, der wird nicht wandeln in der Finsternis, sondern wird das Licht des Lebens haben.« Unter den Klängen des Orchesters sangen die Gottesdienstteilnehmer »Lobt Gott ihr Christen«, »Es ist ein Ros entsprungen«, »Stille Nacht«, »Vom Himmel hoch« und »O du fröhliche«. Dem Gottesdienst wohnten laut Angaben der für die innere Lagerverwaltung zuständigen Zonenältesten 820 meist ältere Männer bei. 600 bis 800 von ihnen kamen zum Abendmahl. Andere blieben fern, um nicht zur Ausgabe des Mittagessens zu spät zu kommen.<sup>37</sup> Bei der Austeilung des Abendmahls befanden sich sowjetische Soldaten in Hörweite, um einen Informationsaustausch zu unterbinden. Nur einzelne Wörter konnten ausgetauscht werden. Die Geistlichen entdeckten keine bekannten Gesichter, obwohl einige der Gefangenen hofften, der Bischof würde sie erkennen, als sie zum Abendmahl schritten. Mitzenheim vermutete, in einem Lagerteil gewesen zu sein, in dem keine Thüringer waren, oder daß diese am Besuch gehindert worden seien.

Den Ernährungszustand der Gefangenen wollte er später gegenüber Angehörigen nicht als unzureichend bezeichnen. In einem internen Bericht erwähnte er jedoch schlechte Kleidung. Die Gefangenen hätten nicht »ausgesprochen schlecht genährt« ausgesehen, »aber selbstverständlich auch nicht gut«. Zugleich betonte er, daß er durch seinen Besuch keinen Einblick in das Lagerleben erhalten habe.

Getröstet von der Weihnachtsbotschaft und den Grüßen der Schwestern und Brüder in Freiheit, in der Gewißheit, nicht vergessen zu sein, und mit der Hoffnung, bald heimkehren zu können, kehrten die Gefangenen in ihre Baracken zurück.<sup>38</sup> Der zweite Gottesdienst schloß sich unmittelbar an. Der

---

<sup>37</sup> W. EICHLER (wie Anm. 30), S. 31, erinnert sich auch an die Furcht vieler, zum Weihnachtessen zu spät zu kommen, »und das soll doch diesmal besonders gut sein, zumal die Küche seit einer Woche dafür schon Einsparungen vorgenommen hat«.

<sup>38</sup> Vgl. Landeskirchenarchiv Eisenach, A 527, Bd. V, Bl. 93: Mit Dank für Mitzenheims

Bischof predigte über Klagelieder 3, 22-24: »Die Barmherzigkeit des Herrn hat noch kein Ende, sondern ist alle Morgen neu [über uns] und deine Treue ist groß.«<sup>39</sup> Nach der zweiten Predigt sangen die etwa 700 bis 1000 Männer, darunter einige Jugendliche, ergriffen »O du fröhliche«. Bei der Austeilung des Abendmahls an 400 bis 500 Teilnehmer durften nun zwei Lagergeistliche helfen, die allerdings noch während der Liturgie ihre Plätze so wechseln mußten, daß sie keine Gesprächsgelegenheit mit den Geistlichen von außen erhielten.

Nach den Predigten verteilte Mitzenheim das Neue Testament, Gesangbücher, Losungen und Katechismen.<sup>40</sup> Aber schon am zweiten Feiertag mußten sämtliche Schriften unter Androhung von Bunkerstrafe wieder abgegeben werden. Drei Tage später ließ sie die Lagerleitung in geringer Stückzahl pro Baracke verteilen.

Einen dritten Gottesdienst hielt Lagerleiter Andreev für unnötig. Er lehnte auch Mitzenheims Wunsch ab, das Lazarett und die Frauenabteilung zu besuchen. Dort seien bereits internierte Pfarrer betreuend tätig. Im Nachbargebäude aßen Lagerleitung und Geistliche gemeinsam eine Suppe. Andreev verweigerte auf verschiedene Fragen Mitzenheims jegliche Antwort. Er war einzig an der Bestätigung interessiert, daß die äußere Vorbereitung zufriedenstellend gewesen sei, um in Berlin entsprechende Rechenschaft ablegen zu können. Alle Gefangenen hätten Gelegenheit zum Gottesdienstbesuch gehabt. Interesse zeigte Andreev allein an den übriggebliebenen Flaschen mit Abendmahlswein.<sup>41</sup>

Die Familien der Gefangenen erfuhren von Mitzenheims Besuch in Buchenwald durch die kirchliche Presse, durch Hinweise von Pfarrern in Gottesdiensten oder durch Mitzenheims Predigt am 9. Januar 1950 in Gera, wo er zum »Schluß mit der Vergeltung« aufforderte.

Von katholischer Seite zelebrierten Domkapitular Breitung und Kaplan Schramm am 26. Dezember 1949 in Buchenwald die Weihnachtsmesse von 10.30 bis 13 Uhr. Noch drei Tage zuvor hatte Kolesničenko von der SMATH die Bitte des katholischen Bischofs an Berlin verwiesen. SMAD-Stellen in Karlshorst hatten am gleichen Tag dann dem Lager die entsprechende Weisung erteilt, so daß Breitung ohne Schwierigkeiten den Gottesdienst

Gottesdienst schrieb ihm am 23. März 1953 ein ehemaliger Gefangener, nach der Rückkehr vom Abendmahl habe sein Stubenältester gefragt: »Was ist bloß geschehen, es geht ja ein schier überirdisches Leuchten von Euch aus.«

<sup>39</sup> Die Jahreslosung für 1996, 47 Jahre nach dem Lagergottesdienst, lautete ebenfalls nach Klagelieder 3, 22; vgl. zu diesem Gottesdienst auch: W. EICHLER (wie Anm. 30), S. 31.

<sup>40</sup> So die Erinnerung Wolfgang Eichlers, in: Landeskirchenarchiv Eisenach, A 527, Bd. II, Bl. 6.

<sup>41</sup> Vgl. insgesamt zu den Gottesdiensten: AEK Magdeburg, Akten der Abt. I, 345; Landeskirchenarchiv Eisenach, A 527, Bd. II, Bl. 6, 14 und 123 bzw. ebd., Bd. III, Bl. 244, Bd. IV, Bl. 79; ADW, ZBB, 186: Bericht Mitzenheims an Pfarrer Berg.

auf 10 Uhr am 2. Weihnachtsfeiertag ansetzen konnte. Am Lagereingang empfing auch ihn der Kommandant persönlich und begleitete ihn zusammen mit einigen Offizieren in einen großen, mit 800 Personen gefüllten Saal, wo Breitung das Hochamt mit der Predigt über »Zwei Gaben des Gotteskindes, Herzenstrost und Seelenfrieden« hielt. Das Gefangenenorchester begleitete die Lieder.<sup>42</sup> Etwa 500 Gottesdienstteilnehmer kamen zur Kommunion. Näherer Kontakt mit den Gefangenen war jedoch nicht möglich. Zudem war während der Messe über das Lager eine Barackensperre verhängt worden. Niemand durfte die Gebäude verlassen, bis die katholischen Geistlichen sich wieder entfernt hatten. Auch Breitung wurde zum Essen eingeladen, ehe er sich verabschiedete.<sup>43</sup> Die katholische Kirche berief sich Ende 1950 gegenüber der DDR-Regierung ausdrücklich auf diese Buchenwalder Messe, um endlich von der Volkspolizei die Erlaubnis für Gottesdienste in den dem Innenministerium unterstehenden Strafanstalten zu erhalten.<sup>44</sup>

## 7. Die Auflösung des Lagers Buchenwald

Ein Beschluß des Politbüros der Kommunistischen Partei und des Ministerrats der UdSSR und die darauffolgende Entscheidung der Zentralkommission für Prüfung der Interniertenfälle vom 10. Dezember 1949 schufen die politisch-rechtlichen Voraussetzungen für die Lagerauflösung. Bereits in den ersten Oktobertagen 1949 erhielt die Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei als ausführendes Organ des Ministeriums des Innern der DDR den Auftrag, den Strafvollzug an den nicht zu entlassenden Lagergefangenen zu übernehmen. Kurt Fischer, der kurz darauf verstorbene Chef der Volkspolizei, forderte am 31. Oktober die Bildung der Hauptabteilung Haftsachen zwecks Vorbereitung der Aktion. Nur die »politisch klarsten und fachlich besten VP-Angehörigen« sollten ausgewählt und durch besondere Kommissionen auf Zuverlässigkeit überprüft werden.

Volkspolizei-Oberrat Gertich erfuhr bald nach dem 11. November 1949, als er über die Auflösungsabsicht unterrichtet wurde, durch den Staatssekretär im Ministerium des Innern, Warnke, daß Sachsenhausen und Buchenwald »liquidiert«, also nicht von der Volkspolizei übernommen werden sollten. Deshalb müsse sich die Volkspolizei um Justizstrafanstalten bemühen. Dazu unternahm er vom 21. bis 23. Dezember 1949 eine Informationsreise durch

<sup>42</sup> Brief vom 1. Febr. 1950 an Mitzenheim, in: Landeskirchenarchiv Eisenach, A 527, Bd. I, Bl. 108 f.

<sup>43</sup> Josef PILVOUSEK (Hrsg.), *Kirchliches Leben im totalitären Staat. Seelsorge in der SBZ/DDR 1945-1976. Quellentexte aus den Ordinariaten*, Hildesheim/Leipzig 1994, S. 219, Dok. Nr. 1: Bericht des Erfurter Generalvikars Freusberg vom 16. Jan. 1950 an Bischof Wienken; vgl. AVP, f. 0457b, op. 9, p. 50, d. 3, l. 364; AEK Magdeburg, Akten der Abt. I, 345.

<sup>44</sup> Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam (= BA Potsdam), MDI (O-1) 11/1572, Bl. 93 f.

die DDR. Eine Besprechung mit General Kabanov, Oberst Poručnikov von der SKK und Generalinspekteur Hoffmann legte fest, die Entlassungen mit dem 25. Februar 1950 zu beenden und die Übernahme mit dem 1. März abzuschließen. Nach Buchenwald sollten zwei Verbindungsoffiziere der Volkspolizei und die notwendigen Dolmetscher entsandt werden.<sup>45</sup>

Bereits am 9. Januar 1950 bat Superintendent Zachau vom Zentralbüro Ost des Hilfswerks der EKD seinen Stuttgarter Ansprechpartner Flitner, mäßigend auf die Westpresse einzuwirken, um nicht – wie 1948 – die Entlassungsaktionen, die also gerüchteweise bekannt waren, zu gefährden.<sup>46</sup> Chefinspekteur Mayer als stellvertretender Chef der Volkspolizei teilte am 11. Januar persönlich dem stellvertretenden Chef der Landesbehörde der Volkspolizei in Weimar, Inspekteur Braun, mit, daß Buchenwald am 16. Januar aufgelöst werde. Dies geschehe auf Antrag der SED. Ab diesem Tag solle Braun die Wachen um den Weimarer Bahnhof verstärken. Am 12. Januar werde sich ein Offizier der Lagerleitung bei ihm melden, um die Ausfertigung von Entlassungsscheinen zu besprechen. Braun oder sein Vertreter sollten unterschreiben und siegeln.

Dies kam einer Täuschung gleich, da so sowjetische Stellen als Verantwortliche für bis zu fünf Jahre Haft auf dem Entlassungsschein nicht mehr in Erscheinung traten. Die Volkspolizei Weimar sollte weiter sieben Dolmetscher zur Verfügung zu stellen. Einer sollte in der Lage sein, eine Schreibmaschine mit kyrillischer Schrift zu bedienen. Die Kosten hatte die deutsche Seite zu übernehmen.<sup>47</sup>

Der Chef der Berliner ›Abteilung Speziallager‹, Oberst Sokolov, forderte gleichzeitig Major Andreev als Lagerleiter von Buchenwald auf, für das Spezialkontingent nach einem mitgesandten Formular Bescheinigungen in deutsch und russisch zu erstellen. Andreev sollte sie ohne Rangangabe und maschinenschriftlichen Eintrag seines Namens unterschreiben und mit dem Feldpost-Siegel versehen. Die russische Bescheinigung hatte in den Akten zu verbleiben, nur die deutsche war mit den Gefangenen zu übergeben. Die Blätter sollten Namen, Kurzcharakteristik der Person, Anklagepunkte und Belastungszeugen enthalten. Tags darauf änderte Sokolov die Anweisung dahingehend, daß die Bescheinigungen und Urteilsauszüge nun der jeweilige Ersteller ohne Angabe seiner Funktion nur mit seinem militärischen Rang abzeichnen sollte.<sup>48</sup>

45 BA Potsdam, Mdi (O-1) 11/1577, Bl. 221; (O-1) 11/1586, Bl. 45 ff.: Bericht Chefinspekteur Mayers vom 26. Aug. 1950 an den stellv. Vorsitzenden der SKK für administrative Fragen, A. F. Kabanov; (O-1) 11/1587, Bl. 12; GARF, f. 9409, op. 1, d. 43, l. 1: Sokolovs Rapport vom 18. April 1950 an den sowjetischen Innenminister Kruglov.

46 ADW, ZBB, 293.

47 Thüringisches Hauptstaatsarchiv, Weimar (= HStA Weimar), Mdi, Landesbehörde d. Vopo 036, Bl. 88.

48 GARF, f. 9409, op. 1, d. 512, l. 1 bzw. l. 15.

Während intern somit die Entlassungsformalitäten Gestalt annahmen, sah ein Vermerk von Staatssekretär Warnke vom 12. Januar bei der Hauptabteilung Kriminalpolizei die Gründung einer besonderen Abteilung unter Gertich zur Entlassung und Übernahme vor. Gertich solle sofort sechs politisch zuverlässige Polizisten aussuchen, die als Vertreter des Innenministeriums die Aktion auf deutscher Seite zu leiten hätten.<sup>49</sup> Gleichzeitig erhielt Oberst Sokolov vom sowjetischen Innenministerium (MVD) den Befehl, die Auflösung der drei Lager und seiner eigenen Behörde vorzubereiten.<sup>50</sup> Er wies am selben Tag Andreev an, welche Personen nach erneuter Kommissionssitzung auf den verschiedenen Listen zu streichen und anderweitig einzutragen seien.<sup>51</sup>

Laut Arbeitsplan des deutschen Innenministeriums vom 13. Januar hatten am 16. Januar je zwei Volkspolizisten pro Lager den sowjetischen Lagerkommandanten zur Verfügung zu stehen. Volkspolizeirat Billig sollte nach Abwicklung von Buchenwald die Leitung des Wachkommandos in Brandenburg-Görden übernehmen.<sup>52</sup> Durch das »Neue Deutschland« vom 13. Januar kamen die bisher abgeschirmten Vorbereitungen an die Öffentlichkeit. Führende sowjetische Persönlichkeiten, hieß es dort, hätten angeblich dem SED-Parteivorstand die Lagerauflösung zugesichert, da eine weitere Internierung nicht mehr nötig sei. Am 14. Januar fand vormittags um 11 Uhr in der Hauptverwaltung der Volkspolizei ein Treffen der fünf Länderchefs mit den sechs Instrukteuren statt, bei dem Warnke eingehend über die Aktion informierte. Die Länderchefs in Weimar, Potsdam und Dresden wurden angewiesen, die Bahnhofswachen zu verstärken, um einen reibungslosen Abtransport aus Buchenwald, Oranienburg-Sachsenhausen und Bautzen zu gewährleisten. Gertich sollte klären, ob aus Buchenwald Inventar zu übernehmen sei.<sup>53</sup>

An diesem 14. Januar druckten die »Tägliche Rundschau« als Organ der SKK und das »Neue Deutschland« als Zeitung der SED-geführten DDR den Briefwechsel zwischen dem Vorsitzenden der SKK, Armeegeneral V. Čujkov, und W. Ulbricht. Auf Beschluß der UdSSR-Regierung seien alle Internierungslager aufzulösen. Dabei handele es sich um Buchenwald, Sachsenhausen und Bautzen. Insgesamt würden 15.038 Personen, darunter 5504 von sowjetischen Militärtribunalen Verurteilte, entlassen, berichtete die Presse. Zu weiterer Untersuchung und anschließender Aburteilung würden 3432 Gefangene und zu weiterer Strafabbüßung 10.513 Häftlinge an das

49 BA Potsdam, Mdi (O-1) 11/1587, Bl. 19 ff.

50 GARF, f. 9409, op. 1, d. 43, l. 3-8.

51 GARF, f. 9409, op. 1, d. 512, l. 7: die Stempel auf den Listen lauteten: »den deutschen Organen zur weiteren Inhaftierung zu übergeben«, »zu entlassen«, »der SKK zu übergeben«.

52 BA Potsdam, Mdi (O-1) 11/1587, Bl. 16.

53 EBD., Bl. 19 ff.

deutsche Ministerium des Innern überstellt; 649 »Verbrecher« verblieben in sowjetischer Hand. Bautzen falle an das Ministerium des Innern, Buchenwald und Sachsenhausen an die sowjetischen Besatzungstruppen. Ulbricht habe Innenminister Steinhoff angewiesen, den Entlassenen bei der Beschaffung von Arbeit und Unterkunft zu helfen. Die Entlassung solle am 16. Januar beginnen, ab 18. Januar würden täglich 520 Personen freikommen.

Bereits auf einer Pressekonferenz am 17. Januar berief sich Warnke auf gesamtalliierte Internierungsbeschlüsse, um die Lager nachträglich zu rechtfertigen. Nur 112 Bettlägerige müßten in Krankenhäuser verlegt, weitere 672 Kranke (meist wegen Tbc) ärztlicher Aufsicht unterstellt werden. Die »Volksstimme« berichtete am 18. Januar, es seien statt der von westlicher Seite behaupteten 100.000 insgesamt nur 29.632 Personen in drei Lagern interniert gewesen. In der Mehrzahl seien sie schwerer und schwerster Verbrechen schuldig. Sie säßen, nach alliierten Grundsätzen bestraft, in Internierungslagern und nicht in KZs. Die Auflösung der Lager sei ein Vertrauensbeweis für die Stabilität der DDR und ein Zeichen sowjetischen Großmuts. Moskau gebe Besatzungsrechte auf. Keinem Entlassenen drohe ein Entnazifizierungs- oder weiteres Untersuchungsverfahren. Alle erhielten volle Rechte. Allerdings gebe es keinen Anspruch auf frühere Stellen und Ämter.

Während die Entlassungen aus Buchenwald schon begannen, antwortete der thüringische Ministerpräsident noch dem Landeskirchenrat der Evangelisch-Lutherischen Kirche Thüringens, daß seine Regierung sich bereits wiederholt mit den Lagern beschäftigt habe, ohne jedoch bisher zufriedenstellende Ergebnisse zu erlangen. Laut Zeitungsberichten »dürfte in der Frage der Internierungslager in der nächsten Zeit mit einer grundlegenden Änderung zu rechnen sein«. Auch die Regierung in Weimar war somit auf Presseberichte angewiesen und wurde nicht genauer über die bereits laufende Aktion informiert.<sup>54</sup>

Erst bei einer Besprechung mit Oberst Sokolov am 19. Januar erfuhr VP-Obererrat Gertich von der Hauptverwaltung der Volkspolizei genauer, wieviel weibliche und männliche Personen er aus den sowjetischen Lagern zu übernehmen habe und wieviele von ihnen verurteilt waren. Demnach handelte es sich um 13.945 Häftlinge, darunter 2369 Nichtverurteilte (2286 Männer, 83 Frauen) aus Buchenwald. Sokolov erklärte sich bereit, einen Spezialtransportzug mit 44 Waggons für ca. 1200 Menschen in Sachsenhausen zur Verfügung zu stellen.

Der Zug war einsatzbereit und bedurfte keiner Stroheinlage, da Öfen vorhanden waren. Das Lager mußte die zu übergebenden Häftlinge ausreichend bis zum Zielort mit Marschverpflegung ausstatten sowie mit Wäsche

<sup>54</sup> HStA Weimar, Ministerpräsident, 1070.

und Kleidung, Decke, Bettlaken, Kopfkissen und Strohsack oder Matratze. Die deutschen Stellen erhielten für jeden nichtverurteilten Gefangenen einen Auszug aus den Ermittlungen und der Anklage für die weitere Prozeßführung.<sup>55</sup> Das Justizministerium teilte am 19. Januar 1950 in Berlin mit, die Justizministerien der Länder stünden angesichts der politischen Bedeutung der Auflösung vor der Notwendigkeit, ohne Rücksicht auf Kompetenzfragen schnellstens mit der Volkspolizei zu regeln, wie ca. 14.000 Gefangene in deutschen Strafanstalten unterzubringen seien.<sup>56</sup>

Die Belegung der Lager schlüsselt sich nach sowjetischen Angaben auf wie nachfolgend dargestellt.<sup>57</sup> Die Veränderungen beziehen sich jeweils auf den Zeitraum bis zum vorangehend genannten Datum:

	1.1.1950	15.1.1950	1.2.1950	15.2.1950	1.3.1950
Neueinlieferung		176	98	89	174
Entlassung		7	6796	6907	1232
Tod			35	35	6
Überstellung an sowjetische Organe		5	615	47	
Deportation in die UdSSR					260
Übergabe an VP		2000	7674		4258
Abgang insgesamt			8836		
Gesamtbelegung	29690	29779	21041		5899 /
davon Verurteilte	15963	12199			
Spezialkontingent	13727	8842			

Für das Lager Buchenwald ergibt sich folgende Tabelle<sup>58</sup>:

	1.1.1950	15.1.1950	1.2.1950	15.2.1950	1.3.1950
Neueinlieferung				1	
Entlassung			3973	641	
Übergabe an VP			1200	1215	
Überstellung an Operative Sektoren an Sachsenhausen			254	20	
Tod			1	3	
Belegung	9811	9783	7310	1868	

55 BA Potsdam, Mdl (O-1) 11/1577, Bl. 223; (O-1) 11/1587, Bl. 9.

56 Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam (= Brandenburg. LHA), Rep. 212, Nr. 1190.

57 GARF, f. 9409, op. 1, d. 247.

58 GARF, f. 9409, op. 1, d. 249, l. 3 bzw. GARF, f. 9409, op. 1, d. 250, l. 6; vgl. zu den Entlassungszahlen auch Anm. 67.

Zum 26. Januar hatte die Lagerleitung aus Buchenwald somit 2459, zum 11. Februar bereits 3973 Personen entlassen bzw. 2470 Gefangene an die DDR-Volkspolizei übergeben. Insgesamt überstellten Gefängnisse des sowjetischen Innenministeriums laufend Personen in alle Lager noch bis kurz vor deren Auflösung. Ebenso wurden einzelne Gefangene an sowjetische Organe wie Operative Gruppe, Militärtribunal und Gefängnis rücküberstellt. Besonders der Operativ-Sektor Berlin übernahm im Februar noch Deutsche zu weiterer Inhaftierung.

	entlassen:	davon:	
		Männer	Frauen
16.1.	240	220	20
17.1.	259	239	20
18.1.	297	263	34
19.1.	296	265	31
20.1.	280	263	17
21.1.	295	269	26
23.1.	310	289	21
24.1.	300	276	24
25.1.	300	263	37
26.1.	300	276	24
27.1.	300	278	22
28.1.	300	284	16
30.1.	300	278	22
31.1.	300	276	26
1.2.	300	284	16
2.2.	300	281	19
3.2.	300	273	27
4.2.	300	283	17
6.2.	300	275	25
7.2.	300	273	27
8.2.	300	298	2
9.2.	keine Entlassungen wegen Übergabe		
10.2.	369	364	5
11.2.	120	115	5
13.2.	keine Entlassungen wegen Übergabe		
14.2.	175	160	15
15.2.	312	300	12

Bereits vor dem auch in der Presse veröffentlichten Briefwechsel zwischen Čujkov und Ulbricht hatte die Berliner »Abteilung Speziallager« einen Plan zur Entlassung und Übergabe einzelner Häftlinge erarbeitet. Ab dem 16. Januar sollte das Lager Buchenwald täglich 208 Personen entlassen. Sie waren mit Reiseproviant für maximal drei Tage zu versehen, Kleidung und Schuhwerk mußten in Ordnung sein, ihr Entlassungsziel sollten sie frei

wählen dürfen und 25 bis 40 Mark Fahrgeld erhalten. Tatsächlich verlief die Aktion rascher, wie die vorstehende Tabelle zeigt.<sup>59</sup>

Insgesamt hatten damit 9565 Häftlinge (8944 Männer, 621 Frauen) Buchenwald verlassen. Nur an den Tagen, an denen Transporte zusammengestellt wurden bzw. die Übergabe von Häftlingen erfolgte, fanden keine Entlassungen statt.<sup>60</sup> Nach Abschluß der Räumung Mitte Februar stammten damit von insgesamt 14.412 aus allen Lagern entlassenen Personen 7153 aus Buchenwald. Nur wenige Kranke und die Aufräumkommandos blieben zurück. Auffällig sind die sich ständig wegen anhaltender Zu- bzw. unvorhergesehener Abgänge verändernden Zahlen.<sup>61</sup> Gertichs Abschlußbericht vom 26. Februar über Entlassung und Übernahme aus den Internierungslagern der Besatzungsmacht ging an die SKK Karlshorst, Abt. Inneres (Oberst Vlasov). Da die im Entlassungsplan vorgesehenen Ziffern täglich größtenteils weit überschritten wurden, konnte die Aktion bereits am 15. Februar, also 10 Tage früher als geplant, abgeschlossen werden.<sup>62</sup>

	insgesamt	davon in Lazarett	zu entl.	Übergabe	bettlägerig zu entl.	bettläger. Übergabe
offene Lungen-TBC	492	140	390	102	55	27
geschlossene Lungen-TBC:	1378	147	1142	236	50	20
sonstige Krankheiten wie Herzleiden, Geschwüre, bösartige Geschwulste, Gelenkdeformationen, psychische Krankheiten	197	61	177	20	32	6
insgesamt	2082	363	1721	361	144	53

Selbst die sowjetischen Akten verschweigen den mitunter äußerst schlechten Gesundheitszustand der Gefangenen nicht. Warnkes beschwichtigende

<sup>59</sup> HStA Weimar, Mdl, Landesbehörde d. Vopo 036, Bl. 88-92; vgl. zu abweichenden Zahlen und zu Einzelentlassungen bis zum 26. Februar: B. RITSCHER (wie Anm. 2), S. 227 f.; laut zeitgenössischen Angaben der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU) kamen vergleichsweise am 16./17. Januar aus Buchenwald 431 Männer und 52 Frauen bzw. am 16. Januar 196 Männer und 31 Frauen frei. Bis zum 19. Januar sollten laut »Täglicher Rundschau« 1500 entlassen worden sein.

<sup>60</sup> BA Potsdam, Mdl (O-1) 11/1587, Bl. 22; ebd., O-1/39740-2, Bl. 66.

<sup>61</sup> BA Potsdam O-1/39740-2, Bl. 130.

<sup>62</sup> BA Potsdam, Mdl (O-1) 11/1577, Bl. 221; vgl. Bericht der Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei vom 26. Aug. 1950, der Mayers Bericht vom 30. Juni an die SKK enthält: BA Potsdam, Mdl (O-1) 11/1586, Bl. 45 ff.

Außerung vom 17. Januar erscheint deutlich als beschönigende Propaganda. Für den 25. Januar ergab eine Krankheitstabelle der zu entlassenden bzw. an DDR-Organen zu übergebenden Häftlinge für Buchenwald folgendes Bild:<sup>63</sup>

Volkspolizeiberrat Jauch von der Hauptabteilung Haft-sachen vermerkte am 27. Januar 1950, daß 53 nichtverurteilte Bettlägerige, die alle aus Buchenwald stammten, und 86 nicht bettlägerige Kranke zu übernehmen seien.<sup>64</sup> Der Leiter der Abteilung Gesundheitswesen in Thüringen fragte noch am 10. Februar an, wieviel Betten er für kranke Entlassene bereitzustellen habe.<sup>65</sup> Oberstleutnant Korčagin untersuchte am 11. Februar 55 stationär Kranke im Lager, die laut Kommissionsbeschluß an die SKK zu überstellen waren. Er stellte unheilbare, schwere Krankheiten fest und befürwortete deshalb eine Übergabe an die DDR.<sup>66</sup> Gertich als Vertreter der deutschen Volkspolizei stellte abschließend als problematisch fest, daß etwa 33 Prozent der Übernommenen Tbc-krank seien. Darunter befand sich ein hoher Prozentsatz schwerer Fälle.<sup>67</sup>

## 8. Verharmlosende Pressekampagnen

Bevor die Häftlinge Buchenwald verlassen durften, mußten sie eine genaue Durchsuchung über sich und ihr Gepäck ergehen lassen. Die Volkspolizei sorgte dafür, daß laufend Omnibusse für den Transport vom Lager zum Bahnhof bereitstanden. Nachdem sie im Lager Geld für den Fahrkartenkauf erhalten hatten, verließen die Entlassenen Weimar ohne Aufenthalt. Sie versicherten der Presse, sie hätten ausreichend Kleidung, Unterwäsche, Schuhwerk, Verpflegung und das nötige Fahrgeld erhalten. Über schlechte Behandlung durch sowjetische Wachmannschaften könnten sie nicht klagen. Bei Krankheit habe es stets ärztliche Hilfe, in den letzten zwei Jahren auch erheblich verbesserte Verpflegung gegeben. Je nach Leistungsfähigkeit und Können hätten für den einzelnen Beschäftigungsmöglichkeiten bestanden. Das »Neue Deutschland« setzte die Propaganda- und Verharmlosungskampagne am 22. Januar unter der Überschrift fort: »So lebten sie in Buchenwald. Ehemalige Internierte berichten aus dem Alltagsleben des Lagers«. Der Zeitungsreporter sprach von gut beheizten, hell erleuchteten Baracken

63 GARF, f. 9409, op. 1, d. 309, l. 5.

64 BA Potsdam, O-1/39740-1, Bl. 8.

65 GARF, f. 9409, op. 1, d. 521, l. 56.

66 GARF, f. 9409, op. 1, d. 512, l. 28: Diese 55 nachträglich doch entlassenen Kranken mögen die Differenz zwischen sowjetischen und deutschen Angaben von 1212 oder 1215 bzw. 1270 übergebenen Gefangenen erklären.

67 BA Potsdam, MdI (O-1) 11/1577, Bl. 227.

mit sauber ausgerichteten Betten. Er verwies auf die regelmäßige, gute Ernährung und reichliche Versorgung mit Tabak. Es habe Arbeitsmöglichkeiten gegeben. Das wöchentliche Bad, Musik, Theater, Sport, Kino und Zeitungen hätten das Lagerleben erleichtert. Die »Tägliche Rundschau« sah die Entlassenen »durchweg in gutem Gesundheitszustand«. Eine unbehinderte Heimreise, auch in den Westen, sei garantiert. Sokolov wies in seinem Rechenschaftsbericht ebenfalls darauf hin, daß Kleidung und Verpflegung der Entlassenen in Ordnung gewesen seien; die demokratische DDR-Presse habe positiv über die Entlassung berichtet.<sup>68</sup>

Um der Lagerrealität näherzukommen, muß diese bewußt verfälschende Berichterstattung unter umgekehrten Vorzeichen gelesen werden. Nicht ohne Grund versuchte sie, Kritik am Lagerleben und Lagerregime zurückzuweisen. Die westliche Presse hatte gerade diese Punkte scharf kritisiert und sprach nun von Deportationen nach Bautzen und weiter nach Osten. Belegen lassen sich heute Einzelüberstellungen an Sachsenhausen, wo Sammeltransporte in die UdSSR zusammengestellt wurden.<sup>69</sup>

Die Volkspolizei in Weimar (verantwortlich VP-Rat Billig und Oberkommissar Müller) war zu täglichen und wöchentlichen telegraphischen Berichten an die Hauptverwaltung der Volkspolizei in Berlin verpflichtet. Von dort gingen die Berichte weiter an die SKK. Die Berichterstattung setzte erst mit dem 18. Januar 1950 ein, da zuvor kein ständiger Kurierdienst zwischen Weimar und Buchenwald existierte. Meist hieß es, daß die Abwicklung und Abfahrt vom Bahnhof normal und reibungslos verlaufen sei. Ab dem 18. Januar bezahlte das Sozialamt Weimar das mitunter fehlende Fahrgeld, was allein die Schuld derjenigen sei, die beim Verlassen des Lagers (wohl aus Furcht, sonst zurückgehalten zu werden) ungenügende Angaben über ihre Heimatziele gemacht hätten. Jeder erhalte an einem besonderen Schalter eine Bescheinigung, mit der er am Nebenschalter unentgeltlich die Fahrkarte lösen könne. Die Entlassenen mußten nur den Schnell- bzw. D-Zug-Zuschlag selbst tragen. Am 19. Januar besuchten verschiedene Journalisten Buchenwald, um neben Interviews auch Photos zu machen. Die Entlassenen, so wurde berichtet, seien durchweg der Meinung, sie verdankten ihre Freiheit Bemühungen der SED, besonders Ulbrichts. Die meisten (98 %) gäben allerdings vor, sie wüßten nicht, warum sie eingesperrt worden seien. Am 21. Januar erwähnte der Wochenbericht, unter den Entlassenen werde politisch diskutiert und gesagt, Zukunft und Fortentwicklung hingen von ihrem eigenen Verhalten ab. Am 22. Januar kam es den Berichten zufolge

68 GARF, f. 9409, op. 1, d. 43, l. 27.

69 GARF, f. 9409, op. 1, d. 512, l. 24. Angeblich sollen am 6.-8. Februar aus Buchenwald 1800 Personen, darunter 1300 Männer, 440 Jugendliche, 60 Frauen in die Sowjetunion deportiert worden sein. Hier dürfte es sich jedoch um den ersten Waldheimtransport handeln.

zu Auseinandersetzungen zwischen Verbindungsoffizier Müller und dem Lagerkommandanten, da letzterer eine Zusammenarbeit ablehnte und wissen wollte, welche Aufgaben ein Verbindungsoffizier denn überhaupt habe. Weimar drängte auf eine rasche Klärung mit der Hauptverwaltung oder der Landesbehörde der Volkspolizei. Bis zum 28. Januar gestattete die Lagerleitung keine namentliche Aufstellung der Entlassenen mit Adressenangaben. Im Bericht vom 29. Januar war von Schwierigkeiten mit Interzonenpässen für Entlassene, die in den Westen gehen wollten, die Rede. Bald hieß es, diese wie andere Schwierigkeiten würden sofort behoben. Der Kriegsgefangendienst des Zentralbüros Ost erfuhr jedoch bereits am 17. Januar, Ostberliner Stellen behandelten Entlassene aus den KZ wie Heimkehrer. Bewohner der westlichen Zonen würden nur in die SBZ und nach Berlin entlassen. Falls sie nach Westen fahren wollten, müßten sie sich an den Präsidenten der Volkspolizei wenden, um einen Passierschein zu erhalten. Nur mit diesem Papier könnten sie beim Hauptsozialamt-Ost eine Fahrkarte erhalten. Danach sei der Grenzübertritt ohne Probleme möglich.<sup>70</sup>

Die Lagerkommandantur verweigerte lange die Benennung der in Buchenwald befindlichen Kranken. Am 10. Februar wurden ausschließlich schwer Erkrankte (meist Tbc), tags darauf leicht und mittelschwer Erkrankte entlassen. Am 14. Februar endete die Entlassungsaktion, trotz anfänglicher Schwierigkeiten bei der Transportfrage, mit der Freilassung von 130 marschfähigen und 45 bettlägrig Kranken. Außerplanmäßig konnten am 15. Februar nochmals 312 Häftlinge den Ettersberg verlassen. Einige Internierte mußten als Aufräumkommando im Lager bleiben, ohne daß die deutsche Seite ihre Anzahl genau angeben konnte. Mitunter fehlerhafte Zahlenmeldungen führten zu Rückfragen, Verbesserungen, zahlreichen Einzeltabellen pro Woche und Monat. VP-Oberrat Gertich in Berlin sammelte täglich alle Informationen, um Zahlen- und Stimmungsberichte zu liefern. Das Dolmetscherbüro der SKK übersetzte die deutschen Texte ins Russische. Gertich kam Mitte Februar zu dem Schluß, trotz der »RIAS-Hetze« habe die Bevölkerung einen guten Eindruck von der Räumung gewonnen.<sup>71</sup> Die meisten Häftlinge, die Anfang 1950 noch in Buchenwald festgehalten wurden, erlangten nun, immer noch ohne jegliches Urteil, nach fünfjähriger Haft ihre Freiheit wieder. 2500 Gefangene mußten den Weg nach Waldheim antreten, von wo sie nach ihrer Aburteilung in Schein- und Schnellprozessen auf DDR-Strafanstalten verteilt wurden.

---

70 ADW, ZBB, 141 b.

71 BA Potsdam, MdI (O-1) 11/1577, Bl. 222; vgl. ebd., O-1/39740-2, Bl. 4.

## 9. Verlegungstransporte nach Waldheim und Lagerübergabe

Gertich und Mayer hatten rechtzeitig eine Dienstanweisung für die Durchführung von Gefangenensondertransporten aus den Lagern Sachsenhausen und Buchenwald erlassen. Für diese Transporte waren Spezialwagen der Reichsbahn eingeplant. Pro Transport sollten nicht mehr als 1000 Personen zusammengefaßt werden. Als Begleitkommando waren 80 Volkspolizisten und zwei Polizeihunde mit Führern vorgesehen. Die 83 Frauen aus Buchenwald sollten in gesonderten Waggons untergebracht werden. Allen Häftlingen war in »kurzen, aber bestimmten Worten mitzuteilen, daß sie von dem Internierungslager in eine deutsche Strafanstalt überführt« würden. Ein größeres Kommando mußte die Be- und Entladestelle gegen Zivilpersonen abschirmen. Nach Einbruch der Dunkelheit sollten sich die Häftlinge stets im Lichtkegel der Scheinwerfer bewegen. Bis zur Verladung waren je zwei Mann mit Handschellen aneinanderzuketten. Bei Fluchtversuchen sei ohne Vorwarnung von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Das Öffnen der Waggons bei Halt auf freier Strecke oder auf Bahnhöfen war nicht gestattet. Volkspolizisten sollten die Annäherung von Zivilpersonen verhindern. Die Dienstanweisung war nach der Erledigung des Auftrags einzuziehen und der Hauptverwaltung der Volkspolizei in Berlin zurückzusenden.<sup>72</sup>

Der Arbeitsplan vom 13. Januar sah nach Bekanntgabe der Aktion in der Presse die Aufnahme von Verhandlungen mit der Reichsbahn zur Bereitstellung von drei Zügen vor. Sie sollten wegen der Ausbruchsgefahr in gutem Zustand sein und je 1000 Personen fassen, was auf 33 Waggons mit Stroh- einlage mit einer Belegung von 30 Personen hinauslief. Vorgesehen waren zwei Zellenwagen für je 35 Schwerverbrecher und zwei Personenwagen für das Begleitkommando.<sup>73</sup>

Der Transport schien somit perfekt geplant. Doch der Reichsbahn gelang es nicht, die angeforderten Züge bereitzustellen, da nicht so rasch Öfen, Pritschen und Verschlusssicherungen beschafft und eingebaut werden konnten. So transportierte allein der von Sokolov zur Verfügung gestellte Spezialzug die Gefangenen. Für zahlreiche Verspätungen war die Reichsbahn verantwortlich.<sup>74</sup>

Der ursprüngliche Transportplan vom 24. Januar sah ab dem 22. Januar die Räumung der Strafanstalten der Justiz, zum 25. Januar den ersten Transport aus Sachsenhausen und erst nach völliger Räumung dieses Lagers den Einsatz des Spezialzuges für zwei Transporte von Buchenwald nach Waldheim vor. Tatsächlich fuhr der Zug Buchenwald bereits vorher

72 Brandenburg, LHA, Landesbehörde d. Volkspolizei 100, Rep. 203, BL009-12.

73 BA Potsdam, Mdl (O-1) 11/1587, BL 16.

74 BA Potsdam, Mdl (O-1) 11/1577, Bl. 223 f.

an.<sup>75</sup> Beim 4. Transport von Sachsenhausen nach Untermaßfeld wurden auf der Rückfahrt am 9. Februar 1200 nichtverurteilte Deutsche in Buchenwald aufgenommen, um sie nach Waldheim zu transportieren. Major Andreev, Leiter von Buchenwald, zugleich dortiger Kommissionsvorsitzender, und als Vertreter der Volkspolizei Polizeirat Schulze und Kommissar Grünberg unterzeichneten den Übergabeakt. Die 1200 Männer sollten an die deutschen Organe mit deutschsprachigen Bescheinigungen, die ihr Hauptvergehen enthielten, mit allen persönlichen Dokumenten, Wertsachen, Winterkleidung, Bettzeug, einer Schüssel und einem Löffel sowie einer Tagesration an Trockennahrung und zwei weiteren Verpflegungsrationen übergeben werden. Unter ihnen befanden sich 100 an geschlossener Tbc Erkrankte.<sup>76</sup>

Die Organisation seitens der Lagerverwaltung war jedoch schlecht. Der Zug verließ Buchenwald mit sechs Stunden Verspätung und erreichte Waldheim erst am 10. Februar.<sup>77</sup> Transportleiter Kommissar Grünberg als Beauftragter der Landespolizeibehörde Brandenburg bescheinigte am 10. Februar in Waldheim die ordnungsgemäße Übergabe der Effekten von 1200 Häftlingen aus Buchenwald. Es handelte sich um 77 Umschläge mit unterschiedlichem Wertinhalt, laut Aufstellung um 1787,20 DM; hinzu kamen zahlreiche (ungeprüfte) Personalpapiere sowie 1199 Urteilsauszüge.<sup>78</sup>

Am 11. Februar verließ ein Transport von 1119 Frauen Sachsenhausen in Richtung Hoheneck. Von dort fuhr der Leerzug tags darauf über Glauchau nach Buchenwald und erreichte Weimar am 12. Februar. Die Abfertigung im Lager Buchenwald begann erst am 13. Februar gegen 11 Uhr. Sie war derart schlecht organisiert, daß die zuerst verladenen Gefangenen insgesamt fast 36 Stunden im überbelegten Waggon aushalten mußten. Statt der geplanten 1169 Personen und 53 Kranken mußten 1212 Personen übernommen werden. Unter ihnen befanden sich nicht 83, sondern 111 Frauen.<sup>79</sup> Die Lagerleitung in Sachsenhausen hatte vier bis fünf Stunden benötigt, um dieselbe Anzahl Gefangener zu verladen, für die in Buchenwald 24 bis 27 Stunden erforderlich waren. Beim Ausladen in Waldheim wurden die zum Teil kranken Männer und Frauen äußerst grob behandelt; Jauch und Grünberg protestierten. Der Spezialzug fuhr dann nach Sachsenhausen zurück, um dort dem sowjetischen Lagerkommandanten übergeben zu werden.<sup>80</sup>

75 BA Potsdam, Mdl (O-1) 11/1587, Bl. 8 f.

76 GARF, f. 9409, op. 1, d. 249, l. 324; gibt fälschlich den 9. Januar als Datum an.

77 Brandenburg. LHA, Landesbehörde d. Volkspolizei 100, Rep. 203, Bl. 13.

78 BA Potsdam, O-1/39740-1, Bl. 3.

79 Vgl. jedoch B. RITSCHER (wie Anm. 2), S. 228: Er spricht von 1213 Personen.

80 Brandenburg. LHA, Landesbehörde d. Volkspolizei 100, Rep. 203, Bl. 008: kritischer Bericht Grünbergs an die LBdVP Potsdam vom 15. Febr. 1950; vgl. ebd. Bl. 13: Abschlußbericht 20. Febr. zur Räumung der Interniertenlager Sachsenhausen und Buchenwald; BA Potsdam, Mdl (O-1) 11/1577, Bl. 225.

Fluchtfälle kamen bei den Transporten nicht vor. Nach ihrer Aburteilung in den nach Moskauer Vorgaben von der SED inszenierten Waldheimer Scheinprozessen wurden zahlreiche Buchenwälder nach Untermaßfeld, Torgau und Bautzen gebracht. Über die nun formal in deutschen Strafanstalten einsitzenden Gefangenen behielt Moskau durch die SKK die Kontrolle und Entscheidungsbefugnis bis weit in die 50er Jahre. Stets hatte die sowjetische Seite die formal von der DDR-Regierung verkündeten Amnestien nicht nur zu billigen, sondern sie bestimmte sogar im einzelnen die zu entlassenden Personen.

Müller und Schulze erhielten am 14. Februar trotz des Abschlusses der Entlassungsaktion von der Berliner Hauptverwaltung der Volkspolizei die Anweisung, in Buchenwald zu bleiben, um an der Übernahme von Versorgungsgütern und Inventar mitzuwirken.<sup>81</sup> Deutsche Stellen konnten für 30.000 Mark medizinisches Gerät aus Buchenwald übernehmen.<sup>82</sup> Die Liegenschaften gingen an die Sowjetarmee. Die deutsche Seite erhielt weiterhin, teilweise gegen Bezahlung, einige Einrichtungsgegenstände, Teile des Fuhrparks und Lebensmittelvorräte.<sup>83</sup> Am 3. März wurde die Lagerleitung angewiesen, von den Apothekenakten nur die Jahrgänge 1949/1950 und von den Direktiven der Sanitätsabteilung nur die des Jahres 1949 aufzuheben und nach Berlin zu schicken. Die restlichen Unterlagen seien zu verbrennen, da für die anderen Jahre in Berlin bereits Originale vorlägen.<sup>84</sup> Vor der endgültigen Übergabe des Geländes hatten etwa 30 noch nicht entlassene Männer Aufräumarbeiten zu erledigen. Die Räumung Buchenwalds hatte auch 16 »Namenlose«, scheinbar in den Akten nicht erfaßte Personen zu Tage gebracht, die nach 14tägiger Einzelhaft dann doch den Ettersberg verlassen durften. Am 13. März konnte Buchenwald der 8. Garde-Armee übergeben werden.<sup>85</sup>

## 10. Anhaltende Beobachtung

Mit der Entlassung hörte die Beobachtung nicht auf. Bereits am 1. Februar 1950 zählte das Volkspolizeiamt Grimma für den Kreisrat namentlich alle Personen auf, die im Januar 1950 in den Kreis Grimma zurückgekehrt waren. Die Liste enthielt Namen, Geburtsdatum, Lager, Datum der Entlassung und Anschrift der Wohnung. Ähnliche Listen bekamen der VVN-Kreisvorstand sowie das SED-eigene Albert-Kuntz-Haus. Mitunter war auch vermerkt,

81 BA Potsdam, O-1/39740-2, Bl. 100.

82 GARF, f. 9409, op. 1, d. 309, l. 12.

83 GARF, f. 9409, op. 1, d. 43, l. 3-8.

84 GARF, f. 9409, op. 1, d. 309, l. 15.

85 GARF, f. 9409, op. 1, d. 127, l. 42-51.

wann die Heimgekehrten ins Lager gekommen waren.<sup>86</sup> Dennoch versicherte die thüringische Präsidialabteilung auf Nachfrage am 9. Februar 1950, daß aufgrund des »hochherzigen Beschlusses« der SKK Entlassene als »gleichberechtigte Bürger« der DDR anerkannt würden. Es könne ihnen von keiner Stelle angedroht werden, wieder verhaftet zu werden, wenn keine stichhaltigen Gründe vorlägen.<sup>87</sup> Tatsächlich aber waren zahlreiche Entlassene solchen Drohungen ausgesetzt.

Ein nicht arbeitsfähiger, mit Lungen-Tbc entlassener Häftling wandte sich am 24. Juli 1950 an den Landtagspräsident von Sachsen-Anhalt. Als »politischer« Heimkehrer erhalte er weder Kranken- noch Heimkehrergeld. Die Sozialversicherungskasse, das Amt für Arbeit und Sozialfürsorge und der Landrat legten bestehende Bestimmungen offenbar nicht einheitlich aus, so daß er völlig ohne Unterstützung dastehe. Am 1. August mußte er erfahren, die Überprüfung der Bestimmungen der Sozialversicherung habe ergeben, daß im angeführten Fall Barleistungen nicht gewährt würden. Es bleibe nur die Fürsorge.<sup>88</sup>

Im Juli 1950 ließ die Landespolizeibehörde in Thüringen feststellen, wieviele aus Buchenwald entlassene Häftlinge sich in den einzelnen Kreisen aufhielten. Der Bericht sollte die Anschrift mitteilen, das Beschäftigungsverhältnis, ggf. Angaben über die Gründe von Arbeitslosigkeit (Krankheit oder Böswilligkeit), wer nach dem Westen »abgehauen« sei, wie die Bevölkerung die Entlassung aufgenommen habe. Erwünscht waren Beispiele für positives Einleben und Beispiele für negative Einstellung zur DDR. Im Ergebnis verfügte die thüringische Landespolizeibehörde über entsprechende Berichte zu »Entlassungen aus KZ« aus Altenburg, Arnstadt, Eisenach, Erfurt, Gotha, Greiz, Heiligenstadt, Hildburghausen, Jena, Meiningen, Mühlhausen, Nordhausen, Rudolstadt, Saalfeld, Schleiz, Sondershausen, Sonneberg, Weimar. Insgesamt waren nach Thüringen 1710 Personen entlassen worden, darunter 222 Kranke, die deshalb nun arbeitslos waren, 129 Invaliden, 59 schwer zu Vermittelnde, 16 aus »Böswilligkeit« Arbeitslose sowie 18 Personen, die derzeit in Heilstätten untergebracht waren. Zwei ehemalige Häftlinge waren erneut inhaftiert, elf hatten legal und 69 illegal die DDR Richtung Westen verlassen, sieben waren bereits verstorben. Die Bevölkerung diskutiere über die Entlassungen. Ein Teil stelle die Betroffenen als Märtyrer hin, von anderen höre man, diese Leute gehörten noch nicht hierher. Wiederum andere meinten, die Entlassungsaktion sei ein Ausdruck der Konsolidierung und Stärke der DDR. Die Entlassenen würden als vollwertige Mitglieder der

86 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin, V 278/4/50 (Landesbestand VVN-Brandenburg).

87 HStA Weimar, Büro d. Ministerpräsidenten, 536, Bl. 57.

88 Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, K Landtag 54, Bl. 38r; ebd., Bl. 39r (Antwort Wolframs).

Gesellschaft anerkannt, lebten aber meist stark zurückgezogen. Der größte Teil sei »politisch indifferent«<sup>89</sup>.

Bereits während der ersten größeren Entlassungsaktion 1948 hatte die Buchenwalder Lagerleitung dreimal wöchentlich den sowjetischen Operativen Sektoren in den Ländern die Namen der dorthin Entlassenen zur weiteren Beobachtung mitteilen müssen. Auch diese Aufgabe übernahm 1950 nun die Volkspolizei.

Sowjetische und deutsche Akten belegen und korrigieren in einigen Fällen das bisher allein durch Aussagen von Zeitzeugen gezeichnete Bild der sowjetischen Speziallager. Sie lassen jedoch zahlreiche Fragen offen oder werfen neue auf. Um auf möglichst viele von ihnen noch Antworten zu finden, bleiben alle Überlebenden der Lager und ihre Angehörigen dazu aufgerufen, ihre Erinnerungen für die Nachwelt festzuhalten.

---

89 HStA Weimar, MdI, Landesbehörde d. Volkspolizei 036, Bl. 93-97.

## Der Fall Dertinger und die Ost-CDU Ein Stimmungsbild aus den Monaten Januar und Februar 1953

Von Franz-Josef Kos

Die Reaktionen der Ost-CDU auf die Verhaftung ihres zweiten Vorsitzenden und Außenministers der DDR, Georg Dertinger, am 15. Januar 1953 sind in der Forschung bisher nur hinsichtlich der obersten Leitungsebene berücksichtigt worden.<sup>1</sup> Ziel dieser Darstellung ist es, anhand neu erschlossener Quellen die Wirkung dieses Ereignisses auf die Funktionäre der mittleren Ebene und die Basis zu untersuchen. Bisher nicht eindeutig geklärt sind die Gründe für die Verhaftung.<sup>2</sup> Zwei Erklärungsmuster, die sich unter Umständen auch gegenseitig ergänzen, bieten sich an: a) die Säuberungen in den »bürgerlichen« Parteien; b) seine Person war als Vermittler zwischen der Bundesrepublik und der DDR bzw. Sowjetunion überflüssig geworden.

Seitdem sich die SED auf ihrer 2. Parteikonferenz im Juli 1952 entgegen vorherigen Bekundungen offen zur »planmäßigen Errichtung der Grundlagen des Sozialismus« in der DDR bekannt hatte, benutzte sie die mittlerweile von ihr abhängige Justiz einerseits, um Enteignungen des mittelständischen Gewerbes und der selbständigen Bauern vorzunehmen<sup>3</sup>, und andererseits, um gegen sogenannte »bürgerliche« Parteien (CDU und LDPD) vorzugehen und wirkliche oder vermeintliche oppositionelle Politiker auszuschalten. Grotewohl hatte bereits im Oktober 1949 den »bürgerlichen« Parteien mit solchen Maßnahmen gedroht, falls es ihnen nicht gelingen sollte, selbst diejenigen Mitglieder auszuschließen<sup>4</sup>, die nicht bereit waren, dem von

---

1 Jochen FRANKE, *Der Fall Dertinger und seine parteiinternen Auswirkungen. Eine Dokumentation*, in: *Deutschland-Archiv (DA)* 25 (1992), S. 286-298. Er gibt, ebd., S. 286, ebenso wie Michael RICHTER, *Die Ost-CDU 1948-1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 19), 2. Aufl. Düsseldorf 1991, S. 364, fälschlich den 13. Januar als Verhaftungsdatum an.

2 Auch Rudi BECKERT, *Die erste und letzte Instanz. Schau- und Geheimprozesse vor dem Obersten Gericht der DDR*, Goldbach 1995, S. 146 ff., der den Prozeß gegen Dertinger untersucht hat, weiß keine Antwort darauf.

3 Vgl. dazu Falco WERKENTIN, *Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht* (Forschungen zur DDR-Geschichte, Bd. 1), Berlin 1995, S. 47 ff.

4 Siegfried SUCKUT, *Die Entscheidung zur Gründung der DDR. Die Protokolle des SED-Parteivorstandes am 4. und 9. Oktober 1949*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VhZ)* 39, 1991, S. 125-175, S. 173.

der SED vorgegebenen neuen Kurs zu folgen, und daher von dieser Partei als »reaktionär« eingestuft wurden. So verhaftete das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) im August und September 1952 ca. 30 Mitglieder der Ost-CDU, die direkten oder indirekten Kontakt zum Ostbüro der CDU in West-Berlin gesucht hatten. Sieben davon verurteilte das Bezirksgericht Erfurt am 20. Dezember 1952 in einem Schauprozeß wegen Spionage zu hohen Strafen.<sup>5</sup> Im selben Monat verhaftete das MfS den Vorsitzenden der LDPD und Minister für Handel und Versorgung, Karl Hamann, zusammen mit seinem Staatssekretär, Paul Baender (SED), wegen angeblicher Sabotage der Versorgung. In dieses Vorgehen gegen die bürgerlichen Parteien reiht sich die Festnahme Dertingers ein.

### Die Person Dertingers

Dertingers<sup>6</sup> Verhaftung im Januar 1953 muß auf den ersten Blick überraschen, da sich die SED kaum einen genehmeren CDU-Politiker hätte wünschen können. Seit 1945 CDU-Mitglied, leitete er zunächst die Pressearbeit seiner Partei. Dank seines organisatorischen Talents und seiner guten Kontakte zu sowjetischen Stellen stieg er im Januar 1947 zum Generalsekretär auf. In dieser Funktion kam er weitgehend den Intentionen der SED entgegen.<sup>7</sup> Nachdem die sowjetischen Machthaber Jakob Kaiser 1947 abgesetzt und durch den willfähigen Otto Nuschke ersetzt hatten, gehörte Dertinger zu denjenigen, die mit Nachdruck den Kurs der Ost-CDU auf die kommunistische Linie ausrichteten und die Partei entsprechend umzugestalten suchten. Bei der Gründung der DDR gab er sein Amt an Gerald Götting ab und stieg zum Außenminister auf.

Für den Westen und vor allem für die Exil-CDU war Dertinger ein Verräter: »Dertinger hat alles, aber auch alles getan, was ein abtrünniger Deutscher im Dienste sowjetischer Politik und kommunistischen Willens nur tun konnte. Er hat seine Partei und seine Parteifreunde verraten – damals 1947, als er gegen Jakob Kaiser und den legalen Hauptvorstand der CDU der Sowjetzone den Handlanger für die Sowjetische Militäradministration

<sup>5</sup> Franz-Josef KOS, *Der Erfurter Schauprozeß und die beiden Nachfolgeprozesse 1952/1953*, in: Brigitte Kaff (Hrsg.), *»Gefährliche politische Gegner«. Widerstand und Verfolgung in der sowjetischen Zone/DDR*, Düsseldorf 1995, S. 131-164.

<sup>6</sup> Zu Dertinger fehlt bisher eine Darstellung seiner Politik. Vgl. als ersten Ansatz: M. RICHTER (wie Anm. 1), *passim*.

<sup>7</sup> Frank DIETZE, *Entscheidungsstrukturen und -prozesse in der Ost-CDU 1945-1952*, in: Michael RICHTER/Martin REISSMANN (Hrsg.), *Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung* (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 2), Weimar-Köln-Wien 1995, S. 47-62, S. 52.

machte.«<sup>8</sup> Allerdings war diese Äußerung etwas zu einseitig und mehr von der täglichen Auseinandersetzung zwischen Exil- und Ost-CDU geprägt.

Dabei entsprach Dertinger (Jg. 1902) von seiner Herkunft und Mentalität her (der Vater war Kaufmann) nicht dem Prototyp eines anpassersischen, sowjetkonformen CDU-Politikers. Er war verheiratet mit einer Katholikin aus rheinischem Adel. Die alle Schichten der Bevölkerung berührende Begeisterung beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs prägte ihn nach eigenem Bekunden entscheidend. Als junger Kadett erlebte Dertinger den Zusammenbruch des Kaiserreiches und das für ihn unverständliche Versagen der alten Schichten. Diese Erfahrung entwickelte sich zum Trauma. Er beteiligte sich am Kapp-Putsch und trat später dem republikfeindlichen Stahlhelm bei. Dertinger befürwortete eine Revolution von oben. Nach seiner Auffassung scheiterte das Konzept am Einfluß der reaktionären Offiziere. Er war Mitglied der DNVP und unterhielt enge Kontakte zum »Herrenclub« um Franz von Papen. Nach einem Studium der Rechts- und Volkswirtschaft übte er den Beruf des Journalisten aus und schrieb Artikel für die Bundeszeitung des Stahlhelms und Zeitungen, die der DNVP nahestanden. Für Papen verfaßte er während dessen Zeit als Reichskanzler offiziöse Beiträge und begleitete ihn bei seinen Verhandlungen mit dem Vatikan 1933/34. Während der NS-Zeit trat er einem Kreis von Journalisten bei, die keine Anhänger des Nationalsozialismus waren; zu diesem Kreis (Tat-Kreis) zählten Ernst Lemmer und Otto Nuschke, die 1945 zu den Gründern der CDU in Berlin gehörten.<sup>9</sup>

Nach Anschauung Dertingers hatte die Sowjetunion durch die Konfiskationen in ihrer Zone einen Klassenkampf entfacht und dadurch Deutschland in zwei Teile zerrissen, indem sie die Enteignung von Naziverbrechern als Vorwand benutzte, um weite Bereiche der Wirtschaft verstaatlichen zu können. Aber die Bevölkerung in den westlichen Besatzungszonen akzeptierte die Teilung, da ihr die ökonomische und gesellschaftliche Ordnung einer pluralistischen Demokratie westlicher Prägung lieber war als die Einheit. Dertinger hielt, ganz im Sinne der traditionellen Ostorientierung konservativer Eliten des Kaiserreiches, eine Vereinigung Deutschlands nur durch ein Zusammengehen mit der Sowjetunion für möglich und akzeptierte daher deren Politik in der SBZ/DDR. Desgleichen nahm er die Sozialisierung in der SBZ/DDR in Kauf, da nach seiner Anschauung das Bürgertum nach 1918 versagt hatte und kein eigenes Programm zur Überwindung der Krise entwickelt hatte. Um sich von den Kommunisten abzusetzen, plädierte

---

<sup>8</sup> Aus einer Erklärung des geschäftsführenden Vorsitzenden der Exil-CDU, Johann Baptist Gradl. Zitiert nach: »Ulbricht geht aufs Ganze«, in: *Der Tag*, 17. Januar 1953, S. 2.

<sup>9</sup> Ernst LEMMER, *Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten*, Frankfurt/M. 1968, S. 314.

er für einen »Sozialismus aus christlicher Verantwortung«, der von einer SED-nahen Ost-CDU verfolgt werden sollte. Sein Werdegang ließ ihn die Einheit Deutschlands höher bewerten als die Freiheit. Die Befreiung vom kommunistischen System wollte er einer späteren Zeit überlassen.<sup>10</sup> Damit unterschätzte er – ähnlich wie 1933 die Konservativen Hitler – nun die sowjetische Besatzungsmacht und ihr Anhängsel, die SED.

Außenpolitisch strebte Dertinger eine Versöhnung mit den vom Deutschen Reich während des Zweiten Weltkriegs besetzten Staaten an. Dazu war er bereit, gegen den Widerstand eines großen Teils der Mitglieder seiner Partei die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen, unter anderem auch, um damit bei diesen Völkern eine Vertrauensbasis für ein vereintes Deutschland zu schaffen. Er dachte an eine Konföderation zwischen der Bundesrepublik und der DDR, wobei es beiden Teilstaaten gestattet sein sollte, ihren gesellschaftlichen Status beizubehalten. Über den ehemaligen, in West-Berlin lebenden Justitiar der CDU, Eberhard Plewe, verfügte er über einen Kontakt zu Kreisen in der Bundesrepublik, die nur in einem Neutralitätskurs eine Chance für eine Wiedervereinigung sahen (Godesberger Kreis, ein lockerer Zusammenschluß von Gegnern der von Adenauer favorisierten Westbindung um Rudolf Nadolny und Andreas Hermes).<sup>11</sup> Z. T. arbeitete er im Auftrag oder zumindest mit Wissen und Duldung der sowjetischen Besatzungsmacht. Im Oktober 1951 traf er in Ost-Berlin durch Vermittlung von Plewe Lemmer, um diesem im Auftrag von Semjonow, dem Berater der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK), und mit Wissen von Grotewohl, aber wohl gegen den Willen der SED, ein Wiedervereinigungsangebot zu unterbreiten; Ausgangspunkt sollte die Neutralisierung Gesamtdeutschlands sein. Obwohl weder der Bundeskanzler noch die Amerikaner, die von Lemmer informiert worden waren, darauf eingingen – die Drohung, die Sowjetunion würde im Falle einer Ablehnung mit Krieg antworten, nahm dem Angebot jede Seriosität<sup>12</sup> – empfing Dertinger weiterhin Plewe in seiner Ost-Berliner Wohnung, um Pläne für eine Wiedervereinigung auszuarbeiten. Nach seiner und Plewes Aussagen reichten sie diese Vorstellungen an die sowjetischen Behörden weiter. Beide glaubten in der Stalin-Note vom März 1952 ihre Vorstellungen

<sup>10</sup> Heinrich KRONE, *Tagebücher*, Bd. 1: 1945-1961, bearb. von Hans-Otto KLEINMANN (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 28), Düsseldorf 1995, S. 59.

<sup>11</sup> Zum politischen Werdegang Dertingers vgl.: Georg Dertinger, *Erinnerungen und Gedanken* erzählt in einem Freundeskreis, November 1967 in Leipzig, übertragenes Tonbandprotokoll, Archiv für Christlich-Demokratische Politik, St. Augustin (ACDP) Nachlaß (NL) I-537 Georg Dertinger.

<sup>12</sup> Hermann GRAML, *Die Legende von der verpaßten Gelegenheit. Zur sowjetischen Notenkampagne des Jahres 1952*, in: *VhZ* 29, 1981, S. 307-341, S. 311 f.; Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer*, Bd. 1: *Der Aufstieg 1876-1952*, TB-Ausgabe München 1994, S. 882.

weitgehend umgesetzt zu sehen.<sup>13</sup> Allerdings kamen bei Dertinger nach einer Mitteilung seines in den Westen geflohenen persönlichen Referenten Gerold Rummler Zweifel auf,<sup>14</sup> ob es Stalin damit ernst meinte<sup>15</sup>, vor allem da die SKK sein Konzept ablehnte, das für beide Teile Deutschlands getrennte Listenwahlen vorsah. Dertinger ging davon aus, daß dies zwar die Zusammensetzung der Volkskammer verändern würde, nicht aber das System.<sup>16</sup>

Nachdem die USA, Großbritannien und Frankreich die März-Note abgelehnt hatten, war Dertinger für die sowjetische Besatzungsmacht als Vermittler zwischen Ost und West nicht mehr von so großer Bedeutung. Die SED, die solchen ost-westlichen Parteikontakten von vornherein mit Skepsis gegenüberstand, sofern sie sie nicht selber lenkte, war gerade über die Verbindungen des Außenministers sehr ungehalten.<sup>17</sup> Da der CDU-Politiker zudem eine Bewaffnung der DDR ablehnte,<sup>18</sup> dürfte seine Absetzung seit dem Sommer 1952 lediglich eine Frage der Zeit gewesen sein. Zudem war Dertinger bei der SKK durch die Flucht Rummlers in Ungnade gefallen.<sup>19</sup> Ende November 1952 verhaftete das MfS Plewe nach einem Besuch bei Dertinger.<sup>20</sup> Ob sich der Außenminister der Gefahr bewußt war, in der er sich befand, ist nicht eindeutig klar. Ebenso ist nicht sicher, ob er an Flucht gedacht hat. Seine Festnahme erfolgte auf Anordnung des NKWD/MWD. Dieses beschuldigte Dertinger, über den Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Otto Lenz (1951-1953), Adenauer über die Vorgänge in der DDR und der Regierung unterrichtet zu haben.<sup>21</sup>

### Die ersten Reaktionen der Parteileitung

Die Verhaftung Dertingers traf die CDU völlig unvorbereitet. Lediglich Generalsekretär Götting wußte, daß gegen den Außenminister ermittelt

13 G. Dertinger, *Erinnerungen*, ACDP I-537; [Plewe], *Die innerdeutsche Entwicklung bis zur Stalinnote 1952* (Gesprächskonzept), ohne Datum (o. D.), ACDP I-603 NL Eberhard Plewe (ungeordnet). Vgl. auch: Wilfried LOTH, *Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte*, TB-Ausgabe München 1996, S. 238.

14 Hermann-Josef RUIEPER, *Zu den sowjetischen Deutschlandnoten 1952. Das Gespräch Stalin-Nenni*, in: *VhZ* 33, 1985, S. 547-557, S. 556 f.

15 Zum Problem der März-Note vgl. Gerhard WETTIG, *Die Deutschland-Note vom 10. März 1952 auf der Basis diplomatischer Akten des russischen Außenministeriums*, in: *DA* 26, 1993, S. 786-805; W. LOTH (wie Anm. 13), S. 175 ff.

16 M. RICHTER (wie Anm. 1), S. 355 f.

17 H.-P. SCHWARZ (wie Anm. 12), S. 882.

18 M. RICHTER (wie Anm. 1), S. 367 f.

19 Mitteilung des Informanten »Georgi«, 15. Mai 1952, ACDP III-013-793.

20 Übersetzung eines Artikels aus *Afton-Bladet*, 21. Dezember 1952, ACDP I-603.

21 Plewe an den Generalstaatsanwalt beim Kammergericht Berlin, Berlin-Steglitz, 6. Juni 1961, ebd.

wurde. Er hatte ihn nämlich vor weiteren Kontakten mit Plewe gewarnt. Den genauen Zeitpunkt dürfte aber auch er nicht gekannt haben, da die SED ihm mißtraute.<sup>22</sup> Der Parteivorsitzende Nuschke, ein Freund Dertingers, wurde aus dem Parteihaus in Ost-Berlin zu Grotewohl gerufen und über die Verhaftung informiert.<sup>23</sup> Für ihn war die Festnahme wohl der größte Schock. Der Vorsitzende der CDU hatte seinen Stellvertreter noch im Dezember anlässlich seines 50. Geburtstags gelobt und nicht ohne Stolz geschrieben, daß ein Mann, der zu jenen politischen Begabungen gehöre, »... die klare Erkenntnis, haarscharfen Verstand und eine ungewöhnliche rednerische Begabung in sich vereinen«, zu den Mitgliedern der Union zähle und diese an führender Stelle aus der Kaiser-Krise geleitet habe.<sup>24</sup> Von einer solchen Persönlichkeit mußte sich der Parteivorsitzende nun distanzieren.

Offensichtlich stand Nuschke so unter Schock, daß er spontan und ohne die notwendige Beratung nicht so reagierte, wie es die SED von ihm erwartete. Er gab in der »Neuen Zeit« die Nachricht von der Verhaftung zu und versprach, daß die Union die notwendigen Konsequenzen ziehen werde. Der Parteivorsitzende leitete die Mitteilung aber mit dem Satzteil ein: »Bestätigt sich Dertingers feindliche Tätigkeit...«.<sup>25</sup> Damit stellte er die Ermittlungsergebnisse des MfS in Frage. Dies brachte ihm sofort die Mißbilligung der SED ein,<sup>26</sup> und er mußte am folgenden Tag einen Artikel veröffentlichen, in dem er deutlich machte, daß die Schuld Dertingers feststehe. Gleichzeitig suchte er bereits nach einem Muster, wie er den Verrat seines Freundes einem größeren Publikum, vor allem aber der Parteibasis erklären konnte. Nuschke enthüllte die bis dahin verschwiegene Herkunft Dertingers aus einem konservativen bürgerlichen Milieu und seine Heirat mit einer Frau aus dem rheinischen Adel. Er nannte ihn ein »psychologisches Rätsel«, da dieser eigentlich seiner Erziehung nach eher zu den konservativen Mitgliedern der CDU hätte gerechnet werden müssen und nicht zu denjenigen, die die Annäherung der Partei an den Marxismus betrieben und Wachsamkeit

22 MfS, Hauptabteilung V/3, Charakteristik Götting, Gerald, Berlin, 15. April 1954, abgedruckt bei: Siegfried SUCKUT, *Die DDR-Blockparteien im Lichte neuer Quellen*, in: Jürgen WEBER (Hrsg.), *Der SED-Staat: Neues über eine vergangene Diktatur* (Akademiebeiträge zur Politischen Bildung, Bd. 27), München 1994, S. 99-197, S. 151.

23 »Außenminister Dertinger verhaftet«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ), 17. Januar 1953, S. 1.

24 Otto NUSCHKE, »Georg Dertinger 50 Jahre«, in: *Die Union*, Weihnachten 1952, S. 1-2, S. 1.

25 Ders., »Zur Verhaftung Dertingers«, in: *Neue Zeit* (NZ), 17. Januar 1953, S. 1.

26 Ost-CDU, o. D., ohne Unterschrift (o. U.), ACDP III-013-23/1. Der Autor, der seit Januar/Februar 1953 für die Westarbeit der Ost-CDU zuständig war, floh im März/April 1953 in den Westen und machte beim Ostbüro der Exil-CDU Angaben über die Ost-CDU. M. RICHTER (wie Anm. 1), S. 322, Anm. 245, schreibt das Dokument (mit alter Standortnummer) einmal Viktor Sandmann und einmal, S. 342, Anm. 53, Josef Janßen zu. Da er gleichzeitig letzteren als Leiter der Abteilung Westarbeit identifiziert, dürfte diese Zuschreibung die richtige sein.

gegenüber Mitgliedern forderten, die nicht bereit waren, diese neue Richtung der Union sofort und bedingungslos mitzumachen. Nuschke bezeichnete Dertingers Radikalismus als Motor in einer schwierigen Übergangszeit, der nur gelegentlich gedrosselt werden mußte. In Anklang an seine Dezember-Eloge charakterisierte er ihn als einen Menschen, der »unmäßig in der Arbeit und unmäßig im Genuß« sei.<sup>27</sup> Mit diesem sehr persönlich gehaltenen Artikel versuchte der Parteivorsitzende, ohne genaue Angaben zu machen, vielleicht bereits eine Erklärung zu liefern, warum der Außenminister der DDR Verrat begangen habe: nämlich aufgrund privater Verfehlungen. Allerdings dürfte dieser Hinweis auf die ihm nachgesagten Affären mit Frauen, auch aus seiner unmittelbaren Umgebung, und auf seinen Alkoholkonsum lediglich den Mitgliedern der höchsten Führungsgremien der CDU verständlich gewesen sein.

Generalsekretär Götting war demgegenüber in seiner Beurteilung vorsichtiger. Das Erweiterte Sekretariat der Partei<sup>28</sup>, das sich am 16. Januar in Weimar versammelt hatte, verurteilte sofort das »verräterische Treiben« Dertingers und begrüßte die Wachsamkeit der Sicherheitsorgane. Das Sekretariat sah im Verrat Dertingers lediglich ein weiteres Glied in einer Kette von verräterischen Doppelzüngigkeiten – offensichtlich wurde damit unter anderem an den Erfurter Prozeß erinnert – und verlangte von den Parteimitgliedern mehr Wachsamkeit sowie einen verstärkten Kampf unter der »Führung der Arbeiterklasse« und an der Seite der Sowjetunion gegen Spione und Saboteure, um ein einheitliches und »demokratisches« Deutschland zu erreichen. Die ganze ideologische Verbrämung konnte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch die Parteileitung nicht mehr wußte als die Basis. Denn das Erweiterte Sekretariat forderte Aufklärung über Einzelheiten, Hintergründe und Folgewirkungen vor einer »demokratischen Öffentlichkeit«.<sup>29</sup> Da zudem weitere Mitarbeiter Dertingers im Außenministerium bzw. in der Parteileitung verhaftet wurden ( u. a. seine Referentin Ilse-Ruth Bubner und eine seiner ehemaligen Sekretärinnen, Katharina Zinsser), herrschte an der Parteispitze große Verunsicherung. Götting mußte in einer Belegschaftsversammlung den Angestellten der Partei versichern, daß jeder, der ein reines Gewissen habe, auch vollauf beruhigt sein könne.

---

27 Otto NUSCHKE, »Der Fall Dertingers«, NZ, 18. Januar 1953, S. 1.

28 In Anlehnung an die zentralen Organisationsstrukturen der SED, Zentralkomitee und Politbüro, bildete die CDU nach dem 6. Parteitag im Oktober 1952 einen Hauptvorstand (HV) und einen Politischen Ausschuß (PA), der jederzeit für die Gesamtpartei verbindliche Beschlüsse fassen konnte. Die eigentliche Macht innerhalb der Partei ging aber zusehends an das Sekretariat der Parteileitung über, das aus dem Kreis der hauptamtlichen Mitarbeiter der Parteileitung auf Vorschlag des Generalsekretärs gewählt wurde. Zum Erweiterten Sekretariat gehörten auch die Vorsitzenden der Bezirke. J. FRANKE (wie Anm. 1), S. 287, 289.

29 Zur Verhaftung Dertingers, NZ, 18. Januar 1953, S. 1.

Vor dem Hintergrund, daß bereits einige Mitarbeiter die Konsequenzen gezogen und die DDR verlassen hatten, weil sie sich bedroht fühlten, forderte der Generalsekretär, keine Kurzsclußhandlungen zu begehen und nicht in den Westen zu fliehen.<sup>30</sup>

### Die Reaktionen der Basis

Auch für die Basis stellte die Verhaftung des stellvertretenden Parteivorsitzenden einen Schock und eine tiefe Enttäuschung dar. Dieser war um so härter, da sich die Partei seit Oktober 1952 in einer Umstrukturierungsphase befand. Auf ihrem 6. Parteitag hatte die Union endgültig die Unterwerfung unter die SED beschlossen: Sie anerkannte die führende Rolle der Arbeiterklasse und die Freundschaft zur Sowjetunion, die als maßgebende Macht im sogenannten »Friedenslager« die Existenz der DDR sicherte, und versprach die Mitwirkung bei der Kollektivierung der Landwirtschaft und des Handwerks ebenso wie die Unterstützung des MfS und die Mitarbeit bei der Militarisierung der Gesellschaft.<sup>31</sup> Diese Entwicklung spaltete die CDU in mehrere Richtungen, da eine Reihe von Mitgliedern gegen diesen Kurs der Partei, als deren Repräsentanten Götting, Dertinger und Nuschke galten, Widerstand leisteten. Götting mußte sich vom MfS berichten lassen, daß ca. 50 % der Delegierten des 6. Parteitags, obwohl sorgfältig ausgewählt, während der Pausen »skandalös westlich diskutiert«, gegen die Politik der Partei gehetzt und die Sowjetunion verunglimpft hätten. Als Dertinger, dem sonst bei Parteitagcn eisiges Schweigen entgegenschlug, davon sprach, daß das Grundübel der Zeit der »Abfall von Gott« sei, habe er als Reaktion der Delegierten lebhaften Beifall erhalten, die so die Beschlüsse des Parteitags kritisieren wollten.<sup>32</sup> Um die CDU auf den neuen Kurs zu halten und voranzutreiben, ließ die SED oppositionelle CDU-Mitglieder verhaften. Der Schauprozeß in Erfurt bildete nur einen Höhepunkt in dieser Kampagne, die durch die Verhaftung Dertingers gekrönt wurde.

Bezeichnenderweise herrschte zunächst Unglauben an der Basis. Viele erfuhren die Neuigkeit durch das illegale Hören von RIAS und vermuteten zunächst eine »Nachrichtene« des westlichen Senders.<sup>33</sup> Als der Sachverhalt bestätigt wurde, rief dies Verwirrung hervor, vor allem da Dertinger gut einen Monat vorher noch aus Anlaß seines Geburtstags gefeiert worden war.<sup>34</sup> Da der stellvertretende Parteivorsitzende für die dem Marxismus

30 Ost-CDU, ACDP III-013-023/1.

31 M. RICHTER (wie Anm. 1), S. 334 ff.

32 Ost-CDU, ACDP III-013-023/1.

33 Kreisverband (KV) Liebenwerda, 21. Januar 1953, ACDP VII-011-1201.

34 KV Tangerhütte an Bezirksverband (BV) Magdeburg, 24. Januar 1953, ebd.

nahestehende Gruppe innerhalb der Partei wegen seiner Rigidität ein Idol war, das fast an Personenverehrung kommunistischer Führer erinnerte<sup>35</sup>, wollten diese nicht glauben, daß er Verrat und Spionage für den Westen betrieben habe. Viele Mitglieder forderten mehr Informationen.

Hier trafen sich die Interessen der Basis mit denen der Parteileitung. Denn diese wußte mittlerweile auch nicht wesentlich mehr, als durch die Medien zu erfahren war.<sup>36</sup> Selbst Götting konnte gegenüber seinen Mitarbeitern nur äußern, daß er nicht ermächtigt sei, weitere Einzelheiten bekanntzugeben, daß aber Dertingers Schuld feststehe und er nicht nur in den Westen habe fliehen wollen, sondern seit langem Spionage betrieben und bewußt Personen gefördert habe, die wie seine ehemalige Mitarbeiterin Bubner im Dienst des Feindes gestanden hätten.<sup>37</sup> Im Grunde überspielte der Generalsekretär nur seine eigenen Informationslücken. Allerdings wußte er im Gegensatz zu den meisten leitenden Funktionären der Partei von den Westkontakten des ehemaligen Außenministers. Dies konnte er aber nicht weitergeben, da sonst die sowjetische Besatzungsmacht desavouiert worden wäre.

Die Parteileitung stand vor einer schwierigen Aufgabe. Sie mußte einen Mann herabsetzen, der für viele als Motor der neuen Richtung in der CDU galt und das Ansehen nach außen gestärkt hatte. Aber die Parteileitung konnte sich nicht darauf beschränken, diesen herben Verlust an ihrer Spitze zu ersetzen. Denn sie mußte einerseits als Partei, die den Zielen des Marxismus-Leninismus im christlichen Gewande huldigte, den Verrat Dertingers durchleuchten und Gründe dafür suchen – ohne richtig zu wissen, was er getan hatte – sowie Lehren daraus ziehen, die die Partei einen Schritt weiter in Richtung einer Blockpartei bringen sollte. Dies erwarteten sowohl die Besatzungsmacht wie auch die SED. Auf der anderen Seite mußte auch den eigenen Parteifreunden erläutert werden, wie sich der Verrat Dertingers vor den Augen der Parteileitung ereignen konnte. Dabei stand diese vor dem Dilemma, daß sie auf mindestens zwei Grundströmungen in der CDU Rücksicht nehmen mußte: Einmal auf die Mitglieder, die bereit waren, den angepaßten Kurs zu tragen, und zum anderen auf die, die wegen ihrer christlichen Weltanschauung in die Partei eingetreten und nicht geneigt waren, so schnell wie die Parteispitze dies vorexerzierte und erwartete, der kommunistischen Ideologie mit christlichem Deckmantel ihre Zustimmung zu geben. Zumindest hoffte ein Teil der Parteileitung noch darauf, gerade diese »unentschlossenen« Unionsmitglieder durch behutsame Aufklärungsarbeit vom neuen Kurs zu überzeugen. Die Verhaftung Dertingers erschwerte diese

---

35 KV Freital, 20. Januar 1953, ebd.

36 Referat (Ref.) Hillebrand bei der Konferenz des Bezirkssekretariats Chemnitz. Protokoll über die außerordentliche Bezirkskonferenz am 24. Januar 1953 im Bezirkssekretariat Chemnitz, ebd.

37 Ost-CDU, ACDP III-013-023/1.

Absicht und verstärkte das Mißtrauen gegenüber der SED eher noch, weil viele darin den ersten Schritt zur Zerschlagung der CDU sahen. Während die erste Gruppe mit vergleichbaren nichtssagenden Sprüchen und Parolen befriedigt werden konnte, mit denen SED-Mitglieder abgespeist wurden, bedurfte es für die zweite anderer Erklärungsmuster.

Zunächst kamen die angepaßten Parteiangehörigen zu Wort. Das zentrale Parteiorgan der CDU, die »Neue Zeit«, und die regionalen Parteiblätter veröffentlichten am Anfang Stellungnahmen der Bezirksvorsitzenden, dann auch die von untergeordneten Funktionären. Diese waren natürlich ausgesucht und relativ einheitlich: Sie nahmen den als Tatsache nicht in Frage gestellten Verrat mit Abscheu, Empörung, Entrüstung und Enttäuschung zur Kenntnis, bezeichneten die Tat als schändlich, verbrecherisch und unglaublich und prangerten Dertingers Doppelzüngigkeit an. Gleichzeitig zogen sie bereits erste Lehren und forderten mehr Wachsamkeit. Ein Teil der Schreiber dankte dem MfS, daß es dessen Mitarbeitern gelungen sei, Dertinger unschädlich zu machen.<sup>38</sup> Einige bezeichneten den Verrat auch als unchristliches Verhalten.<sup>39</sup> Der Vorsitzende des BV Erfurt, Hermann Kalb, stellte bereits fest, daß Dertinger durch seine Tätigkeit der Partei Schaden zugefügt habe, aber die CDU aus der Krise gestärkt hervorgehen werde, wenn sie die entsprechenden Lehren im Sinne der SED ziehen werde. Er trat damit ausdrücklich den Befürchtungen entgegen, die CDU solle aufgelöst werden.<sup>40</sup> Einige Parteimitglieder forderten eine Überprüfung der Funktionäre. Dertinger solle eine gerechte Strafe für seinen Verrat erhalten. Kritische Stimmen, die etwa die Verhaftung des Außenministers in Frage stellten, wurden nicht publiziert. Niemand kritisierte, daß mit diesen Stellungnahmen Dertinger vorverurteilt wurde. Viele Parteimitglieder, aber auch Teile der Bevölkerung forderten mehr Informationen über die Gründe der Verhaftung; dahinter verbarg sich Mißtrauen gegenüber der Justiz der DDR.<sup>41</sup>

### Die Schlußfolgerungen des Politischen Ausschusses (PA)

Als sich am 20. Januar zum ersten Mal der in Anlehnung an das Politbüro der SED geschaffene PA traf, war es selbstverständlich, daß er Dertinger aus der Partei ausschloß – dies geschah auf Antrag Göttings. Damit setzte sich die CDU über den Rechtsgrundsatz hinweg, daß niemand

38 »Dertingers Verrat kann nicht beirren«, in: *Die Union*, 21. Januar 1953, S. 1.

39 »CDU-Stimmen zu Dertingers Verrat«, in: *NZ*, 21. Januar 1953, S. 2.

40 »Zum Verrat Dertingers«, in: *Thüringer Tageblatt*, 21. Januar 1953, S. 1; »CDU-Stimmen zum Fall Dertinger«, in: *Der Neue Weg*, 21. Januar 1953, S. 2.

41 Stellungnahmen der Bezirke, *Die Union*, 20. Januar 1953, S. 1.

vor einer Verurteilung ein Verbrecher ist. Aber sonst war sie sich über die genaue Vorgehensweise nicht im klaren. Offensichtlich um sich ein breiteres Meinungsspektrum zu verschaffen, nahmen an der Sitzung als Gäste Mitglieder der Hauptkonferenz Staatliche Verwaltung und Mitarbeiter der Parteileitung teil, u. a. auch der Leiter der Abteilung Innere Verwaltung beim Hauptvorstand (HV), Fritz Jentzsch, der im Laufe des Monats Opfer der Verhaftungswelle wurde. Nuschke verkündete selbstverständlich, daß die Partei weiterhin an ihrem Kurs festhalten werde. Der sehr stark dem neuen Kurs verbundene Staatssekretär im Justizministerium, Heinrich Toeplitz, stellte die Punkte vor, auf die die Partei eingehen sollte: a) Sie müsse die nötigen Schlußfolgerungen aus dem Fall ziehen, b) die Personen überprüfen, die durch Dertinger in ihre Ämter gekommen waren und c) die Mitglieder über den Fall unterrichten. Ein Teilnehmer kritisierte die bisherige Arbeit des PA und schlug eine Überprüfung sämtlicher Parteifunktionäre vor. Heinrich Lechtenberg, ein Abgeordneter der Volkskammer, verlangte von der Partei, daß sie stärker als bisher das kommunistische Gesetz von Kritik und Selbstkritik<sup>42</sup> berücksichtigen müsse. Nuschke forderte, daß künftig das politische und private Leben der Funktionäre im Einklang miteinander stehen müsse. Er deutet damit an, daß in Zukunft beides überprüft werden müsse. Ob der Parteivorsitzende damit einen Erklärungsansatz für den Verrat Dertingers liefern wollte, nämlich sein ausschweifendes Privatleben, ist nicht klar, wäre aber möglich, da er nur die Tendenz fortsetzte, die er in seinem Zeitungsartikel vom 18. Januar angedeutet hatte. Einen Beschluß faßte der PA nicht. Seine Mitglieder hofften vielmehr, daß der Demokratische Block, der am selben Tag zusammentreten und an dessen Sitzung Nuschke teilnehmen sollte, weitere Informationen liefern und vielleicht sogar Anregungen für eine Entschließung vorschlagen würde. Vielleicht erwarteten sie von dieser Stellungnahme sogar eine Entlastung, indem das Versagen bei der Wachsamkeit im Fall Dertinger nicht alleine auf die CDU abgewälzt wurde, sondern alle Parteien öffentlich ein gemeinsames Schuldbekenntnis abgaben, da ja auch die SED und die sowjetische Besatzungsmacht den Außenminister

---

42 Kritik und Selbstkritik gehören zu den wichtigsten Verhaltensnormen marxistisch-leninistischer Parteien. Sie gelten als Grundlagen der »innerparteilichen Demokratie«, sind Mittel der Parteierziehung und dienen der Stärkung der Kampfkraft und der Wachsamkeit. Der Beschuldigte muß die Berechtigung der Kritik öffentlich zugeben, sein Fehlverhalten analysieren und versprechen, dies zu beseitigen. Je nach Gegebenheit kann die Pflicht zur Selbstkritik auch dazu dienen, einen politischen Gegner zu demütigen. Die Kritik, die der Beseitigung gesellschaftlichen Fehlverhaltens gilt, kann sich sowohl nach oben wie nach unten richten. Sie durfte aber nicht gegen die kommunistische Parteilehre, das Bündnis mit der Sowjetunion und die Gesellschaftsordnung der DDR geäußert werden. DDR-Handbuch, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1975, S. 484.

zumindest überprüft und z. T. gefördert<sup>43</sup> und somit auch eine Verantwortung zu tragen hatten.

Doch die Sitzung des Demokratischen Blocks brachte weder eine Unterstützung noch weitere Informationen über den Grund der Verhaftung. Seine Mitglieder verurteilten lediglich das Verhalten des Außenministers und begrüßten das Eingreifen des MfS. Die Teilnehmer wiesen ausdrücklich darauf hin, daß die einzelnen Parteien für diese und ähnliche Vorfälle selbst die Verantwortung übernehmen müßten. Sie forderten, daß die CDU folgende Lehren aus dem Fall Dertinger zu ziehen habe: Erhöhung der Wachsamkeit und die Anwendung des Gesetzes von Kritik und Selbstkritik. Der Partei wurde aufgetragen, in voller Öffentlichkeit die Schlußfolgerungen zu ziehen, die sich aus dem Eindringen feindlicher Agenten in ihre Partei ergeben würden.<sup>44</sup>

Am 21. Januar berichtete Nuschke dem PA, zu dessen Sitzung diesmal keine Gäste eingeladen waren, über die Ergebnisse der Tagung des Demokratischen Blocks und die Aufforderung, weitere eventuelle »Dertinger-Nester« zu beseitigen. Götting verkündete darauf die Auflösung der CDU-Betriebsgruppe im Außenministerium und die Überprüfung der hauptamtlichen Funktionäre; der Präsident der Länderkammer, Reinhard Lobedanz, wurde zum Leiter der Zentralen Untersuchungskommission bestellt. Deren Einrichtung hatte die CDU nach dem Vorbild der Parteikontrollkommission der SED bereits Ende 1952 beschlossen, wobei Dertinger einer der treibenden Kräfte war.<sup>45</sup> Sein Fall bot einen willkommenen Anlaß, sie den Parteimitgliedern vorzustellen. Der PA schloß die Frau Dertingers, Frau Bubner und Frau Zinsser aus der Partei aus.

Der später geflohene Volkskammerabgeordnete Viktor Sandmann machte deutlich, daß die CDU nicht nur wegen der Forderung des Demokratischen Blocks eine öffentliche Erklärung abgeben müsse, sondern auch, weil Dertinger als Exponent der CDU durch seinen Verrat die neue marxistische Richtung der Partei diskreditiert habe. Der PA war sich zunächst nicht darüber einig, wie er den Mitgliedern die Handlungen des ehemaligen Generalsekretärs erklären solle. Götting betonte bereits zu Beginn der Sitzung, daß Dertinger nicht das Opfer einer Erpressung gewesen sei, dem er wegen seines unmoralischen Lebenswandels ausgesetzt gewesen sei, sondern daß er, wie die meisten Spione in der CDU gezeigt hätten, schon seit längerer Zeit planmäßig gegen die DDR gearbeitet habe. Demgegenüber postulierte der Parteivorsitzende, daß der Fall psychologisch begründet werden müsse,

43 Sitzung des PA vom 20. Januar 1953, ACDP VII-010-2067; Auszug bei J. FRANKE (wie Anm. 1), Dokument (Dok.), Nr. 1, S. 293.

44 »Demokratischer Block zum Fall Dertinger«, in: *Der Demokrat*, 22. Januar 1953, S. 1.

45 Protokoll des PA vom 16. Dezember 1953, ACDP VII-010-1841.

da sonst zu leicht die Meinung entstehen könne, Dertinger habe die DDR verraten, weil er den Glauben an ihre Zukunft verloren habe. Unterstützt wurde er von dem Bezirksvorsitzenden von Halle, Josef Wujciak, der vorschlug, die moralischen Verfehlungen Dertingers herauszustellen, da gerade dies bei Christen wirke. Der PA beschloß daraufhin einem mehrköpfigen Gremium, dem u. a. Götting und Toeplitz angehörten, die Überprüfung einer vom Sekretariat ausgearbeiteten Entschließung zu überlassen. Diesen korrigierten Entwurf diskutierte der PA in einer fast fünfstündigen Nachmittagssitzung.<sup>46</sup> Am 23. Januar veröffentlichten die »Neue Zeit« und die anderen CDU-Blätter den Beschluß des PA.

Es handelte sich zwar um einen Kompromiß, der beide Richtungen berücksichtigte, aber die Ansicht des Generalsekretärs überwog. Ganz im Sinne der Ideologie der SED sah die CDU den Fall Dertinger als Etappe des Klassenkampfes: Immer dann, wenn die Partei einen Schritt weiter in Richtung gesellschaftliche Erneuerung Deutschlands mache, d. h. sich der marxistischen Lehre anpasse, versuchten die konservativen Elemente in der CDU diesen Prozeß zu stören. Der PA gestand im Sinne der Selbstkritik ein, daß er nicht genügend Wachsamkeit gezeigt habe und der Hetze der Imperialisten nicht mit der notwendigen Konsequenz entgegengetreten sei. Er führte diesen Fehler darauf zurück, daß die »innerparteiliche Demokratie« verletzt worden sei, da das Gesetz von Kritik und Selbstkritik nicht genügend beachtet worden sei. Als weiteren Fehlgriff gab die Parteileitung zu, nicht darauf geachtet zu haben, daß die politische Überzeugung ihrer Mitglieder auch mit ihrem Auftreten in der Öffentlichkeit und im Privatleben übereinstimme. Für die CDU wurde daraus die Schlußfolgerung gezogen, daß die Politiker das christliche Sittengesetz nicht verletzen dürften.

Vor diesem Hintergrund wurde der konkrete Fall des Außenministers geschildert: Er kannte die Entwicklung der Partei und konnte so gegnerische Kräfte halten und fördern. Obwohl sein Lebenswandel häufig gerügt wurde, führte dies zu nichts, da er sein Treiben heimlich fortsetzte. Dertinger habe Mitarbeiter zu seiner Unterstützung herangezogen, die moralisch anfällig waren. Der PA führte dies nicht auf mangelnde Menschenkenntnis, sondern auf seine bewußte Verbindung zu Agenten zurück.<sup>47</sup> Im ursprünglichen Entwurf waren seine angeblichen Verfehlungen noch konkreter hervorgehoben worden. So wurde ihm unterstellt, die Parteiorganisation zersetzt, haltlose politische Konzeptionen entwickelt und scheinwissenschaftliche Theorien verbreitet zu haben, die auf eine Nichtanerkennung der führenden

---

<sup>46</sup> Es liegt kein Protokoll über diese Diskussion vor; noch nicht einmal einzelne Stellungnahmen wie in der Vormittagssitzung wurden dokumentiert. Protokoll über die Sitzung des PA vom 21. Januar 1953, ACDP VII-010-2067; vgl. J. FRANKE (wie Anm. 1), Dok. 2, S. 293 f.

<sup>47</sup> »Die Lehren aus dem Fall Dertinger«, NZ, 23. Januar 1953, S. 1.

Rolle der Arbeiterklasse beim Aufbau des Sozialismus hinauslaufen sollten. Offensichtlich diskutierte der PA während seiner Sitzung am 21. Januar auch, ob ihm sein Ausspruch beim 6. Parteitag »alles Böse kommt durch den Abfall von Gott« zum Vorwurf gemacht werden sollte. Möglicherweise erwog die Parteileitung sogar, ob ein zentraler Punkt der eigenen Ideologie, die Idee vom »Christlichen Realismus«, die von der SED sowieso abgelehnt wurde<sup>48</sup>, nicht als Waffe gegen den Marxismus anzusehen sei, da er von Dertinger propagiert worden war. Die Mitglieder des PA unterließen die Veröffentlichung dieses Punktes, da ihnen diese Anschuldigungen dann doch zu absurd erschienen und ein solcher Schritt für die Partei eher schädlich sein konnte.<sup>49</sup>

Der PA konnte auch keine Gründe nennen, die Dertinger zum Verrat veranlaßt haben sollten. Er wies lediglich darauf hin, daß der ehemalige stellvertretende Vorsitzende bewußt Verbindung mit Agenten aufgenommen habe. Wie sein Lebenswandel dazu in Beziehung gestanden haben könnte, war aus den Ausführungen nicht ersichtlich. Möglicherweise war dies bewußt offengelassen, um den verschiedenen Strömungen innerhalb der Partei einen Erklärungsansatz zu bieten. Fraglich war, ob diese Aussagen den Mitgliedern reichen würden.

Eher für die SED gedacht waren die sieben Schlußfolgerungen, die die CDU aus dem Fall Dertinger zu ziehen gezwungen war: 1. Die Anwendung von Kritik und Selbstkritik sollte stärker als bisher erfolgen. 2. Dies sollte auch dazu dienen, die »innerparteiliche Demokratie« zu festigen. 3. Erhöhung der Wachsamkeit. Zu diesem Zweck sollten zunächst alle verantwortlichen Funktionäre im Staatsapparat und in der Partei vom Zentralen Untersuchungsausschuß überprüft werden. Die persönliche Lebensführung müsse mit der politischen übereinstimmen. 4. Die Mitglieder sollten verstärkt über die Bedeutung der Volkspolizei und der Staatssicherheit aufgeklärt und angehalten werden, falls sie über feindliche Tätigkeiten in der Partei erführen, Mitteilung zu machen. 5. Die Freundschaften und Kontakte Dertingers zu den Bezirks- und Kreisverbänden sollten überprüft werden sowie die Personen, die er selber eingestellt hatte oder bei denen dies aufgrund seiner Empfehlung erfolgt war. 6. Die Aufklärung über vom amerikanischen

---

48 Martin RISSMANN, *Kaderschulungen in der Ost-CDU 1949-1971. Zur geistigen Formierung einer Blockpartei* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 27), Düsseldorf 1995, S. 136. Ende 1954 verzichtete die CDU auf Betreiben der SED auf die Thesen vom Christlichen Realismus.

49 Der Entwurf enthält sonst nur kleinere Korrekturen, die sich lediglich in einzelnen Formulierungen oder Ergänzungen von der veröffentlichten Entscheidung in der NZ unterscheiden. Unklar ist, ob das vierköpfige Redaktionsgremium die Streichungen der konkreten Vorwürfe gegen Dertinger vorgenommen hat oder der PA in seiner Nachmittagssitzung. Für letzteres spricht zumindest, daß nochmals Korrekturen eingefügt wurden, bevor der entsprechende Absatz durchgestrichen wurde. Vorlage für die Sitzung des PA vom 21. Januar 1953, ACDP VII-010-1437.

Imperialismus verbreitete Ideologien wie Kosmopolitismus, Neutralismus oder Objektivismus sollte durchgeführt und die Schulung verbessert und intensiviert werden. Die Diskussionen sollten auf Grundlage des »Christlichen Realismus« erfolgen. 7. Als Schibboleth zur Trennung der angepassten Parteimitglieder von den gegen den neuen Kurs opponierenden sollte das Bekenntnis zur Freundschaft mit der Sowjetunion als der führenden Kraft im »Weltfriedenslager« dienen. Die Unionsmitglieder sollten die führende Rolle der Arbeiterklasse beim Aufbau des Sozialismus anerkennen. Ausdrücklich wurde der Pazifismus als Ideologie des Imperialismus abgelehnt und Bereitschaft zur nationalen Verteidigung gefordert.<sup>50</sup> Die sieben Punkte bildeten die Grundlage der Ideologie, der sich die CDU auf ihrem 6. Parteitag verschrieben hatte. Im Grunde hätte Dertinger bis auf die Bereitschaft zur nationalen Verteidigung jeden der Punkte vertreten können. Hier lag auch ein Problem für die Parteileitung. Während nämlich die Krisen und Rücktritte prominenter CDU-Mitglieder, angefangen von Hermes über Kaiser bis zu Hickmann, auch mit ideologischen Änderungen verbunden bzw. durch sie ausgelöst worden waren, war die Art der Krise um Dertinger neu, da sein Name gerade mit der neuen Ideologie verbunden war. Vor allem wußte die Parteileitung nicht, wie die Mitglieder auf diese doppelte Herausforderung, Übernahme einer anderen Ideologie und Verhaftung eines führenden Repräsentanten gerade dieser neuen Richtung, reagieren würden. Dertinger selbst hatte während der Sitzung des HV am 4. November 1952 noch konstatiert, daß viele Mitglieder noch nicht die neue Ideologie der Partei und die daraus folgende Anlehnung an den Marxismus-Leninismus verstanden hätten. Er hatte daher eine breite Aufklärung über die Ziele der Partei gefordert.<sup>51</sup> Dies sollte den Mitgliedern nun anhand des Falls Dertinger nähergebracht werden.

Am 21. Januar trug der PA den Bezirksverbänden auf, in den folgenden Tagen außerordentliche Konferenzen zu veranstalten, bei denen einzelne Mitglieder des PA als Referenten auftreten sollten,<sup>52</sup> um so einerseits den Funktionären auf Bezirks- und Kreisebene den Standpunkt der Parteileitung darzulegen und um sich andererseits über die Meinung an der Basis zu informieren. Die Bezirksleitungen wandten sich an die Kreisverbände und forderten sie auf, über drei Punkte zu berichten: 1. Welche Meinungen sind in der Diskussion zum Fall Dertinger zu hören? 2. Sind Austritte festzustellen? 3. Hat der entsprechende KV Schritte eingeleitet, um dies zu verhindern?<sup>53</sup>

50 »Lehren«, NZ, 23. Januar 1953, S. 1.

51 HV-Sitzung vom 4. November 1952, ACDP VII-010-2052.

52 Protokoll vom 21. Januar 1953, ACDP VII-010-2067.

53 Stimmungsbericht zum Fall Dertinger, Großhain, 23. Januar 1953, ACDP VII-011-1201.

### Die Haltung der Parteibasis verhärtet sich

Die Parteimitglieder reagierten nach dem ersten Schock sehr unterschiedlich auf die Stellungnahmen Nuschkes und des PA. Einerseits hing dies vom Standpunkt zur neuen Ideologie ab, andererseits erfolgten die Meinungsäußerungen auch unabhängig davon und wurden von allen Mitgliedern geteilt. Insgesamt hatten sich in der Partei grob drei Richtungen entwickelt, wobei die Abgrenzungen fließend und auch ad-hoc-Meinungen möglich waren, die über diese Linien hinausgingen: a) Mitglieder, die der marxistisch geprägten Ideologie huldigten und dazu neigten, sich mehr oder weniger völlig an die von der Parteileitung vorgegebenen Leitlinien zu orientieren. b) Eher unentschlossene Personen, die zwar nicht jede neue Schwenkung ihrer Partei in Richtung Sozialismus sofort mitmachten, aber auch nicht in grundsätzlicher Opposition zu ihr und zum Staat standen. Für sie waren die Umwälzungen auf dem 6. Parteitag zu schnell geschehen. Sie dachten zwar nicht an Widerstand, waren aber auch noch nicht so weit, ohne weiteres die führende Rolle der Arbeiterklasse anzuerkennen. Aber dies war keine grundsätzliche Ablehnung, sondern lag hauptsächlich daran, daß diese Ideologie noch zu neu war. Für sie kam es vor allem darauf an, daß die christlichen Aspekte der Partei nicht verloren gingen. Dafür waren sie auch bereit, gewisse Nachteile in Kauf zu nehmen, vor allem im Berufsleben, wo vielfach SED-Mitglieder bevorzugt wurden. Durch ihre Haltung konnten sie leicht eine unbedachte politische Äußerung machen und in Konflikt mit der Justiz geraten. c) Die eigentliche Opposition wagte es kaum, sich zu artikulieren, da sie sonst Gefahr lief, verhaftet zu werden. Für sie hatte sich spätestens seit der illegalen Absetzung Kaisers durch die sowjetische Besatzungsmacht der Charakter ihrer Partei gewandelt. Viele dieser Mitglieder standen vor der Wahl, die DDR entweder freiwillig zu verlassen oder sich ständig der Gefahr einer möglichen Verhaftung auszusetzen; einige suchten Kontakt zum Ostbüro der Exil-CDU. Wollten sie aber weiter in der Partei mitarbeiten, weil sie glaubten, daß sich vielleicht im Laufe der Zeit etwas ändern könnte, so waren sie gezwungen, sich angepaßt zu geben. Die Parteileitung und die SED behandelten die eigentliche Opposition ebenso wie Dertinger als Verräter und Spione, obwohl sie sich an und für sich darüber im klaren sein mußten, daß zwischen den Oppositionellen und dem ehemaligen Außenminister beträchtliche ideologische Unterschiede bestanden. Durch die Verhaftung und den Vorwurf des Verrats mußte die Parteileitung der CDU darüber hinwegsehen. Für die Funktionäre war es gegenüber der Basis und gegenüber der SED ein einfacher, nicht zwischen Dertinger und etwa den im Erfurter Prozeß verurteilten Mitgliedern zu differenzieren, da sonst die Fragwürdigkeit der Verhaftung des ehemaligen Außenministers zu stark in den Vordergrund gerückt worden wäre. Durch-

gänglich war in der Regel die ländliche Bevölkerung konservativer eingestellt als die städtische. Dies lag daran, daß die Aufklärung über ideologische Veränderungen in den ländlichen Regionen noch nicht so weit fortgeschritten war.<sup>54</sup> Die Parteileitung führte dies zudem darauf zurück, daß hier entgegen der neuen politischen Ausrichtung noch immer die sogenannten Großbauern, d. h. nach der Ideologie der SED Landwirte, die zwischen 20 und 100 ha bewirtschafteten, ihren Einfluß ausübten und zum Ärger der Parteileitung teilweise auch die örtlichen Funktionäre stellten.<sup>55</sup>

Für die CDU-Mitglieder, die sich der neuen Ideologie der Partei angepaßt hatten, war die Bestürzung über die Verhaftung Dertingers wahrscheinlich am größten. Sie hatten in ihm ihr Vorbild gesehen, das wegen seiner rednerischen Begabung nicht nur bei der eigenen Partei überzeugen konnte, sondern auch bei Teilen der Bevölkerung.<sup>56</sup> Sie warfen nun der Parteileitung vor, daß sie an Dertinger festgehalten habe, obwohl sie über dessen Privatleben Bescheid wußte. Unausgesprochener Ausgangspunkt dieser Kritik war die Überzeugung, daß niemand einer Person, die ein unregelmäßiges Privatleben führt, auch politisch trauen könne. Hier wirkte sich die Überlegung negativ aus, Dertingers moralische Verfehlungen zu einem zentralen Thema der Aufarbeitung zu machen. Einige zeigten jedoch kein Verständnis dafür, daß die Parteileitung das Vorleben Dertingers für seine Handlungsweise verantwortlich machte, da sie darin einen Versuch der Parteiführung sahen, die eigene Schuld, das Versäumnis der Überprüfung und Kontrolle, von sich abzuwälzen.<sup>57</sup> Manche griffen auch die Stellungnahme Nuschkes an. Sie verglichen in erster Linie seinen Artikel vom 18. Januar mit dem Geburtstagsartikel vom Dezember und warfen ihm Leichtfertigkeit bei der Beurteilung von Personen vor.<sup>58</sup> Noch stärker richtete sich die Kritik gegen seine Notiz in der »Neuen Zeit« vom 17. Januar. Gerügt wurde sein Mangel an kämpferischer Auseinandersetzung mit dem Klassenfeind.<sup>59</sup>

Besonders kritisch wurde die Tatsache betrachtet, daß die Parteileitung mit zweierlei Maß Überprüfungen durchführte: Während sich die einfachen Mitglieder genauen Kontrollen unterziehen mußten, war dies bei Dertinger nur unzulänglich geschehen. Dadurch geriet aber das Vertrauen in die Parteileitung ins Wanken.<sup>60</sup> Einzelne forderten daher, daß die Funktionäre

54 E. Heinrich, Stimmungsbericht über den BV Neubrandenburg, 23. Januar 1953, ebd.

55 Vgl. Schlußwort Broßmann und Schlußanalyse, Bezirkskonferenz Magdeburg, 29. Januar 1953, ebd.

56 KV Freital, 20. Januar 1953; Stimmungsanalyse des BV Dresden, 27. Januar 1953, ebd.

57 KV Zittau an BV Dresden, 22. Januar 1953, ebd.

58 BV Dresden an Parteileitung, 21. Januar 1953, ebd.

59 Bezirkstagsabgeordneter Jochen Graf, Stellungnahme zum Fall Dertinger, Wernigerode, 27. Januar 1953, ebd.

60 BV Dresden, 21. Januar 1953; KV Weimar-Land, 19. Januar 1953, ebd.

der Partei nicht durch den Zentralen Untersuchungsausschuß, sondern durch einfache Mitglieder überprüft werden sollten.<sup>61</sup> Auch der Lebenslauf der führenden Funktionäre sollte der Parteibasis bekanntgegeben werden.<sup>62</sup> Zu den Kritikpunkten gehörte ebenfalls die mangelhafte Informationspolitik der Parteileitung, da durch fehlende Mitteilungen die Kreis- und Ortsfunktionäre die Basis nicht hinreichend genug aufklären könnten.<sup>63</sup>

Parteiaustritte gab es einige bei den die neue marxistische Anschauung vertretenden Mitgliedern. Nach außen geschah dies aus Entrüstung darüber, daß es in der CDU Verräter wie Dertinger gab. Für viele war dies aber lediglich der willkommene Anlaß gewesen, den längst beschlossenen Austritt auch wirklich zu vollziehen, da sie Karriere machen wollten und dafür das Parteibuch der CDU eher hinderlich war.<sup>64</sup>

Die Gründe für Dertingers Verrat in seinen moralischen Verfehlungen zu sehen, befriedigte wohl eher die zweite Gruppe, die sich stärker den christlichen Werten verpflichtet fühlte. Aus diesem Grund akzeptierte sie auch den Beitrag Nuschkes in der »Neuen Zeit« vom 18. Januar 1953, der für sie Menschlichkeit und Klarheit ausstrahlte. Sie betrachteten den Parteivorsitzenden als die einzige Person, auf die sich die Mitglieder noch verlassen konnten.<sup>65</sup> Auch diese Gruppe griff die Informationspolitik der Parteileitung an und forderte weiteres Beweismaterial für die Schuld Dertingers. Das eigentliche Ziel der Kritik waren aber die dürftigen Aussagen, die offizielle Stellen zur Verhaftung Dertingers machten. Denn viele befürchteten, daß die SED und ihre Justiz nicht die wahren Gründe für die Festnahme bekannt gaben. Sie zweifelten die Aussagen des MfS an, Dertinger habe Verrat begangen, und vermuteten, daß die SED mit dieser Aktion den Beginn für die Auflösung der CDU einleiten wolle. Dabei wurde der Fall Hamann als Parallele herangezogen<sup>66</sup> und die Frage gestellt, ob gegen Dertinger ein Schauprozeß geführt werden solle.<sup>67</sup> Es gab aber auch vereinzelte Stimmen, die die Ansicht vertraten, Dertinger habe Verrat begangen, weil er die Lage der DDR kannte und ihren baldigen Untergang erwartete.<sup>68</sup> Im BV Erfurt war diese Auffassung vor allem in intellektuellen Kreisen in den Städten Weimar, Erfurt und Eisenach zu finden.<sup>69</sup> Es wurde auch darauf hingewiesen,

61 KV Freital, 19. Januar 1953, ebd.

62 BV Chemnitz an Parteileitung, 20. Februar 1953, ebd.

63 KV Löbau an BV Dresden, 21. Januar 1953, ebd.

64 Diskussionsbeitrag Anderski, Bezirkskonferenz Chemnitz, 24. Januar 1953, ebd.

65 KV Freital, Stimmungsbericht zum Fall Dertinger, 20. Januar 1953; KV Liebenwerda, 21. Januar 1953, ebd.

66 Die Lage im BV Frankfurt/O. nach dem Fall Dertinger, 13. Februar 1953, ebd.

67 BV Schwerin, Kurzanalyse über den Fall Dertinger, Berlin, 13. Februar 1953, ebd.

68 BV Dresden, Stimmungsanalyse, 27. Januar 1953, ebd.

69 Analyse über die Auswertung des Falles Dertinger im BV Erfurt, [Mitte Februar 1953], ebd.

daß lediglich bei Verhaftungen von bürgerlichen Politikern in den Zeitungen Berichte zu finden seien. Einige stellten die Notwendigkeit einer weiteren Mitgliedschaft in der CDU in Frage, vor allem da sich dies für viele sowieso zum Nachteil auswirkte. Der Artikel Nuschkes und die Stellungnahme des Erweiterten Sekretariats brachten aber vielfach Beruhigung.<sup>70</sup> Daß die Kritik von Seiten der zögernden Parteimitglieder nicht weiterging, lag auch an der bereits im Kaiserreich und in der NS-Zeit geübten Haltung eines großen Teils der evangelischen Christen gegenüber dem Staat: »... daß es keine christliche Handlungsweise ist, gegen die Obrigkeit, in diesem Falle gegen die Deutsche Demokratische Republik, zu arbeiten, sondern daß es Pflicht sei, die Obrigkeit anzuerkennen und in diesem Staat auch als Christ seine Pflicht als Staatsbürger zu erfüllen.«<sup>71</sup> Diejenigen, die das als Tatsache akzeptierten, was CDU und SED über Dertinger verbreiteten, lehnten die so beschriebene Handlungsweise des ehemaligen Außenministers vehement ab, da dies den christlichen Glaubensvorstellungen nicht entsprach und der Verrat nur mit Hilfe von Lügen und Hinterlist möglich geworden sei, was weder einem Christen noch einem Funktionär einer christlichen Partei anstehe. Aus dieser Überlegung heraus entwickelte sich ein gewisses Mißtrauen und die Frage, wem man noch trauen kann. Diese Kritik richtete sich auch gegen den zu schnellen politischen Wandel in der Partei und den Druck, der auf die Mitglieder ausgeübt wurde, wenn sie aufgrund ihrer alten Anschauung noch nicht bereit waren, sich ganz auf die neue Linie der Partei einzustellen. Beklagt wurde, daß vielfach Unmögliches verlangt werde und dann eigentlich nur der Weg zur Lüge offen bleibe. Gefordert wurde, daß die Parteileitung die schwankenden Mitglieder nicht überreden, sondern überzeugen solle.<sup>72</sup> Befürchtet wurde nach den bisherigen Erfahrungen mit der Justiz, daß selbst kleinere Fehler schwer geahndet würden.<sup>73</sup>

Vereinzelt übten auch einige Mitglieder Kritik an der Art und Weise, wie die Parteileitung Dertinger behandelte. Sie äußerten Bedenken dagegen, daß die CDU noch vor dem Beginn eines Strafprozesses ihren ehemaligen stellvertretenden Parteivorsitzenden ausgeschlossen habe. Zudem gehöre es sich nicht für einen Christen, einen Haufen Unrat über einen Menschen auszuschütten, gleich was er verbrochen habe.<sup>74</sup>

Die Stimmungsberichte von der Basis waren in der Regel aufgrund von Meldungen der Kreisvorstände an die Bezirksleitungen entstanden. In vielen

70 BV Cottbus an Parteileitung, Situationsbericht, 20. Januar 1953, ebd.

71 KV Eisenach an Bezirksleitung Erfurt, 23. Januar 1953, ebd.

72 Stimmungsbericht zum Fall Dertinger, Großhain, 23. Januar 1953, ebd.

73 KV Löbau, Stimmungsbericht zum Fall Dertinger, o. D. [wahrscheinlich 23. Januar 1953], ebd.

74 [BV Leipzig], Stimmung der Bevölkerung der einzelnen Kreise zum Fall Dertinger, o. D.; Diskussionsbeitrag Liepold, Bezirkskonferenz Halle, 29. Januar 1953, ebd.

Kreisen fanden unmittelbar nach der Bekanntgabe der Verhaftung Sitzungen statt, auf denen das Problem diskutiert wurde. Die Kreisvorstände versuchten in der Regel die Kritik herunterzuspielen und behaupteten, daß sie der RIAS beeinflußt habe. Sie stellten die Forderung nach mehr Informationen als Sensationslust und Neugierde dar.<sup>75</sup> In einigen Fällen standen sich ein angepaßter Kreisvorstand und eine zögernde Basis gegenüber.<sup>76</sup>

Die direkte Opposition konnte sich aus Furcht vor Repressalien nur sehr selten äußern. So kritisierte der im katholischen Eichsfeld gelegene KV Heiligenstadt, der sowieso als Hort der Reaktion galt, da er sich 1948 nach der Absetzung Kaisers ausdrücklich zu diesem bekannt hatte, und auch sonst negativ aufgefallen war<sup>77</sup>, nicht den angeblichen Verrat Dertingers an der DDR, sondern daß dieser die CDU ins Lager des Marxismus-Leninismus geführt habe. Selbst der Vorsitzende des Kreises vertrat diese Auffassung.<sup>78</sup> Für die meisten in dieser Gruppe dürfte es eine Überraschung gewesen sein, daß Dertinger, den sie bisher als Moskau- und SED-hörig bekämpft und vielleicht sogar verachtet hatten, nun auf einmal auf die gleiche Ebene gestellt wurde wie die sieben im Erfurter Prozeß verurteilten CDU-Mitglieder. Dertinger wurde wie sie beschuldigt, Spionage betrieben zu haben, indem er Kontakt zu westlichen Stellen aufnahm. Beide trafen sich insofern in ihrem Kampf für ein vereintes Deutschland; allerdings strebten die oppositionellen CDU-Mitglieder einen nichtkommunistischen Staat an, während für Dertinger die Vereinigung im Vordergrund stand, die gesellschaftliche Ordnung eher zweitrangig war und er auch ein von der SED beherrschtes Deutschland akzeptiert hätte.

Einen gewissen Einblick in die Haltung der CDU-Opposition stellen auch die Reaktionen der Exil-CDU dar, da sie sich als das eigentliche Sprachrohr der in der DDR nicht zu Wort kommenden CDU verstand. Für Gradl war er nichts anderes als ein Verräter seiner Parteifreunde.<sup>79</sup> Kaiser sah in Dertinger den Mohr, der seine Schuldigkeit getan hatte, indem er seine Partei ans Messer geliefert und die Oder-Neiße-Grenze anerkannt hatte. Für ihn war die Verhaftung einerseits ein Signal zur »totalen Bolschewisierung der Sowjetzone« und andererseits ein Versuch der Kommunisten, für ihr eigenes Versagen einen Schuldigen zu finden. Nach dieser Anschauung beabsichtigten die ostdeutschen und sowjetischen Sicherheitsorgane Material

75 BV Suhl, Stimmungsbericht über die Auswertung des Falles Dertinger, Berlin, 13. Februar 1953, ebd.

76 KV Staßfurt, Situationsbericht über den Fall Dertinger, (eingegangen 28. Januar 1953); KV Staßfurt, Stellungnahme des Kreisvorstandes, 26. Januar 1953, ebd.

77 M. RICHTER (wie Anm. 1), S. 55, 230.

78 Analyse über die Auswertung des Falles Dertinger im BV Erfurt, [wahrscheinlich Mitte Februar 1953], ACDP VII-011-1201.

79 »Ulbricht geht aufs Ganze«, in: *Der Tag*, 17. Januar 1953, S. 2.

zusammenzutragen, um in Anlehnung an den Slánsky-Prozeß in der Tschechoslowakei (November 1952)<sup>80</sup> einen Schauprozeß in der DDR inszenieren zu können.<sup>81</sup> Insgesamt läßt sich bei der Exil-CDU Schadenfreude über die Festnahme Dertingers feststellen, vor allem die Karikaturen zeigen diese Tendenz. So wird einem Photo, das Dertinger im Kreis von Ministerkollegen darstellt, eine Zeichnung gegenübergestellt, die seine Verhaftung zeigt, als er das Außenministerium verläßt. Die Polizisten, die ihn bewachen sollen, werden als letzte »Ehrenkompagnie« betitelt.<sup>82</sup> Die »Rheinische Post« bezeichnet Dertinger, der aus einem Gefängnis blickt und dem ein Orden um den Hals hängt<sup>83</sup>, als »Innen«-Minister. Er wendet sich an den vor dem Gefängnis stehenden Nuschke und bittet, ihn zu befreien. Der Parteivorsitzende antwortet: »Mensch, ich bin froh, wenn du mich nicht rein holst.«<sup>84</sup>

Zwischen dem 24. und 31. Januar fanden Sitzungen der Erweiterten Bezirksvorstände statt, an denen als Gäste Mitglieder des PA teilnahmen, um in den Bezirksorganisationen die Politik der Parteileitung zu vertreten und um Informationen über die Stimmung in den Kreis- und Ortsverbänden zu erhalten: am 24. in Chemnitz (August Hillebrand), am 26. in Schwerin (Charlotte Hallscheidt), am 28. in Cottbus (Max Sefrin), in Weimar für den BV Erfurt (Toeplitz), in Dresden (August Bach), am 29. in Rostock (Erich Wächter), in Neubrandenburg (Reinhold Lobedanz), in Seelow für den BV Frankfurt/O. (Sefrin), in Meiningen für den BV Suhl (Bach), in Halle (Wujciak), in Gera (Toeplitz), in Magdeburg (Karl Broßmann), in Potsdam<sup>85</sup> und am 31. Januar in Leipzig (Sefrin).<sup>86</sup> Bei einigen Sitzungen waren auch Vertreter der SKK anwesend.<sup>87</sup> Die Konferenzen liefen alle nach dem gleichen Schema ab: Ein Mitglied des PA berichtete über den Beschluß vom 21. Januar und erläuterte einige Bestimmungen. Daran schloß sich eine Diskussion an. Ob die Beiträge abgesprochen waren, läßt sich nicht feststellen, möglich wäre es aber zumindest, da bereits vorher so verfahren wurde.<sup>88</sup> Im Protokoll der Bezirkskonferenz in Schwerin wurde ausdrücklich vermerkt, daß in Anwesenheit der Referentin des PA, Frau Hallscheidt, bereits am

80 Vgl. Artur LONDON, *Ich gestehe. Der Prozeß um Rudolf Slansky*, Berlin 1991.

81 »Kaiser: Totale Bolschewisierung der Sowjetzone«, FAZ, 19. Januar 1953, S. 3.

82 »Georg Dertinger einst – jetzt«, in: *Der Tag*, 17. Januar 1953, S. 3.

83 Dies war eine Anspielung auf den Ende Dezember 1952 verliehenen polnischen Orden.

84 »Dertinger jetzt »Innen«-Minister«, in: *Rheinische Post*, 17. Januar 1953.

85 Der vorgesehene Vertreter des PA, Minister Steidle, fehlte unentschuldigt. Bezirksverband Potsdam an Parteileitung, 2. Februar 1953, ACDP VII-011-1201.

86 Das Protokoll von Potsdam fehlt. Die übrigen liegen in: ebd.

87 Bezirkskonferenz Weimar, 28. Januar 1953; Bezirkskonferenz Leipzig, 31. Januar 1953, ebd.

88 So gab es für die Bezirkskonferenz in Erfurt am 13. Januar 1953, in der über den Erfurter Prozeß diskutiert werden sollte, vorbestellte Referate. F.-J. KOS (wie Anm. 5), S. 78.

23. Januar eine Sitzung des Bezirkssekretariats stattgefunden hatte, bei der sowohl eine EntschlieÙung wie auch die Tagung selber eingehend vorbereitet worden waren. Zudem wurde die Konferenz am 29. Januar gelenkt.<sup>89</sup> Da aber auch Kritik geübt wurde, teilweise sogar vehemente, können nicht alle Redebeiträge vorher abgestimmt gewesen sein. Am Ende der Diskussion gingen die jeweiligen Mitglieder des PA zustimmend auf die Wortmeldungen ein. Die Konferenzteilnehmer verabschiedeten in der Regel eine bereits vorher ausgearbeitete oder zumindest vorbereitete EntschlieÙung zum Fall Dertinger; einige wurden in den regionalen Zeitungen veröffentlicht. An den Sitzungen nahmen fast immer der Bezirksvorstand, die Mitarbeiter des Bezirkssekretariats, die Kreisvorsitzenden sowie die haupt- und ehrenamtlichen Kreisräte teil.

#### Die Mitglieder des PA vor den Bezirksverbänden

Hatte es bereits bei der Besprechung des PA am 21. Januar unterschiedliche Ansätze bei der Frage gegeben, wie den Mitgliedern der Verrat Dertingers und seine Beweggründe erläutert werden sollten, so traten diese erst Recht auf, als die Mitglieder des PA dies bei den einzelnen Bezirkskonferenzen darlegen mußten. Differenzen ergaben sich vor allem bei dem Problem, welche Lehren aus dem Fall in den Eingangsvorträgen näher erläutert werden sollten und welche nicht. Für alle war die Mitarbeit der CDU am Aufbau des Sozialismus selbstverständlich. Während Forderungen nach mehr Wachsamkeit, Schulung und eine stärkere Betonung von Kritik und Selbstkritik sowie die Verurteilung der feindlichen Theorien des Imperialismus und die Zusammenarbeit mit den Organen der Staatssicherheit mehr oder weniger zu den Standardaussagen gehörten, gab es Unsicherheiten bei den Punkten »führende Rolle der Arbeiterklasse« und »Einstellung zur Sowjetunion«. Bach, Toeplitz und Broßmann traten ausdrücklich für diese Punkte ein. Aber auch hier gab es Unterschiede. So erwähnte Bach als einziger nicht die Zusammenarbeit mit den Staatsorganen. Am radikalsten war Toeplitz, der keine Abweichungen von den Vorstellungen der Parteiführung zulassen wollte.

Er wandte sich entschieden gegen jeden, der die Angaben über den Verrat bezweifelte. Nach seiner Auffassung hatte das MfS erst zugegriffen, nachdem ausreichende Beweise vorhanden waren. Für ihn stand mit der Verhaftung die Schuld des ehemaligen Außenministers fest. Er wandte sich damit gegen den rechtsstaatlichen Grundsatz, daß ein Verhafteter solange als unschuldig gilt, bis ihn ein Gericht verurteilt hat. Eigentlich legte er auf diese Weise nur dar, welche Rechtsauffassung in der DDR herrschte.

<sup>89</sup> Bezirkskonferenz Schwerin, 29. Januar 1953, ACDP VII-011-1201.

In Weimar wandte Toeplitz sich vehement gegen die Anschauung Nuschkes, daß Dertinger ein psychologisches Rätsel sei. In Gera führte er dessen Verrat auf seinen Ehrgeiz zurück. Der Staatssekretär leugnete nicht, daß der ehemalige Außenminister sich sowohl als Christ wie als Politiker vergangen habe, aber entscheidend sei das politische Verbrechen. Auch die Aussage des Parteivorsitzenden, der Fall Dertinger interessiere die Partei nicht mehr, lehnte Toeplitz ab. Erst müsse das Vertrauen der »demokratischen Kräfte« in die CDU wiederhergestellt werden. Gegenüber schwankenden Mitgliedern zog er eine Trennungslinie: Es sei nicht möglich ein begeisterter Anhänger der CDU zu sein, wenn nicht gleichzeitig die Freundschaft zur Sowjetunion bejaht, die führende Rolle der Arbeiterklasse anerkannt und ein positives Bekenntnis zur nationalen Verteidigung ausgesprochen werde. Toeplitz forderte die Mitglieder seiner Partei ausdrücklich auf, mit den Organen der Volkspolizei und der Staatssicherheit zusammenzuarbeiten. Für ihn stand fest, daß in der CDU eine Atmosphäre der gegenseitigen Überwachung entstehen müsse, damit Agenten und Verräter aus der Partei heraus entlarvt werden könnten. Die einfache Frage, die einzelne Mitglieder bereits häufiger gestellt hatten, ob die CDU auch weiterhin den Außenminister stellen werde, betrachtete der Staatssekretär als Provokation. Er wandte sich ausdrücklich dagegen, die Verhaftung Dertingers als einen Schlag gegen die CDU anzusehen. Dies sei Propaganda des Westens. Die Überlegung, Dertinger habe die DDR verraten, weil er wisse, wie schlecht es um sie stehe, verdammt er als Legendenbildung aus dem Kreis der Intellektuellen.<sup>90</sup>

Auf der anderen Seite des Spektrums der Meinung innerhalb des PA stand Lobedanz. Er ging eher beiläufig auf die führende Rolle der Arbeiterklasse ein. Die Bezirksvorsitzende Heinrich mußte in ihrer Stellungnahme erklären, daß die Grundlage der CDU-Mitgliedschaft ein Bekenntnis zur Freundschaft mit der Sowjetunion sei. Sie forderte, daß alle Anhänger der Partei der »Deutsch-Sowjetischen Freundschaft« beitreten und daß sie die Bevölkerung über die Rolle der Sowjetunion im »Weltfriedenslager« aufklären müßten.<sup>91</sup>

Zu den wichtigsten Forderungen der Basis gegenüber der Parteileitung gehörte der Ruf nach mehr Informationen. Normalerweise gingen die Mitglieder des PA nicht darauf ein und wiesen darauf hin, daß der Fall vor Abschluß der Untersuchung nicht näher erläutert werden könne.<sup>92</sup> Es war noch nicht einmal sicher, ob der Fall vor einem deutschen Gericht oder

---

90 Ref. Toeplitz, Bezirkskonferenz Weimar, 28. Januar 1953; Ref. Toeplitz, Bezirkskonferenz Gera, 29. Januar 1953, ebd.

91 Ref. Lobedanz und Diskussionsbeitrag Heinrich, Bezirkskonferenz Neubrandenburg, 29. Januar 1953, ebd.

92 Ref. Wujciak, Bezirkskonferenz Halle, 29. Januar 1953; Ref. Toeplitz, Bezirkskonferenz Gera, 29. Januar 1953, ebd.

vor einem Sowjetischen Militärtribunal verhandelt werden würde, solange nicht geklärt war, wie weit die Belange der Besatzungsmacht betroffen waren.<sup>93</sup> Als Erklärung führten die Mitglieder des PA an, daß die DDR auf dem Weg zum Sozialismus einen weiteren Fortschritt gemacht habe und die Agententätigkeit Dertingers ein Angriff der Imperialisten sei, um diesen unaufhaltsamen Aufstieg der DDR zu stören. Broßmann variierte dieses Thema, indem er den Angriff im Fall Dertinger nicht direkt auf den Staat bezog, sondern auf die CDU. Es entstünden immer dann verräterische Gruppen in der Partei, wenn diese einen Schritt in Richtung Demokratisierung unternehme: 1945 die Krise um Hermes bei der Bodenreform, 1947 die Kaiser-Krise bei der Volkskongreßbewegung und 1950<sup>94</sup> die Hickmann-Krise bei der Gründung der DDR und die Frage der Wahlen.<sup>95</sup> Toeplitz lehnte konkrete Informationen, die über diesen Ansatz hinausgingen, ausdrücklich ab und bezeichnete es als Mythos, daß der ehemalige Außenminister durch seine Frauengeschichten in diese Lage gekommen sei.<sup>96</sup> Lobedanz erwähnte dagegen ausdrücklich, daß Dertinger durch seine »Charakterschwäche« – er ging nicht genauer darauf ein – erpreßbar geworden sei und deswegen für den Westen gearbeitet habe.<sup>97</sup> Bach, der sich am ausführlichsten mit dieser »Charakterschwäche« auseinandersetzte und neben einem Hang zum Trunk, vor allem Frauengeschichten anführte, ging etwas näher darauf ein: Er stellte fest, daß Dertinger sexuelle Beziehungen zu einer seiner Sekretärinnen (er nannte keine Namen) unterhalten habe, die Verbindung zum Westen aufgenommen und Personen an die Partei herangeführt habe, die der Parteileitung suspekt waren. Obwohl Götting diese Frau ausgeschaltet und Dertinger ermahnt habe, habe er sich weiter mit ihr getroffen.<sup>98</sup> Eine andere Variante wählte Hillebrand: Nach seiner Version wurde Dertinger weder erpreßt noch verübte er Verrat aus eigenem Antrieb. Diesmal war die ehemalige Referentin Ilse-Ruth Bubner die Hauptperson. Sie war von der Parteileitung anfänglich dazu eingesetzt worden, um mit Personen im Westen Kontakt aufzunehmen, die positiv zur DDR standen. Hillebrand erwähnte aber ebensowenig wie die anderen, welche Verbrechen Frau Bubner gegen die DDR verübt habe. Nach der Logik der Darstellung Hillebrands wäre sie eine Agentin der DDR gewesen, die vom Westen umgedreht worden war, um Spionage zu treiben. Frau Zinsser und ihrem ebenfalls verhaftetem Mann unterstellte er, sie hätten verwandtschaftliche Beziehungen zu dem amerikanischen Hochkommissar für Deutschland, John Jay McCloy

93 Ref. Wächter, Bezirkskonferenz Rostock, 29. Januar 1953, ebd.

94 Zu den Krisen vgl. M. RICHTER (wie Anm. 1), passim.

95 Ref. Broßmann, Bezirkskonferenz Magdeburg, 29. Januar 1953, ACDP VII-011-1201.

96 Ref. Toeplitz, Bezirkskonferenz Gera, 29. Januar 1953, ebd.

97 Ref. Lobedanz, Bezirkskonferenz Neubrandenburg, 29. Januar 1953, ebd.

98 Ref. Bach, Bezirkskonferenz Dresden, 28. Januar 1953, ebd.

(1949-1952) über das amerikanische Bankhaus Zinser gehabt. Hillebrand griff damit eine Behauptung Albert Nordens (SED) (1949-1952 Leiter der Hauptabteilung Presse im Amt für Information) auf. Weil er selber nur über spärliche Informationen verfügte, ließ er sich damit bewußt oder unbewußt auf eine Taktik ein, die bereits erfolgreich in Schauprozessen eingesetzt worden war: nämlich einen Angeklagten zu diffamieren, indem ihm verwandtschaftliche oder besser noch materielle Verbindungen zum Westen nachgesagt wurden.<sup>99</sup>

Sefrin und Broßmann neigten mehr der Auffassung von Toeplitz zu: Sie gingen davon aus, daß Dertinger Verrat und Verbindung zum Westen aufgenommen habe. Über die näheren Umstände konnten sie natürlich ebenso wenig sagen wie der Staatssekretär im Justizministerium.<sup>100</sup> Allerdings erwähnten auch sie wie die übrigen Mitglieder des PA während der Bezirkskonferenzen den persönlichen Lebenswandel Dertingers. Dies geschah einerseits, um Dertinger zu diffamieren und ihn vor den christlichen Mitgliedern herabzusetzen. Bereits im Erfurter Prozeß war versucht worden, die Angeklagten aus der CDU auszugrenzen, in dem ihnen vorgeworfen wurde, ihre Spionage verstoße gegen christliche Prinzipien. Auf der anderen Seite ließ sich auf diese Art die von der SED übertragene Aufgabe leichter durchführen und die CDU brauchte nur indirekt die Verantwortung für den Fall zu übernehmen. Nach dieser These war die Parteileitung über den unsittlichen Lebenswandel Dertingers informiert gewesen und ließ sich durch seine brillianen Reden davon ablenken, daß er ein Doppelspiel getrieben habe. Eine Person, die im Privatleben nicht vertrauenswürdig war, konnte dies auch im politischen Leben nicht sein. Daher sollte bei der Überprüfung von Personen auch zukünftig das Privatleben mit einbezogen werden – in der Diskussion wurde sogar gefordert, daß auch die Ehefrauen zu kontrollieren seien.<sup>101</sup>

Allerdings hielten sich nicht alle Mitglieder des PA an die vorgegebene Linie, die alleinige Schuld am Fall Dertinger der CDU anzulasten. Hillebrand führte an, daß alle Funktionäre der CDU nicht nur von der Partei, sondern auch von »anderen Leuten, die es sehr viel gründlicher genommen haben«, durchleuchtet worden seien. Damit schob er eine gewisse Teilschuld auch dem MFS und den entsprechenden sowjetischen Organen zu.<sup>102</sup> Auf diese Weise stellte er sich gegen die Auffassung von Toeplitz und auch von

---

99 Ref. Hillebrand, Bezirkskonferenz Chemnitz, 24. Januar 1953, ebd.

100 Ref. Sefrin, Bezirkskonferenz Cottbus, 28. Januar 1953; Ref. Broßmann, Bezirkskonferenz Magdeburg, 29. Januar 1953, ebd.

101 Diskussionsbeitrag Göthling, Bezirkskonferenz Dresden, 28. Januar 1953, ebd.

102 Ref. Hillebrand, Bezirkskonferenz Chemnitz, 24. Januar 1953, ebd.

Grotewohl, der gesagt hatte, daß jede Partei für die Funktionäre, die sie selber vorgeschlagen hatte, die Verantwortung übernehmen müßte.<sup>103</sup>

Die zu verurteilenden Ideologien des Imperialismus behandelten die meisten nur kursorisch. Für Toeplitz, Wujciak, Broßmann und Sefrin stand dabei der Pazifismus im Vordergrund. Sie forderten ganz im Sinne der SED zur Abwehr imperialistischer Angriffe den Aufbau einer eigenen DDR-Armee.<sup>104</sup>

Die Diskussionsteilnehmer in allen Bezirkskonferenzen bejahten in der Regel die Notwendigkeit verstärkter Kritik und Selbstkritik, erhöhter Wachsamkeit und Bedarf an weiterer Schulung. Gelegentlich wiesen sie auch darauf hin, daß eine engere Zusammenarbeit mit dem MfS unvermeidlich sein würde. Abgelehnt wurde die Forderung von Hillebrand, daß jeder Funktionär nicht nur für sich und seine Handlungen verantwortlich sei, sondern auch für die seines Nebenmannes. Auch die Entwicklung eines Spitzelsystems, wie es offenbar viele nach den Vorträgen der Mitglieder des PA befürchteten, wurde verworfen. Denn dadurch könnten sehr schnell Personen, die einmal ein unbedachtes Wort äußerten, veranlaßt werden in den Westen zu gehen, weil sie befürchten müßten, verraten und verhaftet zu werden.<sup>105</sup>

Die Diskussionsteilnehmer benutzten ähnliche Argumente, wie sie bereits vorher in den Kreis- und Ortsverbänden unmittelbar nach der Festnahme Dertingers geäußert worden waren, wenn auch die erste Gruppe bei den Bezirkskonferenzen überwog. Kaum jemand erwähnte die Anerkennung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und die Freundschaft zur Sowjetunion. Bei dem ersten Punkt kam sogar gelegentlich Kritik auf. So wurde z. B. gefragt, warum die CDU diesen Anspruch der SED anerkennen müsse, da auch in den Reihen der Union Arbeiter tätig seien und die Ablehnung des Marxismus einen Arbeiter doch nicht zum Nichtarbeiter macht.<sup>106</sup>

Im allgemeinen begrüßten die Mitglieder die Untersuchungsausschüsse, allerdings weniger aus ideologischen Gründen als vielmehr aus Mißtrauen gegenüber der Parteiführung. Sie forderten daher, daß ihre Biographien veröffentlicht und durch einfache Mitglieder überprüft werden sollten. Eine solche Transparenz lehnte der PA natürlich ab. Am vehementesten richtete sich die Kritik gegen den PA bei der Frage, warum dieser Dertinger weiter geduldet habe, obwohl sein Vorleben (Kadett, Mitglied des Stahlhelms) und Privatleben bekannt war. Für viele war es unverständlich, daß ein solcher

103 Ref. Toeplitz, Bezirkskonferenz Weimar, 28. Januar 1953, ebd.

104 Ebd.; Ref. Wujciak, Bezirkskonferenz Halle, 29. Januar 1953; Ref. Sefrin, Bezirkskonferenz Cottbus, 28. Januar 1953; Ref. Broßmann, Bezirkskonferenz Magdeburg, 29. Januar 1953, ebd.

105 Ref. Hillebrand und Diskussionsbeitrag Hilbert, Bezirkskonferenz Chemnitz, 24. Januar 1953, ebd.

106 Diskussionsbeitrag John, Bezirkskonferenz Dresden, 28. Januar 1953, ebd.

Mann überhaupt in der CDU Karriere machen konnte. Daher sollten auch Kritik und Selbstkritik bis in die Spitze der Partei reichen.

Für viele der Kritiker stellte der Fall aber lediglich eine willkommene Gelegenheit dar, um eine grundsätzliche Mißbilligung auszusprechen. Sie bemängelten primär, daß sich die Parteileitung, aber auch die Bezirksleitungen so gut wie gar nicht um Kreis- und Ortsverbände kümmern würden. Den Funktionären in Berlin warfen sie vor, sie würden mit ihren Köpfen über einer Wolkendecke schweben und nicht mehr sehen, was an der Basis passiere. Einer sprach von der Arroganz der Bezirksverbände.<sup>107</sup> In Bezug auf Kritik und Selbstkritik bemängelten viele, daß Verbesserungsvorschläge, Anregungen und Mißbilligungen häufig nicht an die oberen Parteistellen weitergeleitet würden. Daher wurde verlangt, daß sich in Zukunft die Parteileitung und die Bezirksverbände intensiver um die Kreis- und Ortsverbände kümmern sollten. Dazu gab es Forderungen, die Kreisverbände an der Kaderauswahl zu beteiligen<sup>108</sup> und sie schneller über aktuelle Ereignisse zu informieren. Der Anspruch der Basis, von der Parteileitung intensiver berücksichtigt zu werden, fand auch in einigen EntschlieBungen der Bezirkskonferenzen Berücksichtigung. Ziemlich ungewöhnlich zum Ende der Stalinära war die Kritik am Personenkult, der um Dertinger getrieben wurde. Die Gleichsetzung von CDU und Dertinger auf dem 6. Parteitag wurde als Beweihräucherung angesehen, die unchristlich sei.<sup>109</sup>

Relativ selten kam Kritik an der Situation in der DDR auf. Während der Bezirkskonferenz in Magdeburg griff ein Parteimitglied, das sich vorher eher im Sinne des Systems geäuBert hatte, frontal die Besatzungsmacht an: »So wäre es auch Aufgabe unserer höchsten Parteileitung dafür zu sorgen, daß auch unsere Besatzungsmacht aufgeklärt wird, daß gewisse Methoden, die vom Zarismus her in Rußland wohl doch in Fleisch und Blut übergegangen sind, für Deutschland unmöglich sind, d. h. es muß der Ausgleich geschaffen werden zwischen Kapitalismus und Sowjetismus. Da sind gewisse Dinge, die für hier nicht geschaffen sind und die ausgerottet werden müssen. ... Hier hat die CDU die besondere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Besatzungsmacht sich darüber Gedanken macht, was von den russischen Methoden in unserem deutschen Volk angebracht ist oder nicht.« Diesen Vorwurf wies zwar sofort ein anderes Parteimitglied zurück,<sup>110</sup> aber dies dürfte ein Beitrag gewesen sein, dem viele CDU-Mitglieder insgeheim zugestimmt haben würden. Im Grunde steckte dahinter der von Anton

107 Diskussionsbeitrag Nothes, Bezirkskonferenz Chemnitz, 24. Januar 1953; Diskussionsbeitrag Scholz, Bezirkskonferenz Dresden, 28. Januar 1953, ebd.

108 Diskussionsbeitrag Zillig, Bezirkskonferenz Leipzig, 31. Januar 1953, ebd.

109 Diskussionsbeitrag Vogel, Bezirkskonferenz Dresden, 28. Januar 1953, ebd.

110 Diskussionsbeitrag Riegelmann und Kotulla, Bezirkskonferenz Magdeburg, 29. Januar 1953, ebd.

Ackermann (SED) formulierte Ausspruch vom besonderen deutschen Weg zum Sozialismus, den die SED später, als sie ihren Kurs radikalisierte, fallenließ.

Eine Reihe von Parteimitgliedern nutzte die Gelegenheit, um Probleme, die nichts mit dem Fall Dertinger zu tun hatten, dem anwesenden Mitglied des PA vorzutragen, in der Hoffnung, auf diese Weise eher etwas erreichen zu können, als wenn der mühsame Weg zur Parteihierarchie eingehalten würde. Im Mittelpunkt stand in erster Linie das Problem der Großbauern, die die SED und die ihr hörige Justiz durch Enteignungen und LPG-Gründungen zu lösen suchte. Vor allem bei der Unterscheidung zwischen werktätigen Bauern und Großbauern gab es immer wieder Proteste, wenn Landwirte, die mit einigen ha über der Grenze lagen, als Großbauern eingestuft wurden, obwohl ein Teil der Betriebsfläche Brachland oder Wiesen war.<sup>111</sup> Der Forderung, daß den Landwirten, die vor dem Problem standen, in eine LPG eintreten zu müssen, von der Bezirksleitung Experten zur Verfügung gestellt werden sollten, um sie zu beraten, begegnete Broßmann schroff mit der Feststellung, daß die CDU keine Partei der Großbauern sei und sie sich nicht vor deren Karren spannen lasse.<sup>112</sup> Toeplitz, der mit der Forderung konfrontiert wurde, daß diejenigen CDU-Mitglieder, die nicht bereit seien, ihren Boden einer LPG zuzuführen – ausdrücklich wurde Nuschke genannt –, für die Partei nicht mehr tragbar seien, lehnte dies als Radikalismus ab. Nach seiner Auffassung würde sowieso z. Z. kein gesteigerter Wert auf den Aufbau von LPG gelegt.<sup>113</sup> Entweder wußte der Staatssekretär nicht genau über die Enteignungspolitik der SED Bescheid – was sehr unwahrscheinlich ist –, oder er versuchte bewußt, durch Fehlinformationen die aufgebrachtten Mitglieder zu beruhigen.

In allen Bezirkskonferenzen hatten sich die Mitglieder gegen den PA gewandt und ihm die Schuld am Fall Dertinger gegeben. Aber nirgends war die Kritik so heftig wie in Halle. Wujciak bezeichnete in Anlehnung an Nuschke Dertinger als psychologisches Rätsel. Er sprach lediglich die Punkte Mitarbeit am Nationalen Aufbauwerk, Verteidigung der DDR, Zusammenarbeit mit den Staatsorganen und Auseinandersetzung mit den feindlichen Theorien an. Die Konferenzteilnehmer kritisierten die mangelnde Menschenkenntnis des PA sowie seine ungleiche Behandlung von einfachen Parteimitgliedern und höheren Funktionären bei der Wachsamkeit; sie forderten ein Recht auf Kritik am PA und erwarteten, daß dieser entsprechende Konsequenzen ziehen sollte. Einer sprach sogar davon, daß sich die Mitglieder nicht mehr

<sup>111</sup> Diskussionsbeitrag Schmidt, Bezirkskonferenz Cottbus, 28. Januar 1953, ebd.

<sup>112</sup> Diskussionsbeitrag Riegelmann, Schlußwort Broßmann, Bezirkskonferenz Magdeburg, 29. Januar 1953, ebd.

<sup>113</sup> Diskussionsbeitrag Kujat, Schlußwort Toeplitz, Bezirkskonferenz Gera, 29. Januar 1953, ebd.

weiter einer »gewissen Führerbestimmung« unterordnen wollten. Letztendlich lief die Kritik darauf hinaus, daß der PA personalpolitische Konsequenzen in seinen eigenen Reihen ziehen sollte. Wujciak, von der Härte der Kritik offensichtlich überrascht, suchte durch den Hinweis, daß es auch in anderen kommunistischen Staaten Verrat gegeben habe – er führte den Fall Slánsky an –, die Mißbilligungen zu entschärfen.<sup>114</sup>

Obwohl alle Redner des PA in ihren Referaten die Forderung nach Kritik und Selbstkritik stellten, hielten sie sich nicht selber daran. Wenn sie von Fehlern dieses Parteigremiums sprachen, erwähnten sie es lediglich als Kollektiv. Außer Hillebrand, der zugab, selber dem Nimbus von Dertinger erlegen zu sein,<sup>115</sup> übernahm niemand eine persönliche Verantwortung dafür, daß sich Dertinger solange halten konnte. Von den einfachen Parteimitgliedern erwartete das Gremium aber, daß sie sich selbstkritisch äußerten.

Insgesamt dürften die Konferenzen für die Mitglieder des PA eher negativ verlaufen sein, da es zu wichtigen Punkten der Entschließung vom 21. Januar, wie Bereitschaft zur Verteidigung der DDR, der führenden Rolle der Arbeiterklasse sowie der Freundschaft mit der Sowjetunion, keine Diskussionsbeiträge gegeben hatte. Lediglich in Neubrandenburg hatte sich die Bezirksvorsitzende positiv zur Freundschaft mit der Sowjetunion geäußert, in Magdeburg war sie in Frage gestellt worden. Zwar schienen die in den Zeitungen veröffentlichten Entschließungen ein etwas anderes Bild zu bieten, aber einerseits waren diese in einigen Fällen schon vorher von den Bezirksleitungen formuliert oder auf Druck der Mitglieder des PA geändert worden, und auf der anderen Seite konnten selbst diese nicht den Vorstellungen der Parteileitung entsprechen, da zwar einige der wichtigen Punkte häufiger vorkamen, dahinter aber kaum die Ansicht der Parteimitglieder stand. So wies der Bezirksvorsitzende von Chemnitz, Wagner, am Schluß der Tagung darauf hin, daß die Ausführungen der Teilnehmer nicht kämpferisch genug gewesen seien und einzelne Anwesende überhaupt nicht gesprochen hätten. Er beklagte auch, daß dadurch kein entsprechendes Konzept erarbeitet werden konnte, wie in den Ortsgruppen und den Kreisverbänden die Mitglieder von der Notwendigkeit der Maßnahmen überzeugt werden könnten.<sup>116</sup> Der Bezirksvorsitzende von Frankfurt/O. bedauerte das mangelnde Interesse und die geringen Erträge bei der Diskussion.<sup>117</sup>

---

114 Bezirkskonferenz Halle, 29. Januar 1953, ebd.

115 Ref. Hillebrand, Bezirkskonferenz Chemnitz, 24. Januar 1953, ebd.

116 Schlußwort Wagner, ebd.

117 Die Lage im Bezirksverband Frankfurt/O. nach dem Fall Dertinger, 13. Februar 1953, ebd.

## Nachwirkungen

Am 1. Februar zog Götting in einem Artikel in der »Neuen Zeit«, der auch in den anderen Parteiblättern erschien, ein Resümee zum Fall Dertinger. Erneut beharrte er auf der Spionage these und der Feststellung, daß der Fall als Angriff der Imperialisten auf das Friedenslager anzusehen sei. Geschickt vermischte er die Forderung der Parteimitglieder nach Aufklärung über die näheren Umstände des Verrats mit der Kritik an der mangelnden Wachsamkeit des PA und fand die Kritik einer klaren Antwort notwendig. Dies tat er aber nicht. Er ging nicht weiter auf die Forderung nach mehr Information ein und entschuldigte die fehlende Wachsamkeit des PA mit der fadenscheinigen Begründung, daß Spione nicht offen auftreten würden. Dies war wohl ein Zeichen dafür, daß ihm die Kritik der Mitglieder am PA zu weitgehend war. Als Grund dafür, daß Dertinger angeblich erfolgreich arbeiten konnte, führte der Generalsekretär an, daß die dem neuen Kurs verbundenen Kräfte nicht mit der genügenden Härte gegen die Stützpunkte des Gegners vorgegangen seien. Als Fehler führte er auf: a) Nichtbekämpfung der feindlichen Theorien; b) Nichtbeachtung der Lehren aus der Geschichte der CDU in ihrem Kampf gegen die Opposition; c) fehlende Wachsamkeit und Mangel an kritischer Überprüfung bei der Arbeit des PA und d) Vernachlässigung der innerparteilichen Demokratie, d.h. von Kritik und Selbstkritik. Er versprach, daß sich der HV der Partei im Februar ernsthaft mit den auf den Bezirkskonferenzen gemachten Vorschlägen auseinandersetzen werde. Zum Schluß demonstrierte er Optimismus und erklärte, daß die Mitglieder der Partei die Beschlüsse des PA ernsthaft diskutieren würden, da alle begriffen hätten, daß von deren Durchführung das Vertrauen der übrigen Parteien abhängig sei. Götting verwies damit indirekt auf den Druck, der auf die CDU ausgeübt wurde. Es klang wie eine Beschwörung, als er vermutete, daß es nach Überprüfung der leitenden Mitarbeiter und dem Austausch der Mitgliedsbücher keine feindlichen Agenten mehr in den Reihen der CDU geben dürfe. Aber eigentlich mußte sich der Generalsekretär nach den Ergebnissen der Bezirkskonferenzen darüber im klaren sein, daß die CDU ohne Druck von außen nicht die stromlinienförmige Partei sein würde, die die SED wollte.<sup>118</sup>

Bei der Sitzung des Erweiterten Sekretariats am 30. Januar stand der Fall Dertinger schon nicht mehr auf der Tagesordnung, sondern nur noch die unmittelbaren Folgen. Götting zog, wohl um Optimismus zu demonstrieren, aus den mündlichen Berichten der Bezirksvorsitzenden die Schlußfolgerung, daß die Konferenzen im allgemeinen gut verlaufen seien. Bei der Diskussion griffen die Teilnehmer den Vorschlag der meisten Bezirkskonferenzen auf

<sup>118</sup> Gerald Götting, »Das zeigt uns der Fall Dertinger«, NZ, 1. Februar 1953, S. 1 f.

und empfahlen den Mitgliedern des PA und des Sekretariats, häufiger Kontakt zu den Kreis- und Ortsgruppen aufzunehmen. Der PA bestimmte anschließend den genauen Ablauf der Parteiüberprüfungen und die Richtlinien dazu, die lediglich eine Verschärfung bereits bestehender Anweisungen waren.<sup>119</sup>

Probleme bereitete die notwendig gewordene Maßnahme, den Namen Dertinger aus der Parteiliteratur zu entfernen. Eine Broschüre zum »Christlichen Realismus« mit den Hauptreferaten der Meißener Tagung vom Oktober 1951<sup>120</sup> enthielt u. a. auch einen Beitrag von ihm.<sup>121</sup> Dies mußte ebenso überprüft werden wie die Publikation der Referate auf dem 6. Parteitag. Gleichzeitig sollte ein Index mit der verbotenen Literatur erstellt werden.<sup>122</sup> Letzteres regten auch die Sekretariate der Bezirke an. Der BV Erfurt wollte Beiträge Dertingers aus dem vorhandenen Schrifttum herausnehmen.<sup>123</sup> Am 6. Februar sperrte das Sekretariat der Parteileitung die Broschüre »Christlicher Realismus« wegen des Beitrags von Dertinger. Zwei weitere Parteischriften sollten mit der Auflage, Dertingers Namen aus dem Inhaltsverzeichnis zu streichen bzw. ihn unkenntlich zu machen, zugelassen bleiben.<sup>124</sup>

Damit begann sich die Parteileitung aber bereits vom Fall Dertinger zu lösen und die ihr aufgezwungenen Lehren in die Tat umzusetzen. So betrachtete bereits am 13. Februar der PA den Fall Dertinger nicht mehr als herausgehobenes Ereignis, sondern auf gleicher Ebene wie den Erfurter Prozeß und den Fall Obergebra.<sup>125</sup> Alle drei Fälle lieferten nur noch Argumente, um die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Steigerung der innerparteilichen Wachsamkeit zu begründen. Auch der wegen Erkrankung Nuschkes erst am 25. März einberufene HV beschäftigte sich nicht mehr direkt mit dem Fall Dertinger, sondern nur noch mit den daraus zu ziehenden Lehren.

119 Siehe dazu: J. FRANKE (wie Anm. 1), S. 295 f.

120 Zur Meißener Tagung vgl. M. RICHTER (wie Anm. 1), S. 318 ff.; M. RISSMANN (wie Anm. 48), S. 131 ff.

121 Georg DERTINGER, *Christlicher Realismus und der Kampf für den Frieden*, in: *Christlicher Realismus. Hauptreferate der Arbeitstagung der CDU in Meißen vom 19. bis 21. Oktober 1951*, Ost-Berlin 1951, S. 42-60.

122 Protokoll über die Sitzung des Erweiterten Sekretariats der Parteileitung vom 30. Januar 1953, ACDP VII-011-1835. J. FRANKE (wie Anm. 1), S. 289, S. 294 f., Dok. 3, bietet einen Auszug.

123 Protokoll der Sitzung des Erweiterten Sekretariats der CDU Erfurt, 31. Januar 1953, ACDP VII-011-1415.

124 J. FRANKE (wie Anm. 1), Dok. Nr. 5, S. 295 f.

125 Bei einem Streit während der Feier zum 1. Mai 1952 in Obergebra zwischen zwei CDU-Mitgliedern und einem von der SED kam der SED-Mann zu Tode. Dafür verurteilte das Landgericht Mühlhausen die beiden wegen Mordes zum Tode. R. BECKERT (wie Anm. 2), S. 239 f.

Der Parteileitung gingen die Vorfälle während der Bezirkskonferenz in Halle zu weit. Ohne den Vorsitzenden des Bezirksverbandes, Wujciak, zu informieren, gab Götting die Ausarbeitung einer Stellungnahme in Auftrag, die am 6. Februar in der »Neuen Zeit« erschien. Darin wurde zwar die Kritik an der Parteiführung als sehr mutig bezeichnet, aber beanstandet, daß die Arbeit des Bezirksverbandes nicht ebenfalls kritisch eingeschätzt worden sei. Dann wurden eine Reihe von Beispielen aus den Kreisverbänden des Bezirks Halle aufgeführt, wo Fehler in der Parteiarbeit aufgetreten seien. Die Parteileitung warf dem Bezirksverband genau das vor, was bei ihr selbst getadelt worden war: Schreibtischarbeit.<sup>126</sup> Wujciak, der während der entscheidenden Sitzung am 4. Februar nicht anwesend war, kritisierte die Vorgehensweise der Parteileitung, da sie bei den angegebenen Fällen nicht genügend recherchiert habe.<sup>127</sup> Trotzdem erschien am folgenden Tag in der »Neuen Zeit« die angeforderte Selbstkritik des BV Halle, in der er den Vorwürfen der Parteileitung zustimmte. Er beschloß dann aus der gewonnen Erkenntnis heraus die entsprechenden Beschlüsse. Vor allem wurde Wert darauf gelegt, daß die Kreis- und Ortsverbände in diese Arbeit mit einbezogen werden sollten.<sup>128</sup> Diese Beschlüsse hatte allerdings nicht der Bezirksvorstand Halle gefaßt, sondern das Erweiterte Sekretariat, das in seiner Sitzung am 13. Februar die endgültige Fassung verabschiedete.<sup>129</sup> Als Zeichen dafür, daß die innerparteiliche Demokratie nach oben nicht zu weit getrieben wurde, mußten die übrigen Bezirksvorstände diese Schlußfolgerungen ebenfalls akzeptieren und ihren jeweiligen Kreisvorständen die beiden Artikel in der »Neuen Zeit« als Diskussionsgrundlage vorschreiben; diese mußten dazu Stellung nehmen. Anhand dieses Beispiels sollte den Mitgliedern eine Einführung in die »Kunst« der Kritik und Selbstkritik gegeben werden. Gleichzeitig sollte in den Kreisverbänden über den Fall Dertinger diskutiert werden.<sup>130</sup> Dies geschah zwar auch, aber die Kreisverbände meldeten, daß bei den einfachen Unionsmitgliedern kaum noch Interesse daran bestand und daß diese nur dann darüber sprächen, wenn sie von außen dazu angesprochen würden. Die schlechte Versorgungslage und die täglichen Sorgen hatten längst die Sensation der Verhaftung überdeckt. Dadurch gelang es den Funktionären auch nicht, die notwendigen Lehren den Mitgliedern verständlich zu machen. Es kam sogar vor, daß Mitglieder von der Parteileitung forderten, sie solle sich über verhaftete CDU-Mitglieder

126 »Worüber man hätte sprechen müssen«, NZ, 6. Februar 1953, S. 3.

127 Protokoll des Erweiterten Sekretariats vom 13. Februar 1953, ACDP VII-011-1835.

128 Bezirksvorstand Halle nimmt selbstkritisch Stellung, NZ, 14. Februar 1953, S. 3.

129 Protokoll vom 13. Februar 1953, ACDP VII-011-1835.

130 Protokoll über die Sitzung des Erweiterten Sekretariats der Bezirksleitung Erfurt, 16. Februar 1953, ACDP VII-011-1415.

bei den Staatsorganen erkundigen und für ihre Freilassung einsetzen.<sup>131</sup> Für die Bezirksvorsitzenden, aber auch für die Parteileitung hatten die Kreis-konferenzen zum Fall Dertinger nicht die gewünschten Ergebnisse, da die persönlichen Probleme vor die ideologische Überzeugung gestellt worden waren.<sup>132</sup> Dies lag aber auch daran, daß sich trotz aller Aufklärung, bei vielen einfachen Mitgliedern die Überzeugung durchsetzte, daß Dertinger Verrat verübt habe, weil er von der Daseinsberechtigung der DDR nicht mehr überzeugt gewesen sei.<sup>133</sup>

Aber auch wichtige Punkte der Entschließungen vom 21. und 30. Januar waren nicht durchzusetzen. Bereits am 16. Februar wurde bekanntgegeben, daß auf Beschluß des PA die Ausgabe der neuen Mitgliedsbücher ohne besondere Prüfung vorstatten gehen sollte.<sup>134</sup> Damit war ein wichtiger Schritt zur Überprüfung der einfachen Mitglieder aufgegeben worden. Möglicherweise spielte bei der Entscheidung der Parteileitung auch eine Rolle, daß sich einige Unionsmitglieder geweigert hatten, Beiträge zu zahlen, wenn sie nicht die neuen Mitgliedsbücher (ohne Überprüfung) erhielten.<sup>135</sup> Zudem dürfte für diesen Schritt mitverantwortlich gewesen sein, daß sich viele der schwankenden CDU-Mitglieder durch die Überprüfungen bedroht fühlten und deswegen das Land verließen. Durch den einfachen Umtausch konnte dies vermieden werden.

Der zentrale Untersuchungsausschuß mußte bei seinem Abschlußbericht konstatieren, daß bei einer Anzahl von Mitarbeitern der Parteileitung erhebliche ideologische Mängel festzustellen seien, daß ein Teil keiner gesellschaftlichen Organisation angehöre und daß bei einigen sogar Bedenken gegen eine Weiterbeschäftigung bestünden.<sup>136</sup> Auch in diesen Fällen sollte die Schulung eine wichtige Rolle spielen, um ideologische Schwächen abzubauen. Allerdings lag gerade dieser Bereich der Parteiarbeit im argen. Götting hatte bereits während der Sitzung des HV im März beklagt, daß ein Viertel der Plätze an den Parteischulen nicht ausgenutzt wurde.<sup>137</sup> Daran änderte sich in Zukunft nichts.<sup>138</sup>

131 Planbericht des BV Gera für den Monat Februar 1953, Planbericht für den Monat Februar, Bezirk Gera, KV Eisenberg, Greiz, Jena-Land, Schleiz, Zeulenroda, ACDP VII-045-165/6.

132 Protokoll des Erweiterten Bezirksvorstandes Erfurt, 1. März 1953, ACDP VII-011-1415.

133 Die Lage im BV Frankfurt/O., 13. Februar 1953; BV Magdeburg, Stimmungsbericht aus Anlaß des Falles Dertinger, 13. Februar 1953; Analyse über die Auswertung des Falles Dertinger im BV Erfurt, o. D. [wahrscheinlich Mitte Februar 1953], ebd.

134 Protokoll des Erweiterten Sekretariats der Bezirksleitung Erfurt, 16. Februar 1953, ACDP VII-011-1415.

135 Diskussionsbeitrag Liemann, Bezirkskonferenz Contbus, 28. Januar 1953, ACDP VII-011-1201.

136 Zentraler Untersuchungsausschuß, Abschlußbericht über die Überprüfung der Mitarbeiter der Parteileitung, 11. Mai 1953, ACDP VII-010-1214.

137 HV-Sitzung vom 25. März 1953, ACDP VII-010-2053.

138 Vgl. M. RISSMANN (wie Anm. 48), S. 155 ff.

Auch die Forderung nach einer permanenten Beachtung von Kritik und Selbstkritik war wohl nur schwer in der CDU durchzusetzen. Der PA hatte seine eigene Selbstkritik zurückgenommen und stattdessen den BV Halle wegen seiner Kritik getadelt. Dies konnte kein Zeichen für die Basis sein, sich mit Beschwerden und Vorschlägen an die Parteileitung zu wenden.

### Die Ost-CDU eine Blockpartei?

Der Fall Dertinger stellte für die CDU eine doppelte Herausforderung dar: Einerseits erwartete die SED ein Schuldeingeständnis von der Parteileitung, obwohl die kommunistische Partei und vor allem ihr Mentor, die sowjetische Besatzungsmacht, an der Förderung Dertingers mitbeteiligt war. Auf der anderen Seite verlangte die Basis Aufklärung darüber, wie es dazu kommen konnte, daß ein hochrangiges Parteimitglied quasi unter der Aufsicht der Parteileitung Verrat begangen habe. Während die SED wohl einigermaßen mit den Lehren, die die CDU aus dem Vorfall ziehen wollte, befriedigt werden konnte, da noch einmal ausdrücklich die Unterwerfung der Union unter die Arbeiterklasse dargelegt wurde, befriedigten die von der Parteileitung vorgegebenen Erklärungen zum Fall Dertinger die Parteibasis nur sehr unzureichend. Selbst angepaßte Mitglieder übten Kritik an der Parteileitung, die diese in dem Ausmaß nicht erwartet hatte und die über das gewünschte Ritual von Kritik und Selbstkritik hinausging. Da zudem einige Mitglieder der Parteileitung in zentralen Punkten, die den Fall Dertinger betrafen, unterschiedlicher Auffassung waren, war die CDU noch weit davon entfernt eine Blockpartei nach den Vorstellungen der SED zu sein. Zweifellos lehnte kein Mitglied des PA direkt das DDR-System ab, aber trotzdem gab es große Unterschiede etwa zwischen einem Toeplitz, der bedingungslos an das System glaubte, dahinterstand und dies auch von der Basis erwartete und zu keinem Kompromiß bereit war, und einem Nuschke, dem zumindest gelegentliche Zweifel kamen und der diese auch artikulierte. Dazwischen gab es eine Reihe von Abstufungen. Unklarheit herrschte in der Parteileitung selbst darüber, wie stark der Anteil der Personen innerhalb der CDU war, die die auf dem 6. Parteitag festgesetzten Thesen verteidigten. Sefrin, der dem neuen Kurs nahestand, vertrat die Auffassung, daß es besser sei auf 50 % der Mitglieder zu verzichten, die nur schwankend und mißtrauisch den Zielen der Partei folgen würden, als den Aufbau des Sozialismus zu hemmen.<sup>139</sup> Dies bedeutete, daß sich die angepaßten Mitglieder der CDU in der Minderheit befanden. Allerdings stieg deren Anzahl stetig, da viele der Mitglieder, die ursprünglich in die Partei eingetreten waren, weil sie hofften, mit Hilfe der Union gegen eine zu starke Anlehnung des Staates

<sup>139</sup> Schlußwort Sefrin, Bezirkskonferenz Leipzig, 31. Januar 1953, ACDP VII-011-1201.

an das sowjetische System kämpfen zu können, nun bereit waren, sich allmählich der neuen Richtung anzunähern, sei es durch Druck oder sei es aus Überzeugung. Auf der anderen Seite bekamen die überzeugten Demokraten in der Partei, die an der ursprünglich von Jakob Kaiser vertretenen Richtung festhalten wollten, immer weniger Gelegenheit, sich öffentlich zu artikulieren, wenn sie nicht Gefahr laufen wollten, von der SED-Justiz verfolgt zu werden; ihnen blieb dann nur noch der Ausweg, rechtzeitig in den Westen zu fliehen, um einer drohenden Gefängnis- oder Zuchthausstrafe zu entgehen. Gerade im Frühjahr 1953 stieg die Anzahl derjenigen, die die DDR für immer verlassen wollten, allerdings nicht nur wegen des Falles Dertinger und der Überprüfungen in der Partei, sondern auch wegen der Kampagne der SED-Justiz gegen selbständige Landwirte und kleine Gewerbetreibende. Dies zeigt aber auch, daß die CDU aus sich heraus und selbst bei einer an das System angepaßten Parteileitung nicht in der Lage war, den von der SED gewünschten Kurs zu halten. Trotz Unterstützung der SED-Justiz gab es immer wieder Abweichungen, allerdings zusehends in kleineren Dimensionen, die das System kaum noch in Frage stellen konnten.<sup>140</sup>

Wie unsicher die CDU-Führung war, zeigt ihre verspätete Reaktion auf die Verhaftung Dertingers. Sie benötigte sechs Tage, um sich zu einer Entscheidung durchzuringen, die zudem erst zwei Tage später in den Zeitungen veröffentlicht wurde. Eine in sich geschlossene Partei hätte sofort und mit einer einheitlichen Stellungnahme geantwortet. Ein Teil der kritischen Stimmen in der Partei dürfte dadurch Zeit gefunden haben, sich zu artikulieren.

Die Verurteilung Dertingers am 4. Juni 1954 stellte für die CDU keinen Diskussionsgegenstand mehr dar. Als das Oberste Gericht der DDR unter Vorsitz seines Vizepräsidenten Ziegler<sup>141</sup> Dertinger zusammen mit seinen ehemaligen Mitarbeitern Frau Bubner, Frau Zinsser und Jentzsch, seinem Vertrauten Plewe und dem bereits im Jahre 1950 wegen seiner Proteste gegen die Waldheimer Urteile verhafteten Staatssekretär der Justiz, Helmut Brandt, mit 15 Jahren Zuchthaus bestrafte, übernahmen die CDU-Zeitungen kommentarlos die absurde Beschuldigung, daß der ehemalige Außenminister als Kopf der verurteilten Verschwörer seit 1946 Spionage betrieben habe, in dem er Stützpunkte der sowjetischen Besatzungsmacht auskundschaftete, Berichte über die Wirtschaft der DDR lieferte und beabsichtigt hätte, »faschistische Banden über die Demarkationslinie in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik eindringen zu lassen«.<sup>142</sup> Das Gericht wertete die

<sup>140</sup> Vgl. dazu S. SUCKUT (wie Anm. 22), passim.

<sup>141</sup> In der Literatur wird immer wieder behauptet, der Prozeß sei von der berichtigten Hilde Benjamin (SED) geführt worden (vgl. z. B. RICHTER, wie Anm. 1, S. 367). Sie war aber bereits seit Mitte 1953 nicht mehr am Obersten Gericht der DDR tätig, sondern zur Justizministerin ernannt worden.

<sup>142</sup> »Verschwörergruppe Dertinger vom Obersten Gericht abgeurteilt«, ND, 9. Juni 1954.

Kontakte mit dem Westen, die z. T. im Auftrag, zumindest mit Billigung der sowjetischen Besatzungsmacht geschahen, als Verrat. Gleichzeitig wurde Dertinger Zersetzungstätigkeit und ein Plan zur Beseitigung der DDR vorgeworfen.<sup>143</sup> Nach mehr als elf Jahren Zuchthaus wurde Dertinger im Mai 1964 begnadigt. Danach war er für die »Caritas« und den St. Benno-Verlag in Leipzig tätig. Am 21. Januar 1968 starb Georg Dertinger.

---

S. 1; »Spionagegruppe Dertinger abgeurteilt«, NZ, 10. Juni 1954, S. 1. Zum Prozeß vgl. auch R. BECKERT (wie Anm. 2), S. 146 ff.

<sup>143</sup> Oberstes Gericht der DDR, Urteil gegen Dertinger u. a. vom 4. Juni 1954, 1 Zst (I) 6/54, Bundesgerichtshof, Bibliothek.

## Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) im Transformationsprozeß 1989/90<sup>1</sup>

Von Wolfgang Jäger und Michael Walter

Zu den beeindruckendsten Entwicklungen der »Wendemonate« 1989/90 gehörte die rasche Transformation des von der SED dominierten Blockparteiensystems hin zum pluralistischen Parteiensystem nach bundesrepublikanischem Modell. Während die Entwicklung der übrigen Blockparteien in dieser Phase inzwischen recht gut aufgearbeitet ist, fand die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) bislang relativ wenig Beachtung.<sup>2</sup> Dies ist umso erstaunlicher, als gerade diese Partei den in ideologischer Hinsicht wohl weitesten Weg gegangen ist: vom treuesten Vasallen der »Partei der Arbeiterklasse« bis zur Vereinigung mit der CDU.

Im Vergleich zu den beiden älteren Blockparteien distanzierte sich die DBD erst sehr spät von der SED. Zwar war bereits nach der Ablösung des Vorsitzenden Ernst Mecklenburg durch Günther Maleuda im April 1987 eine gewisse Bewegung zu beobachten. So wurden freiwerdende Leitungsfunktionen im landwirtschaftlichen Bereich nun nicht mehr gegen den Willen der Mitgliedschaft freiwillig an die SED abgetreten. Auch Veränderungen in der Parteistruktur und im Statut führten zu einer größeren Öffnung und zu Mitgliederzuwachs. Hoffnungen auf eine Orientierung am sowjetischen Reformmodell erfüllten sich jedoch nicht. Die Bauernpartei blieb »der engste Kampfgefährte der SED«. Aus diesem Grund registrierte die DBD-Führung in den ersten sechs Monaten 1989 in sämtlichen Bezirksverbänden eine steigende Zahl von Austritten. Zusätzlich wurde eine Reihe von Mitgliedern aus der Partei ausgeschlossen. In knapp achtzig Prozent der Fälle wurde dies mit »staatsfeindlichem Verhalten« begründet – etwa weil die Betroffenen Ausreiseanträge gestellt hatten. Aber auch die Verbleibenden waren immer weniger bereit, der Parteilinie zu folgen. Die DBD-Führung mußte feststel-

---

<sup>1</sup> Für Ihre freundliche Unterstützung bei der Erarbeitung dieses Kapitels danken die Verfasser den ehemaligen Vorsitzenden der DBD, Herrn Günther Maleuda und Herrn Ulrich Junghanns, die am 10.1.1995 in Bonn bzw. am 18.11.1994 in Frankfurt/Oder für Interviews zur Verfügung standen, sowie Herrn Konrad Kühne vom Archiv für Christlich Demokratische Politik (ACDP).

<sup>2</sup> Vgl. zum Forschungsstand: Christel NEHRIG, *Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der Blockparteien. Die DBD*, in: *Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages)*, DEUTSCHER BUNDESTAG (Hrsg.), Band II, 4, S. 2375-2398, S. 2375 f.

len, daß die Beteiligung an Mitgliederversammlungen und Schulungen weit unter den von den Untergliederungen angegebenen Zahlen lag.<sup>3</sup>

Trotz dieser Alarmsignale unterschieden sich die Erklärungen der DBD lange Zeit nur in Nuancen von denen der »Partei der Arbeiterklasse«. Man ordnete die eigene Partei weiterhin der SED unter, bekannte sich zum Sozialismus und wies den Gedanken einer Wiederherstellung der deutschen Einheit in scharfer Form zurück. Da »es zu keiner Zeit auch nur den geringsten Zweifel geben« dürfe, »auf welcher Seite des Kampfes wir stehen«<sup>4</sup>, wertete auch die DBD die manipulierten Kommunalwahlen im Mai als »eindrucksvolles Bekenntnis zu der auf Frieden und Sozialismus gerichteten Politik der Partei der Arbeiterklasse und unseres Arbeiter- und Bauern-Staates«.<sup>5</sup>

In den vom Sekretariat für die 7. Tagung des Parteivorstandes am 30. Juni 1989 thematisch vorgegebenen Redebeiträgen waren neben Lobeshymnen auf das vermeintlich Erreichte nur vereinzelt Hinweise auf die tatsächliche Stimmung in der Bevölkerung zu finden. So wies eine Rednerin darauf hin, daß es Kritik vor allem unter den Jugendlichen gebe. Wenig später konterkarierte die anwesende FDJ-Vertreterin diesen Hinweis, indem sie ein Schreckensgemälde vom »menschenfeindlichen Charakter des imperialistischen Systems« in der Bundesrepublik zeichnete.<sup>6</sup> Unterstützung fand sie beim Vorsitzenden des Bezirksverbandes Berlin und späteren Parteivor-sitzenden Ulrich Junghanns, der sich die »Schutzfunktion nicht ausreden« lassen wollte, »ganz einfach, weil wir den Schutz spüren, vor all dem, was hinter der Mauer jetzt an brauner Pest wuchert«.<sup>7</sup>

Daß Tagungsleiter Hans Reichelt, seit 1972 Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, in seinem Schlußwort dazu aufrief, die »Auseinandersetzung mit dem Gegner und seinen Medien [...] fest und unerschütterlich« zu führen, hinderte die Parteibasis nicht daran, mit Hilfe des vom Präsidiumsmitglied Georg Böhm als Verbreiter »übelster Horrormeldungen«<sup>8</sup> attackierten Westfernsehens die Entwicklungen in der Sowjetunion, in Polen und in Ungarn aufmerksam zu verfolgen und in den Parteiversammlungen nach weiteren Informationen über die dortigen Prozesse zu fragen. Im Juli wurde der Führung gemeldet, daß von einzelnen Mitgliedern offen Zwei-

---

3 20. Sitzung des Sekretariats des Parteivorstandes am 8.8.1989, Information über die Mitgliederbewegung im 1. Halbjahr 1989, ACDP-VI-052-126/2, S. 3, und Büro des Sekretariats, Stenographisches Protokoll der 7. Tagung des Parteivorstandes am 30.6.1989 in Berlin, ACDP-VI-053-251, S. 66 a.

4 EBD., S. 18.

5 EBD., S. 53.

6 EBD., S. 23.

7 EBD., S. 26.

8 EBD., S. 14.

fel am Sieg des Sozialismus geäußert würden.<sup>9</sup> Und während Reisekader Maleuda im August »eine freundschaftliche Begegnung mit dem Führer der Libyschen Revolution« hatte, nahmen auch in den LPG die Forderungen nach mehr Reisefreiheiten zu.<sup>10</sup>

Allen innerparteilichen Diskussionen zum Trotz bekräftigte der DBD-Vorsitzende im September das Bekenntnis der Bauernpartei zum sozialistischen Staat DDR unter der Führung der SED: Als »führende Kraft unseres Landes« habe sie »stets den richtigen Kurs gesteuert«. Dafür entbiete die DBD »dem Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und seinem Generalsekretär, dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, unserem hochverehrten Freund Erich Honecker, unseren herzlichen Gruß und tiefempfundenen Dank«. <sup>11</sup> Maleuda versicherte, daß die DBD »treu, entschlossen, tatbereit und unerschütterlich an der Seite der Partei der Arbeiterklasse« stehe. Im Demokratischen Block und in der Nationalen Front werde sie »auch künftig ein zuverlässiger Streiter für die edlen Ziele des Sozialismus und des Friedens sein«. <sup>12</sup> Den Gedanken an die deutsche Einheit wies der DBD-Vorsitzende dagegen als »zügellose Hetze, Verleumdungen und Einmischungen in die inneren Angelegenheiten der DDR seitens der BRD kategorisch zurück«. <sup>13</sup>

Mit solchen Erklärungen stand Maleuda keineswegs allein. In Diskussionen über die aktuellen politischen Probleme beeilte sich noch immer eine große Zahl von DBD-Mitgliedern, in opportunen Erklärungen der Politik des SED-Regimes ihre Zustimmung zu versichern. Viele bekundeten Unverständnis und Empörung über die Massenflucht in den Westen und unterstützten die Propaganda gegen Ausreisewillige, gegen Bürgerrechtler und gegen die »Machenschaften der BRD«. Auch aus der Basis gab es Forderungen nach hartem Vorgehen gegen »Republikflüchtige« und Beifall für die brutalen Einsätze der Sicherheitsorgane gegen die Teilnehmer von Demonstrationen. Anfang August wertete der Bezirksvorstand Leipzig Reformforderungen als Versuche »bestimmter Gruppierungen in provokatorischer Absicht die öffentliche Ordnung zu stören und auf Konfrontation mit unserem Staat und unserer Gesellschaft zu gehen«. <sup>14</sup> Nach Aussetzung des visafreien Reiseverkehrs in die Tschechoslowakei am 3. Oktober beteiligten

9 Demokratische Bauernpartei Deutschlands, Parteivorstand, Abteilung Leitende Parteior-gane (im folgenden abgekürzt: Abt. Leitende Parteior-gane), Information über die Parteiarbeit im Monat Juli 1989, Parteiinternes Material, 9.8.1989, ACDP-VI-052-22/2, Anlage 1.

10 Abt. Leitende Parteior-gane, Information über die Parteiarbeit im Monat August 1989, Parteiinternes Material, 11.9.1989, ACDP-VI-052-22/2, S. 3 und 7.

11 Büro des Sekretariats, Festliche 8. Tagung des Parteivorstandes am 18.9.1989, ACDP-VI-052-251, S. 3.

12 EBD., S. 4.

13 EBD., S. 13.

14 Büro des Sekretariats, 29. Sitzung des Präsidiums des Parteivorstandes am 22.8.1989.

sich Angehörige mehrerer Kreisverbände am Aufspüren Ausreisewilliger im Grenzgebiet.<sup>15</sup> Andere dagegen äußerten Verständnis für die Entscheidung, in den Westen zu gehen, und wiesen bei der Suche nach Ursachen für den Massenexodus auf Versorgungsprobleme, Mißbrauch von Privilegien sowie auf die Diskrepanz zwischen den Erfolgsmeldungen der DDR-Medien und der tatsächlichen ökonomischen und politischen Situation hin. Wie parteiinterne Berichte alarmiert vermerkten, wurden dabei häufig »Ursachen und Zusammenhänge nur in der DDR gesucht, die großangelegte Kampagne des Gegners ignoriert, unterschätzt bzw. unsere Informationen darüber als Propaganda abgetan. Dabei werden Positionen des Gegners wiedergegeben bis hin zu Reformforderungen, unsachliche und spitze Diskussionen zu den Ursachen illegaler Ausreise geführt, die von einzelnen Mitgliedern gegen die Partei und Staatsführung gerichtet werden. Manche Mitglieder erliegen der Hetzkampagne westlicher Medien.«<sup>16</sup>

Doch ließ zunächst nur eine Minderheit den ernsten Worten auch Taten folgen. Einzelne Abgeordnete weigerten sich, als Repräsentanten der Bauernpartei an den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR-Gründung teilzunehmen oder legten aus Protest gegen die Ignoranz der Verantwortlichen ihr Mandat nieder. Konnte ein Bericht an die Parteiführung Anfang Oktober kritische Mitglieder, die drohten, ihre Mitgliedsbücher zurückzugeben, wenn sich in der DDR und in der Partei nichts ändere, noch mit Namen, Funktion und Arbeitsplatz nennen,<sup>17</sup> so war dies angesichts der wachsenden Zahl bald nicht mehr möglich. Forderungen nach Reformen wurden zunehmend insbesondere von jüngeren Parteimitgliedern unterstützt. Parallel zur Zahl der Austrittserklärungen stieg die der Übersiedlungen in die Bundesrepublik. Unter den ersten DBD-Mitgliedern, die in den Westen gingen, war sogar eine Kandidatin des Parteivorstandes, die daraufhin aus der Partei ausgeschlossen wurde.<sup>18</sup>

Günther Maleudas Beitrag zur Feier der Staatsgründung, der unter dem Titel »40 Jahre DDR – vier Jahrzehnte erfolgreiches Wirken für unseren sozialistischen Friedensstaat« am 6. Oktober im Parteiorgan »Bauern-Echo« erschien, spiegelt diese Entwicklung nicht wider. Ungeachtet der kritischen

Darin u.a.: Bericht des Sekretariats des Bezirksvorstandes Leipzig an das Präsidium des Parteivorstandes vom 9.8.1989, ACDP-VI-052, K 404.

15 Abt. Leitende Parteiorgane, Information Nr. 53/89 vom 6.10.1989, ACDP-VI-052-22/2, S. 4.

16 Abt. Leitende Parteiorgane, Information über die Parteiarbeit im Monat September 1989, Parteiinternes Material, Berlin 9.10.1989, ACDP-VI-052-27/1, S. 8.

17 Abt. Leitende Parteiorgane, Information Nr. 55/89 vom 10.10.1989, ACDP-VI-052-22/2.

18 Abt. Leitende Parteiorgane, Information Nr. 53/89 vom 6.10.1989, ACDP-VI-052-22/2 und Büro des Sekretariats, 9. Tagung des Parteivorstandes am 14.11.1989, ACDP-VI-052-052, S. 11.

Situation im Land wie in seiner eigenen Partei war für den DBD-Vorsitzenden die Geschichte der DDR von Erfolgen geprägt, zu denen auch die DBD beigetragen habe. Auch künftig werde die Bauernpartei »an der Seite der Partei der Arbeiterklasse und unter ihrer Führung gemeinsam mit allen in der Nationalen Front der Parteien und Massenorganisationen ihren eigenständigen Beitrag für das weitere Erblühen unserer sozialistischen Heimat leisten«. <sup>19</sup>

Als Erfolgsstory präsentierte sich gleichermaßen der wenige Tage später vorgelegte interne Bericht über die Parteiarbeit im September. <sup>20</sup> Getrübt wurde die positive Bilanz lediglich durch die Hinweise auf einige »Probleme«. So mußten die Verfasser einräumen, daß an der Basis weniger die »Erfolge« der vergangenen Jahrzehnte als vielmehr vorwiegend »Tagesfragen« diskutiert wurden, wie: »Warum wird in unseren Medien nicht auf das »neue Forum« eingegangen?« oder »Warum werden in unseren Medien die Vorschläge, die von kirchlicher Seite in Eisenach unterbreitet wurden, nicht diskutiert, analysiert und gewertet, wieso wird mit keinem Wort darauf eingegangen?« <sup>21</sup> Die Parteifunktionäre, die selbst kaum über Informationen verfügten, konnten die an sie gerichteten Fragen selten zufriedenstellend beantworten. Viele fühlten sich hilflos und überfordert. Sie beklagten sich, daß sie mangels Unterstützung durch die Parteiführung nicht offensiv auftreten konnten. <sup>22</sup> Entsprechende Beschwerden sollten bis zum Ende der DBD nicht mehr verstummen.

Bei zunehmendem Interesse an Aktivitäten, Zielen und Zusammensetzung des »Neuen Forum« und anderer Gruppierungen bestanden in der DBD kontroverse Auffassungen über die Rolle der Opposition. Die Mehrheit der Mitglieder distanzierte sich zwar zunächst von den Oppositionsgruppen, hoffte aber auf einen Dialog und »sichtbare Zeichen zu positiven Veränderungen«. <sup>23</sup>

Am 10. Oktober reagierte die von der Dynamik der Ereignisse überrollte Parteiführung erstmals erkennbar auf die Entwicklungen. Ausgehend von den Positionen des SED-Politbüros beschloß das Sekretariat, daß Maleuda in einem offenen Brief an die Parteimitglieder »erste Gedanken der weiteren

<sup>19</sup> *Bauern-Echo* vom 6.10.1989.

<sup>20</sup> Abt. Leitende Parteorgane, Information über die Parteiarbeit im Monat September 1989, Parteiinternes Material, Berlin 9.10.1989, ACDP-VI-052-27/1.

<sup>21</sup> Abt. Leitende Parteorgane, Information Nr. 54/89 vom 9.10.1989, ACDP-VI-052-22/2, S. 7.

<sup>22</sup> Vgl. z.B. Abt. Leitende Parteorgane, Information Nr. 60/89 vom 17.10.1989, ACDP-VI-052-22/2, S. 3.

<sup>23</sup> Abt. Leitende Parteorgane, Information Nr. 55/89 vom 10.10.1989, ACDP-VI-052-22/2, S. 4.

Arbeit unserer Partei darlegt.«<sup>24</sup> Unter dem Titel »Im konstruktiven Dialog für Kontinuität und Erneuerung« nahm die Parteiführung öffentlich zu den Ereignissen im Land Stellung. Während aber an der Basis die Meinung laut wurde, »daß es Zeit werde, daß die DBD nicht mehr widerspruchslos die Politik der SED unterstütze, sondern auf Reformen in der DDR dränge«<sup>25</sup>, räumte Maleuda zwar ein, daß »noch viel zu tun sei«. Er versicherte jedoch abermals: »Doch an der Macht der Arbeiter und Bauern lassen wir nicht rütteln! Die DBD war, ist und bleibt ein allzeit zuverlässiger Bündnispartner der Partei der Arbeiterklasse!«<sup>26</sup> Trotz der Hinweise auf eigene Beiträge orientierte man sich weiterhin an der SED. Kritik und Vorschläge wollte man nur auf der Grundlage der Verfassung erlauben. Die als »Randalierer« und »Ausreißer« diffamierten Demonstranten und Übersiedler dagegen seien Helfershelfer des Westens bzw. von diesem verblendet.<sup>27</sup>

Die Mitgliedschaft nahm die im »Bauern-Echo« bezeichnenderweise gleich nebeneinander abgedruckten Erklärungen des Politbüros und der Bauernpartei zwiespältig auf. Grundtenor der Kommentare war: »Höchste Zeit, daß sich die führenden Kräfte unseres Landes äußern.«<sup>28</sup> Andererseits wurde der Brief Maleudas als zu wenig konkret kritisiert. Wiederum mußte die Parteispitze feststellen, daß Mitglieder die »Positionen des Gegners« übernahmen, »bis hin zu antisozialistischen Reformforderungen bzw. konterrevolutionären Zielstellungen.«<sup>29</sup> Entsprechende Meinungsäußerungen erreichten den Parteivorstand, die Bezirks- und Kreisvorstände auch in persönlichen Schreiben von Parteimitgliedern, denen die Mitgliedsbücher bisweilen gleich beilagen.

Auf die lauter werdende Kritik an der inneren Situation der DDR reagierte Maleuda mit dem Vorschlag, »alle Vorzüge des Sozialismus [...] wirksamer und effektiver zu nutzen.«<sup>30</sup> Das Präsidium rief die Parteifunktionäre und -mitglieder zur Diskussion auf, insbesondere über Reformen in der Agrarpolitik. Zugleich erklärte man noch einmal, daß der Sozialismus »nicht zur Disposition« stehe.<sup>31</sup> Glaubt man den parteiinternen Berichten und den Aussagen der Briefe, die ihn erreichten, stimmte Maleuda damit durchaus

24 35. Sitzung des Sekretariats vom 10.10.1989, Beschluß-Nr. 154/25/89, ACDP-VI-052-127/1.

25 Abt. Leitende Parteiorgane, Information Nr. 54/89 vom 9.10.1989, ACDP-VI-052-22/2.

26 *Bauern-Echo* vom 13.10.1989.

27 *Bauern-Echo* vom 12.10.1989.

28 Abt. Leitende Parteiorgane, Zusammenfassung wesentlicher Meinungsäußerungen, Hinweise und Fragen der Mitglieder zum aktuellen politischen Geschehen aus allen Bezirksverbänden. Parteiinternes Material, Berlin 16.10.1989, ACDP-VI-052-22/2, S. 1.

29 EBD., S. 3.

30 »Kommunique der 32. Sitzung des Präsidiums des Parteivorstandes der DBD«, in: *Bauern-Echo* vom 18.10.1989.

31 EBD.

noch mit dem Gros der Parteimitglieder überein, die überwiegend auf immanente Reformen drängten. Aus diesem Grund wurde die Ablösung von Erich Honecker durch Egon Krenz auf der 9. Tagung des SED-Zentralkomitees innerhalb der Bauernpartei mehrheitlich zustimmend kommentiert. Allerdings war man der Meinung, daß dieser Schritt früher hätte erfolgen müssen. Zweifel und Kritik gab es hinsichtlich der erneuten Machtkonzentration bei Krenz.<sup>32</sup>

Die Aussagen der DBD-Führung blieben weiterhin hinter den Erwartungen der Mitglieder zurück. So kritisierte die Basis die mangelnde innerparteiliche Transparenz und die fehlende Bereitschaft, aktiv Verantwortung zu übernehmen. Die Verantwortlichen wurden dazu aufgefordert, die Eigenständigkeit der DBD deutlicher nachzuweisen, was auch für das »Bauern-Echo« gelte: »Den Nachdruck von Meldungen, die bereits einen Tag vorher in allen anderen Zeitungen gestanden haben, könne man sich schenken.«<sup>33</sup> In den nun gut besuchten Mitgliederversammlungen wurden offene Diskussionen insbesondere über die führende Rolle der SED und die Profilierung einer eigenständigen und gleichberechtigten DBD geführt.<sup>34</sup>

Anfang November berichteten die parteiinternen »Informationen«, »daß der überwiegende Teil der Mitglieder fest zum Sozialismus in der DDR steht, aber zugleich erwartet, daß bald sichtbare und vorwärtsweisende Veränderungen geschaffen werden.«<sup>35</sup> Selbst Funktionsträger kündigten immer häufiger an, alle Ämter niederzulegen und die Partei zu verlassen, wenn der Vorstand nicht rasch aktiv werde. Andere wandten sich stillschweigend ab, ohne aus der Partei auszutreten.

Vor diesem Hintergrund veröffentlichte das Präsidium des Parteivorstandes am 4. November 1989, dem Tag der Großdemonstration auf dem Alexanderplatz, unter dem Titel »Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands im Prozeß der Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR« eine Positionsbestimmung, in der Forderungen der Mitgliedschaft und der Demonstranten etwa nach einem neuen Wahlgesetz, einem Parteiengesetz und einem Mediengesetz übernommen wurden.<sup>36</sup> Zugleich versicherte

32 Abt. Leitende Parteiorgane, Information Nr. 63/89 vom 24.10.1989 und Nr. 64/89 vom 25.10.1989 sowie Erste Stellungnahmen von Mitgliedern unserer Partei zur 9. Tagung des Zentralkomitees der SED, zur Wahl des Genossen Krenz zum Generalsekretär des Zentralkomitees der SED, Berlin 19.10.1989, alle ACDP-VI-052-22/2.

33 Abt. Leitende Parteiorgane, Information Nr. 64/89 vom 25.10.1989, ACDP-VI-052-22/2, S. 4.

34 Vgl. Abt. Leitende Parteiorgane, Informationen Nr. 65/89 vom 26.10.1989 und 66/89 vom 31.10.1989, ACDP-VI-052-22/2.

35 Abt. Leitende Parteiorgane, Information Nr. 67/89 vom 3.11.1989, ACDP-VI-052-22/2, S. 3.

36 Vgl. Pressestelle des Parteivorstandes der DBD: Pressemitteilung zur Sitzung des Sekretariats des Parteivorstandes der DBD vom 6.11.1989, ACDP-VI-052-94/4.

man, daß die DBD »unerschütterlich auf dem Boden der Verfassung der DDR« stehe und sich »zum Sozialismus, zu unserem Staat der Arbeiter und Bauern, seiner allseitigen Stärkung und seinem Schutz« bekenne. Trotz entgegengesetzter Forderungen der Basis, die die Parteiführung in vielen der bis zu diesem Zeitpunkt fast 200 Schreiben erreichten,<sup>37</sup> bekannte man sich abermals »zum festen Bündnis mit der Partei der Arbeiterklasse« und »zur verantwortungsvollen, kameradschaftlichen und gleichberechtigten Zusammenarbeit der Parteien und Organisationen im Demokratischen Block und in der Nationalen Front der DDR«.<sup>38</sup>

Wie die Kommentare zeigten, hätten sich die meisten Mitglieder deutlichere Aussagen zu den aktuellen Problemen sowie zur innerparteilichen Erneuerung gewünscht. Eindeutig abgelehnt wurde die erneute Unterordnung der DBD durch das Bekenntnis zur »Vorhut der Arbeiterklasse«. Manche Parteimitglieder berichteten in diesem Zusammenhang erstmals verbittert von persönlichen Kränkungen und beruflichen Herabsetzungen, mit der die Vorherrschaft der SED in der Vergangenheit für sie persönlich verbunden war.<sup>39</sup> Zustimmung fand die Bereitschaft der Parteispitze, mehr Verantwortung zu übernehmen, um die Rolle der DBD zu stärken, doch wurde immer wieder darauf verwiesen, daß es eine erhebliche Diskrepanz zwischen den Vorhaben und den personellen Möglichkeiten gab.<sup>40</sup>

Die Gelegenheit, nun selbst Verantwortung zu übernehmen, nutzte die DBD auf der Sitzung des Zentralen Blocks am 11. November 1989, als sie Günther Maleuda als Kandidaten für das Amt des Volkskammerpräsidenten vorschlug. Zwei Tage später wurde der DBD-Vorsitzende von der Volkskammer in einer Stichwahl mit knapper Mehrheit zum neuen Präsidenten gewählt. Zwar hatte Maleuda selbst seiner Fraktion vorgeschlagen, Manfred Gerlach, den Kandidaten der LDPD, zu unterstützen, doch wurde dies abgelehnt.<sup>41</sup> Die Wahl Maleudas fand jedoch selbst in seiner eigenen Partei keine ungeteilte Zustimmung, da man die vermutete »stille Rache« der

37 Abt. Leitende Parteiorgane, AG Briefe, Zusammengefaßtes Material der AG Briefe, Berlin 19.2.1990.

38 *Bauern-Echo* vom 4./5.11.1989.

39 Z.B. Abt. Leitende Parteiorgane, Informationen Nr. 71/89 vom 10.11.1989, ACDP-VI-052-22/2.

40 Vgl. Abt. Leitende Parteiorgane, Informationen Nr. 68/89 vom 8.11.1989, 69/89 und 70/89 vom 9.11.1989, 71/89 vom 10.11.1989, und: Erste Stellungnahmen von Mitgliedern unserer Partei zur Veröffentlichung, *Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands im Prozeß der Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR*, alle ACDP-VI-052-22/2.

41 Interview Michael Walter mit Günther Maleuda am 10.1.1995 in Bonn. Vgl. Günther MALEUDA, *Entdeckter Parlamentarismus. Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik im Prozeß der »Wende«*, in: Siegfried PROKOP (Hrsg.), *Die kurze Zeit der Utopie. Die »zweite DDR« im vergessenen Jahr 1989/90*, Berlin 1994, S. 140-154, S. 141.

Reformgegner am populäreren Kandidaten Gerlach ablehnte.<sup>42</sup> Außerdem gab es Bedenken, ob Maleuda angesichts seiner Doppelbelastung den Aufgaben als Parteivorsitzender würde nachkommen können. In der Folgezeit konnte sich Maleuda jedoch in seiner neuen Funktion profilieren, zumal er als Volkskammerpräsident erstmals von einer breiteren Öffentlichkeit wahrgenommen wurde.

Nachdem das Grundsatzdokument vom 4. November viele Fragen der Mitglieder noch immer nicht beantwortet hatte, sollte die 9. Tagung des Parteivorstandes zehn Tage später eine weitere Positionsbestimmung vornehmen und die Weichen zur Herstellung der Unabhängigkeit der Partei stellen. Der zwischenzeitlich erfolgte Fall der Mauer, den auch der überraschte Maleuda vor dem Fernsehbildschirm erlebte,<sup>43</sup> verstärkte den Druck, entsprechende Entscheidungen zu treffen. In seinem Referat, das die Vorstandsmitglieder nach einer kritischen Diskussion als Arbeitsgrundlage bestätigten, übte Maleuda Kritik an der politischen Führung der SED und der Regierung, die sich als unfähig erwiesen hätten, »rechtzeitig wichtige Entscheidungen zu treffen«.<sup>44</sup> Die DBD trete nun »nachdrücklich entschlossen und konsequent für die Wende zur Erneuerung der sozialistischen Verhältnisse in der DDR, für eine Umgestaltung, die zu mehr Demokratie, Freiheit und Menschenrechten, zu einem Aufschwung der politischen und geistig-kulturellen Entwicklung führt«, ein.<sup>45</sup> Maleuda betonte den Willen, stärker eigenes Profil zu gewinnen und plädierte für die Streichung des Artikels 1 der Verfassung.<sup>46</sup> Da die DBD bereit sei, den »sachlichen mitunter kontroversen demokratischen Dialog – auch mit Andersdenkenden« zu führen,<sup>47</sup> habe Georg Böhm im Auftrag des Sekretariats bereits ein Informationsgespräch mit Jens Reich vom Neuen Forum geführt.<sup>48</sup> Die DBD wolle im Demokratischen Block »gleichberechtigt mitarbeiten«. Sie unterstütze die Forderungen nach freien Wahlen.<sup>49</sup> »Der Sozialismus auf deutschem Boden« aber stehe ebensowenig zur Disposition wie die innerdeutschen Grenzen.<sup>50</sup>

42 So z.B. Schreiben Prof. em. Dr. Wilhelm Simon, Schwerin, vom 5.12.1989 an Maleuda, Sekretariat des Vorsitzenden, Eingaben an den Vorsitzenden der DBD, Eingaben an den Präsidenten der Volkskammer in der Zeit von 1985 bis 1990, ACDP-VI-052-93/4.

43 Interview Michael Walter mit Günther Maleuda am 10.1.1995 in Bonn.

44 Büro des Sekretariats, 9. Tagung des Parteivorstandes am 14.11.1989, Referat des Parteivorsitzenden Günther Maleuda, Vorsitzender der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, ACDP-VI-052-052, S. 4.

45 EBD.

46 EBD., S. 7 und 12.

47 EBD., S. 13.

48 EBD., S. 12.

49 EBD., S. 20.

50 EBD., S. 49.

Da es aus der Basis Forderungen nach dem Rücktritt der gesamten Parteiführung gegeben hatte, stellte Maleuda für das Präsidium die Vertrauensfrage. Gleichzeitig wies er den Gedanken an seinen Rücktritt als Parteivorsitzender zurück, wofür er starken Beifall erhielt. Nach einer kurzen Diskussion befürwortete die Mehrheit der Vorstandsmitglieder eine geheime Abstimmung in der Vertrauensfrage.<sup>51</sup> Nicht zuletzt aus Angst vor einer führungslosen Partei – überzeugende personelle Alternativen sah man vorerst nicht – bestätigten die 118 anwesenden Vorstandsmitglieder alle 16 Mitglieder des Präsidiums mit mehr als den erforderlichen 50 Prozent der Stimmen.<sup>52</sup> Allerdings gab es sehr unterschiedliche Ergebnisse: Während Günther Maleuda und einige andere nur von einem Delegierten von der Stimmliste gestrichen wurden, erhielt Erwin Binder, der sich als Vorsitzender der DBD-Volkskammerfraktion durch öffentliche Äußerungen in Mißkredit gebracht hatte, 57 Gegenstimmen. Bereits vor der Abstimmung hatten die Präsidiumsmitglieder Paul Scholz, Stellvertreter des DBD-Vorsitzenden und langjähriger Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Leonhard Helmschrott, Chefredakteur des »Bauern-Echo« und Mitglied des Staatsrates, sowie Herbert Eichhorn um Entbindung von ihren Funktionen gebeten.<sup>53</sup>

Der Parteivorstand beschloß außerdem die Einberufung von Arbeitsgruppen für die Ausarbeitung des Positionspapieres und eines neuen Programmes sowie die Überarbeitung des Statuts. In der Diskussion wiederholten die Vorstandsmitglieder Forderungen der Basis. Unter anderem wurde verlangt, die Parteiwahlen und den XIII. Parteitag vorzuziehen bzw. kurzfristig einen Sonderparteitag einzuberufen. Da sich die DBD auch als »grüne Partei« neu profilieren wollte, schlug man eine »Koalition« mit ökologisch orientierten Gruppen vor. Auf Kreis- und Ortsebene hatten Parteikollektive zu diesem Zeitpunkt bereits Kontakte mit dem Neuen Forum aufgenommen, um vor allem über Umweltfragen zu diskutieren.<sup>54</sup>

Noch während der Vorstandssitzung wurde aus den aktuellen Koalitionsverhandlungen berichtet, daß man weiterhin den Sozialismus und eine souveräne DDR verteidigen, Partei und Regierung jedoch trennen wolle. Zur Besetzung der beiden Ministerien, die der DBD in der Regierung Modrow zustehen sollten, schlug man Hans Watzek für das Ressort Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft sowie Hans Reichelt für Umweltschutz und Wasserwirtschaft vor. Diese Überlegung stieß nur bei einem Diskussionsredner auf Kritik, der meinte, daß dies kein Beitrag zu einer personellen

51 EBD., S. 12/12a.

52 Wahlergebnisse siehe EBD., S. 19.

53 Siehe zu den personellen Veränderungen EBD., S. 2 ff.

54 Vgl. Abt. Leitende Parteiorgane, Information über die Parteiarbeit in den Monaten Oktober und November 1989, Parteiinternes Material, Berlin 11.12.1989, ACDP-VI-052-27/1, S. 11.

Erneuerung sei.<sup>55</sup> Drei Tage später wurde die Kabinettliste Hans Modrows von der Volkskammer bestätigt.<sup>56</sup>

Ende November war der Inhalt des Papiere »Die DBD im Prozeß der Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft« bei vielen Mitgliedern und Funktionsträgern noch immer unbekannt. Andererseits gab es »oft sehr drastisch vorgetragene Erwartungen an die Parteiführung«. Die Aussagen der Partei seien noch immer »zu wenig konsequent, zu unkonkret, lasch, halbherzig oder zu bescheiden«.<sup>57</sup> Die Kritik galt der fehlenden Glaubwürdigkeit mancher Parteifunktionäre, weshalb Neuwahlen auf allen Ebenen gefordert wurden. Dazu trug die Wende in der Haltung gegenüber der SED bei, die denen, die an der Basis gut mit den Genossen zusammengearbeitet hatten, kein Verständnis fand.<sup>58</sup> Mitglieder und Vorstände von Ortsgruppen und Kreisverbänden verlangten, das Programm und das Statut der DBD zur Diskussion zu stellen.<sup>59</sup>

Noch immer war die Parteiarbeit geprägt von Versuchen, das Selbstverständnis der DBD im Erneuerungsprozeß zu bestimmen und von Diskussionen über einen grundlegend reformierten Sozialismus in der DDR. Zustimmung fand der Aufruf »Für unser Land«, dem sich auch Günther Maleuda, die Vorsitzenden der Bezirksverbände und die Abteilungsleiter des Parteivorstandes anschlossen.<sup>60</sup> Viele, die den Aufruf unterstützten, bezweifelten indes seine Wirkung. Mitglieder und Vorstände verlangten von der Parteiführung zunehmend konkrete Antworten auf die Frage nach den Ursachen für die politische, ökonomische und ökologische Krise. Zugleich machte sich der Ärger über politische Arroganz, Machtmißbrauch und Korruption Luft. Dies zeigte sich in emotionsgeladenen Diskussionen ebenso wie in Briefen von mittlerweile Tausenden von Mitgliedern, Ortsgruppen und Vorständen und nicht zuletzt in einer großen Zahl weiterer Parteiaustritte und Austrittserklärungen.<sup>61</sup> Der Zorn der Basis richtete sich gegen die Ignoranz, Sprachlosigkeit und Handlungsunfähigkeit der Staats- und der eigenen Parteiführung. Mit ihrer »Nachtrabpolitik« reagiere die DBD zu langsam und setze zu wenig eigene Signale. Viele Kollegen fühlten sich von

55 9. Tagung des Parteivorstandes am 14.11.1989.

56 »Diese Regierung wird eine Regierung des Volkes und der Arbeiter sein«, in: *Neues Deutschland* vom 18.11.1989 [Deutschland 1989, Bd. 19, S. 21].

57 Abt. Leitende Parteiorgane, Information Nr. 74/89 vom 27.11.1989, ACDP-VI-052-22/2, S. 1 und 3.

58 Abt. Leitende Parteiorgane, Information Nr. 75/89 vom 28.11.1989, ACDP-VI-052-22/2, S. 1.

59 Abt. Leitende Parteiorgane, AG Briefe, Zusammengefaßtes Material der AG Briefe, Berlin 19.2.1990, ACDP-VI-052-92/5.

60 Pressemitteilung vom 30.11.1989, ACDP-VI-052-94/4.

61 Vgl. Abt. Leitende Parteiorgane, Information über die Parteiarbeit in den Monaten Oktober und November 1989, Parteiinternes Material, Berlin 11.12.1989, ACDP-VI-052-27/1.

der Parteispitze »vergessen und allein gelassen«. <sup>62</sup> Immer mehr Mitglieder verhielten sich passiv oder resignierten und gingen in den Westen. Die Teilnehmerzahlen bei Parteiveranstaltungen gingen bis zur Beschlussfähigkeit zurück. Auch bei den Leitungsgremien der mittleren und unteren Parteiebene war eine gewisse Zurückhaltung nicht zu übersehen, obgleich sie nur selten unmittelbar im Zentrum der Kritik standen. Vertrauensfragen von Sekretariaten der Bezirksvorstände jedenfalls wurden mit wenigen Ausnahmen positiv entschieden. Dennoch kam es zu einer Reihe von Rücktritten und Umbildungen in den Leitungen. Viele Kader waren hinsichtlich ihrer persönlichen Zukunft besorgt, doch gab es auch generelle Zweifel und Skepsis ob der Erfolgsaussichten der Partei in freien Wahlen. Viele DBD-Vertreter erklärten, nicht wieder kandidieren zu wollen. <sup>63</sup>

Wie die parteiinternen »Informationen« außerdem berichteten, sprach sich die überwiegende Mehrheit der Mitglieder gegen die staatliche Einheit Deutschlands sowie gegen »ihre getarnte Variante in Form einer Konföderation« und damit auch gegen das Zehn-Punkte-Programm des Bundeskanzlers aus. <sup>64</sup> Beide Überlegungen hatte Maleuda wenige Tage nach seiner Wahl zum Volkskammerpräsidenten als »sehr unzeitgemäß« kommentiert, da es »gegenwärtig wirklichere Dinge« gebe. <sup>65</sup> Er befürchtete, daß in der angespannten Stimmung der Vorstoß des Bundeskanzlers die Bevölkerung weiter »euphorisierte«, statt sie zu beruhigen. <sup>66</sup> Eine Vertragsgemeinschaft mit der Bundesrepublik wurde in der Mitgliedschaft indes befürwortet. Es gab aber auch Stimmen für die Wiedervereinigung, etwa in Erfurt und Karl-Marx-Stadt. Dies sei die einzige Möglichkeit »aus der tiefen Krise herauszukommen«. <sup>67</sup>

Am 5. Dezember forderte das Präsidium öffentlich den Rücktritt des Staatsratsvorsitzenden Krenz, seiner Stellvertreter und aller Staatsratsmitglieder. Zugleich erklärte die DBD die Mitarbeit im Demokratischen Block für beendet. Stattdessen bekannte man sich zur Politik des »Runden Tisches«. Daß der Austritt aus dem Demokratischen Block abermals erst nach entsprechenden Erklärungen der CDU und der LDPD verkündet wurde, konnte die Zweifel am Erneuerungswillen der Partei nicht beheben. Unter dem Druck der Basis schlug das Präsidium dem Vorstand vor, einen

62 Abt. Leitende Parteiorgane, Information Nr. 79/89 vom 11.12.1989, ACDP-VI-052-22/2, S. 2.

63 Vgl. Abt. Leitende Parteiorgane, Information über die Parteiarbeit in den Monaten Oktober und November 1989, Parteiinternes Material, Berlin 11.12.1989, ACDP-VI-052-27/1.

64 Abt. Leitende Parteiorgane, Information Nr. 77/89 vom 4.12.1989, ACDP-VI-052-22/2, S. 3.

65 BPA/DDR-Spiegel vom 18.11.1989.

66 So Günther Maleuda im Interview am 10.1.1995.

67 Abt. Leitende Parteiorgane, Information Nr. 78/89 vom 6.12.1989, ACDP-VI-052-22/2, S. 2.

Sonderparteitag einzuberufen. Ferner wurde eine Neufassung des Positionspapieres beraten und sechs Tage später der 10. Tagung des Parteivorstandes vorgelegt.<sup>68</sup>

Zum Jahresende präsentierte sich die DBD nach dem Urteil des langjährigen DDR-Beobachters Peter-Joachim Lapp als die Partei mit den geringsten Unterschieden zur SED.<sup>69</sup> Immerhin erklärte die am 15. Dezember 1989 veröffentlichte überarbeitete Fassung der »Programmatischen Leitsätze«, die Bauernpartei werde »sich nie mehr einer anderen Partei unterordnen oder in eine Rolle drängen lassen, die lediglich Mitverantwortung und Mitarbeit zuläßt«. Die DBD sei »eine Partei, die in der revolutionären Erneuerung der Gesellschaft die historische Chance für eine demokratische, humanistische und sozialistische Alternative auf deutschem Boden sieht«.<sup>70</sup> Ihre Partner suche sie sich insbesondere in »Bauern-, Zentrums-, liberalen sowie ökologischen Parteien, Organisationen und Bewegungen«.<sup>71</sup> Von konservativen Parteien war hier – wenige Monate vor der Vereinigung mit der CDU – noch keine Rede. Stattdessen erklärte die Bauernpartei, daß sie Beziehungen mit dem Deutschen Bauernverband und den westdeutschen Grünen anstrebe. In der deutschen Frage trat die DBD weiterhin für die Eigenständigkeit der DDR ein, wobei sie ein Zusammenwirken der beiden deutschen Staaten auf der Basis einer Vertragsgemeinschaft befürwortete.<sup>72</sup> Die DBD werde »sich daran vor allem auf den Gebieten Landwirtschaft und Umweltschutz beteiligen«.<sup>73</sup>

Außer der Neufassung der »Programmatischen Leitsätze« beschloß die 10. Tagung des Parteivorstandes am 11. und 12. Dezember 1989, den Abschnitt I – Grundsätze und Ziele der DBD – im Parteistatut bis zur Neufassung des Statuts und des Programmes auf dem Außerordentlichen Parteitag außer Kraft zu setzen.<sup>74</sup>

Um die Leitungstätigkeit des Parteiapparates zu stärken, wurde Michael Koplanski zum stellvertretenden Vorsitzenden der DBD gewählt. Nach seinem schlechten Ergebnis in der Vertrauensfrage und zahlreichen Rücktrittsforderungen aus der Basis legte Erwin Binder seine Funktionen als Mitglied des Präsidiums und Sekretär des Parteivorstandes nieder. Für ihn

68 Vgl. Pressemitteilung vom 5.12.1989, ACDP-VI-052-94/4.

69 Vgl. Peter Joachim LAPP, »Ehemalige DDR-Blockparteien auf der Suche nach Profil und Glaubwürdigkeit«, in: *Deutschland Archiv* 23 (1990), S. 62-68, S. 66 f.

70 Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands im Prozeß der gesellschaftlichen Erneuerung der DDR. Programmatische Leitsätze. Beschluß der 10. Tagung des Parteivorstandes, Bauern-Echo vom 16./17.12.1989.

71 EBD.

72 EBD.

73 EBD.

74 Büro des Sekretariats, 10. Tagung des Parteivorstandes der ZBS »Thomas Müntzer« in Borkheide am 11. und 12.12.1989, ACDP-VI-052-253.

rückte Wolfgang Kochan nach. Auch Werner Mitscherling ließ sich von seiner Funktion als Mitglied des Präsidiums entbinden. In das Gremium wurden stattdessen der Hochschullehrer Bernd Helmisch, Willfried Schimank, der Direktor der Zentralen Bildungsstätte der DBD in Borkheide, und Landwirtschaftsminister Hans Watzek gewählt. Neuer Chefredakteur des »Bauern-Echo« wurde Uwe Creutzmann.<sup>75</sup>

Obwohl es noch immer Forderungen nach einem sofortigen Rücktritt der gesamten Parteiführung gab, war eine Neuwahl der zentralen Organe erst für den Außerordentlichen Parteitag vorgesehen. Da die Basis massiv auf eine schnellstmögliche Durchführung des Parteitages drängte, beschloß der Vorstand, diesen für den 27. und 28. Januar 1990 nach Berlin einzuberufen. Zur Vorbereitung sollten Mitgliederversammlungen und Kreiskonferenzen die Diskussion über die »Programmatischen Leitsätze« führen. Statt, wie von Mitgliedern vorgeschlagen, die Parteitagsdelegierten direkt in den Orts- und Wohnbezirksgruppen zu wählen, beschloß der Vorstand, die Delegierten in geheimer Wahl auf den Kreiskonferenzen nominieren zu lassen. Neuwahlen der Ortsgruppenvorstände, der Kreis- und Bezirksvorstände sollten nach Ansicht des Parteivorstandes vorerst nicht stattfinden, jedoch wurde die Entscheidung darüber den betreffenden Parteigliederungen selbst überlassen.<sup>76</sup>

Um die »Enge der Landwirtschaft« zu verlassen und auch für die Stadtbevölkerung attraktiv zu werden, übernahm die DBD von der Opposition neben Forderungen nach einer umfassenden Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit und Wirtschaftsreformen auch das Thema Ökologie. Sorge äußerte der DBD-Vorsitzende über die innenpolitische Lage. Er rief dazu auf, den Weg der Erneuerung mit Würde und Vernunft zu gehen, um das Land vor Chaos, Anarchie und Gewalt zu bewahren. Da die Bauern große Verantwortung für die Versorgung der Bevölkerung trügen, käme ihnen ein Streik nicht in den Sinn. Die eine Woche zuvor aufgenommenen Gespräche am Runden Tisch sollten bis zu den Volkskammerwahlen fortgesetzt werden.<sup>77</sup>

Vielen Mitgliedern gingen die Beschlüsse nicht weit genug. Zunehmend fanden diejenigen Zustimmung, die die Erneuerung des Sozialismus und die Eigenständigkeit der DDR ablehnten. Wie die Parteiführung zur Kenntnis nehmen mußte, gab es dabei »Äußerungen, daß die Einheit Deutschlands schneller kommen werde, als viele denken«.<sup>78</sup> Manche Ortsgruppenvorsit-

75 EBD.

76 EBD., vgl. 38. Sitzung des Präsidiums des Parteivorstandes am 22.1.1990 in Berlin. Wahlrichtlinie des Parteivorstandes für die Wahl der Delegierten zum außerordentlichen Parteitag der DBD am 27. und 28.1.1990, Beschluß des Parteivorstandes vom 12.12.1989, ACDP-VI-052-405.

77 Vgl. »Außerordentlicher Parteitag des DBD Ende Januar 1990« in: *Neues Deutschland* vom 13.12.1989 und »Bauernpartei will mehr Profil zeigen«, in: *Tagesspiegel* vom 13.12.1989.

78 Abt. Leitende Parteiorgane, Information Nr. 82/89 vom 27.12.1989, ACDP-VI-052-22/2, S. 2.

zende unterstützten nun öffentlich das Zehn-Punkte-Programm des Bundeskanzlers. Einige Mitglieder sprachen sich, z.B. in den Kreisverbänden Plauen und Oelsnitz, für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten aus.<sup>79</sup> Andere befürchteten, »daß freie Wahlen die künftige Existenz als souveräner Staat in Frage stellen werden«. Die Eskalation von Wiedervereinigungsforderungen werde »mit wachsender Befürchtung, ja mit Angst verfolgt«, wurde der Parteispitze gemeldet.<sup>80</sup> Auch mit Blick auf den Wahlkampf wurde verlangt, daß die DBD-Führung sich stärker engagieren müsse, etwa über eigene Gesetzesentwürfe. »Viele Mitglieder äußern: Wir möchten erleben und damit arbeiten können, daß unsere Partei einmal die erste ist beim Auftreten mit neuen Gedanken.«<sup>81</sup>

Wie Einschätzungen der Bezirks- und Kreisvorstände Ende Dezember andeuteten, waren viele Mitglieder mehr an der Lösung aktueller Probleme als am Studium der Materialien des Parteivorstandes interessiert. Ein Drittel der Ortsgruppenvorsitzenden sei mit der Wahrnehmung ihrer Aufgaben überfordert.<sup>82</sup> Im vierten Quartal 1989 verließen im Durchschnitt pro Kreisverband zwei Ortsgruppenvorsitzende die Partei, darunter häufig langjährig engagierte Mitglieder. Dies führte dazu, daß vielerorts die Parteiarbeit reduziert oder völlig eingestellt wurde.<sup>83</sup> Allein bis zum Jahreswechsel lösten sich mehr als 50 Orts- bzw. Wohnbezirksgruppen auf. Insgesamt verließen im letzten Quartal 1989 über 7.000 Mitglieder die Partei. Zu den Austritten kamen 415 Streichungen, davon 175 wegen Übersiedlung. Am Jahresende hatte die Bauernpartei offiziell in 6.939 Ortsgruppen noch rund 117.000 Mitglieder.<sup>84</sup> Auch die Demoskopien gaben wenig Anlaß zu Optimismus. In Ost-Berlin wurden am 29. Dezember 1989 die Ergebnisse einer Meinungsumfrage von Soziologen der Akademie für Gesellschaftswissenschaften bekanntgegeben. Auf die Frage, welcher Partei sie ihre Stimme geben würden, »wenn am Sonntag Wahl wäre«, nannten nur 1,6 Prozent der Angesprochenen die DBD.<sup>85</sup>

Nachdem Maleuda noch einmal die Unterstützung seiner Partei für die Regierung Modrow bekräftigt hatte, beeilte sich das Sekretariat zu erklären, daß damit keine Koalitionsaussage für die Volkskammerwahlen oder

79 Abt. Leitende Parteiorgane, Information Nr. 80/89 vom 14.12.1989, ACDP-VI-052-22/2, S. 2 f.

80 EBD., S. 4.

81 EBD., S. 4 f.

82 Abt. Leitende Parteiorgane, Information Nr. 82/89 vom 27.12.1989, ACDP-VI-052-22/2.

83 Demokratische Bauernpartei Deutschlands, Parteivorstand, Abteilung Organisation (im folgenden abgekürzt: Abt. Organisation), Einschätzung der politischen und organisatorischen Lage in der Partei, Berlin 8.5.1990, ACDP-VI-052-23/1, S. 2 f.

84 Zahlenangaben nach Abt. Organisation, Organisationsbericht, Berlin 15.8.1990, ACDP-VI-052-194/3.

85 Chronik der Ereignisse in der DDR. Köln 1990, S. 46.

eine Aussage hinsichtlich der Position der Partei gegenüber der SED-PDS verbunden sei. Die DBD beteilige sich allein »aus gesellschaftlicher Verantwortung für das Volk und in Wahrnehmung ihrer Fachkompetenz an der Regierungsarbeit«, weil die DDR auch bis zu den Wahlen regierbar bleiben müsse.<sup>86</sup> An dieser Position hielt man auch fest, als die CDU Ende Januar beschloß, ihre Minister aus der Regierung zurückzuziehen. Die DBD kündigte jedoch an, vorgezogene Neuwahlen zu beantragen, falls eine Große Koalition unter Beteiligung der Oppositionsgruppen nicht zustande käme.<sup>87</sup>

Nach Protesten gegen die inkonsequente personelle Erneuerung (»Ein neuer Kurs und alte Köpfe im Präsidium, das paßt nicht zusammen«<sup>88</sup>), brachte die 11. Tagung des Parteivorstandes am 23. Januar 1990 weitere Veränderungen. »Aus Altersgründen« schieden die stellvertretenden Parteivorsitzenden Hans Reichelt und Paul Scholz sowie die Mitglieder des Präsidiums und Sekretäre des Parteivorstandes Georg Böhm und Wilhelm Weißgärber aus der DBD-Führung aus.<sup>89</sup> Insbesondere Reichelt, der am 9. Januar sein Ministeramt niedergelegt hatte und durch Peter Diederich ersetzt wurde,<sup>90</sup> war von der Basis seit längerem zum Rücktritt aufgefordert worden.

Am 27. und 28. Januar 1990 trafen sich 970 Delegierte in Ost-Berlin zum Außerordentlichen Parteitag der DBD. In seinem Eröffnungsreferat bekannte sich Maleuda zur Mitverantwortung der Bauernpartei und deren Führung für die Fehlentwicklungen in der DDR. Zu lange habe man die falschen Entscheidungen der SED mitgetragen. Da die ehemalige SED-Führung »die Hauptschuld und Verantwortung an der politischen Fehlentwicklung und den dadurch hervorgerufenen Widersprüchen und Konflikten« trage, grenze sich die DBD nun eindeutig »von dieser Partei« ab und ziehe »einen scharfen Trennungsstrich«.<sup>91</sup> Man werde mit der SED-PDS weder ein Wahlbündnis noch eine Koalition eingehen. Für andere Koalitionsaussagen sei es noch zu früh.<sup>92</sup>

86 Pressemitteilungen vom 29.12.1989, vom 11. und vom 23.1.1990, ACDP-VI-052-94/4.

87 Vgl. Hannes BAHRMANN/Christoph LINKS, *Chronik der Wende 2. Stationen der Einheit. Die letzten Monate der DDR*, Berlin 1995, S. 82.

88 Abt. Leitende Parteiorgane, Information Nr. 80/89 vom 14.12.1989, ACDP-VI-052-22/2, S. 2.

89 Pressemitteilung vom 23.1.1990, ACDP-VI-052-94/4.

90 2. Sitzung des Sekretariats des Parteivorstandes am 9.1.1990, Beschluß-Nr. 05/01/90, ACDP-VI-052-127/2 und *Bauern-Echo* vom 10.1.1990.

91 Parteivorstand der DBD (Hg.): *Außerordentlicher Parteitag der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands am 27. und 28.01.1990 in Berlin, Materialien* (im folgenden abgekürzt: *Außerordentlicher Parteitag*), ACDP-VI-052-47, Teil I, S. 2 f.

92 EBD., S. 3.

»Das administrative, bürokratische Modell des Sozialismus Stalinscher Prägung, auf dessen Grundlage unser Land in die Krise und das Volk ins Abseits geführt wurde«, lehne man konsequent ab.<sup>93</sup> Die Bauernpartei erstrebe stattdessen »eine antifaschistische, demokratische und humanistische Gesellschaft«, die »soziale Sicherheit für alle Bürger und eine gleichberechtigte Entwicklung von Stadt und Land« garantiere, die »auf der Grundlage einer bedarfsorientierten, ökologiegerechten sozialen Marktwirtschaft echtes Leistungsstreben und Unternehmergeist fördert und auf dieser Grundlage hohe Lebensqualität« gewährleiste und »Frieden und Völkerverständigung zu ihrem obersten Anliegen« mache.<sup>94</sup>

In der Frage der deutschen Einheit trete die DBD für »eine stufenweise Annäherung und ständige Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der DDR und der BRD« ein, für eine Wirtschafts- und Währungsunion, für die Konvertibilität der DDR-Mark sowie für die »Schaffung eines gemeinsamen weitgehend entmilitarisierten, friedlichen europäischen Hauses«.<sup>95</sup> »Die Errungenschaften der Bodenreform« dürften dabei nicht in Frage gestellt werden: Die DBD lasse »nicht zu, daß Bauernland jemals wieder in Junkerhand gerät«.<sup>96</sup> Das genossenschaftliche Eigentum und die Existenz der Genossenschaftsbauern müßten auch in der Marktwirtschaft gesetzlich geschützt werden. Von einer Änderung des Parteinamens riet Maleuda in Übereinstimmung mit dem Parteivorstand ab. Ebenso blieben Pflug und Ähre im Parteiwappen.<sup>97</sup>

In der Aussprache warf man der Parteiführung vor, zu langsam auf die kritischen Diskussionen reagiert zu haben, die in den Ortsgruppen bereits lange vor der Wende geführt worden seien. Auch jetzt hinke man der Entwicklung hinterher, wie ein Delegierter feststellte: »Uns genügt es nicht mehr, daß die Partei für die Einheit Deutschlands schlechthin spricht: Das Volk hat die Vorentscheidung dazu längst getroffen.«<sup>98</sup> Die durch den Druck der Basis erzwungene Annäherung an den Gedanken der Einstaatlichkeit wurde auch in der überarbeiteten Fassung der Programmatischen Leitsätze unterstrichen. Daher wurde zum Beispiel die Frage »Was für eine DDR will die DBD?« umgeändert in: »Was für eine Zukunft will die DBD?« Die DBD definierte sich nun als »eigenständig wirkende unabhängige Partei«, die offen sei »für alle Bürger, gleich welcher Weltanschauung und Religion, die die Verfassung der DDR anerkennen«. Sie erklärte sich zur Interessenvertreterin aller Bauern und bekannte sich zur »Lösung der deutschen Frage

---

93 EBD., S. 4.

94 EBD.

95 EBD.

96 EBD., S. 4 f.

97 EBD., S. 5.

98 Außerordentlicher Parteitag, Teil II, S. 11.

bis zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten, verbunden mit der Gestaltung eines friedlichen und demokratischen Europas«, zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, zum Schutz der Umwelt und zu einer »Wirtschaftsreform mit marktwirtschaftlicher Orientierung«.<sup>99</sup>

Bei der Wahl des Parteivorsitzenden wahrte die DBD im Gegensatz zu ihren ehemaligen Blockpartnern personelle Kontinuität. Mit 615 Stimmen setzte sich Günter Maleuda klar gegen Ulrich Junghanns durch, für den 280 Delegierte votierten.<sup>100</sup>

Da die Mehrheit der Mitglieder die Ergebnisse des Parteitages begrüßte, konnte sich die DBD nun endlich auf den längst angelaufenen Wahlkampf konzentrieren. Noch bevor Instruktionen und Hilfen von oben kamen, hatten in vielen Orts- und Wohnbezirksgruppen die Mitglieder selbst die Initiative ergriffen. Sie formulierten Wahlprogramme, fertigten Plakate und Anstecker und suchten die Diskussion mit den Wählern. Besonders originell war die Idee, dazu den Rahmen eines Schlachtfestes zu nutzen. Allerdings blickte man etwas neidisch auf die Plakate, Luftballons und Kugelschreiber, mit denen die vom Westen unterstützten Parteien ihre Wahlkampfeschlacht ausfochten. Vergeblich hatte die DBD versucht, an dem auch von anderen Parteien und Gruppen zunächst gewünschten Verbot der Annahme von Wahlkampfhilfe aus der Bundesrepublik festzuhalten. Als aber die Volkskammer am 29. Januar das neue Wahlgesetz verabschiedete, stimmte nur die Fraktion der Bauernpartei gegen die Streichung des entsprechenden Absatzes.<sup>101</sup>

Unterschiedliche Meinungen gab es in der Frage möglicher Wahlbündnisse. So wurde vorgeschlagen, mit der Grünen Partei und der Grünen Liga zusammenzuarbeiten. Andere lehnten dies ab, da sie sich über das äußere Erscheinungsbild mancher Grüner mokierten.<sup>102</sup> Auf seiner Sitzung vom 23. Februar 1990 bekräftigte das Präsidium den Beschluß, mit keiner Partei oder Gruppierung ein Wahlbündnis einzugehen. Stattdessen wollte man die Gründung einer DBD in der Bundesrepublik vorbereiten.<sup>103</sup>

Zu diesem Zeitpunkt sah auch die Parteiführung angesichts der wirtschaftlichen Lage der DDR keine Alternative mehr zu einer raschen Währungsunion mit der Bundesrepublik. Auf einer Pressekonferenz sprach sich Ulrich Junghanns am 2. März für die deutsche Einheit, aber gegen »ein

<sup>99</sup> Programm der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, angenommen auf dem Außerordentlichen Parteitag, Berlin, 27./28.1.1990, in: *Bauern-Echo* vom 1.2.1990; vgl. »Marktwirtschaft, sicheres Eigentum und viel Ökologie«, in: *Neues Deutschland* vom 29.1.1990.

<sup>100</sup> Vgl. Stenografisches Protokoll des Außerordentlichen Parteitages der DBD am 27. und 28.1.1990 in Berlin, Bd. 2, ACDP-VI-052-46, Bl. 329 f.

<sup>101</sup> Vgl. H. BAIERMANN/Chr. LINKS (wie Anm. 87), S. 88.

<sup>102</sup> Abt. Organisation, Information Nr. 15/90 vom 13.3.1990, ACDP-VI-052-23/1, S. 4.

<sup>103</sup> Büro des Sekretariats, 2. Sitzung des Präsidiums vom 23.2.1990, Beschluß-Nr. 04/02/90, ACDP-VI-052-406.

überstürztes Ineinanderfallen beider deutscher Staaten« aus. Eine Vereinigung nach Artikel 23 des Grundgesetzes lehnte die DBD-Führung ab, da dies zu einem »totalen Zusammenbruch der Landwirtschaft in der DDR« führen könnte. Voraussetzungen für die Vereinigung seien unter anderem die Erhaltung der Existenzgrundlage der LPG, GPG und VEG, die Sicherung der bäuerlichen Existenz und Garantien zur Unantastbarkeit der Ergebnisse der Bodenreform. Mit diesen Forderungen wurde den wichtigsten Anliegen der Mitglieder entsprochen.<sup>104</sup> Deshalb zeigte man sich zufrieden darüber, daß diese Frage in die Verhandlungen über die Wirtschafts- und Währungsunion einbezogen wurde.<sup>105</sup>

Bei den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 mußte die Bauernpartei die bereits erwartete Niederlage hinnehmen. Mit einem Gesamtergebnis von 2,18 Prozent errang die DBD neun Sitze in der Volkskammer. Da aber die Fraktionsstärke auf mindestens zehn Parlamentarier festgelegt worden war, bildeten die DBD-Abgeordneten gemeinsam mit der Vertreterin des Demokratischen Frauenbundes (DFD) eine Fraktion. Auf der 3. Tagung des Parteivorstandes am 26. März räumte Maleuda ein, daß die eigenen Erwartungen trotz guter Ergebnisse in einigen Kreisen und Bezirken nicht erfüllt worden seien. Es stelle sich die Frage, ob man nun mit der »Allianz für Deutschland« eine Koalition anstreben oder lieber in die Opposition gehen solle. Das Präsidium vertrete den Standpunkt, daß man sich »nicht anbieten« werde, solange es keine Angebote der Allianz gebe. Eine mögliche Offerte müsse sorgfältig geprüft werden. Ansonsten aber wolle die DBD eine »lautstarke, kritische, parlamentarische und außerparlamentarische Opposition« sein.<sup>106</sup> Dagegen sprach sich der Parteivorstand dafür aus, deutliche Signale für die Bereitschaft zu einer Regierungsbeteiligung zu setzen und priere die Kompetenz der DBD auf den Gebieten der Wirtschafts-, Umwelt- und Eigentumspolitik.<sup>107</sup>

Während der Vorstandstagung traf sich auch das Präsidium. Maleuda übernahm die Mitverantwortung für das schlechte Wahlergebnis und kündigte Konsequenzen an. Den Antrag des geschäftsführenden Landesvorstandes Thüringen, zu prüfen, ob Maleuda noch weiter Vorsitzender bleiben könne, nahm der Kritisierte zum Anlaß, das Präsidium um die Entbindung von

<sup>104</sup> Vgl. Abteilung Organisation, Einschätzung der politischen und organisatorischen Lage in der Partei, Berlin 8.5.1990, ACDP-VI-052-23/1, S. 5.

<sup>105</sup> Pressemitteilungen vom 8., 12. und 13.2.1990; 2., 15. und 23.3.1990, ACDP-VI-052-94/4; Zitate Junghanns, 2.3.1990, Maleuda, 23.3.1990.

<sup>106</sup> Zu Ergebnissen der Volkskammerwahlen und die sich daraus für die DBD ergebenden Schlußfolgerungen. Rede des Vorsitzenden der DBD, Kollegen Dr. Günther Maleuda, auf der 3. Tagung des Parteivorstandes am 26.3.1990 in Borkheide, ACDP-VI-052-94/2. Vgl. zur Position des Präsidiums: Büro des Sekretariats, 4. Sitzung des Präsidiums vom 20.3.1990, Beschluß-Nr. 14/04/1990, ACDP-VI-052-406.

<sup>107</sup> Pressemitteilung vom 26.3.1990, ACDP-VI-052-94/4.

dieser Funktion zu bitten. Die Präsidiumsmitglieder lehnten das Ansinnen aus Furcht vor einer Spaltung jedoch einstimmig ab. Dieser Auffassung stimmte auch der Parteivorstand zu.<sup>108</sup>

Inzwischen trat immer stärker die grundsätzliche Frage nach der Zukunft der Partei in den Vordergrund. Seit dem 1. Oktober 1989 hatten 25.278 Mitglieder, d.h. über 20 Prozent der Mitgliedschaft, die DBD verlassen. Dem gegenüber standen lediglich 651 Neuaufnahmen. Am 31. März 1990 wies die offizielle Parteistatistik noch 98.595 Mitglieder aus.<sup>109</sup> Immer noch traten Ortsgruppen geschlossen aus. Andere, vor allem in Sachsen und Thüringen, wechselten in die CDU oder in die neugegründete Deutsche Soziale Union (DSU) über. Im Bezirksverband Frankfurt/Oder wurde über ein Zusammengehen mit der PDS diskutiert, andernorts favorisierte man die Liberalen, die Sozialdemokraten oder linke Oppositionsgruppen.<sup>110</sup> Das Spektrum der Vorstellungen über die Zukunft der Bauernpartei war kaum überschaubar. Aufgrund der Perspektivlosigkeit der Partei beschloß das Präsidium am 17. April 1990, Gespräche mit möglichen Partnern aufzunehmen.<sup>111</sup> Elf Tage später beauftragte der Vorstand das Präsidium, »umgehend offizielle Verhandlungen mit konservativen Parteien der DDR zum Zwecke eines politischen Bündnisses bzw. einer Fusion aufzunehmen«.<sup>112</sup> Das Verhandlungsmandat dazu wurde an die DSU gebunden,<sup>113</sup> deren Generalsekretär Peter-Michael Diestel dem LPG-Vorsitzenden Paul Knott ein Angebot zur Zusammenarbeit unterbreitet hatte. Unabhängig davon kam es bei den Kommunalwahlen zu regional sehr unterschiedlichen Listenverbindungen. Im Bezirksverband Suhl kooperierten etwa 70 Prozent der Ortsgruppen mit dem Bund Freier Demokraten, in einigen Kreisverbänden gab es Listenverbindungen mit dem aus der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe hervorgegangenen Bauernverband, in Wernigerode und in Stendal bemühte man sich um ein Wahlbündnis mit dem Bündnis 90 und im Kreisverband Wenzleben um ein Zusammengehen mit den Grünen.<sup>114</sup>

Im Vergleich zu den Volkskammerwahlen konnte die DBD ihr Ergebnis am 6. Mai 1990 DDR-weit auf 3,7 Prozent steigern, wobei sie in zahlreichen Kreisen über zehn Prozent der Stimmen, im Kreis Stralsund/Land trotz der

108 Büro des Sekretariats, 5. Sitzung des Präsidiums vom 26.3.1990, ACDP-VI-052-406.

109 Abt. Organisation, Einschätzung der politischen und organisatorischen Lage in der Partei, Berlin 8.5.1990, ACDP-VI-052-23/1, S. 2.

110 Vgl. EBD., S. 3 f.

111 Büro des Sekretariats, 6. Sitzung des Präsidiums vom 17.4.1990, ACDP-VI-052-406.

112 Büro des Präsidiums, 4. Tagung des Parteivorstandes am 28.4.1990 in Borkheide, Beschlußprotokoll, Beschluß-Nr. PV 09/04/90, ACDP-VI-052-94/2.

113 EBD., Beschluß-Nr. PV 10/04/90.

114 Vgl. Abt. Organisation, Information Nr. 17/90 vom 26.3.1990, Nr. 19/90 vom 10.4.1990 und Nr. 20/90 vom 18.4.1990, ACDP-VI-052-23/1.

Konkurrenz des Bauernverbandes sogar über 21 Prozent erzielte.<sup>115</sup> Dennoch reichte das Ergebnis insgesamt nicht aus, um der DBD einen eigenständigen Platz im Parteiensystem zuzuweisen. Auch die innerparteiliche Erosion setzte sich fort.

Ein Beschluß über den weiteren Weg der Bauernpartei im vereinten Deutschland mußte gefaßt werden. Eine Vorentscheidung traf der Parteivorstand am 21. Mai, als er in geschlossener Sitzung den Standpunkt der DBD als »konservativ-liberal« definierte.<sup>116</sup> Tags darauf wies Pressesprecher Wilhelm Nix das Angebot des SPD-Vorsitzenden Wolfgang Thierse, DBD-Mitglieder in die SPD zu übernehmen, öffentlich zurück.<sup>117</sup> Zuvor hatte Nix in einem Interview mit dem »Bauern-Echo« bereits eingeräumt, daß auch in der Frage einer Zusammenarbeit mit der DSU sehr unterschiedliche Meinungen in der Mitgliedschaft bestünden.<sup>118</sup> In der Tat kam es nach Bekanntwerden des Vorstandsbeschlusses zu Unruhe, heftigen Protesten und abermals zu einer spontanen Austrittswelle. Nach einem weiteren »Gedankenaustausch zur Formierung der politischen Kräfte im konservativ-liberalen Lager« zwischen Ulrich Junghanns und Hansjoachim Walther von der DSU erklärte man am 7. Juni, »daß dazu beide Parteien eigenständige Beiträge leisten« würden.<sup>119</sup>

Nachdem Maleuda das Präsidium auf seiner 7. Sitzung am 22. Mai noch über den Inhalt und die Ergebnisse von Gesprächen mit Vertretern von DSU, CSU, CDU, DA, FDP und SPD informiert hatte, reduzierte sich der Kreis der Gesprächspartner nun auf den BFD, die SPD und die CDU. Am 19. Juni beschlossen die Präsidiumsmitglieder mit acht zu drei Stimmen Mehrheit, dem Parteivorstand eine Vereinigung der Bauernpartei mit der CDU vorzuschlagen.<sup>120</sup> Den Entscheidungsprozeß in der Fusionsfrage legte Junghanns auf der entscheidenden 6. Vorstandstagung am 25. Juni noch einmal ausführlich dar. Nach Bemühungen, mit dem Raiffeisen- und dem Bauernverband eine Agrarlobby zu schaffen, hätten das Präsidium und seine Verhandlungsgruppen Gespräche mit Vertretern des konservativ-liberalen Lagers geführt.<sup>121</sup> Man sei sich einig, daß die Bauernpartei in einem vereinigten Deutschland »keine Chance« auf eine parlamentarische Präsenz habe.

115 »Vorläufige Ergebnisse von den Kommunalwahlen am 6. Mai 1990 in der DDR«, in: *Neues Deutschland* vom 9.5.1990.

116 Pressemitteilung vom 22.5.1990, ACDP-VI-052-94/4.

117 EBD.

118 Pressemitteilung vom 10.5.1990, ACDP-VI-052-94/4.

119 Pressemitteilung vom 7.6.1990, ACDP-VI-052-94/4.

120 Büro des Sekretariats, 7. Sitzung des Präsidiums vom 22.5.1990, ACDP-VI-052-406, und 8. Sitzung des Präsidiums vom 19.6.1990, Beschluß-Nr. 20/08/90.

121 Büro des Sekretariats, 6. Tagung des Parteivorstandes am 25.6.1990 in Berlin, ACDP-VI-052-094/2, S. 6, Zit. S. 14a.

Nun werde erwartet, daß man rasch einen Partner und eine gemeinsame politische Linie finde. Alle Parteien seien an einer Zusammenarbeit oder sogar Fusion mit der DBD stark interessiert gewesen. Da die ersten Parteien bald fusionierten, Landtagswahlen und danach auch die Bundestagswahl anstünden, müsse bereits »bundesweit in politischen Machtkategorien gedacht werden«. Deshalb gelte es, »jede Partei, ihre Strategie und Taktik stets für das einheitliche Deutschland zu sehen und auszuwerten«. <sup>122</sup>

Seitens der SPD habe es großes Interesse an der DBD gegeben. »Mehr als andere Verhandlungspartner« wolle die SPD die Strukturen der DBD nutzen, »um schnell in den Dörfern Fuß zu fassen«. Dafür habe die Partei unter anderem gemeinsame Listen für die Landtagswahlen und sichere Kandidatenplätze für die Bundestagswahl angeboten. Ein Zusammenschluß sollte nach dem Willen der Sozialdemokraten möglichst schnell erfolgen. <sup>123</sup>

Zurückhaltender hätten sich die Liberalen verhalten. Da bei einem Zusammenschluß mit der DBD die nach der LPD und der NDPD dritte der alten DDR-Parteien zum BFD gekommen wäre, hätte dies nicht nur die innerparteilichen Kräfteverhältnisse, sondern auch die zwischen Ost und West noch stärker verschoben, was in Bonn mit Sorge gesehen werde. <sup>124</sup>

Auch die CDU habe anfangs etwas gezögert. Inzwischen sei aber ihr Interesse an einem baldigen Zusammenschluß deutlich geworden. Deshalb habe sie der DBD eine paritätische Mitarbeit in den leitenden Gremien sowie eine anteilige Zahl von Kandidatenplätzen für die Landtags- und Bundestagswahlen zugesichert. Die CDU akzeptiere weitgehend die Programminhalte der DBD und sehe in Mitgliedern der Bauernpartei »landwirtschaftlich kompetente Anwärter auf staatliche Funktionen bis hin zu Regierungsämtern«. <sup>125</sup>

Nachdem das Präsidium alle bisher geführten Gespräche ausgewertet habe, sei man zu folgenden Ergebnissen gekommen: Mit den Liberalen gebe es zwar viele Gemeinsamkeiten, in der FDP sehe das Präsidium jedoch keine Perspektiven für die DBD-Mitglieder. In inhaltlichen Fragen gebe es mit der Ost-SPD »viele Übereinstimmungen«. Dennoch sprach sich das Präsidium gegen eine Bindung an die SPD aus. Diese sei »dem Grunde nach eine Arbeiterpartei«, wohingegen sich die DBD »als Eigentümerpartei, zunehmend als Unternehmerpartei« verstehe. <sup>126</sup>

Damit war klar, wohin sich die DBD-Führung orientierte: »Gestützt auf eine mehrheitliche Entscheidung« schlug das Präsidium dem Parteivorstand

---

122 EBD., S. 18.

123 EBD., S. 19.

124 EBD.

125 EBD., S. 20 f.

126 EBD., S. 22 ff.

vor, »eine Perspektive mit der Christlich-Demokratischen Union zu erörtern und zu verfolgen«. <sup>127</sup> Die CDU stehe dem neuen politischen Selbstverständnis der DBD programmatisch, in ihren Aussagen zu konkreten politischen Fragen und in ihrer »Mentalität« nahe. <sup>128</sup> Dennoch müsse um politische Positionen gerungen werden. Gerade in agrarpolitischen Fragen sehe man Differenzen zu führenden CDU-Politikern. <sup>129</sup> Das Präsidium und die Verhandlungsführer seien dennoch zu dem Ergebnis gelangt, daß kurzfristig auch der organisatorische Zusammenschluß verwirklicht werden sollte, und zwar »basisdemokratisch und paritätisch geordnet« noch vor den Landtagswahlen. Dabei sei sich die Parteiführung bewußt, daß viele Mitglieder einen Zusammenschluß erst nach den Landtagswahlen wünschten. Die Situation der DBD lasse jedoch keine andere Wahl. Sollten sich die sozialen Konflikte mit dem Übergang zur Marktwirtschaft verschärfen, bestehe die Gefahr, daß die DBD in dieser Lücke »zermahlen« werde. Eine positive Entwicklung hingegen würden die Bauern den Regierungsparteien anrechnen. Außerdem müßten jetzt die Entscheidungen für die Landtags- und Bundestagswahlen getroffen werden. Man könne nicht warten, bis »alle Stühle besetzt« seien. <sup>130</sup> Schließlich verlagere sich die Entscheidungskompetenz spätestens mit der Vereinigung der Parteien der Bundesrepublik und der DDR von Berlin nach Bonn. Damit würden die Ausgangspositionen der DBD für Verhandlungen über einen Parteienzusammenschluß wesentlich schlechter. Deshalb müsse man nun die Angebote der CDU nutzen. <sup>131</sup> Als programmatische Eckpunkte müßten in die Verhandlungen eingebracht werden: »die Unantastbarkeit der Ergebnisse der Bodenreform und die Klärung von Eigentumskonflikten; die Gewährleistung einer chancengleichen Entwicklung von Genossenschaften und einzelbäuerlichen Betrieben; die Verbindung von Strukturwandel der Landwirtschaft mit Förderungsprogrammen zur Infrastruktur der Dörfer und Kleinstädte für eine aktive Arbeitsbeschaffungspolitik im ländlichen Raum.« <sup>132</sup>

Wie die Diskussion zeigte, bestand auf unterer Ebene vielerorts bereits eine gute Zusammenarbeit mit der CDU. Auch die Vertreter der Landesverbände votierten mehrheitlich für die Fusion. Dagegen erklärte Günther Maleuda, daß er sich »nicht für die Partei des Großkapitals im künftigen Gesamtdeutschland entscheiden« könne. <sup>133</sup> Mit seinen Bedenken blieb der Vorsitzende jedoch in der Minderheit. 46 der 58 anwesenden

127 EBD., S. 24, Unterstreichung im Original.

128 EBD., S. 25 f.

129 EBD., S. 26 f.

130 EBD., S. 27 ff.

131 EBD., S. 28.

132 EBD., S. 29 f.

133 EBD., S. 3.

Vorstandsmitglieder stimmten in geheimer Abstimmung dem Beschlußvorschlag des Präsidiums zu, »sich für die Stärkung des konservativ-liberalen Lagers in Deutschland einzusetzen«. Indes stehe es jedem Mitglied frei, für sich persönlich zu entscheiden, ob es diesen Schritt beschreiten wolle. Der innerparteiliche Einigungsprozeß sollte von der Basis ausgehen und durch die Schaffung föderalistischer Parteistrukturen vollendet werden. Das Präsidium wurde beauftragt, Vertreter in eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit Repräsentanten der CDU zu entsenden, die kurzfristig die organisatorischen und programmatischen Vorbereitungen treffen sollte.<sup>134</sup>

Maleuda nahm das Abstimmungsergebnis zum Anlaß, um die Entbindung von seinen Parteifunktionen zu bitten. Sein Vorschlag, Ulrich Junghanns, der in der Öffentlichkeit ohnehin zunehmend die Partei repräsentierte, zum Nachfolger zu wählen, wurde einstimmig bestätigt.

Wie die Berichte aus den Landesverbänden und Bezirken zeigten, gab es auf den nicht zuletzt aufgrund der Erntezeit schlecht besuchten Mitgliederversammlungen regional und lokal recht unterschiedliche, jedoch überwiegend negative Reaktionen auf den Vorstandsbeschluß. Die meisten Mitglieder waren nicht bereit, noch einmal in eine neue Partei zu gehen bzw. sich überhaupt noch politisch zu engagieren.<sup>135</sup> Heftig kritisiert wurde, daß sich die Parteiführung über die Köpfe der Mitglieder hinweg entschieden habe. Selbst Kreissekretariate beschwerten sich, sie seien erst aus der Presse über die Ergebnisse der Bündnisverhandlungen informiert worden. Häufig wurde argumentiert, daß für einen Fusionsbeschluß ein außerordentlicher Parteitag hätte einberufen werden müssen. Die Verantwortlichen sahen sich mit dem Vorwurf konfrontiert, sie trachteten lediglich danach, rechtzeitig ihre Karriere zu sichern.

Einige Parteigliederungen im Norden wollten trotzig weitermachen und die DBD als eine Regionalpartei des Ostens neu profilieren.<sup>136</sup> Auf der anderen Seite lösten sich Ortsgruppen mit dem Argument auf, daß dies »ehrenvoller« für die ehemals »treuesten SED-Verbündeten« sei, denn als »Wendehälse« in die CDU überzutreten, nachdem man auf dem außerordentlichen Parteitag ausdrücklich beschlossen hatte, sich »nie mehr« einer anderen Partei unterzuordnen.<sup>137</sup> Hauptargument gegen einen Beitritt zur CDU war deren Agrarpolitik, die man für die kritische Situation der Landwirtschaft in der DDR verantwortlich machte. Nachdem die Handelsketten

<sup>134</sup> Beschluß der 6. Tagung des Parteivorstandes der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands vom 25.6.1990, ACDP-VI-52-94/2.

<sup>135</sup> Informationen von Bezirksbeauftragten und Auswertung zum Beschluß der Zusammenführung von DBD und CDU, ACDP-VI-052-27/2.

<sup>136</sup> EBD.

<sup>137</sup> Vgl. Abt. Organisation, Information über die Beratung des stellv. Vorsitzenden der DBD, Horst Packmohr, mit den Landes- und Bezirksbeauftragten des Parteivorstandes am 27.7.1990, 8.00-9.00 Uhr, Berlin 30.7.1990, ACDP-VI-052-23/1.

im Frühjahr 1990 die bestehenden Verträge mit dem Binnenhandel gekündigt hatten, verschärften seit Monaten massive Absatzschwierigkeiten die Probleme der LPG. Obwohl die Regierung Preissenkungen für verschiedene landwirtschaftliche Erzeugnisse verfügte, waren Produkte aus der DDR schwer verkäuflich. Vielerorts hatte die Konkurrenz durch westdeutsche Molkereiprodukte zur Folge, »daß die Milch vom Stall gleich auf den Acker gefahren« wurde.<sup>138</sup>

Für große Verunsicherung sorgte das am 20. Juli in Kraft getretene Landwirtschaftsanpassungsgesetz vom 29. Juni 1990.<sup>139</sup> Die Einbeziehung der DDR in die EG-Agrarunion am 1. August bildete den zweiten wichtigen Schritt auf dem Weg zur Integration der planwirtschaftlich organisierten Landwirtschaft der DDR in die westliche Marktordnung. Damit verbunden waren einschneidende Strukturveränderungen in allen Bereichen: »der Eigentumsordnung, der Rechtsform und Größe der Betriebe, der Preis- und Produktionsstruktur, der Boden- und Vermögensverteilung und der Beschäftigung«.<sup>140</sup> Negativ wirkte sich ferner aus, daß die üblicherweise im Sommer ausbezahlten staatlichen Gelder zwar auch von der neuen Regierung bereitgestellt worden, in den Betrieben jedoch noch nicht angekommen waren. Wütend griffen die Landwirte die Regierungsmitglieder an – verbal und mit Eierwürfen. Aufgrund der katastrophalen Lage befürchtete der Ministerrat eine weitere »Radikalisierung der politischen Atmosphäre und kriminelle Gesetzesverstöße«.<sup>141</sup> Für diejenigen, die mit ihren Traktoren auf der Straße und mit der Wahl der Bauernpartei bei den Kommunalwahlen gegen die CDU-Agrarpolitik protestiert hatten, war der Fusionsbeschuß schlicht ein »Verrat am Wählerwillen«.<sup>142</sup>

Dagegen hatte die West-CDU, die an den Verhandlungen nicht direkt beteiligt war, keine Einwände gegen die Fusion. Wie Martin Kirchner, der Generalsekretär der Ost-CDU, berichtete, hatte seine Parteiführung vor ihrer Entscheidung mit dem Konrad-Adenauer-Haus gesprochen und dort ein »vorbehaltslos positives Echo« gefunden.<sup>143</sup> Von den betroffenen

138 Vgl. Abt. Organisation, Information Nr. 30/90 vom 10.7.1990, ACDP-VI-052-23/1, S. 2 f.  
139 GBl. I Nr. 42, S. 642 – LwAnpG. Vgl. Joachim LIESER, *Umstrukturierung der ostdeutschen Landwirtschaft*, in: *Deutschland Archiv* 28 (1995), S. 831 ff.

140 Hans MITTELBACH, »Erfolgreicher, aber schmerzhafter Wandel. Von der sozialistischen Landwirtschaft zur EU-Agrarindustrie«, in: *Das Parlament* Nr. 24 v. 17.6.1994.

141 Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, Beschluß des Ministerrates 18/3/90 vom 18. Juli 1990: »Beschluß über das Konzept zur Sicherung der Liquidität der Landwirtschaftsbetriebe und zum Stand der strukturellen Anpassung an marktwirtschaftliche Erfordernisse«, S. 18.

142 Abt. Organisation, Information über die Beratung des stellv. Vorsitzenden der DBD, Horst Packmohr, mit den Landes- und Bezirksbeauftragten des Parteivorstandes am 27.7.1990, 8.00-9.00 Uhr, Berlin 30.7.1990, ACDP-VI-052-23/1.

143 »CDU wird zweitstärkste Partei«, in: *Frankfurter Rundschau* vom 28.6.1990.

Parteigliederungen in der DDR ließ sich dies nicht immer behaupten. Mancherorts wurde das Verhältnis zur DBD durch das Beharren einiger CDU-Kreisvorstände auf reguläre Aufnahmeverfahren oder Einzelfallentscheidungen belastet. Als entwürdigend und empörend empfanden fusionswillige Angehörige der Bauernpartei etwa die Haltung des CDU-Vorstandes in Guben, der erwartete, daß sich die DBD auflösen und ihre Mitglieder über einen individuellen Antrag, unterstützt von zwei Bürgen, Aufnahme in die CDU finden sollten.<sup>144</sup> Andernorts wurden Beitrittswillige an die SPD verwiesen. Nicht selten entstand der Eindruck, die Union wolle sich auf Kosten der DBD von ihren eigenen Vergangenheitsünden reinwaschen. Generell negative Konsequenzen hatte das konkurrierende Auftreten in den Wahlkämpfen zu den Volkskammer- und Kommunalwahlen. In Orten, in denen die DBD vor der CDU gelegen hatte, gab es tendenziell größere Vorbehalte gegen die Vereinigung mit der Union.<sup>145</sup> Umgekehrt hatten Angehörige der Ost-CDU Bedenken gegen eine »Überfremdung« durch die Bauernpartei gerade in den ländlichen Gebieten.<sup>146</sup> Nicht selten vergifteten persönliche Animositäten die Stimmung: Wo ein Kreissekretär der CDU sein DBD-Pendant als »rote Sau« beschimpfte, »die man an den Füßen aufhängen müßte«<sup>147</sup>, war eine Zusammenarbeit nur schwer vorstellbar. Auf der anderen Seite gab es aber auch zahlreiche gelungene Beispiele für ein gleichberechtigtes Zusammengehen. In Orten, in denen es in der Vergangenheit eine gute Zusammenarbeit gegeben hatte, gestaltete sich meist auch der Vereinigungsprozeß positiv. Oftmals erhofften sich DBD-Funktionäre von einer Mitgliedschaft in der CDU Vorteile für sich persönlich oder für ihre Betriebe und deren Belegschaft. Grundsätzlich hing viel von der Entscheidung einzelner Persönlichkeiten ab. Wo sich nur wenige Funktionsträger bereit fanden, zur CDU zu gehen, wirkte sich dies auch negativ auf die Basis aus.

Am 30. Juni 1990 verzeichnete die Parteistatistik noch 80.806 Mitglieder. Im ersten Halbjahr registrierte die DBD 36.525 Abgänge, davon 18.734 im zweiten Quartal. Dabei war die Austrittsrate nach Bezirks- bzw. Landesverbänden unterschiedlich hoch und lag zwischen 20,6 Prozent in Cottbus und 44,9 Prozent in Potsdam, DDR-weit bei insgesamt 30 Prozent.<sup>148</sup>

144 Abt. Organisation, Information Nr. 33/90 vom 3.8.1990, ACDP-VI-052-23/1.

145 Abt. Organisation, Information über die Beratung des stellv. Vorsitzenden der DBD, Horst Packmohr, mit den Landes- und Bezirksbeauftragten des Parteivorstandes am 27.7.1990, 8.00-9.00 Uhr, Berlin 30.8.1990, ACDP-VI-052-23/1, S. 2.

146 So CDU-Generalsekretär *Martin Kirchner* in der Berliner Morgenpost von 27.6.1990, »Bauernpartei findet in der CDU »neue Heimat«.

147 Abt. Organisation, Information Nr. 29/90 vom 5.7.1990, ACDP-VI-052-194/3, S. 2.

148 Abt. Organisation, Organisationsbericht, Berlin 15.8.1990, ACDP-VI-052-194/3.

Trotz aller Schwierigkeiten herrschte nach dem Fusionsbeschuß zumindest Klarheit über die Perspektive. Jedes Mitglied hatte nun die Möglichkeit, sich für oder gegen den angezeigten Weg zu entscheiden. Zügig wurden Kontakte zur CDU auf allen Ebenen aufgenommen und die Vereinigung vorbereitet.

Am 21. und 22. Juli 1990 fand in Burgscheidungen eine gemeinsame Tagung der Parteivorstände der DBD und der CDU statt. Lothar de Maizière begrüßte in seiner Ansprache, daß die CDU als »wertkonservative Partei« nun »eine wesentliche Verstärkung ihres bäuerlichen Elementes« erfahre.<sup>149</sup> Er drückte die Erwartung aus, daß die bisherigen DBD-Mitglieder sich vor allem in der neugegründeten Landwirtschaftsvereinigung und den Umweltgremien der CDU engagieren würden.<sup>150</sup> Zugleich räumte der CDU-Vorsitzende offen ein, daß bei der Entscheidung zur Fusion auch wahltaktische Überlegungen eine Rolle spielten.<sup>151</sup>

Für die DBD rechtfertigte Ulrich Junghanns den Zusammenschluß als Ergebnis eines Erkenntnisprozesses, »an dessen Ende die Gewißheit steht, daß wir im Zusammenschluß mit der Christlich-Demokratischen Union das höchste Maß einer politischen Entfaltung und Wirksamkeit unserer Mitglieder für die Wahrnehmung und Realisierung politischer, ökonomischer und sozialer Interessen erreichen werden«.<sup>152</sup> Daß die Diskussion innerhalb der Bauernpartei emotionaler geführt werde als in der Union, sei verständlich: »Bitte beachten Sie: Die Mitglieder der CDU bleiben in ihrer Partei. Die DBD-Mitglieder wechseln vor dem Bekannten- und Kollegenkreis, vor ihren Wählern in eine andere Partei.«<sup>153</sup> Nichtsdestotrotz sei die Entscheidung »unter klaren und guten Konditionen in politisch-programmatischer Hinsicht sowie für die Repräsentanz von Parteimitgliedern in den Vorständen und auf den Landtags- und Bundestagswahlkandidatenlisten der CDU gefällt« worden.<sup>154</sup> Junghanns räumte aber ein, daß viele der ehemaligen DBD-Mitglieder Schwierigkeiten hätten, sich nun in der CDU wiederzufinden. Auf beiden Seiten existierten »Barrieren, mitunter Barrikaden, die schier unüberwindlich wurden und sich schon gar nicht mit Druck von oben abreißen ließen«.<sup>155</sup>

---

149 Gemeinsame Tagung des Parteivorstandes der DBD und des Parteivorstandes der CDU am 21. und 22.7.1990 in Burgscheidungen, ACDP-VI-052-94/2, S. 1.

150 EBD., S. 3.

151 EBD., S. 5.

152 Rede des amtierenden Parteivorsitzenden der DBD, Kollegen Ulrich Junghanns, zur 7. Sitzung des Parteivorstandes am 21.7.1990 in Burgscheidungen, ACDP-VI-052-94/2, S. 4.

153 EBD., S. 9.

154 EBD., S. 3.

155 EBD., S. 15.

Unter denen, die nicht bereit waren, diese Hürden zu überspringen, waren drei Volkskammerabgeordnete der Bauernpartei, darunter der ehemalige Minister Hans Watzek, die zur SPD übertraten.<sup>156</sup> Dieser Schritt verschärfte die Situation innerhalb der DBD. Für manche hatte er Signalwirkung, andere waren enttäuscht und verärgert über diesen »Verrat«. Am 29. August beschloß die DBD/DFD-Fraktion ihre Auflösung. Von den verbliebenen Volkskammerabgeordneten wechselten nur vier zur CDU. Einer ging zu den Liberalen, Günther Maleuda blieb fraktionslos. Konkurrenz erhielt die Bauernpartei weiterhin auch durch die DSU und die PDS, die mancherorts erfolgreich um Mitglieder warben.

Nachdem im August bereits die Vereinigung der Landesverbände vollzogen worden war, wurde auf der Zentralen Delegiertenversammlung der DBD in Borkheide am 15. September 1990 der Zusammenschluß der beiden Parteien vollendet.<sup>157</sup> DBD-Mitglieder gehörten inzwischen zum Kern der neugegründeten Landunion in der CDU. Viele von ihnen wurden auf den Kandidatenlisten der CDU für die Landtagswahlen plaziert. In Sachsen-Anhalt und Thüringen wurden mit Otto Mintus und Volker Sklenar zwei ehemalige DBD-Mitglieder Landwirtschaftsminister.

Dennoch gingen von den Ende Juni registrierten knapp 81.000 Mitgliedern der Bauernpartei schätzungsweise höchstens 20 Prozent den angezeigten Weg in die CDU mit. Mit dem Hamburger Parteitag wurden auch sie in die gesamtdeutsche CDU integriert.

---

<sup>156</sup> Vgl. Pressemitteilung vom 25.7.1990, ACDP-VI-052-94/4.

<sup>157</sup> Beschlußprotokoll der Zentralen Delegiertenversammlung der DBD am Sonnabend, den 15.9.1990 in Borkheide, Berlin 15.9.1990, ACDP-VI-052-94/1.

## Soziale Marktwirtschaft in der historischen Perspektive Eine Einführung

Von Günther Schulz

Zum Thema »Soziale Marktwirtschaft« haben anlässlich des 100. Geburtstags von Ludwig Erhard nicht wenige Fest- und Gedenkveranstaltungen stattgefunden. Viele prominente Redner und Autoren aus Politik, Wissenschaft und Publizistik haben sich zu Wort gemeldet. Wir haben das in den Medien verfolgen können. Würde man hier einzelne Stimmen nennen, wäre dies eine ungerechte Hervorhebung. Wenn wir dennoch heute ein Symposium über die Soziale Marktwirtschaft veranstalten, so nicht, um eine weitere Gedenkveranstaltung anzufügen. Sondern wir wollen versuchen, die ursprünglichen Konzeptionen, den inzwischen eingetretenen Form- und möglicherweise auch Inhaltswandel sowie die zukünftigen Potentiale der Sozialen Marktwirtschaft von mehreren Seiten wissenschaftlich nüchtern auszuleuchten und zu analysieren. Dies ist ein bedeutsames aktuelles Thema. Die gegenwärtige Situation ist durchaus widersprüchlich, weil zwei gegensätzliche Befindlichkeiten aufeinandertreffen. Die Soziale Marktwirtschaft befindet sich seit 1989/90 auf einer regelrechten via triumphalis. Der Zusammenbruch der DDR war gewissermaßen der Offenbarungseid der östlichen Staatswirtschaft. Der Bankrott Ostdeutschlands besiegelte den Niedergang der zentralen Planwirtschaft. Die sozialistische Zentralverwaltungswirtschaft ist historisch widerlegt und politisch ad acta gelegt. Und dies nicht nur in Mitteleuropa, sondern inzwischen in allen Staaten, mit Ausnahme von – wenn ich recht sehe – derzeit noch Kuba und Nordkorea. Die Marktwirtschaft hingegen triumphierte. Sie war offenbar attraktiv, genügend vital und energiegeladen, um selbst mit größeren Schwierigkeiten fertig zu werden. »Wer überlebt, hat recht«, so konnte es scheinen. Doch die Wirtschaftswissenschaften haben demonstriert, daß der Zusammenbruch des östlichen Wirtschaftssystems kein biologischer Zufall war, sondern eine zwangsläufige Folge verfehlter Grundannahmen.

Mochte sich also mancher Marktwirtschaftler 1989/90 zufrieden mit ver-schränkten Armen zurücklehnen, so geht inzwischen doch das Gespenst einer Krise der Sozialen Marktwirtschaft um, ja der Marktwirtschaft überhaupt. Ausgerechnet unmittelbar im Anschluß an den globalen Durchbruch der Marktwirtschaft wachsen in Deutschland die Zweifel, ob diese so erfolgreiche Wirtschaftsordnung in der Lage ist, die gegenwärtig und künftige

drückenden Schwierigkeiten zu bewältigen. Von diesen Schwierigkeiten seien hier lediglich die folgenden genannt:

Erstens: die Arbeitslosigkeit. Sie ist – in absoluten Zahlen – historisch beispiellos hoch. Dauerarbeitslosigkeit wächst. Innovationen und Investitionen beleben die Arbeitskräftenachfrage offenbar nicht hinreichend. Die Gesellschaft ist gespalten in Arbeitsplatzbesitzer, die rechtlich und häufig auch finanziell recht gut abgesichert sind, auf der einen Seite – und in Arbeitslose, die das nicht sind, auf der anderen Seite, ohne daß der Arbeitsmarkt flexibel einen Ausgleich herstellte.

Zweitens: die demographische Entwicklung. Immer mehr Menschen erreichen ein hohes Alter; hingegen fehlt es an jungen Menschen, an Erwerbstätigen, die die Rentenlasten tragen können.

Drittens: die Lasten eines elaborierten Sozialstaats. Dies mag hier als Stichwort für die Ausweitung der Sozial- zur Gesellschaftspolitik, für den Anstieg der Staatsquote und der öffentlichen Verschuldung und für vieles andere genügen.

Angesichts dieser Spaltung unserer Befindlichkeit in eine optimistische und eine pessimistische Sicht scheint es notwendig und erfolgversprechend, daß wir uns über Inhalte, Schwierigkeiten und künftige Möglichkeiten der Sozialen Marktwirtschaft vergewissern. Eine umfassende Erörterung ist in der hier gebotenen Kürze sicherlich nicht möglich. Doch wollen wir das Thema im Rahmen einer interdisziplinären Tagung aus vier Richtungen skizzieren: Aspekte der Politik, des Rechts, der Gesellschaft und der Wirtschaft.

Zuvor sind einige Bemerkungen zur Entstehung und zum Begriff der Sozialen Marktwirtschaft erforderlich.

Die Soziale Marktwirtschaft trat als politischer Akt bekanntlich mit dem »Gesetz über Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform« im Juni 1948 ins Leben. Der Frankfurter Wirtschaftsrat der Bizone verabschiedete es – nach beinahe konspirativen Vorbereitungen durch Ludwig Erhard und seine Vertrauensleute in der Verwaltung für Wirtschaft – in einem regelrechten Coup gegen die durchaus ablehnend eingestellten Besatzungsmächte. Das Leitsatzgesetz war eine dem Wortlaut nach recht vage und vorsichtig formulierte Ermächtigung an den Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, zahlreiche Preis- und Mengenregulierungen, also Bewirtschaftungsvorschriften, aufzuheben. Inhaltlich aber war das Gesetz eine grundlegende ordnungspolitische Weichenstellung von kaum zu überschätzender Bedeutung für die gesamte Volkswirtschaft, kurzfristig und langfristig. Das Leitsatzgesetz war ein revolutionärer Akt. Man kann sich schwerlich vorstellen, daß er wiederholbar wäre. Er war wohl nur damals möglich, auch als eine Form der Auflehnung gegen die Militärregierung.

Merkwürdigerweise gehört das »Leitsatzgesetz« zu den am meisten

vergessenen Reformen. Es wird in manchen Geschichtsbüchern schlichtweg ignoriert oder mit der Währungsreform durcheinandergeworfen. Die Währungsreform war für die Biographie der Westdeutschen zwar ungemein prägend, dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie ordnungspolitisch von minderer Bedeutung war. Sie war eine notwendige, aber keineswegs eine hinreichende Bedingung für den nachfolgenden Wirtschaftsaufschwung. Daß das grundlegende Leitsatzgesetz so häufig vergessen wird, muß wohl damit zu tun haben, daß der Erinnerungswert von Reformen, die etwas abschaffen, offenbar gering ist, während man sich eher erinnert, wenn etwas eingeführt wird. Die Abschaffung der Bewirtschaftung bedeutete freilich die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft, die dann allmählich durch die Gesetzgebung näher ausgestaltet wurde, schon früh beim Arbeits- und Sozialrecht, später erst beim Kartellrecht. Das Leitsatzgesetz war also der Sache nach ein Paukenschlag. Doch es war ein Paukenschlag von dosierter Radikalität. Es gab eine Reihe von Ausnahmen. Nicht liberalisiert wurden die Verkehrstarife und die Grundstoffpreise – Kohle, Eisen, Elektrizität. Sie folgten erst, nachdem 1952 das Investitionshilfegesetz den finanziellen Spielraum der Grundstoffindustrien erweitert hatte. Auch der Kapitalmarkt wurde bis 1955 nicht liberalisiert. Nicht liberalisiert wurde ferner der Wohnungsmarkt, er folgte schrittweise bis zu den sechziger Jahren, ist aber bis heute mehr sozial als marktwirtschaftlich verfaßt. Eingefroren blieben anfangs auch die Löhne, bis die Gewerkschaften massiv wurden, dies war im November 1948.

Zwei Folgerungen sind aus diesen historischen Bemerkungen zu ziehen: Erstens: Die Soziale Marktwirtschaft kann durchaus abgestuft, dosiert eingesetzt werden. Sie ist kein einstimmiger gregorianischer Choral, sondern eher ein mehrstimmiges Madrigal. Aber zweitens: Die praktische wie auch die theoretische Logik der Sozialen Marktwirtschaft drängt zu umfassender Liberalisierung hin – so wie auf der entgegengesetzten Seite die Logik einmal angefangener Bewirtschaftung dazu zwingt, die Bewirtschaftung immer weiter voranzutreiben.

Inhaltlich ist im Konzept der Sozialen Marktwirtschaft sehr viel an historischer Erfahrung verarbeitet. Das Konzept ist eine Absage sowohl an den Laissez-Faire-Kapitalismus des frühen und mittleren 19. Jahrhunderts als auch an die staatlich gelenkte Kommandowirtschaft der Nationalsozialisten und die staatssozialistische Zentralverwaltungswirtschaft. Es ist der Versuch, das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem Prinzip des sozialen Ausgleichs zu verbinden (Müller-Armack 1956), der Versuch, bürgerliche Selbsttätigkeit mit sozialer Verantwortlichkeit zu versöhnen. Das zugrunde liegende Menschenbild ist realistisch, nicht utopisch. Der Mensch wird als eigennütziges Wesen verstanden und akzeptiert. Er soll sich entfalten, soll wirtschaftlich erfolgreich sein können. Die eigene Vernunft, die Gesellschaft

und, wenn es sein muß, der Staat ziehen dem Eigennutz Grenzen und binden ihn sozial ein. Das Geheimnis der Wirtschaftspolitik liegt offenbar in der Dosierung von Gewährenlassen und Bremsen, von Stimuli und Transfers. Allerdings scheint der Wettbewerb nachhaltig zentrifugale Kräfte freizusetzen, gemeinschaftliche Normen- und Wertbindung zu beeinträchtigen, die Gesellschaft zu atomisieren und in rivalisierende Kräfte zu spalten. Doch braucht eine moderne Gesellschaft so etwas wie einen gesellschaftlichen Zusammenhalt, ein einigendes Band gemeinsamer Werte, überhaupt? Wie ist das Verhältnis von Sozialer Marktwirtschaft und Moral beschaffen? War das umstrittene Konzept der »formierten Gesellschaft« die Abkehr von liberalen Vorstellungen und die Hinwendung zu einer autoritären gesellschaftlichen Ordnung – oder war es der moderne Versuch einer Konsensbildung auf neuer Grundlage, wie es ähnlich dann Karl Schiller in anderem Gewand mit der Konzertierte Aktion versucht hat, was Rüdiger Altmann einmal andeutete?

Die Definition der Sozialen Marktwirtschaft ist nicht unumstritten. Sie umfaßt vornehmlich zwei Ebenen. Erstens das marktwirtschaftliche System im engeren Sinn. Die ordnungspolitischen Essentials – sie sind nicht umstritten – sind Privateigentum, Wettbewerb und freier Marktzutritt, Vertragsfreiheit, unverfälschte Preise, Geldwertstabilität, Verursacher-Haftung für Schäden und Kosten, ferner Effizienz der öffentlichen Verwaltung. Der Staat hält sich aus dem wirtschaftlichen Geschehen so weit wie möglich heraus, er setzt die Regeln und wacht über ihre Einhaltung. Falls er eingreift, dann systemkonform und möglichst nur subsidiär. Die zweite Ebene ist das Soziale im engeren Sinn, im wesentlichen die soziale Sicherung durch die inzwischen fünfsäulige Sozialversicherung gegen Krankheit, Unfall, Invalidität und Alter, Arbeitslosigkeit und Pflegebedürftigkeit, ferner durch das daneben gespannte subsidiäre Netz der Sozialhilfe und schließlich durch eine Reihe von Transfers wie das Wohngeld, Kindergeld etc.

Uneinigkeit – und deshalb ist im Untertitel unserer Tagung von »Konzeptionen« in der Mehrzahl die Rede – herrscht im wesentlichen hinsichtlich von zwei Punkten. Erstens über die Grenzlinie zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik: darüber, wie weit die Sozialpolitik die Wirtschaft(spolitik) zähmen oder ergänzen müsse. Der linke Flügel der Union, die SPD in ihrer Mehrheit und die Gewerkschaften – auf der einen Seite – neigten und neigen dazu, die Sozialpolitik der Wirtschaftspolitik als zumindest gleich gewichtig gegenüberzustellen. Mancher ging so weit, zu sagen, erst Sozialpolitik schaffe die Voraussetzung für das Funktionieren der Wirtschaft. Die Gegenposition lautet, daß der Ordnungsentwurf der Sozialen Marktwirtschaft selbst schon sozial sei und eigentlich keiner, allenfalls marginaler sozialpolitischer Flankierung bedürfe. Sozialpolitik ist in dieser Hinsicht kein Additiv zur Wirtschaftspolitik, sondern integraler Bestandteil.

Im Grundsatz war das die Sicht Ludwig-Erhard's und Walter Euckens, ohne daß sie dies freilich puristisch durchzusetzen versucht hätten. Die Überzeugung, die beste Sozialpolitik sei eine gute Wirtschaftspolitik, ist im Grundsatz die Überzeugung des rechten Flügels der Union, großer Teile der FDP und der Arbeitgeber.

Uneinigkeit herrscht zweitens darüber, wie nachhaltig der Staat Liberalität durchsetzen und gewährleisten müsse. Da schieben sich allerhand gewachsene Ordnungen, Besitzstände und Rücksichten ins Bild. Dies ist im wesentlichen das Schlachtfeld zwischen den Vertretern der reinen Lehre und den Pragmatikern. Dabei schieben sich diejenigen nach vorn, denen es gar nicht um Soziale Marktwirtschaft zu tun ist, sondern die die Dimension des Sozialen benutzen, um Besitzstände einzuführen und zu festigen. Man denke nur an die vielfältigen Schutzzäune für Notare und Schornsteinfeger, für Steuerberater und Ärzte, für Handwerker, Bergleute und Bauarbeiter, um nur diese zu nennen. Die Sachlogik oder temporäre, regionale oder strukturelle Schwäche erforderten zumindest vorübergehende Interventionen im Interesse der Gesamtgesellschaft, sagen die einen. Man müsse die Soziale Marktwirtschaft nur ernst nehmen und vollenden, sagen die anderen, sie sei bislang gar nicht mit aller Konsequenz umgesetzt worden. Geschehe dies aber, werde dies den allgemeinen Wohlstand heben. Tatsächlich scheinen Tarifkonflikte, wie sie gegenwärtig in der Bauwirtschaft stattfinden, eine Deregulierungskrise anzuzeigen, die durchaus gesamtwirtschaftliche Ausmaße annehmen könnte. Sie legt vor allem offen, daß die Soziale Marktwirtschaft nicht nur ein Thema der staatlichen Politik ist. Sie ist gewissermaßen die Ordnung der Ordnungen und damit auch – und vielleicht sogar vorrangig – ein Thema der Verbände. Offenbar haben sich in 50 Jahren wirtschaftspolitischer Praxis auch Routinen herausgebildet, die durchaus wettbewerbs- und innovationsfeindlich wirken.

Gegenwärtig gelten Globalisierung und Flexibilisierung, Deregulierung und Privatisierung als die wichtigsten Mittel zur Stärkung der Sozialen Marktwirtschaft. Doch schon die Europäische Kommission ist alles andere als ein prinzipienfester Liberalisierer. Können die Prinzipien, die beim Wiederaufbau Deutschlands und bei der wirtschaftlichen Verflechtung Europas erfolgreich waren, auch Orientierung bieten bei nur langsam wachsender oder sektoral gar schrumpfender Nachfrage, bei der wirtschaftlichen Vereinigung Europas und bei der weltwirtschaftlichen Verflechtung? Ist eine Ordnungspolitik, die beim Aufbau einer gewerblich-industriellen Wirtschaft erfolgreich war, auch geeignet im Dienstleistungszeitalter? Wie funktioniert staatliche Rahmensezung im Zeitalter multinationaler Chip- und Softwareproduktion? Was kann man von der Sozialen Marktwirtschaft übernehmen: das Konzept, Handlungsmaximen oder Einzelinstrumente?

Wer betreibt Ordnungspolitik, nachdem das Wirtschaftsministerium nur

noch ein schwacher Schatten dessen ist, was es unter Ludwig Erhard war? Das Arbeitsministerium? Oder alle? Oder keiner? Die Soziale Marktwirtschaft ist unvollendet und offenbar unvollendbar. Was ist ihr Kern? Was ist akzidentiell? Wo wurde sie mißbraucht und verbogen?

Ich freue mich sehr, daß wir für unser Thema vier vorzügliche Referenten gewonnen haben, denen ich herzlich für ihre Bereitschaft danke, hier zu sprechen und mit uns zu diskutieren. Herr Schlecht stellt die politisch-historische Prägung der Sozialen Marktwirtschaft dar und den Anteil Ludwig Erhards daran. Er tut dies nicht nur als Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung und als Ökonom, sondern auch als Mitakteur. Herr Reuter skizziert als Kenner des Grenzbereichs von Recht und Ökonomie die rechtlichen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft und deren Veränderungen unter der höchstrichterlichen Rechtsprechung an ausgewählten Beispielen. Herr Klump, Spezialist der Forschung über Ludwig Erhard und über die ordnungspolitischen Grundentscheidungen, untersucht das lange geschmähte Konzept der »formierten Gesellschaft« in Hinblick auf zeitbedingte und allgemeine Komponenten. Herr Streit behandelt die zur Zeit heftig diskutierte Transformationsproblematik, wozu er als Direktor des Max-Planck-Instituts zur Erforschung von Wirtschaftssystemen institutionell wie auch auf Grund des Standortes Jena besonders berufen ist.

## Ludwig Erhard und die politische Gestaltung der Sozialen Marktwirtschaft

Von Otto Schlecht

Die Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag von Ludwig Erhard am 4. Februar haben gezeigt, wie aktuell seine Erkenntnisse und Ideen, wie notwendig der Rückblick auf seine Politik und wie unerlässlich die Rückbesinnung auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft gerade angesichts der hohen Arbeitslosigkeit sind.

Anders als dies oft dargestellt wird, beginnt Erhards erfolgreiche Arbeit für die Soziale Marktwirtschaft nicht erst am 20. Juni 1948, dem Tag der Währungsreform. Sein historisches Verdienst war es nämlich, eigene Beiträge aus seiner fast 20jährigen wissenschaftlichen Arbeit mit weiteren Erkenntnissen zur Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft integriert und diese Konzeption in die konkrete Ordnung Westdeutschlands implementiert zu haben.

Dabei ließ Erhard sich von seinen akademischen Lehrern beeinflussen. Ihre Erkenntnisse fanden Eingang in seine Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft. Ich will den Einfluß von Wilhelm Rieger, Franz Oppenheimer und Wilhelm Vershofen und der Freiburger Schule bei der Gestaltung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft beleuchten.

### Wilhelm Rieger

Erhard nahm 1919 sein Studium an der neugegründeten Handelshochschule in Nürnberg auf. Dort wurde Professor Wilhelm Rieger sein Lehrer. Rieger hob die besondere Bedeutung der Arbeitsteilung hervor: Arbeitsteilung führt einerseits zu Spezialisierung und zur Intensivierung des Handels, erfordert andererseits aber auch soziale Sicherheit für die arbeitenden Menschen.

Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack faßten diese Erkenntnisse in der Formel der Sozialen Marktwirtschaft als Verbindung des »Prinzips der Freiheit auf dem Markte mit dem des sozialen Ausgleichs«<sup>1</sup> zusammen.

---

<sup>1</sup> Alfred MÜLLER-ARMACK, *Soziale Marktwirtschaft*, in: *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften*, Band 9, Tübingen 1956, S. 390-392.

Von Rieger konnte Erhard auch die Bedeutung der unternehmerisch tätigen und risikobereiten Menschen lernen, ohne die keine Arbeitsteilung zustande kommt. Erhards Folgerung daraus: Gute Rahmenbedingungen für Investitionen und privatwirtschaftliches Engagement bilden die Grundlage für Arbeitsplätze und gehören somit zu den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Und: Die Soziale Marktwirtschaft ordnet dem Unternehmer eine hervorragende Funktion zu, »weil sie seiner Schaffenskraft, seinem Einfallsreichtum und seiner Risikobereitschaft vertraut«<sup>2</sup>.

### Franz Oppenheimer

An der Universität Frankfurt wurde Franz Oppenheimer zu einer wichtigen Wegmarke für Erhard. Bei Oppenheimer lernte Erhard die Bedeutung der Freiheit als oberstes gesellschaftliches Ziel. Erhard gebrauchte selbst bei vielen späteren Gelegenheiten die Wendung Oppenheimers von der »Gesellschaft der Freien und Gleichen«<sup>3</sup>. Zum Schutz der Freiheit bedarf es der staatlichen Ordnung; Freiheit und Ordnung, Freiheit und Verantwortung sind in der Sozialen Marktwirtschaft jeweils zwei Seiten einer Medaille.

Die freiheitliche Ordnung erfordert das Prinzip der Subsidiarität. Mit diesem Prinzip wird das Verhältnis zwischen Individuum und Staat definiert: Weniger die Entwicklung zum Versorgungsstaat mit umfassender staatlicher Garantie der materiellen Sicherheit, als vielmehr die auf individueller Verantwortung und Risikoabwägung beruhende Wettbewerbsordnung der Sozialen Marktwirtschaft wird langfristig die Herausforderungen der internationalen arbeitsteiligen Welt meistern.

### Wilhelm Vershofen

Als Assistent am Nürnberger Institut für Wirtschaftsbeobachtung gehörte Erhard ab 1928 zum Mitarbeiterstamm von Wilhelm Vershofen, der als Pionier der Marktforschung in Deutschland gilt. Erhards Hauptforschungsgebiete waren die Konsum- und Marktforschung sowie die Wirtschafts- und Währungspolitik der Reichsregierung.

---

<sup>2</sup> Ludwig ERHARD, *Lehren der Geschichte. Ansprache auf dem 11. CDU-Bundesparteitag in Dortmund*, 4. Juni 1962, in: Ludwig ERHARD, *Gedanken aus fünf Jahrzehnten*, hrsg. v. Karl HOMANN, Düsseldorf-Wien-New York 1988, S. 743-760.

<sup>3</sup> Ludwig ERHARD, *Franz Oppenheimer, dem Lehrer und Freund. Rede zu Oppenheimers 100. Geburtstag in der Freien Universität Berlin*, 30. April 1964, in: K. HOMANN (wie Anm. 2), S. 858-864.

Aus diesen Jahren – insbesondere 1929-1932 –, die durch Wirtschaftskrisen, Inflation und Arbeitslosigkeit traurige Rekorde aufstellten, sind eine Reihe von Aufsätzen von Erhard zur Bewältigung der Krisen überliefert.<sup>4</sup> Die beiden Inflationen im Jahre 1923 und 1929 ließen Erhard die Notwendigkeit von Geldwertstabilität hautnah erleben: Die Inflation führte nämlich dazu, daß der elterliche Textilhandel aufgrund von Zahlungsschwierigkeiten aufgegeben werden mußte.

Auch Wilhelm Vershofen gehört zu den Lehrern von Erhard. Durch ihn erkannte Erhard die Bedeutung psychologischer Elemente in der Wirtschaftspolitik. Damit gelang es Erhard, die Menschen in direkter Ansprache mitzureißen, seine Sachkenntnis, Glaubwürdigkeit, Aufrichtigkeit sowie seine optimistische Grundeinstellung ließen ihn im Werben für seine (wirtschafts-)politischen Zielsetzungen erfolgreich sein. Erhards Seelenmassage und seine Maßhalte-Appelle werden auch heute noch gerne aufgegriffen. Darüber hinaus betonte Vershofen die Gefahren für Gesellschaft und Staat, die von Marktfriktionen, wie der Arbeitslosigkeit, ausgehen. Er plädierte für gegebenenfalls notwendige Anpassungsinterventionen, die bei Alexander Rüstow als »liberaler Interventionismus« bezeichnet werden. Folgerichtig wollte Ludwig Erhard durch seine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung »nicht die freie Marktwirtschaft des liberalistischen Freibeutertums einer vergangenen Ära, auch nicht »das freie Spiel der Kräfte« und dergleichen Phrasen« verwirklichen, »sondern die sozial verpflichtete Marktwirtschaft, die das einzelne Individuum wieder zur Geltung kommen läßt, die den Wert der Persönlichkeit obenan stellt und der Leistung dann aber auch den verdienten Ertrag zugute kommen läßt.«<sup>5</sup>

1942 gründete Ludwig Erhard eine eigene Forschungsstätte, das »Institut für Industrieforschung«. Hier verfaßte er 1943/44 seine wohl wichtigste wissenschaftliche Arbeit, seine Denkschrift »Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung«<sup>6</sup>. Diese stellt die theoretischen Weichen für den Übergang Deutschlands von einer Kriegs- in eine Friedenswirtschaft – und liest sich in weiten Teilen auch noch heute als politische Handlungsanleitung:

- Im Mittelpunkt steht die Sanierung der öffentlichen Finanzen in Form einer Schuldenkonsolidierung durch die Ausschaltung der überschüssigen Kaufkraft.
- Nur geordnete staatliche Finanzen in Form eines ausgeglichenen staat-

<sup>4</sup> So zum Beispiel »Ein Norweg« 1931; »Wirtschaftsbelebung von der Verbraucherseite« 1932, abgedruckt in: K. HOHMANN (wie Anm. 2), S. 21-29; S. 37-42.

<sup>5</sup> Ludwig ERHARD, *Marktwirtschaft im Streit der Meinungen*. Rede vor dem 2. Parteikongreß der CDU der britischen Zone, Recklinghausen, 28. August 1948, in: K. HOHMANN (wie Anm. 2), S. 134-151.

<sup>6</sup> Ludwig ERHARD, *Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung*. Faksimiledruck der Denkschrift von 1943/44. Mit Vorbemerkungen von Ludwig Erhard, Theodor Eschenburg, Günter Schmölders, Frankfurt a.M.-Berlin-Wien 1977.

lichen Haushalts ermöglichen Vertrauen der privaten Wirtschaft in die finanzwirtschaftliche Ordnung.

- Einerseits müssen die Unternehmer aus den Fesseln der staatlichen Bevormundung befreit und das übermächtige Bedürfnis nach privater und individueller Lebensgestaltung befriedigt werden. Andererseits ist es Aufgabe der »Wirtschaft selbst, Mittel und Wege zu finden, um durch die Erstellung eines neuen Sozialprodukts dem deutschen Volke wieder eine neue Lebensgrundlage zu eröffnen«<sup>7</sup>.
- Dem übermächtigen Bedürfnis nach privater und individueller Lebensgestaltung muß durch Befreiung von staatlicher Bevormundung entsprochen werden.
- Erhard betonte das Recht der Menschen auf »Wahrheit und Klarheit« in der Wirtschaftspolitik sowie die strikte Begrenzung der staatlichen Aufgaben, ohne jedoch an eine rein ökonomische Verselbständigung der Wirtschaft zu denken.

Die in der Denkschrift vorgelegten Ausführungen haben – wie Günter Schmölders später schreibt – »vieles von dem vorweggenommen, was nach der totalen Niederlage, dem staatlichen Zusammenbruch des Hitlerreiches und den Besatzungsjahren an staatlicher und wirtschaftlicher Neuordnung, Lastenausgleich und Kriegsschuldenkonsolidierung (oder leider doch Schuldenannulierung) in den schmerzlichen Geburtswehen einer neuen Demokratie mühselig genug zustande kam. Bedeutsamer als die praktischen Vorschläge und Überlegungen des Gutachtens sind aber die aus vielen seiner Begründungen und häufig auch zwischen den Zeilen erkennbar werdenden Grundsätze, die dem Neuaufbau nach dem Kriege zugrunde gelegt werden sollten und zu deren Verwirklichung, wie der Gang der Geschichte es gefügt hat, Ludwig Erhard selbst berufen werden sollte.«<sup>8</sup>

#### Andere Schulen

In Erhards Forschungsergebnisse und die politische Gestaltung der Sozialen Marktwirtschaft fanden auch Theorien und Konzepte Eingang, die in anderen Schulen oder Institutionen erarbeitet worden waren. Als wichtigste geistige Quelle der marktwirtschaftlichen Ordnung gilt die Freiburger Schule um Walter Eucken. Sie gehört zu den nationalökonomischen Kreisen, die sich bereits im Untergrund der Nachkriegsordnung zuwandten. Eucken und seine Mitstreiter Franz Böhm, Leonhard Miksch und Hans Großmann-Doerth

<sup>7</sup> EBD., S. 243 f.

<sup>8</sup> Günter SCHMÖLDERS, *Erhards Denkschrift im Lichte neuer Dokumente über die Kriegsfinanzierung 1933-45*, in: L. ERHARD, *Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung* (wie Anm. 6), S. XXXII.

setzten mit ihrer Betonung des Wettbewerbsgedankens einen neuen Akzent für das Verhältnis von Wirtschaft und Staat. Das bleibende Verdienst von Walter Eucken ist seine Ausformung einer Wettbewerbsordnung mit den konstituierenden und regulierenden Prinzipien<sup>9</sup>:

- Privateigentum und entsprechende Haftungsregelungen;
- Vertragsfreiheit;
- konvertibles und stabiles Geld;
- freie Preisbildung;
- offene Märkte;
- aktive Wettbewerbspolitik;
- Konstanz der Wirtschaftspolitik.

Ebenso fundamental waren Euckens Erkenntnisse über die »Interdependenz der Ordnungen«, die sich bei Erhard durch den engen Zusammenhang von Wirtschafts- und Sozialpolitik und der notwendigen Politik »aus einem Guß« widerspiegelt. Dagegen vernachlässigte Euckens Vorliebe für die idealtypische Marktform der vollständigen Konkurrenz zu sehr die Realität mit ihrer hohen Dynamik. Gerade die Dynamik technologischer Entwicklungen, internationaler Arbeitsteilung und globalen Handels sind Voraussetzungen des Hayekschen »Entdeckungsverfahrens« und der Schumpeterschen »schöpferischen Zerstörung«.

Als weitere Mitstreiter für die Soziale Marktwirtschaft sind neben Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow und Fritz Neumark insbesondere Alfred Müller-Armack zu nennen. Müller-Armack, gemeinhin als Erfinder des Begriffes »Soziale Marktwirtschaft« bezeichnet, hat die ordoliberalen Theorie um Gedanken der philosophischen Anthropologie und der christlichen Soziallehre erweitert. Ihm ist zudem die Idee von der Marktwirtschaft als Instrument und Zielsetzung der staatlichen Einflußnahme auf die Marktergebnisse zu verdanken. Die marktwirtschaftliche Ordnung bedeutet für ihn keine Vollautomatik. Müller-Armack spricht vom Halbautomaten, der sinnvoller Bedienung bedarf. Dazu gehört ein starker Staat, um ordnungspolitische Vorgaben durchzusetzen.

Auch für Erhard bedeutete Soziale Marktwirtschaft nie Marktwirtschaft pur, nie Marktwirtschaft ohne staatliche Verantwortung oder Laissez-faire-Politik. Erhard war bewußt, daß die Ordnungskraft des Wettbewerbs allein im absoluten Sinne noch nicht eine gerechte und verschiedene Interessen genügend ausgleichende Wirtschafts- und Sozialordnung gewährleiste: »Das Postulat der sozialen Gerechtigkeit und die Sicherheit politisch stabiler Verhältnisse erfordern und rechtfertigen auch in der Marktwirtschaft gezielte staatliche Interventionen.« Zugleich betont Erhard jedoch, daß die gezielten

---

<sup>9</sup> Vgl. Walter EUCKEN, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, Bern-Tübingen 1952, S. 254-304.

staatlichen Eingriffe dort ihre äußerste Grenze finden, »wo die Funktionsfähigkeit der marktwirtschaftlichen Ordnung und die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft in ihrer Gesamtheit gefährdet werden«<sup>10</sup>. Somit müssen sich die intervenierenden (Wirtschafts-)Politiker stets ihrer ordnungspolitischen Sünden bewußt sein.

Um aber nicht Interventionisten aller Parteien Vorschub zu leisten, sei betont: In der Sozialen Marktwirtschaft kommt der Ordnungspolitik Priorität zu, ebenso den Prinzipien von Subsidiarität und Eigenverantwortung. »Sozial« im Erhardschen Verständnis heißt dabei: Unsere Ordnung bedeutet eine wettbewerbliche Marktwirtschaft, in der persönliche Freiheit und Verantwortung in Verbindung mit den staatlichen Rahmenregeln eine Ordnung schaffen, die effizientes Wirtschaften und soziale Zwecke primär aus dem System heraus ermöglicht. Hier ist nicht die Gelegenheit, die teilweise feingliedrigen Unterschiede in den Auffassungen der sogenannten »Väter der Sozialen Marktwirtschaft« – beispielsweise über die Rolle der Konjunkturpolitik – zu diskutieren. Wichtig bleibt deshalb festzuhalten: (1.) Soziale Marktwirtschaft beruht auf verschiedenen geistigen Grundlagen und Strömungen. (2.) Ludwig Erhard kommt das Verdienst zu, diese unterschiedlichen Strömungen mit eigenen Erkenntnissen harmonisch zusammengefügt und (3.) in die Praxis umgesetzt zu haben.

#### Bedingungen und Anfänge politischer Umsetzung

Damit verbunden ist gleichwohl die Feststellung, daß die Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg mehrfaches Glück bei der Etablierung der demokratischen, rechtsstaatlichen, marktwirtschaftlichen und sozialen Ordnung hatte:

Erstens bildeten die Westalliierten mit ihrer Politik die Flankierung der neuen Ordnung. Zweitens lagen bereits während des Krieges im Untergrund und Exil Ideen für eine Nachkriegsordnung bereit. Im Vordergrund stand dabei der Aufbau einer freiheitlichen, dem Wettbewerb und sozialen Ausgleich verpflichteten Ordnung, bei der dem einzelnen Vorrang vor staatlicher Bevormundung zukommen sollte. Drittens gelang es durch die Person Ludwig Erhards in der Funktion des Direktors der Verwaltung für Wirtschaft der Bizone, die neue Ordnung in die Praxis umzusetzen. Ludwig Erhard hob nämlich, wie Karl Schiller es formulierte, im »Handstreichverfahren« mit der Währungsreform den größten Teil der Preis- und Bewirtschaftungsvorschriften auf und legte damit den Grundstein für unternehmerisches Wirtschaften. Dies geschah mit Mut und Charisma gegen den Widerstand

---

<sup>10</sup> Ludwig ERHARD, *Wirtschaft und Wirtschaftsordnung in der modernen Politik*. Beitrag zur Festschrift für Jacques Rueff, 6. Juni 1966, in: K. HOMANN (wie Anm. 2), S. 1013-1020.

großer Bevölkerungsteile, der veröffentlichten Meinung, der SPD und gegen Teile der CDU. Viertens ergänzten sich, bei allen Gegensätzlichkeiten zwischen beiden Persönlichkeiten, Adenauer und Erhard in idealer Weise. Und schließlich fünftens bildete das Grundgesetz mit Grundrechten, Vertrags- und Koalitionsfreiheit, Gewährleistung des Privateigentums, rechts- und sozialstaatlichen Regeln und föderalem Aufbau die verfassungsrechtliche Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft.

Bis es soweit war, lag es jedoch zuerst an Ludwig Erhard, für seine Ideen eine politische Mehrheit zu finden. Konrad Adenauer, Vorsitzender der CDU in der britischen Zone, hatte Erhard zum zweiten Parteitag der CDU im August 1948 eingeladen. Bis dahin liebäugelte die CDU in ihrem Ahlener Programm mit den Forderungen nach Planung und Lenkung der Wirtschaft und nach Vergesellschaftung der Montanindustrie, vertraute also auf »halbsozialistische« Instrumente. Erhard erhielt auf dem Parteitag das notwendige Forum, um für eine marktwirtschaftliche Ordnung zu werben.

Schließlich wurde Erhards Referat vor dem Zonenausschuß der CDU im Februar 1949 in Königswinter von Adenauer kurzerhand zum CDU-Wirtschaftsprogramm für die anstehende Bundestagswahl als Düsseldorfer Leitsätze umfirmiert – und damit begann die erfolgreiche, jedoch auch spannungsreiche Zusammenarbeit zwischen Adenauer und Erhard sowie zwischen Erhard und »seiner« Partei.

Leider will sich diese Partei vom Markennamen in ihrem Programm verabschieden und hat die Formel der »Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft« in ihr Programm aufgenommen. Ich habe stets versucht zu erklären, daß sich im Begriff der Sozialen Marktwirtschaft bereits die Interdependenz von Ökonomie und Ökologie ausdrückt. Soziale Marktwirtschaft enthält nämlich die Gestaltung der Rahmenordnung, damit aus der reinen Marktwirtschaft eine funktionsfähige und menschenwürdige Ordnung wird – und dazu gehört integral die Bewahrung der ökologischen Lebensgrundlagen. Inzwischen scheint diese Sichtweise auch in der Union wieder die Oberhand zu gewinnen; Helmut Kohl und Wolfgang Schäuble jedenfalls sprechen nur von Sozialer Marktwirtschaft.

### Die »formierte Gesellschaft«

In den 60er Jahren entwickelte Erhard mit der »formierten Gesellschaft«<sup>11</sup> ein neues gesellschaftliches Leitbild für unsere Ordnung. Sie sollte Einzel- und Gruppeninteressen mit einem wachsenden Bewußtsein für das

<sup>11</sup> Ludwig ERHARD, *Formierte Gesellschaft*, Rede vor dem 13. Bundesparteitag der CDU, Düsseldorf, 31. März 1965, in K. HOMANN (wie Anm. 2), S. 915-927.

Gemeinwohl und die wechselseitige Abhängigkeit und Zusammengehörigkeit aller Gruppen verbinden.

Daß die Konzeption der »formierten Gesellschaft« mit dem Rücktritt Erhards aus der öffentlichen Diskussion verschwand, mag verschiedene Ursachen haben: Der Begriff »formiert« war unglücklich gewählt. Assoziationen zu Uniformität ließen nicht lange auf sich warten. Als Leiter der Grundsatzabteilung habe ich von diesem Begriff abgeraten und zusammen mit meinem damaligen Hilfsreferenten Hans Tietmeyer ein Papier vorgelegt, mit dem Erhards Ideen zu einem »wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Dialog« konkretisiert werden sollten. Dies hat Karl Schiller dann mit seiner »Konzertierten Aktion« aufgegriffen. Der Zeitpunkt der Vorstellung der Gesellschaftskonzeption war unglücklich gewählt. Ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl konnte eine Diskussion in der notwendigen Ernsthaftigkeit und Sachlichkeit nicht geführt werden. Trotzdem: Das gesellschaftliche Leitbild Erhards ist aktueller denn je. Kritik an kurzfristig in Wahlfristen denkenden Politikern, Kritik an dem übergroßen Einfluß von Interessenverbänden sowie die vielzitierte Politik-, Parteien- bzw. Politikerverdrossenheit deuten auf einen Mangel an Allgemeinwohl-Orientierung in der Gesellschaft hin.

#### Währungsreform und »Wirtschaftswunder«

Auf der bereits kurz umrissenen wissenschaftlichen Grundlage gelang Erhard die politische Gestaltung der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland. Mit seiner mutigen Entscheidung der güterwirtschaftlichen Absicherung der Währungsreform durch die Wirtschaftsliberalisierung im Juni 1948 führte er letztlich auch die neue Währung zum Erfolg und schuf die Grundlage für »Wohlstand für alle«<sup>12</sup>. Denn die marktwirtschaftlichen Kräfte wurden entfesselt und Wettbewerb und Leistungsstreben entfacht. Dies führte zum »deutschen Wirtschaftswunder« mit hohen Wachstumsraten, zunehmender Beschäftigung und sinkender Arbeitslosigkeit, Preisniveaustabilität sowie steigenden Reallöhnen, und Erhard wurde zum »Vater des Wirtschaftswunders«.

Der Begriff des »Wirtschaftswunders« ist insofern mißverständlich, als es sich bei der erfreulichen Entwicklung Westdeutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg nicht um Zufall oder ein göttliches Geschenk handelte. Vielmehr waren es in erster Linie die konsequente Verwirklichung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und der Ausbau der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik zur Sozialen Marktwirtschaft, die kontinuierlich zum Erfolg führten. Ihre Ordnungsideen – der politisch und

<sup>12</sup> Ludwig ERHARD, *Wohlstand für alle*, Düsseldorf-Wien 1957.

wirtschaftlich mündige Bürger, die Freiheit und Eigenverantwortlichkeit des einzelnen sowie die Verantwortung des Staates für eine funktionsfähige Rahmenordnung – sind die Garanten für die Bewältigung neuer Herausforderungen.

Mit der Währungs- und Wirtschaftsreform war die Grundentscheidung für die Soziale Marktwirtschaft getroffen, der weitere Ausbau schritt zügig voran. Ludwig Erhard hielt offensiv – man ist geneigt zu sagen: in seiner barocken Starrköpfigkeit – an den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft fest, auch in noch so großer Bedrängnis wie dem 24stündigen Generalstreik im November 1948 oder der Koreakrise. Ich beschränke mich auf die wichtigsten Stationen des Ausbaus.

### Steuern und Arbeitsplätze

Voraussetzung für neue Arbeitsplätze sind Investitionen. Gute steuerliche Rahmenbedingungen für Investitionen und privatwirtschaftliches Engagement zählen somit zu den Bedingungen der Sozialen Marktwirtschaft. Eine stufenweise durchgeführte Steuerreform ab 1948 senkte die Steuerbelastung des Einkommens ab und schuf Steuerbefreiungen bei bestimmten Arten der Kapitalbildung. Dadurch wurden neue Impulse und positive Anreize für Unternehmer gegeben. Zur Größenordnung: Der Spitzensteuersatz wurde bei der Einkommensteuer bis 1958 von 80 auf 53 Prozent verringert. Etzels Steuerreform von 1958 verdient ebenso wie die Stoltenbergschen Reformen in den 80er Jahren den Titel »Große Steuerreform«!

Es wurde nämlich bedacht, daß das Steuerrecht der Besteuerung nach persönlicher Leistungsfähigkeit gerecht werden muß. Der Spitzensteuersatz ist Ausweis des Staates für seinen Umgang mit Leistungsträgern. Am unteren Ende erleichtert ein niedriger Einstiegstarif den Übergang aus dem Transfersystem in eine Beschäftigung und sichert den nötigen Abstand zur Sozialhilfe. Eine halbherzige Steuerreform hätte vielleicht partiell Verbesserungen gebracht; die Vereinfachung des Steuersystems, das Zurückdrängen der »Privilegien-Lobby«, die nachhaltige Stärkung der Leistungsbereitschaft der Bürger und der Investitionstätigkeit der Unternehmer lassen sich damit aber nicht erreichen.

### Eine »Gesellschaft von Teilhabern«

Die Reduzierung der Steuerbelastung enthält gleichzeitig die von Ludwig Erhard stets angemahnte Begrenzung von staatlichen Auf- und Ausgaben und damit der Stärkung der individuellen Verantwortlichkeit. Konsequenter verfolgte er deshalb zusammen mit dem »Vater der Volksaktie«, Hermann

Lindrath, die Privatisierung von Preussag 1959 und die Teilprivatisierungen von VW und Veba 1961 und 1965.

Ludwig Erhard hat mit den Privatisierungen und den Volksaktien-Maßnahmen zwar die Grundlagen für eine breite Aktienkultur in Deutschland gelegt. Durchschlagender Erfolg war ihr jedoch nicht beschieden. Inzwischen stehen die Zeichen in Bonn – auch vor dem Hintergrund der Telekom-Emission 1996 – auf Vorfahrt für die Aktien, wenn selbst das Wirtschaftsmagazin *Capital* schreibt: »Aktionäre hört die Signale. Das Aschenputtel-Dasein ist zu Ende.« Deutschland hat also die Chance, das Motto Ludwig Erhards und Alfred Müller-Armacks zu verwirklichen, eine »Gesellschaft von Teilhabern«<sup>13</sup> entstehen zu lassen – zwar verspätet, aber immerhin.

### Sicherung des Wettbewerbs

Die Sicherung der Wettbewerbsfreiheit obliegt in der Sozialen Marktwirtschaft einem starken Staat. Es dauerte bis 1957, bis das »Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen« (GWB) verabschiedet werden konnte. Für Erhard war es eines der wichtigsten Gesetze auf innenpolitischem Gebiet und ihm ein Herzensanliegen, das man auf die Kurzformel bringen kann: »Lebendiger Wettbewerb dient dem Verbraucher«<sup>14</sup>.

Die teilweise sehr heftig geführten Diskussionen spitzten sich in den Positionen zu: absolutes Kartellverbot oder bloßes Mißbrauchsprinzip. Der erste Gesetzesentwurf aus dem Wirtschaftsministerium sah noch ein absolutes Kartellverbot sowie durchgreifende Maßnahmen gegen wirtschaftliche Machtkonzentrationen mit harten Sanktionen vor. Er ließ sich politisch nicht durchsetzen. Das GWB als »Grundgesetz der Marktwirtschaft« wurde schließlich zwar mit einem grundsätzlichen Kartellverbot, aber einschließlich institutionalisierter Ausnahmehereiche verabschiedet. Damit wurde von der idealtypischen ordoliberalen Vorstellung der vollständigen Konkurrenz zugunsten realistischerer Annahmen abgewichen. Und es wurde, wie Franz Böhm formulierte, »das erreichbare Optimum von Wettbewerb und das erreichbare Minimum von wirtschaftlicher Macht gesichert«<sup>15</sup>.

Momentan ist es um die 6. GWB-Novelle ruhig geworden. Sie ist notwendig aufgrund der veränderten Bedingungen des europäischen und des globalen Marktes wie auch bezüglich der Ausnahmetatbestände. Jedoch habe

13 Ludwig ERHARD/Alfred MÜLLER-ARMACK, *Soziale Marktwirtschaft. Manifest '72*, Frankfurt a.M.-Berlin-Wien 1972, S. 336.

14 Karl Christian BEHRENS, *Vom Verbraucher*, in: Erwin von BECKERATH/Fritz W. MEYER/Alfred MÜLLER-ARMACK, *Wirtschaftsfragen der freien Welt. Zum 60. Geburtstag von Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard*, Frankfurt a.M. 1957, S. 209-223.

15 Franz BÖHM, Rede vor dem Deutschen Bundestag, in: *Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenograph. Berichte*, Bd. 38, S. 13249 ff.

ich stets ausgeführt, daß sie nicht übereilt beraten und beschlossen werden sollte, weshalb ich auch den Zeithorizont »6. GWB-Novelle 2000« angepeilt habe.<sup>16</sup>

### Die Rentenreform 1957

1997 wird der 100. Geburtstag von Ludwig Erhard gefeiert, 1997 begeht die lohnbezogene dynamische Rente ihren 40. Geburtstag. Das Rentenreformgesetz des Jahres 1957 führte die dynamische und lohnbezogene Rente auf der Grundlage des Umlageverfahrens ein. Die Rente war fortan nicht mehr Zuschuß zum Lebensunterhalt, sie wurde zum Lohnersatz, und die Rentner konnten am »Wohlstand für alle« teilhaben. Beides: Erhards Formel »Wohlstand für alle« und die Rentenreform waren ausschlaggebend für die absolute Mehrheit der CDU/CSU in der Bundestagswahl 1957.

Ludwig Erhard stimmte dieser Reform nach anfänglichem Zögern grundsätzlich zu – ich habe daran auch einen gewissen Anteil gehabt. Erhard forderte aber ein »Drei-Säulen-Konzept« für die Sicherung im Alter, insbesondere Freiraum für ergänzende Selbstvorsorge. Mit seiner Forderung, die laufenden Renten statt an die Brutto- an die Nettoentwicklung der Löhne anzupassen, konnte sich Erhard nicht durchsetzen. Erst die Rentenreform 1992 bestätigte ihn in seiner damaligen Einschätzung. Doch er konnte immerhin erreichen, daß in die Anpassungsvorschriften eine »Notbremse« eingebaut wurde: »Die Anpassung hat der Entwicklung und der Produktivität sowie den Veränderungen des Volkseinkommens je Erwerbstätigen Rechnung zu tragen.« Verhängnisvoll war, daß diese Notbremse zu selten gezogen wurde; noch verhängnisvoller ist, daß die Rentenversicherung im Laufe der Jahrzehnte und erneut bei der Einheit Deutschlands ständig ausgebaut und mit versicherungsfremden Leistungen »angereichert« wurde.

Gerade die Absicherung der Menschen im Alter benötigt aber bereits frühzeitig die notwendigen Weichenstellungen. Der Devise Erhards von »Wahrheit und Klarheit« in der Politik kommt gerade hier besondere Bedeutung zu. Der jungen Erwerbsgeneration muß nämlich frühzeitig erklärt werden, daß es einer höheren privaten Eigenvorsorge bedarf, die Rentnergeneration darf nicht verunsichert werden.

### Subsidiarität und soziale Sicherung

Angesichts der Rentenreformdebatte 1956/57 formulierte Erhard: »Es ist notwendig, daß das Subsidiaritätsprinzip als eines der wichtigsten Ord-

<sup>16</sup> Otto SCHLECHT, *Erneuerte Soziale Marktwirtschaft statt Regulierungs- und Versorgungsstaat*, aus der Reihe Vorträge und Aufsätze des Walter Eucken Instituts, Tübingen 1996, S. 29.

nungsprinzipien für die soziale Sicherung anerkannt und der Selbsthilfe und Eigenvorsorge soweit wie möglich Vorrang eingeräumt wird. Der staatliche Zwangsschutz hat demnach dort haltzumachen, wo der einzelne und seine Familie noch in der Lage sind, selbstverantwortlich und individuell Vorsorge zu treffen.«<sup>17</sup>

Was Ludwig Erhard bezüglich der Rente aussprach, gilt für die sozialen Sicherungssysteme insgesamt und ist gleichsam der Schlüssel zur Erhaltung der sozialen Sicherung in Deutschland. Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft beruht auf der Freiheit des Individuums. Das Individuum handelt somit aus eigenem Antrieb und muß – dies gehört zur Freiheit! – zuerst selbst Vorsorge gegen Wechselfälle des Lebens treffen. Diese auf dem Subsidiaritätsprinzip fußende Gestaltung wird ergänzt um das Solidaritätsprinzip – die Betonung liegt auf »ergänzt«. Denn die kollektive Sicherung darf nur einsetzen, wenn die Leistungsfähigkeit des einzelnen nicht ausreicht oder er durch Wechselfälle des Lebens überfordert ist.

Leider erhielt das Subsidiaritätsprinzip keine Priorität. So gelang es zum Beispiel Theo Blank nicht, im Bereich der Krankenversicherung Leistungsverbesserungen mit einer Selbstbeteiligung – damals in der Höhe von 1,50 DM für jeden Arztbesuch – zu versehen. Dies hat sich durch die Kostenexplosion im Gesundheitswesen als verhängnisvoller Fehler herausgestellt.

### Geldwertstabilität

Neben den Geburtstagsfeierlichkeiten für Ludwig Erhard ist 1997 auch unserer Notenbank zum 40. Geburtstag und im nächsten Jahr der D-Mark zum 50. Jahrestag zu gratulieren. Die Bank deutscher Länder sowie die Deutsche Bundesbank fühlten sich nicht zuletzt aus historischen Erfahrungen der Geldwertstabilität in besonderem Maße verpflichtet. Mit dem Gesetz über die Deutsche Bundesbank erhielt die Geldwertstabilität als integraler Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft gesetzliche Absicherung. Bei der heutigen Hochschätzung der Bundesbank ist daran zu erinnern, daß es dreier Anläufe Erhards bedurfte, die Unabhängigkeit gegen Widerstände durchzusetzen. Nicht zuletzt Bundeskanzler Konrad Adenauer stand der Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank aus politischen Gründen skeptisch gegenüber.

Mit dem Vertrag von Maastricht, dem Aufbau der Europäischen Zentralbank nach deutschen Maßstäben sowie dem inzwischen vereinbarten »Stabilitäts- und Wachstumspakt« sind die Weichen für die geldpolitische Stabilität der EU gelegt – entsprechend der Grundlage der Erhardschen

---

<sup>17</sup> Ludwig ERHARD, »Selbstverantwortliche Vorsorge für die sozialen Lebensrisiken«, Versicherungswirtschaft, Januar 1956, in: K. HOMANN (wie Anm. 2), S. 461-465.

Politik. Damit finden D-Mark und Deutsche Bundesbank in der Europäischen Union würdige Nachfolger bzw. Nachahmer. Gleichwohl muß sich der Euro das Vertrauen, das die Bevölkerung mit der D-Mark verbindet, erst erarbeiten. Erhard jedenfalls betonte wiederholt, daß eine Verwirklichung der europäischen Integration ohne entsprechenden Widerhall in der Öffentlichkeit nicht gelingen könne.

Auf der Zielgeraden bis 1999 muß mit ordnungspolitischen Argusaugen darauf geachtet werden, daß die Erfolgsbedingungen eingehalten werden. Verantwortbar und erfolgreich wird die Europäische Währungsunion nämlich nur als marktwirtschaftliche Stabilitätsgemeinschaft sein.

### Tarifautonomie

Zur Sozialen Marktwirtschaft gehört eine funktionsfähige Tarifautonomie. Mit der Gründung der Dachorganisationen der Arbeitgeber sowie des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1949 wurden die Weichen für die im Grundgesetz verankerte Tarifautonomie gelegt. Die zurückhaltende Tarifpolitik war eine entscheidende Voraussetzung für den raschen Wiederaufstieg der Bundesrepublik Deutschland. Auch die Selbstbeschränkung des Staates nach dem Subsidiaritätsprinzip war Voraussetzung dafür: Der Staat umreißt mit seinen Gesetzen den Rahmen, die Tarifpartner füllen ihn konkret aus.

Globalisierung und Flexibilisierung der Märkte erfordern inzwischen Subsidiarität »im doppelten Verständnis«: Einerseits erhalten die Tarifvertragsparteien durch die staatliche Selbstbeschränkung weitgehenden Spielraum für tarifpolitische Entscheidungen. Andererseits müssen die Tarifverträge auf betriebliche, regionale und ausbildungsbezogene Besonderheiten Rücksicht nehmen und den Betrieben größere Regelungsfreiheiten geben.

### Ordnungspolitik

Wie bereits ausgeführt, bedeutete für Ludwig Erhard Soziale Marktwirtschaft nie Laissez-faire-Politik. So schufen Wohnungsbaugesetze notwendigen Wohnraum, das Investitionshilfe- und Kapitalmarktförderungsgesetz aus dem Jahre 1952 aktivierte Investitionen und regte das private Sparen an, die Förderung der privaten Vermögensbildung wurde staatlich unterstützt und 1954 mit der Zahlung von Kindergeld begonnen. Staatliche Verantwortung zur Erzielung von »Wohlstand für alle« war für Erhard legitim. Er formulierte: »Soziale Marktwirtschaft« soll also besagen, daß der Staat nicht nur die Aufgabe, sondern sogar die Verpflichtung hat, der Wirtschaft bestimmte, politisch gewollte Maximen zu setzen und das weitgespannte Instrumentarium der Wirtschaftspolitik so zu handhaben, daß die freien

Entscheidungen der wirtschaftenden Menschen aller Kategorien gleichwohl zu dem gewollten Effekt hinführen.«<sup>18</sup> Aber für Ludwig Erhard behielt dennoch Ordnungspolitik Priorität, und er war sich andererseits stets der Sünden der Regierung wider die Ordnungspolitik bewußt.<sup>19</sup>

### Soziale Marktwirtschaft in der Weltwirtschaft

Soziale Marktwirtschaft fordert nicht nur Freiheit und Wettbewerb im Innenverhältnis. Freier Außenhandel und Währungsconvertibilität, offene Märkte und die arbeitsteilige Verschmelzung der Märkte sind konstitutive Elemente der Sozialen Marktwirtschaft. Erhard betrieb folgerichtig konsequent die Eingliederung in die Weltwirtschaft durch die schrittweise Liberalisierung des Außenhandels und die Einführung der freien Convertierbarkeit der Deutschen Mark am 29. Dezember 1958.

In der Frage des Wechselkurses der D-Mark kam es innerhalb der Regierungskoalition mehrmals zu Differenzen, die sich auch in den Personen Adenauers und Erhards festmachen ließen. Erinnert sei in diesem Zusammenhang nur an die Aufwertungsdebatte 1959/62.

Während Konrad Adenauer für seine Ziele bereit war, auch ordnungspolitische Positionen zu räumen, warnte Erhard stets auch vor falschen Wegen bei der europäischen Einigung: Symptomatisch war der Streit zwischen »Institutionalisten« und »Funktionalisten«. Erstere, unter ihnen Adenauer, versuchten durch die Schaffung von supranationalen Organen mit entsprechender Kompetenz die Integration voranzubringen. Demgegenüber wollten die »Funktionalisten« um Erhard die Integration über das Zusammenwachsen der Märkte erfolgen lassen.

Der deutschen Seite um Erhard gelang einerseits die Verankerung des freien Waren-, Kapital-, Dienstleistungs- und Personenverkehrs, der Wettbewerbs- und Niederlassungsfreiheit in den Römischen Verträgen. Andererseits wurde die spätere Öffnung der Europäischen Gemeinschaft für andere europäische Länder postuliert.

Auf beiden Säulen basieren heute die Europäische Währungs- und Wirtschaftsunion sowie »Erweiterung« und »Vertiefung« der Europäischen Union. An der Schwelle zum 21. Jahrhundert besteht nunmehr die Chance, daß sich die These Adenauers von der politisch-institutionellen Klein-EG und die Antithese Erhards von der großen Freihandelszone aller europäischen Staaten in der Synthese einer erweiterten und vertieften, auf Sozialer Marktwirtschaft fußenden Europäischen Union auflöst.

<sup>18</sup> Ludwig ERHARD, *Der Aufbau Indiens*. Rede vor dem Indian Council of World Affairs, New Delhi, 7. Oktober 1958, in: K. HOMANN (wie Anm. 2), S. 548-555.

<sup>19</sup> Ludwig ERHARD, *Wohlstand für alle*, Düsseldorf-Wien 1957, S. 139 ff.

## Entwicklungen nach Erhard

Auf wirtschaftspolitischem Gebiet kam es Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre zu einer Neuorientierung der staatlichen Aufgabe. Die Instrumente der Geld- und Kreditpolitik, verstanden als »Konjunkturpolitik der leichten Hand«, wurden nämlich um die Finanzpolitik als Instrument des »policy mix« sowie der Konzertierte Aktion als »Tisch der gesellschaftlichen Vernunft« (Karl Schiller) ergänzt. Es wurde von der »Synthese von Freiburger Imperativ und Keynesianischer Botschaft« (Karl Schiller) gesprochen. Als Ludwig Erhard die Regierung verließ, »machte die Große Koalition, die ihm folgte, den Versuch, dieses System technokratischer, planerischer, etatistischer zu machen, den Staat selbst mit ökonomischer Tugend auszustatten. Das Gesetz zur »Förderung von Stabilität und Wachstum in der Wirtschaft« hatte, so schien es, die Chance, ökonomisches Grundgesetz der Bundesrepublik zu werden. Dieser Versuch ist nicht gelungen.«<sup>20</sup>

Denn nach anfänglichen Erfolgen wurde sehr schnell klar<sup>21</sup>: Allzu stark wurde der »Machbarkeit« makroökonomischer Steuerung vertraut, eine angemessene Dimensionierung und das zeitgerechte Timing stellten ein erhebliches Problem dar, und es wurde zu lange auf den Einsatz einer nachfrageankurbelnden öffentlichen Ausgabenausweitung vertraut. Deshalb traten in den 80er Jahren monetäre Stabilität und die Rückgewinnung marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen wieder in den Vordergrund. Auf dieser Grundlage konnte die deutsche Einheit ohne grundlegende Verwerfungen gelingen.

## Fazit

Soweit mein kurzer Parforceritt durch die wissenschaftliche Entwicklung und politische Gestaltung der Sozialen Marktwirtschaft. Heute geht es angesichts von hoher Arbeitslosigkeit, globaler Verflechtungen und Tertiarisierung darum, die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards zu stärken und strukturelle Reformen durchzuführen. Damit lassen sich die Herausforderungen meistern.

Als Fazit läßt sich festhalten: Niemand kann heute ernsthaft die enorme ordnungspolitische Leistung von Ludwig Erhard und seinen Mitstreitern in Frage stellen. Erhard hat ein freiheitliches Gesellschafts- und Wirtschaftskonzept mitentwickelt und gegen beträchtliche Widerstände beharrlich in

---

<sup>20</sup> Rüdiger ALTMANN, *Wirtschaftspolitik und Staatskunst. Wirkungen Ludwig Erhards. Aus Anlaß seines achtzigsten Geburtstages*, Bonn 1977, S. 26.

<sup>21</sup> Otto SCHLECHT, *Grundlagen und Perspektiven der Sozialen Marktwirtschaft*, Tübingen 1990, S. 87-113.

die Realität umgesetzt – und dies in einer Zeit, als in anderen Ländern eine andere wirtschaftspolitische Richtung eingeschlagen wurde. Helmut Kohl schreibt in der Festschrift der Ludwig-Erhard-Stiftung zum 100. Geburtstag von Ludwig Erhard: »Es war Ludwig Erhard, der in den Aufbaujahren unseres Landes eine Atmosphäre der Ermutigung schuf – eine Atmosphäre, in der sich die schöpferischen Kräfte frei entfalten konnten. Auf diese Erfahrung, die heute noch tief in den Herzen von Millionen Menschen verankert ist, die in Ludwig Erhard ein Symbol der Zuversicht sehen, auf dieses Erbe Ludwig Erhards sollten wir uns gerade heute, auf dem Weg in das 21. Jahrhundert, wieder stärker besinnen.«<sup>22</sup>

Als ordnungspolitischer Kommentator aktueller Politik füge ich hinzu: Nicht nur die Besinnung auf Ludwig Erhard ist notwendig, unerlässlich ist das Handeln im Erhardschen Verständnis. Denn die von Helmut Kohl bei Ludwig Erhard gewürdigte »Atmosphäre der Ermutigung« stellt sicherlich eine Voraussetzung für Wahlerfolge dar. Und diese Atmosphäre hängt mit einer konsequenten ordnungs- und reformpolitischen Ausrichtung der Regierungspolitik eng zusammen. Dies sollte der Koalition Ansporn bei ihrer praktischen Politik sein. Nur in diesem Verständnis wird die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland nicht Auslaufmodell sein, wie Manfred E. Streit befürchtet, sondern Zukunftsmodell für unsere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung.

---

<sup>22</sup> Helmut KOHL, Vorwort, in: *Soziale Marktwirtschaft als historische Weichenstellung. Ludwig Erhard. 1897-1997. Eine Festschrift zum hundertsten Geburtstag von Ludwig Erhard*, Düsseldorf 1997, S. IX-XV.

# Soziale Marktwirtschaft und Rechtsentwicklung

Von Dieter Reuter

## 1. Die Soziale Marktwirtschaft – inhaltliches Programm oder irenische Formel?

Wer ein Urteil darüber abgeben soll, inwieweit die Soziale Marktwirtschaft durch die Rechtsentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg gefördert oder auch gehemmt worden ist, braucht eine klare Vorstellung vom materiellen Gehalt der Sozialen Marktwirtschaft. Schon an dieser Stelle beginnen die Schwierigkeiten. In der politischen Gegenwart ist die Soziale Marktwirtschaft nämlich außerhalb linkssektiererischer Zirkel nicht mehr ein umstrittenes Programm, sondern im Gegenteil ein Beutebegriff, den die verschiedenen politischen Gruppierungen zu besetzen versuchen, um für ihre Forderungen vom Nimbus eines wirtschafts- und sozialpolitisch erfolgreichen ordnungstheoretischen Ansatzes zu profitieren.<sup>1</sup> Die einen empfehlen sich als Verteidiger der *Sozialen* Marktwirtschaft gegen Tendenzen zur Wiederbelebung eines Manchesterkapitalismus,<sup>2</sup> die anderen als Bewahrer der Sozialen *Marktwirtschaft* gegen die Lähmung der marktwirtschaftlichen Antriebs- und Steuerungskräfte durch ein Übermaß an sozialstaatlichen Interventionen.<sup>3</sup> Die Wirtschaftswissenschaft ist an diesem Zustand nicht ganz schuldlos. Charakteristisch ist die Feststellung des Vorsitzenden auf der Schlußtagung des Vereins für Socialpolitik 1962 in Luzern, alle Referenten hätten auf dem Boden der Sozialen Marktwirtschaft gefochten. Zwar habe es konservative und sozialdemokratische Spielarten gegeben, doch habe sich alles im Rahmen dessen gehalten, was man unter Sozialer Marktwirtschaft verstehe.<sup>4</sup> Offenbar ist die Soziale Marktwirtschaft hier wenig mehr als eine Integrationsformel, die individualistisch, kollektivistisch und staatsinterventionistisch orientiertes wirtschaftspolitisches Denken in einem unentschiedenen Mischungsverhältnis vereinigt.

<sup>1</sup> Zur Funktion von Beutebegriffen vgl. Arnold GEHLEN, *Moral und Hypermoral. Eine pluralistische Ethik*, Frankfurt/M. 1969, S. 177.

<sup>2</sup> Vgl. z.B. Walter KERBER, in: DERS. (Hrsg.), *Vor neuen Herausforderungen der Menschheit. Enzyklika »Centesimus annus« Papst Johannes Paul II.*, Freiburg/Brsg. 1991, S. 131, 155.

<sup>3</sup> Vgl. die Schriften des sog. Kronberger Kreises, z.B. KRONBERGER KREIS, *Wirtschaftspolitik für das geeinte Deutschland*, Frankfurt/M. 1990, S. 7 ff.

<sup>4</sup> Vgl. Alfred MÜLLER-ARMACK, *Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft*, Stuttgart 1974, S. 146.

Die Sichtweise der Väter der Sozialen Marktwirtschaft ist das nicht. Diese ist vielmehr geprägt durch die Grundentscheidung für ein Wirtschaftssystem, das auf die wirtschaftliche Initiative der einzelnen und ihre Koordination durch wettbewerblich gesteuerte Märkte setzt. Der Unterschied zur freien Marktwirtschaft besteht nur darin, daß die Ergebnisse nicht gleichgültig sind, sondern – wie Müller-Armack formuliert hat – »den sozialen Überzeugungen, die für unsere Zeit als unabdingbare Voraussetzung der staatlichen und gesellschaftlichen Existenz angesehen werden«, gerecht werden müssen.<sup>5</sup> Der Staat nimmt – so erneut Müller-Armack – durch seine Sozialpolitik »soziale Umschichtungen, soziale Interventionen vor, die aber – und das ist, auf einen einfachen Nenner gebracht, der Grundgedanke – dadurch auf das System der Marktwirtschaft abgestellt werden, daß sie dem Grundsatz der *Marktkonformität* unterworfen werden, das heißt, daß hinter den Eingriffen der staatlichen Wirtschaftspolitik die Funktionsweise des Marktes sichtbar bleibt, daß diese nicht gestört, und, wenn möglich, gar noch verbessert wird«<sup>6</sup>. Gewiß haben die geistigen Väter der Sozialen Marktwirtschaft den durch das Gebot der Marktkonformität begrenzten Spielraum der Sozialpolitik großzügiger eingeschätzt, als dies heute wohl überwiegend geschieht. Müller-Armack z.B. hat ausdrücklich nicht nur die Sicherung des Wettbewerbs, sondern auch den Ausbau des Arbeits- und Sozialversicherungsrechts, eine konjunkturpolitische Beschäftigungspolitik und einen »marktwirtschaftlichen Einkommensausgleich zur Beseitigung ungesunder Einkommens- und Besitzverschiedenheiten« durch soziale Transfers gefordert.<sup>7</sup> Die Erfahrung, wie die Marktwirtschaft in den Jahren nach dem Weltkrieg selbst große Ausnahmebereiche wie Landwirtschaft und Wohnungswirtschaft verkraftet hat, ohne daß das Wirtschaftswunder dadurch vereitelt worden wäre, hat ihn Anfang der 60er Jahre darüber hinaus veranlaßt, eine sogenannte zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft zu propagieren, in der die Gesellschaftspolitik vor die Wirtschaftspolitik tritt. Bildung für alle, Humanisierung der Arbeit, Schutz der Umwelt sollten die neuen Leitideen sein.<sup>8</sup> Immerhin hat er etwa im Zusammenhang mit der Diskussion über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer Anfang der 70er Jahre auch Grenzen angemahnt. Gegenüber der Forderung nach Demokratisierung der Wirtschaft hat er geradezu leidenschaftlich die Gefahr für die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft beschworen, die droht, »wenn in einer allgemeinen Unterwerfung unter Mehrheitsbeschlüsse diejenigen, die neue Einfälle haben, neue Verfahren entdecken und neue Wege gehen, gehindert werden, dies zu tun«<sup>9</sup>.

5 A. MÜLLER-ARMACK (wie Anm. 4), S. 74.

6 A. MÜLLER-ARMACK (wie Anm. 4), S. 120 f.

7 A. MÜLLER-ARMACK (wie Anm. 4), S. 99 f.

8 A. MÜLLER-ARMACK (wie Anm. 4), S. 129 ff., 165 f.

9 A. MÜLLER-ARMACK (wie Anm. 4), S. 168.

Es gibt also einmal absolute Grenzen der Vereinbarkeit der Wirtschafts- und Sozialpolitik mit Sozialer Marktwirtschaft, die durchaus auch sozialpolitischen Vorstellungen etablierter Großorganisationen Widerstand entgegenzusetzen.<sup>10</sup> Zum anderen ist zu beachten, daß die Veränderung der Umstände das Urteil über die Marktkonformität bestimmter Lösungen wirtschafts- oder sozialpolitischer Probleme verschieben kann. Es ist nicht dem Schwinden sozialpolitischer Sensibilität, sondern schmerzhafter Erfahrung zuzuschreiben, daß die Kritik an der Sonderrolle des Arbeitsmarktes, des Wohnungsmarktes und der Landwirtschaft aus der Perspektive der Sozialen Marktwirtschaft zunimmt, obwohl ihre Väter z.T. ausdrücklich versichert haben, dagegen sei nichts einzuwenden.<sup>11</sup> Es hat sich gezeigt, daß die Anpassungsfähigkeit der Güter- und Dienstleistungsmärkte die mangelnde Anpassungsleistung des Arbeitsmarktes nicht mehr zu kompensieren, die staatliche Förderung die mangelnde natürliche Attraktivität des Mietwohnungsmarktes nicht beständig auszubalancieren und die europäische Agrarpolitik die Preisgarantien für landwirtschaftliche Produkte nicht ökonomisch sinnvoll zu handhaben vermag. Ursprünglich (vielleicht noch) marktkonforme Politiken haben sich als marktinkonform entpuppt. Demgemäß ist heute zu fragen, welche Korrekturen erforderlich sind, damit die Sozialpolitik nicht ihre eigenen ökonomischen Grundlagen zerstört.<sup>12</sup> Dabei geht es in erster Linie nicht um die Korrektur sozialpolitischer Ziele, sondern um die der Wege dorthin. Auf den Prüfstand gestellt sind Systeme des Sozialen, die sich gefallen lassen müssen, daraufhin evaluiert zu werden, ob ihre Anliegen nicht auf andere Art und Weise wirksamer und/oder mit weniger gemeinschädlichen Nebenwirkungen verfolgt werden können.<sup>13</sup> Die Soziale Marktwirtschaft ist – so Müller-Armack 1974 – »kein fertiges System, kein Rezept, das einmal gegeben im gleichen Sinne angewendet werden kann. Sie ist eine evolutive Ordnung, in der es neben dem Grundprinzip, daß sich alles im Rahmen einer freien Ordnung zu vollziehen hat, immer wieder nötig ist, Akzente neu zu setzen gemäß den Anforderungen einer sich wandelnden Zeit.«<sup>14</sup>

10 Zur Bedeutung der Mitbestimmungsforderung als integrierendes Element der Einheitsgewerkschaft vgl. Otto KUNZE/Alfred CHRISTMANN, *Wirtschaftliche Mitbestimmung im Meinungsstreit*, 2 Bde., Köln 1964.

11 A. MÜLLER-ARMACK *Ordo XXI* (1970) S. 27, 29 f.; Wilhelm RÖPKE, *Civitas humana. Grundfragen der Gesellschafts- und Wirtschaftsreform*, 4. Aufl. Bern 1979, S. 82 f.

12 Vgl. KRONBERGER KREIS, *Mehr Markt im Arbeitsrecht*, Frankfurt/M. 1986; *Mehr Markt in der Wohnungswirtschaft*, Frankfurt/M. 1984; *Für eine Neue Agrarordnung*, Frankfurt/M. 1984.

13 Vgl. auch Hans WILLGERODT, *Festschrift für Ernst Joachim Mestmäcker*, hrsg. v. Ulrich IMMENGA, Wernhard MÖSCHEL und Dieter REUTER, Baden-Baden 1996, S. 329, 335.

14 A. MÜLLER-ARMACK (wie Anm. 4), S. 10.

## 2. Soziale Marktwirtschaft und Verfassungsrecht

### Soziale Marktwirtschaft und Sozialstaatsgebot

Vor diesem Hintergrund liegt es auf den ersten Blick nahe, eine weitgehende Kongruenz zwischen Sozialer Marktwirtschaft und den Ordnungsvorstellungen sogar des Grundgesetzes anzunehmen. Denn einerseits garantiert das Grundgesetz mit der Berufsfreiheit, der Freizügigkeit, dem Eigentum und der Koalitionsfreiheit Grundrechte, die eine freie Ordnung voraussetzen. Andererseits verpflichtet es den Staat durch das Sozialstaatsgebot zwar auf die Herstellung einer gerechten Sozialordnung, läßt ihm aber – so das BVerfG ausdrücklich – »unter Beachtung der Grundrechte bei der Wahl der Mittel freie Hand«<sup>15</sup>. Gleichwohl hat das BVerfG im sogenannten Investitionshilfe-Urteil vom 20. März 1954 entschieden: »Die gegenwärtige Wirtschafts- und Sozialordnung ist zwar eine nach dem Grundgesetz mögliche Ordnung, keineswegs aber die allein mögliche. Sie beruht auf einer vom Willen des Gesetzgebers getragenen Entscheidung, die durch eine andere Entscheidung ersetzt oder durchbrochen werden kann.«<sup>16</sup> Seitdem gilt der Grundsatz der wirtschaftspolitischen Neutralität des Grundgesetzes, der in der weiteren Rechtsprechung des BVerfG wiederholt bestätigt worden ist. Insbesondere hat das BVerfG für das Grundgesetz abgelehnt, was es für das Recht im Rang unterhalb der Verfassung aus der Bindung der Gerichte an »Gesetz und Recht« (Art. 20 I GG) ableitet, nämlich die Notwendigkeit oder auch nur Zulässigkeit einer Kombination und folgerichtigen Ergänzung der einschlägigen verfassungsrechtlichen Einzelbestimmungen zu einem »Sinnganzen«, d.h. zu einem in sich stimmigen Regelungsprogramm für die deutsche Volkswirtschaft.<sup>17</sup> Die Verfassungsmäßigkeit wirtschaftsordnender Gesetze sei – so heißt es im Mitbestimmungsurteil vom 1. März 1979 – eine Frage der »Wahrung der Freiheit des einzelnen Bürgers«, nicht »eines institutionellen Zusammenhangs der Wirtschaftsverfassung, der durch verselbständigte, den individualrechtlichen Gehalt der Grundrechte überhöhende Objektivierungen begründet wird«<sup>18</sup>.

In der Tat kann nicht zweifelhaft sein, daß das BVerfG mit dieser Sicht die Absichten der Verfassungsväter trifft. Wie die Entstehungsgeschichte des Grundgesetzes belegt, haben diese ganz bewußt auf konkrete verfassungsrechtliche Grundsätze für die Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft nach dem Vorbild der Art. 119 ff. und 151 ff. WRV verzichtet, um den Staat

<sup>15</sup> BVerfGE 22, 180, 204; 35, 348, 355 f.; 88, 203, 319.

<sup>16</sup> BVerfGE 4, 7, 17.

<sup>17</sup> BVerfG NJW 1973, 1221, 1225 I. Sp.

<sup>18</sup> BVerfG NJW 1979, 699, 702.

bei der Überwindung der allgemeinen Not nach dem Zweiten Weltkrieg nicht zu behindern. Die Grundrechte sollten auf geschichtlich erfahrene Gefährdungen menschlicher Existenz und Freiheit reagieren. Sie sollten für den sozialgestaltenden Gesetzgeber nicht Auftrag, sondern Grenze sein, soweit nicht die Gesetzesvorbehalte Eingriffe erlaubten.<sup>19</sup> Erst recht lag es für die Verfassungsväter fern, die Grundrechte als Bausteine der Sozialen Marktwirtschaft anzusehen. Denn die Soziale Marktwirtschaft war 1948/49 nicht einmal in der CDU unumstritten. Die SPD hat sie sogar heftig bekämpft; erst das Godesberger Programm von 1959 ist mit mehr oder weniger großen Vorbehalten auf sie eingeschwenkt.<sup>20</sup> Man geht wohl nicht einmal zu weit, wenn man behauptet, daß gerade die prinzipielle Offenheit des Grundgesetzes für alle mit Demokratie und Menschenwürde vereinbaren Sozialmodelle seine Konsensfähigkeit begründet hat.

Allerdings hat das BVerfG den Willen der Verfassungsväter nur im theoretischen Ausgangspunkt respektiert. Seine Praxis dagegen hat sich durchaus nicht darauf beschränkt, die Grundrechte als Grenzen für staatliches Handeln zu entfalten. Vielmehr hat sie sich – je länger, je mehr – massiv an der aktiven Sozialgestaltung beteiligt. Das kommt z.T. in Anforderungen zum Ausdruck, die den Gesetzgeber auf eine marktkonforme Sozialgestaltung festlegen. Insbesondere die Rechtsprechung zu Art. 12 GG hat zunächst geradezu kompromißlos den Weg der Sicherung der Berufsfreiheit durch Gewährleistung von Wettbewerb beschritten. Das Apotheken-Urteil von 1958 setzt die Beschränkung der Berufsfreiheit völlig mit der Beschränkung der Konkurrenz der Apotheker gleich. Ausdrücklich heißt es, Bezugspunkt der gesetzlichen Regelungen im Berufsbereich sei die »Bedeutung des Grundrechts in der sozialen Ordnung«. Niemals soll der »Konkurrenzschutz der bereits im Beruf Tätigen« für andere Beeinträchtigungen des Zugangs zum Beruf rechtfertigen können. Zulassungsvoraussetzungen sollen daher grundsätzlich nur verfassungsgemäß sein, soweit sie die sachgemäße Berufsausübung im Interesse der Allgemeinheit sicherstellen.<sup>21</sup> Drei Jahre später nimmt das Handwerks-Urteil freilich schon wieder einiges zurück. Die als Legitimation von Grenzen der Berufsfreiheit geeigneten Interessen der Allgemeinheit sollen dem Gesetzgeber nicht schlechthin vorgegeben sein, sondern von ihm im Rahmen des sachlich Vertretbaren eigenständig definiert werden können. Demgemäß soll das Erfordernis der Meisterprüfung sich durch das gesetzliche Anliegen legitimieren, innerhalb des Mittelstandes

19 Karl H. FRIAUF, in: *Sozialstaat – Idee und Entwicklung, Reformzwänge und Reformziele*, Köln 1996, S. 63, 67.; jedenfalls in entstehungsgeschichtlicher Sicht unrichtig Ernst-Wolfgang BÖCKENFÖRDE, NJW 1974, 1529, 1537 f.

20 Vgl. Gerhard DETER, in: Günther RÜTHER (Hrsg.), *Ökologische und soziale Marktwirtschaft*, Bonn 1997, S. 42, 44.

21 BVerfGE 7, 377, 406 ff.

einen gesunden und leistungsfähigen Handwerkerstand als historisch gewachsene Gruppe zu fördern und zu erhalten.<sup>22</sup>

Folgenreicher als das Drängen auf eine marktkonforme Sozialgestaltung im Bereich der Berufsfreiheit ist freilich geworden, daß das BVerfG im Bereich der Koalitionsfreiheit diametral entgegengesetzte Akzente gesetzt hat. Während das Apothekenurteil für die Berufsfreiheit die Verwurzelung der Entscheidung für die wettbewerbliche Steuerung der Arzneimittelversorgung in der individuellen Freiheit des einzelnen betont, greift das noch etwas ältere Tarifautonomie-Urteil gleich auf das Ordnungsproblem durch. Der eindeutige Verzicht der Verfassungsväter auf die Rezeption der sozial- und wirtschaftspolitischen Grundentscheidungen in den Art. 119 ff. und in 151 ff. WRV wird kurzerhand zum Versehen erklärt: Zwar fehle im Grundgesetz eine Art. 165 WRV korrespondierende Norm über die Anerkennung der Koalitionen und ihrer Gesamtvereinbarungen. Doch sei angesichts des Bekenntnisses des Grundgesetzes zum sozialen Rechtsstaat nicht anzunehmen, daß es im Hinblick auf die verfassungsrechtliche Absicherung der Koalitionen und ihrer spezifischen Betätigungen hinter der WRV zurückbleiben wolle.<sup>23</sup> Die weitere Rechtsprechung hat diesen Ausgangspunkt ausgebaut, so daß mittlerweile nicht nur Tarifautonomie und Arbeitskampf,<sup>24</sup> sondern auch der gewerkschaftliche Einfluß auf die Betriebs- und Personalverfassung<sup>25</sup> und sogar die gewerkschaftliche Mitgliederwerbung<sup>26</sup> zu verfassungsrechtlichen Größen geworden sind. Inhaltlich bedingt der Rückgriff auf den Weimarer Kollektivismus, daß dieser »institutionelle Umbau« der Koalitionsfreiheit alles andere als marktkonform geraten ist. Namentlich die Tarifautonomie ist in ihrer Eigenschaft als Kartellerlaubnis schon ihrer Natur nach marktinkonform. Die vom BVerfG beschworene Ordnungsfunktion der Tarifvertragsparteien hat diesen Befund noch zusätzlich verschärft, indem sie zum Anstoß dafür geworden ist, die Kartellerlaubnis sogar mit dem Recht zum Kartellzwang zu verbinden.<sup>27</sup> Das BVerfG selbst hat auf dieser Grundlage zwar die Zulässigkeit allgemeinverbindlicher Tarifverträge mit Rücksicht auf die fehlende Legitimation der Tarifvertragsparteien gegenüber Außensternern von der verantwortlichen Mitwirkung des Staates abhängig gemacht, jedoch ein Recht des einzelnen Arbeitnehmers oder Arbeitgebers, nicht von (verbands-)tarifvertraglichen Regelungen betroffen zu werden, verneint.<sup>28</sup> Es hat dadurch mit dazu beigetragen, daß die Tarifkartelle zu Lasten der

22 BVerfGE 13, 97, 107 ff.

23 BVerfGE 4, 96, 101 f., 106.

24 BVerfGE 4, 96, 106; BVerfG NZA 1991, 809, 810.

25 BVerfGE 19, 312, 319 ff.

26 BVerfG NZA 1996, 381 ff.

27 Besonders deutlich Franz GAMILLSCHEG, RdA 1995, 79.

28 BVerfG NJW 1977, 2255, 2259.

in ihnen unterrepräsentierten Arbeitnehmer- und Arbeitgebergruppen lange Zeit Gruppenegoismus praktizieren konnten, ohne als Gegenreaktion ihre Aushöhlung durch Außenseiterkonkurrenz befürchten zu müssen. Die Folgen – das Anwachsen der strukturellen Arbeitslosigkeit, das Ende vieler, vor allem mittelständischer Unternehmen<sup>29</sup> – haben zu einem Konflikt zwischen Marktanforderungen einer- und rechtlichen Anforderungen andererseits geführt, der sich mittlerweile in einem regelrechten Aufstand gegen den Geltungsanspruch der Tarifverträge entlädt. Nach einer Erhebung des Instituts für Wirtschaftsforschung hält sich in Ostdeutschland kaum noch die Hälfte der Betriebe an die Tarifverträge. Statt dessen dominieren illegale Betriebsvereinbarungen, die die Arbeitskosten und die Arbeitsorganisation an die Überlebensbedingungen der Betriebe anpassen.<sup>30</sup>

### Soziale Marktwirtschaft und Geltungsanspruch der Grundrechte

Möglicherweise noch wichtiger als die offene ist die verdeckte Sozialgestaltung, die das BVerfG dadurch betreibt, daß es unter Berufung auf die Grundrechte in die privatrechtliche Lösung (scheinbar bloß) interindividueller Interessenkonflikte interveniert. Zwar ist das BVerfG zunächst nicht den Stimmen gefolgt, die gar keinen Unterschied zwischen der Geltung der Grundrechte im öffentlichen Recht und im Privatrecht sehen wollen.<sup>31</sup> Den »ungeschichtlichen Neuanfang einer aus den Grundrechten abgeleiteten Privatrechtsordnung«<sup>32</sup> hat es im Lüth-Urteil ausdrücklich verworfen. Das Privatrecht soll danach grundsätzlich nicht Gegenstand verfassungsrechtlicher Gestaltung, sondern »ein der Verfassung vorgegebenes Normensystem« sein, »das in seiner Eigenart an der Verwirklichung der verfassungsmäßigen Ordnung teilhat und sie gewährleistet«<sup>33</sup>. Die Grundrechte sollen lediglich durch das Medium der das Privatrecht unmittelbar beherrschenden Vorschriften wirken, soweit diese – wie namentlich die Generalklauseln – wertungsoffen gestaltet sind.<sup>34</sup> Aber auf diesem Standpunkt ist das BVerfG nicht stehen

29 Damit ist keine monokausale Erklärung der Arbeitslosigkeit beabsichtigt. Aber es ist unzweifelhaft so, daß die Tarifvertragspraxis durch die Überforderung von Grenzbetrieben, unverhältnismäßige Verteuerung gering qualifizierter Arbeit und Barrieren für maßgeschneiderte Arbeitsorganisationen dazu beiträgt. Vgl. auch Bernd RÜTHERS, *Beschäftigungskrise und Arbeitsrecht*, Frankfurt/M. 1996, S. 21 f.

30 Vgl. auch Horst EHMANN ZRP 1996, 314 ff.

31 *Festschrift für Erich Molitor*, hrsg. v. Hans Carl NIPPERDEY, München/Berlin 1962, S. 17 ff.; Walter LEISNER, *Grundrechte und Privatrecht*, München 1960, S. 356 ff.; mit Einschränkungen auch Claus-Wilhelm CANARIS AcP 184, 201 ff.

32 Ernst Joachim MESTMÄCKER, AcP 168, 235, 240.

33 E.J. MESTMÄCKER ebda.

34 BVerfGE 7, 198, 205, 207. Die Kritik von C. W. CANARIS, AcP 184, 202, 212 f. geht fehl. Es geht um eine teleologische Reduktion des Art. 1 III GG, die deswegen notwendig ist,

geblieben. Obwohl das Lüth-Urteil nach wie vor als Leitentscheidung firmiert, hat sich inzwischen die Meinung durchgesetzt, daß die Verwirklichung der Grundrechte im gesellschaftlichen Raum kraft des Sozialstaatsgebots eine allgemeine Verpflichtung der staatlichen Gewalt darstellt, also nicht nur eine Besonderheit einzelner Grundrechte ist, für die sich der Wille zur Veränderung des Privatrechts speziell nachweisen läßt (Art. 3 I, II, 6 V, 9 III 2 14 II GG).<sup>35</sup>

Immerhin hat das BVerfG bis in die jüngere Vergangenheit daran festgehalten, daß die Grundrechte den Staat jenseits der »Ausstrahlung« auf Generalklauseln und unbestimmte Rechtsbegriffe nicht verpflichten, Private gegen Private zu schützen. Insoweit ist es allen Versuchen im Schrifttum, die Freiheitsrechte in Schutzrechte umzudeuten, zum Trotz bei den Grundsätzen des Lüth-Urteils geblieben. Erst in den letzten 15 Jahren hat sich das geändert. Zunächst war das Familienrecht betroffen, für das das BVerfG die vom Grundgesetz im Gegensatz zur Emanzipation der Frau »noch nicht bedachte« Emanzipation des Kindes<sup>36</sup> mit spektakulären Eingriffen in das Gesetzesrecht vorangetrieben hat. Hervorzuheben ist vor allem die Entscheidung vom 13. Mai 1986,<sup>37</sup> die unter Berufung auf das verfassungsrechtlich geschützte Persönlichkeitsrecht des Kindes Grenzen für die Fähigkeit der Eltern zur Begründung von Verbindlichkeiten zu Lasten seiner zukünftigen beruflichen und wirtschaftlichen Existenz einfordert, die die entsprechende Vorsorge des BGB übersteigen. Seit 1990 betont das BVerfG die Schutzfunktion der Grundrechte auch und gerade für das wirtschaftlich relevante Privatrecht. So sieht das Gericht in der Zulässigkeit eines entschädigungslosen Wettbewerbsverbots für Handelsvertreter, die einen wichtigen Grund für die Kündigung des Handelsvertretervertrags verschuldet haben, einen Verstoß gegen Art. 12 I GG. Die Vertragsfreiheit läßt es als Rechtfertigungsgrund nicht gelten, weil die Handelsvertreter im allgemeinen zur eigenständigen Wahrung ihrer Interessen gegenüber den Unternehmen nicht in der Lage sind. Statt dessen sollen Gesetzgeber und notfalls Gerichte Regelungen entwickeln, die die Beschränkung der Vertragsfreiheit der Unternehmen mit dem Schutz der Freiheit der Handelsvertreter in ein ausgewogenes Verhältnis bringen.<sup>38</sup> Im Bürgschaftsfall baut es diese Rechtsprechung zu dem allgemeinen Satz aus, daß die Gerichte Verträgen die Anerkennung versagen müssen, wenn sie für

---

weil das Privatrecht grundsätzlich die durch die Grundrechte geschützte Freiheit durch rechtliche Ordnung sozial ermöglicht, nicht beschränkt. Das US-amerikanische Recht hat aus dieser Einsicht die Konsequenz gezogen, das *common law* selbst in Verfassungsrang zu erheben.

35 Vgl. dazu Wolfgang RUFNER, in: *Gedächtnisschrift für Wolfgang Martens*, hrsg. v. Peter SELMER und Ingo v. MÜNCH Berlin/New York 1987, S. 215, 223 ff.

36 Joachim GERNHUBER, *Familienrecht*, 3. Aufl. Tübingen 1980, § 7 I 1 (S. 59).

37 BVerfG NJW 1986, 1859 ff.

38 BVerfGE 81, 242, 255 ff.

eine Seite ungewöhnlich belastend sind und zwischen den Vertragsparteien zu Lasten der benachteiligten ein sogenanntes strukturelles Ungleichgewicht besteht.<sup>39</sup> Zwar bezieht es sich dabei formal auf § 138 BGB. Doch geht es in der Sache weit über die danach vorgesehene Grenzkontrolle hinaus. Im Klartext lautet die Botschaft der Entscheidung: Soweit zwischen den Vertragsparteien ein »strukturelles Ungleichgewicht« feststellbar ist, gibt es keine Inhaltsfreiheit mehr, sondern nur noch die Befugnis, angemessene Inhalte zu vereinbaren.<sup>40</sup> Tendenziell schwächt das BVerfG auf diese Weise ausgerechnet das Mittel, das allein geeignet ist, strukturelle Ungleichgewichte zu entschärfen, nämlich die Entmachtung der Stärkeren durch Wettbewerb: Die Bevormundung durch die Gerichte mindert die Attraktivität der betroffenen Märkte für potentielle Konkurrenz. Zugleich erzwingt sie eine ständige Auswertung der gerichtlichen Praxis, die die Kleinen unter den »strukturell Überlegenen« überfordert und auf der Seite der Großen das Angebot verteuern oder einschränkende Kosten verursacht: Der Rückzug der Handwerker und Kleingewerbetreibenden vom Arbeitsmarkt und der privaten Vermieter vom Wohnungsmarkt hängt genauso damit zusammen wie die viel gescholtene Gebührenpraxis der Banken.<sup>41</sup> Gewiß können die »sozialen Bumerangeffekte« der gerichtlichen Inhaltskontrolle nicht unerträgliche Übervorteilungen einzelner rechtfertigen. Aber das ist – wie § 138 BGB belegt – schon selbstverständlich gewesen, bevor die vom BVerfG beifällig zitierte Zurückverwandlung der formalen Freiheitsethik des 19. Jahrhunderts »in eine materiale Ethik sozialer Verantwortung« (Wieacker)<sup>42</sup> begonnen hat. Nur hat sich die Intervention tendenziell noch auf wirklich unerträgliche, d.h. über die weltanschaulichen Unterschiede hinweg fast allgemein als solche empfundene Fälle beschränkt, während die vom BVerfG verlangte Angemessenheitskontrolle Verhältnisse schafft, in denen sich das gerade im Arbeits-, Miet- und Bankrecht besonders ausgeprägte »gesellschaftspolitische Glaubensgut und Engagement« (mancher Richter)<sup>43</sup> ungebremst zu Lasten von Arbeitgebern, Vermietern und Banken entfalten kann.

Noch gar nicht auszuloten sind die Folgen des Mietereigentumsbeschlusses des BVerfG vom 26. Mai 1993, der nicht nur die eher banale Feststellung trifft, daß die Mieterrechte gegenüber dem Staat Eigentumsschutz nach Art. 14 GG genießen, sondern darüber hinaus aus dieser Feststellung auf

39 BVerfGE 89, 214, 232.

40 Vgl. dazu auch Wolfgang ZÖLLNER, AcP 195, 1, 4 ff.

41 Vgl. D. REUTER, DZWIR 1993, 45, 48 ff.; B. RÜTHERS (wie Anm. 29), S. 48.

42 *Das Sozialmodell der klassischen Privatrechtsgesetzbücher und die Entwicklung der modernen Gesellschaft*, Wetzlar 1953, S. 18 ff., 27.

43 B. RÜTHERS NJW 1993, 2587, 2588.

die verfassungsrechtliche Notwendigkeit eines Bestandsschutzes für Mietverhältnisse schließt.<sup>44</sup> Über den Eigentumsschutz hat das BVerfG so das Grundrecht auf Wohnung (mit Drittwirkung!) eingeführt, das kurz zuvor in der Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat mehrheitlich abgelehnt worden ist.<sup>45</sup> Im Ergebnis hat es damit nicht nur der im politischen Raum diskutierten und von der Sachverständigenkommission Wohnungspolitik empfohlenen Lockerung des Mieterschutzes<sup>46</sup> verfassungsrechtliche Hindernisse in den Weg gelegt. Vielmehr hat es das Terrain bereitet für eine Ausdehnung des Bestandsschutzes von Dauerschuldverhältnissen, die das Wohnungsmietrecht weit hinter sich läßt. Schon der frühere Präsident des BVerwG Sandler hat darauf hingewiesen, daß praktisch alle Argumente des BVerfG für den Bestandsschutz im Fall der Wohnraummiete genauso für die Gewerberaumiete passen.<sup>47</sup> Auch liegt es nicht fern, daß, was zugunsten des Mieters aus Art. 14 GG hergeleitet worden ist, analog für den Arbeitnehmer aus Art. 12 GG zu entnehmen, nämlich ein Recht auf Arbeit, das den freien Entzug des Arbeitsplatzes durch Arbeitgeberkündigung über das geltende Kündigungsschutzrecht hinaus (z.B. auch in Kleinbetrieben im Sinne des § 23 KSchG) verbietet.<sup>48</sup> Ohnehin entspricht eine solche Metamorphose des Freiheitsrechts nach Art. 12 GG in ein soziales Teilhaberecht bereits der Ansicht weiter Teile des arbeitsverfassungsrechtlichen Schrifttums,<sup>49</sup> obwohl die fehlende Marktkonformität des Rechts auf Arbeit seit langem außer Streit steht.<sup>50</sup> Besonders problematisch ist, daß das BVerfG den Fachgerichten für die praktische Umsetzung des Bestandsschutzes abverlangt, die »aufgrund verfassungsmäßiger Grundlage zum Ausdruck kommende Interessenabwägung in einer Weise nachzuvollziehen, die den beiderseitigen Eigentumsschutz beachtet und unverhältnismäßige Eigentumsbeschränkungen vermeidet.«<sup>51</sup> Denn danach darf sich der Bestandsschutz nicht in einem festen rechtlichen Datum erschöpfen, auf das der Vermieter sich einrichten kann. Vielmehr soll eine Interessenabwägung stattfinden, deren Ergebnis, soweit nicht ein verlässliches Präjudiz vorliegt (und bekannt ist!), bis zum letztinstanzlichen Urteil offen bleibt. Die übereinstimmende Rechtsprechung zum arbeitsrechtlichen Kündigungsschutz zeigt, daß die dadurch bedingte

44 BVerfGE 89, 214 ff. (= BVerfG NJW 1993, 2035, 2036 f.).

45 B. RÜTHERS NJW 1993, 2587.

46 *Wohnungspolitik auf dem Prüfstand*, Tübingen 1995, S. 362 ff. (365, 368).

47 NJW 1994, 709, 710.

48 In diesem Sinne bereits Wolfgang DÄUBLER, *Das Arbeitsrecht* 2, 10. Aufl. Reinbek bei Hamburg 1995, S. 76 f.

49 Zum Diskussionsstand umfassend Brun-Otto BRYDE, NJW 1984, 2178 ff. mit Nachweisen.

50 Das räumt sogar (wenngleich in kritischer Absicht) W. DÄUBLER (wie Anm. 48), S. 66, ein. Weitere Nachweise ebda. Anm. 71.

51 BVerfG NJW 1993, 2035, 2036.

Unsicherheit die größte Belastung ist, die der Bestandsschutz für die Praxis erzeugt.<sup>52</sup>

### 3. Soziale Marktwirtschaft und Wirtschaftsrecht

#### Soziale Marktwirtschaft und Sicherung des Wettbewerbs

Das geltende Wirtschaftsrecht entspricht dem Modell der Sozialen Marktwirtschaft vor allem insofern, als es sich auf nationaler (GWB) und europäischer (Art. 85 f. EWGV) Ebene um die Sicherung des Wettbewerbs auf den Güter- und Dienstleistungsmärkten bemüht. Das Kartellrecht ist sowohl die älteste als auch die am wenigsten umstrittene »Zutat«, die die Marktwirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft macht. Indem es Marktmacht verhindert, sorgt es nämlich tendenziell dafür, daß wirtschaftlicher Erfolg nicht durch Ausbeutung der Marktpartner, sondern durch besonders effiziente Befriedigung ihrer Interessen zustande kommt. Die für die Marktwirtschaft konstitutive Entfesselung des individuellen Gewinnstrebens wird mit anderen Worten auf Wege verwiesen, die zugleich das Wohl der Allgemeinheit fördern.<sup>53</sup> Freilich ist die dementsprechende Konzeption des Schutzes des Wettbewerbs vor Beschränkungen von vornherein mit Konzessionen an Forderungen aus der deutschen Wirtschaft verbunden gewesen, wenigstens »gute« Wettbewerbsbeschränkungen zuzulassen. Diese Konzessionen haben sich über mehrere Novellierungen des GWB verstärkt.<sup>54</sup> Unter ihrem Eindruck hat sich im Laufe der Zeit eine sogenannte pragmatische Wettbewerbspolitik der Kartellbehörden entwickelt, die sich »mehr oder weniger damit (begnügt), gegen schädliche Einwirkungen von Kartellen, von marktbeherrschenden Unternehmen und ähnlichen Erscheinungen vorzugehen, wobei es ... der Verwaltung überlassen bleibt zu bestimmen, was schädlich ist«<sup>55</sup>. Das Kartellrecht droht dadurch vom »Grundgesetz der Wirtschaft« (Erhard) zu einem Instrument der staatlichen Wirtschaftspolitik neben anderen zu werden, das als solches – ich zitiere Rittner – »ebensogut in einer hoheitlich gelenkten Wirtschaft wie der des Nationalsozialismus oder einem sozialistischen System« einsetzbar ist »wie in freiheitlichen Systemen verschiedener Art«<sup>56</sup>. Zwar ist – vor allem dank des intensiven Widerstands der Kartellrechtswissenschaft – noch kein eigentlicher Umschlag in

52 B. RÜTHERS (wie Anm. 29), S. 58, 60 ff.

53 Werner ZOHLEHNER, in: Günther RÜTHER (Hrsg.), *Ökologische und soziale Marktwirtschaft*, Bonn 1997, . 19, 27 f.

54 Fritz RITTNER, *Wirtschaftsrecht*, 2. Aufl. 1987, § 13 RdNr. 28 (S. 220).

55 F. RITTNER (wie Anm. 54), § 13 RdNr. 30 (S. 220).

56 F. RITTNER (wie Anm. 54), § 13 RdNr. 30 (S. 221).

instrumentalistisches Denken erfolgt. Aber die Versuchung, den freien durch einen verwalteten Wettbewerb zu ersetzen, ist erheblich, und es sind – wie Mestmäcker gezeigt hat – nicht nur Ausnahmefälle, in denen die Kartellbehörden ihr nachgegeben haben.<sup>57</sup> Die bisherige weitgehende Immunität des europäischen Kartellrechts gegenüber vergleichbaren Anfechtungen ist dem begrenzten Auftrag der Kommission zuzuschreiben, die lediglich Beschränkungen des grenzüberschreitenden Wettbewerbs hat abwehren müssen, ohne zugleich zu einer umfassenden europäischen Wirtschaftspolitik ermächtigt zu sein. Mit dem Vertrag von Maastricht hat sich das in wesentlichem Umfang geändert. Der Auftrag an die Kommission, europäische Industriepolitik zu treiben, ist geeignet, auch insoweit die Gewichte vom freien zum verwalteten Wettbewerb zu verschieben. Das gilt um so mehr, als die nationalen Kartellpolitiken der meisten EU-Länder nicht den freien, sondern den verwalteten Wettbewerb bevorzugen.<sup>58</sup>

Dieser Trend von der marktconformen Sicherung zur marktinkonformen Verwaltung des Wettbewerbs hängt unmittelbar mit den Eigengesetzlichkeiten der Politik in sozialen Demokratien zusammen. Die politische Verantwortlichkeit der Politik, wenn Wettbewerb die Existenzgrundlagen des Mittelstands gefährdet oder in politisch relevanter Größenordnung und Konzentration schmerzhaft soziale Anpassungsprozesse auslöst, erzeugt einen kaum widerstehlichen Zwang zur Intervention. Eine solche Intervention ist indessen nicht nur deshalb problematisch, weil sie regelmäßig ungewollte Nebenfolgen hat, die im vorhinein nicht verlässlich abzuschätzen sind. Vielmehr ereignet sie sich unter dem Druck der organisierten Interessen allzu oft in einer Weise, die sogar im Gegensatz zu besseren Einsichten der politischen Akteure steht. Friedrich August von Hayek hat vor diesem Hintergrund eine Beschränkung des Parlaments auf den Erlass von Verhaltensregeln gefordert mit dem (einzigsten) Ziel, die Freiheit des einzelnen mit der Freiheit aller anderen kompatibel zu machen. Die Anfälligkeit der Volksvertretung für gruppenegoistische Bestrebungen organisierter Wählergruppen soll durch die Mitwirkung einer zweiten Kammer aus unabhängigen Persönlichkeiten mit einem Vetorecht gegen Gesetze gebändigt werden.<sup>59</sup> Damit weist von Hayek auf das Spannungsverhältnis hin, das zwischen freiheitlicher Sozialordnung und sozialer Demokratie entsteht, wenn man es mit einer Gesellschaft zu tun hat, in der der einzelne typischerweise die Lösung seiner Probleme nicht von sich selbst, sondern vom Staat erwartet. Sein Vorschlag ist eben deshalb in Deutschland und wohl auch in Europa eine verfassungspolitische Utopie. Realistisch ist allenfalls eine Ausgestaltung der Kartellaufsicht als

57 Ernst-Joachim MESTMÄCKER, *Der verwaltete Wettbewerb*, Tübingen 1984, S. 6 f., 8 ff.

58 F. RITTNER (wie Anm. 54), § 13 RdNr. 31 (S. 221).

59 *Legislation and Liberty*. Vol. 3: *The Political Order of a Free People*, London 1979.

unabhängiges Amt, das – ähnlich wie die Bundesbank zur Hüterin der Währungsstabilität – zur Hüterin der Wettbewerbsfreiheit (und nichts sonst) berufen wird. Die Stellung des Bundeskartellamts nähert sich einem solchen Amt zwar, bleibt aber infolge seiner Weisungsabhängigkeit gegenüber dem Bundeswirtschaftsminister noch ein gutes Stück entfernt.<sup>60</sup> Im übrigen zeigt die Bestellung des Protagonisten einer Wendung vom freien zum verwalteten Wettbewerb zum Präsidenten des Bundeskartellamtes in der Zeit der sozialliberalen Koalition, daß die Einflußnahme auf die Kartellpolitik des Bundeskartellamtes verschiedene Wege gehen kann.<sup>61</sup>

### Soziale Marktwirtschaft und Subventionen

Der politische Hintergrund des Wandels von der Sicherung zur Verwaltung des Wettbewerbs ist zugleich derjenige der Expansion staatlicher Subventionen an die Wirtschaft. Das Urteil des BVerfG über die Verfassungsmäßigkeit des Investitionshilfegesetzes<sup>62</sup> hat insoweit regelrechte Schleusen geöffnet. Nach Berechnungen des Instituts für Weltwirtschaft hat die Subventionierung des Unternehmenssektors im Jahre 1993 216 Mrd. DM betragen.<sup>63</sup> Seitdem ist sie noch gestiegen. Die FAZ vom 9. April 1997 spricht von fast 300 Mrd. DM.<sup>64</sup> Noch beeindruckender als die schiere Höhe des Betrags ist die Art und Weise seiner Verwendung. Von den 216 Mrd. Gesamtsubventionen des Jahres 1993 entfallen 124 Mrd. DM auf bestimmte Sektoren, und zwar zu 80 Prozent auf Wirtschaftszweige wie Landwirtschaft, Kohlebergbau, Schiff- und Flugzeugbau, Verkehr und Wohnungsvermietung.<sup>65</sup> In erster Linie wird also Strukturkonservierung gegen den Markt betrieben; nicht marktconforme Intervention findet statt, sondern das Gegenteil davon.

Dieser gewaltige Transfer vollzieht sich weitgehend außerhalb rechtlicher Kontrolle. Auf europäischer Ebene gibt es zwar in Art. 92 f. EGV Beihilfevorschriften. Art. 92 I EGV verbietet grundsätzlich Beihilfen, die den grenzüberschreitenden Wettbewerb innerhalb der EU verfälschen. Schon Art. 92 II, III EGV enthält jedoch eine Vielzahl weit gefaßter Ausnahmen. Hinzu kommen die »großen« Ausnahmen Landwirtschaft und Verkehr. Ein Übriges tut der politische Gestaltungsehrgeiz der EU-Kommission, der zur exzessiven Nutzung der Ausnahmen neigt und insoweit durch den EuGH

<sup>60</sup> Vgl. dazu W. MÖSCHEL, *Recht der Wettbewerbsbeschränkungen*, Köln 1983, RdNm. 1072 f.

<sup>61</sup> Vgl. Wolfgang KARTTE, *Ein neues Leitbild für die Kartellpolitik*, Köln 1969.

<sup>62</sup> BVerfGE 4, 7 ff.

<sup>63</sup> O. ROGOWSKI, in: *Für ein Subventionsbegrenzungsgesetz*, Frankfurt/M. 1996, S. 6.

<sup>64</sup> FAZ v. 9. April 1997, S. 13.

<sup>65</sup> Norbert BERTHOLD, in: *Für ein Subventionsbegrenzungsgesetz*, Frankfurt/M. 1996, S. 14, 18 ff.

kaum gebremst wird. Im Kern erschöpft sich die Rechtskontrolle des EuGH in der Überprüfung auf Verfahrensverstöße und grobe Fehler.<sup>66</sup> Auf nationaler Ebene gibt es nach überwiegender Auffassung nicht einmal theoretische Subventionsgrenzen. Selbst die parlamentarische Kontrolle beschränkt sich in der Regel auf das Erfordernis von Haushaltsansätzen für Subventionen. Formelle Leistungsgesetze sollen nur ausnahmsweise notwendig sein, nämlich der sogenannten Wesentlichkeitstheorie des BVerfG entsprechend, soweit durch die Subventionsvergabe die Ausübung von Grundrechten maßgeblich beeinflußt wird.<sup>67</sup> Zwar bejaht die Verwaltungsrechtsprechung recht großzügig die Befugnis von Wettbewerbern, wettbewerbsverzerrende Subventionierung im Wege der Anfechtungsklage anzugreifen.<sup>68</sup> Doch hilft das kaum, wenn die betroffene Subvention nicht gesetzlich gebunden ist, sondern im Ermessen der Vergabebehörde steht. Denn die insoweit allein bestehende Bindung an das verfassungsrechtliche Verbot willkürlicher Ungleichbehandlung<sup>69</sup> leistet wenig, wenn der gesamte Rahmen der Struktur-, Sozial- und aktiven Wirtschaftspolitik als Rechtfertigungsgrund verfügbar bleibt. Neuerdings wird unter dem Eindruck der Wiedervereinigung sogar vertreten, es gebe eine Subventionierungspflicht kraft des verfassungsrechtlichen Gebots der Herstellung einheitlicher Lebensverhältnisse im Bundesgebiet. Dieses Gebot soll sich als ungeschriebener Verfassungsgrundsatz aus der Kompetenznorm des Art. 72 II Nr. 3 GG sowie aus Einzelbestimmungen wie denjenigen über den Finanzausgleich der Länder (Art. 106 III, 107 I 4, II GG), die Bundesergänzungszuweisungen (Art. 107 II 3 GG), die Finanzhilfen (Art. 104 a II GG) und die mitfinanzierten Gemeinschaftsaufgaben (Art. 91 a I GG) ableiten lassen.<sup>70</sup> Wäre das richtig, so würde genau das zur verfassungsrechtlichen Pflicht, was nach den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft die Sünde wider den Heiligen Geist ist. Durch Beihilfen wären Werften in Mecklenburg-Vorpommern auf Kosten ihrer Wettbewerber in Hamburg und Schleswig-Holstein, aber auch Automobilstandorte in Bremen und Niedersachsen auf Kosten ihrer Wettbewerber in Baden-Württemberg und Bayern aufrechtzuerhalten. Es käme zu einem sich selbst stützenden Subventionskreislauf, erzeugt doch die Subvention an einer Stelle tendenziell einen Subventionsbedarf an anderer.<sup>71</sup>

In Wirklichkeit gibt die Verfassung jedenfalls für ein so verstandenes Gebot der Herstellung gleicher Lebensverhältnisse im Bundesgebiet nichts

66 W. MÖSCHEL, in: *Für ein Subventionsbegrenzungsgesetz*, Frankfurt/M. 1996, S. 23, 24; vgl. auch Fritz RITTNER (wie Anm. 54), § 24 RdNr. 14 (S. 503).

67 F. RITTNER (wie Anm. 54), § 24 RdNr. 17 (S. 504).

68 Grundlegend BVerwGE 30, 191.

69 Vgl. schon BVerfGE 17, 210, 216.

70 F. KIRCHHOF, VVDSURL 52, 71, 83.

71 N. BERTHOLD (wie Anm. 63), S. 17; W. MÖSCHEL (wie Anm. 63), S. 27.

her. Die Kompetenznorm des Art. 72 II 3 GG betrifft die Sicherung eines einheitlichen Rechtsrahmens für die Entwicklung der wirtschaftlichen Lebensverhältnisse. Das Recht soll nicht Ursache ungleicher Lebensverhältnisse werden; eine Korrekturaufgabe gegenüber einem Auseinanderdriften aus anderen Gründen läßt sich dem nicht entnehmen. Die Vorschriften der Finanzverfassung bezwecken die annähernd gleiche Leistungsfähigkeit der Bundesländer mit dem Ziel annähernd gleicher öffentlicher Leistungen trotz unterschiedlicher Leistungsfähigkeit der Wirtschaften. Erst recht entfällt eine einfach gesetzliche Pflicht zur Herstellung gleicher Lebensverhältnisse im Bundesgebiet über Subventionen. Das gilt auch und gerade für das Verhältnis zu den neuen Bundesländern. Der Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen beiden deutschen Staaten vom 18. Mai 1990, der nach Art. 40 I des Einigungsvertrages bundesdeutsches Recht geworden ist, enthält sogar die erste und einzige ausdrückliche normative Festlegung auf die Soziale Marktwirtschaft seit Bestehen der Bundesrepublik.<sup>72</sup> Viel spricht dafür anzunehmen, daß spätestens mit dieser gesetzlichen Festlegung, die zugleich eine Entscheidung gegen Subventionen ist, die Praxis von Beihilfen ohne spezielle gesetzliche Grundlage unzulässig geworden ist. Ohnehin führt kein Weg daran vorbei, daß das Beihilfeverbot des Art. 92 I EGV auch Subventionen zur Herstellung gleicher Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern umfaßt. Wenn das Verbot die erhebliche Beihilfetätigkeit gleichwohl nicht entscheidend behindert hat, so ist das den offenen Ausnahmen nach Art. 92 II, III EGV ebenso zuzuschreiben wie dem bereits erwähnten politischen Kontrollverhalten der EU-Kommission.<sup>73</sup> Gewiß sind Start- und Anpassungshilfen in einer Situation, in der – wie in den neuen Bundesländern nach der Wiedervereinigung – die Unternehmen ihre Abnehmer verloren haben und mit personellen Überkapazitäten statt mit zeitgemäßer technischer Ausrüstung neue Märkte erobern sollen, gerechtfertigt und notwendig. Aber auch in einem solchen oder ähnlichen Ausnahmefall ist dagegen vorzusorgen, daß die Subvention zum Besitzstand wird. Stets sollte eine Erfolgskontrolle stattfinden, und zwar möglichst eine sachverständige und politisch unabhängige. Rechtspolitische Vorschläge dazu liegen auf dem Tisch.<sup>74</sup> Daß diese z.T. von politischen Gruppierungen stammen, die gemeinhin nicht im Verdacht stehen, Marktideologen zu sein,<sup>75</sup> läßt hoffen, daß die Zerstörung

72 Vgl. dazu H. WILLGERODT (wie Anm. 13), S. 321, 343.

73 Eberhard SCHWARK, DZWIR 1977, 89, 94.

74 W. MÖSCHEL (wie Anm. 63), S. 23 ff.; ausführlich DERS., *Den Staat an die Kette legen – gegen die Aushöhlung des Wettbewerbs durch den Staat*, 1975.

75 Nach W. MÖSCHEL (wie Anm. 63), S. 28, gibt es Initiativen zur Begrenzung und zum Abbau von Subventionen auch auf der Seite der Grünen.

der Marktwirtschaft durch das Subventionsunwesen vielleicht doch noch gestoppt werden kann.

### Soziale Marktwirtschaft und Wirtschaftstätigkeit der öffentlichen Hand

Ein drittes Feld, auf dem sich das Wirtschaftsrecht vom Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft entfernt hat, ist das der Wirtschaftstätigkeit der öffentlichen Hand. In den 50er Jahren hat es im zeitlichen Zusammenhang mit der GWB-Diskussion eine Gesetzesinitiative mit dem Ziel gegeben, der öffentlichen Hand das Betreiben wirtschaftlicher Unternehmen und die Beteiligung an ihnen nur zur Wahrung eines dringenden öffentlichen Zwecks unter dem Vorbehalt der Subsidiarität gegenüber der Zweckverwirklichung durch private Unternehmen und unter Vorkehrungen gegen die unbillige Benachteiligung privater Konkurrenten zu erlauben. Diese Initiative ist gescheitert.<sup>76</sup> Unter Berufung auf die wirtschaftspolitische Neutralität des Grundgesetzes nimmt man heute an, daß die Wirtschaftstätigkeit der öffentlichen Hand zwar mangels Privatautonomie dem öffentlichen Interesse dienen muß, jedoch nach Art und Ausmaß nicht an die Grundsätze der Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit gebunden ist. Insbesondere lehnt man die Geltung des Subsidiaritätsprinzips für das Verhältnis von öffentlicher und privater Wirtschaftstätigkeit ab. Private Unternehmen müssen sich die Konkurrenz der öffentlichen Hand uneingeschränkt gefallen lassen.<sup>77</sup> Ihr Schutz erschöpft sich darin, daß die öffentliche Hand grundsätzlich keine Privilegien genießt. Überlegungen wie die, öffentliche Unternehmen müßten z.B. für eine kartellrechtliche Mißbrauchskontrolle wegen ihres finanziellen Rückhalts in den öffentlichen Haushalten per se als marktmächtige Unternehmen, d.h. als Unternehmen angesehen werden, die ihr Verhalten im wesentlichen ohne Rücksicht auf ihre Wettbewerber bestimmen können, haben sich nicht durchgesetzt.<sup>78</sup>

Im Gegenteil: Immer wieder werden Vorstöße mit dem Ziel unternommen, die kartell- und bürgerlichrechtlichen Bindungen der öffentlichen Unternehmen zu lockern, soweit sie mit deren öffentlicher Aufgabe in Konflikt geraten.<sup>79</sup> Dem entsprechen in Deutschland die kartellrechtlichen

76 BT-Drucks. II/2712. Vgl. dazu F. RITTNER (wie Anm. 54), § 10 RdNr. 20 (S. 194).

77 Peter BADURA, *Festschrift für Ernst Steindorff*, hrsg. v. Jürgen F. BAUR, Klaus J. HOPT und K. Peter MAILÄNDER, Berlin/New York 1990, S. 835, 838 ff.

78 Vgl. Volker EMMERICH, 2. *Festschrift für Franz Böhm*, hrsg. v. Heinz SAUERMANNS und Ernst-Joachim MESTMÄCKER, Tübingen 1975, S. 119, 129 f. und dazu U. IMMENGA/EJ. MESTMÄCKER/W. MÖSCHEL, *GWB*, 2. Aufl. München 1992, § 22 RdNr. 58.

79 Vgl. z.B. Ernst STEINDORFF, in: *Festschrift für Ludwig Raiser*, hrsg. v. Fritz BAUR/Josef ESSER/Friedrich KÜBLER/Ernst STEINDORFF, Tübingen 1974, S. 621, 623.

Ausnahmebereiche für die Verkehrs- und die Versorgungswirtschaft,<sup>80</sup> die ausnahmsweise Zulässigkeit von Mehrstimmrechtsaktien zwecks billiger Beherrschung von Versorgungs- und Verkehrsunternehmen durch die öffentliche Hand (§ 12 II AktG)<sup>81</sup> sowie spezialgesetzliche Beschränkungen der Abschluß- und Inhaltsfreiheit solcher Unternehmen für die Verträge mit ihren Kunden.<sup>82</sup> Auf europäischer Ebene verbietet Art. 90 I EGV zwar Sonderregelungen für öffentliche Unternehmen, die in Widerspruch zu den Art. 7 und 85 ff. EGV stehen. Doch sollen die Vorschriften des EGV, insbesondere die Wettbewerbsregeln für Unternehmen, die mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse betraut sind oder den Charakter eines Finanzmonopols haben, nur gelten, soweit dadurch die Erfüllung ihrer besonderen Aufgaben nicht rechtlich oder tatsächlich verhindert wird. Es nimmt vor diesem rechtlichen Hintergrund nicht wunder, daß in der Praxis von einer bloß subsidiären Rolle der Wirtschaftstätigkeit der öffentlichen Hand, wie das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft nach der Konzeption ihrer geistigen Väter sie impliziert, keine Rede sein kann, mag auch der Anteil in Deutschland im europäischen Vergleich (Frankreich, Italien) noch relativ gering sein. Immerhin gibt es Tendenzen, die jedenfalls den politischen Willen zu mehr Marktconformität erkennen lassen. Die anstehende Kartellnovelle will die Ausnahmebereiche verringern.<sup>83</sup> Für Bahn und Post sind privatrechtliche Unternehmensformen geschaffen, die den längerfristigen Rückzug der öffentlichen Hand vorbereiten. Es besteht deshalb Hoffnung, daß das zukünftige Recht und die zukünftige Praxis wenigstens in diesem Punkt das Ideal der Sozialen Marktwirtschaft besser verwirklichen werden, als sie dies vor allem in den vergangenen 40 Jahren getan haben.

### Soziale Marktwirtschaft und Unternehmensrecht

Die Entwicklung des Unternehmensrechts weist prima facie vor allem deshalb einen Gegensatz zur Leitidee der Sozialen Marktwirtschaft aus, weil es sich der Mitbestimmung der Arbeitnehmer geöffnet hat. Tendenziell ist dadurch nämlich die externe Steuerung des Unternehmensverhaltens durch die Märkte von einer sozusagen politischen Innensteuerung mit grundsätzlich gegenläufiger Zielsetzung gebremst und geschwächt worden. Immerhin hat

<sup>80</sup> Vgl. dazu W. MÖSCHEL (wie Anm. 60), RdNm. 957, 1017 ff.

<sup>81</sup> Praktisch wird die Genehmigung nach § 12 II AktG, der Absicht des historischen Gesetzgebers entsprechend, lediglich zugunsten der öffentlichen Hand erteilt.

<sup>82</sup> §§ 6 EnVersG, 453 HGB, 22 PBefG, 2 EVO, 21 II LuftVG. Vgl. auch J. GERNHUBER, *Das Schuldverhältnis*, Tübingen 1989, § 7 II (S. 130 ff.).

<sup>83</sup> Das ist freilich das einzig Positive, was sich von dieser Novelle vermelden läßt. Vgl. W. MÖSCHEL, in: *Festschrift für Ernst Joachim Mestmäcker*, hrsg. v. U. IMMENGA, W. MÖSCHEL und D. REUTER, Baden-Baden 1996, S. 673 ff.

die Gesetzgebung der politischen Forderung nach einer paritätischen Mitbestimmung auf Unternehmensebene mit dem Ergebnis einer umfassenden Demokratisierung der Unternehmen widerstanden.<sup>84</sup> Die für alle Unternehmen mögliche betriebsverfassungsrechtliche Mitbestimmung beschränkt sich ohnehin grundsätzlich auf die Ordnung des Zusammenwirkens und -lebens der Arbeitnehmer im Arbeitsverband Betrieb; die wirtschaftlichen Angelegenheiten (Marktpräsentation, Investitionen, Desinvestitionen, Gegenstand des Unternehmens) erreicht sie jenseits von Informationsansprüchen und Ansprüchen auf Teilnahme an den Beratungen nicht, mag auch selbstverständlich die mitbestimmte Organisation des Betriebs angesichts ihrer Kostenrelevanz dafür nicht ohne Bedeutung sein.<sup>85</sup> Soweit die Rechtsprechung weitergehend z.B. über die Mitbestimmung der Lage der Arbeitszeit (§ 87 I Nr. 2 BetrVG) eine paritätische Mitbestimmung über genuin unternehmenspolitische Angelegenheiten wie Ladenöffnungszeiten und Maschinenlaufzeiten ermöglicht,<sup>86</sup> ist dies nicht durch das BetrVG veranlaßt, sondern Folge eines juristischen Denkfehlers. Da sich die Notwendigkeit der Festlegung der Arbeitszeit erst aus dem Arbeitsbedarf des Unternehmens ergibt, ist die von der Unternehmensleitung festgelegte Ladenöffnungs- bzw. Maschinenlaufzeit denknötwendig Vorgabe für die mitbestimmte Lage der Arbeitszeiten, nicht – wie das BAG meint – die mitbestimmte Lage der Arbeitszeiten Vorgabe für die Ladenöffnungs- bzw. Maschinenlaufzeiten.<sup>87</sup> Wäre es anders, so müßte im übrigen die Einigungstelle, die im Falle fehlender Einigungsfähigkeit der Betriebspartner entscheidet, die Belange der Arbeitnehmer mit den unternehmenswirtschaftlichen Notwendigkeiten zum Ausgleich bringen. Tatsächlich schreiben die §§ 87 II, 76 V 3 BetrVG eine Entscheidung nach billigem Ermessen unter angemessener Berücksichtigung der Belange des Betriebs und der betroffenen Arbeitnehmer vor, was nach feststehendem arbeitsrechtlichem Sprachgebrauch heißt, daß nicht die unternehmenswirtschaftlichen Notwendigkeiten selbst, sondern die daraus vom Unternehmer/Arbeitgeber abgeleiteten *arbeitstechnischen Konsequenzen* auf ihre Verträglichkeit mit

84 Herbert WIEDEMANN, *Gesellschaftsrecht I*, München 1980, S. 592.

85 Zu weitgehend Peter BADURA/Fritz RITTNER/Bernd RÜTHERS, *Mitbestimmungsgesetz 1976 und Grundgesetz*, München 1977, S. 127 ff.

86 BAG NJW 1983, 953 ff.; NZA 1987, 248; anders ausführlich D. REUTER, ZfA 1981, 165 ff.; vgl. auch W. ZÖLLNER, ZfA 1994, 1423, 435.

87 In einem Nachtlokal besteht nur Arbeitsbedarf für die Nacht, so daß die Mitbestimmung nach § 87 I Nr. 2 BetrVG allein im Rahmen des Nachtbetriebs bestehen kann (vgl. Rolf DIETZ/Reinhard RICHARDI, *BetrVG*, 6. Aufl., München 1982, § 87 RdNr. 31). Entgegen Gemeinschaftskommentar-Günther Wiese, *BetrVG*, 6. Aufl., Neuwied 1995, § 87 RdNr. 264 läßt sich nicht zwischen der Vorgabe des Charakters des Unternehmens und der Vorgabe der Betriebsnutzungszeiten unterscheiden. Der Sinn der Investitionsentscheidung steht und fällt mit der Möglichkeit der geplanten Nutzung, die durch jede diesbezügliche Mitbestimmung in Frage gestellt wird. Vgl. zuletzt B. RÜTHERS (wie Anm. 29), S. 97 ff.

den Interessen der betroffenen Arbeitnehmer zu überprüfen und ggf. um dieser Interessen willen zu verändern sind.<sup>88</sup>

Die unternehmensverfassungsrechtliche Mitbestimmung im Montanbereich, nach dem MitbestG 1976 und nach den §§ 76, 77 BetrVG 1952 bezweckt zwar die Einflußnahme der Arbeitnehmer auf die wirtschaftlichen Angelegenheiten. Doch hat auch sie mit einer Demokratisierung der Unternehmen nichts zu tun. Vielmehr trägt sie dem Umstand Rechnung, daß in der Sozialen Marktwirtschaft von den Unternehmensleitungen nicht nur wirtschaftlich risikobewußtes, sondern auch sozial verantwortungsbewußtes Verhalten erwartet wird. Insbesondere sollen wirtschaftliche Entscheidungen in einem Willensbildungsprozeß getroffen werden, der auch die Folgen für die Arbeitnehmer der Unternehmen in die Abwägung des Für und Wider einbezieht. Die Beteiligung von Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsräten juristisch personifizierter Unternehmen mit großer Beschäftigtenzahl sorgt dafür, daß diese Erwartung auch dort nicht leer läuft, wo die sozial relevanten wirtschaftlichen Entscheidungen nicht von mit dem Unternehmen identifizierten Eigentümer-Unternehmern verantwortet werden, denen im Falle unzureichender sozialer Sensibilität persönlicher Ansehensverlust droht, sondern von anonymen Gremien, die den beteiligten Personen eine entsprechend anonyme Entscheidungstätigkeit ermöglichen. Die Mitbestimmung institutionalisiert mit anderen Worten ein soziales Gewissen, soweit der Einfluß öffentlicher Mißbilligung als Garant tendenziell sozial verantwortungsbewußten Verhaltens die maßgeblichen unternehmerischen Willensbildungsprozesse nicht oder doch nur unvollkommen erreicht.<sup>89</sup> Weitergehende Wirkungen hat die unternehmensverfassungsrechtliche Mitbestimmung nicht. Vor allem hindert sie die Unternehmensleitungen nicht daran, das ihrer Ansicht nach unternehmenswirtschaftlich Notwendige auch gegen den Widerstand der Belegschaften zu tun. Selbst die Montanmitbestimmung, die intensivste Form der Mitbestimmung, läßt ihnen die Möglichkeit offen, das Veto des paritätisch besetzten Aufsichtsrats mit Hilfe einer qualifizierten Hauptversammlungsmehrheit zu überwinden (§ 111 IV AktG).<sup>90</sup>

Gewiß verursacht die Mitbestimmung sowohl auf Betriebs- als auch auf Unternehmensebene Reibungsverluste. Ferner kostet sie Zeit und Geld. Aber indem sie Repräsentanten der Arbeitnehmer in die Leitung von Betrieben und Unternehmen integriert, trägt sie auch zur Versachlichung der Auseinandersetzung und zur Anpassungsbereitschaft der Arbeitnehmer im Fall wirtschaftlich notwendiger und sozial schmerzhafter Veränderungen bei.

<sup>88</sup> Ausführlich D. REUTER, *ZfA* 1981, 165, 180 ff.

<sup>89</sup> Ausführlich D. REUTER, in: *Wirtschaftsordnung als Aufgabe. Zum 100. Geburtstag von Franz Böhm*, Bonn 1995, S. 71, 95 ff.

<sup>90</sup> W. DÄUBLER, *Das Arbeitsrecht I*, 14. Aufl. Reinbek bei Hamburg 1995, RdNr. 1292.

Manches spricht für die These, daß die Betriebs- und Unternehmensleitungen wegen der Bedeutung des Konsenses der Belegschaften für eine erfolgreiche Unternehmenspolitik die Abstimmung mit Belegschaftsrepräsentanten typischerweise nicht weniger suchen würden, wenn das Gesetz nicht dazu zwänge.<sup>91</sup> Das Problem ist, falls überhaupt, nicht die Existenz von, sondern der rechtliche Zwang zur Mitbestimmung, der namentlich in der Betriebspraxis ausweislich des veröffentlichten Rechtsprechungsmaterials allzu oft bewirkt, daß die Betriebspartner sich um die Macht im Betrieb streiten, anstatt miteinander um die dem Wohl der Arbeitnehmer und des Betriebs am besten entsprechende Sachlösung zu ringen.<sup>92</sup> Fazit: Jedenfalls in ihrer gegenwärtig gültigen Gestalt ist die Mitbestimmung im wesentlichen marktkonform; marktwidrige Tendenzen in der Praxis sind nicht den Gesetzen, sondern der Rechtsprechung zuzuschreiben, mag auch die Gesetzgebung aufgefordert sein, die Möglichkeit der Mitbestimmung kraft natürlicher Angewiesenheit der Unternehmensleitung auf den Konsens der Belegschaften als (vorzugswürdige) Alternative zur gesetzlich verordneten Mitbestimmung stärker zu berücksichtigen, als sie das bisher getan hat.<sup>93</sup>

Deutlich problematischer als die Konkretisierung der Sozialpflichtigkeit des Unternehmenseigentums durch Mitbestimmung ist m.E. die Refeudalisierung der Wirtschaft durch privatautonom geschaffene Unternehmensverfassungen, die sich in den vergangenen 40 bis 50 Jahren ereignet hat. In keinem vergleichbaren anderen Land steht die Verteilung des Produktivvermögens in einem ähnlich krassen Mißverhältnis zur Verteilung des Volksvermögens insgesamt wie in Deutschland. Während das Volksvermögen so breit gestreut ist wie nirgendwo sonst in der industrialisierten Welt, halten seit Jahrzehnten unverändert knapp zwei Prozent der Bevölkerung 50 Prozent des Produktivvermögens.<sup>94</sup> Es ist üblich geworden, dies damit zu erklären, daß die Investition in Risikokapital dem Sicherheitsbedürfnis der breiten Masse der Sparer widerspricht.<sup>95</sup> Aber das ist nur die halbe Wahrheit. Denn damit läßt sich nicht erklären, weshalb der Anteil der Aktiensparer im Ausland, insbesondere in den USA und in Großbritannien unverhältnismäßig größer ist. Vor allem das Investmentsparen, das dem Sicherheitsbedürfnis des breiten Anlegerpublikums durch Risikostreuung entgegenkommt, müßte,

91 Vgl. Eduard GAUGLER, in: *Führung im demokratischen Staat und in der pluralistischen Gesellschaft*, Köln 1993, S. 117, 125 f., 136.

92 Vgl. auch Gerrick v. HOYNINGEN-HUENE, NZA 1991, 7, 11.

93 Vgl. schon D. REUTER in: *Verhandlungen des 61. Deutschen Juristentags II/1*, 1997, K 35, 55.

94 Kurt H. BIEDENKOPF, in: *Festschrift für Helmut Coing II*, hrsg. v. Norbert HORN, München 1982, S. 21, 26 ff.

95 Z.B. Gerold BRANDT, in: *Die deutsche Aktie. Festschrift zum 40jährigen Bestehen des Deutschen Aktieninstituts e.V.*, hrsg. v. Ulrich FRITSCH, Gerhard LIENER und Reinhard SCHMIDT, Stuttgart 1993, S. 12, 16.

wäre die Risikoaversion das entscheidende Problem, viel mehr Resonanz finden. Tatsächlich ist schon die Nachfrage nach Risikokapital in Deutschland viel zu gering, als daß sich ein leistungsfähiges Angebot entwickeln könnte. Während die Unternehmensinhaber anderswo nolens volens die Öffnung des Unternehmens für externes Kapital und externe Mitsprache hinnehmen, um schädlichen Einflüssen aus der Familie in Gestalt streitender sowie unternehmerisch desinteressierter und/oder unfähiger Erben vorzubeugen,<sup>96</sup> setzt man in Deutschland mit tatkräftiger Hilfe der Gesellschaftsrechtspraxis in erster Linie auf die Disziplinierung der Familie unter das Unternehmenswohl: Gewinnausschüttungen werden auf ein Minimum reduziert; Desinvestitionsbestrebungen werden durch Austritterschwerungen und prohibitiv niedrige Abfindungen unterdrückt; die inaktiven Mitinhaber werden durch Stimmrechtsbeschränkungen und Repräsentativverfassungen entmachtet; die in die Unternehmensleitung berufenen Mitinhaber werden privilegiert, so daß die Verteidigung des Wohls des Unternehmens einschließlich seiner Eigenart als Familienunternehmen gegen divergierende Privatinteressen anderer aus dem Kreis der Familie auch in ihrem persönlichen Interesse liegt.<sup>97</sup> Kritik daran gibt es kaum. Im Gegenteil: Ganz überwiegend feiert man das sogenannte verfaßte Familienunternehmen als Ausdruck des zeitgemäßen Verständnisses des Unternehmens als einer sozialen Veranstaltung, die nicht den Interessen der Inhaber dient, sondern der umgekehrt die Inhaber zu dienen haben.<sup>98</sup> Im Ergebnis ist die deutsche Wirtschaft nach dem Abtritt der Gründergeneration aus der Zeit des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem allzu großen Teil durch Unternehmen geprägt, deren Investitionsfähigkeit statt durch einen leistungsfähigen Risikokapitalmarkt durch das Familienvermögen begrenzt und deren Leitung von Personen besetzt ist, die ihre Position in die Wiege gelegt bekommen, anstatt sie durch Leistung in der Konkurrenz mit anderen verdient zu haben. Der viel beklagte Mangel an Innovationsfähigkeit der etablierten Unternehmen hat darin eine wesentliche Ursache. Gewiß können in dieser Weise verfaßte Familienunternehmen dem Druck sich wandelnder Marktanforderungen nicht langfristig standhalten. Aber in der wirtschaftlichen Notlage ist es für eine Öffnung für externes Risikokapital zu spät. Allenfalls bleibt die Sanierungsfusion mit einem anderen regelmäßig größeren Unternehmen, die das marktwirtschaftlich

---

96 Vgl. zur Rechtslage im vergleichbaren Ausland D. REUTER, *Gutachten zum 55. Deutschen Juristentag*, 1984, B 19 f., 46 f.

97 Vgl. D. REUTER (wie Anm. 96), B 45.

98 Repräsentativ Rudolf WIETHÖLTER, in: *Aktuelle Probleme der GmbH & Co KG*, Köln 1967, S. 11, 32; vgl. auch Karsten SCHMIDT, *JZ* 1984, 771, 782; Herbert WIEDEMANN, in: *Festschrift für Robert Fischer*, hrsg. v. Marcus LUTTER, Walter STIMPEL und Herbert WIEDEMANN, Berlin/New York 1979, S. 883, 896.

unerwünschte Ende als eigenständiges Wirtschaftssubjekt bringt.<sup>99</sup> So ist ein unheilvolles Wechselspiel von Ursache und Wirkung entstanden: Die unzureichende Nachfrage nach Risikokapital infolge der Abschottung der Familienunternehmen gegen externes Risikokapital und externe Mitsprache verhindert die hinreichende Leistungsfähigkeit des Angebots, was seinerseits zur Rechtfertigung dafür wird, die rechtliche Förderung verfaßter Familienunternehmen zu verteidigen und weiter voranzutreiben.<sup>100</sup> Um diesen Teufelskreis zu durchbrechen, braucht man nicht einmal die Hilfe des Gesetzgebers. Man muß nur die gesellschaftsrechtsdogmatischen Bedenken ernst nehmen, die seit langem gegen die Verfassung der Familienunternehmen insgesamt wegen ihrer Ähnlichkeit mit dem verbotenen Familienfideikommiß<sup>101</sup> und gegen ihre einzelnen Bausteine – die Austrittsschwerungen und Abfindungsbeschränkungen, die Privilegierung der aktiven und die Diskriminierung der inaktiven Teilhaber – unter dem Gesichtspunkt des Widerspruchs zu zwingendem Gesellschaftsrecht<sup>102</sup> erhoben werden.

#### 4. Soziale Marktwirtschaft und Arbeits- und Sozialrecht

##### Die Grundsatzproblematik

Arbeits- und Sozialrecht gelten traditionell als Rechtsgebiete, in denen das Soziale an der Sozialen Marktwirtschaft seinen besonderen Ausdruck findet. Ihre gegenwärtige Krise hat sie zum hauptsächlichen Feld der Auseinandersetzung im Streit um die richtige Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft gemacht. Die Schwierigkeit dieser Diskussion ergibt sich vor allem daraus, daß Arbeits- und Sozialrecht sich historisch als Antworten auf Marktversagen verstehen. Im Anschluß an die Marx'sche Lehre von der Verelendungskonkurrenz hat bis in die jüngere Vergangenheit hinein die Auffassung vorgeherrschte, der Arbeitsmarkt könne nicht funktionieren, weil das Absinken des Lohns die Arbeitnehmer wegen ihrer existentiellen Angewiesenheit darauf nicht – wie sonst die Anbieter von Gütern und Dienstleistungen – zur Einschränkung, sondern zur Erhöhung des Arbeitsangebots mit der Folge veranlasse, daß die Löhne immer niedriger würden, bis sie die von Marx so genannten Reproduktionskosten der Arbeitskraft erreichten. Selbst große

<sup>99</sup> Heinrich Bernhard v. OPPENHEIM, *Börsenzeitung* vom 3. März 1983 (*„Risikokapital wieder ins rechte Licht rücken“*); D. REUTER (wie Anm. 96), B 18.

<sup>100</sup> K. SCHMIDT, JZ 1984, 771, 782; ausführlich Lutz MICHALSKI, *Gesellschaftsrechtliche Gestaltungsmöglichkeiten zur Perpetuierung von Unternehmen*, Heidelberg/Hamburg 1980 (und dazu D. REUTER AcP 181, 1 ff.).

<sup>101</sup> Ekkehard KAUFMANN, JZ 1959, 522 f.; D. REUTER, *Privatrechtliche Schranken der Perpetuierung von Unternehmen*, Frankfurt/M. 1973, S. 103 ff.

<sup>102</sup> Zusammenfassend D. REUTER aaO B 47-67.

liberale Ökonomen wie Eucken und zuletzt Stützel sind von dieser These ausgegangen.<sup>103</sup> Ihr entspricht die Annahme einer apriorischen Unfähigkeit von Arbeitnehmern, ihre Interessen individuell gegenüber ihren Arbeitgebern zu vertreten und für sich und ihre Familien gegen die Wechselfälle des Lebens vorzusorgen. Sinzheimer, einer der Väter des Arbeitsrechts, hat das auf die Formel gebracht, im Arbeitsrecht habe nicht zu gelten, was der Arbeitnehmer will, sondern, was »sein Zustand erfordert«<sup>104</sup>. Auf diese Weise sind die Ergebnisse der Gesetzgebung, der Tarifvertragspraxis und der arbeitsgerichtlichen Rechtsfortbildung lange Zeit gegen marktwirtschaftliche Kritik immunisiert worden. Was der Zustand des Arbeitnehmers erfordert, darf ihm nicht vorenthalten werden. Wenn die Marktwirtschaft das nicht verkraftet, muß sie modifiziert werden. Negative Rückwirkungen auf die Arbeitnehmer in Gestalt von Arbeitslosigkeit sind nach keynesianischer Manier durch eine aktive staatliche Beschäftigungspolitik auszugleichen; ihretwegen arbeitsrechtliche und/oder sozialrechtliche »Errungenschaften« zurückzunehmen, kommt nicht in Betracht.<sup>105</sup>

Inzwischen sind die Prämissen dieser Sichtweise, soweit sie überhaupt jemals realitätsnah gewesen sind, so gut wie vollständig entfallen. Der typische Arbeitnehmer ist nicht mehr beliebig austauschbare Arbeitskraft, sondern Mitarbeiter, der in kreativer Kooperation mit anderen arbeitstechnische Teilzwecke verwirklicht.<sup>106</sup> Es besteht deshalb typischerweise nicht mehr eine einseitige Abhängigkeit der Arbeitnehmer, die sich zur Ausbeutung nutzen läßt, sondern auch eine Abhängigkeit der Arbeitgeber von der Leistungs- und Kooperationsbereitschaft der Arbeitnehmer, die tendenziell faire Arbeitsbedingungen erzwingt. Die Praxis bestätigt das, ist doch ohnedem nicht erklärlich, daß florierende Unternehmen trotz einer »Reservearmee« von 4,5 Mio Arbeitslosen noch übertarifliche Löhne und Leistungszulagen bezahlen.<sup>107</sup> Folgerichtig hat auch die Fähigkeit der Arbeitnehmer zur selbständigen Vorsorge für die Wechselfälle des Lebens entscheidend zugenommen. Die weitaus meisten Arbeitnehmerhaushalte sind sparfähig.<sup>108</sup> Umgekehrt ist die Illusion verfliegen, der Staat könne die negativen Auswirkungen einer marktinkonformen Gesetzgebung, Tarifvertragspraxis und Rechtsprechung auf das Gemeinwohl, insbesondere die Beschäftigung kompensieren. Die aktive Arbeitsmarktpolitik ist in den 70er und 80er Jahren nicht nur in

---

103 Wolfgang STÜTZEL, *Marktpreis und Menschenwürde*, 3. Aufl. Stuttgart 1982, S. 78.

104 *Arbeitsrecht und Rechtssoziologie II*, Frankfurt/M. 1976, S. 53, 60.

105 W. DÄUBLER (wie Anm. 90), RdNm. 56 ff.; Ulrich PREIS, ZRP 1990, 311.

106 Vgl. u.a. E. GAUGLER (wie Anm. 91), S. 125 f.

107 Vgl. dazu W. ZÖLLNER u.a., ZfA 1983, 169 ff.; partiell ebenso W. DÄUBLER (wie Anm. 90), RdNm. 292, der den übertariflichen Lohn freilich auch auf eine »kämpferische Tradition der Belegschaft« zurückführen will (!).

108 Hans Friedrich ZACHER, SozFort 1984, 4, 7.

Deutschland, sondern weltweit gescheitert.<sup>109</sup> Zugleich stoßen die sozialen Sicherungssysteme an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. Das immer vorhandene, aber in besseren Zeiten nicht als dringlich empfundene Bedürfnis, die Verantwortung für arbeitnehmerische Lebensrisiken im zumutbaren Umfang zu reprivatisieren, gewinnt mehr und mehr an Bedeutung.<sup>110</sup>

Die Rechtspraxis nimmt diese Veränderungen nur sehr zögernd zur Kenntnis. Nach wie vor gilt überwiegend der Schutz des Arbeitnehmers vor Ausbeutung als das Hauptthema des Arbeitsrechts. Verbesserung des Arbeitsrechts heißt Stärkung der Position der Arbeitnehmer auf Kosten der Arbeitgeber. Wer darauf aufmerksam macht, daß eine solche Stärkung auch auf Kosten der Arbeitsuchenden erfolgt, weil sie deren Einstellungschancen verringert, zieht sich immer noch den Vorwurf verkappter Parteinahme für die Arbeitgeberseite zu. Erst recht wird die These nicht akzeptiert, daß die Veränderungen des Arbeitslebens (Mitarbeiter statt Arbeitskraft) und der Gesellschaft (Integration der Arbeitnehmerschaft in das Besitzbürgertum) die Voraussetzungen für eine Revision der Sonderentwicklung des Arbeitsrechts zugunsten seiner wenigstens teilweisen Reintegration in das marktkonforme allgemeine Privatrecht geschaffen haben. Statt dessen werden diese Veränderungen als Ergebnisse der Sonderentwicklung des Arbeitsrechts dargestellt, die in Gefahr geraten, wenn und soweit an die Stelle des Sonderrechts wieder allgemeines Privatrecht tritt. Beschworen wird die Erhaltung des sozialen Friedens. Entsprechend gering ist die Bereitschaft zu einem Paradigmawechsel, der die arbeitsrechtlichen Institutionen von der ausschließlichen Fixierung auf die alte soziale Frage Ausbeutung löst und wenigstens auch auf die neue soziale Frage Ausgrenzung hin orientiert.<sup>111</sup> Nach Ansicht des derzeitigen Präsidenten des BAG ist das traditionelle Arbeitsrecht sogar ein Vorteil Deutschlands im Standortwettbewerb mit anderen Ländern.<sup>112</sup> Man ist versucht hinzuzufügen: Diejenigen, auf die es ankommt, nämlich die potentiellen Investoren sehen das leider anders.

Ebenso wenig wie das Arbeitsrecht auf die gewachsene Fähigkeit der Arbeitnehmer zur Selbstbehauptung gegenüber den Arbeitgebern hat das Sozialrecht bisher sachgerecht auf ihre gewachsene Fähigkeit zur Selbstvorsorge gegen Lebensrisiken reagiert. Die obligatorische Sozialversicherung statt der freiwilligen Privatversicherung oder anderweitigen Vorsorge für Alter, Invalidität und Krankheit nach Wahl des Betroffenen behandelt den Arbeitnehmer noch heute wie ein unmündiges Kind, bei dem nicht gilt, was

<sup>109</sup> G. DETER (wie Anm. 20), S. 42, 55 f.

<sup>110</sup> Vgl. dazu umfassend Meinhard HEINZE, *Gutachten zum 55. Deutschen Juristentag*, 1984, E 78 ff.

<sup>111</sup> Repräsentativ W. DÄUBLER (wie Anm. 90), RdNm. 56 ff.

<sup>112</sup> Vgl. dazu auch B. RÜTHERS (wie Anm. 29), S. 24 f.

es will, sondern was sein Zustand nach der höheren Einsicht von Politikern und Funktionären erfordert.<sup>113</sup> Die Sozialhilfe als Hilfe in der Not wird zwar grundsätzlich nur subsidiär gewährt. Doch ist das in der Praxis in einer Weise konkretisiert, die für Bezieher niedriger Arbeitseinkommen die Frage aufwirft, ob sie sich nicht besser stehen, wenn sie aus dem regulären Erwerbsleben aussteigen. Die im Gesetz vorgesehene Heranziehung von Sozialhilfeempfängern zu gemeinnütziger Arbeit z.B. ist der absolute Ausnahmefall.<sup>114</sup>

### Einzelheiten

Belege für das Bemühen um ein marktkonformes Arbeits- und Sozialrecht gibt es wenige, für das Gegenteil viele. Zu den ersteren zählen sicherlich die ab 1985 ergangenen Beschäftigungsförderungsgesetze, obgleich sie in der ersten Phase als zeitlich begrenzte Maßnahmegesetze noch kein verlässliches Anzeichen dafür gewesen sind, daß die Ausgrenzungswirkungen des Bestandsschutzes von Arbeitsverhältnissen als soziales Problem und Rechtfertigungsgrund für Modifikationen anerkannt werden sollten. Die Konzentration auf die Erleichterung von Befristungen, die bis dahin nach dem Gesetz ohnehin freier Vereinbarung unterlegen hat, d.h. lediglich durch die Arbeitsgerichte aufgrund anfechtbarer Annahme einer Kollisionslücke zwischen § 620 BGB und KSchG erschwert worden ist,<sup>115</sup> hat den Konflikt mit dem gesetzlichen Bestandsschutz sogar vermieden.<sup>116</sup> Immerhin beruht schon sie auf der Einsicht, daß der Bestandsschutz nicht nur ein Entlassungs-, sondern auch ein Einstellungshindernis bildet. Das ist zwar eine Binsenweisheit, aber für das Arbeitsrecht fast so etwas wie eine Götterdämmerung. Noch 1987 hat das BAG es ausdrücklich abgelehnt, die Absicht des kündigenden (öffentlichen) Arbeitgebers, den nebenberuflich tätigen Kündigungsschutzkläger durch einen Arbeitslosen zu ersetzen, überhaupt nur als rechtlich relevant anzuerkennen.<sup>117</sup> Erst recht hat es »Fernwirkungen« des Bestandsschutzes auf die Chancen anonymer Arbeitsloser ausgeblendet. Stets hat es die Kündigung des Arbeitgebers ausschließlich als Fall eines bilateralen

113 Zur Lage der Sozialversicherung vgl. KRONBERGER KREIS, *Das soziale Netz reißt*, Frankfurt/M. 1988, S. 9 ff. 37 ff.

114 Schwer verständlich die Qualifikation der Obliegenheit zur Arbeit als unzulässige Zwangsarbeit nach Art. 12 II GG bei B.-O. BRYDE, NJW 1984, 2178, 2183.

115 Vgl. zum Meinungsstand STAUDINGER/ULRICH PREIS, BGB, Berlin 1994, § 620 RdNm. 31 ff. Die Stellungnahme hängt vom Verständnis des Kündigungsschutzes ab. Wer – wie der historische Gesetzgeber (RdA 1951, 58, 63) – nur ein Willkürverbot anerkennt, kann § 620 BGB und KSchG grundsätzlich unverändert nebeneinander anwenden.

116 Vgl. Klaus ADOMEIT, *Arbeitsrecht für die 90er Jahre*, München 1991, S. 72 ff.; W. ZÖLLNER ZfA 1994, 423, 434.

117 BAG SAE 1988, 71.

Interessenkonflikts mit dem gekündigten Arbeitnehmer gewürdigt.<sup>118</sup> Auf dieser Grundlage hat es das ultima-ratio-Prinzip in das Kündigungsschutzrecht eingeführt, das die Kündigung des Arbeitgebers nur als »äußerstes Mittel« zuläßt und ihn demgemäß im Kündigungsschutzprozeß mit vorher kaum erahnbaren Darlegungsobliegenheiten zu alternativen Möglichkeiten der Reaktion auf den Kündigungssachverhalt belastet.<sup>119</sup> Noch verheerender wirkt die jedenfalls bei der Kontrolle von verhaltens- und personbedingten Kündigungen nach wie vor praktizierte Interessenabwägung, die verlässliche Prognosen über den Ausgang eines Kündigungsrechtsstreits weitgehend ausschließt. Rechtsunsicherheit ist das, was die Wirtschaftspraxis am allerwenigsten gebrauchen kann.<sup>120</sup>

Das arbeitsrechtliche Beschäftigungsförderungsgesetz von 1996 hat darauf reagiert, indem es (mit Wirkung vom 1. Oktober 1999 an) die dadurch besonders überforderten Kleinbetriebe mit zehn und weniger ständig Beschäftigten in die bislang auf Betriebe mit fünf und weniger ständig Beschäftigten begrenzte Bereichsausnahme einbezogen hat. Das geht einerseits zu weit und andererseits nicht weit genug. Es geht zu weit insofern, als es für fast 30 (statt bisher knapp 10) Prozent der Beschäftigten in Deutschland die freie Kündbarkeit einführt.<sup>121</sup> In Betrieben mit bis zu fünf Beschäftigten mag noch typischerweise ein persönliches Kooperationsverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vorliegen, das eine Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses gegen den Willen des Arbeitgebers genausowenig verträgt wie gegen den Willen des Arbeitnehmers. Bei einer Beschäftigtenzahl zwischen fünf und zehn sieht das schon anders aus. Insoweit findet man bereits Distanz kraft formaler Organisation der Arbeit; nicht zufällig beginnt mit einer Beschäftigtenzahl von fünf Arbeitnehmern die Betriebsratspflichtigkeit. Entsprechend muß es jedenfalls einen Schutz des einzelnen Arbeitnehmers vor willkürlicher Kündigung geben. Selbst im Land des »hire and fire«, den USA, schützen die Gerichte den Arbeitnehmer vor »unfair dismissal«<sup>122</sup>. Nicht weit genug geht die Reform insofern, als sie für die größeren Betriebe (mit Ausnahme der Schaffung von mehr Rechtssicherheit bei der sozialen Auswahl im Fall betriebsbedingter Kündigungen) alles beim alten läßt. Wenn der Kündigungsschutz den Bestandsschutz des Arbeitsverhältnisses

118 Zustimmung U. PREIS, *Prinzipien des Kündigungsrechts bei Arbeitsverhältnissen*, München 1987, S. 126.

119 BAG AP Nr. 70 zu § 626 BGB. Die Entscheidung zwingt u.a. dazu, mildere Mittel zu wählen, die nach § 1 II 2, 3 KSchG nur unter dem Vorbehalt des Widerspruchs des Betriebsrats bzw. Personalrats beachtlich sind. Vgl. dazu Eugen STAHLHACKE/U. PREIS, *Kündigung und Kündigungsschutz im Arbeitsverhältnis*, 5. Aufl. München 1991, RdNr. 612.

120 B. RÜTHERS (wie Anm. 29), S. 91 f.

121 Wolfgang LELNEMANN, BB 1996, 1381.

122 Herbert KRONKE, *Regulierungen auf dem Arbeitsmarkt*, Baden-Baden 1990, S. 271 f.; vgl. auch W. ZÖLLNER ZfA 1994, 423, 435.

auf Kosten der Einstellungschancen Arbeitssuchender verwirklicht, kann es nicht seine Aufgabe sein, den Arbeitnehmern das Arbeitsverhältnis als Existenzgrundlage zu erhalten.<sup>123</sup> Denn das Sozialstaatsprinzip verlangt – so das BVerfG im WDR-Urteil – eine sozial gerechte Ordnung für alle, also gerade auch die »Sorge für diejenigen ..., die keinen Arbeitsplatz haben und einen solchen suchen«.<sup>124</sup> Die Bedeutung des Arbeitsverhältnisses als Existenzgrundlage ist für Beschäftigte und Beschäftigungssuchende prinzipiell gleich. Ein Vorrang der Beschäftigten läßt sich nur insofern rechtfertigen, als das Arbeitsverhältnis Lebensmittelpunkt ist, im Hinblick auf den unter Umständen schwer reversible Dispositionen getroffen werden. Es geht um die Rücksicht auf spezifische Anpassungsprobleme. Nicht anders hat das der Gesetzgeber des KSchG 1951 gesehen. Das Gesetz – so heißt es in den Materialien – »wendet sich nicht gegen Entlassungen, die aus triftigem Grund erforderlich sind, sondern lediglich gegen solche Kündigungen, die hinreichender Begründung entbehren und deshalb als willkürliche Durchschneidung des Bandes der Betriebszugehörigkeit erscheinen.«<sup>125</sup> Im Kern genügt als Reform die Rückkehr zu diesem gesetzgeberischen Verständnis des Kündigungsschutzes als *Willkürverbot*. Nicht die Anwendung der Gesetzesnorm, sondern der richterliche »Widerstand« gegen sie und ihre richterrechtliche »Weiterentwicklung« sind verantwortlich dafür, daß der Kündigungsschutz so in Widerspruch zu den Funktionsbedingungen der Sozialen Marktwirtschaft geraten ist, wie es sich heute darstellt.<sup>126</sup> Der Fairneß wegen ist freilich zuzugeben, daß die Arbeitsgerichtsbarkeit dazu von maßgeblichen Vertretern der Arbeitsrechtswissenschaft angestiftet und beifällig begleitet worden ist.<sup>127</sup>

Besonders notleidend ist das Bemühen um Marktkonformität im Bereich des Tarifrechts geblieben. Das hängt vor allem, wie bereits erwähnt, damit zusammen, daß das BVerfG für Art. 9 III GG eine Ausnahme von seinem sonstigen Vorbehalt gegen »verselbständigte, den individualrechtlichen Gehalt der Grundrechte überhöhende Objektivierungen«<sup>128</sup> gemacht und massiv zugunsten einer Rezeption des arbeitsrechtlichen Weimarer Kollektivismus interveniert hat. Aber auch das BAG und das herrschende arbeitsrechtliche

123 A.A. die h.M. Repräsentativ MÜNCHArbR-Wilfried BERKOWSKY, München 1993, § 127 RdNr. 20 (S. 275).

124 BVerfG NJW 1982, 1447, 1449.

125 RdA 1951, 58, 63.

126 Vgl. dazu mit Nachweisen D. REUTER, DZWIR 1993, 45, 47. Zur verantwortlichen Neigung maßgeblicher Richter des BAG zur »richter königlichen Freiheit« vgl. B. RÜTHERS (wie Anm. 29), S. 54 f., unter Hinweis auf Ausführungen des heutigen BAG-Präsidenten Th. Dieterich in RdA 1982, 329, 330.

127 Namentlich Alfred HUECK, in: A. HUECK/Hans Carl NIPPERDEY, *Arbeitsrecht I*, 7. Aufl. Berlin/Frankfurt/M. 1963, S. 623.

128 BVerfG NJW 1979, 699, 702.

Schriftum haben die dadurch angestoßene Entwicklung zielstrebig vorange-  
 trieben. Abweichende Ansätze haben zwar die Diskussion bereichert, sind  
 jedoch auf die Ergebnisse ohne Einfluß geblieben.<sup>129</sup> Eindeutig dominiert  
 die Vorstellung, die Tarifvertragsparteien seien Ordnungsmächte, die das Ar-  
 beitsleben in den gesetzlichen Grenzen wie der staatliche Gesetzgeber gestal-  
 ten: Tarifvertragliche Normen wirken wie Gesetzesnormen und sie unterlie-  
 gen der gleichen Bindung an die Grundrechte.<sup>130</sup> Insbesondere befinden die  
 Tarifvertragsparteien selbst darüber, inwieweit sie Raum für Vereinbarungen  
 zwischen den Betriebspartnern und Arbeitsvertragsparteien lassen.<sup>131</sup> Nicht  
 einmal das Günstigkeitsprinzip hält als Schranke der Tarifmacht das, was es  
 nach Ansicht mancher<sup>132</sup> verspricht. Unangefochten ist nur, daß die Tarif-  
 vertragsparteien keine Höchstlöhne festlegen können. Im übrigen kommt es,  
 folgt man einer vor kurzem veröffentlichten Entscheidung des BAG, darauf  
 an, ob die Tarifvertragsparteien eine betriebsorganisatorische oder eine indi-  
 vidualschützende Norm bezwecken.<sup>133</sup> In der ersten Alternative handelt es  
 sich um eine Betriebsnorm, die für alle tarifgebundenen Betriebe unabhängig  
 von der Tarifgebundenheit der Belegschaftsangehörigen gilt und ihrem Sinn  
 nach günstigkeitsresistent ist. Lediglich in der zweiten Alternative spielen  
 die Mitgliedschaft des betroffenen Arbeitnehmers in der am Tarifvertrag  
 beteiligten Gewerkschaft und der Günstigkeitsvergleich zwischen Tarif- und  
 Arbeitsvertrag eine Rolle.<sup>134</sup>

Kaum jemand nimmt daran Anstoß, daß ein so konzipiertes Tarifver-  
 tragsystem geradezu zwangsläufig Regelungen hervorbringt, die sich als  
 Einigungen der in den Tarifvertragsparteien tonangebenden Gruppen auf  
 Kosten der unterrepräsentierten darstellen. Gewerkschaften können unter  
 normalen Umständen nur Tarifforderungen erheben, die der überwiegende  
 Teil ihrer Mitglieder, der über sichere Arbeitsplätze verfügt, akzeptiert.  
 Das sind Vorteile für die Arbeitsplatzinhaber wie Lohnerhöhungen, Ar-  
 beitszeitverkürzungen, Arbeitserleichterungen. Das hartnäckige Beharren auf

<sup>129</sup> Das gilt namentlich für die Habilitationsschriften von Reinhard RICHIARDI, *Kollektivge-  
 walt und Individualwille bei der Gestaltung des Arbeitsverhältnisses*, München 1968, und Rupert  
 SCHOLZ, *Koalitionsfreiheit als Verfassungsproblem*, München 1971.

<sup>130</sup> Repräsentativ MÜNCHArbR-Manfred LÖWISCH, München 1993, § 246 RdNm. 18 ff.  
 (S. 194 ff.).

<sup>131</sup> BAG NZA 1990, 850, 853; 1991, 675, 677 (Verdrängung der Betriebsautonomie durch  
 tarifliche Betriebsnormen); NZA 1987, 779, 1988, 699 (tarifvertragliche Erweiterung der Mit-  
 bestimmung des Betriebsrats); MÜNCHArbR-M. LÖWISCH, München 1993, § 251 RdNr. 29  
 (gesamter Inhalt des Arbeitsverhältnisses als Gegenstand der Tarifmacht).

<sup>132</sup> Repräsentativ MÜNCHArbR-M. LÖWISCH, München 1993, § 265 (S. 358 ff.); Herbert  
 BUCHNER, DB 1990, 1715 ff.

<sup>133</sup> BAG NZA 1996, 1214 = JuS 1997, 184 Nr. 14.

<sup>134</sup> Herbert WIEDEMANN/Hermann STUMPF, TVG, 5. Aufl. München 1977, § 4 RdNm.  
 223 f.; Christian HAGEMEIER/Otto Ernst KEMPEN/Ulrich ZACHERT/Jan ZILIUS, TVG, 2. Aufl.  
 Köln 1990, § 4 RdNr. 142.

ökonomisch fragwürdigen Rezepten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wie Stärkung der Binnennachfrage und Umverteilung des Arbeitsvolumens hat darin seine Ursache. Umgekehrt stehen die Arbeitgeberverbände unter dem vorrangigen Einfluß von Unternehmen, deren Leistungsfähigkeit den Druck der Personalkosten zu verkraften oder durch verstärkten Kapitaleinsatz zu verringern vermag. Die Folge ist ein Nachgeben, das die weniger leistungsfähigen Betriebe überfordert.<sup>135</sup> Dieser Mangel an Richtigkeitsgewähr ist kein Problem gestörter Parität zwischen den Verbänden, sondern fehlender Fähigkeit der Arbeitslosen bzw. Grenzbetriebe zur Außenseiterkonkurrenz.<sup>136</sup> »Schmutzkonkurrenz« und »Lohndrückerei« – wie es im Gewerkschaftsjargon heißt – dürfen im Licht der neuen sozialen Frage – Ausgrenzung statt Ausbeutung – nicht mehr von Rechts wegen unterdrückt, sondern müssen von Rechts wegen ermöglicht werden, damit die tonangebenden Gruppen in den Tarifvertragsparteien im eigenen Interesse angemessene Rücksicht auf die Belange der unterrepräsentierten nehmen.<sup>137</sup> Die Bindung der Tarifvertragsparteien an die Grundrechte ist dafür entgegen einer bisweilen vertretenen Meinung kein adäquater Ersatz. Zu Recht hat Canaris darauf hingewiesen, daß diese Bindung, wenn man sie entgegen der derzeitigen Gerichtspraxis ernst nimmt,<sup>138</sup> zur Tarifizensur und damit zur Aufhebung der Tarifautonomie führt.<sup>139</sup> In der Konsequenz des Gedankengangs liegt es u.a., die Tarifvertragsparteien strikt auf ihre ursprüngliche Rolle als Interessenvertreter ihrer Mitglieder zu begrenzen. Durch Tarifvertrag sollten Mindestrechte und Höchstpflichten der Gewerkschaftsmitglieder gegenüber den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes bzw. dem einzelnen Arbeitgeber als Tarifvertragspartei festgelegt werden können. Die die Gesamtbelegschaft betreffende Arbeitsorganisation dagegen sollte Angelegenheit der Betriebsebene sein, die dadurch die betriebswirtschaftlich und sozialpolitisch optimale Kombination des Human- mit dem Sachkapital des Betriebs entwickeln kann, soweit die Beachtung der tarifvertraglichen Mindestrechte und Höchstpflichten der tarifgebundenen Arbeitnehmer und etwaiger arbeitsvertraglichen Sonderrechte einzelner Arbeitnehmer dies zuläßt.<sup>140</sup> Auch insoweit gilt, daß die Diskrepanz zwischen diesen Desiderata und der gültigen Rechtspraxis nur zu einem ganz geringen Teil der *lex scripta* zuzuschreiben ist.<sup>141</sup> Wie schwer es gleichwohl ist, etwas zu be-

135 Martin HENSSLER, ZfA 1984, 487, 505.

136 Gegen MÜNCHArbR-M. LÖWISCH, München 1993, § 246 RdNm. 1-11 (S. 191 ff.)

137 Ausführlich D. REUTER, ZfA 1995, 1, 4 ff., 36 ff.

138 Vgl. dazu D. REUTER, ZfA 1995, 1, 15; ähnlich schon C.W. CANARIS AcP 184, 202, 244.

139 C.W. CANARIS, AcP 184, 202, 244.

140 Vgl. dazu D. REUTER (wie Anm. 93), K 35, 55 f.

141 Im einzelnen D. REUTER, RdA 1994, 152 f.

wegen, hat der 61. Deutsche Juristentag im September vergangenen Jahres gezeigt, auf dem die vereinigte Abstimmungsmacht der Gewerkschafts- und Arbeitgeberverbandsjuristen die hier angedeuteten Vorstellungen regelrecht vom Tisch gefegt hat.<sup>142</sup> Daß Ähnliches vor einem anderen Forum selbst dem sächsischen Ministerpräsidenten mit seinen Vorschlägen für mehr individuelle Freiheit und Verantwortung in der Altersvorsorge widerfahren ist, tröstet, zeigt aber zugleich, welche gewaltigen Beharrungskräfte gerade im Arbeits- und Sozialrecht zu überwinden sind, bevor die Forderungen der Sozialen Marktwirtschaft nach Marktkonformität und Subsidiarität sozialer Problembewältigung<sup>143</sup> eine reelle Chance haben, Gehör zu finden.

---

142 Vgl. D. REUTER (wie Anm. 93), K 69 ff.

143 W. ZOHLNHÖFER (wie Anm. 20), S. 19, 23 f.

## **Soziale Marktwirtschaft: Vom Wirtschaftsordnungsmodell zum gesellschaftspolitischen Leitbild?**

Von Rainer Klump

### Einleitung

Ludwig Erhard und der vom ihm populär gemachte Begriff der Sozialen Marktwirtschaft haben in diesem Jahr ungewohnt viel Aufmerksamkeit gefunden. Anlässlich des 100. Geburtstages von Ludwig Erhard ist viel über die Erfolge der Sozialen Marktwirtschaft in den vergangenen fünf Jahrzehnten gesprochen worden. In fast allen Beiträgen ist dabei die Ansicht vertreten worden, daß die Soziale Marktwirtschaft auch in Zukunft die geeignete Wirtschaftsordnung für die Bundesrepublik sein werde. Der Erfolg, den das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft in dieser Hinsicht errungen hat, läßt allerdings die Tatsache etwas in den Hintergrund treten, daß der Begriff selber bewußt unscharf formuliert ist. Zwar kann man auf den ersten Blick den Eindruck gewinnen, es handele sich bei der Sozialen Marktwirtschaft um ein fest umrissenes wirtschaftspolitisches Konzept, bei näherer Beschäftigung muß man allerdings bemerken, daß man es eigentlich mit ganz unterschiedlichen Begriffen zu tun hat, die – je nachdem, wer sie verwendet – einen Wirtschaftsstilgedanken, eine Ordnungs idee, ein Leitbild der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik oder auch nur ein politisches Schlagwort darstellen.<sup>1</sup> Angesichts dieser Interpretationsvielfalt besteht die Gefahr, daß eine programmatische Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft ins Leere läuft.

Mein Beitrag soll ein Anstoß zu der Frage sein, in welcher Richtung eine solche programmatische Erneuerung in der Bundesrepublik notwendig und sinnvoll ist. Meine zentrale These lautet, daß bei einer solchen Erneuerung die offene gesellschaftspolitische Flanke der Sozialen Marktwirtschaft im Mittelpunkt stehen muß. Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft sollte nicht länger bzw. nicht mehr als ein reines Wirtschaftsordnungskonzept verstanden werden, sondern zu einem gesellschaftspolitischen Leitbild weiterentwickelt werden, das Gesellschaft und Staat in ihren wirtschaftsrelevanten

---

<sup>1</sup> Reinhold BLUM, *Art. Marktwirtschaft, soziale*, in: Willi ALBERS u.a. (Hrsg.), *Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft (HdWW)*, Band 5, Stuttgart-Tübingen 1980, S. 153 f.

Bereichen mit einschließt. Zur Begründung meiner These greife ich zunächst auf die historischen Quellen des Konzeptes der Sozialen Marktwirtschaft zurück, in denen diese gesellschaftspolitische Dimension bereits angelegt war. Danach werde ich mich mit denjenigen Reformkonzepten beschäftigen, die in den vergangenen fünf Jahrzehnten eine gesellschaftspolitische Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft zum Inhalt hatten, darunter ganz besonders mit dem Konzept der »formierten Gesellschaft«, in dem Ludwig Erhard die notwendige gesellschaftspolitische Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft sah. Schließlich sollen die Probleme untersucht werden, die einer solchen Reform der Sozialen Marktwirtschaft heute entgegenstehen.

### Soziale Marktwirtschaft: Erfolg und Schwächen eines Begriffs

Etwas überspitzt läßt sich die folgende These formulieren: Eine der größten Stärken der Sozialen Marktwirtschaft ist auch eine ihrer größten Schwächen, nämlich der Begriff selbst. Es ist müßig, darüber zu streiten, wo, wann und von wem der Begriff zum ersten Mal verwendet wurde. Möglicherweise sprach man schon im Januar 1945 im Reichswirtschaftsministerium von Sozialer Marktwirtschaft.<sup>2</sup> Mit Sicherheit verwendete Alfred Müller-Armack im Jahre 1946 den Begriff in seinem Buch »Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft«<sup>3</sup>. Populär wurde der Begriff aber erst, nachdem ihn die CDU in das Zentrum ihres Wahlkampfes für die Wahl zum ersten deutschen Bundestag gerückt hatte.<sup>4</sup> Über die fünfziger Jahre hinweg wandelte sich der parteipolitisch geprägte Begriff hin zu einem allgemeinen politischen Begriff, der die in Deutschland insgesamt praktizierte Wirtschaftspolitik beschrieb. 1990 wurde die Gleichsetzung der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung mit Sozialer Marktwirtschaft im ersten Staatsvertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion mit der DDR festgeschrieben, indem die Soziale Marktwirtschaft zur gemeinsamen Wirtschaftsordnung der beiden deutschen Staaten erklärt wurde.<sup>5</sup> Heute, und dies hat die breite Resonanz des Erhard-Jubiläums deutlich vor Augen geführt, hat offenbar niemand mehr ein Problem damit, sich zur Sozialen Marktwirtschaft zu bekennen, weder die Kirche noch die Gewerkschaften noch die (demokratischen) Parteien.

2 Karl Günther WEIS, *Wahrheit und Wirklichkeit. Der Weg aus den Weltkriegen in die Soziale Marktwirtschaft*, Homburg-Saarplatz 1996, S. 571 f.

3 Alfred MÜLLER-ARMACK, *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* (1. Auflage 1946), in: DERS., *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration*, 2. Auflage, Bern-Stuttgart 1976, S. 19-170.

4 Gerold AMBROSIOUS, *Die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland 1945-1949* (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 10), Stuttgart 1977, S. 182 ff.

5 Ingo von MÜNCH, *Die Verträge zur Einheit Deutschlands*, München 1990, S. 1 f.

Diese breite Zustimmung ist zwar erfreulich. Sie birgt aber auch eine Gefahr in sich. Die breite Akzeptanz des Begriffes droht nämlich das zu verwässern, was den Kern des Konzeptes einer Sozialen Marktwirtschaft ausmacht.

Genau diese inhaltliche Verwässerung hat viele Wirtschaftstheoretiker zu einer kritischen Sichtweise der Sozialen Marktwirtschaft veranlaßt. Immer wieder ist im wirtschaftswissenschaftlichen Schrifttum darauf verwiesen worden, daß es nicht ausreicht, Elemente einer Marktwirtschaft mit Elementen staatlicher Sozialpolitik zu kombinieren und das Ganze mit einem neuen politischen Schlagwort zu garnieren, sondern daß offengelegt werden muß, wo der entscheidende neue theoretische Kern des Konzeptes zu suchen ist. Manche Wirtschaftstheoretiker haben dabei schlicht geäußert, daß es eine sinnvolle Verbindung zwischen marktwirtschaftlicher Wirtschaftsordnung und dem sozialpolitischen Anspruch, der im Konzept der Sozialen Marktwirtschaft angelegt ist, tatsächlich auf Dauer geben könne. Friedrich August von Hayek sah bekanntlich in den sozialpolitischen Interventionen eine Aushöhlung des Wettbewerbsgedankens angelegt und damit den ersten Schritt in eine sozialistische Wirtschaftsordnung.<sup>6</sup>

Heute, nach dem Untergang des Sozialismus, sieht eine wirtschaftstheoretische Beurteilung der Sozialen Marktwirtschaft anders aus als zu Zeiten Friedrich August von Hayeks. Das Schwergewicht bei der Beurteilung des Konzeptes liegt nicht mehr auf dem Gegensatz zwischen marktwirtschaftlicher und sozialistischer Wirtschaftsordnung, sondern es geht darum, den besonderen Charakter der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland gegenüber anderen Formen der Marktwirtschaft, z. B. der amerikanischen oder der japanischen, herauszuarbeiten. Diese Frage nach den Voraussetzungen, Besonderheiten und Auswirkungen unterschiedlicher Formen der Marktwirtschaft hat in den USA ein Forschungsgebiet entstehen lassen, das man als Wirtschaftskulturforschung bezeichnen kann und zu dessen wichtigsten Vertretern Francis Fukuyama<sup>7</sup> und Peter L. Berger<sup>8</sup> zählen. Diese Wirtschaftskulturforschung, die Deutschland als einen Standort für qualitativ besonders hochwertige ökonomische Leistungen ansieht, schließt an die Diskussionen an, die in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg und damit vor dem Entstehen des Antagonismus zwischen Marktwirtschaft und Sozialismus gerade in Deutschland geführt wurden.<sup>9</sup> Die damals in hoher Blüte stehende Wirtschaftsstilforschung, die als eine der historischen

6 Manfred E. STREIT, *Die Interdependenz der Ordnungen – Eine Botschaft und ihre aktuelle Bedeutung*, in: *Ordnung in Freiheit. Symposium aus Anlaß des 100. Geburtstages von Walter Eucken am 17. Januar 1991*, Tübingen 1991, S. 19 ff.

7 Francis FUKUYAMA, *Konfuzius und Marktwirtschaft. Der Konflikt der Kulturen*, München 1995.

8 Peter L. BERGER, *The Capitalist Revolution. Fifty Propositions about Prosperity, Equality, and Liberty*, New York 1985.

9 Rainer KLUMP, *Einleitung*, in: DERS. (Hrsg.), *Wirtschaftskultur, Wirtschaftsstil und*

Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft gelten kann, erfährt damit wiederum eine enorme Aktualität. Gerade der Begriff des Wirtschaftsstils macht aber ebenso wie der modernere Begriff der Wirtschaftskultur darauf aufmerksam, daß wirtschaftliches Handeln immer im Zusammenhang mit einer übergeordneten Gesellschaftsordnung gesehen werden muß. Diese Sichtweise war den Vätern der Sozialen Marktwirtschaft sehr viel vertrauter als denjenigen, die heute den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft verwenden.

### Historische Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft: Die Interdependenz von Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung

Sucht man nach wirtschaftstheoretischen Wurzeln des Konzeptes der Sozialen Marktwirtschaft, so stößt man unweigerlich auf die Vorstellungen der Freiburger Schule um Walter Eucken und Franz Böhm. Ein Leitmotiv in Walter Euckens Werk stellt die Ablehnung jeder Vorstellung von historischen Entwicklungsgesetzen und eines wirtschaftspolitischen Fatalismus dar. Diese Ablehnung zielt einerseits auf die marxistische Geschichtsphilosophie mit ihrer Vorstellung von einem zwangsläufigen Gesetz des Fortschritts in der Geschichte. Eucken kritisiert aber auch die Vorstellung des klassischen, insbesondere englischen Liberalismus, der darauf vertraute, daß die Herstellung wirtschaftlicher Freiheit ausreichend sei, um den Aufbau einer optimalen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung dauerhaft zu sichern. Für Eucken ist die Herstellung einer solchen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nicht als ein Naturgesetz zu sehen, sondern immer das Ergebnis bewußten Handelns und Gestaltens. Das Denken in Wirtschaftsordnung sollte nach den Vorstellungen der Freiburger Schule auf die prinzipielle Offenheit wirtschaftspolitischen Handelns in jeder historischen Situation hinweisen und damit die Wirtschaftspolitik aus dem Fatalismus historischer Entwicklungsgesetze befreien.<sup>10</sup>

1942, also mitten im Krieg, formulierte Eucken die Aufgaben der Ordnungspolitik folgendermaßen: »Nunmehr wird das Problem sichtbar, das in Zukunft praktisch gelöst werden muß. Die Wirtschaftsordnung, wie sie heute in Deutschland vorhanden ist, wird nicht weiterbestehen. Ihr totaler Umbau wird notwendig sein. Wird dieser Umbau aber bloß durch Beseitigung oder

*Wirtschaftsordnung. Methoden und Ergebnisse der Wirtschaftskulturforschung.* Marburg 1996, S. 12-16.

<sup>10</sup> Rainer KLUMP, *Wege zur Sozialen Marktwirtschaft. Die Entwicklung ordnungspolitischer Konzeptionen in Deutschland vor der Währungsreform*, in: Erich STREISSLER (Hrsg.), *Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XVI. Die Umsetzung wirtschaftspolitischer Grundkonzeptionen in die kontinentaleuropäische Praxis des 19. und 20. Jahrhunderts*, I. Teil: *Schriften des Vereins für Socialpolitik*, Neue Folge 115/XVI, Berlin 1997, S. 137 f.

Lockerung heute gültiger Bindungen vollzogen, so entsteht eine vermachtete, instabile und schlechte Wirtschaftsordnung, die viele große kulturelle, politische, soziale und wirtschaftliche Gefahren heraufbeschwört. Was ist angesichts dieser Lage zu tun? Das ist die große Frage. Es ist eine Frage, die in anderem Gewand überall in der Industrialisierung auftritt – eben die Frage nach der brauchbaren Ordnung der modernen industrialisierten Welt.«<sup>11</sup>

Für Eucken hat diese Suche nach der »brauchbaren Ordnung der modernen industrialisierten Welt« zwei Aspekte: Erstens soll die Funktionsfähigkeit der modernen Industriegesellschaft sichergestellt und erhalten werden, um so die Knappheit der Güter dauerhaft zu überwinden, gleichzeitig soll aber auch bei einer immer weiter um sich greifenden Arbeitsteilung ein menschenwürdiges und selbstverantwortliches Leben gewährleistet sein. »Deshalb besteht eine große Aufgabe des gegenwärtigen Zeitalters darin, dieser neuen industrialisierten Wirtschaft mit ihrer weitgreifenden Arbeitsteilung eine funktionsfähige und menschenwürdige Dauerordnung zu geben. Funktionsfähig und menschenwürdig heißt: In ihr soll die Knappheit an Gütern, die sich Tag für Tag in den meisten Haushalten drückend geltend macht, so weitgehend wie möglich und andauernd überwunden werden. Und sogleich soll in dieser Ordnung ein selbstverantwortliches Leben möglich sein.«<sup>12</sup>

Eucken sah die beiden Kriterien »dauerhafte Funktionsfähigkeit« und »Menschenwürde« alleine in einer Wettbewerbsordnung erfüllt; deren konstituierende und regulierende Prinzipien er in den postum veröffentlichten Grundsätzen der Wirtschaftspolitik entwickelt hat. Aufschlußreich sind in den Grundsätzen vor allem die Ausführungen über Sozialpolitik, die von der Überzeugung getragen werden, daß in der modernen Industriegesellschaft jede wirtschaftspolitische Maßnahme soziale Auswirkungen und soziale Bedeutung hat, daß es insofern keine Rechtfertigung für eine spezielle Sozialpolitik geben kann, sondern daß die allgemeine Ordnungspolitik in Wirtschaft und Gesellschaft die Entstehung sozialer Fragen verhindern muß. Eucken vertraute in diesem Zusammenhang auf einen »starken Staat« als Hüter der Wettbewerbsordnung, was ihm den Vorwurf des ahistorischen Denkens und einer Vernachlässigung polit-ökonomischer Einsichten eingebracht hat. Dieser Vorwurf geht allerdings am Kern von Euckens Argumentation vorbei. Denn er betont ausdrücklich,<sup>13</sup> daß er im Staat weder »einen allweisen und allmächtigen Betreuer«, noch einen zwangsläufig von konkurrierenden Interessengruppen zersetzten Organismus sieht, sondern eine

<sup>11</sup> Walter EUCKEN, *Wettbewerb als Grundprinzip der Wirtschaftsverfassung*, in: Günter SCHMÖLDERS (Hrsg.), *Der Wettbewerb als Mittel volkswirtschaftlicher Leistungssteigerung und Leistungsauslese* (Schriften der Akademie für Deutsches Recht, Gruppe Wirtschaftswissenschaft, Heft 6), Berlin 1942, S. 37.

<sup>12</sup> Walter EUCKEN, *Grundlagen der Nationalökonomie*, 5. Auflage, Godesberg 1947, S. 373.

<sup>13</sup> Walter EUCKEN, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, 6. Auflage, Tübingen 1990, S. 337 f.

Institution, die erst durch Unterordnung unter ordnungspolitische Regeln selbst zu einer »ordnenden Potenz« wird. Ihr zur Seite steht neben den Kirchen vor allem die Wissenschaft, die »durch geistige Arbeit und ihren Einfluß Ordnungen in Staat und Wirtschaft zu gestalten« hat.

Gut kommt das Verständnis der Freiburger Ökonomen von der Interdependenz zwischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in einem Dokument zum Ausdruck, das 1943 als Grundlage für eine ökumenische Weltkirchenkonferenz nach Kriegsende verfaßt wurde und als sogenannte Freiburger Denkschrift bekannt wurde. Der Anhang zur Wirtschafts- und Sozialpolitik dieser Freiburger Denkschrift wurde von den drei Freiburger Ökonomen Walter Eucken, Adolf Lampe und Constantin von Dietze gemeinsam verfaßt. In diesem Anhang wird erneut die Unfähigkeit der Wettbewerbswirtschaft angeprangert, von alleine auch eine »natürliche« soziale Ordnung zu etablieren. In diesem Zusammenhang erfolgt dann eine Definition von Sozialpolitik, bei der es nicht um interventionistische Einzelmaßnahmen, sondern um den Aufbau einer neuen, mit der Wirtschaftsordnung konformen Gesellschaftsordnung geht. »Es war ein im neunzehnten Jahrhundert weit verbreiteter Irrtum zu meinen, daß eine zweckmäßige wirtschaftliche Regelung von selbst eine sinnvolle soziale Ordnung schaffe. Zu einer Gesamtwirtschaftsordnung gehört vielmehr eine Sozialordnung. Wirtschaftsordnungspolitik ist nur ein – allerdings höchstwichtiger, ja unentbehrlicher – Teil der Sozialpolitik, wobei dieser Ausdruck seinem Wortsinn entsprechend viel weiter verstanden wird als ein Sammelname für die seit 1881 ergriffenen Maßnahmen zur Förderung von Lohnarbeitern, Handwerkern oder Bauern. Sozialpolitik darf, um ihren Namen zu rechtfertigen, sich nicht auf zusammenhanglose Fürsorgemaßnahmen beschränken; sie muß die gesamte Societas festigen und ständig im Einklang mit den Grundsätzen der Gesamtwirtschaftsordnung stehen.«<sup>14</sup>

Man lernt aus diesen Aussagen, daß Ordnungspolitik sich nicht darin erschöpfen kann, das Wettbewerbsprinzip auf den Märkten in beliebiger Weise mit Maßnahmen der Sozialpolitik zu kombinieren, sondern daß es darum geht, das sozialpolitische ebenso wie das wirtschaftspolitische Handeln an gemeinsam verbindlichen Normen zu messen.

Ebenso deutlich wird die Interdependenz zwischen Wirtschafts- und Sozialordnung im Werk Alfred Müller-Armacks, der Soziale Marktwirtschaft immer als einen Wirtschafts- und Gesellschaftsstil verstanden wissen wollte. Aufbauend auf der Wirtschaftssoziologie eines Leopold von Wiese und ebenso aufbauend auf seinen eigenen Forschungen zur Entwicklung von

---

<sup>14</sup> *Politische Gemeinschaftsordnung. Ein Versuch zur Selbstbesinnung des christlichen Gewissens in den politischen Nöten unserer Zeit (Freiburger Denkschrift)*, in: Günter BRAKELMANN/Traugott JÄHNICHEN (Hrsg.), *Die protestantischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft*, Gütersloh 1994, S. 347.

Kulturstilen in Europa sah Müller-Armack den besonderen Stil der Sozialen Marktwirtschaft als eine »irenische Formel«<sup>15</sup>, in der sich der marktwirtschaftliche Liberalismus mit der Ordoidee der katholischen Soziallehre, der protestantischen Sozialpolitik und sozialistischen Gerechtigkeitsvorstellungen vereinbaren lassen sollte. Die berühmte Definition von Müller-Armack, Sinn der Sozialen Marktwirtschaft sei die Verbindung des Prinzips der Freiheit auf dem Marke mit dem Prinzip des sozialen Ausgleichs,<sup>16</sup> läßt leider offen, wie diese Verbindung konkret ausgestaltet werden soll. Dennoch ist es für Müller-Armack selbstverständlich, daß die »irenische Formel« nur durch Orientierung an klaren Regeln im Sinne einer umfassenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf Dauer fruchtbar beibehalten werden kann. Er entwickelt deshalb die Prinzipien von der Markt- bzw. Ordnungskonformität sozialpolitischer Interventionen, mit deren Hilfe eine Begrenzung der Eingriffe in den Marktprozeß erreicht und die Funktionsfähigkeit der Wettbewerbsordnung auf Dauer sichergestellt werden soll.

Schließlich läßt sich auch bei Ludwig Erhard sehr früh eine besondere Sicht der Sozialen Marktwirtschaft im Schnittpunkt von wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen ableiten. Dort, wo Erhard den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft erstmals offiziell verwendet, nämlich in einem Artikel im Berliner Tagesspiegel vom 23. April 1949, heißt es programmatisch: »Das Ziel der Sozialen Marktwirtschaft ist, abseits von Interessen- und Gruppenwünschen aller Art, die gesunde Wirtschaft, die die Existenz des gesamten Volkes sichert und jedem nach Maßgabe seiner Zuleistung am Sozialprodukt der Nation teilhaben läßt.«<sup>17</sup> Mit seiner Absage an Interessen- und Gruppenwünsche weist Erhard bereits auf die entscheidende Schwäche des Ansatzes hin. Indem nämlich sozialpolitische Zielsetzungen postuliert werden, besteht immer die Gefahr, daß sich Vertreter gut organisierter Gruppen finden werden, die ihre Interessen besonders nachhaltig im politischen Prozeß artikulieren können und damit den gesamtwirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Anspruch des Konzeptes untergraben. Aus gutem Grund stellen deshalb die Auseinandersetzungen mit den organisierten Interessen einen wesentlichen Punkt der Debatten dar, in denen bisher um eine programmatische Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft gerungen wurde.

15 Alfred MÜLLER-ARMACK, *Soziale Irenik (1950)*, in: DERS., *Religion und Wirtschaft. Geistesgeschichtliche Hintergründe unserer europäischen Lebensform*, 3. Auflage, Bern-Stuttgart 1981, S. 559-578.

16 Alfred MÜLLER-ARMACK, *Soziale Marktwirtschaft (1956)*, in: DERS., *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik (wie Anm. 3)*, S. 243.

17 Ludwig ERHARD, *Das Ende der Improvisationen (1949)*, in: DERS., *Der Weg der Sozialen Marktwirtschaft*, Düsseldorf-Wien-Frankfurt/Main 1962, S. 104.

### Vorschläge für eine Reform der Sozialen Marktwirtschaft: Die offene gesellschaftspolitische Flanke

Bereits in den sechziger Jahren gab es Bestrebungen, das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft zu erweitern. Zu diesem Zeitpunkt waren wesentliche Elemente der Wirtschaftsordnung im Sinne Erhards geregelt. Das Bundesbankgesetz regelt die Unabhängigkeit der Zentralbank; das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, das nach langen Geburtswehen verabschiedet worden war, schuf einen akzeptablen Rahmen für die Wettbewerbsordnung. Wenn es auch nicht in jeder Hinsicht den ordoliberalen Vorstellungen entsprach, so wurde der Wettbewerb doch wesentlich durch die massive Liberalisierung des Außenhandels sowie durch die Europäische Integration unterstützt.<sup>18</sup> Gleichwohl zeigte sich am Ende der Wirtschaftswunderjahre, daß die Einbettung der marktwirtschaftlichen Ordnung eine offene gesellschaftspolitische Flanke besaß. Drei bemerkenswerte Konzepte wurden in dieser Zeit vorgelegt, die in unterschiedlicher Weise politischen Einfluß nahmen: Am wenigsten Müller-Armacks Idee einer »zweiten Phase der Sozialen Marktwirtschaft«; als Gegenstand intensiver Diskussion, aber letztlich ohne politische Umsetzung Erhards Projekt der »formierten Gesellschaft« und schließlich mit erheblichen politischen Auswirkungen bis in die Gegenwart Karl Schillers Vorstellung einer Versöhnung von Sozialer Marktwirtschaft und Keynesianismus mittels Globalsteuerung und »Konzertierter Aktion«.

Alfred Müller-Armack spürte deutlich, daß der wachsende allgemeine Wohlstand in den Wirtschaftswunderjahren nicht das erhoffte gesellschaftliche Bekenntnis zur Marktwirtschaft von selbst gebracht hatte, sondern daß sogar im Gegenteil der Ruf nach einer Begrenzung des Marktmechanismus durch verstärkte Staatseingriffe immer lauter geworden war. Er nahm dies zum Anlaß, um 1960 eine »zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft«, nämlich ihre Ergänzung durch das Leitbild einer neuen Gesellschaftspolitik vorzuschlagen. Wörtlich diagnostizierte er: »Das Versorgungsproblem der breitesten Schichten konnte gelöst werden. Aber auch die Sicherung der Arbeitsplätze durch Vollbeschäftigung und der Zuwachs der Produktion in einer kontinuierlich ansteigenden Konjunktur haben nicht die erwartete soziale Befriedigung gezeitigt, sondern gerade neue Unruhe und Unzufriedenheit hervorgerufen. Kein Hinweis auf das Maß des Erreichten vermochte dagegen anzugehen, die Mobilisierung der Unruhe in unserer demokratischen Gesellschaft bleibt ein bestürzendes Faktum. Sie war kaum spürbar, solange man sich in der Phase des dringendsten Aufbaus befand; nunmehr tritt sie allerorten hervor und offenbart eine Schwäche der freien

---

<sup>18</sup> Rainer KLUMP, *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zur Kritik neuerer wirtschaftshistorischer Interpretationen aus ordnungspolitischer Sicht*, Stuttgart 1985, S. 63-79.

Gesellschaft, die sich überall manifestiert und kaum beeinflußbar erscheint ... Wir müssen uns fragen, ob nicht diese Unruhe und Erregbarkeit der öffentlichen Meinung in tiefen Schichten des Bewußtseins wurzelt und nicht eher einen Hinweis gibt auf jene Fragen einer freien Gesellschaft, die noch ungelöst sind ... Überlegen wir doch tiefer, daß eine durch eine beispiellose industrielle Expansion in Bewegung geratene und durcheinander geschüttelte demokratische Gesellschaft besondere gesellschaftspolitische Anstrengungen erfordert.«<sup>19</sup>

Der politische Maßnahmenkatalog, den Müller-Armack vorschlug, um zu verhindern, daß die Soziale Marktwirtschaft sich gerade durch ihren großen materiellen Erfolg den Rückhalt in der Gesellschaft und im politischen Entscheidungsprozeß untergräbt, hat bis heute nichts an Aktualität verloren. Er umfaßt eine wirkungsvolle und international abgesicherte Konjunkturpolitik, um die Marktrisiken nicht durch inflationäre oder deflationäre Entwicklungen noch zusätzlich zu erhöhen. Er enthält ein Bekenntnis zur sozialpolitischen Grundsicherung gegenüber den Risiken des Marktes, betont aber auch die Notwendigkeit, neue Ansätze der Sozial-, Lohn- und Verteilungspolitik zu entwickeln, die das Selbstinteresse jedes Einzelnen an der marktwirtschaftlichen Ordnung wecken und fördern, anstatt Wettbewerbsdynamik und Leistungsmotivation zu behindern und einzuschränken. Hierunter fallen die staatliche Förderung qualifizierter Bildung und Ausbildung als eines soliden Grundstocks an Humanvermögen, die Förderung selbständiger Berufstätigkeit sowie die Einführung gewinnabhängiger Entlohnungsbestandteile. Hinzu kam die Empfehlung, daß »der Staat, je mehr er im Wirtschaften selbst entbehrlich erscheint, sich auf seine spezifischen Aufgaben für die Setzung einer konkreten Umweltordnung besinnen« sollte,<sup>20</sup> wobei Umwelt hier sehr viel weiter gefaßt ist als im heutigen Verständnis und Regionalpolitik, Verkehrspolitik, Städteplanung, im weitesten Sinn auch die Regelung der betrieblichen Umwelt über eine Betriebsverfassung mit einschließt.

Auch Ludwig Erhard fühlte sich schon in den fünfziger Jahren in seiner früheren Einschätzung bestätigt, daß die Soziale Marktwirtschaft vor allem von organisierten Interessen- und Gruppenwünschen bedroht werden könnte. Erhard sah die Gefahr, daß der Wirtschaftsordnung der Bonner Republik ein ähnliches Schicksal wie der politischen Ordnung der Weimarer Republik drohen könne, ein Scheitern wegen der Verselbständigung von Gruppen- und Partikularinteressen ohne Rücksicht auf die Gesamtwirkungen.<sup>21</sup> Bereits

---

19 Alfred MÜLLER-ARMACK, *Die zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft. Ihre Ergänzung durch das Leitbild einer neuen Gesellschaftspolitik (1960)*, in: DERS., *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik* (wie Anm. 3), S. 270 f.

20 EBD., S. 281.

21 Heinzgerd SCHOTT, *Die formierte Gesellschaft und das Deutsche Gemeinschaftswerk. Zwei gesellschaftspolitische Konzepte Ludwigs Erhards*, Dissertation, Bonn 1982, S. 21.

in seiner Denkschrift über Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung von 1943/44 hatte Erhard das Versagen der »freien« Wirtschaft in der Weltwirtschaftskrise 1929-1933 gegeißelt. Sie habe es versäumt, die gesamtwirtschaftlich richtige Produktionsausweitung in die Wege zu leiten. »Die freie Wirtschaft ist zwar ein Begriff, aber dieser Begriff schafft noch keine einheitliche Phalanx, die vonnöten gewesen wäre, um zu gemeinsamem einheitlichen Handeln zu gelangen. Wäre die deutsche Wirtschaft in den kritischen Jahren nach 1929 aus eigenem Antrieb bereit gewesen ..., die Erzeugung in erhöhtem Umfang wieder aufzunehmen, dann kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die Krise auf diese Weise zu überwinden gewesen wäre ... Die private Wirtschaft hat in dieser für sie schicksalhaften Stunde versagt; sie mußte ohne Schuld des einzelnen Unternehmers aus Gründen ihrer inneren Struktur und Verfassung versagen.«<sup>22</sup> Erhard hob deshalb schon früh hervor, daß Soziale Marktwirtschaft auch eine Verpflichtung jedes einzelnen zur Aufrechterhaltung dieser Ordnung begründet und ging dabei soweit, Müller-Armacks griffige Kurzdefinition von 1956 der Verbindung »des Prinzips der Freiheit auf dem Markt mit dem des sozialen Ausgleichs« 1957 ebenso griffig zu ergänzen, indem er den Sinn der Sozialen Marktwirtschaft darin sah, »das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem des sozialen Ausgleichs und der sittlichen Verantwortung jedes einzelnen dem Ganzen gegenüber zu verbinden.«<sup>23</sup> 1960 forderte Ludwig Erhard dann auf dem Karlsruher Parteitag der CDU 1960 ein »gesellschaftspolitisches Leitbild«, das eine Gesamtsicht auf gesellschaftliche Zielsetzungen freigegeben müsse.<sup>24</sup> In seiner ersten Regierungserklärung als Bundeskanzler führte er im Oktober 1963 aus, daß die Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht im Technischen steckenbleiben dürfe, sondern daß sie erst dadurch sinnvoll und fruchtbar werde, »wenn sie sich an einem gesellschaftlichen Leitbild orientiert.«<sup>25</sup> Auf dem Düsseldorfer Parteitag im März 1965 stieß er dann mit dem Begriff der »formierten Gesellschaft« eine weitreichende Diskussion über die gesellschaftspolitische Ergänzung der Sozialen Marktwirtschaft an.<sup>26</sup>

22 Ludwig ERHARD, *Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung (1943/44)*, Berlin 1977, S. 240.

23 Ludwig ERHARD, *Wirtschaft und Bildung (1957)*, in: Karl HOHMANN, *Ludwig Erhard. Gedanken aus fünf Jahrzehnten, Reden und Schriften*, Düsseldorf-Wien-New York 1988, S. 515.

24 Ludwig ERHARD, *Wirtschaftspolitik als Teil der Gesellschaftspolitik (1960)*, in: DERS., *Deutsche Wirtschaftspolitik* (wie Anm. 17), S. 476-491.

25 Ludwig ERHARD, *Die Grundlagen der neuen Regierung (1963)*, in: Ludwig ERHARD, *Wohlsand für alle*, Neuausgabe, Düsseldorf 1997, S. 362.

26 Volker LAITENBERGER, *Formierte Gesellschaft. Ludwig Erhards glücklose Reform*, in: *Die politische Meinung*, Heft 218 (1985), S. 90-95.

Im Unterschied zur Sozialen Marktwirtschaft erwies sich der Begriff der »formierten Gesellschaft« als ein unbrauchbares politisches Schlagwort. Formierung ließ zwar, und dies ganz in Erhards Sinne, die Notwendigkeit von Information anklängen, machte es aber Kritikern leicht, mit der Assoziation von gesellschaftlicher Deformierung und Uniformierung über die inhaltlichen Herausforderungen des Konzepts hinwegzusehen. Über das semantische Problem hinaus ist es heute noch hochinteressant, sich mit dem Konzept der »formierten Gesellschaft« auseinanderzusetzen, nicht zuletzt, weil es die Problembereiche deutlich werden läßt, die bei einer gesellschaftspolitischen Erweiterung der Sozialen Marktwirtschaft zwangsläufig auftreten.

Die »formierte Gesellschaft« bedeutete für Erhard die notwendige zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft, die Verlängerung der Marktwirtschaft vom ökonomischen in den gesellschaftlichen Raum.<sup>27</sup> Sie wird notwendig, weil nach der Überwindung des unmittelbaren materiellen Mangels zwar die alten Mechanismen des Klassenkampfes überwunden sind, gleichzeitig aber auch eine Anspruchshaltung entstanden ist, bei der die Befriedigung individueller Interessen, verstärkt bzw. verzerrt durch das Agieren organisierter Interessenverbände, nicht mehr mit der Maximierung des Gemeinwohls zusammenfällt.

Nun ist es ein Kennzeichen liberaler Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die von der souveränen Entscheidungskompetenz des Einzelnen ausgeht, daß sie einem Begriff wie dem des Gemeinwohl äußerst kritisch gegenübersteht bzw. daß sie ihn für gar nicht operationalisierbar hält. Es erscheint daher sinnvoller, Erhards Ausführungen so zu verstehen, daß Informationsmängel die individuellen Entscheidungen verzerren können. Dann ist es vor allen Dingen ein Informationsproblem, wenn die Bürger auf die Ausschöpfung möglicher Wohlfahrtsgewinne verzichten. Aufklärung über die Interdependenz der Märkte und Einsicht in gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge, insbesondere die Transparenz kollektiver Kosten für individuelle Nutzensteigerungen könnten hier Abhilfe schaffen. Formierung ist bei Erhard vor allem ein Informations-, Lern- und Bewußtwerdungsprozeß. Ziel ist eine Gesellschaft, die von der Einsicht erfüllt ist, daß über den Einzelinteressen von heute die höhere Ordnung des Ganzen steht. »Eine so formierte Gesellschaft setzt eine informierte Gesellschaft voraus. Der Bürger kann sich nur richtig verhalten, wenn er Bescheid weiß.«<sup>28</sup>

Auch die Beziehung, die Erhard zwischen »formierter Gesellschaft« und parlamentarischer Demokratie sieht, stellt die Absicherung des Parlamentes gegenüber organisierten Interessen in den Mittelpunkt. Erhard hebt hervor,

27 H. SCHIOTT, *Formierte Gesellschaft* (wie Anm. 21), S. 26.

28 EBD., S. 45.

daß »das deutsche Volk in einer demokratisch-parlamentarischen Ordnung zunächst einmal im Parlament vertreten« würde »und die anderen ihre Wünsche vorbringen« könnten.<sup>29</sup> Er plädiert für eine Aufwertung des Parlamentes als Ort gesellschaftlicher Willensbildung, setzt sich aber nicht mit der Frage auseinander, ob nicht die Parlamentsarbeit ebenfalls Informationsasymmetrien unterliegt, durch die die Rolle organisierter Interessenvertretungen zwangsläufig begünstigt wird. Möglicherweise vertraute er auf die Tätigkeit neutraler wissenschaftlicher Beratung zur Behebung des Informationsproblems; immerhin nahm in dieser Zeit der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung seine Arbeit auf, von dem sich gerade Erhard wichtige Impulse für rationale wirtschaftspolitische Entscheidungen erhoffte.

Konkreter wurde Erhard bei der Frage, wie denn in einer »formierten Gesellschaft« das Verhältnis von Staat und Wirtschaft und dabei vor allem Art und Ausmaß staatlicher Sozialpolitik zu regeln seien. »Wir müssen diese Spannung zwischen der Dynamik der Wirtschaft und der Stabilität der sozialen Ordnung als ein positives Element dieser »formierten Gesellschaft« begreifen lernen ... Beide haben sich aus einem inneren Gegensatz zueinander entwickelt, wobei die Sozialpolitik sozusagen als Bremse des wirtschaftlichen Prozesses angesehen wird. Wir werden in Zukunft noch mehr als bisher bedacht sein müssen, den Wirtschaftsprozess als solchen zu fördern, während auf der anderen Seite die Sozialpolitik durch eine langfristige Infrastrukturpolitik unserer Gesellschaft ergänzt werden muß.«<sup>30</sup> Instrument dieser neuen Art von Infrastrukturpolitik sollte das Deutsche Gemeinschaftswerk werden. Gedacht war offenbar an ein relativ autonomes Sondervermögen der öffentlichen Hand, das Anstöße zur Verwirklichung notwendiger »Sozialinvestitionen« geben sollte, ein unmittelbarer Vorläufer der später realisierten Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern. Verlagerung von Sozialkonsum zu Sozialinvestitionen, z.B. im Verkehrs- und Bildungsbereich, und Begrenzung des finanziellen Rahmens sollten ein Ausufern staatlichen Handelns verhindern.<sup>31</sup>

Erhards Scheitern als Bundeskanzler stoppte auch weiteres Nachdenken über die »formierte Gesellschaft«. In der Zeit der Großen Koalition stand die Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft im Zeichen der von Karl Schiller geprägten Idee der Globalsteuerung. Schillers Konzept einer aufgeklärten Marktwirtschaft, in der das Wettbewerbsprinzip auf dem Markt mit antizyklischer staatlicher Konjunkturpolitik aus einem Guß kombiniert werden sollte, fand seinen Niederschlag im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz

---

29 EBD., S. 48.

30 EBD., S. 50.

31 EBD., S. 65-70.

von 1967. Die dort verankerten Instrumente der Globalsteuerung erwiesen sich zwar schon in den frühen 70er Jahren als wirkungslos; immerhin trug das Gesetz aber bezüglich der gesellschaftspolitischen Verankerung der Marktwirtschaft zu einer deutlichen Akzentverschiebung gegenüber Müller-Armacks oder Erhards Positionen bei. Die marktwirtschaftliche Ordnung wird zwar im Stabilitätsgesetz erwähnt, allerdings wird ihre mögliche Gefährdung durch staatliches Handeln nicht thematisiert, sondern ihre dauerhafte Funktionsfähigkeit wird offenbar als selbstverständlich vorausgesetzt. Daneben wurden durch die Einrichtung der Konzertierten Aktion die Interessenvertretungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu Partnern der staatlichen Wirtschaftspolitik aufgewertet. Auch wenn die eigentliche Konzertierte Aktion in den 70er Jahren im Streit zerbrach, bleibt sie bis heute Modell einer Politik, die ganz entgegen den Vorstellungen Erhards den Konsens mit den Vertretern organisierter Interessen sucht. Eine solche Politik wirkt regelmäßig strukturkonservierend, da neue Strukturen per se nur schwer organisierbar sind.<sup>32</sup> Wenn wir heute über die Strukturschwächen der deutschen Wirtschaft klagen, so liegen die Ursachen dafür eben auch in diesen Ordnungsformen.

#### Die neue Suche nach einer gesellschaftspolitischen Ergänzung der Sozialen Marktwirtschaft

Der Wiener Nationalökonom Erich Streissler hat jüngst die Soziale Marktwirtschaft als »verbale Kurzform für einen siamesischen Zwilling« bezeichnet, der private Marktwirtschaft und soziale Staatstätigkeit als zwei gleichzeitige Gesellschaftsteilordnungen auffaßt.<sup>33</sup> Streissler macht damit deutlich, daß das in dem Begriff angelegt Spannungsverhältnis zwischen ökonomischer Effizienz und sozialer Absicherung durch staatliches Handeln nur durch einen geeigneten gesellschaftspolitischen Rahmen sinnvoll eingegrenzt werden kann. Wie steht es heute mit der programmatischen Weiterentwicklung und inhaltlichen Präzisierung dieses Rahmens? Gibt es Vorschläge dafür, wie die offene gesellschaftspolitische Flanke der Sozialen Marktwirtschaft geschlossen werden kann, daß also ihre dauerhafte Verankerung in der Gesellschaft gelingt? Und welche Probleme stehen der Verwirklichung solcher Vorschläge entgegen? Eucken hatte die Hoffnung, daß die Wissenschaft und die Kirchen einen wesentlichen Beitrag für die Erarbeitung einer Gesamtordnung der modernen industrialisierten Welt würden leisten können. Auf beide möchte ich deshalb an dieser Stelle eingehen.

<sup>32</sup> Rainer KLUMP, *Einführung in die Wirtschaftspolitik. Theoretische Grundlagen und Anwendungsbeispiele*, 2. Auflage, München 1992, S. 172-174.

<sup>33</sup> Erich STREISSLER, *Der Wirtschaftsliberalismus in Mitteleuropa: Umsetzung einer wirtschaftspolitischen Grundkonzeption?*, in: E. STREISSLER (wie Anm. 10), S. 84.

Im Herbst 1993 ist von der baden-württembergischen Zukunftskommission *Wirtschaft 2000* ein Gutachten unter dem Titel »Ausbruch aus der Krise« vorgelegt worden, in dem unter der Mitwirkung namhafter Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft der Versuch unternommen wurde, das Konzept einer dialogorientierten Wirtschaftspolitik vorzulegen, das ebenfalls als eine mögliche Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft angesehen werden kann.<sup>34</sup> Anlaß für das Gutachten war die Erkenntnis, daß die globalen Herausforderungen, mit denen die deutsche Wirtschaft konfrontiert ist, einen erheblichen Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft notwendig machen werden. Das neue Konzept sollte dazu beitragen, diesen Strukturwandel, den Weg in die Hochtechnologie-, Informations- und Dienstleistungsgesellschaft besser und schneller zu bewältigen. In einigen Bestandteilen griff das Konzept wieder auf Elemente der traditionellen Konsenspolitik zurück, wenn auch mit anderen Intentionen. Die Einrichtung gesellschaftlicher Dialogforen unter expliziter Beteiligung der Vertreter organisierter Interessengruppen sollte dabei helfen, die Notwendigkeiten der Strukturanpassung zu kommunizieren. Dabei sollte allerdings auch der Staat in vielfältiger Weise in den Dialogprozeß eingebunden werden, nicht zuletzt als Finanzier von Anpassungshilfen, was ordnungspolitisch bedenklich zu werten ist. Für unser Thema wichtiger ist allerdings die gleichzeitige Einrichtung eines zentralen wissenschaftlichen Beratergremiums, des Technologierates, mit erheblichen, auch gesellschaftspolitischen Aufgaben. »Der Technologierat ... analysiert die Grundlinien der technologischen und gesellschaftlichen Entwicklung, er beurteilt die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft in den für die Zukunft besonders wichtigen ›kritischen‹ Technologien und beschäftigt sich mit den Faktoren, die diese Wettbewerbsfähigkeit beeinflussen, er stellt Szenarien auf und erzeugt ›Visionen‹, er warnt vor Fehlentwicklungen und spricht Empfehlungen aus ... Der Technologierat hat sieben Mitglieder ... Sie müssen fähig sein zu einer Gesamtschau der technologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung auf dem Weg zur Hochtechnologiegesellschaft des 21. Jahrhunderts.«<sup>35</sup>

Bemerkenswert ist die Vorgabe an die wissenschaftlichen Berater der Wirtschaftspolitik, Visionen über die Zukunft Deutschlands zu entwickeln und damit dem wirtschaftlichen und sozialen Wandel ein Ziel vor Augen zu halten. Offenbar soll damit in ähnlicher Weise für die Kohäsion der Wirtschaftsordnung gesorgt werden, wie es das Ziel des Wiederaufbaus in der Nachkriegszeit vermocht hatte. Dem gleichen Ziel dient nach Ansicht des Gutachtens auch die stärkere Verankerung marktwirtschaftlicher Positionen

<sup>34</sup> *Zukunftskommission Wirtschaft 2000. Ausbruch aus der Krise. Bericht erstellt im Auftrag der Landesregierung von Baden-Württemberg, Stuttgart 1993.*

<sup>35</sup> EBD., S. 55 f.

in den Curricula des deutschen Bildungs- und Ausbildungswesens. Die Einsicht, daß die gesellschaftspolitische Verankerung der Sozialen Marktwirtschaft am besten und am wirkungsvollsten in den Schulen beginnt, verdient sicher uneingeschränkte Zustimmung. Allerdings steht hinter dem Vertrauen in wissenschaftlichen Rat und in die Macht der Erziehung letztlich wieder der gleiche aufklärerische Anspruch, den bereits die Ordoliberalen oder Erhard vertreten hatten. Die Vorstellung, daß Information aller Beteiligten bereits ausreicht, um Entscheidungen im Interesse des Gemeinwohls durchzusetzen, erweist sich aber in einem demokratischen Parteienstaat, in dem politische Entscheidungen unter Berücksichtigung organisierter Interessen getroffen werden, regelmäßig als Illusion. Insofern sollten sich auf die Visionen wissenschaftlicher Beratergremien nicht zu viele Erwartungen richten, sondern die Parteien selbst sind aufgerufen, ihre Visionen für eine Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft zur Diskussion zu stellen. Gerade bei der Frage, in welcher Weise die Soziale Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung in den gesellschaftlichen Kontext eingebunden werden soll, sind erhebliche programmatische Unterschiede zwischen den Parteien zu erwarten, die in aller Offenheit diskutiert und dann dem politischen Wettbewerb durch Wahlen und Abstimmungen unterworfen werden sollten.

Es bleibt die Frage, ob es nicht jenseits parteipolitisch formulierter Konzeptionen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik noch einen tieferen gesellschaftlichen Grundkonsens gibt, der eine grobe, aber dafür auch breit akzeptierte Vorstellung vom Gemeinwohl vermittelt. Die moderne Institutionenökonomik<sup>36</sup> hebt ebenso wie früher bereits die deutschen Wirtschaftslehren hervor, daß ein Mindestmaß an gemeinsam geteilten normativen Überzeugungen entscheidende Voraussetzung für die langfristige Stabilität einer Wirtschaftsordnung ist, weil sie die Informations-, Entscheidungs- und Kontrollkosten gering hält und das Freifahrerverhalten einzelner Akteure oder Gruppen begrenzt. Zentrales Element einer solchen »Wirtschaftskultur«, für die Douglass North den eher problematischen Begriff der Ideologie einführt, sind Urteile über die »Billigkeit« bzw. die Gerechtigkeit eines Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Solche Urteile sind durch Sozialisation und Erziehung und insofern durch die historische Entwicklung von Gesellschaften geprägt, sie müssen sich aber auch immer wieder an den konkreten Erfahrungen der ökonomischen Realität messen und können sich daher auch wandeln.

Den Versuch, einen solchen gesellschaftlichen Minimalkonsens, auf den die Soziale Marktwirtschaft aufbauen kann, zu konkretisieren, haben in diesem Jahr die beiden großen christlichen Kirchen mit ihrem gemeinsamen

---

<sup>36</sup> Douglass C. NORTH, *Theorie des institutionellen Wandels. Eine neue Sicht der Wirtschaftsgeschichte*, Tübingen 1988.

Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland unternommen. Die Kirchen fühlen sich dazu berufen, bewußt als Anwälte des Gemeinwohls in die aktuellen Reformdebatten einzugreifen, weil sie sich frei von dem Vorwurf fühlen, die Partikularinteressen organisierter Gruppen zu vertreten. Sie sehen sich vielmehr gerade den nicht organisierten oder nicht organisierbaren Interessen verpflichtet. »Sie betrachten es als ihre besondere Verpflichtung, dem Anliegen jener Gehör zu verschaffen, die im wirtschaftlichen und politischen Kalkül leicht vergessen werden, weil sie sich selbst nicht wirksam artikulieren können: der Armen, Benachteiligten und Machtlosen, auch der kommenden Generation und der stummen Kreatur. Sie wollen auf diese Weise die Voraussetzungen für eine Politik schaffen, die sich an den Maßstäben der Solidarität und Gerechtigkeit orientiert.«<sup>37</sup>

Das gemeinsame Wort der Kirchen hebt nachdrücklich hervor, daß die Schaffung von Wohlstand unabdingbare Voraussetzung für dessen Verteilung ist, mahnen aber auch eindringlich die soziale Absicherung der im Marktprozeß Benachteiligten an. Sie plädieren für eine neue »Sozialkultur«, die individuelle Anspruchshaltung gegenüber dem Staat und individuelle Leistungsbereitschaft eng verkoppelt und Eigenverantwortung und Subsidiarität an die Stelle einer staatlichen Rundumversorgung setzt. An einigen der konkreten Forderungen, die in dem Kirchenpapier zur Reform der sozialen Sicherungssysteme formuliert werden, ist kritisiert worden, daß der Verteilungsaspekt zu stark gegenüber notwendigen Leistungsanreizen betont werde.<sup>38</sup> Diese Kritik auf der instrumentellen Ebene ist berechtigt, sollte allerdings nicht den Blick dafür verstellen, daß ein gesellschaftlicher Konsens über Inhalt und Ausmaß einer neuen Sozialkultur der Frage nach der Verteilungsgerechtigkeit nicht ausweichen kann. Eine konsensfähige Antwort auf diese Frage zu finden, dürfte in kleinen, relativ homogenen Gesellschaften leichter fallen als in der heutigen Bundesrepublik. Möglicherweise liegt darin das Erfolgsrezept von Ländern wie den Niederlanden oder Neuseeland, die in den vergangenen Jahren nachhaltige ordnungspolitische Reformen mit großem Erfolg durchsetzen konnten. Das Vorbild dieser Länder sollte aber auch in Deutschland das Nachdenken über einen neuen gesellschaftlichen Grundkonsens als Basis weiterer Reformen beflügeln.

Erhards Formel vom »Wohlstand für alle« könnte auch in Zukunft als das zentrale Leitmotiv der Sozialen Marktwirtschaft dienen. Die Erreichung dieses Ziels, das einer weiteren Konkretisierung im Sinne eines gesellschaftlichen Grundkonsenses bedarf, setzt dann allerdings auch klare Leitlinien für

37 »Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Die Hauptgedanken des Wortes der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 1. März 1997, S. 8.

38 Herbert HAX, »Fixiert auf die Verteilung. Ordnungspolitische Empfehlungen und die Grenzen der Kompetenz«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17. Mai 1997, S. 15.

die Wahl der eingesetzten wirtschafts- und sozialpolitischen Mittel voraus. Solche Leitlinien, die sich am Prinzip der Markt- und Ordnungskonformität orientieren müssen, zielen auf die Verwirklichung einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ab, in der die Verwirklichung sozial- und verteilungspolitischer Ziele nicht zum Hindernis für die wohlstandsschaffende Dynamik des Wettbewerbs wird. Sie sollen sie im Gegenteil wirkungsvoll unterstützen. Die Prinzipien der Subsidiarität, Dezentralität und der Eigenverantwortung werden dabei sehr viel stärker als in der Vergangenheit in den Vordergrund treten müssen. Letztlich wird sich der Erfolg der deutschen Ordnungspolitik daran messen lassen müssen, ob das Leitbild der »Sozialen Marktwirtschaft« im globalen Wettbewerb erfolgreich eine Marktnische besetzen kann, ob also eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der Solidarität, sozialer Frieden und Verteilungsgerechtigkeit stärker betont werden als in anderen Spielarten der Marktwirtschaft, auch weiterhin für qualitativ besonders hochwertige ökonomische Leistungen steht. Das Bewußtsein für dieses Tatsache ist die Voraussetzung dafür, daß die notwendigen ordnungspolitischen Reformen erfolgreich durchgeführt werden können.

#### Zusammenfassung

1. Ordnungspolitik bedeutet eine Absage an jede Form eines historischen Fatalismus. Weder gibt es zwangsläufig eine Kapitulation der Politik vor den Zwängen der Globalisierung und des weltweiten Wettbewerbs noch kann man darauf vertrauen, daß diese Zwänge quasi von alleine die bestmöglichen Ordnungsformen für Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland schaffen werden.

2. Soziale Marktwirtschaft ist ein dynamisches Konzept, das immer wieder veränderten ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen angepaßt werden muß. Die Erfolge, die dieses Konzept in der Vergangenheit gehabt hat, rechtfertigen es nicht, die vergangenen Strukturen für alle Zeiten festzuschreiben, sondern erfordern notwendigerweise, diese Strukturen immer wieder kritisch zu überprüfen und zu reformieren.

3. Soziale Marktwirtschaft ist nicht zu verstehen als simple Addition von Kapitalismus, Wettbewerbswirtschaft und obrigkeitstaatlicher Sozialpolitik. Sie bedeutet auch nicht, in Abwandlung der Schillerschen Charakterisierung von Globalsteuerung, Marktwirtschaft so weit wie nötig und Sozialpolitik so weit wie möglich. Gerade ein solches Verständnis, das die Grenzen der Belastbarkeit des Marktsystems auszuloten versucht, führt in eine gefährliche ordnungspolitische Sackgasse.

4. Soziale Marktwirtschaft kann sich auch in Zukunft im globalen Systemwettbewerb als kontinentaleuropäische Spielart einer liberalen Wirtschafts-

und Gesellschaftsordnung behaupten, in der Solidarität und sozialer Friede stärker als in anderen marktwirtschaftlichen Systemen betont werden und die Basis für qualitativ besonders hochwertige ökonomische Leistungen bilden. Sie wird dies aber nur können, wenn ein breiter gesellschaftlicher Konsens über grundlegende Normen der Verteilungsgerechtigkeit einerseits und über die Notwendigkeit zur Aufrechterhaltung der Wettbewerbsordnung andererseits besteht. Dieser Konsens muß enthalten, daß nicht Eingriffe des Staates, sondern die wohlstandsschaffenden Kräfte des Marktes erst die Voraussetzungen dafür bilden, daß die Systeme der sozialen Sicherung langfristig funktionieren können. Die eingesetzten Instrumente der Wirtschafts- und Sozialpolitik müssen daher das Prinzip der Markt- und Ordnungskonformität beachten.

5. Soziale Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung benötigt in diesem Sinne die Absicherung durch ein gesellschaftspolitisches Leitbild, oder anders ausgedrückt, sie bedarf deutlich formulierter und breit kommunizierter Leitsätze. Am Beginn der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland im Juni 1948 stand neben der Währungsreform das Leitsatzgesetz, auf dessen Grundlage Ludwig Erhard das Bewirtschaftungssystem aufhob. Die Reform der Sozialen Marktwirtschaft wird erneut solcher Leitsätze bedürfen.

# Die Soziale Marktwirtschaft – Auslauf- oder Exportmodell?

Von Manfred E. Streit

## 1. Zum Vorgehen

Nach einer inhaltlichen Skizze der Konzeption soll an Beispielen belegt werden, daß die Soziale Marktwirtschaft in ihrem Ursprungsland zu einem Auslaufmodell geworden ist. Sodann wird einem ersten Export der Konzeption nachgegangen. Die im EWG-Vertrag von 1957 enthaltene Wirtschaftsverfassung sowie ihre Umsetzung weisen zahlreiche Spuren der Konzeption auf. Allerdings wurden diese Spuren in den letzten Jahrzehnten zunehmend verwischt. Als zweiter Exportfall kann zumindest auf den ersten Blick der Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der vormaligen DDR und der Bundesrepublik vom 18. 5. 1990 angesehen werden. Mit Inkrafttreten des Vertrages wurde dem Beitrittsgebiet jedoch das gesamte, stark verkrustete Institutionensystem der alten Bundesrepublik übergestülpt. Schließlich und anknüpfend an die Transformation Ostdeutschlands als Sonderfall soll geprüft werden, inwieweit die Konzeption Leitbild für die Transformation anderer vormalig sozialistischer Wirtschaftsordnungen sein könnte.

## 2. Konzeption und wirtschaftspolitische Praxis in der Bundesrepublik

### 2.1. Zur Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft

Als wirtschaftspolitische Konzeption stellt die Soziale Marktwirtschaft eine Art Orientierungsrahmen oder Generallinie für wirtschaftspolitische Aktivitäten dar. Nach ihr kommt es darauf an, das »Prinzip der Freiheit auf dem Markte mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden«.<sup>1</sup> Wenn die Konzep-

---

<sup>1</sup> Alfred MÜLLER-ARMACK, *Soziale Marktwirtschaft*, in: *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften*, Band 9, Stuttgart u. a. 1956, S. 390. Vgl. zur Erläuterung der Konzeption neben Müller-Armack z. B. Manfred E. STREIT, *Theorie der Wirtschaftspolitik*, 4. neubearbeitete und erweiterte Auflage, Düsseldorf 1991, S. 290 ff., Egon TUCHTFELDT, *Soziale Marktwirtschaft als ordnungspolitisches Konzept*, in: Friedrun QUAAS/Thomas STRAUBHAAR (Hrsg.), *Perspektiven der Sozialen Marktwirtschaft*, Bern u. a. 1995, S. 29-46, und Hans WILLGERODT, *Soziale Marktwirtschaft – ein unbestimmter Begriff?*, in: Ulrich IMMENGA/Wernhard MÖSCHEL/Dieter REUTER (Hrsg.), *Festschrift für Ernst-Joachim Mestmäcker*, Baden-Baden 1996, S. 329-344.

tion ihre Orientierungsfunktion für wirtschaftspolitische Einzelentscheidungen erfüllen soll, muß sie über die Kurzbeschreibung hinaus ein umsichtig angelegtes System von langfristig bedeutsamen Zielen, ordnungspolitischen Grundsätzen und damit verträglichen, zielkonformen Instrumenten für den Teilbereich Wirtschaft enthalten. Dieses System muß wiederum mit weiterreichenden gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen vereinbar sein.

Als normatives Konzept ist die Konzeption wissenschaftlich nicht begründbar. Sie kann jedoch auf Inhalt, Konsistenz, impliziertes wirtschaftspolitisches Steuerungswissen und damit auf Realisierbarkeit überprüft werden. Ferner ist sie zur wirtschaftspolitischen Erfolgskontrolle geeignet, wenn sie von Entscheidungsträgern als handlungsleitend erklärt wurde. Für die Soziale Marktwirtschaft gilt dies im Grunde seit den Düsseldorfer Leitsätzen der CDU vom 15. Juni 1949.

Allerdings hat die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft Unschärfen, die eine Überprüfung der wirtschaftspolitischen Praxis auf Konformität erschweren. Das gilt weniger für die »Freiheit auf dem Markte« als für den »sozialen Ausgleich«. Die ordnungspolitischen Voraussetzungen für eine Marktwirtschaft, nämlich die zur Privatautonomie erforderlichen wirtschaftlichen Freiheitsrechte, das Privateigentum als Haftungsgrundlage für die positiven wie negativen Folgen privatautonomen Handelns sowie der Leistungswettbewerb als Kontroll- und Entdeckungsverfahren waren unstrittig. Unterschiedliche Vorstellungen bei den geistigen Vätern der Konzeption waren insbesondere wettbewerbstheoretischer Art mit Konsequenzen für die Wettbewerbspolitik. Hier wurde, ausgehend vom »vollständigen Wettbewerb« Euckenscher Vorstellung<sup>2</sup> bis hin zu dem durch Hayek geprägten und von Hoppmann<sup>3</sup> entwickelten Konzept der »Wettbewerbsfreiheit«, Theoriegeschichte mit wirtschaftspolitischer Relevanz geschrieben.<sup>4</sup> Daran, daß Wettbewerb als »Schutzobjekt« des Wettbewerbsrechts<sup>5</sup> gilt, hat sich im Kern nichts geändert.

2 Es handelt sich dabei nicht um die neoklassische Vorstellung der vollkommenen Konkurrenz, die Walter EUCKEN, *Grundlagen der Nationalökonomie*, 3. Auflage, Jena 1943, S. 117, mit durchaus modernen Gründen ablehnt. Mit der Betonung der »offenen« Formen von Angebot und Nachfrage (ebenda, S. 111 ff.) kommt er der »Wettbewerbsfreiheit« inhaltlich durchaus nahe.

3 ERICH HOPPMANN, *Wettbewerb als Norm der Wettbewerbspolitik*, in: *ORDO* 18, S. 77-94.

4 Vgl. zu den wettbewerbspolitischen Konsequenzen der »Wettbewerbsfreiheit« z. B. Manfred E. STREIT, *Wirtschaftsordnung, Privatrecht und Wirtschaftspolitik. Perspektiven der »Freiburger Schule«*, aus dem Englischen übertragen, in: DERS.: *Freiburger Beiträge zur Ordnungsökonomik*, Tübingen 1992/1995, S. 71-104; Manfred E. STREIT, *Dreizehn Thesen zu einer marktprozeßtheoretischen Wettbewerbspolitik*, in: DERS., *Freiburger Beiträge zur Ordnungsökonomik*, Tübingen 1993/1995, S. 218-224.

5 Ludwig RAISER, *Rechtsschutz und Institutionenschutz im Privatrecht*, in: *Summum ius – summa iniuria*, Tübingen 1963, S. 145-167.

Die zu einer Erfolgskontrolle erforderliche Trennschärfe der Konzeption ist bei ihrem zweiten Element, dem »sozialen Ausgleich«, wesentlich geringer. Hier bestanden hinsichtlich Art und Umfang der damit verbundenen organisatorischen Vorkehrungen und laufenden Interventionen bereits wesentliche Unterschiede zwischen den geistigen Vätern der Konzeption.<sup>6</sup> Das gilt selbst für den wirtschaftspolitischen Praktiker Erhard und seinen engsten Mitarbeiter, Müller-Armack. Ein allgemeiner Konsens dürfte jedoch hinsichtlich des ordnungspolitischen Erfordernisses bestanden haben, daß es darauf ankomme, »den sozialen Zweck zu sichern, ohne störend in die Marktapparatur einzugreifen«<sup>7</sup>. Zwar erlaubt das Erfordernis Aussagen darüber, welche Interventionen keinesfalls als marktkonform gelten können. Damit sind jedoch Interventionen, die diesen Test passieren, nicht automatisch ordnungspolitisch akzeptabel. Dies zeigt z. B. in der Außenwirtschaftspolitik der Vergleich eines Mengenkontingents mit einem (nicht prohibitiven) Zoll. Ebenso wenig ist das Erfordernis geeignet, den Konflikt zu vermeiden, der bei der Verfolgung des »sozialen Ausgleichs« mit der »Freiheit auf dem Marke« entstehen kann. Es ist der Konflikt zwischen individueller Freiheit und materialer im Unterschied zu prozeduraler Gerechtigkeit.<sup>8</sup> Allerdings gibt es trotz der unverkennbaren Unschärfen genügend Anhaltspunkte, um zu prüfen, ob in der wirtschaftspolitischen Praxis von der Konzeption zweifelsfrei abgewichen wurde. Die Abweichungen selbst sind politisch-ökonomisch leicht erklärbar und verdeutlichen die schwache politische Bindungswirkung der Konzeption.

## 2.2. Merkmale eines Auslaufmodells

Schon in den ersten Jahren nach Gründung der Bundesrepublik wurde das Spannungsverhältnis zwischen konzeptionsorientierter Grundsatztreue und mehrheitssuchendem Opportunismus mit konzeptionswidrigen Folgen erkennbar. Die Sicherung des Wettbewerbs kam unter dem Druck der Interessengruppen nur zögerlich voran. Es dauerte bis 1957, ehe das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen verabschiedet wurde, das Erhard ursprünglich zum Grundgesetz der Marktwirtschaft erklärt hatte. Weitere 8 bzw. 16 Jahre dauerte es, bis kaum bestreitbare Mängel des Gesetzes wenigstens teilweise behoben wurden, die schon vor der Verabschiedung erkannt worden

---

6 Vgl. z. B. die Analyse von Bruno MOLITOR, *Soziale Marktwirtschaft*, in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* 3 (1958), S. 59 ff. In ihr wird auch auf die Spannweite gesellschaftspolitischer Vorstellungen eingegangen, aus der sich wiederum unterschiedliche Vorstellungen über Art und Umfang staatlicher Aufgaben ergeben.

7 A. MÜLLER-ARMACK (wie Anm. 1), S. 391.

8 Vgl. hierzu z. B. Manfred E. STREIT, *Freiheit und Gerechtigkeit. Ordnungspolitische Aspekte zweier gesellschaftlicher Grundwerte*, in: *ORDO* 39 (1988), S. 33-53.

waren. Allerdings dürften die privaten Wettbewerbsbeschränkungen wegen der Offenheit des Systems für Wettbewerber aus dem Ausland weniger Bedeutung gehabt haben als die staatlichen Wettbewerbsbeschränkungen, zu denen nicht zuletzt die kartellrechtlichen Ausnahmebereiche gehören.

Auch eine »gesicherte Geldordnung« war nur gegen erheblichen Widerstand institutionalisierbar. Als es darum ging, die noch unter alliierterem Recht entstandene Bank deutscher Länder durch ein Bundesgesetz in die Deutsche Bundesbank überzuleiten, bestanden erhebliche Widerstände gegen die Fortführung der bisherigen Unabhängigkeit der Notenbank. Die Argumente, die z. B. Konrad Adenauer gegen eine Selbstbindung der Politik durch eine unabhängige, nur der Geldwertstabilität verpflichtete Notenbank vorbrachte, unterschieden sich nicht im geringsten von denjenigen, die heute in Deutschland und besonders in anderen Mitgliedstaaten der EU gegenüber einer Europäischen Zentralbank mit gleichem Auftrag und Status unbeschadet des Vertrages über die Währungsunion vorgebracht werden.<sup>9</sup> 1956 geriet Ludwig Erhard an den Rand des Rücktritts, ehe er sich 1957 mit dem Gesetz über die Deutsche Bundesbank durchsetzen konnte.

War es schon nicht leicht, grundlegende Erfordernisse für das Konzeptionselement »Freiheit auf dem Markte« zu realisieren, so dominierte der mehrheitssuchende Opportunismus sehr bald das Element des »sozialen Ausgleichs«. Drei Beispiele sollen demonstrieren, wie sehr die Konzeption inzwischen zum Auslaufmodell geworden ist.

Nach der Konzeption sollten Korrekturen der Marktergebnisse im Sinne eines »sozialen Ausgleichs« vor allem durch eine progressive Einkommensbesteuerung sowie durch Transferzahlungen, erreicht werden. In seiner Denkschrift von 1947 sprach sich Müller-Armack<sup>10</sup> für eine »klare Einkommensbesteuerung« aus. Wie sehr die Besteuerung von diesem Erfordernis inzwischen abweicht, verdeutlicht die gegenwärtige Diskussion um eine große Reform des von Gruppenprivilegien durchgesetzten Steuersystems. Ebenso wenig mit der Konzeption vereinbar dürfte das gewachsene Transfersystem sein. Seine kostspielige administrative Aufsplitterung, die unintendierten Kumulationswirkungen für einige Gruppen und die geringen Nettotransfereffekte für andere wurden von der Transfer-Enquête-Kommission bereits 1981 kritisiert.<sup>11</sup> Bis heute wurde keine durchgreifende Reform vorgenommen.

<sup>9</sup> So kritisierte bereits Adenauer die Bank deutscher Länder mit den Worten: »Wir haben hier ein Organ, das niemandem verantwortlich ist, nicht einem Parlament, nicht einer Regierung« (zitiert nach *Wirtschaftswoche* Nr. 6, 30. 1. 1997, S. 26).

<sup>10</sup> Alfred MÜLLER-ARMACK, *Die Wirtschaftsordnung, sozial gesehen*, in: Wolfgang STÜTZEL/Christian WATRIN/Hans WILLGERODT/Karl HOMANN (Hrsg.), *Grundtexte zur Sozialen Marktwirtschaft. Zeugnisse aus 200 Jahren ordnungspolitischer Diskussion*, Stuttgart u.a. 1947/1981, S. 30.

<sup>11</sup> Vgl. hierzu z.B. Willi ALBERS, *Soziale Sicherung. Konstruktionen für die Zukunft*, Bonn

Der sozialen Sicherheit soll nach der Konzeption durch Förderung individueller Daseinsvorsorge, einschließlich der Vermögensbildung, sowie durch kollektive (soziale) Sicherungen gedient werden. Das Verhältnis zwischen individueller und kollektiver Vorsorge beurteilte z. B. Ludwig Erhard<sup>12</sup> wie folgt:

»Es widerspricht der marktwirtschaftlichen Ordnung, die die Entscheidung über Produktion und Konsum dem Einzelnen überläßt, die private Initiative bei der Vorsorge für die Wechselfälle und Notstände des Lebens auch dann auszuschalten, wenn der Einzelne dazu fähig und gewillt ist, selbstverantwortlich und eigenständig vorzusorgen. Wirtschaftliche Freiheit und totaler Versicherungszwang vertragen sich nicht. Daher ist es notwendig, daß das Subsidiaritätsprinzip als eines der wichtigsten Ordnungsprinzipien für die soziale Sicherung anerkannt und der Selbsthilfe und Eigenverantwortung so weit wie möglich der Vorrang eingeräumt wird.«

Die Kluft zwischen Konzeption und Praxis könnte kaum größer sein. Sie begann sich bereits 1957 mit Einführung der dynamischen Rente zu öffnen. Erhard wandte sich vergeblich gegen eine Kopplung der Renten an die Lohnentwicklung und befürwortete statt dessen ökonomisch wohl begründet eine davon unabhängige, am Produktivitätsfortschritt orientierte Dynamisierung.<sup>13</sup> Von Wahlperiode zu Wahlperiode entwickelte sich die soziale Sicherung politisch-ökonomisch leicht erklärbar<sup>14</sup> hin zu einem Vollversorgungsversprechen, das inzwischen zu Recht als uneinlösbar gilt.

Mit dem »sozialen Ausgleich« verbundene materiale Gerechtigkeitsvorstellungen wurden auch genutzt, um den Inhalt der Privatautonomie, insbesondere den der Vertragsfreiheit, interessenorientiert zu verändern. Die Regeln des Privatrechts, welche die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Freiheitsrechte im Rahmen der Privatautonomie begrenzen, lassen zusammen mit deren wettbewerblichem Gebrauch das entstehen, was Franz Böhm<sup>15</sup> eine Privatrechtsgesellschaft nannte. Wirtschaftliche Handlungsfreiheit ist mit Selbstverantwortung verbunden. Selbstverantwortung bedeutet selbständige Wahrnehmung der eigenen Interessen bei Wahlhandlungen. Wettbewerb

1982, dessen Arbeit in zum Teil kritischer, ergänzender Form an dem Bericht der Kommission ansetzt, deren Mitglied er war.

12 Ludwig ERHARD, *Selbstverantwortliche Vorsorge für die Sozialen Lebensrisiken*, in: DERS., *Deutsche Wirtschaftspolitik*, Düsseldorf und Wien 1956/1962, S. 302 f.

13 Vgl. Ludwig ERHARD, *Wohlstand für alle*, Düsseldorf 1957, S. 272 f. Was übrigens auf diese Weise an die Rentner umverteilt worden wäre, hätte nicht noch einmal in Lohnerhöhungen weitergegeben werden können.

14 Vgl. z. B. Roland VAUBEL, *Der Mißbrauch der Sozialpolitik in Deutschland: Historischer Überblick und politisch-ökonomische Erklärung*, in: Gerard RADNITZKY/Hardy BOUILLON (Hrsg.), *Ordnungstheorie und Ordnungspolitik*, Berlin u. a. 1991, insbes. S. 185.

15 Franz BÖHM, *Privatrechtsgesellschaft und Marktwirtschaft*, in: *ORDO* 17 (1966), S. 75-151.

beruht ebenfalls auf dem selbstverantwortlichen Gebrauch der Handlungsfreiheit. Soweit dieser Gebrauch subjektiv möglich ist und Handlungsfreiheit nicht widerrechtlich eingeschränkt wird, ergibt sich eine für die Rechtsprechung bedeutsame Folge: Privatrechtliche Verträge beziehen ihre Richtigkeitsgewähr im Sinne von rechtens grundsätzlich aus der Handlungsfreiheit. Mit der Berücksichtigung materialer Gerechtigkeitsvorstellungen im Sinne des »sozialen Ausgleichs« änderten sich die ethischen Grundlagen des Rechts.<sup>16</sup> Eine Einschränkung der Handlungsfreiheit ergab sich vor allem als Folge einer Verstärkung des Schutzes der durch den Gesetzgeber als schwächer beurteilten Vertragspartei bzw. durch die Inpflichtnahme der als stärker beurteilten Partei. Für die Rechtsprechung hatte das eine Inhaltskontrolle von Rechtsgeschäften zur Folge. Aufgrund des Schutzauftrags wird sie veranlaßt, die Richtigkeitsgewähr in Frage zu stellen.<sup>17</sup> Die Merkwürdigkeiten, zu denen eine richterliche Inhaltskontrolle z. B. in dem auf »sozialen Ausgleich« abstellenden Arbeits- und Mietrecht in Deutschland führte,<sup>18</sup> müßten Rechtspolitiker in den Parlamenten eigentlich bedenklich stimmen. Das gilt auch für die Beobachtung, daß der Schutz der als schwächer erklärten Vertragspartei dieser häufig mehr schadet als nützt. Besonderer Schutz einer Marktseite löst restriktive, schadensbegrenzende Reaktionen auf der anderen Marktseite aus. Dadurch werden in der Regel die Probleme verschärft oder erst geschaffen, deren Vermeidung ursprünglich angestrebt wurde.

Die mit Beispielen belegten, drastischen Abweichungen von der Konzeption sind nichts Ungewöhnliches. Sie kennzeichnen zwar den Auslaufcharakter der Konzeption, entsprechen jedoch dem, was generell für über längere Zeit ungestörte Demokratien i. S. v. Olson erwartet werden kann. Sie sind Ergebnis eines politischen Prozesses, welcher durch die Suche nach und das Angebot von Gruppenprivilegien (»rent-seeking«) gekennzeichnet ist. Ungeklärt bleibt im vorliegenden Fall lediglich die anfängliche ordnungspolitische Gesamtentscheidung im Sinne Walter Euckens für eine Soziale Marktwirtschaft und ihre, wenn auch nicht vollständige, institutionelle Umsetzung. Die Entscheidung selbst wurde – eher zurückhaltend formuliert – durch die Haltung der westlichen Alliierten begünstigt. Dies war von Bedeutung,

16 Vgl. z. B. Dieter REUTER, *Freiheitsethik und Privatrecht*, in: Wernhard MÖSCHEL/Manfred E. STREIT/Ulrich WITT (Hrsg.), *Marktwirtschaft und Rechtsordnung*, Baden-Baden, 1994, S. 356 ff.

17 Wie bereits Max WEBER, *Wirtschaft und Gesellschaft*, 5. revidierte Auflage, Tübingen 1921/1972, S. 397, erkannte, kommt es zu einer Materialisierung des ursprünglichen Formalrechts. Es wird durch »ethische Imperative oder utilitaristische oder andere Zweckmäßigkeitsregeln oder politische Maximen« zunehmend durchbrochen. Ethischer Imperativ und politische Maxime ist hier das inhaltlich offene Sozialstaatsprinzip.

18 Vgl. zum Arbeitsrecht die massive und kenntnisreiche Kritik von Bernd RÜTHERS, *Beschäftigungskrise und Arbeitsrecht. Zur Arbeitsmarktpolitik der Arbeitsgerichtsbarkeit*, in: Frankfurter Institut, Kleine Handbibliothek, Band 18 (1996).

wenn man bedenkt, daß z. B. die beiden größten politischen Parteien in dieser Zeit für den »christlichen Sozialismus« bzw. den »demokratischen Sozialismus« warben. Die Unterstützung durch die Alliierten schmälert jedoch nicht den ordnungspolitischen Erfolg der wenigen Überzeugten und der Pragmatiker mit politischem Gespür, welche die Konzeption nutzten, um die Gesamtentscheidung sowie deren institutionelle Umsetzung vor allem in den kritischen Anfangsjahren offensiv zu vertreten.<sup>19</sup>

### 3. Spuren der Konzeption im europäischen Integrationsprozeß

#### 3.1. Der EWG-Vertrag und seine Umsetzung

Vor allem in der Frühphase der europäischen Integration sind deutliche Spuren der Konzeption zu erkennen. Das gilt sowohl für die Zeit vor Abschluß des EWG-Vertrages als auch für den Vertrag selbst und dessen Umsetzung in den ersten Jahrzehnten.<sup>20</sup> Hier sollen lediglich einige Schwerpunkte im Vertrag und bei seiner Umsetzung aufgezeigt werden.

Sucht man nach Spuren der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft im Vertrag, so ist zunächst einmal die inhaltliche Koinzidenz mit der »Freiheit auf dem Markte« unübersehbar. Der Vertrag enthält die wesentlichen Verfassungselemente für eine auf Selbstorganisation durch Selbstkoordination und Selbstkontrolle beruhende, marktwirtschaftliche Ordnung der Gemeinschaft in einer bestechenden Klarheit:<sup>21</sup>

Um unbehinderte Selbstkoordination der Wirtschaftssubjekte durch Markttransaktionen zu ermöglichen, wird der Gemeinschaft die Kompetenz zugewiesen, für eine »Abschaffung aller Zölle und mengenmäßigen Beschränkungen bei der Ein- und Ausfuhr von Waren sowie aller sonstigen Maßnahmen gleicher Wirkung zwischen den Mitgliedstaaten« (Artikel 3 lit. a EWGV) und die »Beseitigung der Hindernisse für den freien Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zwischen den Mitgliedstaaten« (Artikel 3 lit. c EWGV) zu sorgen.

<sup>19</sup> Wie extrem schmal die politische Plattform für diejenigen war, welche der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft nahestanden, zeigt z. B. Norbert KLOTEN auf: *Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft*, in: WALTER-EUCKEN-INSTITUT (Hrsg.), *Vorträge und Aufsätze*, Heft 108, Tübingen 1986, S. 14 f. Einen Eindruck von der Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit, die zu leisten war, gibt A. MÜLLER-ARMACK in seiner Denkschrift »Die Wirtschaftsordnung, sozial gesehen« vom 1. Juli 1947 (wie Anm. 10).

<sup>20</sup> Vgl. zu Einzelheiten meine Ausführungen an anderer Stelle: Manfred E. STREIT, *Die Soziale Marktwirtschaft im europäischen Integrationsprozeß. Befund und Perspektiven*, erscheint in: Dieter CASSEL (Hrsg.), *50 Jahre Soziale Marktwirtschaft*, Stuttgart 1998.

<sup>21</sup> Vgl. zum folgenden Manfred E. STREIT/Werner MUSSLER, *The Economic Constitution of the European Community. From »Rome« to »Maastricht«*, in: *Constitutional Political Economy* 5 (1994), S. 330.

Um Selbstkontrolle der Wirtschaftssubjekte durch Wettbewerb zu ermöglichen und wirtschaftliche Macht einzuschränken, errichtet die Gemeinschaft »ein System, das den Wettbewerb innerhalb des gemeinsamen Marktes vor Verfälschungen schützt« (Artikel 3 lit. f EWGV).

Im Hinblick auf die wirtschaftlichen Außenbeziehungen der Gemeinschaft bestimmt der Vertrag nicht nur »die Einführung eines gemeinsamen Zolltarifs und eine gemeinsame Handelspolitik gegenüber dritten Ländern« (Artikel 3 lit. b EWGV), sondern die Gemeinschaft erklärt es auch zu ihrem handelspolitischen Ziel, »im gemeinsamen Interesse zur harmonischen Entwicklung des Welthandels, zur schrittweisen Beseitigung der Beschränkung im internationalen Handelsverkehr und zum Abbau der Zollschränken beizutragen« (Artikel 110 EWGV).

Zwar wird das für eine marktwirtschaftliche Ordnung ebenfalls konstitutive Privateigentum im Vertrag weder genannt noch unter besonderen Schutz gestellt. Jedoch wurde mit dem Vertrag der rechtliche Status, den Privateigentum in den Mitgliedstaaten genießt, nicht aufgehoben. Darüber hinaus gehörte es schon zu den ursprünglichen Zielen der Integration, auch die staatlich kontrollierten Unternehmen an die allgemeinen Wettbewerbsregeln zu binden.<sup>22</sup>

Faßt man zusammen, so kann aufgrund der für die Privatautonomie unabdingbaren wirtschaftlichen Freiheitsrechte, des Privateigentums und des Schutzobjektes eines unverfälschten Wettbewerbs kein Zweifel bestehen, daß die Wirtschaftsverfassung der Gemeinschaft auf die »Freiheit auf dem Markte« abstellt. Hinzu kommt, daß die Verfassung in besonderer Weise auf die Mitgliedstaaten zurückwirkt. Die wirtschaftlichen Freiheitsrechte sind nicht nur als Interventionsverbote an die Mitgliedstaaten gerichtet, sondern wurden durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH) in einklagbare, subjektive Grundrechte transformiert, die vor nationalen Gerichten und vor dem EuGH durchsetzbar sind.<sup>23</sup> Insofern kann von einer »Konstitutionalisierung der Freiheitsgewährleistung des Vertrages«<sup>24</sup> gesprochen werden. Die zweifelsfreie Qualität der Wirtschaftsverfassung der Gemeinschaft und der später vom EuGH bestätigte Vorrang des Gemeinschaftsrechts bedeuteten letztlich auch, daß der Streit in der Bundesrepublik um die Neutralität des Grundgesetzes gegenüber der Wirtschaftsordnung im Grunde schon seit 1958 müßig geworden war.

22 Vgl. – unter Verweis auf den Spaak-Bericht von 1956 – Ernst-Joachim MESTMÄCKER, *Zur Wirtschaftsverfassung in der Europäischen Union*, in: Rolf H. HASSE u. a. (Hrsg.), *Ordnung in Freiheit. Hans Willgerodt zum 70. Geburtstag*, Stuttgart u. a. 1994, S. 271.

23 Beides dürfte zu den unvorhergesehenen Folgen der limitierten Einzelermächtigungen gehören, deren Zustimmung durch die Mitgliedstaaten nicht zuletzt aufgrund ihres Bestrebens erklärbar sein dürfte, möglichst wenig und klar begrenzte Souveränität abzutreten.

24 E.-J. MESTMÄCKER, *Zur Wirtschaftsverfassung* (wie Anm. 22), S. 272.

Hinsichtlich der zweiten Komponente der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft, dem »sozialen Ausgleich«, wurde der Gemeinschaft zwar mit der Schaffung des europäischen Sozialfonds Kompetenz zugewiesen (Artikel 3 lit. i EWGV). Jedoch wird der Zweck des Fonds darauf begrenzt, »innerhalb der Gemeinschaft die berufliche Verwendbarkeit und die örtliche und berufliche Freizügigkeit der Arbeitskräfte zu fördern« (Artikel 123 EWGV). Generelles Ziel der Sozialvorschriften ist eine »Abstimmung der Sozialordnungen«, bei der jedoch in erster Linie auf das sie »begünstigende Wirken des gemeinsamen Marktes« (Artikel 117 EWGV) und weniger auf unmittelbare Harmonisierung gesetzt wird.

Dieses Ergebnis der Vertragsverhandlungen überraschte insofern, als die französische Regierung unter dem Druck der Arbeitsmarktverbände noch kurz zuvor die Harmonisierung der Sozialbestimmungen, insbesondere der Arbeitszeit, der Überstundenzahlung und der Anzahl der bezahlten Urlaubstage, gefordert hatte. Der Vertrag sollte erst nach einer Übergangszeit in Kraft treten, in der eine Angleichung der Gesamtarbeitskosten in den Mitgliedstaaten anzustreben war.<sup>25</sup> Schon damals vertrat also die französische Regierung eine Position, wie sie inzwischen auch verstärkt in Deutschland vorgetragen wird. Die Forderung nach geregelter Wettbewerb, nach gleichen Startbedingungen oder – in heutiger Terminologie – »level the playing field« wurde von Erhard ökonomisch überzeugend kritisiert.<sup>26</sup> Für ihn stand fest: »Die Sozialharmonisierung steht nicht am Anfang, sondern am Ende der Integration; sie ist nicht durch gequälte Konstruktionen zu verwirklichen, sondern durch eine Angleichung der Lebensformen und Lebensvorstellungen im Rhythmus der fortschreitenden Integration.«<sup>27</sup> Ebenso warnte er vor der praktischen Konsequenz einer derartigen Harmonisierung in Form ständig expandierender Fonds.

Die zitierten Sozialbestimmungen des EWG-Vertrages lassen die Interpretation zu, daß sich die vertragschließenden Parteien im Grunde auf das Prinzip der Subsidiarität geeinigt haben. Ihnen dürften die schon damals beträchtlichen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten im Ausmaß sowie in der Finanzierung von Umverteilung und sozialer Sicherung, ganz zu schweigen von Regulierungen mit dem erklärten Ziel des »sozialen Ausgleichs«, bekannt gewesen sein. Die Gestaltungskompetenz der Mitgliedstaaten auf diesen Gebieten mußte aus der Perspektive der Gemeinschaft vor allem da ihre Grenze finden, wo sie jene zu benachteiligen droht, welche ihr

---

25 Vgl. z. B. Hans VON DER GROEBEN, *Deutschland und Europa in einem unruhigen Jahrhundert*, Baden-Baden 1995, S. 281, und L. ERHARD, *Wohlstand für alle* (wie Anm. 13), S. 308, der auf diese Forderung Bezug nimmt, ohne Frankreich allerdings unmittelbar zu nennen.

26 L. ERHARD, *Wohlstand für alle* (wie Anm. 13), S. 307 ff.

27 L. ERHARD, *Wohlstand für alle* (wie Anm. 13), S. 311.

verbürgtes Recht auf freie Wahl von Wohnsitz und Arbeitsplatz innerhalb der Gemeinschaft wahrnehmen wollen.<sup>28</sup>

Sucht man nach Spuren von Einflußnahme auf den nach dem Vertrags-schluß folgenden Integrationsprozeß im Sinne der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft, so stößt man unweigerlich auf die europäische Wettbewerbspolitik. Gerade in den ersten eineinhalb bis zwei Jahrzehnten nach Abschluß des EWG-Vertrages wurden die zuständige Generaldirektion IV und der EuGH in ihren Entscheidungen durch deutsche Vertreter und hinzugezogene Sachverständige wesentlich mitgeprägt, welche der Konzeption nahestanden.<sup>29</sup> Vor allem in dieser Periode wurden der konstitutionelle Stellenwert der Wettbewerbsregeln sowie richtungweisende Interpretationen im Sinne der Konzeption unter Verwendung neuer Erkenntnisse erarbeitet. Konstitutionellen Stellenwert hatte beispielsweise, daß sich die Kommission 1962 mit ihrer Auffassung durchsetzte, wonach die Wettbewerbsvorschriften der Artikel 85 und 86 EWG-Vertrag nicht nur Grundsätze für spätere Regelungen, sondern geltendes Recht darstellen.<sup>30</sup> Ähnliches gilt für die Feststellung des EuGH von 1966, daß mit dem EWG-Vertrag eine »Wettbewerbsordnung der Gemeinschaft« geschaffen worden sei. Ebenso bedeutsam ist der 1969 begründete Vorrang des Gemeinschaftsrechts vor kollidierenden Regeln der Mitgliedstaaten. In die gleiche Periode fallen erste Bemühungen der Kommission, die Beihilferegeln (Artikel 92 – 94) anzuwenden.

Gerade an den Beihilferegeln wird jedoch auch eine konstitutionelle Asymmetrie im EWG-Vertrag erkennbar, die zunehmend interventionistisch genutzt wurde. Das Beihilfenverbot gilt nur für die Mitgliedstaaten, nicht jedoch für das Gemeinschaftshandeln. Auch bei Eingriffen in die Außenhandelsbeziehungen muß sich die Gemeinschaft nach der Entscheidungspraxis des EuGH die Freiheitsgewährleistungen und das komplementäre Prinzip des unverfälschten Wettbewerbs nicht zwingend entgegenhalten lassen.<sup>31</sup> Diese

28 So fällt auch z. B. das Urteil des Kronberger Kreises zur gegenwärtigen Diskussion der Sozialunion aus. Bei dem mit dem Vertrag geschaffenen Sozialfonds herrschte die Auffassung vor, sein Volumen sei zu begrenzen und auf Anpassungsprobleme zu beschränken (KRONBERGER KREIS, *Sozialunion für Europa?*, in: Frankfurter Institut, Schriftenreihe, 31, Bad Homburg 1996, S. 16). Rechtsansprüche sollten nicht eingeräumt werden. Die Kontrolle der Haushaltsentwicklung sollte dem Ministerrat vorbehalten bleiben (vgl. Hanns J. KÜSTERS, *Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft*, Baden-Baden 1982, S. 376 ff.).

29 Vgl. hierzu z. B. H. VON DER GROEBEN (wie Anm. 25) und Ernst-Joachim MEST-MÄCKER, *Auf dem Wege zu einer Ordnungspolitik für Europa*, in: Ernst-Joachim MEST-MÄCKER/Hans MÖLLER/Hans-Peter SCHWARZ (Hrsg.), *Eine Ordnungspolitik für Europa*, Baden-Baden 1987, insbes. S. 10 ff.

30 Das gelang allerdings nur mit Hilfe eines politischen Tauschgeschäfts. Frankreich gab seinen Widerstand gegen diese Rechtsauffassung auf, nachdem ihm Konzessionen in der Agrarpolitik gemacht worden waren.

31 Als jüngstes Beispiel seien die Entscheidungen zur Marktordnung für Bananen angeführt, in denen benachteiligte Importeure abschlägig beschieden wurden. Es bleibt abzuwarten, ob die

Asymmetrie wirkte sich zusammen mit der Generalklausel des Artikel 235 (die ein Tätigwerden der Gemeinschaft im Sinne der Vertragsziele in unvorhergesehenen Fällen ermöglicht) schon vor den Kompetenzerweiterungen durch die Einheitliche Europäische Akte (EEA) und den Maastricht-Vertrag richtungsändernd auf den Integrationsprozeß aus.

### 3.2. Der konzeptionswidrige Stilwandel in der Integrationspolitik

Der integrationspolitische Wandel, der allmählich einsetzte,<sup>32</sup> kann mit den gleichen allgemeinen Ursachen in Verbindung gebracht werden, welche in Deutschland den wirtschaftspolitischen Stilverfall – gemessen an der Konzeption – erklären helfen. Allerdings kamen spezifische Bedingungen des Integrationsprozesses hinzu. Zunächst wurde jedoch für die politischen Akteure erkennbar, daß mit dem Vertrag institutionelle Voraussetzungen für ökonomische Prozesse sowie für das Handeln der Gemeinschaftsorgane geschaffen worden waren, die in ihrem Zusammenwirken im einzelnen nicht vorhersehbare Ergebnisse hervorbrachten. Einiges spricht für die Vermutung, daß die Einigung auf den Vertrag auch deswegen zustande kam, weil die Beteiligten nicht wissen konnten, in welcher Weise die einzelstaatlichen politischen Interessen von den vereinbarten Regeln betroffen sein würden.<sup>33</sup>

Von besonderer Bedeutung erwies sich, daß der EWG-Vertrag eine Wirtschaftsverfassung war, welche die Interventionsmöglichkeiten der Mitgliedstaaten beschränkte, ohne daß deren Kompetenzverzicht generell durch Interventionsmöglichkeiten der Gemeinschaft substituiert wurde.<sup>34</sup> Bedeutende Ausnahmen waren die Agrar- und Verkehrspolitik sowie die Handelspolitik. Die mit dem Vertrag de facto vollzogene Selbstbindung von Mitgliedstaaten und Gemeinschaftsorganen erwies sich jedoch als unvollständig. Vor allem die zuvor beschriebene konstitutionelle Asymmetrie und die Generalklausel des Artikel 235 EWGV ließen es auch ohne Vertragsänderung zu, daß zwei Faktoren wirksam werden konnten: Erstens konnten die Mitgliedstaaten versuchen, ihnen vertraglich verwehrte Interventionen sowie im nationalen Rahmen nicht finanzierbare oder nur gegen Widerstand durchsetzbare Projekte auf die Ebene des Gemeinschaftshandelns zu verlagern. Zweitens gibt

EU die Freihandelsorientierten Konsequenzen aus der jüngsten Verurteilung in der Sache durch die WTO im Rahmen der Appellation ziehen wird.

32 Vgl. hierzu M.E. STREIT/W. MUSSLER, *The Economic Constitution* (wie Anm. 21), S. 335 ff.

33 Vgl. E.-J. MESTMÄCKER, *Auf dem Wege zu einer Ordnungspolitik für Europa* (wie Anm. 29), S. 26.

34 Vgl. Peter BEHRENS, *Die Wirtschaftsverfassung der Europäischen Gemeinschaft*, in: Günter BRÜGGEMEIER (Hrsg.), *Verfassungen für ein ziviles Europa*, Baden-Baden 1994, S. 84.

es politisch-ökonomische Gründe, ein Eigeninteresse der europäischen Bürokratie an der Zunahme diskretionärer Handlungsmöglichkeiten zu vermuten. Als Beispiel läßt sich die Entfaltung regionalpolitischer Initiativen anführen, die zunächst auf Art. 235 EWGV gestützt wurden. Ebenso wurden alle Programme der Technologiepolitik zunächst auf der Grundlage dieses Artikels beschlossen.<sup>35</sup> Dem extensiven Gebrauch von Art. 235 EWGV wurde durch den EuGH nicht widersprochen.<sup>36</sup> Bei diesem Befund darf allerdings das Eigeninteresse des Gerichts an einer Stärkung der Kompetenzen der Gemeinschaft nicht vernachlässigt werden.

In der Folge eröffneten die verschiedenen Erweiterungen der Gemeinschaft sowie vor allem die Einheitliche Europäische Akte (EEA) und Maastricht Möglichkeiten des »Nachverhandelns«. Der »Schleier der Unwissenheit«, welcher den konstitutionellen Konsens von Rom begünstigt hatte, war gerissen. Die von den vertragschließenden Parteien ursprünglich wohl nicht antizipierte politische Beschränkung durch den EWG-Vertrag und seine Auslegung konnte nunmehr vertraglich gelockert werden. Das dürfte auch im Hinblick darauf attraktiv gewesen sein, daß die direkte und indirekte parlamentarische Kontrolle des Rates schwach ausgeprägt sind. Gemeint ist hiermit der Sachverhalt, wonach Maßnahmen, die von der Kommission vorgeschlagen werden, vom Rat zu bindendem Sekundärrecht der EU gemacht werden können, das danach von den nationalen Parlamenten umgesetzt werden muß.<sup>37</sup>

Die EEA erweckte zunächst einmal die Hoffnung, daß damit das Ziel von Artikel 8 EWGV – Verwirklichung des Binnenmarktes – drei Jahrzehnte nach Rom definitiv realisiert würde. Die Kommission hatte in dem Weißbuch zum Binnenmarkt von 1985 Konsequenzen aus ihren vergeblichen Versuchen gezogen, die Handelshemmnisse zwischen den Mitgliedstaaten, die aus Rechts- und Verwaltungsvorschriften resultieren, durch Harmonisierung zu beseitigen. Ihr »neuer Ansatz« setzte in hohem Maße auf die gegenseitige Anerkennung mitgliedstaatlicher Vorschriften gemäß dem Ursprungslandprinzip. Damit sollten – ganz im Sinne von vorangegangenen Entscheidungen des EuGH<sup>38</sup> – Voraussetzungen für einen Regulierungswettbewerb

35 Vgl. z. B. Jens ZIEGLER, *Die Zulässigkeit der Forschungskooperation im Kartellrecht der EG und der USA*, Köln u. a. 1991, S. 34 ff.

36 Eine eingehende Diskussion dieser Entwicklung findet sich z. B. bei Joseph H. WEILER, *The Transformation of Europe*, in: *Yale Law Journal* 100 (1991), S. 2434 ff.

37 Dieser Sachverhalt läßt eine noch weitergehende Interpretation zu: »Who ever thought that, in a parliamentary democracy, governments are controlled by their parliaments should note that, in the European Community, the national ministers assembled in Brussels jointly control their parliaments«, so Roland VAUBEL, *Social Regulation and Market Integration: A Critique and Public Choice Analysis of the Social Chapter*, in: *Außenwirtschaft* 50 (1995), S. 117.

38 Gemeint sind die Entscheidungen »Dassonville« von 1974 und »Cassis de Dijon« von 1979.

geschaffen werden. Allerdings blieben die EEA und – soweit erkennbar – die anschließende Durchsetzung dessen, was vom »neuen Ansatz« verblieben war, weit hinter den ursprünglichen Vorstellungen zurück.<sup>39</sup>

Im übrigen steht die EEA am Anfang einer vertraglichen Vermehrung von wirtschafts- und sozialpolitischen Interventionsmöglichkeiten auf Gemeinschaftsebene. Der Vertrag von Maastricht dürfte die Abkehr von einer durch die Limitierung von Gemeinschaftskompetenzen abgesicherten »funktionalen Integration« besiegelt haben, die den EWG-Vertrag kennzeichnete. Die Frage nach der Finalität blieb weiterhin unbeantwortet.<sup>40</sup> Die Ausweitung der Gemeinschaftskompetenzen, die zudem mit weiteren Generalermächtigungen für die Kommission ergänzt wurde,<sup>41</sup> soll im einzelnen nicht nachgezeichnet werden.<sup>42</sup> Von grundlegender Bedeutung ist jedoch, daß die Wahrnehmung der Kompetenzen in der Regel in Konflikt mit dem Prinzip des unverfälschten Wettbewerbs geraten muß. Daran ändern auch vertragliche Bestimmungen wie Artikel 130 (3) EG-Vertrag nichts, in der wettbewerbsverzerrende Maßnahmen ausgeschlossen werden. Würde darauf bestanden, bliebe von der Industriepolitik, aber auch z. B. von der Forschungs- und Technologiepolitik, so wie sie konzipiert sind, kaum etwas übrig.

Die mit der EEA und dem Maastricht-Vertrag geschaffenen Interventionskompetenzen sind auch mit rechtlichen Mitteln kaum einzuschränken. In Fällen, in denen die Wahrnehmung der Kompetenzen mit den Freiheitsgewährleistungen und dem Wettbewerb in Konflikt gerät, dürfte eine Klärung durch den EuGH in der Sache kaum möglich sein. Eine solche Klärung erforderte materielle Abwägungen durch das Gericht. Es dürfte

---

39 Zu einer eingehenden Erörterung vgl. Manfred E. STREIT/Werner MUSSLER, *Wettbewerb der Systeme und das Binnenmarkiprogramm*, in: Lüder GERKEN (Hrsg.), *Europa zwischen Ordnungswettbewerb und Harmonisierung. Europäische Ordnungspolitik im Zeichen der Subsidiarität*, Berlin 1995, S. 75-107.; und Manfred E. STREIT, *Systemwettbewerb im europäischen Integrationsprozeß*, in: Ulrich IMMENGA/Wernhard MÖSCHEL/Dieter REUTER (Hrsg.), *Festschrift für Ernst-Joachim Mesmacker*, Baden-Baden 1996, S. 521-535.

40 Das wird mit den hinzugekommenen beiden »Säulen« nur notdürftig verdeckt. Die Arbeiten an einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie an der Zusammenarbeit in der Justiz- und Innenpolitik (ZJIP) liefern eher Belege für das Bemühen der Mitgliedstaaten, die ihnen verbliebene Souveränität zu wahren. Als jüngster Beleg kann der Konflikt zwischen der französischen Regierung – zunächst vertreten durch den Staatspräsidenten und danach durch den Außenminister – und dem EU-Parlament anläßlich des französischen Ausländergesetzes gelten. Die französischen Abgeordneten im Europäischen Parlament mußten sich sogar entgegenhalten lassen, gegen ihr eigenes Land gearbeitet zu haben. Dabei argumentierte der Außenminister, das Europäische Parlament sei noch kein Parlament, das den Namen verdiene (zitiert nach F.A.Z., Nr. 50, 28. Febr. 197, S. 1).

41 Zu Artikel 235 EWGV kamen die Ermächtigungen nach Art. 130 (2), 130 lit. b, 130 lit. f.

42 Vgl. hierzu M.E. STREIT/W. MUSSLER, *The Economic Constitution* (wie Anm. 21) und Werner MUSSLER/Manfred E. STREIT, *Integrationspolitische Strategien in der EU*, in: Renate OHR (Hrsg.), *Europäische Integration*, Stuttgart u. a. 1996, S. 265-292.

solche Abwägungen in der Regel an die Politik verweisen und sich auf die formale Überprüfung beschränken.<sup>43</sup> Ferner darf auch hier nicht übersehen werden, daß das Gericht ein in seiner Stellung angelegtes Interesse an der Stärkung der Gemeinschaftsebene hat. Damit steht die Entscheidungspraxis der ersten Jahrzehnte aufgrund der Vertragslage nach Rom keineswegs im Widerspruch. Auch der Grundsatz der Subsidiarität nach Artikel 3 b EUV liefert keine wirksame Handhabe gegen eine Expansion des Gemeinschaftshandelns mit Interventionscharakter. Die Zweifel, die an dieser Schutzvorschrift geäußert wurden,<sup>44</sup> brachte der vormalige Präsident des EuGh, Lord Mackenzie Stuart, wie folgt auf den Punkt: »To decide whether a given action is more appropriate at the community level, necessary at the community level, effective at the community level is essentially a political topic. It is not the sort of question a court should be asked to decide.«<sup>45</sup>

Seit Maastricht ist der im EWG-Vertrag angelegte und vom EuGH verstärkte Schutz der »Freiheit auf dem Markte« nicht mehr zweifelsfrei gewährleistet. Festzuhalten bleibt, daß die deutsche Verhandlungsführung dem keinen entschiedenen Widerstand entgegengesetzte. Besondere Bedeutung kommt hierbei der Aufnahme der Industriepolitik in den Vertrag zu, vor der das Bundeskartellamt und der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium eindringlich gewarnt hatten. Die Bedeutung dieser Kompetenzerweiterung der Gemeinschaft geht weit über den Artikel 130 EGV hinaus, da dieser auch durch vertragliche Vorkehrungen mit anderen interventionsträchtigen Tätigkeiten der Gemeinschaft verzahnt ist.<sup>46</sup>

Der Industriepolitik als solcher läßt sich die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft nicht ohne Einschränkung entgegenhalten. Von den beiden Interventionszielen »picking the winners« und »helping the losers«<sup>47</sup> fand

43 Vgl. Ernst-J. MESTMÄCKER, *Die Wiederkehr der bürgerlichen Gesellschaft und ihres Rechts*, in: MAX-PLANCK-GESELLSCHAFT (Hrsg.), *Jahrbuch 1991*, S. 35.

44 Zum Beispiel Dieter GRIMM, »Subsidiarität nur ein Wort«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 217 (1992), 17. September 1996, S. 38; E.-J. MESTMÄCKER, *Zur Wirtschaftsverfassung* (wie Anm. 22).

45 Lord MACKENZIE-STUART, *Assessment of the Views Expressed and Introduction to a Panel Discussion*, in: *Subsidiarity: The Challenge of Change. Proceedings of the Jaques Delors Colloquium*, European Institute of Public Administration, Maastricht 1991, S. 42.

46 Vgl. zu einer eingehenden Analyse dieser Verzahnung und den Konsequenzen für die Wirtschaftsverfassung der Gemeinschaft Manfred E. STREIT, *Europäische Industriepolitik nach Maastricht. Eine ordnungspolitische Analyse*, in: DERS., *Freiburger Beiträge zur Ordnungsökonomik*, Tübingen 1993b/1995, S. 312-334.

47 Die beiden Zielsetzungen formulierte die EG-Kommission bereits in ihrem Memorandum von 1970, das am Beginn des Werbens um einschlägige Kompetenzen steht: »Obwohl alle Industriezweige der Planung für die Zukunft und der Neuerung bedürfen, gibt es zwei Arten von Industrien, die auf Gemeinschaftsebene besondere Aufmerksamkeit erfordern: die Industrien, die in Schwierigkeiten geraten sind, hier gilt es, die Anpassung zu planen und zu erleichtern – und die Spitzenindustrien, denen ein besserer Entwicklungsrahmen geboten werden muß.«

letzteres zumindest bedingten Zuspruch bei Vertretern der Konzeption. So empfahl etwa Röpke: »Eingriffe des Staates sollten sich vom Grundsatz leiten lassen, daß sie nach Möglichkeit nicht der schließlich doch unhaltbaren oder nur mit steigenden Opfern durchzusetzenden Erhaltung eines überholten Zustandes (Erhaltungsintervention) dienen. Sie werden vielmehr um so eher zu billigen sein, je mehr es Ziel ist, lediglich die notwendige Anpassung eines Wirtschaftszweiges an neue Verhältnisse zu erleichtern (Anpassungsintervention).«<sup>48</sup> Die Geschichte der Subventionspolitik in Deutschland und in der übrigen EG liefert eindringliche Belege für die »steigenden Opfer«, die letztlich von den nicht begünstigten dynamischen Individuen und Unternehmen gebracht werden müssen, und die deren Entwicklungsmöglichkeiten beschränken. Infolgedessen sind Entwicklungsschwäche und Erhaltungsintervention nicht unabhängig voneinander. Der Teufelskreis der Intervention schließt sich, wenn – unter Anmaßung von Wissen – ein »picking the winners« zur Überwindung der Entwicklungsschwäche mit weiteren Opfern versucht wird. Genau dies ist nunmehr auch auf der Gemeinschaftsebene möglich. Zugleich können damit die Vertreter der Mitgliedstaaten die zuvor aufgezeigte konstitutionelle Asymmetrie nutzen, um die Kosten einer Privilegierung heimischer politischer Klientelen durch Industriepolitik zu verschleiern.

Bei der in Maastricht ebenfalls vereinbarten Währungsunion wurde von der deutschen Seite eine konzeptionskonforme Position mit Hartnäckigkeit vertreten. Müller-Armack<sup>49</sup> hatte sie wie folgt umrissen: »Die Stabilität der Währung gehört zu den in einer freien Gesellschaft unentbehrlichen Voraussetzungen. Sie bedarf einer zusätzlichen Absicherung.« In der Bundesrepublik geschah letzteres – wie dargelegt – durch Übertragung der Kompetenz an eine unabhängige Notenbank als einer besonderen Form der Selbstbindung der Politik. Unbehagen politisch Handelnder an dieser Selbstbindung wurde immer wieder bis in die jüngste Zeit artikuliert. Sie haben jedoch stets aus eigenem Interesse die Präferenz der Wähler für Geldwertstabilität respektieren müssen. Diese Konstellation ist jedoch in der EU ein Ausnahmefall. Anders als alle übrigen potentiellen Mitgliedstaaten einer Währungsunion würde die Bundesregierung auf etwas »verzichten«,

(EG-KOMMISSION, *Die Industriepolitik der Gemeinschaft. Memorandum an den Rat*, Brüssel 1970, S. 16).

48 Wilhelm RÖPKE, *Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig?*, in: Wolfgang STÜTZEL/Christian WATRIN/Hans WILLGERODT/Karl HOMANN (Hrsg.), *Grundtexte zur Sozialen Marktwirtschaft. Zeugnisse aus 200 Jahren ordnungspolitischer Diskussion*, Stuttgart, u.a. 1950/1981, S. 58.

49 Alfred MÜLLER-ARMACK, *Die zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft: Ihre Ergänzung durch das Leitbild einer neuen Gesellschaft*, in: Wolfgang STÜTZEL/Christian WATRIN/Hans WILLGERODT/Karl HOMANN (Hrsg.), *Grundtexte zur Sozialen Marktwirtschaft. Zeugnisse aus 200 Jahren ordnungspolitischer Diskussion*, Stuttgart u.a. 1960/1981, S. 77.

was sie nie besaß, die monetäre Kontrolle. Unabhängig von allen ökonomisch begründbaren Zweifeln an der Funktionsfähigkeit der Europäischen Währungsunion dürfte in der Kombination von Verzicht auf nationale Souveränität und politischer Selbstbindung auf Gemeinschaftsebene ein noch ungelöstes Akzeptanzproblem für viele potentielle Mitgliedsländer bestehen. Die wiederholt vorgetragenen Auffassungen und Nachbesserungswünsche der französischen Regierung verdeutlichen dies nur besonders eindrucksvoll. Das an Geldwertstabilität orientierte Strukturelement der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft dürfte geringe Chancen haben, zum faktischen »acquis communautaire« zu werden.

Hinsichtlich der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft kann festgehalten werden, daß die anfänglich kräftigen Spuren, welche diese vor allem bei der »Freiheit auf dem Marke« in der Wirtschaftsverfassung der Gemeinschaft und ihrer Handhabung hinterlassen hatte, stark verwischt worden sind. Das gilt auch für den Versuch, eine »gesicherte Geldordnung« mit Hilfe der EWU zum »acquis communautaire« zu machen; denn dieser Versuch dürfte entweder schon zu Beginn oder in der späteren Ausführung sehr gefährdet sein. Generell dürfte die Konzeption auf breiter Front an handlungsleitender Bedeutung für die Integrationspolitik verloren haben.

#### 4. Die Konzeption und die deutsche Vereinigung

Die Konzeption hat mit dem Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion (WWSU) vom 18. Mai 1990 eine, wenn auch späte, Legaldefinition erhalten. In dem Vertrag, der seit dem 23. September 1990 einfaches Bundesgesetz ist, findet sich nicht nur die Verpflichtung der Vertragsparteien auf die Soziale Marktwirtschaft. Vielmehr sind in Artikel 1 auch ihre Merkmale festgelegt, nämlich Privateigentum, Leistungswettbewerb, freie Preisbildung und grundsätzlich volle Freizügigkeit von Arbeit, Kapital, Gütern und Dienstleistungen, Begrenzungen für öffentliches Eigentum, ferner Umweltschutz, eine der Sozialen Marktwirtschaft entsprechende Arbeitsrechtsordnung und ein auf den Prinzipien der Leistungsgerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs beruhendes, umfassendes System der sozialen Sicherung. Ferner werden in Artikel 2 die grundrechtlich garantierte Vertragsfreiheit, die Gewerbe-, Niederlassungs- und Berufsfreiheit, die Freizügigkeit und die Vereinigungsfreiheit aufgegriffen. Auch das zur Konzeption gehörende Prinzip einer »gesicherten Geldordnung«<sup>50</sup> findet sich im Vertrag. Der Auftrag an die unabhängige Bundesbank wird noch enger auf die Sicherung der Geldwertstabilität zugeschnitten, als dies im Bundesbankgesetz der Fall ist (Art. 10 Abs. 2). Allerdings findet mit dem

50 A. MÜLLER-ARMACK, *Soziale Marktwirtschaft* (wie Anm. 1), S. 391.

Vertrag zur WWSU die gesamte Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik, von wenigen Ausnahmen abgesehen, auf das Beitrittsgebiet Anwendung.

Zwar wurden mit der Übernahme der bundesrepublikanischen Institutionen durch das Beitrittsgebiet Probleme der Suche und Setzung neuer Regeln vermieden, wie sie für Transformationsländer typisch sind. Auf sie wird noch einzugehen sein. Jedoch ist zu fragen, ob Institutionen, die das Ergebnis eines mehr als 40jährigen Entwicklungsprozesses in den alten Bundesländern sind, einen Transformationsprozeß besonders begünstigen, in dem drastische ökonomische Veränderungen möglichst reibungsarm erfolgen sollen.

Nach der zu Beginn (Teil 2) gestellten Diagnose kann die Antwort auf die vorangegangene Frage nicht positiv sein. Dort wurde dargelegt, daß die Soziale Marktwirtschaft, die beim anfänglichen ökonomischen Erfolg wirtschaftspolitisch handlungsleitend war, inzwischen als Auslaufmodell anzusehen ist. Die davon geprägte Wirtschaftsverfassung hat sich in einem für Demokratien typischen Prozeß verändert, der durch Stimmenfang politischer Anbieter und Rentensuche von Verteilungskoalitionen geprägt ist. Die Rentensuche zielt in der Regel auf staatlichen Schutz vor Wettbewerb oder auf Kompensationen für Wettbewerbswirkungen. Erfolgreiche Rentensuche bewirkt, daß der Anreiz bzw. der Druck verringert wird, Wettbewerbs-handlungen überhaupt vorzunehmen. Zu den entsprechenden staatlichen Maßnahmen gehören z. B. Erhaltungssubventionen ebenso wie Eingriffe in die Vertragsfreiheit zugunsten besonders schutzbedürftig erklärter Parteien. Als Systemfolge ergibt sich eine Verringerung der Anpassungs- und Entwicklungsanreize, die von Wettbewerbsprozessen ausgehen können.

Die Übertragung der gewachsenen westdeutschen Wirtschaftsverfassung auf das Beitrittsgebiet bedeutete infolgedessen auch, daß der Transformationsprozeß in Ostdeutschland unter den Bedingungen der Systemverkrustung ablaufen muß, die inzwischen als »Standortproblem Deutschland« politisch thematisiert werden. Dabei wäre es in vielen Bereichen – nicht zuletzt bei der Arbeitsmarktverfassung, der ohnehin durch die EU-Kommission angemahnten Deregulierung der Bereichsausnahmen im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen und der rigiden Verwaltungsverfahren – durchaus möglich gewesen, Reformen zu wagen, die in Westdeutschland schon lange als dringlich gelten.<sup>51</sup> Allerdings hätte dies erfordert, dem Druck westdeutscher Interessenverbände zu widerstehen, denen überhaupt nicht an

---

<sup>51</sup> Vergleiche hierzu z.B. Thomas APOLTE/Dieter CASSEL/Ulrich E. CICHY (1994), *Die Vereinigung: Verpaßte ordnungspolitische Chancen*, in: Gernot GUTMANN/Ulrich WAGNER (Hrsg.): *Ökonomische Erfolge und Mißerfolge der deutschen Vereinigung. Eine Zwischenbilanz*, Stuttgart u.a. 1994, S. 105-128; Manfred E. STREIT, *Ordnungspolitische Defizite der deutschen Vereinigung*, in: DERS.: *Freiburger Beiträge zur Ordnungsökonomik*, Tübingen 1991/1995, S. 342-356.

einer Erleichterung für potentielle Wettbewerber aus Ostdeutschland gelegen sein konnte.

Im Vergleich zu anderen Transformationsfällen ergibt sich aus diesem »Politikversagen« eine interessante Besonderheit. Während die übrigen Transformationsländer beim Übergang zu einem neuen Institutionensystem zwar zugleich mit Problemen der Rentensuche nicht zuletzt im Namen der sozialen Gerechtigkeit konfrontiert sind, hatte Ostdeutschland die Folgen eines jahrzehntelangen Prozesses der Verkrustung, als Teil der Schocktherapie, sofort und in Gänze mit zu übernehmen. Infolgedessen dürften Kosten der Transformation entstanden sein, die bei einem Vorgriff auf ohnehin überfällige Reformen von politisch gesetzten Institutionen Westdeutschlands hätten vermieden werden können.

### 5. Die Konzeption – ein Exportmodell für die Systemtransformation?

Transformation bedeutet in erster Linie die Setzung neuer, sanktionsbewehrter Regeln.<sup>52</sup> Es geht dabei um die Setzung einer Wirtschaftsverfassung, welche die Entstehung einer spontanen Ordnung auf der Ebene ökonomischer Wahlhandlungen ermöglicht. Die Einführung marktwirtschaftlicher Spielregeln ist jedoch gerade wegen deren Universalisierbarkeit sowie des Schutzes und der Förderung der Wettbewerbsfreiheit<sup>53</sup> mit einem fundamentalen Problem verbunden. Marktwirtschaftliche Regeln mögen mit dem Blick auf die Gesellschaft durchaus vorteilhaft sein. Gleichzeitig gibt es Gründe dafür, daß Individuen und Gruppen sich gerade Vorteile davon versprechen, wenn ihnen Ausnahmen von diesen Regeln gewährt werden. Beispiele hierfür sind Ausnahmen vom Kartellverbot oder staatliche Wettbewerbsbeschränkungen als Folge von Subventionen. Aus diesem Spannungsverhältnis resultiert ein Transformationsdilemma: Viele der Individuen und Gruppen, die eine Transformation wünschen, werden zugleich versuchen, Ausnahmen von den neuen, marktwirtschaftlichen Regeln zu erhalten. Somit stellen nicht nur die ehemaligen Eliten ein Hindernis für den Transformationsprozeß dar.

Nun ließe sich argumentieren, daß das Transformationsdilemma durch einen »starken Staat«<sup>54</sup> überwindbar wäre. Seine politischen Repräsentanten und die Verwaltung müßten willens und in der Lage sein, die ein

<sup>52</sup> Vgl. hierzu die institutionentheoretisch orientierte Analyse von Manfred E. STREIT/Uwe MUMMERT, *Grundprobleme der Systemtransformation aus institutionenökonomischer Perspektive*, in: *Diskussionsbeitrag des Max-Planck-Instituts zur Erforschung von Wirtschaftssystemen* 09-96, Jena 1996. Hier wird auch auf den Sonderfall der Transformation Ostdeutschlands, insbesondere auf die deutsch-deutsche Währungsunion eingegangen.

<sup>53</sup> Vgl. hierzu z.B. M.E. STREIT, *Wirtschaftsordnung, Privatrecht und Wirtschaftspolitik* (wie Anm. 4), S. 81 f.

<sup>54</sup> Walter EUCKEN, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, 6. durchgesehene Auflage, Tübingen 1952/1990, S. 325 ff.

marktwirtschaftliches System konstituierenden Prinzipien institutionell und administrativ konsequent durchzusetzen. Die Frage ist jedoch, unter welchen Bedingungen sich in den Transformationsprozessen ein »starker« Staat herausbilden kann. Denn hinsichtlich der Einigung der Individuen über einen solchen »starken Staat« besteht die gleiche Grundproblematik; die auch für die Einführung marktwirtschaftlicher Regeln generell gilt, d.h. es liegt ein gesellschaftliches Dilemma vor. Entsprechend können auch gegenüber der Realisierbarkeit eines »starken« Staates im Sinne Euckens im Rahmen einer demokratisch-politischen Ordnung berechtigte Zweifel angemeldet werden.<sup>55</sup> Diese Zweifel hinsichtlich der Realisierbarkeit einer wettbewerblichen Wirtschaftsverfassung werden in der Transformationsdiskussion gelegentlich in einem »Unmöglichkeitstheorem«<sup>56</sup> formuliert: Die gleichzeitige Einführung einer demokratischen politischen Ordnung und einer durch Privatautonomie und Wettbewerb geprägten marktwirtschaftlichen Ordnung gilt als schwierig, wenn nicht gar unmöglich.

Auch auf der Ebene, die der Wirtschaftsverfassung nachgeordnet ist, bestehen besondere Probleme: Sie ergeben sich daraus, wie die Transformation von den Betroffenen wahrgenommen und in ihren Folgen beurteilt wird. Der Transformationsprozeß bringt eine verwirrende Mischung von Merkmalen des alten Systems, von spezifischen Übergangsphänomenen sowie von zunächst unverbundenen Anzeichen der zukünftigen Gesellschaftsordnung hervor. Vor allem die als negativ erfahrenen Primäreffekte des unvermeidlichen strukturellen Umbruchs, aber auch die Folgen politischer Fehler in der Transformation werden nur zu leicht als Fehler und Nachteile einer marktwirtschaftlichen Ordnung überhaupt mißgedeutet. Dies bietet Interessengruppen und Politikern die Möglichkeit, ihre Ziele im Zusammenspiel von Stimmenfang und Rentensuche zu verwirklichen. Das zu erwartende Ergebnis ist ein Hinauszögern des Transformationsprozesses.

Das Beispiel Tschechiens verdeutlicht die Problematik: Als Vaclav Klaus zu Beginn des Transformationsprozesses in der vormaligen Tschechoslowakei erklärte, daß als Ziel nur die Setzung strikt marktwirtschaftlicher Regeln in Frage komme, war dies – verglichen mit den übrigen mittel- und osteuropäischen Ländern – ohne Parallele. Seine »Marktwirtschaft ohne Adjektiv« war zugleich eine Absage an die wirtschaftspolitische Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft. Klaus begründete dies mit Argumenten, wie sie dem Befund des »schleichenden Sozialismus«<sup>57</sup> zugrunde liegen, der sich

<sup>55</sup> Zum Beispiel Gerhard SCHWARZ, *Marktwirtschaftliche Reform und Demokratie. Eine Haßliebe?*, in: *ORDO* 43 (1992), S. 65-90.

<sup>56</sup> John ELSTER, *The Necessity and Impossibility of Simultaneous Economic and Political Reform*, mimeo (1991).

<sup>57</sup> Erich WEEDE, »Schleichender Sozialismus«, *Marktvormachtung und wirtschaftliche Stagnation*, in: *Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 19* (1988) S. 88-114.

auf Entwicklungstendenzen in westlichen Demokratien mit einem zumindest im Kern marktwirtschaftlichen System bezieht. Die bisherige Entwicklung in Tschechien ist in starkem Maße durch die erklärten ordnungspolitischen Absichten geprägt. Die erhofften Erfolge haben sich – folgt man den üblichen Indikatoren – eingestellt. Aber auch die Opposition, die sich von der Betonung der sozialen Gerechtigkeit Chancen erhofft, hat – ganz im Sinne von Mustern im Parteienspektrum in westlichen Demokratien – an Boden gewonnen. Ferner kann bei einer Bewertung der Durchsetzungsbedingungen die Sezession der Slowakei nicht unberücksichtigt bleiben. Da die Slowakei vergleichsweise stärker von den Folgen des mit dem Transformationsprozeß verbundenen Strukturwandels betroffen war, ist zu vermuten, daß mit dem Ausscheiden der Slowakei die Reformwiderstände, denen sich die Regierung Klaus gegenüber sah, erheblich reduziert wurden. Hinzu kommt, daß in einer Reihe von Bereichen Reformen unterlassen oder nur zögerlich in Angriff genommen wurden, wo auch in Tschechien mit Widerstand zu rechnen war.<sup>58</sup> Ob jedoch auch in Zukunft für die bislang verfolgte derartige Politik die politischen Mehrheiten hinreichend rekrutierbar sein werden, ist nach dem Ergebnis der Wahlen im Juni 1996 und den Folgen von unterlassenen Reformen zweifelhaft.

Allerdings wäre es vermutlich eine verkürzte Interpretation der politischen Willensbildung im Transformationsprozeß, wenn lediglich auf Phänomene wie rent-seeking und Stimmenfang abgestellt würde. Wenn im politischen Diskurs die »Kälte des Kapitalismus« bemüht wird, so dürfte damit zumindest auch ein generelles Problem von Großgesellschaften reflektiert oder unreflektiert angesprochen werden. Die alte sozialistische Ordnung wurde mit der Verfolgung von Zielen begründet, die an Vorstellungen appellierten, wie sie für Kleingruppen durchaus realisierbar sind. So werden Solidarität und Gerechtigkeit, die sich an Verdienst und Bedarf orientieren sollen, beispielsweise in der Familie erfolgreich praktiziert. Eine Übertragung solcher Vorstellungen auf ganze Gesellschaften kann jedoch nicht gelingen. Im Falle der sozialistischen Ordnung wurden aber besondere Kleingruppenerfahrungen gemacht. Funktionsdefizite dieser Ordnung ließen soziale Beziehungen etwa in der Form gegenseitiger Hilfe und persönlichen Informationsaustauschs über Möglichkeiten der Güterbeschaffung entstehen. Mit dem Übergang zur Marktwirtschaft werden solche Kleingruppenerfahrungen seltener. An ihre Stelle tritt die relativ unpersönliche, aber äußerst wirksame Koordinations- und Kontrolleistung der Märkte. Was vorher zur Bewältigung der Funktionsdefizite des Systems an sozialen Beziehungen unerlässlich war und als selbstverständlich galt, muß nun anders und völlig neu begründet

---

<sup>58</sup> OECD, *OECD Economic Surveys. The Czech and Slovak Republics*, Paris (1994), S. 67 und 134 ff.

werden. Der Klage über die »Kälte des Kapitalismus« liegt insofern eine falsche Ursachenzurechnung zugrunde.

Jedoch signalisiert die Klage einen andersartigen, wohlbekannten Konflikt, der in Transformationsländern lediglich neu erfahren wird. Er ist Ausdruck dessen, was Popper<sup>59</sup> als »strain of civilisation« kennzeichnete. Seine Unausweichlichkeit hat Hayek wie folgt beschrieben: »Part of our difficulty is that we must constantly adjust our lives, our thoughts and our emotions, in order to live simultaneously within different kinds of orders according to different rules. If we were to apply the unmodified, uncurbed, rules of the micro-cosmos (i. e., of the small band or troop, or of, say, our families) to the macro-cosmos (our wider civilisation), as our instincts and sentimental yearnings often make us wish to do, we would destroy it. Yet if we were always to apply the rules of the extended order to our more intimate groupings, we would crush them. So we must learn to live in two sorts of world at once.«<sup>60</sup>

Was ergibt sich daraus für die Soziale Marktwirtschaft als Konzeption zur Transformation? Der politisch schwieriger durchsetzbare Teil der Konzeption dürfte die »Freiheit auf dem Markte« sein. Auf sie kommt es jedoch an, wenn ein System entstehen soll, das tragfähig genug ist, um den »sozialen Ausgleich« zu ermöglichen. Sowohl die kritische Periode am Beginn der Bundesrepublik als auch die deutsche Vereinigung und die Transformationsprozesse in anderen Staaten des vormaligen Sowjetimperiums zeigen, daß im demokratischen Willensbildungsprozeß die universalisierbaren Regeln, welche für die »Freiheit auf dem Markte« entscheidend sind, relativ wenige Befürworter haben. Demgegenüber begünstigt der Prozeß von Anfang an die Einführung diskriminierender Regeln, die auch für den »sozialen Ausgleich« der Konzeption erforderlich sind. In dem Spannungsverhältnis zwischen »Freiheit auf dem Markte« und »sozialem Ausgleich« liegen die Risiken der Konzeption als Leitbild für eine Transformation. Die Chancen bestehen darin, daß das Leitbild bei allen Unschärfen zumindest nützlich sein kann, um einem orientierungslosen Interventionismus schon in den kritischen Anfangsjahren vorzubeugen.

---

59 Karl R. POPPER, *The Open Society and its Enemies. The Spell of Plato*, London 1945, S. 176 f.

60 Friedrich A. HAYEK: *The Fatal Conceit. The Errors of Socialism*, London 1988, S. 18.

## **Zeitzeuge am Redaktionstisch Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und der Bund der Verfolgten des Naziregimes (BVN) im Spiegel ihrer Presseorgane\***

Von Günter Beaugrand

*Im Oktober 1946 wurde in der britischen Zone die überparteiliche und überkonfessionelle »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)« gegründet. Schon bald kam es zu Spannungen zwischen kommunistischen und demokratischen Mitgliedern. Die Gegensätze wirkten sich auch auf die Verbandszeitung der VVN aus, die von dem ehemaligen Zentrumsolitiker Peter Lütsches (1898-1959) herausgegeben wurde. Anfang 1950 kam es zum Bruch. Auf Initiative von Lütsches und vor allem christlich orientierter VVN-Mitglieder wurde der »Bund der Verfolgten des Naziregimes (BVN)« gegründet, der die gegen Rechts- und Linksextremismus ausgerichtete Wochenzeitung »Das freie Wort« als »Unabhängiges Organ für Freiheit, Recht und Menschenwürde« herausgab. Der Autor dieses Beitrages, Günter Beaugrand (Jg. 1927), war Redakteur an den genannten Zeitungen. Er schildert als Zeitzeuge die Auseinandersetzungen in der VVN bis zur Gründung des BVN und die Entwicklung der VVN- und BVN-Presse.*

### Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes

Nach dem Zusammenbruch des Naziregimes verstanden sich die überlebenden Verfolgten und Widerstandskämpfer aus den verschiedensten Gruppierungen, darunter auch viele Christliche Demokraten aus der Zentrumspartei und den christlichen Standesverbänden vor 1933, nach Jahren der Unterdrückung, der Arbeit im Untergrund, nach Haft und Konzentrationslager als eine vom Schicksal geprägte Solidargemeinschaft. Trotz politischer und weltanschaulicher Gegensätze sahen sie es als das Gebot der Stunde an, sich gemeinsam für die Neugestaltung der Demokratie einzusetzen und die neugewonnene Freiheit für den Aufbau einer menschenwürdigen Gesellschaft zu nutzen.

---

\* Neben den in den Anmerkungen angegebenen Materialien standen dem Autor die VVN- und BVN-Zeitungen der Jahrgänge 1947-1953 zur Verfügung, die sich teils im Eigenbesitz befinden, teils im Institut für Zeitungsforschung, Dortmund, eingesehen werden können.

Die entsetzlichen Folgen der NS-Herrschaft und des von ihr heraufbeschworenen Krieges, die Zerstörung der deutschen Städte, die soziale und wirtschaftliche Not, der Zustrom von Millionen Vertriebenen, der Mangel an Wohnraum und Arbeitsstätten forderten gerade die Gegner des NS-Regimes heraus, sich engagiert in den Wiederaufbau einzuschalten und ihre Kenntnisse, Erfahrungen und Vorstellungen mit in die Strukturierung des von den Alliierten besetzten, in vier Zonen aufgeteilten ehemaligen Deutschen Reiches einzubringen. Zugleich sahen sie es naturgemäß als ihre Aufgabe an, die geistigen Relikte der nationalsozialistischen Ideologie in Deutschland zu bekämpfen. Denn der Sieg der Alliierten hatte zwar die Macht des Dritten Reiches gebrochen, aber noch längst nicht die Wurzeln abgeschlagen, aus denen das System sich nähren und die Weimarer Republik durch Gewalt und Diktatur ablösen konnte.

Als Erben des Widerstandes gegen das Unrechtssystem gründeten die Verfolgten und Widerstandskämpfer, die unmittelbar nach der Kapitulation bereits auf örtlicher und regionaler Ebene zusammenarbeiteten, am 26. Oktober 1946 in der britischen Zone die »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes«. Sie schloß alle zusammen, die im Dritten Reich eingekerkert und aus den unterschiedlichsten Gründen verfolgt waren oder aktiv Widerstand geleistet hatten. Auch von Christlichen Demokraten wurde die VVN zunächst unbestritten als überparteiliche »Solidargemeinschaft« eingeschätzt, so daß sie sich aktiv an der Gründung beteiligten und engagiert mitarbeiteten. Die VVN, die im gleichen Zeitraum auch in der sowjetischen, amerikanischen und französischen Zone Fuß faßte, verstand sich als Sammelbecken aller, die aus politischen Gründen, wegen rassistischer Zuordnung oder religiöser Überzeugung dem Terror des Naziregimes ausgesetzt waren. Überparteilich und überkonfessionell gegliedert, gehörten der VVN Christliche Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten, Zeugen Jehovas, Juden, Anthroposophen und Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 an.

Als Schwerpunkt ihrer Publikationen galt von Anfang an, die Ausmaße der NS-Terrorherrschaft bewußt zu machen, die Hintergründe der NS-Ideologie aufzudecken, alten und neuen nationalsozialistischen Tendenzen entgegenzuwirken und für die Wiedergutmachung des erlittenen Unrechts einzutreten. Auch die Bedeutung des auf vielen Ebenen gegen Hitler geleisteten Widerstandes wurde mit Nachdruck herausgestellt, um so die These der Kollektivschuld zu widerlegen.

Die VVN konnte nicht unpolitisch sein, lehnte aber eine einseitige parteipolitische oder ideologische Festlegung konsequent ab. Die Gründer und Sachwalter aus den verschiedenen Parteirichtungen und Gruppierungen wußten von Anfang an, daß durch die unterschiedliche Herkunft der Mitglieder mit zum Teil krass entgegengesetzten Zielsetzungen und Überzeugungen eine so oder so geartete parteipolitische Orientierung zu schweren Auseinandersetzungen, ja zum Auseinanderfallen der Organisation führen mußte, weshalb parteipolitische Themen zwangsläufig ausgespart wurden. Um so mehr aber wurden die Grundsätze demokratischen Verhaltens und die geistige Überwindung des noch existierenden NS-Gedankenguts in Politik, Gesellschaft und Kultur in den Vordergrund gestellt. Hinzu kamen die für die Verfolgten existenziellen Fragen der Wiedergutmachung durch Haftentschädigung, Rentenzahlung und Rückerstattung des von den Nazis geraubten Eigentums.

Da auch viele Kommunisten der VVN angehörten, weil gerade die kommunistische Partei von Anfang an ausgeschaltet wurde und viele ihrer Mitglieder im Konzentrationslager oder Gefängnis waren, hatten sie in der VVN und ihren

Vorstandsgremien großen Einfluß, der zunächst von demokratischen Mitgliedern neutralisiert und in eine gemeinsam vertretene Verbandsarbeit einbezogen wurde. Je mehr jedoch die VVN in der sowjetischen Zone zum ideologischen Sachwalter des »Antifaschismus« nach kommunistisch-stalinistischen Maßstäben wurde, um so stärker entwickelten sich auch in der Westzonen-VVN im Zusammenhang mit den sich zuspitzenden Gegensätzen zwischen Ost und West die Bestrebungen, die VVN im Sinne der kommunistischen Ideologie zu unterwandern. Später galt die VVN als kommunistische Tarnorganisation, die sogar durch einen Antrag der Bundesregierung beim Bundesverfassungsgericht vom 20. Oktober 1959 als »verfassungsfeindliche Vereinigung« verboten werden sollte. Die Entscheidung wurde jedoch immer wieder vertagt, bis das Verfahren durch ein neues, im Juni 1964 von Bundestag und Bundesrat verabschiedetes Vereinsgesetz gegenstandslos wurde.<sup>1</sup>

Schon bald nach Gründung im Jahre 1946 kam es in der VVN zu Spannungen. Zwischen 1948 und 1950 verschärfen sich die Gegensätze in den westlichen Besatzungszonen immer mehr. Vor allem die Berlin-Blockade im Jahr 1948 wurde zur Zerreißprobe, führte aber noch nicht zur Trennung zwischen demokratischen und kommunistischen Mitgliedern, die sich im Kampf gegen den aufkommenden Neofaschismus und im Kampf für eine gerechte Wiedergutmachung nach wie vor zusammenfanden, aber angesichts der globalen Auseinandersetzung zwischen Kommunismus und Demokratie, zwischen Ost und West, die einstige Solidargemeinschaft auf die Dauer nicht mehr weiterführen konnten.

Am 4. Februar 1950 wurde nach mehreren vergeblichen »Schlichtungsversuchen« in Düsseldorf der vor allem von Christlichen Demokraten initiierte und geprägte »Bund der Verfolgten des Naziregimes« (BVN) für Nordrhein-Westfalen gegründet. Die kommunistisch beeinflussten VVN-Gremien diffamierten diesen längst notwendig gewordenen Trennungsschritt als »Spaltung« der Solidargemeinschaft der Verfolgten und setzten konsequent den schon eingeleiteten Weg zur kommunistisch beherrschten Organisation fort, während der BVN im demokratischen Sinne wirkte und sich der Bekämpfung des Totalitarismus im Ostblock und zugleich aller neuen Formen des Links- und Rechtsextremismus zuwandte.

#### Vom »VVN-Pressediens« zum »Freien Wort«

Die dramatische Entwicklung von der VVN zum BVN und die entscheidende Rolle, die Christliche Demokraten bei der Gründung des BVN spielten, kann hier nicht im einzelnen dargestellt werden. Wohl aber sollen die vom Autor als Journalist miterlebten Auseinandersetzungen bis zur Gründung des BVN anhand des schon im Oktober 1946 erschienenen offiziellen Organs der VVN, des »VVN-Pressediens«<sup>2</sup>, der späteren »VVN-Nachrichten«<sup>2</sup> und der Nachfolgeblätter »20. Jahrhundert«<sup>3</sup>,

<sup>1</sup> Diether POSSER, *Anwalt im Kalten Krieg. Ein Stück deutscher Geschichte in politischen Prozessen 1951-1968*, München 1991, S. 264-265.

<sup>2</sup> Impressum: VVN-Nachrichten. Überparteiliche Wochenzeitung, Redaktion: Wolfgang Müller, Chef vom Dienst: Hermann Wentzel, Verlagsleiter: Hans Ferres. Sämtlich in Düsseldorf. Zuschriften an unsere Redaktionen: Düsseldorf, Mühlenstraße 34, Telefon 15890; Hamburg, Maria-Louisen-Straße 132; Hannover, Humboldtstraße 3; München, Goethestraße 64. -

»Zeitung ohne Namen«<sup>4</sup> und »Das freie Wort«<sup>5</sup> nachgezeichnet werden.

Wegen großer Papierknappheit, aber auch aus organisatorischen Gründen konnte im Herbst 1946 die VVN der britischen Besatzungszone – ähnlich wie viele andere Organisationen – noch keine vollgültige Zeitschrift herausgeben. Sie mußte sich mit einem nur wenige Seiten umfassenden »VVN-Pressedienst« begnügen, der wöchentlich in Düsseldorf von dem Düsseldorfer CDU-Landtagsabgeordneten Lütsches im Auftrag des überparteilich und überkonfessionell strukturierten »Rates der VVN« der britischen Zone in Hamburg herausgegeben wurde. Sein Inhalt beschränkte sich auf die Darstellung der furchtbaren Erlebnisse in Gefängnissen und Konzentrationslagern, auf die Entlarvung bisher ungeschoren gebliebener NS-Funktionäre und auf die für die Verfolgten existenziellen Probleme der Wiedergutmachung. Auch die Suche nach vermißten Verfolgten nahm erheblichen Raum ein.

Erst ab Anfang 1949, also nach der Währungsreform im Juni 1948, konnte der »VVN-Pressedienst« im Berliner Format, nun unter dem Titel »VVN-Nachrichten« (Untertitel: »Überparteiliche Wochenzeitung«) mit acht Seiten Umfang pro Woche erscheinen. Die Seitenzahl wurde zwar erweitert, die Thematik blieb aber im bisher gewohnten Rahmen. In vielen Beiträgen zeichnete sich jedoch bereits der Gegensatz zwischen demokratisch und kommunistisch orientierten Verfolgten ab.

Ab 1. Januar 1950 erschienen die »VVN-Nachrichten« unter dem neuen Titel »20. Jahrhundert« mit dem Untertitel »Überparteiliche Wochenzeitung«, herausgegeben vom »Pressedienst der VVN«. Mit dieser Titeländerung sollte unterstrichen werden, daß die Verfolgten und Widerstandskämpfer nicht mehr nur im engeren Rahmen ihre eigenen Probleme widerspiegeln wollten, sondern es als ihre Aufgabe ansahen, durch ihre Erlebnisse und Erfahrungen während des Dritten Reiches die künftigen Geschicke des 20. Jahrhunderts in Deutschland und Europa mitzubeeinflussen und zugleich auch die Entwicklung der 1949 gegründeten Bundesrepublik Deutschland publizistisch zu begleiten und zu fördern.

Die VVN-Nachrichten, veröffentlicht unter Lizenz Nr. 62, erscheinen wöchentlich mittwochs. Monatliches Abonnement DM 1,13 zuzüglich Zustellgebühr. – Druck: Tischler & Schäffer, Düsseldorf-Benrath, Friedhofstraße 23-25.

3 Impressum: 20. Jahrhundert. Überparteiliche Wochenzeitung. Herausgegeben vom Pressedienst der VVN – Verlag und Redaktion: Düsseldorf, Mühlenstraße 34, Telefon 15890. Chefredakteur: Wolfgang Müller. Chef vom Dienst: Hermann Wentzel. Weitere Redaktionsmitglieder: Günther Elbin, Günter Beaugrand. Verlagsleiter: Hans Ferres. Sämtlich in Düsseldorf. – Inhaber: Pressedienst der VVN, vertreten durch seine Treuhänder Peter Lütsches (Düsseldorf), Walter Lessing (Gelsenkirchen), Heinrich Schmitz (Wesel-Obrighoven), Franz Heitges (Hamburg) und Theodor Hohenstein (Hannover). Kapital 20.000 DM.

4 Impressum: Zeitung ohne Namen. Überparteiliches Blatt für Freiheit, Recht und Menschenwürde. – Chefredakteur: Wolfgang Müller. Chef vom Dienst: Hermann Wentzel. Weitere Redaktionsmitglieder: Günther Elbin, Günter Beaugrand. Verlagsleiter: Hans Ferres. Sämtlich in Düsseldorf.

5 Impressum: Das Freie Wort. Herausgeber: Peter Lütsches. Verlag und Redaktion: Düsseldorf-Gerresheim, Heyestraße 63, Fernruf 692590. – Chefredakteur: Wolfgang Müller, Redaktion: Günter Beaugrand, Heinz Bläser. – Abonnementspreis: DM 1,13 zuzüglich Zustellgebühr. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Mit vollem Verfasser-namen gekennzeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. – Druck: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf und Oberhausen (Rheinland), Düsseldorf, Bastionstraße 14.

Noch immer war die VVN nominell überparteilich und überkonfessionell ausgerichtet, obwohl die Gegensätze zugenommen hatten und die bisherige Linie in Frage stellten. Da die Zeitung »20. Jahrhundert« jedoch – ebenso wie der »VVN-Pressedienst« und die »VVN-Nachrichten« – von dem christlich-demokratischen Abgeordneten Lütches herausgegeben und von demokratisch eingestellten Redakteuren gestaltet wurde, erreichte bei zunehmendem Einfluß der Kommunisten im Rat der VVN der Konflikt zwischen dem Rat und seiner Zeitung »20. Jahrhundert« innerhalb weniger Wochen den Höhepunkt der schon lange vorhandenen Gegensätze.

Am 4. Februar 1950 erfolgte, getragen durch das Engagement christlich-demokratischer Mitglieder der VVN; unter Führung von Lütches<sup>6</sup> in Düsseldorf die Gründung des »Bundes der Verfolgten des Naziregimes« (BVN). Da die VVN die Rechte und den Titel der »VVN-Nachrichten« und des »20. Jahrhunderts« sofort für sich beanspruchte, wurde die Zeitung für einige Monate unter dem absurden provisorischen Titel »Zeitung ohne Namen« weitergeführt. Innerhalb weniger Tage war es nicht möglich, einen thematisch zutreffenden, nicht schon urheberrechtlich geschützten Titel zu finden und rechtlich abzusichern.

Die »Zeitung ohne Namen« mit dem Untertitel »Überparteiliches Blatt für Freiheit, Recht und Menschenwürde« wurde zum offiziellen Organ des BVN. Als Herausgeber fungierte Lütches, der am 12. März 1950 bei der ersten Mitarbeiterkonferenz zum vorläufigen Vorsitzenden des BVN gewählt und später in diesem Amt bestätigt wurde. Er kann als der geistige Motor und Initiator des BVN angesehen werden.

Nach der ersten Konsolidierung des BVN bekam die »Zeitung ohne Namen« den Namen »Das freie Wort«. Zugleich wurde das Spektrum erweitert und der Inhalt durch Zweifarbendruck, erhöhte Seitenzahl und größere Aktualität den publizistischen Anforderungen einer politischen Wochenzeitung angepaßt. »Das freie Wort« verstand sich als demokratisches Kampfblatt gegen den Rechts- und Linksradikalismus, für – so der Untertitel – »Freiheit, Recht und Menschenwürde«, für die europäische Einigung und die Versöhnung der Völker. Durch die intensiven Kontakte mit den Verfolgten aus den von Deutschen okkupierten europäischen Ländern hatte »Das freie Wort« die große Chance, zum Sprachrohr einer neuen Friedenspolitik für Europa zu werden.

Neben dem »Freien Wort« existierte ab 1954 als Verbandsorgan des BVN das Mitteilungsblatt »Freiheit und Recht«<sup>7</sup>, das von dem Vorstandsmitglied und späteren Generalsekretär des BVN Karl Ibach<sup>8</sup> herausgegeben wurde. Es übernahm 1955 nach Einstellung des »Freien Worts«, das auf Dauer keine kostendeckende Abonnentenzahl und keine entsprechenden Anzeigenaufträge erreichen konnte, die Aufgabe dieser Zeitung und wurde über den Rahmen des BVN hinaus später zum Organ des »Zentralverbandes demokratischer Widerstandskämpfer und Verfolgtenorganisationen« (ZDWV). »Freiheit und Recht« hat viele Jahre unter der Verantwortung von

6 Zu Lütches siehe Günter BUCHSTAB/Brigitte KAFF/Hans-Otto KLEINMANN (Hrsg.), *Verfolgung und Widerstand 1933 - 1945. Christliche Demokraten gegen Hitler*, Düsseldorf 1986, S. 100-105.

7 Impressum: Freiheit und Recht. Die Stimme der Widerstandskämpfer für ein freies Europa, herausgegeben vom Zentralverband demokratischer Widerstandskämpfer und Verfolgtenorganisationen (ZDWV) e.V., Königswinterer Straße 716, Bonn. Redaktion: Karl Ibach, Müggenburg 60, Wuppertal. Druck: Werner Fastenrath, Wuppertal.

8 Karl IBACH, KEMNA. *Wuppertaler Konzentrationslager 1933-1934*. Mit einem Vorwort von Johannes Rau. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1948, Wuppertal 1981.

Karl Ibach die politische Auffassung der Verfolgten und Widerstandskämpfer mit großem Engagement vertreten.

Für die VVN wurde seit Gründung des BVN 1950 in Frankfurt das als »antifaschistische Wochenzeitung« firmierende Blatt »Die Tat«<sup>9</sup> herausgegeben, das sich völlig dem kommunistisch-stalinistischen Kurs verschrieb, wie er von der Sowjetzonen-VVN und damit der SED vorgegeben war.

#### Zeitzeuge am Redaktionstisch

Die Entwicklung vom »VVN-Pressedienst« über die »VVN-Nachrichten« bis zum »Freien Wort« konnte ich vom 1. Juli 1947 bis Mitte 1953 zunächst als Volontär und dann als Redakteur hautnah Tag für Tag miterleben. Die Begegnung mit Verfolgten und Widerstandskämpfern der verschiedensten politischen oder religiösen Gruppierungen, die Gespräche und Interviews mit Überlebenden und mit Witwen der Opfer, die Teilnahme an Treffen, Tagungen und Gedenkfeiern der VVN und später des BVN, der ständige Kontakt mit ehemals verfolgten und eingekerkerten Redaktionskollegen und freien Mitarbeitern, mit im Dritten Reich als »entartet« geltenden Künstlern und emigrierten oder im »inneren Widerstand« in Deutschland gebliebenen Schriftstellern begleiteten unmittelbar den Redaktionsalltag.

Ob ein Kongreß der Zeugen Jehovas oder ein Wiedersehen der in Dachau eingekerkerten Priester, ob eine Begegnung der wegen ihrer politischen Überzeugung inhaftierten Mitglieder aus den verschiedenen Parteien oder ein Gottesdienst der wenigen den Todeslagern entkommenen Juden – bei vielen Reportage-Terminen der so vielschichtigen Gemeinschaft der Verfolgten konnte ich als junger Journalist die grausame Realität des Naziregimes, das Leid der Opfer und ihrer Angehörigen, die kaum vorstellbaren existenziellen Auswirkungen des Terrors unmittelbar kennenlernen. Vor allem begegnete ich vielen Persönlichkeiten aus dem christlichen Widerstand, mit denen Peter Lütches durch seine politische Aktivität in der Weimarer Republik, durch seine Arbeit in der holländischen Emigration und durch seine fünfjährige Haft in Gefängnissen und im Konzentrationslager eng verbunden war.

Lütches, vor 1933 Zentrumsabgeordneter und dann aktiv im Widerstand, war Mitte August 1935 nach Holland geflohen und wurde Leiter des »Katholischen Hilfswerks für deutsche Emigranten« in Utrecht. Mit seinen deutschen und holländischen Freunden versuchte er, Emigranten aus Deutschland vor allem nach Südamerika zu bringen und vor den Nazis zu retten. Über seine politischen Aktivitäten vor 1933 und sein Schicksal während des Dritten Reiches schrieb er selbst in einem Artikel des »Freien Worts« Nr. 41 vom 11. Oktober 1952: »Ich lebte 1933 als selbständiger Kaufmann in Süchteln, Kreis Kempen-Krefeld, und hatte dort den Vorsitz der Zentrumspartei inne, war Mitglied des Vorstandes der Zentrumspartei im Kreis Kempen-Krefeld, Mitglied des Parteiausschusses des Rheinischen Zentrums, Mitglied der Kommunalpolitischen Vereinigung der Deutschen Zentrumspartei, Stadtverordneter und Fraktionsführer des

<sup>9</sup> Impressum 1982: Die Tat. Antifaschistische Wochenzeitung. Anschrift der Redaktion: Frankfurt, Feldbergstraße 30, Telefon 0611/722815. – Ingrid Schuster (Chefredakteur), Ruth Keller (stellv. Chefredakteur), Doris Fisch, Wolfgang Gutmann, Gerhard Heß, Katja Maurer, Hermann Müller, Klaus Poweleit, Karl-Heinz Schieder. Ständiger Mitarbeiter: Emil Carlebach. – »Die Tat« erscheint im Röderberg-Verlag GmbH. Anschrift: Frankfurt, Schumannstraße 56.

Zentrums in Süchteln und Landtags- und Reichstagskandidat der gleichen Partei im 23. Wahlkreis Düsseldorf-West. Um mich der nationalsozialistischen Verfolgung zu entziehen, begab ich mich im Frühjahr 1935 von Süchteln nach München-Gladbach und emigrierte im August 1935 nach den Niederlanden ... Am 13. Juli 1940 wurde ich vom Sicherheitsdienst in Utrecht in Haft genommen. In den Niederlanden hatte ich im Verein mit meinem verewigten Freund Prof. Dr. Schmutzer und namhaften Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ein »Hilfswerk für deutsche Emigranten« geschaffen. Dadurch wurde mir die Gelegenheit geboten, im Rahmen der vorhandenen Mittel und Möglichkeiten Tausenden deutscher Emigranten Schutz und Hilfe zu gewähren. Ohne gerichtliche Verurteilung war ich rund zwanzig Monate Polizeigefangener in Utrecht und Arnheim und im Polizeigefängnis Berlin Alexanderplatz. Dann verbrachte ich weitere 38 Monate als Schutzhäftling Nr. 41447 im Konzentrationslager Sachsenhausen, Oranienburg bei Berlin, bis ich am 3. Mai 1945 von alliierten Truppen in der Nähe von Schwerin in Freiheit gesetzt wurde. Nachdem ich meine Frau im September 1943, während meiner KZ-Zeit, durch den Tod verloren hatte, konnte ich meinen ältesten Sohn Wolfgang zu Beginn 1946 als entlassenen Kriegsgefangenen wiedersehen. Mein jüngstes Kind Klaus, das am Tage meiner Verhaftung zwei Jahre alt war, habe ich bis heute – also seit zwölf Jahren – nicht wiedergesehen. Es wird in einem Land jenseits des Eisernen Vorhangs festgehalten.«

Ein Brief, den Lütches am 5. November 1938 an Graf Maximilian D. Arczynski in Rio de Janeiro richtete,<sup>10</sup> offenbart die großen Schwierigkeiten, politischen Flüchtlingen aus Deutschland die Auswanderung zu ermöglichen und für sie die Grenzen zu einer neuen Heimat zu öffnen: »Wir mußten schon bald einsehen, daß die scharfen Einwanderungsbestimmungen der USA eine größere Emigration unmöglich machten. Als Sie uns zustimmend antworteten, hatten wir schon zahllose Appelle an Freunde in nahezu allen Staaten Südamerikas gerichtet. Es blieb ganz allgemein beim Ausdruck des Interesses und des Mitgefühls. Zu Taten konnte sich niemand aufraffen ... Heute liegen die Dinge in den Niederlanden und in Belgien so, daß der Zustrom von Flüchtlingen aus Deutschland und Österreich um nichts, aber auch um gar nichts nachgelassen hat ... Es ist (nach dem Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich) so entsetzlich viel Leid und Not in Wien, daß wir in diesen Tagen überlegen müssen, ob wir nicht rund 100 Personen (nur die allerschlimmsten Fälle) eine vorübergehende Bleibe in unserem Lande verschaffen können. 100 Personen aber bedeuten nichts mehr denn ein Tropfen auf einen heißen Stein ... Wenn Sie nun bedenken, daß die im Grunde genommen so kleine Schar der niederländischen Katholiken seit Jahren die größten materiellen Opfer willig trägt, so werden Sie verstehen und begreifen, wie sehr wir daran interessiert sind, uns Luft zu schaffen und Emigrationen durchzuführen. Wir können uns nicht sperren, wenn Flüchtlinge an unsere Tür klopfen. Wir müssen helfen. Wir müssen hungrige Mäuler stopfen, wir müssen Obdachlosen Herberge verschaffen, wir müssen Bedürftige kleiden ...«.

Das »Katholische Hilfswerk für deutsche Emigranten« in Utrecht mußte zwangsläufig nach der Besetzung der Niederlande im Mai 1940 seine Arbeit einstellen. Seine deutschen und holländischen Mitarbeiter fielen in die Hände der Gestapo, darunter auch der 1934 ebenfalls nach Holland emigrierte Franz Ballhorn aus Nottuln, vor 1933

10 G. BUCHSTAB/B. KAFF/H.-O. KLEINMANN (wie Anmerkung 6), S. 100.

eine der maßgebenden Persönlichkeiten der katholischen Jugend im Münsterland und nach 1945 des wieder gegründeten katholischen Sportverbandes »Deutsche Jugendkraft« (DJK).

In seinen erschütternden tagebuchähnlichen Erinnerungen, vor allem an seine Erlebnisse im Konzentrationslager Sachsenhausen, unter dem Titel »Die Kelter Gottes«<sup>11</sup> schreibt Franz Ballhorn sechs Wochen nach seiner Verhaftung in Breda am 28. Juni 1940 über die Begegnung der »Muckermänner«, darunter auch Lütches, im Stadtgefängnis Arnheim am 16. August: »Wir alle gehören zur Gruppe der Muckermänner, bilden in den Augen der Gestapo eine einheitliche Clique politischer Verschwörer, die von Holland aus den Bestand und die Sicherheit des Deutschen Reiches und Volkes ständig gefährdete und unterminierte unter der geistigen Führung des »Staatsfeindes Nr. 1« Friedrich Muckermann SJ.<sup>12</sup>« Alle Mitglieder dieser katholischen Widerstandsgruppe kamen ins Konzentrationslager, die meisten kehrten nicht mehr zurück und starben an Mißhandlungen und Entbehrungen.

Lütches hatte durch sein politisches Engagement vor 1933 und durch seine Begegnungen in der Emigration und während der Haft viele Kontakte zu in- und ausländischen Verfolgten. Auch Überlebende aus dem engagierten Widerstand der Katholischen Arbeiterbewegung, deren führende Persönlichkeiten Prälat Dr. Otto Müller, Bernhard Letterhaus und Nikolaus Groß<sup>13</sup> im Zusammenhang mit dem Attentat vom 20. Juli 1944 dem NS-Regime zum Opfer fielen, gehörten zum Freundeskreis von Lütches und zu den ersten Mitgliedern des BVN, so Karl Arnold, Josef Gockeln und Dr. Walther Hensel. Sie hatten sich schon bald nach der Befreiung für die Gründung einer christlich-sozialen Partei eingesetzt und inzwischen in der CDU verantwortliche Aufgaben übernommen. Auch mit Dr. Konrad Adenauer hatte Lütches von Anfang an, vor allem aber in den entscheidenden Tagen der BVN-Gründung Anfang 1950, engen Kontakt und fand seine Zustimmung und Förderung.

Auf der Basis dieser Kontakte mit dem europäischen Widerstand kam schon bald nach der Befreiung die Idee einer neuen freien und demokratischen europäischen Gemeinschaft ins Gespräch, der sich Lütches – parallel zu seinem Engagement in der VVN und im späteren BVN – als Politiker und Verleger verpflichtet fühlte. So ist es zu erklären, daß er schon Anfang 1949 zugleich mit den »VVN-Nachrichten« die politische Wochenzeitung »Freies Europa« mit hohem publizistischem Anspruch und modernem Layout herausgab und später zeitweise selbst als Chefredakteur verantwortete. Nicht nur die politischen und gesellschaftspolitischen Zeitprobleme wurden vom »Freien Europa« aufgegriffen, sondern die Zeitung wandte sich mit großem Engagement auch den kulturellen und wirtschaftlichen Fragen eines künftigen Europa zu und gewann für alle Themenbereiche sachkundige Journalisten als ständige Mitarbeiter.

<sup>11</sup> Franz BALLHORN, *Die Kelter Gottes. Tagebuch eines jungen Christen 1940-1945*, Münster 1946, Neuaufgabe Münster 1980.

<sup>12</sup> Friedrich MUCKERMANN, *Im Kampf zwischen zwei Epochen. Lebenserinnerungen*, hrsg. v. Nicolaus JUNK (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A, Quellen Bd. 15), Mainz 1973.

<sup>13</sup> Günter BEAUGRAND/Heiner BUDE, *Nikolaus Groß. Zeuge und Bekenner im Widerstand der KAB 1933-1945*, Augsburg 1989.

## Im Geist der Zusammenarbeit Europas

»Freies Europa« wurde Mitte 1949 zum offiziellen Organ der Europa-Union, konnte aber wegen finanzieller Engpässe und stagnierender Auflage nur bis zum Jahr 1950 weitergeführt werden. Die publizistische Aufgabe des Blattes wurde jedoch weithin vom »Freien Wort« übernommen. Die Entstehung und Entwicklung des »Freien Europa«, dessen Gestaltung gesondert von den »VVN-Nachrichten« von einer eigenen Redaktion, aber in Zusammenarbeit mit den Redakteuren der »VVN-Nachrichten« wahrgenommen wurde, bedarf einer eigenständigen Analyse, da sie den Rahmen der hier vorgelegten Dokumentation über die Geschichte der VVN-BVN-Pressesprengung würde. Es ist jedoch auch hier unerlässlich, stichwortartig die Motivation und Gestaltung des »Freien Europa« darzustellen und die enge Verbindung zwischen den überwiegend christlich-demokratischen Verfolgten im BVN und der gerade aufkeimenden Europa-Idee zu verdeutlichen.

Die in Widerstand und in Haft geknüpften Kontakte waren das Bindeglied für den Weg zur künftigen Zusammenarbeit auf europäischer Ebene, die schon bald nach Gründung der Bundesrepublik überraschend schnell Resonanz fand und im Zeitraum 1949/51 zur Gründung von zahlreichen Stadt- und Kreisverbänden der »Europa-Union« führte. Hier konnte »Freies Europa« die Rolle des Sprachrohrs und des Bindegliedes für die verschiedenen Europa-Aktivitäten in der Bundesrepublik und in den benachbarten Ländern übernehmen. Diese Intention kam schon unmittelbar bei der Gründung des Blattes zum Ausdruck.

So schrieb Chefredakteur Manfred Michler, vorher zeitweise Chefredakteur des »VVN-Pressedienstes«, in der ersten Ausgabe vom 28. Januar 1949: »Wir haben allesamt, denen die Mitte Europas Heimat ist, Not und Tod zu Gefährten gehabt und durchleben die Lehre des Leids. Aus solcher Tiefe und solcher Lebensmitte heraus wachsen Einsichten und Impulse zu, die jenseits aller Kategorisierungen, Ismen und Parteibildungen stehen und die selbst den Begriffen »Sieger« und »Besiegte« andere, neue Inhalte verleihen ... Die Zeitung, die wir heute erstmalig der Öffentlichkeit übergeben, schließt in dem Begriff Europa nicht Teilstücke des Kontinents ein, sondern will mit ihm alle Kräfte umfassen, die sich dem Ziel eines freien Europa verschrieben haben. Es geht der Zeitung in erster Linie um die fruchtbare und klärende Aussprache von Volk zu Volk ... Was Verlag und Redaktion bewegt und was die Welt von je bewegte, ist die Frage: Wie sind Wollen und Wirklichkeit in Übereinstimmung zu bringen? Das Wollen gilt allein dem Frieden und dem Wohlstand der Völker. Sind sie ohne Freiheit denkbar?«

Treffend hat auch Karl Arnold, der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, in seinem Grußwort die Ziele des Blattes gedeutet: »Zweifach ist die Aufgabe, zu der sich der politisch denkende Deutsche heute aufgerufen sieht: Die Schutthaufen, die das Hitlerregime sachlich wie moralisch hinterlassen hat, wegzuräumen und auf dem freigelegten Boden ein neues Deutschland aufzubauen, das den schweren Anforderungen der Zukunft gewachsen ist. Diese Aufgabe kann nur gelöst werden in einem neuen Geist – dem Geist einer verantwortungsbewußten europäischen Zusammenarbeit, der internationales Vertrauen weckt und dem internationalen Vertrauen entgegenkommt. Wenn es der neuen Wochenzeitung »Freies Europa« gelingt, zu ihrem Teil an der Herstellung des Vertrauens durch Herbeiführung und Fortführung einer zwischenstaatlichen Aussprache mitzuwirken, so wird sie nicht nur einen wertvollen Beitrag zur Politik des Tages liefern, sondern auch zur Politik der Zukunft.«

Eine Fülle von Grußworten prominenter Persönlichkeiten begleitete den Start des »Freien Europa«, weil es dem in dieser Zeit intensiv diskutierten Gedanken der europäischen Einigung in Demokratie, Freiheit und Frieden entsprach. Sogar Winston Churchill äußerte seine Zustimmung zur Herausgabe: »Best wishes for the success of your paper.«

Das breite Spektrum des »Freien Europa« läßt sich schon an exemplarisch herausgegriffenen Artikeln ablesen: »Es geht vorwärts – Ein Kontinent im Aufbruch gegen raumfremde Mächte« (4. Februar 1949); »Schneller als man denkt – Der Rhein keine Verteidigungslinie gegen den Osten – Freies Europa im Gespräch mit dem Präsidenten des Parlamentarischen Rates Dr. Konrad Adenauer« (11. Februar 1949); »Was wird mit Berlin? – Lebenswille ist ungebrochen – Keine »Ausklammerung« geplant« (11. Februar 1949); »Föderation der Freiheit – Ohne neue Wirtschaftspolitik ist keine Stabilität möglich« (1. April 1949); »Die Besatzungszonen: Trümpfe im großen Spiel – Deutschland ist das Zwischenfeld neuer weltpolitischer Machtgruppierungen« – Von Ernst Lemmer (22. April 1949); »Union Europäischer Staaten – Die Hoffnung der deutschen Sozialisten« – Von NRW-Innenminister Dr. Walter Menzel (6. Mai 1949).

Mit der Ausgabe Nr. 15 vom 6. Mai 1949 erschien »Freies Europa« zum letzten Mal im Großformat und mit blauer Zusatzfarbe. In Nr. 16 vom 13. Mai 1949 teilte Lütsches, inzwischen Chefredakteur des Blattes, den Lesern mit, daß die großzügige Ausgestaltung des Blattes aus finanziellen Gründen nicht mehr weitergeführt werden könne, daß jedoch der Umfang und das redaktionelle Angebot erhalten blieben. Dieses Versprechen wurde eingelöst, und »Freies Europa« konnte in den folgenden Monaten eine Vielzahl interessanter und kompetenter Beiträge publizieren.

Ab Nr. 28 vom 5. August 1949 wurde dem Titel »Freies Europa« der Untertitel »Offizielles Organ der Europa-Union« beigefügt. In zahlreichen Artikeln und Rubriken kamen die Aktivitäten der »Europa-Union« im politischen Raum und auf Verbandsebene sowie die Arbeit der UNO und UNESCO zur Geltung. Führende Persönlichkeiten der »Europa-Union« wie Dr. Eugen Kogon, Prof. Dr. Carlo Schmid, Minister Dr. Carl Spiecker und Prof. Dr. Hendrik Brugmans stellten Beiträge zur Verfügung. Die Statuten, Resolutionen und Strukturen der »Europa-Union« und anderer Europa-Gruppierungen wurden regelmäßig dokumentiert.

Dazu wieder einige interessante Artikelüberschriften: »O Straßburg, o Straßburg – Möglichkeiten und Grenzen des Europa-Rates – Deutschlands Forderungen an Straßburg« (5. August 1949); »Deutschland und Straßburg – Die große Rede des Staatsministers Prof. Carlo Schmid anlässlich der Konstituierung des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung in Wiesbaden« (12. August 1949); »Fortschritte in Straßburg – Der Arbeitsbereich der Beratenden Versammlung – Churchill als Vorkämpfer« (19. August 1949); »Christliche europäische Verantwortung – Aufruf der katholischen Europa-Liga« (2. September 1949); »Europarat – Eine Fiktion mehr?« – Von Prof. Dr. Hendrik Brugmans, Brügge (23. September 1949); »Deutschland und der Europa-Rat – Entschließungen der Europa-Union und des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung« (14. Oktober 1949); »Der Kontinent zwischen zwei Kolossen – Die europäische Einigungsbewegung – ihr Werden, Wachsen und Wollen« – Von Eugen Kogon (14. Oktober 1949); »Gehobener Lebensstandard – Ziel des Europarates – Vorschläge der Beratenden Versammlung« (4. November 1949); »Um der Menschen willen – Das christliche Ja zur Europäischen Einigung« – Von Alfons Erb (25. November 1949); »Integraler Bestandteil Europas – Gewaltige

Europa-Kundgebung in London – Kein Europa ohne England – Churchill, Spaak und Lord Layton umreißen Aufgabe und Ziel – Auch die Menschen hinter dem Eisernen Vorhang sind nicht vergessen« (2. Dezember 1949).

Immer mehr profilierte sich »Freies Europa« als im In- und Ausland anerkannte politische Zeitung für den Europa-Gedanken. Das Blatt fand publizistisch große Anerkennung, konnte aber trotz aller Erfolge und trotz seiner Aufgabe als Verbandsorgan der »Europa-Union« seinen Weg über das Jahr 1950 hinaus nicht fortsetzen, weil der finanzielle Hintergrund fehlte, das Verlags- und Vertriebsmanagement nicht ausgebaut war und zudem die gleichzeitig laufenden VVN-Auseinandersetzungen und die Gründung des BVN den Initiator Lütches über Gebühr beanspruchten. Durch die mehrjährige KZ-Haft ohnehin geschwächt und erkrankt, blieben seine in die Zukunft weisenden Ideen für die Einheit Europas und für eine neue Welt in Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit, für die Überwindung der nationalsozialistischen Relikte und der neuen stalinistischen Gefahr in den Anfängen stecken. Trotzdem hat seine Initiative dazu beigetragen, daß sich sowohl der Europa-Gedanke als auch die Gestaltung eines neuen demokratischen Deutschland im Laufe der folgenden Jahre und Jahrzehnte durchsetzen und bewähren konnten.

#### Weggefährten des christlichen Widerstandes

Viele der Überlebenden aus dem christlichen Widerstand gehörten zum Mitarbeiterkreis des »Freien Europa« und zugleich der »VVN-Nachrichten«, für die Lütches ebenfalls verantwortlich zeichnete. Seine Kontakte führten dazu, daß auch die Gründung des BVN entscheidend von christlich-demokratischen Persönlichkeiten aus dem Widerstand getragen wurde, die auch in das Umfeld der Redaktion einbezogen waren.

Da war Franz Ballhorn als Weggefährte und Leidensgenosse von Lütches in Sachsenhausen. Da war Nanda Herbermann, seit 1926 Mitarbeiterin von Pater Muckermann. Nach der Emigration Muckermanns 1934 übernahm sie die Redaktion der von ihm herausgegebenen Zeitungskorrespondenzen und setzte seinen publizistischen Widerstand gegen das NS-Regime fort, bis sie selbst wegen »Gefährdung des Bestandes und der Sicherheit des Volkes und des Staates« am 4. Februar 1941 von den Nazis verhaftet und in das Konzentrationslager Ravensbrück in Mecklenburg eingeliefert wurde. Hier mußte sie unvorstellbare Leiden erdulden. Auf Intervention ihrer fünf Brüder, die als Soldaten im Feld standen, wurde sie im März 1944 wieder entlassen. In ihrem Buch »Der gesegnete Abgrund«<sup>14</sup> hat sie ihre KZ-Erlebnisse geschildert. Auch der Autor des »SS-Staates« und Herausgeber der »Frankfurter Hefte«, Eugen Kogon, und der »Ruhrkaplan« und spätere »Bunkerpfarrer« Klinkhammer<sup>15</sup> gehörten zu den Persönlichkeiten aus dem Widerstand, die an den »VVN-Nachrichten« mitarbeiteten und sie förderten.

Eine Persönlichkeit darf ich noch erwähnen, die mich damals sehr beeindruckte und die sich mir bis heute eingepägt hat: Es war der Sprachwissenschaftler Prof. Dr.

<sup>14</sup> Nanda HERBERMANN, *Der gesegnete Abgrund. Schutzhaftling Nr. 6582 im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück*, Buxheim/Allgäu, 3. Aufl. 1959.

<sup>15</sup> Josef JÄGER/Hans WALDENFELS (Hrsg.), *Kirche in der Großstadt. Festgabe für Carl Klinkhammer zum achtzigsten Geburtstag*, Düsseldorf 1983.

Dr. Anton Hilckman<sup>16</sup>, der nach seiner langjährigen Inhaftierung in 25 Gefängnissen und Konzentrationslagern geradezu besessen war vom Gedanken der Versöhnung vor allem mit Frankreich. Er sprach viele romanische und slawische Sprachen und befaßte sich besonders mit der rätomanischen Sprache, kümmerte sich aber mit großem Engagement bis zu seinem Tod im Jahr 1970 auch um die Erhaltung des niederdeutschen Dialekts seiner Heimat Bewergern in Ostwestfalen. Professor Hilckman war von Anfang an ein entschiedener Gegner des Nationalsozialismus, den er in vielen Publikationen und Vorträgen bekämpfte. Er mußte seine Gewissensentscheidung – ebenso wie die Mitarbeiter Pater Muckermanns – mit großem Leid, mit Berufsverlust und Einkerkerung bezahlen.

Die in der Redaktion der VVN- und späteren BVN-Zeitungen in sechs Jahren gewonnenen Eindrücke waren für mich prägend für das ganze Leben und führten während vieler Berufsjahre – auch in anderen publizistischen Wirkungsbereichen – immer wieder zur Auseinandersetzung und zur journalistischen Beschäftigung mit dem Naziregime und seinen Auswirkungen, mit dem Schicksal der Verfolgten und den Persönlichkeiten und Zielsetzungen des Widerstandes. Zugleich wurde mir aber durch die Auseinandersetzungen innerhalb der VVN im Spannungsfeld zwischen Demokratie und Kommunismus, zwischen gerade gewonnener Freiheit und der Gefahr neuer Diktatur die Tragik der Verfolgten bewußt. Sie hatten gemeinsam unendliches Leid erduldet und mußten nun erfahren, daß die in Gefängnissen und Konzentrationslagern gewachsene vermeintliche »Solidargemeinschaft«, die immer wieder beschworene Kameradschaft unter der Knute der SS, an der politischen Realität und der kommunistisch-stalinistischen Agitation zerbrach.

#### Die »VVN-Nachrichten«

Im Vergleich zur Gesamtentwicklung, die Ost und West immer mehr trennte, blieb in der VVN die Verbundenheit der ehemaligen Leidensgenossen relativ lange erhalten, was sich auch aus dem Inhalt der »VVN-Nachrichten« ablesen läßt. Da die Zeitung parteipolitische Themen weitgehend umging und sich vor allem mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und den Persönlichkeiten der Verfolgten und Widerstandskämpfer befaßte, konnte eine gewisse, schon im Untertitel programmierte Überparteilichkeit eingehalten werden. Dazu einige Beispiele: »So knebelte Goebbels die deutsche Presse – Enthüllte Geheimnisse aus der Giftküche des Propagandaministeriums« (3/49); »Am 10. Mai 33 vor der Staatsoper Berlin: Deutsche Literatur von den Nazis in die Flammen geworfen« (4/49); »Gestapo verfolgt Prinz Karneval – Das Schicksal des Düsseldorfer Karnevalisten Leo Statz« (5/49); »Breker macht sich breit – Viel Platz für den Paradeplastiker der Nazis« (6/49); »Ihr Geist lebt weiter – Das heldenhafte Beispiel der Geschwister Scholl« (7/49); »Mit gefesselten Händen – ein moderner Märtyrer: Pater Adolf Delp SJ.« (7/49); »Unsere letzte Rettung – Der paneuropäische Gedanke, vorgelebt in den Konzentrationslagern« (8/49); »Der Reichstag brennt – Die Flammen des 27. Februar 1933 vernichteten die Freiheit« (9/49); »Ein Mann, der 130.000 das Leben rettete – Raoul Wallenberg, einer der wenigen echten Helden des Krieges« (9/49); »Der Löwe von Münster – Zum vierten Todestag des tapferen Kirchenfürsten Graf von Galen« (13/49);

<sup>16</sup> Anton HILCKMAN, *Frankreich gestern und heute*, Freiburg i. Brsg. 1946.

»Kein Dach über dem Kopf – Opfer des Faschismus noch immer in unvorstellbarer Wohnungsnot« (13/49); »Die Juden sind tot – der Judenhaß lebt – In Deutschland herrscht weiterhin Hochkonjunktur für Antisemiten« (15/49); »Hitler in uns selbst – Kritische Anmerkungen zur Summe eines Pessimisten: Max Picard / Von Luise Rinser« (16/49).

In jeder Ausgabe veröffentlichten die »VVN-Nachrichten« Reportagen über die Ereignisse im Dritten Reich und über den von vielen Persönlichkeiten geleiteten Widerstand gegen das NS-Regime. Zusammenhänge wurden aufgedeckt, Perspektiven für die Zukunft gezeigt. Zugleich kamen Woche für Woche die Stimmen der verbotenen und verbrannten Schriftsteller zu Wort, etwa Thomas Mann, Alfred Döblin, Stefan Zweig, Ernst Kreuder, Kasimir Edschmid. Darüber hinaus wurden intensiv Fragen der Wiedergutmachung, der Entnazifizierung und der NS-Prozesse behandelt.

#### Zwispältige Solidarität

Auf der anderen Seite jedoch wurden brennende Fragen über neue Verfolgungen und Inhumanität im Ostblock weithin ausgespart, weil wegen der Solidarität mit den kommunistischen VVN-Mitgliedern der Bestand der VVN wie der Zeitung gefährdet war. Trotz dieser von Herausgeber Peter Lütches und der Redaktion nur zähneknirschend befolgten Generallinie der VVN erschienen jedoch schon Anfang 1949 Artikel, die auch die für die VVN kritischen Themen ansprachen. In Nr. 9/49 lautete die Titelzeile auf der ersten Seite: »Eine offene Frage: Warum schweigt man zu den Verhältnissen im Osten?« Der Text führte aus: »Warum schweigen wir über die Konzentrationslager in der sowjetischen Zone? Sind alle Berichte über diese Zustände gelogen? Oder weiß die VVN von diesen Zuständen heute ebenso wenig wie einst die Nazis in Deutschland über die KZ-Praxis? Handelt es sich bei diesen Verhältnissen nicht um Verbrechen gegen die Menschlichkeit, weil sie von den Russen begangen werden, die doch dieser Dinge wegen gegen Deutschland Krieg geführt und sich in Nürnberg als so strenge Richter betätigt haben? Gehört vielleicht ein zu großer Mut dazu, wenn die VVN in der sowjetischen Zone sich um diese neuen KZ-Opfer kümmert? Oder ist sie damit einverstanden? Sollten die verantwortlichen Männer der VVN Hemmungen haben, sich in diese Situation einzuschalten, dann ist es besser, ein ihrem Verhalten entsprechendes offenes Wort auszusprechen, damit der Christ in ihren Kreisen sich klar entscheiden kann. Er gehört dann nicht in die VVN. Nur eines sollte man nicht als Motiv herausheben, daß man keine Politik treibe. Der Kampf gegen solche Schändlichkeiten ist Menschenpflicht, die sich nicht nur auf die Vergangenheit erstreckt, sondern für immer die heiligste Menschenpflicht bedeutet, von welcher Seite sie auch mißachtet wird.«

Der sich aus diesen und ähnlichen Beiträgen entfachende Proteststurm der Kommunisten zwang die VVN zur Stellungnahme. Der linksgerichtete »Rat der VVN« in Berlin war schockiert über derartige Artikel im offiziellen VVN-Verbandsorgan. In den einzelnen Verbänden kam es zu harter Konfrontation über den weiteren Kurs und den Bestand der VVN. Die VVN in Bayern zog am 19. März 1949 ihre Vertreter aus dem formal pluralistisch besetzten, jedoch kommunistisch orientierten »Rat« zurück und erhob offiziell Protest gegen die Konzentrationslager in der Sowjetzone:

»Die VVN Bayern erhebt schärfsten Protest gegen die Errichtung und Beibehaltung von Konzentrationslagern, wo immer solche bestehen. Sie verurteilt insbesondere die Inhaftierung aus politischen Gründen. Sie verlangt schärfste Aburteilung aller Verbrecher gegen die Menschlichkeit« (VVN-Nachrichten, 13/49).

Immer mehr verstärkten sich die hier nur an einigen Beispielen dargestellten Gegensätze in der VVN, und immer mehr entfernte sich das Verbandsorgan »VVN-Nachrichten« von der offiziellen Führung der VVN, wie sie im »Rat der VVN« und anderen Gremien verkörpert wurde. Es ergaben sich groteske Widersprüche. So arbeiteten auch führende Kommunisten wie Franz Heitgres und Ernst Saalwächter weiter an den »VVN-Nachrichten« mit, während der »Rat« die Zeitung mit schärfsten Worten verurteilte. Die Spitzen der VVN machten sich zum Fürsprecher der »neuen sozialistischen Ordnung« und bezeichneten die westlichen Demokratien als »faschistische Kriegstreiber«, während das VVN-Organ konsequent auf der Linie der Demokratie und Humanität blieb und die ihm anfangs verordneten Scheuklappen in Richtung Sowjetunion und Ostblock ablegte, ja zum Gegenangriff auf die offizielle VVN-Linie antrat, etwa in Nr. 15/49 mit dem Artikel »Half die Sowjetunion den Nazis? – Tatsachen, die man nicht einfach beiseite schieben kann.«

Der Streit um die Linie der VVN ging weiter, die Grundsatzfrage um die Existenz der Organisation wurde mit aller Deutlichkeit gestellt, so in den »VVN-Nachrichten« 21/49 mit dem Artikel »Neues Programm oder Trennung?« Prominente Mitglieder der VVN und Mitarbeiter der »VVN-Nachrichten« wie Eugen Kogon verließen die Verfolgtenorganisation. Unter der Überschrift »Ich lege meine Ämter nieder« schrieb Eugen Kogon einen Artikel über den »politischen Untergang des europäischen Widerstandes«: »Hätte es überhaupt anders kommen können? Die Gegner des Dritten Reiches verband so gut wie nichts als die Feindschaft mit ihm. Das gilt für die Staaten wie für die Verbände und Gruppen. Nicht einmal die gemeinsame Auffassung von Demokratie vereinte die Regime und Regimenter von Ost und West gegen die rebellische Mitte. Man erweist dem Westen geradezu einen Dienst, wenn man die propagandistische Selbsttäuschung von damals angesichts der Folgen heute nachsichtig unerwähnt läßt. Was verband sie denn dann? Eben nichts als der Gegner!«

#### Vergebliche Kompromißversuche

Trotzdem: Die VVN blieb erhalten, Kompromisse wurden versucht, die Eingrenzung auf den Kampf gegen NS-Tendenzen und für die Interessen der Verfolgten in Erwägung gezogen und am 8. Juni 1949 mit der »Düsseldorfer Resolution« besiegelt: »Wir bekennen uns zur Überparteilichkeit der VVN. Wir fordern, daß sie sich ein neues Programm gibt, das sich in weiser Beschränkung auf diejenigen Aufgaben konzentriert, die von allen Mitgliedern ohne Unterschied des Standes, der Religion und der Weltanschauung akzeptiert werden können. Neben der Förderung der sozialen Belange ihrer Mitglieder und der Geltendmachung ihres unabdingbaren Anspruchs auf gerechte Wiedergutmachung muß sich die VVN mit allen erlaubten Mitteln für die Bekämpfung der Überreste des Nationalsozialismus, des Antisemitismus und des Militarismus einsetzen, soweit sie geeignet sind, den Bestand und die Sicherheit des neuen Deutschlands zu gefährden. Die VVN verfehlt Sinn und Zweck, wenn sie nicht zur Vorkämpferin für die Würde der menschlichen Persönlichkeit wird. Freiheit, Recht und soziale Gerechtigkeit bilden das Fundament einer jeden Gemeinschaft, die

dem Gemeinwohl dienen will« (VVN-Nachrichten 24/49). In der Resolution wurde die Gründung eines »Westdeutschen Rates der VVN« anstelle des Berliner Rates mit kommunistischer Orientierung gefordert, der jedoch mit dem Berliner Rat »in allen der Gemeinsamkeit dienenden Fragen« zusammenarbeiten sollte: »Der Westdeutsche Rat kann in allen ihm geeignet erscheinenden Angelegenheiten mit dem Rat der VVN in der sowjetischen Zone zusammenarbeiten. Im übrigen regelt der Rat der VVN der westdeutschen Länder seine Westdeutschland betreffenden Aufgaben selbständig.«

Unter den Unterzeichnern der »Düsseldorfer Resolution« fanden sich Namen wie Peter Lütsches, Prof. Dr. Heinrich Selhorst, Pfarrer Dr. Carl Klinkhammer und Domkapitular Reinhold Friedrichs, die als Vertreter der christlich orientierten Verfolgten und Widerstandskämpfer einen neuen Weg suchten, der dann – ein halbes Jahr später im Februar 1950 – mit der Gründung des »Bundes der Verfolgten des Naziregimes« (BVN) endlich gefunden wurde, aber auch im Bereich der Verfolgten die Trennung endgültig vollzog.

Das zweite Halbjahr 1949 war in den »VVN-Nachrichten« von einer Art Burgfrieden gekennzeichnet, bei dem »heiße Eisen« nur selten berührt und vor allem Reportagen und Berichte über die Ereignisse im Dritten Reich im Vordergrund standen. Dazu nur einige Beispiele aus den letzten Wochen des Jahres, als schon der Übergang zum neuen, ab Januar 1950 erscheinenden Titel »20. Jahrhundert« vorbereitet wurde: »Jedes Komma ein Säbelhieb – Carl von Ossietzky trotzte dem Ungeist des Nationalsozialismus« (43/49); »So begann der Leidensweg – Der Anfang vom Ende: 9. November 1938« (44/49); »Schatten über Oberammergau – Ehemaliger Alt-PG Hauptdarsteller bei den Passionsspielen« (48/49); »Das war Buchenwald – Erlebnisse in der Hölle der Konzentrationslager« (52/49).

#### Das »20. Jahrhundert«

In den letzten Wochen des Jahres 1949 wurde in den »VVN-Nachrichten« der neue Titel »20. Jahrhundert« ausführlich angekündigt und die Zielsetzung der erweiterten »VVN-Nachrichten« erläutert: »Unser neuer Titel ist mehr als nur ein bedeutsames Name, er ist zugleich ein anspruchsvolles Programm. Zwei Weltkriege und ein Tausendjähriges Reich haben weidlich dafür gesorgt, daß die erste Hälfte unseres Jahrhunderts keinen üppigen Ruhm auf das Menschengeschlecht häufte. Dennoch regen sich immer neue Kräfte, die den hohen Idealen von Recht, Freiheit und Frieden huldigen und eine Ehrenrettung des Jahrhunderts erstreben. Unsere Zeitschrift will Troubadour in diesem edlen Wetstreit sein. Im übrigen bleiben wir natürlich die alten: ein Blatt, das kein Blatt vor den Mund nimmt, eine Zeitung, die jeder aufrechte Zeitgenosse des 20. Jahrhunderts gern in die Hand nimmt.«

Die mit vielen Erwartungen verbundene Titeländerung und Verbesserung der Zeitung im attraktiven Boulevardstil mit knalligen Überschriften und flotten Texten ließ sich gut an und wurden von Leserschaft wie Öffentlichkeit positiv aufgenommen. Doch schon nach fünf Ausgaben wurde das »20. Jahrhundert« wieder eingestellt, weil die VVN nach der BVN-Gründung am 4. Februar 1950 die Eigentums- und Titelrechte beanspruchte und den Herausgeber zwang, sich für ein Verbandsorgan des BVN nach einem neuen Titel umzusehen. In der Hektik der Auseinandersetzungen entschied man sich – wie schon erwähnt – für den Interims-Titel »Zeitung ohne Namen«.

Der saloppe Untertitel des »20. Jahrhunderts« – »Das Blatt, das kein Blatt vor den Mund nimmt« – mußte aufgrund der Proteste des VVN-Vorstandes schon mit der zweiten Ausgabe vom 12. Januar 1950 geändert werden. Die forsche Unterzeile verschwand und machte der Firmierung »Überparteiliche Wochenzeitung« Platz, verbunden mit dem Text »Herausgegeben vom Pressedienst der VVN«. Die VVN hatte darauf bestanden, daß das Wort »VVN« unbedingt in den Titel aufgenommen wurde, um dadurch den Zusammenhang der Zeitung mit der Verfolgtenorganisation herauszustellen.

Das »20. Jahrhundert«, dessen erste Ausgabe am 5. Januar 1950 erschien, kann als ein Versuch bezeichnet werden, die in der Pressepraxis damals keineswegs selbstverständlichen Gestaltungselemente zügiger Schlagzeilen und großformatiger Bilder auch auf eine politische Wochenzeitung zu übertragen und so die Leser zur Lektüre anzuregen. Kompetente Mitarbeiter waren gewonnen und prominente Persönlichkeiten dazu aufgefordert worden, für die Startausgabe ihre Erwartungen für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts in kurzen Statements zu formulieren. Zudem sollten sie sich dazu äußern, was nach ihrer Auffassung als die wertvollste Tat der ersten Hälfte des Jahrhunderts gelten könne.

Die im »20. Jahrhundert« publizierten Antworten können als interessantes Zeitzeugnis für die geistige und politische Situation in der Jahrhundertmitte angesehen werden: Chefredakteur Küstermeier, »Die Zeit«: Erwartung: Einheit der Welt in Frieden. Wertvollste Tat: Völkerbund – Dr. Rudolf Pechel, Herausgeber der »Deutschen Rundschau«: Erwartung: Brüderliche Verständigung der Menschen. Wertvollste Tat: Widerstand der Berliner Bevölkerung gegen sowjetischen Druck – Max Reimann, kommunistischer Landtagsabgeordneter in NRW: Erwartung: Verwirklichung des Sozialismus in der ganzen Welt. Wertvollste Tat: Befreiung vom Imperialismus, sozialistische Oktoberrevolution 1917 – Prof. Dr. Otto Pankok, Maler: Erwartung: Abkehr von jeder Gewalt. Wertvollste Tat: Rückeroberung von Stalingrad, Landung in der Normandie – Chefredakteur Fritz Sänger, »Deutsche Presseagentur«: Erwartung: Soziale Gerechtigkeit und Gleichberechtigung aller Menschen. Wertvollste Tat: Die Arbeit der Gewerkschaften – Pfarrer Dr. Carl Klinkhammer, »Ruhrkaplan«: Erwartung: Paneuropäisches und föderalistisches Abendland, Frieden in der ganzen Welt. Wertvollste Tat: Widerstand gegen den Nazismus – Ernst Saalwächter, kommunistischer Landtagsabgeordneter in NRW: Erwartung: Verwirklichung des Sozialismus und dadurch Friede in der ganzen Welt. Wertvollste Tat: Sozialistische Revolution in Rußland.

#### Die »Zeitung ohne Namen« als Organ des BVN

Hinter den Kulissen der mit einer intensiven Redaktionsarbeit verbundenen Herausgabe des »20. Jahrhunderts« brodelte der Kampf um die politische Struktur der VVN weiter und nahm Tag für Tag härtere Formen an, weil die Kommunisten ihren Kurs nicht nur im Verband selbst, sondern auch in der Zeitung unbedingt durchsetzen wollten.

Ohne jede Vorankündigung und völlig überraschend für die Leser erschien die Nr. 6 des »20. Jahrhunderts« unter dem Titel »Zeitung ohne Namen – Überparteiliches Blatt für Freiheit, Recht und Menschenwürde – Offizielles Organ des Bundes der Verfolgten des Naziregimes«. Denn am 4. Februar 1950 war in Düsseldorf der »Bund der

Verfolgten des Naziregimes« gegründet und damit die Trennung der nichtkommunistischen Verfolgten und Widerstandskämpfer von der VVN organisatorisch vollzogen worden. Mit diesem Schritt war auch das Ende des »20. Jahrhunderts« gekommen, das – rechtlich VVN-Eigentum – nicht mehr erscheinen durfte.

In Nr. 6 der »Zeitung ohne Namen« – die Nummernfolge des »20. Jahrhunderts« wurde zunächst beibehalten – wurde der erste Aufruf des BVN veröffentlicht: »Am 4. Februar 1950 wurde der Bund der Verfolgten des Naziregimes mit dem Sitz in Bonn gegründet. Diese Gründung ist zwingend notwendig, weil sich die VVN immer mehr parteikommunistischem Druck unterwarf und damit ihren überparteilichen Charakter verlor. Die ehemals politisch, rassisch und religiös Verfolgten haben als Vorkämpfer für Freiheit und Recht nicht Leib und Leben eingesetzt, um heute Schrittmacher für ein neues totalitäres System zu werden. Wer sich zur Bundesrepublik Deutschland bekennt und ihre Verfassung achtet und ehrt, der trete ein in unsere Reihen und bekämpfe mit ihnen alle Gefahren, die unserer jungen, werdenden Demokratie drohen: Neo-Nazismus, Neo-Antisemitismus, Militarismus und Totalitarismus jedweder Prägung. Wir bekennen uns zum deutschen Volke, wir fordern die demokratische Sicherung seines staatlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens. Wir fordern seine auf der Würde des Menschen begründete staatliche Wiedervereinigung, seine Befriedung im Innern, den baldigen Abschluß eines wahrhaft gerechten Friedensvertrages und eine erlösende Versöhnung aller Völker im Rahmen der Vereinten Nationen ... Wir richten den herzlichen Ruf an alle politisch, rassisch und religiös Verfolgten des Naziregimes: Folgt unserem Appell, bildet allenthalben Stadt- und Landkreisverbände und übermittelt telegrafisch oder schriftlich eure Beitrittserklärung an den Bund der Verfolgten des Naziregimes (BVN), vorläufige Bundesadresse: Düsseldorf, Justizgebäude.«

In der gleichen Ausgabe wurden bereits zahlreiche Sympathieerklärungen für die neue Organisation wiedergegeben mit der Grundtendenz, daß die jetzt erfolgte Trennung von der VVN schon längst erforderlich gewesen sei. Die Ausgabe vom 18. Februar 1950 enthielt wiederum eine Vielzahl von zustimmenden Stellungnahmen, u. a. von Bundeskanzler Adenauer, Bundestagspräsident Köhler, Bundesjustizminister Dehler, dem Bayerischen Ministerpräsidenten Ehard, dem Hessischen Ministerpräsidenten Stock, dem NRW-Ministerpräsidenten Arnold, der Israelitischen Kultusgemeinde München.

In zahlreichen Beiträgen wurde in der gleichen Ausgabe die Notwendigkeit des Trennungsstrichs aus verschiedenen Aspekten herausgestellt, wie die Überschriften zeigen: »Die VVN hat die Idee verraten – Zugunsten politischer Ziele vergaß sie das Gemeinsame« – »Eine neue Diktatur bedroht unsere junge Demokratie/Gegen kommunistische Geschäfte mit dem Schicksal der Verfolgten«. Auch die nächsten Ausgaben der »Zeitung ohne Namen« waren schwerpunktmäßig der Berichterstattung über die neue Entwicklung gewidmet, gaben Ansprachen und programmatische Erklärungen der Gründer, Beitrittsaufrufe und Zustimmungsaßerungen wieder.

Über die in übelsten Tönen geführte VVN-Kampagne gegen den BVN gibt vor allem die Kontrast-Zeitung »Die Tat« Auskunft. Ein in der »Zeitung ohne Namen« unter dem Titel »Ehrentafel« veröffentlichtes Schimpfwortregister belegt die aggressive Ausdrucksweise der »Tat«: »Spalter, Feiglinge, Zersetzer, Verräter, Betrüger, Deserteur, Titoisten, Adenauer-Knechte, Anglo-Amerikaner, Quislinge, Hasardeure, Club der CDU, Kapitalisten, klerikale Hetzer, Lügner, reaktionäre Neofaschisten,

Faschisten, Agenten, Rattenfänger, Heuchler, Schwindler, Militaristen, Kriegstreiber, Diebe, Provokateure ...«.

Zu den Angriffen in der »Tat« und anderen kommunistischen Blättern veröffentlichte der BVN in der »Zeitung ohne Namen« eine Stellungnahme, die interessante Aufschlüsse über die politische Situation in der Bundesrepublik Anfang der Fünfziger Jahre und insbesondere über die Auseinandersetzungen zwischen VVN und BVN vermittelt. Es heißt darin: »Der Kommunismus hat in den letzten Jahren in der Bundesrepublik so vernichtende Niederlagen erlitten, daß die Gefahr einer durch die legale KP herbeigeführten Bolschewisierung Deutschlands nicht mehr besteht. Um so mehr regt es sich im Untergrund. Hunderte von Organisationen suchen überall Einfluß zu gewinnen. Man bemüht sich, Keile in die einzelnen Parteien und Verbände, besonders aber in die Organisationen zu treiben, die aktiv für die Demokratie eintreten und jede Art von Diktatur scharf bekämpfen. Solange sich der BVN nach der notwendigen Trennung von der VVN im Februar 1950 noch im Aufbau befand und politisch im Sinne der Kommunisten ungefährlich schien, wurde er als »Spaltergruppe« bezeichnet und weithin sogar totgeschwiegen. Als er jedoch seine Aufgaben mehr und mehr zu erkennen begann, im Sinne der toten Widerstandskämpfer überall für Menschenwürde, Recht und Freiheit einzutreten, setzte eine immer schärfer werdende Kampagne von seiten der VVN ein, die jetzt ihren Höhepunkt erreicht hat ...«.

#### »Das freie Wort«

Die letzte Ausgabe der »Zeitung ohne Namen« erschien am 30. Juni 1950. Sie wurde durch »Das freie Wort – Unabhängiges Organ für Freiheit, Recht und Menschenwürde« abgelöst, änderte sich jedoch nicht in der Grundrichtung. In zunehmendem Maße schaltete sich »Das freie Wort« in die Auseinandersetzungen zwischen Ost und West ein. Es sah sich als Stimme des Gewissens gegen jeden Radikalismus von links und rechts.

Durch die Auseinandersetzung mit der VVN hatten BVN und Redaktion hautnah erfahren, welche Ausmaße die ideologische Verhärtung der dem stalinistischen Kurs und der SED-Linie folgenden Kommunisten in der Verfolgtenorganisation angenommen hatte. So konnte »Das freie Wort« bis zu seiner Einstellung im Jahre 1955 im publizistischen Feld der Bundesrepublik mit dazu beitragen, vor den Gefahren der Diktatur und des Totalitarismus von links und rechts zu warnen und die neue Demokratie in der Gemeinschaft der freien Völker Europas zu festigen.

Je mehr der BVN Fuß faßte und überall in der Bundesrepublik Orts-, Kreis- und Landesverbände gegründet und ausgebaut werden konnten, um so mehr wurde »Das freie Wort« zum Sprachrohr der Verfolgten und, seinem Untertitel gemäß, zum »Unabhängigen Organ für Freiheit, Recht und Menschenwürde«, wie im Rückblick auf die seit Mitte 1950 erschienenen Ausgaben des Blattes nachfolgend ausschnittartig dokumentiert werden soll.

Dank der internationalen Kontakte des BVN und der Kooperation mit gleichgesinnten Organisationen wie dem Kampfbund gegen Unmenschlichkeit und der Europa-Union, griff »Das freie Wort« – auch als Erbe der inzwischen eingestellten Zeitung »Freies Europa« – ein breites Themenspektrum auf und versuchte mit Nachdruck, die Widerstandskraft der Bürger gegen neue Gefahren für die im Herbst

1949 gegründete Bundesrepublik zu stärken und den Gedanken der freiheitlichen Demokratie zu verankern, wobei christlich-demokratische Publizisten und Politiker die entscheidenden Akzente setzten.

Ein Schwerpunkt war im Herbst 1950 die Unterstützung des Kampfes gegen neue KZ-Verbrechen und der Appell zur Freilassung der immer noch im Ostblock festgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen. Auf einer Tagung der nichtstalinistischen Widerstandskämpfer am 20. und 21. Oktober 1950 in Brüssel verfaßte die dort gebildete »Internationale Kommission gegen das KZ-Regime« einstimmig ein Manifest gegen neue KZ-Verbrechen, in dem die Weltöffentlichkeit über neue Unmenschlichkeiten und Grausamkeiten in den noch immer bestehenden Konzentrationslagern informiert und zum Protest aufgerufen wurde. Der Kommission gehörten unter anderem Vertreter Frankreichs, Spaniens, der Bundesrepublik, Belgiens und der Niederlande an. Die Führung der deutschen Delegation hatte Lütsches übernommen. »Das freie Wort« berichtete in seiner Ausgabe vom 27. Oktober 1950 darüber.

In der gleichen Ausgabe wurde der »Tag der deutschen Kriegsgefangenen« unter dem Titel »Hinter Stacheldraht lebendig begraben« besonders herausgestellt: »Seit Mai 1950 ist der Strom von Heimkehrern aus dem Osten versiegt, und seit diesen Tagen ist auch die Hoffnung von Millionen Deutschen, die ihre Angehörigen noch in sowjetrussischer Gefangenschaft wissen, auf ein Wiedersehen zerronnen. Seit jenen Tagen schmachten Hunderttausende Deutsche, die sich nachweislich noch jenseits des Eisernen Vorhangs befinden, ohne einen Funken Hoffnung, ihre Heimat jemals wieder betreten zu können. Die ungefähre Zahl jener Bedauernswerten, über deren Schicksal keine oder nur mangelhafte Angaben vorliegen, beträgt weit über 1,5 Millionen, wenn man die noch verbliebenen deutschen Kriegsgefangenen mit den Zivilinternierten zusammenzählt. Viele von ihnen leben heute bereits neun Jahre hinter Stacheldraht, hinter Gefängnis- und Zuchthausmauern mit eintöniger, dürftiger Verpflegung, bei schwerer Arbeit und zeitweise schweren Mißhandlungen...«.

In den Beiträgen des »Freien Worts« war stets die Leitlinie erkennbar, daß die ehemaligen Verfolgten und Widerstandskämpfer aus der Zeit des Naziregimes den Anspruch erhoben, sich auf allen Gebieten und über die Bundesrepublik hinaus für Menschenwürde und Menschenrecht einzusetzen und die Fundamente der freiheitlichen Demokratie zu festigen. Dazu einige Beispiele aus dem Zeitraum 1951/52: »Über den Parteien: der Mensch! – Die Aufgaben der demokratischen Freiheitsorganisationen« (16. Nov. 1951); »Der Befreiungsrat der Völker Rußlands – Russische Emigranten im Kampf gegen den Bolschewismus« (23. Nov. 1951); »Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen – Der Kampf der Zeugen Jehovas für ihren Glauben – 1000 Hinrichtungen im Dritten Reich« (15. Dez. 1951); »Noch immer hinter Stacheldraht – Weihnachten in einem russischen Kriegsgefangenenlager« (22. Dez. 1951); »Hinter den Kulissen des Auswärtigen Amtes – Dramatische Zeugenvernehmung über die Vergangenheit deutscher Diplomaten« (3. Jan. 1952); »O neue Burschenherrlichkeit – Wiedergeburt des Paukboden-Heroismus?« (2. Febr. 1952); »Antisemitismus in der Sowjetunion – Seit Jahrzehnten werden Juden verfolgt und unterdrückt« (16. Febr. 1952); »Kirche des Leidens und des Lobgesangs – Über die Lage der orthodoxen Kirche im Staat der Gottlosen« (16. Febr. 1952); »Interview mit Fritz Kortner – Ein Kämpfer für das Ansehen des »anderen Deutschland« (8. März 1952); »Reichstagsbrand und Bücherverbrennung – Erinnerungen an die ersten Monate des Dritten Reiches« (29. März 1952); »Buchenwald – Symbol der Sklaverei – Konzentrationslager unter Hitler und Stalin« (8. April 1952); »Journalismus ohne

Verantwortung – Die deutsche illustrierte Presse serviert Hintertreppen-Romantik über die Größen des Dritten Reiches« (10. Mai 1952).

Mitte 1952 wurde der vom BVN und der Fédération Internationale Libre des Déportés et Internés de la Résistance, der internationalen Verfolgtenorganisation, einberufene Kongreß freier Völker in Düsseldorf in mehreren Ausgaben des »Freien Worts« zum Schwerpunkt der Berichterstattung und Dokumentation. Der Kongreß, auf dessen Schlußkundgebung Prof. Dr. Alexander Graf Schenk von Stauffenberg, der Bruder des Obersten Claus Graf Schenk von Stauffenberg, sprach, wurde zum Treffpunkt maßgeblicher Persönlichkeiten aus Politik und Kultur im europäischen Raum. Es verdient gewiß Beachtung, daß auch der Dichter Alfred Döblin zu den Teilnehmern des Kongresses zählte. Die etwa 150 Teilnehmer kamen u. a. aus Belgien, Bulgarien, Frankreich, Holland, Italien, Luxemburg, Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei, den USA und der Bundesrepublik. Sie verkörperten gleichsam den europäischen Widerstand gegen das Naziregime, sahen sich aber zugleich als engagierte »Missionare« für die Gestaltung eines neuen, freien Europa. Als Ziel hatte sich der Kongreß die Aktivierung des Kampfes gegen jeden Totalitarismus von links und rechts und die Durchsetzung der demokratisch-freiheitlichen Auffassungen zur Verwirklichung von Freiheit, Recht und Menschenwürde in einer friedlichen Welt vorgenommen.

Diese Ziele kamen auch in den Referaten zum Ausdruck, über die »Das freie Wort« ausführlich berichtete oder die es im Wortlaut zum Abdruck brachte: »Freiheitskämpfer an einen Tisch. Der »Kongreß Freier Völker« – ein Anfang und Versuch« (26. Juli 1952); »Wir brauchen Missionare der Freiheit – Von Ernst Tillich, Leiter der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« (26. Juli 1952); »Die Pflicht der freien Publizistik gegenüber den unfreien Völkern – Von Dr. Klaus Peter Schulz« (2. Aug. 1952); »Nur der verdient sich Freiheit und das Leben, der täglich sie erobern muß – Von Prof. Dr. Dr. Anton Hilckman« (2. Aug. 1952); »Das Feuersignal der Zeit: Gerechtigkeit! – Von P. J. S. Serrarens, Mitglied der Zweiten Kammer des Niederländischen Parlaments, Generalsekretär des Internationalen Bundes Christlicher Gewerkschaften« (18. Aug. 1952).

#### »Europäisches Forum«

Im November 1952 wurde »Das freie Wort« durch eine etwa alle vier Wochen erscheinende Beilage »Europäisches Forum« zunächst nur in deutscher, dann in englischer, französischer und deutscher Sprache erweitert. In jeder Ausgabe wurden aktuelle Fragen zur europäischen Einigung von kompetenten internationalen Mitarbeitern behandelt, die vor allem aus christlich-demokratischer Haltung die Möglichkeiten für eine neue Zukunft des noch in Trümmern liegenden Kontinents abzustecken suchten.

Wie schon erwähnt, waren es gerade die Widerstandskämpfer und Verfolgten des Naziregimes, die aus ihren bitteren Erfahrungen die Kraft schöpften, den Weg zur Versöhnung und zu einer friedlichen Völkergemeinschaft zu suchen. Das Leitmotiv der 1949 gegründeten Zeitung »Freies Europa« und der im gleichen Zeitraum herausgegebenen »VVN-Nachrichten« wurde im »Freien Wort« konsequent weitergeführt und ausgebaut.

Die erste Ausgabe des »Europäischen Forums« vom 29. November 1952 befaßte sich in mehreren Artikeln mit dem Für und Wider der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft: »Gleiche Rechte – gleiche Pflichten« von Alfred Mozer, Internationaler Sekretär der Niederländischen Arbeiterpartei; »Das Gesetz der Diplomatie« von Professor Martin Dehousse, Brüssel; »Nationalismus im Angriff« von Henry Frenay, Präsident des Exekutiv-Komitees der Union Europäischer Föderalisten; »Die Fesseln der deutschen Politik« – Dr. Carlo Schmid zum Generalvertrag und zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft; »Die Deutschen als Verbündete« von Dr. Hermann Schützinger, Oberst a. D.; »Gemeinsame Sicherheit oder gemeinsamer Untergang?« Von Theodor Plievier.

Die zweite Ausgabe des »Europäischen Forums«, nun schon dreisprachig, erschien am 17. Januar 1953 zum Thema »Benelux-Probleme«, die dritte vom 7. Februar 1953 zum Thema »Europas Widerstandskämpfer« mit den Artikeln »Ankläger der KZ-Regime« (Franz Ballhorn), »Wir untersuchen Konzentrationslager« (Prof. Alfred-Serge Balachowsky), »Wenn du verhaftet wirst« (Verhaltensmaßregeln bei Verhören in sowjetischer Haft).

Am 28. März 1953 folgte eine weitere Ausgabe des »Europäischen Forums«, wiederum dreisprachig, zum Thema »Holland zeigt den Weg« über die bestmögliche Hilfe für Flüchtlinge aus der sowjetischen Zone, während sich die Ausgabe des »Forum« vom 11. April 1953 mit der Frage »Amerika und Europa« befaßte und kompetente Politiker zu Wort kommen ließ: »Das Heil Europas kommt von den Europäern« von Senator Alexander Wiley, Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses des US-Senats; »Die Würde des Menschen ist unantastbar« von Norris Poulsen, Mitglied des US-Repräsentantenhauses. Am 16. Mai folgte dann das »Europäische Forum« zum Thema »Ja und Nein zum Schuman-Plan« mit Beiträgen »Ohne Montan-Union kein Europa« von Franz Etzel, Vizepräsident der Hohen Behörde für Kohle und Stahl; »Montan-Hauptstadt Saarbrücken« und »Deutschland und Frankreich in der Stunde der Entscheidung« von Prof. Dr. Dr. Anton Hilckman.

Nur mosaiksteinartig konnte hier die vielseitig verflochtene Geschichte der von christlichen Demokraten mitgeprägten VVN- und BVN-Publizistik und ihre schon zu Beginn erkennbare, später aber immer deutlicher hervortretende europäische Dimension vor allem in den Zeitungen »VVN-Nachrichten«, »Freies Europa« und »Das freie Wort« aus der Sicht eines Zeitzeugen und aktiv mitgestaltenden Publizisten in die Erinnerung gerufen werden. Eine solche Rückschau kann vielleicht dazu beitragen, die politischen Strömungen und Entscheidungen in den Nachkriegsjahren verständlich zu machen und so die Entwicklung der Bundesrepublik bei der Eingliederung in eine friedliche europäische Völkergemeinschaft nachzuvollziehen.

## Die Erhard-Biographie von Volker Hentschel\*

Gelesen und besprochen von Yorck Dietrich

Kein deutscher Staatsmann der Nachkriegszeit, auch Adenauer nicht, wird so gerne zitiert, auf keinen berufen sich Politiker aller Couleur so häufig wie auf Ludwig Erhard. Und doch fehlte bis vor einem Jahr eine umfangreiche, wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Erhard-Biographie, falls man nicht das spannend geschriebene Buch von Daniel Koerfer über die Rivalität zwischen Adenauer und Erhard als solche ansehen will.<sup>1</sup> Aber auch in dieser unverkennbar von Sympathie für den Wirtschaftsminister geprägten Darstellung gewinnt Erhard erst durch den Kontrast Gestalt. Die Diskrepanz zwischen der öffentlichen Wertschätzung und der wissenschaftlichen Würdigung ist unbestreitbar.

Mit diesem Paradox sah sich auch Volker Hentschel konfrontiert, Autor der ersten umfassenden Erhard-Biographie. Er löste das Problem, wie man aus den entrüsteten Reaktionen der ersten Rezensenten weiß, auf sehr einfache Weise: Er erklärt Erhard zu einem unbedeutenden, wenig talentierten Mann, ausgestattet allenfalls mit einer gewissen rhetorischen Begabung und einem übertriebenen Selbstgefühl, der, von den Umwälzungen nach dem Zusammenbruch hochgespült, in der Situation von 1948 eine glückliche Hand bewies, vielleicht auch in den Jahren danach noch einiges leistete, ab 1955 sein Amt nur mehr schlecht als recht verwaltend, um, getragen von einem früh entstandenen, scheinbar unverwüstlichen Mythos, die Kanzlerschaft anzustreben, nach deren Erreichen er um so schonungsloser demontiert wurde.<sup>2</sup> Erst das Bedürfnis der CDU nach einer Rückbesinnung auf frühere Erfolge habe ihm seit den siebziger Jahren zu einem unverdienten Nachruhm verholfen.<sup>3</sup>

Nun ist Hentschel als Biograph eines Wirtschaftspolitikers denkbar ungeeignet. Er macht keinen Hehl aus seiner Ansicht, daß die Wirtschaftspolitik zum Wohlergehen eines Landes allenfalls marginale Beiträge liefern könne.

---

\* Volker HENTSCHEL: *Ludwig Erhard. Ein Politikerleben*, Olzog-Verlag, München und Landsberg am Lech 1996, 712 S.

<sup>1</sup> Daniel KOERFER, *Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer*, Stuttgart 1987. Außerdem: Michael K. CARO, *Der Volkskanzler. Ludwig Erhard*, Köln-Berlin 1965; Jess LUKOMSKI, *Ludwig Erhard. Der Mensch und der Politiker*, Düsseldorf-Wien 1965; Volkhard LAITENBERGER, *Ludwig Erhard. Der Nationalökonom als Politiker*, Göttingen-Zürich 1986.

<sup>2</sup> Schlüsselpassagen: V. HENTSCHEL, S. 38 f., 56, 197, 227 f., 385, 407.

<sup>3</sup> Ebd., S. 660.

Bestimmend seien die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, makroökonomische Angebots- und Nachfragefaktoren.<sup>4</sup> Mit dem ordnungspolitischen Denken deutscher Provenienz kann er wenig anfangen – wie auch manche durchaus liberal orientierte Ökonomen.<sup>5</sup> Man kann sich vorstellen, daß andere Wirtschaftspolitiker in Hentschels Augen ebensowenig Gnade gefunden hätten. Das beste, was ein Wirtschaftsminister tun könne, sei, die Zeichen der Zeit zu erkennen und Hindernisse auf dem vorgegebenen Weg der Volkswirtschaft beiseite zu räumen. Genau das habe Erhard 1948 getan. Anschließend war die wirtschaftliche Entwicklung ein Selbstläufer, Erhards Leistungen hätte es nicht bedurft, selbst wenn er noch etwas geleistet hätte. Die Aufgaben des Wirtschaftsministers könnten heutzutage genauso gut vom Finanzminister wahrgenommen werden.<sup>6</sup>

Dies muß vorausgeschickt werden, wenn man Hentschels Buch gerecht werden will. Hat er seine Aufgabe als so undankbar empfunden, daß er sich durch ständige, oft hämische Ironie Erleichterung verschaffen mußte? Aber man muß Hentschels wirtschaftspolitische Anschauungen nicht teilen, um mit Erhards Biographie Schwierigkeiten zu haben. Dem Menschen Erhard fehlt die Ambivalenz, die ihn für ein der Belletristik so nahestehendes Genre interessant machen würde. Den unbekanntem Erhard, der erst entdeckt werden mußte, gibt es offenbar nicht. Bei kaum einem anderen Politiker scheinen Rhetorik und Handeln so weitgehend übereinzustimmen. Steckt hinter dem herzerfrischenden Streiter gegen »seelenlosen Kollektivismus«, »mechanistische Bürokratie« und wie die Phrasen alle lauteten, über die sich Hentschel ständig mokiert, noch ein zweiter, origineller, skeptischer Erhard, der wirkliche Sympathie wecken könnte?

Doch gibt es einen *Bruch im Leben Erhards*. Dieser Bruch liefert einen Schlüssel zu Person und Wirken des Wirtschaftsministers, er hilft aber vor allem, das abfällige Urteil Hentschels zu erklären. Es ist die Diskrepanz zwischen der bedeutungslosen ersten und der um so bedeutenderen zweiten Lebenshälfte Erhards. Und man kann Hentschel das Verdienst nicht absprechen, Tatsachen, die bekannt waren oder die zumindest jeder hätte wissen können, nachdrücklich in Erinnerung gerufen zu haben.

Der Mann, der 1945 von den Amerikanern zum bayerischen Wirtschaftsminister ernannt wurde, war zwar keine verkrachte Existenz, aber er hatte auch keinen Lebenslauf vorzuweisen, der in einer Leistungsgesellschaft

4 Ebd., S. 171 f. 394 f., 615 f.

5 So bezeichnet der Erhard sehr gewogene Herbert Giersch die Jahre 1950 bis 1955 als »time of spontaneous growth« und mißt den ordnungspolitischen Reformen der fünfziger Jahre nur geringe Bedeutung für den Aufschwung bei – sie hätten ihn zumindest nicht behindert. Herbert GIERSCH/Karl-Heinz PAQUE/Holger SCHMIEDING, *The fading miracle. Four decades of market economy in Germany*, 3. Aufl. Cambridge 1994, S. 65, 79-87.

6 V. HENTSCHEL, S. 469.

besondere Anerkennung finden würde. Er war ein Langzeitstudent, auch nach heutigen Maßstäben, der sich nur schwer zu einem Berufseinstieg entschließen konnte. Am auffallendsten ist die zwei- bis dreijährige Lücke in Erhards Lebenslauf, von Ende 1925 bis zu seinem Eintritt in das »Institut für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigware« 1928. Alle bisherigen Darstellungen übergingen diese Jahre mit fadenscheinigen Formulierungen.<sup>7</sup> Nach Lektüre der ersten Rezensionen hatte ich mich darauf gefreut, welche Entdeckungen Hentschel vermelden würde, konnte man doch annehmen, daß er keine Gelegenheit ausgelassen hatte, für Erhard Peinliches zutage zu fördern. Doch er muß passen: »Wovon die junge Familie in Erhards Frankfurter Studienzeit lebte, ist unerfindlich. Wovon sie in den nächsten drei Jahren lebte, auch.«<sup>8</sup>

Im Institut für Wirtschaftsbeobachtung und einem nur aus ihm selbst bestehenden Institut für Industrieforschung – einer Art ABM-Stelle – überdauerte der künftige Wirtschaftsminister die Weltwirtschaftskrise und den Weltkrieg. Die Version, nach der ihn das NS-Regime oder seine persönliche Unbeugsamkeit an einer wissenschaftlichen Karriere gehindert hätten<sup>9</sup>, wird man nach Hentschels Forschungen kaum mehr aufrechterhalten können, nicht weil an Erhards Integrität zu zweifeln wäre, sondern weil es ihm an wissenschaftlicher Begabung fehlte. Und doch – Erhards Selbstbewußtsein ging aus den Jahren der Erfolglosigkeit unbeschädigt hervor. Kaum war er durch eine Verkettung von Zufällen bayerischer Wirtschaftsminister geworden, verkündete er, Bayern sei für einen Fachmann seines Kalibers zu klein.<sup>10</sup>

Der weitere Weg Erhards in die Politik ist bekannt. Er war einer der Außenseiter, die in der Zeit vom Zusammenbruch bis etwa 1950 oft wichtige Rollen in den »bürgerlichen« Parteien spielten. Fast alle wurden bald auf einflußlose Posten abgeschoben oder verschwanden in der Versenkung. Beinahe wäre es Erhard in der »Korea-Krise« 1950/51 ebenso ergangen. Zusammen mit Eugen Gerstenmaier gehörte Erhard aber zu den wenigen dieser Persönlichkeiten in der CDU, die sich halten konnten und ihre Stellung sogar noch festigten. Mit Gerstenmaier hatte er auch gemeinsam, daß er Protestant war – wenngleich ohne Verwurzelung im kirchlichen Bereich – und keine

7 D. KOERFER (wie Anm. 1), S. 24, rezipiert die »offiziöse« Version, nach der Erhard sich nach Abschluß seines Studiums 1925 um das elterliche Geschäft »kümmerte« und nach dessen unvermeidlicher Schließung 1928 an das Nürnberger Institut ging. Sollte er tatsächlich drei Jahre damit verbracht haben, so müßte man folgern, daß das Geschäft nicht an den Spätfolgen der Inflation, sondern an der Leitung durch Erhard zugrunde ging. Nach J. LUKOMSKI (wie Anm. 1), S. 38 f., wurde das Geschäft 1928 aufgegeben, während V. LAITENBERGER (wie Anm. 1), S. 18, nur erwähnt, daß Erhard 1925 »Geschäftsführer« wurde, das Ende aber offen läßt.

8 V. HENTSCHEL, S. 17.

9 So z.B. bei M.K. CARO (wie Anm. 1), S. 28; V. LAITENBERGER (wie Anm. 1), S. 25.

10 D. KOERFER (wie Anm. 1), S. 31.

politische Erfahrung aus der Weimarer Zeit mitbrachte, daher nicht auf ein Netz von Beziehungen zurückgreifen konnte und über keine Hausmacht verfügte. Politikern mit Zentrumsvergangenheit, wie Konrad Adenauer, Heinrich Krone oder Otto Lenz, war er als unabhängiger Liberaler, Protestant und vor allem als politischer Dilettant zutiefst suspekt.

Aus dieser Ecke stammen denn auch die frühesten und bissigsten der negativen Urteile, von denen die Quellen voll sind und von denen Hentschel ausgiebig Gebrauch macht.<sup>11</sup> Zum christlich-sozialen Gewerkschaftsflügel der CDU gewann Erhard ohnehin nie ein gutes Verhältnis. Aber auch die politischen Freunde des Wirtschaftsministers konnten nicht umhin, sich immer wieder über seine Ungeschicklichkeit, Selbstgefälligkeit und vermeintliche Naivität zu mokieren. So muß man in den Akten nicht lange nach abfälligen Bemerkungen über Erhard suchen.

Erhard war aber nicht nur aufgrund seiner Biographie ein Außenseiter. Er war es auch aufgrund seiner selbstgewählten Stellung im wirtschaftspolitischen Kräftefeld. Hentschel ist zuzustimmen, daß die *Hinwendung Erhards zu den »Neoliberalen«* erst nach Kriegsende erfolgte.<sup>12</sup> Dennoch würde ich nicht so weit gehen zu behaupten, daß sich von den Ansichten des späteren Wirtschaftsministers nichts beim »frühen« Erhard wiederfindet. Zwar hat er die sozialreformerischen Ideen seines Lehrers Franz Oppenheimer, soweit erkennbar, nicht aufgegriffen. Aber das Eintreten für eine »soziale« Marktwirtschaft war in seinem Bildungsweg durchaus als Möglichkeit angelegt. Im übrigen wird es immer problematisch bleiben, aus den wenigen Schriften Erhards vor 1945 – und er war kein Vielschreiber! – seine wirtschaftspolitischen Auffassungen rekonstruieren zu wollen.<sup>13</sup>

Hentschel erkennt die starke Beeinflussung durch Röpke bzw. die häufige Übernahme seiner aktuellen wirtschaftspolitischen Forderungen.<sup>14</sup> Für Erhard charakteristisch war allerdings, daß er Röpkes an Oppenheimer erinnernde Idee einer »Vitalpolitik«, einer umfassenden sozialen Strukturreform, nicht mit übernahm. Man mag das – wie Hentschel wohl andeuten möchte – als Zeichen sozialpolitischen Desinteresses, gar »sozialer Kälte« sehen, man kann es aber auch als Beweis dafür anführen, daß Erhard pragmatischer und realistischer war, als es manche seiner Lobredner heute wahrhaben möchten.

11 Otto LENZ, *Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951-1953*, bearb. von Klaus GOTTO u.a. (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 11), Düsseldorf 1988; Heinrich KRONE, *Tagebücher*, Bd. 1: 1945-1961, bearb. von Hans-Otto KLEINMANN (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 28), Düsseldorf 1995.

12 V. HENTSCHEL, S. 45 f.

13 Genau dies versucht aber Horst Friedrich WÜNSCHE, *Ludwig Erhards Gesellschafts- und Wirtschaftskonzeption. Soziale Marktwirtschaft als politische Ökonomie*, Stuttgart 1986.

14 V. HENTSCHEL, S. 64-67.

Trotz dieser im großen und ganzen zutreffenden Feststellungen gelangt Hentschel nicht dazu, Erhards Stellung und Funktion in der kleinen, aber vielschichtigen Gruppe der Neoliberalen (wie wir sie in Ermangelung eines besseren Namens nennen wollen) angemessen zu bewerten. Das ist um so erstaunlicher, als seine zentrale These – der Wirtschaftsminister habe spätestens seit 1955 kaum noch etwas zustande gebracht – auffallende Parallelen gerade in neoliberal geprägten Sichtweisen hat. Die Neoliberalen wollten Wirtschaft und Gesellschaft Deutschlands von Verkrustungen befreien, unter denen sie seit der Kaiserzeit gelitten hatte. Öffnung nach außen, Brechung von Kartellen und Monopolen im Innern, Abschaffung ständischer Privilegien, Stärkung von Verbrauchern, Sparern und Kleinaktionären, Verzicht auf kurzatmigen staatlichen Interventionismus – das waren ihre wesentlichen, gemeinsamen Ziele. Neben dem harten Kern – Eucken und Böhm, Röpke und Rüstow – gehörten dazu die Kölner Richtung um Alfred Müller-Armack, die heute kaum noch bekannten Juristen Harold Rasch und Walter Strauß, eine Reihe von Wirtschaftsjournalisten, einige maßgebende Wirtschaftsexperten der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, FDP und DP und schließlich viele Spitzenbeamte, vor allem im Wirtschaftsministerium.<sup>15</sup>

Erhards Bedeutung lag gerade darin, daß er die zentrale Figur dieser Kreise und Zirkel war. Auf ihn richteten sich ihre Hoffnungen, und seine Nähe suchten alle, die sich seinen tatsächlichen oder vermeintlichen Zielen verbunden fühlten. Weil Erhard sich für die Neoliberalen entschied und dies vernehmlich kundtat, gewann er zeitweilig angesehene und wortmächtige Verbündete. Die Neoliberalen fanden in ihm nicht nur einen politischen Vertreter, sondern auch einen publikumswirksamen Verkünder ihrer Ideen. Die Beziehung Erhards zu seinen Anhängern und Verbündeten trug unvermeidlich Züge einer enttäuschten Liebe. So viele, oft unterschiedliche Erwartungen, wie an ihn gerichtet wurden, hätte kein Mensch erfüllen können. Enttäuschungen konnten nicht ausbleiben. Nahmen die einen ihm übel, daß er sich einer grundlegenden Gesellschaftsreform verweigerte, so

---

15 Für die Ideengeschichte immer noch unverzichtbar: Egon Edgar NAWROTH, *Die Sozial- und Wirtschaftsphilosophie des Neoliberalismus*, Heidelberg-Löwen 1961; Helmut Paul BECKER, *Die soziale Frage im Neoliberalismus. Analyse und Kritik*, Heidelberg-Löwen 1965; Reinhard BLUM, *Soziale Marktwirtschaft. Wirtschaftspolitik zwischen Neoliberalismus und Ordoliberalismus*, Tübingen 1969. Alle drei Verfasser stehen dem Neoliberalismus kritisch bis ablehnend gegenüber. Freundlich bis zustimmend dagegen: Friedrich August von HAYEK u.a., *Einleitung*, in: Wilhelm RÖPKE, *Die Lehre von der Wirtschaft*, 12. Aufl. Bern-Stuttgart 1979, S. XXXIV ff.; Hans G. NUTZINGER (Hrsg.), *Liberalismus im Kreuzfeuer. Thesen und Gegenthesen zu den Grundlagen der Wirtschaftspolitik*, Frankfurt/M. 1986; Anthony James NICHOLLS, *Freedom with responsibility. The Social Market Economy in Germany 1918-1963*, Oxford 1994; siehe auch den Forschungsüberblick von Joachim STARBATTY, in: *Soziale Marktwirtschaft als historische Weichenstellung* [= Erhard-Festschrift 1997], Düsseldorf 1997.

fühlten sich die anderen von ihm im Stich gelassen, weil er nicht massiver gegen den Wohlfahrtsstaat auftrat. Kritisierten Hardliner schon die zaghaftesten Versuche, die permanente Hochkonjunktur dämpfen zu wollen, so kam sein vermeintliches prozeßpolitisches Laissez-faire auch liberalen Makroökonomien unaufgeklärt, rat- und hilflos vor.

Keiner seiner Kritiker aus dem Kreise der Neoliberalen oder des Wirtschaftsflügels der CDU kam aber jemals auf die Idee, daß Erhard ersetzt werden könnte. Bis 1963 wurde kein ernstzunehmender Nachfolger genannt. Hentschel würde das wohl mit Erhards Unentbehrlichkeit als Wahllokomotive erklären.<sup>16</sup> Doch warum blieb Erhards Abschied aus dem Wirtschaftsministerium weitgehend unbeachtet?<sup>17</sup> Man ging offenbar davon aus, er werde auch als Kanzler die Wirtschaftspolitik bestimmen. Es mußte mit Karl Schiller erst eine neue wirtschaftspolitische Doktrin den Siegeszug antreten, bevor die Ära Erhard zu Ende ging.

Aufgabe einer wissenschaftlich anspruchsvollen Erhard-Biographie wäre es, Erhards Rolle als Zentralfigur des neoliberalen Spektrums zu analysieren. Die Extreme der möglichen Interpretationen sind aus der tagespolitischen Rhetorik bekannt: Man kann Erhard als den Motor marktwirtschaftlicher Ordnungspolitik darstellen, als den Mann, von dem alle wichtigen Gesetzesvorhaben ausgingen, bei dem alle Fäden zusammenliefen, gleichermaßen bedeutend als Theoretiker und Praktiker. Oder aber als Vollstrecker vorgefertigter wissenschaftlicher Modelle, gar als Galionsfigur, als geschickten Kommunikator, der die Politik anderer Leute nur in eingängige Formeln kleidete. Es käme darauf an, festzustellen, wie groß sein Anteil an der Formulierung und Durchsetzung der Wirtschaftspolitik tatsächlich war. Hentschel ist sich beispielsweise der Bedeutung der Ministerialbürokratie im politischen Entscheidungsprozeß durchaus bewußt.<sup>18</sup> Doch er macht keinen Versuch, die Rollenverteilung zwischen Minister und Ministerium näher zu analysieren, was seinen Grund sicherlich auch darin hat, daß die Ministerialbürokratie als Gegenstand historischer Forschung – ausgenommen vielleicht die Außenpolitik – nicht existiert. Wichtiger noch ist, daß der Historiker durch diesen Ansatz einen brauchbaren und akzeptablen Maßstab gewinnt, um Erfolg und Mißerfolg zu beurteilen. Hier geht es nicht darum, nachzuweisen, ob ohne Erhard das Wirtschaftswachstum ein oder zwei Zehntelprozent höher oder niedriger ausgefallen wäre. Man kann seine Leistung vielmehr an einem Maßstab bewerten, den er selbst und sein Umfeld angelegt hätten: der Umsetzung neoliberaler Ordnungsvorstellungen.

<sup>16</sup> Vgl. V. HENTSCHEL, S. 488.

<sup>17</sup> Auf diesen erstaunlichen Umstand hat jüngst Gerhard STOLTENBERG, *Wendepunkte. Stationen deutscher Politik 1947-1990*, Berlin 1997, hingewiesen.

<sup>18</sup> V. HENTSCHEL, S. 127, 295, 299, 365 f.

Das Merkwürdige ist, daß Hentschels zentrale These, wie oben angedeutet, durchaus einem solchen Ansatz entspringen könnte. Es waren und sind nämlich gerade Neoliberale, die dazu tendieren, Erhards Wirken in zwei Phasen einzuteilen – eine Periode tatkräftig errungener ordnungspolitischer Erfolge und eine nachfolgende Zeit zunehmender Widerstände und Stagnation.<sup>19</sup> Bisweilen auch wird die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik als Verfallsgeschichte beschrieben, angefangen vom ordnungspolitischen Durchbruch 1948 über den wachsenden Einfluß der »Vested Interests« bis zum vorläufigen Tiefpunkt der Durchsetzbarkeit marktwirtschaftlicher Politik in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren. Diese Sichtweise kommt dem Selbstverständnis Erhards und seiner Mitstreiter vielleicht noch mehr entgegen als die erste Variante.<sup>20</sup> Hentschel macht sich – wie unzählige Zeitgenossen Erhards – darüber lustig, daß der Wirtschaftsminister immer dann, wenn er tief in Schwierigkeiten steckte, »eine Erhard-Originalabfüllung, Spätlese 1948 ... entkorkte«, sich und seine Zuhörer selbstgefällig an die eigenen Verdienste beim Übergang zur Marktwirtschaft erinnerte.<sup>21</sup> Erhard scheint geglaubt zu haben, 1948/49 ein Mandat erhalten zu haben, die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Schritt für Schritt im neoliberalen Sinne umzugestalten.

Diese zweite Version der Verfallsthese, nach der begonnene ordnungspolitische Reformen schon bald im Dickicht organisierter Interessen erstickt wurden, findet sich bereits in den fünfziger Jahren bei Anhängern Erhards, so bei Franz Etzel und dem damaligen Grundsatzreferenten und späteren Abteilungsleiter im Wirtschaftsministerium, Rolf Gocht. Als Beweis dafür, daß »Schritt für Schritt in den vergangenen ... Jahren der Einfluß von Interessengruppen auf die staatliche Politik zugenommen« habe, diente ihnen vor allem die Auseinandersetzung um das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz).<sup>22</sup> Man hat den Eindruck, daß dieses Vorhaben für die Neoliberalen im Laufe der Jahre einen Symbolwert gewann, der in keinem Verhältnis zur tatsächlichen wirtschaftlichen Bedeutung stand. An der Durchsetzung des Kartellgesetzes sollte sich entscheiden, ob die Bundesrepublik Deutschland den Weg der Reform beschritt oder in alte schlechte Gewohnheiten zurückfiel. Ganz im Einklang mit dieser Sichtweise ist das Kartellgesetz fast das einzige neoliberal inspirierte Reformvorhaben,

---

19 So z.B. von Rainer KLUMP, *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zur Kritik neuerer wirtschaftshistorischer Interpretationen aus ordnungspolitischer Sicht*, Wiesbaden 1985, in der Auseinandersetzung mit Werner Abelshauser.

20 Vgl. die in Anm. 22 genannten Quellen.

21 Aus: *Der Spiegel*, zit. n. V. HENTSCHEL, S. 535.

22 Vgl. Yorck DIETRICH, *Eigentum für jeden. Die vermögenspolitischen Initiativen der CDU und die Gesetzgebung 1950-1961* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 29), Düsseldorf 1996, S. 234-238 (Zitat S. 236 f.).

dem die Forschung bisher Beachtung geschenkt hat.<sup>23</sup> Dafür ist wohl auch die Tatsache verantwortlich, daß hier die Abhängigkeit von neo-, genauer: ordoliberalen, nämlich Euckenschen Vorstellungen ohne Schwierigkeiten nachzuweisen ist.

Ein anderer neoliberaler Topos war der Begriff von der »zweiten Phase« der Sozialen Marktwirtschaft.<sup>24</sup> Als Erhard ihn 1953 zum ersten (?) Mal verwendete, zielte er auf fortgesetzte wirtschaftliche Liberalisierung, wollte er »die noch außerhalb der Marktwirtschaft stehenden Bereiche mehr und mehr in jene Ordnung einbeziehen«. In den folgenden Jahren rückten sozialpolitische Forderungen zunehmend in den Vordergrund. Als Franz Etzel das Schlagwort im Bundestagswahlkampf 1957 erneut verwendete, standen ordnungs- und sozialpolitische Ziele schon gleichrangig nebeneinander: Es ging um Liberalisierung des Kapitalmarkts und eine breite Streuung des Vermögens. 1960 verstand Müller-Armack unter der »zweiten Phase« der Sozialen Marktwirtschaft »ihre Ergänzung durch das Leitbild einer neuen Gesellschaftspolitik«, gekennzeichnet durch verstärkte Bildungs-, Vermögens- und Umweltpolitik. Aus dieser Sicht äußerte sich das Erlahmen neoliberalen Reformwillens darin, daß es nicht gelang, nach der Wirtschaft auch die Gesellschaft durch eine neue Sozialpolitik umzugestalten.

Zu fragen ist also nicht, ob neoliberale Politik das Wirtschaftswunder ermöglichte, sondern ob überhaupt eine Wirtschaftspolitik betrieben wurde, die den Namen »neoliberal« verdient. Ein solcher Ansatz würde sich für Hentschel eigentlich anbieten, denn er stellt nicht die heroische Tat des Jahres 1948 in den Mittelpunkt seiner Darstellung (diese Ereignisse werden noch vor Seite 100 abgehandelt), sondern widmet sich ausführlich der Wirtschaftspolitik bis 1963.

Weder die These, daß die Durchsetzbarkeit neoliberaler Reformen nach 1948 stetig abnahm, noch diejenige, nach der es eine deutliche ordnungspolitische Zäsur gab, ist in dieser Schärfe haltbar. Man wird vielmehr für die ersten beiden Jahrzehnte nach der Währungsreform ein Auf und Ab des neoliberalen Einflusses auf die *Gesetzgebung* feststellen können, wobei sich das politische Klima seit 1959 allerdings spürbar verschlechterte. Wichtig ist, daß neoliberale Vorstellungen zu unterschiedlichen Zeiten auf unterschiedlichen Gebieten zur Geltung kamen, abhängig davon, ob sich

---

23 R. ROBERT, *Konzentrationspolitik in der Bundesrepublik. Das Beispiel der Entstehung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen*, Berlin 1976; Ursula BEYENBURG-WEIDENFELD, *Wettbewerbstheorie, Wirtschaftspolitik und Mittelstandsförderung 1948-1963. Die Mittelstandspolitik im Spannungsfeld zwischen wettbewerbstheoretischem Anspruch und wirtschaftspolitischem Pragmatismus* (VSWG-Beiheft 96), Stuttgart 1992, S. 175-213 (mit weiteren Nachweisen).

24 Dazu Y. DIETRICH, *Eigentum* (wie Anm. 22), S. 264 f., Anm. 190. Dort auch die folgenden Zitate.

in den Regierungsfraktionen oder den Ministerien einflußreiche Fürsprecher dieser Anliegen annahmen.

Ein gutes, von der Forschung völlig vernachlässigtes Beispiel ist die Finanzpolitik. Anders als in der Wettbewerbspolitik gab es hier keine klaren, leicht greifbaren Vorgaben von neoliberaler Seite. »Neoliberale« Positionen wurden vielmehr im Wechselspiel zwischen Wissenschaft und Politik formuliert, in der tagesaktuellen Auseinandersetzung mit der Steuergesetzgebung der Wiederaufbaujahre. Sie begünstigte bekanntlich die Selbstfinanzierung der Unternehmen sowie den (Miet)wohnungsbau, was dem Wiederaufbau zugute kam, aber den Kapitalmarkt verkümmern ließ und zu einer sehr ungleichen Vermögensbildung unter den sozialen Schichten beitrug. Wilhelm Röpke hatte schon 1929 die Selbstfinanzierung als »Keim der Kapitalverschwendung« verdammt – eine der wenigen grundsätzlichen Äußerungen der bekannten Vertreter des Neoliberalismus, die sich auf die steuerpolitischen Auseinandersetzungen der Nachkriegszeit anwenden läßt.<sup>25</sup> Röpke wurde auch nach 1948 nicht müde, in einer Vielzahl von Artikeln eine Kursänderung hin zu einem freien Kapitalmarkt zu fordern. Die Allokation des Kapitals dürfe nur über den Zins erfolgen. Man kann unschwer eine Parallele zu der Forderung nach dem »freien Preis« ziehen, wie ihn Eucken für die Gütermärkte verlangte.<sup>26</sup> Erhard und vor allem die Abteilung VI »Geld und Kredit« des Wirtschaftsministeriums machten sich diese »dogmatic liberal position« (Giersch)<sup>27</sup> zu eigen.

Seit 1956 argumentierte Erhard auch sozialpolitisch: Selbstfinanzierung führe zur Vermögenskonzentration. Doch gelangen ihm bis 1957 nur begrenzte Korrekturen, was auch an fehlenden steuerpolitischen Kompetenzen seines Ministeriums lag – trotz der hart erkämpften Übertragung von »Geld und Kredit« 1952. Brachten die Steuerreformen von 1953 und 1954 wenigstens Teilerfolge, so waren das Kapitalmarktförderungsgesetz vom Dezember 1952 und vor allem die Steueränderungsgesetze von 1956 Rückschläge bei der Liberalisierung des Kapitalmarkts. Ein Grund für Erhards Erfolglosigkeit war neben dem Widerstand Finanzminister Schäffers auch das Versäumnis der Wirtschaftsminister, sich der Unterstützung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu versichern. So sahen es jedenfalls Erhards Freunde, allen voran Franz Etzel. Erst als sich der Wirtschaftsflügel der CDU unter Führung Etzels 1957 auf ein steuer- und kapitalmarktpolitisches Programm einigte, gelang der Durchbruch: Etzel löste nach der Wahl Fritz Schäffer als Finanzminister ab und verwirklichte 1958/59 eine Steuerreform, die diesen Namen verdiente.

25 Wilhelm RÖPKE, *Die Theorie der Kapitalbildung*, Tübingen 1929.

26 Dazu Y. DIETRICH, *Eigennum* (wie Anm. 22), S. 103-106, 114 f.

27 H. GIERSCH u.a. (wie Anm. 5), S. 54.

Die Rolle Etzels ist das beste Beispiel dafür, welche Bedeutung Erhards Umfeld bei der Durchsetzung, ja Entwicklung neoliberaler Forderungen hatte. Mit den Düsseldorfer Leitsätzen von 1949 gelang ihm ein eigenständiger Beitrag zur wirtschaftspolitischen Programmatik. In den folgenden Jahren war er ein kritischer Begleiter von Erhards Wirtschaftspolitik, in Einzelfragen oft anderer Meinung, im Grundsatz übereinstimmend. Etzel versuchte, im Wirtschaftspolitischen Ausschuß der Bundes-CDU Professoren, Politiker und Unternehmer auf eine Linie zu bringen, was oft am Desinteresse Erhards scheiterte.<sup>28</sup>

Hentschel erwähnt Erhards kapitalmarktpolitische Vorstellungen, die dann mit Hilfe Etzels teilweise durchgesetzt wurden, beiläufig, bezeichnet sie aber als »undurchdacht und wenig schlüssig, ... auch gänzlich unreal.«<sup>29</sup> Das ist ein krasses Fehlurteil. Fragwürdig an dem Programm war allenfalls die Verdammung der Selbstfinanzierung, auf die fast alle Mißstände in Wirtschaft und Gesellschaft zurückgeführt wurden – Preissteigerung, Unternehmens- und Vermögenskonzentration. Alles übrige ergab sich jedoch mit zwingender Konsequenz: Niedrigere Steuertarife und Abbau von Abschreibungsvergünstigungen, Finanzierung der Investitionen über den Kapitalmarkt und Heranführung der (Klein)sparer an den Aktienmarkt. Die derzeitige Diskussion über die Rückständigkeit des deutschen Kapitalmarkts zeigt, wie weitsichtig Erhards Forderungen waren.

Der Wiederbelebung des Aktienmarkts sollte auch eine grundlegende *Reform des Aktienrechts* dienen, die seit 1950 vom Wirtschaftsministerium gefordert wurde. Steuer- und Aktienrechtsreform bildeten für Erhard und Etzel eine Einheit; beide Vorhaben müssen aufeinander bezogen werden, um ein schlüssiges Gesamtkonzept zu ergeben. Hentschel erwähnt die Aktienrechtsreform überhaupt nicht. Das kann man ihm allerdings kaum zum Vorwurf machen – die historische Forschung hat von diesem zentralen Reformprojekt bisher keine Notiz genommen.<sup>30</sup>

Dafür mag auch der Umstand verantwortlich sein, daß sich in den Schriften der – vermeintlichen – neoliberalen »Vordenker« nur wenig Erhellendes zu Fragen des Aktienrechts findet. Eucken und Böhm war – geht man nach ihren wenigen schriftlichen Äußerungen – die Rechtsform der Aktiengesellschaft überhaupt suspekt. Nach ihnen konnten sich die Reformer kaum richten, auch wenn sie sich gerne auf Eucken beriefen. Die Forderung nach einer Novellierung des Aktiengesetzes von 1937 wurde vor allem von Juristen erhoben, von denen Walter Strauß, der langjährige Staatssekretär im Justiz-

28 Yorck DIETRICH, *Franz Etzel als Finanzpolitiker*, in: HPM 2/1995, S. 173-187.

29 V. HENTSCHEL, S. 299.

30 Ein erster Versuch der Einordnung in die Wirtschafts- und Finanzpolitik bei Y. DIETRICH, *Eigentum* (wie Anm. 22), S. 106-109, 226-229, 315-319.

ministerium, und der als Publizist hervortretende Harold Rasch die bekanntesten waren. Man kann beide dem Umfeld des Neoliberalismus zurechnen. Strauß' Ministerium zeigte an der Reform jedoch wenig Interesse, so daß ein Referentenentwurf erst 1958 vorlag – im Jahr der Etzelschen Steuerreform. Dies rechtfertigt es, den Höhe- und Wendepunkt neoliberalen Einflusses auf die Wirtschaftspolitik im Jahre 1959 anzusetzen. Die Regierungsbildung von 1957 hatte mit der Ernennung der Erhard-Anhänger Etzel, Lindrath und Blank noch einmal einen marktwirtschaftlichen Reformschub ermöglicht. Den Machtkampf um die Präsidentennachfolge überstanden die wichtigsten Exponenten des Neoliberalismus, Erhard und Etzel, aber nicht unbeschadet. Die 1958 beginnende Kohlekrise zeigte überdies, daß die Kräfte der Strukturkonservierung stärker waren als angenommen. Die Aktienrechtsreform konnte bezeichnenderweise erst 1965 verabschiedet werden – ein Jahr vor der Vorlage des Stabilitätsgesetzes, das einen Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik einleitete.

Noch mehr als die Steuerpolitik zeigt die Auseinandersetzung um die Aktienrechtsreform, daß sich das Wirken der Neoliberalen in den Regierungsparteien und Ministerien nicht darauf beschränkte, vorgefertigte wissenschaftliche Entwürfe umzusetzen. Sie waren zum Teil schöpferisch tätig, indem sie neoliberale Grundsätze selbständig auf neue Sachgebiete anwendeten. Keinesfalls war Erhard in diesen Fragen allein der unermüdliche Anreger und Antreiber. Spitzenbeamte wie der erwähnte Walter Strauß, Ludwig Kattenstroth im Wirtschafts- und Fritz Schiettinger im Finanzministerium leisteten wichtige Beiträge.<sup>31</sup> Aber ohne den Wirtschaftsminister hätte den Reformbestrebungen ein Zentrum gefehlt, auf das sich die Neoliberalen wie selbstverständlich bezogen.

Erhards ambivalente Rolle zeigt sich besonders am Beispiel der vermögenspolitischen Gesetzgebung, als deren Schöpfer er immer wieder dargestellt wurde. Seine Kritik an der steuerlichen Begünstigung der Selbstfinanzierung war zweifellos auch sozialpolitisch motiviert. Doch erhoffte er sich alles Heil von einem freien Kapitalmarkt; weitergehende Maßnahmen gegen die Vermögenskonzentration wie Sparprämien oder gar Investivlöhne lehnte er ab. Die *vermögenspolitische Gesetzgebung* wurde weitgehend ohne oder gegen Erhard durchgesetzt. Sein Einsatz für die »Volksaktie« war eine Ausnahme und beschränkte sich auf die Jahre 1956 bis 1958. Erhard stimmte in diesen Fragen mit der dogmatischen Position der Abteilung »Geld und Kredit« überein – gegen seine Grundsatzabteilung unter Müller-Armack und gegen sein Sozialreferat, das in der Vermögenspolitik sogar ein Einfallstor

---

31 Völlig verfehlt ist die Darstellung von Spitzenbeamten des Bundeswirtschaftsministeriums als geistig unselbständige Ministranten Erhards: V. HENTSCHEL, S. 365 f. Vgl. dagegen V. LAITENBERGER (wie Anm. 1), S. 87.

für christlich-soziale Forderungen war. Man kann Erhards Position aber auch nicht pauschal als »neoliberal« kennzeichnen. Er ignorierte nicht nur die Forderung Röpkes und Rüstows nach einer radikalen gesellschaftlichen Strukturreform hin zu mehr Kleineigentum, er teilte auch nicht die hohe Wertschätzung der privaten Ersparnis, die für viele Neoliberale so charakteristisch war. Auch betriebliche Partnerschaftsmodelle waren ihm unsympathisch. Hier zeigt sich ein pragmatischer, moderner Erhard, dessen Haltung der abnehmenden Bedeutung des Privatvermögens in der Nachkriegszeit durchaus gerecht wurde.<sup>32</sup>

Erhards Haltung zur *Sozialpolitik* ist heute umstrittener denn je. Zwei Bilder stehen unvereinbar nebeneinander: Da gibt es den »harten« Erhard, auf den sich Kritiker des Wohlfahrtsstaates, Arbeitgeber und die Wirtschaftspresse berufen, den Warner vor einer Übersteigerung der Sozialsysteme und unermüdlichen Kämpfer gegen den kollektivistischen Moloch. Der »weiche« Erhard hingegen wird gerne von den CDU-Sozialausschüssen beschworen, von Blüm bis Eppelmann, gelegentlich auch von der SPD. Er habe für wachsenden Wohlstand gesorgt, den – dank der Sozialpolitik – alle genießen konnten.

Hentschel entscheidet sich für den »harten« Erhard, und er hat damit wohl recht, was dessen persönliche Einstellung betrifft.<sup>33</sup> Über Erhards Taten erfährt man hingegen wenig. Hentschel porträtiert ihn zwar als scharfen Gegner der Rentenreform von 1957, anders als Hans Günter Hockerts, dem zufolge nur Schäffers Finanzministerium frühzeitigen und grundsätzlichen Widerstand geleistet hat.<sup>34</sup> Doch kann auch Hentschel nicht bestreiten, daß Erhards Proteste erst einsetzten, als die wichtigsten Entscheidungen schon gefallen waren – zum Teil sogar mit seiner Zustimmung.<sup>35</sup> Die Angewohnheit, gegen im kleinen Kreis getroffene Entscheidungen nachträglich öffentlich zu wettern, war übrigens typisch für den Wirtschaftsminister. Er reagierte, so könnte man meinen, mit rhetorischen Pflichtübungen auf den Aufschrei seiner neoliberalen Verbündeten, allen voran Wilhelm Röpkes.

Wie wenig Erhard bereit war, etwas zur Eindämmung des Wohlfahrtsstaates zu unternehmen, zeigt sein Verhalten im Streit um die Krankenversicherungsreform. Arbeitsminister Theodor Blank gehörte zu den wenigen aufrichtigen Freunden und Bewunderern Erhards in den Sozialausschüssen.

32 Y. DIETRICH, *Eigentum* (wie Anm. 22), S. 238-241, 293.

33 V. HENTSCHEL, S. 83, 85, 648.

34 Ebd., S. 259-261. Dagegen Hans Günter HOCKERTS, *Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945 bis 1957*, Stuttgart 1980.

35 V. HENTSCHEL, S. 271, 288. Auch die Belege, die Hentschel für Erhards ablehnende Haltung anführt, beziehen sich auf spätere Phasen der Auseinandersetzung. Siehe auch Y. DIETRICH, *Eigentum* (wie Anm. 22), S. 223 f.

Sein Ziel war es, den Kostenanstieg in der Krankenversicherung durch eine Reihe von Systemkorrekturen, darunter eine Selbstbeteiligung, zu bremsen, ohne die Qualität der Versorgung in Frage zu stellen. Erhard aber scheint das »Sozialpaket«; mit dem dieses Vorhaben 1962 zum zweiten Mal in Angriff genommen wurde, auch als Kanzler nicht hinreichend unterstützt zu haben; jedenfalls war Blank von ihm tief enttäuscht.<sup>36</sup> Daß Erhard den Wohlfahrtsstaat persönlich verabscheute, ist glaubhaft – der heroische Kämpfer gegen wuchernde Sozialsysteme, als den viele ihn heute sehen möchten, war er jedenfalls nicht.<sup>37</sup> Er respektierte strikt die ungeschriebene Aufgabenteilung in der CDU, nach der die Wirtschaftspolitiker für Wachstum zu sorgen hatten, dessen Früchte die »Sopos« dann verteilen durften – oder er interessierte sich einfach nicht für Sozialpolitik.<sup>38</sup>

Die Gesundheitspolitik gehört zu den unerfreulichen Kapiteln der Regierung Adenauer. Das vom Ursprung her effiziente System der Gesetzlichen Krankenversicherung wurde allmählich – beginnend schon in Brüning's Zeiten – im Interesse der Leistungsanbieter umgestaltet, deren ständische Privilegien seither das größte Hindernis für eine wirkliche Reform sind. Daß Erhard sich nicht um alle Belange der Sozialpolitik kümmern konnte, ist einsichtig. Doch die Neoliberalen waren ideologisch auch wenig gerüstet für die Durchsetzung des Wettbewerbsprinzips beim Mittelstand und den freien Berufen. Denn vor allem Röpke und Rüstow sahen in diesen Schichten Bollwerke gegen die Gefahr der »Vermassung« und »Proletarisierung«. So verwundert es nicht, daß Erhard auch keine Einwände gegen die Wiederaufrichtung der Handwerksordnungen, namentlich den Großen Befähigungsnachweis, hatte.<sup>39</sup> Das Wirtschaftsministerium wurde sogar – ganz im Gegensatz zum Selbstbild seiner führenden Beamten – zu einer Bastion von Handwerksinteressen und betrieb des öfteren unverhüllt Lobbyismus.

Für die Zeit von *Erhards Kanzlerschaft* ist von Wirtschaftspolitik kaum noch die Rede. Hentschel tut es den von ihm in dieser Hinsicht zu Recht kritisierten Politikern nach und verlegt sich lieber auf die spannendere Außenpolitik.<sup>40</sup> Seitenlang werden diplomatische Aufzeichnungen von

36 V. HENTSCHEL erwähnt das Sozialpaket nur beiläufig: ebd., S. 468.

37 So sieht etwa Giersch in Erhard ein Bollwerk gegen den Ausbau der Sozialsysteme und des Staatsapparats: »After the political fall of Erhard, this last defensive line was simply swept away.« H. GIERSCH u.a. (wie Anm. 5), S. 161. Vgl. Ursula WEIDENFELD, »Wohlstand für alle. Bonner Politiker streiten sich um das Erbe des ersten deutschen Wirtschaftsministers«, in: *Wirtschaftswoche* 6/30. Jan. 1997, S. 18-28, hier S. 27 f.

38 A.J. NICHOLLS (wie Anm. 15), S. 351, 394; Y. DIETRICH, *Eigentum* (wie Anm. 22), S. 131-134, 302 f. Bezeichnenderweise meldete sich Erhard auf dem Kieler Parteitag der CDU 1958, auf dem Gerstenmaier und Eitzel mit Hans Katzer um den Begriff des »Versorgungsstaates« stritten, überhaupt nicht zu Wort.

39 U. BEYENBURG-WEIDENFELD (wie Anm. 23), S. 232.

40 Vgl. V. HENTSCHEL, S. 526.

Verhandlungen mit Johnson oder De Gaulle wiedergegeben (mehr oder weniger in indirekter Rede), um zu zeigen, was für ein Tölpel dieser Erhard doch war. Das ist schade, denn die Jahre 1963 bis 1966 waren von einer aufschlußreichen wirtschaftspolitischen Kontroverse geprägt: War eine marktwirtschaftliche Ordnungspolitik ausreichend oder bedurfte sie der Ergänzung durch eine antizyklische *Konjunkturpolitik*? In seiner Abneigung gegen eine – womöglich kurzzeitige – »Prozeßpolitik« konnte sich Erhard auf Eucken, aber auch auf Röpke und Rüstow berufen. Mit dem Ende des Wiederaufbaus und der Ausschöpfung des Arbeitskräftepotentials seit 1960 wurden aber Konjunkturüberhitzung und schleichende Inflation für fast zwei Jahrzehnte zum Dauerproblem. Die Konjunktur war die Achillesferse der Erhardschen Wirtschaftspolitik.

Es ist reizvoll zu sehen, wie sich die offizielle Wirtschaftspolitik seit Mitte der fünfziger Jahre, auch unter dem Einfluß der zunehmend keynesianisch geprägten Wissenschaft, allmählich dem Gedanken der Konjunktursteuerung öffnet.<sup>41</sup> Angefangen mit der Konjunkturdebatte von 1956 und den ersten, noch stark ordnungspolitisch ausgerichteten antizyklischen Maßnahmen über die von Erhard durchgesetzte Einrichtung des Sachverständigenrates, von dem er sich Unterstützung für seine Maßhalteappelle erhoffte, bis zum ersten Regierungsentwurf eines Stabilitätsgesetzes 1966, der noch ganz auf Konjunkturdämpfung zielt. Man würde gerne wissen, ob dieses Vorhaben von Erhard selbst angeregt war, oder ob es erst, worauf manches hindeutet, nach der Amtsübernahme durch Kurt Schmücker von Beamten des Wirtschaftsministeriums aus der Schublade geholt werden konnte. Nachdem Erhard das »Stabilisierungsgesetz« zunächst wohl nur als Handhabe sah, seine Maßhalteappelle durch Drohgebärden zu unterstreichen (»Wer nicht hören will, muß fühlen«), drängte er 1966 immer stärker auf die Verabschiedung des Entwurfs, um die Bundesbank, mit der er seit 1961 entzweit war, zur Einstellung ihrer Restriktionspolitik bewegen zu können. Alle gutgemeinten Anstrengungen standen aber unter dem Gesetz des »zuwenig und zu spät«. So entfremdete sich Erhard auch einem Großteil der liberalen Wirtschaftswissenschaftler, die auf die praktische Anwendung makroökonomischer Erkenntnisse drängten.

Von all dem ist in der neuen Biographie nicht die Rede. Hentschel begnügt sich damit, Erhard jede falsche Konjunkturprognose anzukreiden. Man fragt sich, wie sein Urteil über Karl Schiller ausgefallen wäre, der Anfang der siebziger Jahre den Kurs der Wirtschaftspolitik etwa jedes halbe Jahr um

---

<sup>41</sup> Kurt-Dieter WAGNER u.a. (Bearb.), *Haushaltsreden. Heinz Starke, Rolf Dahlgrün, Kurt Schmücker. 1962 bis 1966*. Bonn 1995, S. 51-54. Jetzt auch: Norbert KLOTEN, *Makroökonomische Stabilisierungspolitik – Erhards Positionen und Vorbehalte*, in: *Erhard-Festschrift 1997* (wie Anm. 15), S. 99-129.

180 Grad änderte. Immerhin muß Hentschel – seinem Ansatz getreu – konzedieren, daß Erhard für die Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Daten in den sechziger Jahren genau sowenig verantwortlich war wie für die positive Entwicklung in den Fünfzigern.<sup>42</sup> Es fehlt auch jeder Hinweis auf die Vorarbeiten zu wichtigen Reformen – Mehrwertsteuer, Haushaltsrecht, Finanzausgleich – die erst von der Großen Koalition verabschiedet wurden. Der Regierung Erhard fehlte die Kraft dazu. Doch war sie auf innenpolitischem Gebiet in nur drei Jahren ungleich fleißiger als die Kabinette Adenauers zwischen 1958 und 1963.

Aus heutiger Sicht sind die Versäumnisse der Wirtschaftspolitik in den sechziger Jahren deutlicher erkennbar als für die Zeitgenossen. Eine unterbewertete D-Mark ermöglichte immer neue Exporterfolge, die Überindustrialisierung wurde durch Übernachfrage getragen und durch Gastarbeiterimport gestützt, während eine konservierende Politik den Strukturwandel noch zusätzlich verlangsamte.<sup>43</sup> Eine Alternative hätte theoretisch darin bestanden, den (privaten) Kapitalexport zu fördern und das einheimische Arbeitskräftepotential durch rascheren Strukturwandel und Anreize zur regionalen und sektoralen Mobilität besser zu nutzen. Zu fragen wäre, ob Erhard die Probleme in ihrem Zusammenhang erkannte und über eine geschlossene Konzeption verfügte oder ob er sich nur auf die Bekämpfung von Symptomen beschränkte. Für die erste Deutung spricht sein Einsatz für die D-Mark-Aufwertung 1960/61 und sein ständiges Werben um Kapitalexport (auch in die Dritte Welt!), für die zweite, daß er ganz auf die Inflationsbekämpfung fixiert war, weshalb er die Tarifpartner mit Maßhalteappellen überschüttete und auf die Option einer Ersatzaufwertung mittels Anpassungsinfation verzichtete. Stoff für wirtschaftshistorische Kontroversen wäre jedenfalls auch für die scheinbar ereignislosen Jahre 1963 bis 1966 vorhanden.

Der Überblick über die Rolle Erhards als Zentralfigur des neoliberalen Spektrums ergibt *ein vielschichtiges Bild*. Selten war er Urheber und Anreger der Reformvorhaben, die von verschiedenen Seiten an ihn herangetragen wurden. Viele Anliegen machte er sich zumindest verbal zu eigen, ohne auf eine eigenständige Meinung zu verzichten, wie vor allem seine Zurückhaltung gegenüber der Vermögenspolitik wie allen gesellschaftlichen Struktur-reformen zeigt. Manche Projekte wurden selbständig von seinen Beamten vorangetrieben, vom Minister allenfalls zeitweilig unterstützt. Zu den sozialpolitischen Grundsätzen neoliberaler Provenienz – konkretere Vorstellungen gab es ohnehin nicht – leistete er Lippenbekenntnisse, ohne sich um ihre Umsetzung zu bemühen. Die Zurückdrängung der Selbstfinanzierung lag

---

42 V. HENTSCHEL, S. 614-616.

43 Ich lehne mich hier an die Darstellung von H. GIERSCH u.a. (wie Anm. 5), S. 129-139, 180-184 an.

ihm wohl wirklich am Herzen. Doch seine Forderungen verhallten jahrelang fast ergebnislos, bis sich fleißige Verbündete ihrer annahmen.

Es ist leicht, Defizite und Versäumnisse bei der Umsetzung des marktwirtschaftlichen Programms festzustellen. Doch hätte es ohne Erhard überhaupt einen marktwirtschaftlichen Reformschub gegeben? Viele seiner Anhänger – deren Pflege er oft vernachlässigte und die er manchmal im Stich ließ – waren taktisch geschickter als er und beklagten, daß er es versäumte, sich in der CDU und im Parlament eine wirkliche Hausmacht zu schaffen. Kaum einer verfügte aber über den Mut oder die Naivität, auch dann öffentlich für ordnungspolitische Forderungen einzutreten, wenn sie unpopulär waren oder noch gänzlich unrealistisch erschienen. Die politische Kärnerarbeit überließ Erhard gerne anderen. Wer sie auf sich nahm, tat dies aber in der Überzeugung, einen überragenden Verbündeten zu haben. Gerade die Enttäuschung, die seine Freunde immer wieder äußerten, zeigt, welche hochgesteckten Erwartungen sie an ihn hatten. Die Ausrichtung an neoliberalen Positionen, auch wo sie doktrinär erschien, gab seiner Politik erst die Stetigkeit und den Zusammenhalt, ohne die er keine Leitfigur für andere hätte sein können.<sup>44</sup>

Erhard machte liberale Positionen im Nachkriegsdeutschland wieder salonfähig. Sein Einfluß trug dazu bei, daß die Phase unkritischen Demand Managements in Deutschland nur ein knappes Jahrzehnt dauerte. Eine gewisse Anfälligkeit für ständische Ideologien teilte er mit den meisten seiner Landsleute. Er machte sich nicht einfach tagespolitische Forderungen von Unternehmerseite zu eigen und verzichtete auf eine kritiklose Verherrlichung des »freien Unternehmertums«. Das unterscheidet ihn von vielen seiner selbsternannten Epigonen. Der Satz, daß die Wirtschaft in der Wirtschaft stattfindet, wäre nicht über sein Lippen gekommen. Er war sich bewußt, daß Wettbewerb eine künstliche Veranstaltung ist und ständig neu ermöglicht werden muß. Es spricht für Erhards Qualitäten, daß er trotz seiner vielen persönlichen Schwächen – Hentschel übersieht keine – das Amt des Wirtschaftsministers auf eine Weise ausfüllte, die unerreicht geblieben ist. Seine Karriere wäre vor 1945 und nach 1950 nicht möglich gewesen; zu viel unterschied ihn vom »typischen« Politiker.

Eine klassische, auf den Menschen Erhard konzentrierte Biographie wäre eine undankbare Beschäftigung. Darin ist Hentschel zuzustimmen. Wünschenswert wären aber Einzelstudien, die die Umsetzung marktwirtschaftlicher Reformen in den verschiedenen Politikbereichen genauer analysieren. Solche Studien müßten sich davor hüten, Politik nur als das Wirken großer Einzelpersönlichkeiten darzustellen und die Gesetzgebung nur als Vollstreckung vorgefertigter wissenschaftlicher Modelle begreifen zu wollen.

---

44 Vgl. G. STOLTENBERG (wie Anm. 17), S. 123.

Wie oben gezeigt, würde man am Ende einer solchen Untersuchung wieder bei grundsätzlichen Fragen anlangen: War Erhard wirklich ein Neoliberaler, hatte er ein geschlossenes Weltbild? Oder übernahm er nur einzelne tagespolitische Forderungen neoliberaler Provenienz, deren Durchsetzung ihm sinnvoll erschien? Dirigierte er seinen ministeriellen Apparat virtuos oder war er nur dessen Galionsfigur? Wodurch gewann das Wirtschaftsministerium die beeindruckende Einheitlichkeit der politischen Linie, wie rekrutierte sich sein Personal, woher nahmen die Beamten ihre wirtschaftspolitischen Leitbilder?

Man kann Hentschel keinen Vorwurf daraus machen, daß er die Versäumnisse der bisherigen Forschung nicht auf einmal aufgearbeitet hat. Zu bedauern ist aber, daß er keinen Ansatz gewählt hat, der seine oft zutreffenden Erkenntnisse zu einem aussagekräftigen Gesamtbild vereinigt. Sein Buch hat vieles mit »Spiegel«-Artikeln gemeinsam, an deren Tonfall seine penetrante Ironie und Besserwisserei nicht zufällig erinnert: die »Fakten« sind akribisch recherchiert, auch gegen die Einzelbeobachtungen ist wenig einzuwenden. Das Gesamturteil bleibt dennoch an der Oberfläche. Hentschel weist nach, daß Erhard kein Übermensch und kein Genie war, daß er Schwächen hatte und Fehler machte, daß sein Wirken keineswegs für alle positiven Entwicklungen der Wirtschaft in der Nachkriegszeit ursächlich war. Aber wen hat er damit widerlegt? Vielleicht hat er das Idol politischer Sonntagsredner zertrümmert. Für die Wissenschaft wird sein Buch als Führer zu den Quellen und als solides Faktengerüst vorerst unverzichtbar bleiben. Die Anerkennung, die der Autor dafür verdient hätte, wird er sich bei vielen Lesern durch die Art der Darstellung verscherzt haben. Über kurze Passagen liest sich die Biographie ganz amüsan. Über 700 Seiten ist ihr Stil mindestens so ermüdend wie Erhards Rhetorik, über die sich der Verfasser bei jeder Gelegenheit lustig macht.

## **Festschriften zum 50jährigen Bestehen der CDU und ihrer Vereinigungen**

**Zusammengestellt von Hildegard Krengel**

Die Gründung der Unionsparteien gilt als der »eigentlich neue Faktor« (Bracher) im demokratischen Neubeginn des Jahres 1945. Sie erfolgte nicht zentral geplant, sondern spontan durch zahlreiche lokale und regionale Initiativen. Der dezentrale Charakter der Gründung fand in der ausgeprägt föderalen Struktur der CDU seine Fortschreibung. Der Zusammenschluß zur Bundespartei wurde bekanntlich erst 1950 vollzogen, ein Jahr nach dem Regierungsantritt Adenauers. Mit der CSU in Bayern entstand eine bis heute autonome Landespartei.

Am 26. Juni 1995 feierte die CDU mit einem Festakt unter dem Motto »50 Jahre CDU – Verantwortung für Deutschland und Europa« im Berliner Schauspielhaus ihr 50jähriges Bestehen. Dem Auftakt in Berlin folgten 1995/96 zahlreiche Veranstaltungen auf der Ebene der Landes-, Kreis-, Stadt-, Gemeinde- und Ortsverbände. Die Vielzahl der Veranstaltungen war nicht nur Ausdruck des dezentralen Charakters der Gründung, sie veranschaulichte auch die Bedeutung der zahlreichen lokalen Initiativen für einen demokratischen Neuanfang auf christlich-demokratischer Grundlage.

Die Wahl Berlins als Veranstaltungsort sollte die Bedeutung der Hauptstadt als Gründungszentrum neben Köln, Frankfurt, Stuttgart, Dresden und anderen Städten unterstreichen. Das Berliner Schauspielhaus wurde bewußt als Veranstaltungsstätte gewählt wegen seiner Nähe zur Jägerstraße, wo auf den Tag 50 Jahre zuvor die Berliner Gründer um Andreas Hermes ihren Aufruf zur Sammlung christlicher, demokratischer und sozialer Kräfte verabschiedet hatten. Über 1000 Gäste nahmen an der Berliner Feierstunde teil, darunter viele Zeitzeugen.

Die Erinnerung an die zahlreichen Gründungsaktivitäten fand ihren Niederschlag in einer beachtlichen Zahl von Jubiläumsschriften. Die meisten wurden anläßlich eines Festaktes in feierlichem Rahmen vorgestellt. Andere erschienen im Anschluß an Festakte und dokumentieren die bei dieser Gelegenheit gehaltenen Ansprachen. In Umfang, Qualität und Aufbau weisen die Jubiläumsschriften große Unterschiede auf. Dabei spielen sicher auch finanzielle und personelle Aspekte eine Rolle. Die meisten fallen unter die Rubrik »Graue Literatur« und sind im Selbstverlag der jeweiligen Parteigliederung erschienen. Nur wenige wurden in einem Verlag publiziert,

wie die »Festschrift 50 Jahre Bonner CDU«.<sup>1</sup> In einigen Fällen wurden externe Autoren mit der Abfassung einer Chronik beauftragt, z.B. im Fall des CDU-Kreisverbandes Vechta.<sup>2</sup> Andere Festschriften beschränken sich auf Grußworte leitender Funktionsträger und Festansprachen. Wiederum andere nehmen das Jubiläum zum Anlaß, um über die geschichtliche Entwicklung der Partei, ihre bedeutenden Persönlichkeiten und ihre politische Arbeit zu berichten. Vielfach werden die Texte aufgelockert durch Gründungsdokumente, Wahldaten, biographische Abrisse, Tabellen der Mandatsträger und Mitgliederstatistiken. Manche beschränken sich auf die Zusammenstellung von Pressedokumenten. Zuweilen begnügte man sich mit Beiträgen in Mitgliederzeitschriften, um das Gründungsjubiläum zu würdigen.

Der vorliegende Beitrag gibt einen Überblick über die bis zum Frühjahr 1997 veröffentlichten Schriften, soweit sie in der Bibliothek der Konrad-Adenauer-Stiftung vorliegen.<sup>3</sup> Als wissenschaftliche Spezialbibliothek zur Geschichte und Politik von CDU/CSU und Christlicher Demokratie im allgemeinen sammelt und erschließt sie seit ihrer Gründung 1976 einschlägiges Quellenmaterial, wissenschaftliche Beiträge und Dokumentationen sowie die sogenannte »Graue Literatur«. Mittlerweile umfaßt der Gesamtbestand an »Grauer Literatur« über 10.000 Schriften der Unionsparteien, ihrer Gremien, Gliederungen und Vereinigungen.

Im Rahmen ihres Sammelauftrags arbeitet die Bibliothek kontinuierlich an der Ergänzung und Aktualisierung des vorhandenen Materials. Dabei stellt sich immer wieder neu das Problem der Abgabe von Belegexemplaren, mit dem alle im Politikbereich tätigen Bibliotheken zu kämpfen haben. Eine lückenlose und regelmäßige Abgabe der Schriften durch die publizierenden Parteigremien ist trotz Pflichtstückverordnung noch längst nicht gesichert. Diese verpflichtet Verleger auf Bundes- und Landesebene – und damit auch die Parteien – ein Exemplar jeder Neuerscheinung zwecks Archivierung

---

1 Für Bonn, für Deutschland, für Europa. 50 Jahre CDU in Bonn. Festschrift zum 21. September 1995, hrsg. von Stephan Eisel und Johannes Laitenberger, Bonn 1995.

2 Kuroпка, Joachim: Um den Karren wieder aus dem Dreck zu holen ... 50 Jahre Christlich Demokratische Union im Landkreis Vechta. Im Auftr. des CDU-Kreisverbandes Vechta ... Vechta 1995.

3 Hingewiesen sei an dieser Stelle auf folgende Veröffentlichungen der Konrad-Adenauer-Stiftung: *Fünfzig [50] Jahre CDU. Verantwortung für Deutschland und Europa*, St. Augustin 1995 (Begleibuch mit 104 Bildtafeln zur gleichnamigen Ausstellung der Stiftung zur Geschichte der CDU, die bis Ende 1996 in 150 Städten und Gemeinden Deutschlands zu sehen war). Gerd LANGGUTH (Hrsg.), *In Verantwortung für Deutschland. 50 Jahre CDU*, Köln 1996 (mit Beiträgen namhafter Wissenschaftler, Politiker und Zeitzeugen). *Kleine Geschichte der CDU*, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Stuttgart 1995. *Politik und Plakat. Fünfzig Jahre Plakatgeschichte am Beispiel der CDU*, bearb. von Hans-Jürgen KLEGRAF und hrsg. von Gerd LANGGUTH, Bonn 1995.

kostenlos an die Deutsche Bibliothek in Frankfurt/Main<sup>4</sup> sowie an die zuständigen Landesbibliotheken abzugeben. Zuständig für die CDU-Bundesgeschäftsstelle ist die Universitätsbibliothek Bonn.

Bei regelmäßiger Durchsicht der Deutschen Nationalbibliographie, in der die an die Deutsche Bibliothek abgelieferten Schriften angezeigt werden, stellt man aber fest, daß tatsächlich nur ein Bruchteil dessen, was die Parteien publizieren, verzeichnet ist. Nachforschungen bei der zuständigen Stelle der UB Bonn bestätigten, daß nur ein geringer Teil des Parteischrifttums abgegeben und archiviert wird. Angesichts dieser unbefriedigenden Lage ist es umso wichtiger, daß die Bibliothek der Konrad-Adenauer-Stiftung kontinuierlich ihre Sammlung ausbaut und erschließt, um an zentraler Stelle diesen Fundus für zeitgeschichtliche und politikwissenschaftliche Forschung bereitzustellen.

Die vielfältigen Anfragen zur Parteigeschichte, Programmatik und Politik der Unionsparteien aus den Bereichen wissenschaftliche Forschung und politische Bildung bestätigen die Bibliothek der Konrad-Adenauer-Stiftung in ihrer Aufgabe. In Vorbereitung der Jubiläumsfeiern wandten sich oftmals auch Mitglieder und Funktionsträger der CDU mit der Bitte um Bereitstellung von Materialien an die Bibliothek der Stiftung, weil gerade für die Anfangsjahre die Aktenlage vielerorts dürftig ist oder wichtige Akten vernichtet sind.<sup>5</sup> Da die Bibliothek von Anfang an besonderen Wert auf die Archivierung von Jubiläumsschriften gelegt hat, konnten frühere Festschriften in zahlreichen Fällen als Quelle bereitgestellt werden.

Trotz großer qualitativer Unterschiede bilden die Festschriften eine wichtige Ergänzung zu den Parteitageprotokollen, Programmen und Berichten über die Politik der CDU in Presse und Mitgliedermagazinen der Partei. Die meisten Festschriften zum 50jährigen Jubiläum wurden von Stadt- und Kreisverbänden herausgegeben. Von den Vereinigungen wurden nur wenige Publikationen zum Jubiläum vorgelegt. Dies läßt sich darauf zurückführen, daß die Vereinigungen – mit Ausnahme der Sozialausschüsse (CDA) – erst nach der Gründungsphase 1945/46 im Zuge des inneren Ausbaus der Partei gegründet wurden. Teilweise wird ihre Geschichte auch im Rahmen der Gesamtgeschichte der jeweiligen Parteigliederung mitbehandelt.

Die nachfolgende Dokumentation von Jubiläumsschriften kann aufgrund der dargestellten Schwierigkeiten keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, daß selbst bei kontinuierlicher Durchsicht von Nationalbibliographie, Presse und Mitgliederzeitschriften

---

<sup>4</sup> Vgl. Gesetz über die Deutsche Bibliothek vom 31. März 1969, Bundesgesetzblatt Teil I, 1969, Nr. 28, S. 265-268.

<sup>5</sup> Dies beklagen z.B. Jörg LEUSCHNER und Reinhard FÖRSTERLING in der Einleitung zu ihrer Dokumentation *50 Jahre Christlich Demokratische Union des Landesverbandes Braunschweig*, Braunschweig 1996, S. 8.

sowie regelmäßiger Kontaktaufnahme mit den Parteigremien Vollständigkeit kaum zu erreichen ist. Trotz dieser Schwierigkeiten bemüht sich die Bibliothek der Konrad-Adenauer-Stiftung intensiv um Ergänzung ihrer Sammlung von Jubiläumsschriften. Zur Erreichung ihres Zieles ist und bleibt sie aber auf die aktive Unterstützung der Parteigremien und Mandatsträger angewiesen.

Gegliedert ist die Dokumentation nach den herausgebenden Institutionen bzw. Parteigremien. Die Aufstellung beginnt mit den Publikationen der Bonner Parteizentrale der CDU. Berücksichtigt werden auch die zum Jubiläum veröffentlichten elektronischen Medien. Es folgen die Festschriften der Landesverbände, danach die der Kreis-, Stadt- und Ortsverbände nach Orten in alphabetischer Reihenfolge. Hier zugeordnet werden auch die von Ratsfraktionen herausgegebenen Schriften. Mit ausgenommen sind Festschriften, die zwar einen kürzeren Zeitraum behandeln, etwa 40 Jahre, aber zum 50jährigen Jubiläum erschienen. Den Abschluß bilden die Festschriften der Vereinigungen sowie der CSU. Die Bearbeiter der Schriften sind nur dann aufgeführt, wenn sie auf dem Titelblatt der jeweiligen Publikation genannt werden. Der Seitenumfang ist angegeben, sobald eine Schrift mehr als 10 Seiten umfaßt. Bei fehlender Seitenzählung steht »o.Z.«, bei getrennter Seitenzählung »g.Z.«

### *1. CDU-Bundesgeschäftsstelle*

Broschüre »50 Jahre CDU«. 50 Jahre erfolgreiche Politik für Deutschland und Europa. Bonn: CDU-Bundesgeschäftsstelle 1995. 82 S.

Dokumentiert die geistigen Wurzeln und die politischen Erfolge der CDU sowie die bedeutendsten Persönlichkeiten auf ihrem Weg von 1945 bis 1995. In sechs Kapiteln werden Leistungen auf den Gebieten von Familienpolitik, Sozialpolitik, Umwelt, Deutschland- und Außenpolitik dargestellt. Bildteil mit Übersicht über Bundesvorsitzende, Generalsekretäre sowie Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Im Anhang »Persönlichkeiten der CDU 1945-1995«, u.a. Bundesvorsitzende, Generalsekretäre, Bundesgeschäftsführer und Landesvorsitzende.

Multimedia-CD-ROM »50 Jahre CDU«. Bonn: CDU-Bundesgeschäftsstelle 1995.

Dokumentiert auf über 300 Bildschirmseiten die Geschichte der CDU und ihre Politik im zeitgeschichtlichen Umfeld. In drei Teilen angelegt, bietet die CD-ROM eine selbstablaufende Präsentation sowie eine historische Dokumentation im Rahmen von 50 Jahren Zeitgeschehen. Ein CDU-Lexikon gibt umfangreiche Informationen zu Gründung, Aufbau, Organisation, maßgeblichen Persönlichkeiten sowie eine Übersicht über Wahlergebnisse, Programme und Leitsätze der Partei.

Videofilm »50 Jahre CDU«. Bonn: CDU-Bundesgeschäftsstelle 1995. Fünfzigminütiger Film mit zum Teil noch unveröffentlichten Dokumenten, Originalbildern und Tondokumenten aus der Geschichte der CDU. Auch Zeitzeugen kommen zu Wort, u.a. Hans Katzer, Ludwig von Hammerstein und Thomas Ruf.

Dokumentation »50 Jahre CDU Deutschlands«. Festveranstaltung am 26. Juni 1995 in Berlin. Bonn: CDU-Bundesgeschäftsstelle 1995. 96 S. Dokumentation des offiziellen Festaktes in Berlin mit Übersicht über das Programm, Begrüßungsreden und Ansprachen der Festredner, u.a. von Helmut Kohl und Theo Waigel. Abgerundet durch biographische Daten zu den Festrednern und CDU-Gründern.

Themenheft der Mitgliederzeitschrift »Union«: »50 [Jahre]<sup>6</sup> CDU – Verantwortung für Deutschland und Europa«, Heft 2/1995. Bonn: CDU-Bundesgeschäftsstelle 1995. 94 S. Enthält Beiträge zu Geschichte und politischem Programm der CDU von Politikern, Zeitzeugen und Wissenschaftlern.

Illustrierte »50 Jahre CDU«. Bonn: CDU-Bundesgeschäftsstelle 1995. Bietet einen kurzen Überblick über die Geschichte der Partei, ihre Leistungen und ihre politischen Zukunftsvorstellungen. Verteilt als Werbebroschüre mit Teilnahmekarten für das Geburtstags-Preisausschreiben »Politik gestaltet Zukunft«.

Die CDU-Parteiprogramme. Eine Dokumentation der Ziele und Aufgaben. Hrsg. von Peter Hintze. Bonn 1995. 517 S. Dokumentation der wichtigsten Programme und Leitsätze der CDU Deutschlands vom Berliner und Kölner Gründungsauftrag über das Ahlener Programm von 1947 bis hin zum Hamburger Grundsatzprogramm von 1994 mit einer ausführlichen Einleitung von Peter Hintze.

## 2. CDU-Landesverbände

*Braunschweig.* Reinhard Försterling, Jörg Leuschner: 50 Jahre Christlich Demokratische Union des Landesverbandes Braunschweig. Salzgitter 1996. 64 S.

*Hamburg.* 50 Jahre CDU. Eine Dokumentation. Hamburg 1995.

<sup>6</sup> Im Original steht anstelle des Wortes »Jahre« das schwarz-rot-goldene Jubiläumseblem.

*Hessen.* Der Weg zur stärksten Partei 1945-1995. 50 Jahre CDU Hessen. Hrsg. von Bernd Heidenreich und Werner Wolf. Köln 1995. 276 S.

*Mecklenburg-Vorpommern.* Wir sind 50 Jahre jung geworden ... 2. September 1995, Volkstheater Rostock. Schwerin: CDU Mecklenburg-Vorpommern 1995. 48 S.

*Nordrhein-Westfalen.* 50 Jahre CDU in Nordrhein-Westfalen. 2. September 1945 – 2. September 1995 Bochum – Köln. Dokumentation. Düsseldorf: CDU-Landesverband 1995. 55 S.

*Rheinland-Pfalz.* 50 Jahre CDU Rheinland-Pfalz. Festschrift. Festveranstaltung 30. September 1995 Rheingoldhalle Mainz. Ingelheim 1995. 58 S.

*Sachsen.* Gründungsaufruf der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. Berlin, den 26. Juni 1945. Hrsg. vom CDU-Landesverband Sachsen. Magdeburg 1995. 12 S.

*Schleswig-Holstein.* Helmuth Mosberg: 50 Jahre CDU Schleswig-Holstein 1946-1996. Kiel: CDU-Landesverband 1996. 223 S.

*Thüringen.* 7. Landesparteitag der CDU Thüringen »50 Jahre CDU«. Reden, Grußworte und Protokollauszüge. 17. Juni 1995 Weimar Volkshaus. Erfurt 1995.

*Thüringen.* Markus Kiefer: Gründung und Anfänge der CDU in Thüringen (1945-1952). Erfurt 1995. 80 S.

### *3. Kreis-, Stadt-, Gemeindeverbände und Fraktionen*

*Aachen.* CDU Aachen 50 Jahre. Kreisverband Aachen 19. September 1945 – 19. September 1995. Aachen 1995. 97 S.

*Albstadt.* 50 Jahre CDU. Albstadt: CDU-Stadtverband 1996. 175 S.

*Alpen.* Unser Blatt. Alpen – Bönninghardt – Veen – Menzelen. Alpen: CDU-Gemeindeverband 1995. 19 S.

*Andernach.* 50 Jahre CDU Stadtverband Andernach. Unser Weg von 1946 bis heute. Andernach 1996. 80 S.

*Backnang.* CDU – 50 Jahre Stadtverband Backnang. Chronik der Gründungszeit und Anfänge (1945-1947). Backnang 1995. 35 S.

*Bad Friedrichshall.* 50 Jahre Stadtverband Bad Friedrichshall 1945-1995. Bad Friedrichshall 1995. 48 S.

*Bad Homburg.* 50 Jahre CDU in Bad Homburg. Eine erfolgreiche Epoche. Bad Homburg v.d.H.: CDU-Stadtverband 1995. 75 S.

*Bad Honnef.* CDU Bad Honnef 50 Jahre jung. Die Festschrift der CDU Bad Honnef zu ihrem 50. Geburtstag. Bad-Honnef: CDU-Stadtverband 1996. 145 S.

*Bad Orb.* Manfred Walter: 50 Jahre CDU Bad Orb. Festschrift. Bad Orb: CDU-Stadtverband 1995. 24 S.

*Baden-Baden.* 40 Jahre CDU in Baden-Baden. Baden-Baden: CDU-Kreisverband 1996. 38 S.

*Balve.* 50 Jahre Christlich-Demokratische Union Stadtverband Balve 1945-1995. Lüdenscheid: CDU-Kreisgeschäftsstelle 1995. 57 S.

*Bann.* 50 Jahre CDU-Ortsverband Bann 1946-1996. Bann: CDU-Ortsverband 1996. 32 S.

*Bexbach.* 40 Jahre CDU Bexbach. Festschrift anlässlich des 40jährigen Bestehens des CDU-Ortsverbandes Bexbach-Mitte 1955-1995. Bexbach-Mitte 1995. 56 S.

*Bielefeld.* 50 Jahre Bielefelder CDU. Bielefeld: CDU-Kreisverband 1996. 97 S.

*Bocholt.* 50 Jahre CDU Bocholt. Bocholt: CDU-Stadtverband 1996. 28 S. (Aktuelle Mitteilungen 1996/1; Sonderausgabe 1996).

*Bochum.* CDU Bochum, Rückblick – Ausblick. Erinnerungen an gestern und Beiträge für morgen, hrsg. vom Kreisverband Bochum der Christlich-Demokratischen Union aus Anlaß seines 50jährigen Bestehens im September 1995. Bochum 1995. 128 S.

*Bonn.* Für Bonn, für Deutschland, für Europa. Festakt zum 50. Gründungsjubiläum der Bonner CDU, 21. September 1995, Universitätsclub Bonn. Bonn 1995. g.Z.

*Bonn.* Für Bonn, für Deutschland, für Europa. 50 Jahre CDU in Bonn. Festschrift zum 21. September 1995. Im Auftrag des Vorstands des CDU-Kreisverbandes Bonn hrsg. von Stephan Eisel und Johannes Laitenberger. Bonn 1995. 224 S.

*Borghorst.* 50 Jahre CDU Ortsverband Borghorst. Steinfurt 1995. 104 S.

*Braunschweig.* 50 Jahre CDU-Kreisverband Braunschweig. Braunschweig 1995. 104 S.

*Buer.* 50 Jahre CDU Buer 1945-1995. Buer 1995. 28 S.

*Calw.* Fuchtel, Hans-Joachim: Die CDU im Landkreis Calw 1945 bis 1995. In: Der Landkreis Calw. Ein Jahrbuch. Bd. 13. Calw 1995, S. 89-101.

*Darmstadt.* 50 Jahre CDU Darmstadt 1945-1995. Namen, Daten, Fakten. Darmstadt: CDU-Kreisverband 1995. 144 S.

*Deidesheim.* 25 Jahre CDU-Gemeindeverband Deidesheim. 50 Jahre CDU in der Verbandsgemeinde. Deidesheim 1996. 44 S.

*Dieburg.* 50 Jahre CDU Dieburg. Dieburg 1995. 136 S.

*Dorsten.* 50 Jahre CDU in Dorsten. CDU – Verantwortung für Deutschland und Europa. Hrsg. von Werner Niemann. Dorsten 1995. 48 S.

*Düsseldorf.* Sophie Wego: Die CDU in Düsseldorf. Ein Überblick über die Entstehung des Kreisverbandes. Düsseldorf 1995. 84 S.

*Einhausen.* 50 Jahre CDU Einhausen. Einhausen 1995. 86 S.

*Eitorf.* 50 Jahre CDU Ortsverband Eitorf 1946-1996. Daten, Fakten, Erinnerungen. Eitorf: CDU-Ortsverband 1996. 36 S.

*Ellwangen.* 50 Jahre CDU Ellwangen. Ellwangen: CDU-Ortsverband 1996. 28 S.

*Eppelheim.* 50 Jahre CDU Eppelheim 1945-1995. Eppelheim 1995. 108 S.

*Essen.* Chronik der CDU Essen. »Die Idee der Union lag in der Luft« (Jakob Kaiser). Essen: CDU 1996. 132 S.

*Euskirchen.* Dokumentation 50 Jahre CDU-Kreisverband Euskirchen 1945-1995. Euskirchen 1995. 54 S.

*Fellbach.* 50 Jahre Christlich-Demokratische Union Fellbach. Chronik der CDU-Fraktion im Gemeinderat Fellbach 1946-1996. Fellbach 1996. 69 S.

*Frankenberg.* Günter Langendorf: Dokumentation zum Jubiläum 50 Jahre CDU Frankenberg 1945-1995. Frankenberg 1995. o.Z.

*Frankenthal.* 50 [Jahre] CDU Frankenthal. Frankenthal: CDU-Kreisverband 1996. 28 S.

*Frankfurt.* 1945-1995 – 50 Jahre Frankfurter CDU. Meilensteine auf dem Weg zu einer modernen Großstadtpartei. Frankfurt/Main 1995.

*Freudenstadt.* Kreisverband Freudenstadt 1946-1996. Freudenstadt: CDU-Kreisverband 1996. 47 S.

*Fronhausen.* Festschrift zum 25jährigen Bestehen des CDU-Gemeindeverbandes Fronhausen. Fronhausen: CDU-Gemeindeverband 1996. 38 S.

*Froschhausen.* CDU 1946-1996. 50 Jahre CDU Ortsverband Froschhausen. Hanau 1996. 40 S.

*Fulda.* CDU – 50 Jahre erfolgreiche Politik für Fulda. Fulda: CDU-Stadtverband 1995. 36 S.

*Fulda.* 50 Jahre CDU-Kreisverband Fulda. Fulda 1995.

*Gelsenkirchen.* Menschen machen Politik. 50 Jahre CDU Gelsenkirchen. Von 1945 bis 1995. Gelsenkirchen: CDU-Stadtverband 1996. 119 S.

*Gießen.* 50 Jahre CDU in Gießen. Gießen: CDU-Stadtverband 1995. 110 S.

*Gießen.* Geschichte der CDU Gießen. 50 [Jahre] CDU. Gießen: CDU-Kreisverband 1995. 110 S.

*Grafschaft Bentheim.* Erhard Müller/Klemens Tietmeyer: Zukunft braucht Herkunft. 50 Jahre Grafschafter CDU 1946-1996. Nordhorn: CDU-Kreisverband Grafschaft Bentheim 1996. 31 S.

*Groß-Gerau.* Chronik der CDU im Kreis Groß-Gerau 1945-1995. Freiheit in Verantwortung. Groß-Gerau: CDU-Kreisverband 1996. 175 S.

*Gütersloh.* Die CDU im Kreis Gütersloh. Veranstaltungen zum 50jährigen Bestehen. Gütersloh 1996. 101 S.

*Hagen.* Verantwortung für Hagen. 50 Jahre CDU-Kreisverband Hagen. Menschen, Daten, Geschichten. Hagen 1995. 32 S.

*Hamburg.* 50 Jahre CDU (Hamburg). Eine Dokumentation. Hamburg 1995. o.Z.

*Hamburg.* Sonderausgabe 50 Jahre Hamburger CDU. Hrsg.: Hamburger Zeitung, Hamburg 1995. 16 S.

*Hamm.* CDU Hamm 1945-1995. ... im Auftrag des CDU-Kreisverbandes und der CDU-Ratsfraktion hrsg. von Oskar Burkert. Hamm 1995. 138 S.

*Handorf.* 50 Jahre CDU-Ortsunion Handorf. Handorf 1997. 25 S.

*Hauingen.* 50 Jahre CDU-Ortsverband Hauingen 1946-1996. Lörrach-Hauingen 1996. o.Z.

*Heilbronn-Sontheim.* 50 Jahre CDU Sontheim (Heilbronn-Sontheim). Jubiläumsveranstaltung Samstag, 4. November 1995 in HN-Sontheim, Hofwiesengaststätte. Heilbronn-Sontheim 1995. o.Z.

*Hürth.* Jochem Georg: 50 Jahre CDU in Hürth. Chronik der historischen Ereignisse in Hürth von 1945 bis 1995. Hürth: CDU-Stadtverband 1996. 107 S.

*Ingelheim.* Anno Vey: 50 Jahre CDU Ingelheim. Ingelheim: CDU-Stadtverband 1996. 239 S.

*Jena-Stadtroda.* 50 Jahre CDU. Aus der Geschichte des CDU-Kreisverbandes des Jena-Stadtroda (mit Eisenberg) von 1945 bis 1952/53. Jena 1995. 88 S.

*Karlsruhe.* 1945-1995. 50 Jahre Politik für Karlsruhe. Festschrift. Karlsruhe 1995.

*Kassel.* Fünfzig Jahre Christlich-Demokratische Union in Kassel 1945-1995. Chronik des CDU-Kreisverbandes Kassel-Stadt 1945-1995. Hrsg. von Markus Braband. Kassel 1996. 80 S.

*Kempen.* Hans Kaiser: Anfang in Kempen. Zur Erinnerung an die Gründung der CDU in der heutigen Stadt Kempen und im Landkreis Kempen-Krefeld vor 50 Jahren. Kempen: CDU-Stadtverband 1996. 68 S.

*Kindsbach.* 50 Jahre CDU Ortsverband Kindsbach 1946-1996. Kindsbach: CDU-Ortsverband 1996. 19 S.

*Köln.* 50 Jahre CDU Köln 1945-1995. Festschrift zur 50. Wiederkehr des Gründungstages der Christlich-Demokratischen Union Kreisverband Köln. Köln 1995. 60 S.

*Königswinter.* Verantwortung für Königswinter. 50 Jahre CDU in Königswinter – mit den eh. Gemeinden Königswinter, Ittenbach ... – Streiflichter, Menschen, Ereignisse. Siegburg 1996. 32 S.

*Korbach.* 50 Jahre CDU Korbach 1945-1995. Verantwortung für den Bürger, Verpflichtung für die Kommune. 4. November 1995. Korbach: CDU-Stadtverband 1995. 60 S.

*Kortal.* CDU Kortal 1945-1995. Hrsg. von Wilhelm Rieger. Kortal 1995. o.Z.

*Kranenburg.* Festschrift 50 Joar CDU Kronenbörg, 25 Joar bejeen mit Wylder. 1946-1996. Kranenburg: CDU-Ortsverband 1996. 79 S.

*Lahn-Dill.* 50 Jahre CDU. Chronik der CDU Lahn-Dill mit ihren Stadt- und Gemeindeverbänden: Aßlar ... Hrsg. von Christian Lenzer. Herborn: CDU-Kreisverband 1996. g.Z.

*Lampertheim.* 50 Jahre CDU Lampertheim 1945-1995. Jubiläumsschrift zum 50jährigen Bestehen der CDU in Lampertheim. Hrsg. von Dieter Koch. Lampertheim 1995. 78 S.

*Landstuhl.* 50 Jahre CDU-Stadtverband Landstuhl 1946-1996. Landstuhl 1996. 48 S.

*Langförden.* 50 Jahre CDU in der Verantwortung für Langförden 1946-1996. Langförden: CDU-Gemeindeverband 1996. 55 S.

*Laupheim.* CDU Stadtverband Laupheim 50 Jahre 1946-1996. Laupheim 1996. 57 S.

*Linkenheim-Hochstetten.* Festschrift 50 Jahre CDU Linkenheim-Hochstetten. Festveranstaltung am 18. Oktober 1996, 20 Uhr Bürgerhaus Linkenheim-Hochstetten. Hrsg. von Bernhard Bürg. Linkenheim-Hochstetten: CDU-Gemeindeverband 1996. 59 S.

*Lippe.* Kuhlmann, Diether: Die CDU in Lippe 1946-1996. 50 Jahre CDU in Lippe. Detmold 1996. 173 S.

*Lörrach.* Zeitsplitter. 50 Jahre und mehr ... CDU Lörrach 1946-1996. Lörrach 1996. 41 S.

*Lörrach.* Jung, Wilhelm: Festrede zum 50jährigen Jubiläum der CDU. Samstag, den 9. März 1996, 15 Uhr, Schloßberghalle Lörrach-Haagen. Lörrach: CDU-Kreisverband 1996. 23 S.

*Ludwigshafen.* Hofmann, Klaus: 50 Jahre CDU Ludwigshafen. Ludwigshafen: CDU-Kreisverband 1996. 143 S.

*Main-Taunus-Kreis.* 50 Jahre CDU Main-Taunus. Hofheim 1995. 26 S.

*Malsch.* 50 Jahre CDU Gemeindeverband Malsch 1945-1995. Festakt am 3. November 1995 in der Letzenberghalle, 19.30 Uhr. Festschrift zum 50jährigen Jubiläum des CDU-Gemeindeverbandes Malsch. Malsch 1995. 40 S.

*Mettmann.* 50 Jahre CDU Mettmann. Hrsg. von Heidi Hein. Mettmann: CDU-Stadtverband 1996. 75 S.

*Monschau.* Presseschau CDU-Kreispartei Monschau 1945-1971. Hrsg. durch den CDU-Stadtverband Monschau anlässlich der 50-Jahr-Feier der CDU-Stadt- und Gemeindeverbände Monschau, Simmerath und Roetgen. Monschau 1995.

*Mühlheim.* 50 Jahre CDU Mühlheim an der Ruhr. Personen und Geschichte. Mühlheim an der Ruhr: CDU-Kreisverband 1995. 157 S.

*Münster-Kinderhaus.* 50 Jahre CDU Kinderhaus 1946-1996. Erfolgreiche Arbeit für einen Stadtteil mit Tradition und Zukunft. Münster-Kinderhaus 1996. 20 S.

*Neckar-Odenwald-Kreis.* 50 Jahre CDU im Neckar-Odenwald-Kreis. Festschrift zum Jubiläum unserer Partei. Walldürn 1996. 75 S.

*Neukölln.* 50 Jahre CDU Neukölln. Ein Abriss. Das kommunalpolitische Programm Neukölln 2000. Berlin 1995. 87 S.

*Neumünster.* 50 Jahre CDU Neumünster. Neumünster: CDU-Kreisverband 1996. o.Z.

*Neunkirchen.* Die Geschichte der CDU in Neunkirchen und Seelscheid. Hrsg. von Paul B. Wink. Neunkirchen-Seelscheid 1996. 43 S.

*Offenbach.* CDU-Kurier, Oktober 1995. Offenbach-Stadt 1995. 25 S.

*Offenbach.* 50 [Jahre] CDU – Verantwortung für Offenbach. Offenbach: CDU-Kreisverband Offenbach-Stadt. 1995. 26 S. (Mitteilungen des Kreisverbandes Offenbach-Stadt; 1995/Okttober).

*Osnabrück.* 50 Jahre CDU in Osnabrück 1945-1995. Hrsg. von Ingo Dauer und Christoph Bertels. Osnabrück 1995. 32 S.

*Otterbach.* 50 Jahre CDU Otterbach. Festschrift zum Jubiläum. Otterbach 1996. 22 S.

*Peine.* 50 Jahre Kreisverband Peine. Peine 1996. 56 S.

*Ramstein-Miesenbach.* Entwicklung und Zukunft. Eine Dokumentation zu 50 Jahre Christlich Demokratische Union Ramstein-Miesenbach. Ramstein-Miesenbach: CDU-Ortsverband 1996. 91 S.

*Rangsdorf.* Chronik Teil 1: 3. September 1945 bis zum 6. Parteitag Oktober 1952. Rangsdorf: CDU 1995. 40 S.

*Ravensburg.* 50 Jahre CDU – Verantwortung für Ravensburg 1946-1996. Hrsg. von Martin Bocian u.a. Ravensburg 1996. 261 S.

*Recklinghausen.* Festakt des CDU-Kreisverbandes Recklinghausen »50 Jahre Christlich Demokratische Union Deutschlands« mit Jubilarehrung, Samstag, 6. Mai 1995, 16.30 Uhr, Rathaus Marl, großer Sitzungssaal. Recklinghausen 1995. 11 S.

*Recklinghausen.* Politik für die Bürger. 50 Jahre CDU-Fraktion Recklinghausen. Hrsg. von Georg Möllers. Recklinghausen: CDU-Fraktion. 1996. 128 S.

*Reinheim.* Dietrich Plehn. Fünfzig Jahre Reinheimer CDU 1945-1995. Reinheim 1995. 56 S.

*Rendsburg-Eckernförde.* 50 Jahre CDU-Kreisverband Rendsburg-Eckernförde – 5.12.1945 bis 5.12.1995. Rendsburg 1995. 56 S.

*Rhein-Hunsrück.* Wolfgang Heinemann/Hermann Brucker: 50 Jahre CDU am Rhein und auf dem Hunsrück. Simmern: CDU-Kreisverband Rhein-Hunsrück 1996. 128 S.

*Rheinbach.* Ernst Preutenborbeck: Chronologie der CDU Rheinbach 1946-1996. Rheinbach 1996. 82 S.

*Rödermark.* 50 Jahre CDU – Verantwortung für Rödermark. Rödermark: CDU-Stadtverband 1995. 78 S.

*Roxel.* 50 Jahre CDU Roxel. Eine Volkspartei mit Perspektiven für die Zukunft. Roxel 1996. 57 S.

*Saarlouis.* Vierzig Jahre Kreisverband Saarlouis. Saarlouis 1995. 52 S.

*Sankt Georgen.* 50 [Jahre] CDU Stadtverband St. (Sankt) Georgen 1946-1996. St. Georgen 1996, 18 S.

*Schifferstadt.* 50 Jahre CDU Schifferstadt 1946-1996. Schifferstadt: CDU-Stadtratsfraktion 1996, g.Z. (Kassette mit 3 Bänden: Bd. 1: Politik für unser Land – Politik für Schifferstadt; 1946-1981 Die CDU Schifferstadt besteht 35 Jahre. 1981. Bd. 2: 40 Jahre CDU Schifferstadt. 1946-1986. 1986. Bd. 3: 50 Jahre CDU Schifferstadt 1946-1996. 1996.)

*Schleswig-Flensburg.* 1945-1995. 50 Jahre im Dienst der Demokratie, CDU-Kreisverband Schleswig-Flensburg. Hrsg. von Wolfgang Börnsen. Schleswig: CDU-Kreisverband 1995. 160 S.

*Schopfheim.* Karlherman Russ: 50 Jahre CDU Schopfheim 1946-1996. Chronik. Schopfheim: CDU-Stadtverband 1996. 64 S.

*Schwäbisch Hall.* 30 Jahre CDU-Stadtverband Schwäbisch Hall. 50 Jahre CDU. Schwäbisch Hall 1995. 88 S.

*Seeheim-Jugenheim.* 50 Jahre CDU Seeheim-Jugenheim. Seeheim-Jugenheim 1995. 13 S.

*Siegerland/Wittgenstein.* Hansgeorg Schiemer: 50 Jahre CDU im Siegerland und in Wittgenstein. Siegen: CDU-Kreisverband Siegen-Wittgenstein 1996. 146 S.

*Sigmaringen.* 50 Jahre CDU-Kreisverband Sigmaringen. Sigmaringen 1996. 87 S.

*Sinsheim.* 50 Jahre CDU Sinsheim. Sinsheim 1995. 41 S.

*Spaichingen.* Jochen Kastilan: 50 Jahre CDU Spaichingen 1946-1996. Spaichingen 1996. 11 S.

*Speyer.* 50 Jahre CDU Speyer. Speyer: CDU-Kreisverband 1996. 92 S.

*Sprakel.* 50 Jahre CDU Ortsunion (Sprakel). Sprakel: CDU 1996.

*Trossingen.* 50 Jahre Trossinger CDU. Hrsg. von Reinhart Hohner. Trossingen: CDU-Stadtverband 1996. 43 S.

*Überlingen.* Festschrift zum 50jährigen Jubiläum der CDU Überlingen. Hrsg. von Lothar Fritz. Überlingen: CDU-Ortsverband 1996. 82 S.

*Vechta.* Festveranstaltung 50 Jahre CDU-Kreisverband Vechta 19. November 1995, Universität Vechta, Aula, Driverstraße 22, 49377 Vechta. Die Redner der Festveranstaltung – Kurzbiographien. Vechta 1995. o.Z.

*Vechta.* Kuroпка, Joachim: Um den Karren wieder aus dem Dreck zu holen ... 50 Jahre Christlich Demokratische Union im Landkreis Vechta. Im Auftr. des CDU-Kreisverbandes Vechta ... Vechta 1995. 368 S.

*Velbert.* 50 Jahre CDU. Langenberg, Velbert, Neviges. Velbert: CDU-Stadtverband 1995. 112 S.

*Viernheim.* 50 Jahre CDU Viernheim. Viernheim 1996. o.Z.

*Viersen.* Arie Nabrings: 50 Jahre CDU im Kreis Viersen. Aus der Geschichte des Stadtkreises Viersen und des Kreisverbandes Kempen-Krefeld. Viersen: CDU-Kreisverband 1996. 64 S.

*Völklingen.* 40 Jahre CDU Ortsverband Völklingen-Mitte. Festschrift. Völklingen 1995. 66 S.

*Waldshut.* Streiflichter 1946-1996. Rückblick auf 50 Jahre CDU-Arbeit im Landkreis Waldshut und den ehemaligen Kreisen Säckingen und Neustadt. Waldshut: CDU-Kreisverband 1996. 47 S.

*Wangen.* 50 Jahre CDU. Stadtbezirksverband Wangen, Hedelfingen, Rohracker. Hrsg. von Jürgen Haug und Gisela Gündert. Wangen 1996. 64 S.

*Weilerbach.* 50 Jahre CDU Weilerbach. Weilerbach: CDU-Ortsverband 1996. 28 S.

*Weilerswist.* 50 Jahre CDU Weilerswist. Wirken und Wege einer bürgerfreundlichen und verantwortungsbewußten Volkspartei 1946-1996. Weilerswist 1996. 44 S.

*Weingarten.* Festschrift zum 50jährigen Bestehen der CDU Weingarten. Ein halbes Jahrhundert christlich-demokratischer Politik 1946-1996. Weingarten: CDU-Stadtverband 1996. 75 S.

*Weisenheim.* Politik für unser Land – Politik für Weisenheim. 50 Jahre CDU-Ortsverband 1946-1996. Hrsg. von Wolfgang Seydl. Weisenheim am Sand 1996. 52 S.

*Welper.* 50 Jahre CDU Welper 1945-1995. Welper 1995. 107 S.

*Wendlingen.* 50 Jahre CDU Stadtverband Wendlingen am Neckar 1946-1996. Wendlingen am Neckar 1996. 39 S.

*Wermelskirchen.* Gerhard Braun: Neuanfang für Wermelskirchen. Erinnerungen an die Jahre 1945-1948. Fürstenwalde 1995. 39 S.

*Werne.* CDU Werne 1945-1995. 50 Jahre Verantwortung für unsere Stadt. Werne: CDU-Stadtverband 1995. 131 S.

*Wiehl.* 50 Jahre. Festschrift zum 50-jährigen Jubiläum der CDU Wiehl. Wiehl: CDU-Stadtverband 1996. 28 S.

*Worms.* Den Menschen und der Stadt verpflichtet 1946-1996. Festschrift zum 50jährigen Bestehen der CDU in Worms 1946 bis 1996. Worms: CDU-Kreisverband 1996. 48 S.

*Zweibrücken.* Festschrift zum 50jährigen Bestehen der CDU in Zweibrücken 1946-1996. Hrsg. von Gerd Herrmann und Andreas Marschall. Zweibrücken: CDU-Kreisverband 1996. 80 S.

#### *4. Vereinigungen*

CDA (Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft) 1945 bis 1995. Königswinter 1995. 170 S.

Fortschritt durch Kontinuität. Texte zur Geschichte der CDA (Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft).- Die Entwicklung der Christlich-Sozialen Bewegung 1830-1945. 50 Jahre CDA. Königswinter 1996. (Themen. Vierteljahresschrift der Stiftung für Christlich-Soziale Politik und Bildung; Heft 1/1996).

Frauen-Union Freiburg. 40 Jahre Frauen-Union Freiburg 1957-1997. Jubiläumsschrift herausgegeben anlässlich des vierzigjährigen Bestehens der Frauen-Union Freiburg. Freiburg 1997. 35 S.

Junge Union Kreisverband Darmstadt-Stadt 50 Jahre. Darmstadt 1996.

50 Jahre Junge Union Deutschlands. Bonn: JU 1997. 158 S.

50 Jahre Junge Union Hamburg. Rückblick und Ausblick. Hamburg 1996. 26 S. (JU Hamburg; Ausgabe 1996/3.)

Junge Union Hardtberg. Dokumentationsschrift zum 25jährigen Bestehen der Jungen Union Hardtberg. Bonn 1995. 24 S. (Black Mail; Extra.)

Festschrift Junge Union Köln 1946-1996. Köln 1996. 38 S.

Hier spricht die Junge Union. Kiel: Junge Union Schleswig-Holstein 1996. 29 S. (Ins Schwarze 4/1996; Sonderausg.)

Junge Union Kreisverband Saarlouis. 40 Jahre Junge Union Kreisverband Saarlouis, 28. August 1955 – 28. August 1995. Saarlouis 1995. 15 S.

50 Jahre Junge Union Südbaden. Freiburg: JU 1997. 52 S. (Anstöße 8/1997/Sondernummer)

Winfried Terstesse: 50 Jahre KPV/NW. Namen, Daten, Fakten im Spiegel

der »Kommunalpolitischen Blätter«. Ein Jubiläumsrückblick. Recklinghausen: KPV 1997. 65 S.

50. Gründungsjubiläum des RCDS an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Festschrift 1995. 15 S.

Schüler-Union. 25 Jahre Schüler Union Deutschlands. Bis hierhin ... und weiter! Bonn 1997. 18 S.

### 5. CSU

Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU 1945-1995. Hrsg. von der Hanns-Seidel-Stiftung. München 1995. 816 S.

In Verantwortung für Bayern. 50 Jahre CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag 1946-1996. Hrsg. von Alois Glück. Stamsried 1996. 348 S.

50 Jahre CSU in Erlangen 1946-1996. Hrsg. von Helmut Anzeneder und Willi Götz. Erlangen 1995. 279 S.

50 Jahre Christlich-Soziale Union Kahl. Chronik des Ortsverbandes. Kahl 1995.

50 Jahre Junge Union Bayern 1947-1997. Zukunft einer Volkspartei. Grünwald 1997. 227 S.

## **Die Sektion der Partei- und Parlamentsarchive im Internationalen Archivrat**

**Von Günter Buchstab**

In den letzten Jahrzehnten hat sich das nationale wie internationale Archivwesen zunehmend differenziert. Ausdruck dafür ist nicht nur die Bildung zahlreicher Fachgruppen im Verband Deutscher Archivare, sondern auch die Gründung verschiedener Sektionen im Internationalen Archivrat (IAR). Auf dem Internationalen Archivtag in Montreal im September 1992 hat sich eine weitere Sektion konstituiert, die der Partei- und Parlamentsarchive. Dieser Gründung liegen einige prinzipielle Überlegungen zugrunde, die im folgenden kurz zusammengefaßt werden sollen:

Parteien und Parlamente sind in der Demokratie westlichen Zuschnitts als Komplementärgrößen unverzichtbare Bestandteile des demokratischen Verfassungslebens. Den politischen Parteien und der Stabilität des Parteiensystems kommt für Staat und Gesellschaft einer parlamentarischen Demokratie eine entscheidende Bedeutung zu. Der moderne parteienstaatliche Parlamentarismus erfordert eine enge Verzahnung von Regierung und den sie tragenden Parteien bzw. Fraktionen, während der parlamentarischen Opposition die Aufgabe zufällt, Regierung und Regierungsfractionen zu kontrollieren, zu kritisieren und der Öffentlichkeit politische Alternativen anzubieten.

Das Parteiensystem soll – wie unterschiedlich die einzelnen Parteien organisatorisch ausgeprägt sein mögen – die Gesellschaft möglichst in allen ihren Schattierungen, Teilinteressen, Strömungen, Gesinnungen repräsentieren und so gewissermaßen eine kommunikative Brücke bilden zwischen Staat und Gesellschaft. Die Parteien haben die Aufgabe, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Sie stellen das politische Führungspersonal und leisten insbesondere für die Parlamente personelle Zubringerdienste. Somit operieren sie an der Nahtstelle zwischen Staat und Gesellschaft. Außerdem sollen sie regierungsfähige Mehrheiten bilden können, d.h. über die Artikulation von Partikularinteressen hinaus sollen sie zu einer mehrheitsfähigen Gesamtrepräsentation befähigt sein.

Aus ihrer großen Bedeutung für das Verfassungsleben leitet sich für die Parteien und Parlamente in allen Regierungssystemen der heutigen Zeit nicht nur die Legitimation, sondern auch die Verpflichtung zur Archivierung ihres Materials her.

Bei den Parteiarchiven kann die Lage jedoch, weltweit gesehen, noch immer nicht als befriedigend bezeichnet werden (vgl. die auf Europa bezogene Zusammenstellung in JANUS 1992, Heft 2, S. 89-102 und Verein Deutscher Archivare, Mitteilungen der Fachgruppe 6, 1991, Nr. 17 S. 10-33). Wesentlich günstiger sieht die Situation bei den Parlamentsarchiven aus.

Die Parlamentsarchive haben eine doppelte Funktion: Sie sind einerseits historische Archive, andererseits Dokumentationen und unterscheiden sich dadurch grundlegend von den klassischen Archiven. Sie sind sach- und personenbezogene Pressedokumentationen, sie sind Gesetzesdokumentationen und erfüllen in der Erschließung und Bereitstellung der Parlamentspapiere ihre Hauptaufgabe. Bei den Gesetzesdokumentationen finden sich neben den Urschriften zu Gesetzesvorhaben auch Initiativen, Anträge und Empfehlungen, Protokolle über die Beratungen im Plenum und in den Ausschüssen sowie Stellungnahmen der an der Gesetzgebung beteiligten Ressortministerien und Eingaben von Bürgern und Interessenverbänden. Schließlich fällt den Parlamentsarchiven auch das Material der Parlamentsverwaltungen zu; sie sind also, typologisch gesehen, zwischen Archiv und Dokumentation einzuordnen.

Die Bedeutung der Akten von Parteien und Parlamenten für die Geschichtsschreibung ist so offenkundig, daß dies hier nicht näher ausgeführt zu werden braucht. Was not tut, ist ein Austausch von Erfahrungen der Partei- und Parlamentsarchivare auf internationaler Ebene. Vor allem die Erarbeitung vergleichbarer Kriterien der archivischen Bewertung, Erschließung und Benutzung wäre für die Archive wie für die Historie von großem Gewinn.

Die Archivkunde hat sich trotz dieser bedeutsamen politischen, gesellschaftlichen und historischen Bezüge bisher nicht mit der Frage der Parteien und Parlamente und ihrer Archive theoretisch auseinandergesetzt. Noch ist nicht allgemein bewußt, daß die Dokumentation des vielfältigen schriftlichen Niederschlags, der im demokratischen Staat von den Organisationen, von den Parteien und Parlamenten auf die staatliche und kommunale Tätigkeit einwirkt, zu den traditionellen Archivaufgaben hinzukommen muß. Es ist daher eine Aufgabe der Zukunft, die Einbeziehung der nichtstaatlichen Überlieferung in die Archivierungsprogramme zu bedenken und zu organisieren.

Aus diesen grundsätzlichen Erwägungen heraus entwickelte sich zunächst bei den Parlamentsarchivaren der Wunsch zu verstärkter Kommunikation und engerer Kooperation. Ein erster Impuls erging 1988 auf dem Internationalen Archivtag in Paris; er mündete in einen ersten internationalen Kontakt europäischer Parlamentsarchive unter Beteiligung einiger Parteiarchive in Bonn im Jahre 1988. Dort wurde beschlossen, den Versuch zu machen, innerhalb des Internationalen Archivrats (IAR) eine entsprechende Sektion

ins Leben zu rufen. Diese Initiative fand beim IAR zunächst ein etwas zurückhaltendes Echo, einerseits wohl wegen der damals noch eher etatistischen Ausrichtung des Gremiums, andererseits wohl wegen der nicht ganz unbegründeten Unsicherheit, ob eine solche Sektion über eine ausreichende Zahl von Mitgliedern verfügen werde. Eine Zeitlang sah es jedenfalls danach aus, als ob die Initiative im Sande verlaufen würde. Eine weltweite Informations- und Werbekampagne unter den Partei- und Parlamentsarchiven, die 1991 das Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung organisierte, führte jedoch in relativ kurzer Zeit dem IAR eine so ansehnliche Zahl von neuen Mitgliedern zu, daß der Grundstock für die Bildung einer Sektion der Archive und Archivare der Parlamente und der politischen Parteien im Rahmen des IAR gelegt war. Im Anschluß an den Beschluß der Generalversammlung des IAR vom 7. September 1992 konnte sich die neue Sektion am 11. September in Montreal konstituieren. Ihre endgültige Anerkennung erfolgte 1996 auf dem Internationalen Archivtag in Peking. Sie zählt mittlerweile (1997) weltweit über 60 Mitglieder.

Seit 1992 haben vier Tagungen stattgefunden. Im März 1993 in Rom befaßte sich die Sektion mit der Lage der europäischen Parlamentsarchive. Die Vorträge dieser Tagung sind veröffentlicht in »La memoria del Parlamento. Archivi storici parlamentari: teoria ed esperienze in Europa« (Rom 1994).

Bei der zweiten Tagung im November 1994 standen die Archive der Parteien im Mittelpunkt. Der Tagungsbericht liegt vor in »Das Gedächtnis der Parteien«/»The memory of the parties.« Parteiarchive in Europa/Party archives in Europe.« Hg. v. Günter Buchstab. Sankt Augustin 1996.

Die dritte Tagung, die im November 1995 in Budapest stattfand, richtete ihr besonderes Augenmerk auf das Scharnier zwischen den Parteien und Parlamenten, die Fraktionen, vielfach auch als »Parteien im Parlament« bezeichnet. Die Referate und Sachstandsberichte sind publiziert (»Parteien im Parlament«/»Parties in Parliament«. Fraktionsakten in europäischen Partei- und Parlamentsarchiven/Records of parliamentary groups in European archives of parties and parliaments. Hg. v. Günter Buchstab. Sankt Augustin 1997).

Die letzte Veranstaltung, die erstmals auch unter Beteiligung außereuropäischer Archivare im Mai 1997 in Warschau stattfand, behandelte die elektronische Datenverarbeitung im Archivwesen und die Zugänglichkeit der Parlaments- und Parteiarchive. Die elektronische Datenverarbeitung in den Archiven steht in den meisten Ländern erst am Anfang, während diese neue Technologie, auf die vor allem die Dokumentationen der Parlamentsarchive angewiesen sind, insbesondere in den westeuropäischen Ländern zum Teil sehr weit fortgeschritten ist. Ebenso unterschiedlich gestaltet sich in den Parlaments- und Parteiarchiven der Zugang zu den Akten. Eine Hauptaufgabe sieht die Sektion darin, eine Vereinheitlichung der Zugangskriterien zu

erreichen und – was die elektronische Datenverarbeitung betrifft – auf der internationalen Ebene auf vergleichbare Standards hinzuwirken. Die baldige Publikation der Beiträge ist vorgesehen.

Es ist zu wünschen und zu hoffen, daß die Arbeit der Sektion und ihre Veröffentlichungen dazu beitragen, durch internationale Kommunikation und Kooperation die Bedeutung der Archive von Parteien und Parlamenten für das Selbstverständnis der jeweiligen Organisation oder Institution im allgemeinen Bewußtsein zu stärken, nicht zuletzt auch die Kenntnis und den Ausbau der betreffenden Archivbestände innerhalb der Länder, vor allem auch im internationalen Rahmen zu fördern und gemeinsame fachliche Standards in der Behandlung der Archivprobleme zu erarbeiten.

## Abstracts

### *Nils Goldschmidt: The emergence of the ›Freiburg Circles‹ (pp. 1-17)*

Resistance to the National Socialist dictatorship started early at the university of Freiburg, particularly in the faculties of law and political science, as was shown by the controversy surrounding the chancellorship of Heidegger. Later, following the shattering incidents of the *Reichskristallnacht*, an organized opposition was formed within the ›Freiburg Circles‹. Each one of these three circles consisted of different members and each compiled papers and documents for differing occasions when the need arose. The Freiburg national economist Walter Eucken played an essential part in this process, as will be shown in a later essay.

### *Angela Keller-Kühne: Women in democratic development. On the history of the foundation of the Christian Democratic Union in Hesse (pp. 19-34)*

Since the end of the 19th century, women have fought for political and social equality. Even today, women are precluded from participating equally in the contest for leading positions and mandates by the double burden of job and family combined with male prejudice. In the CDU in Hesse as well, women in leading positions were the exception in the 1940s and 1950s. Elisabeth Pitz-Savelsberg, Gabriele Strecker and Elisabeth Schwarzhaupt were well-known beyond the borders of Hesse and set an example for many carrying out the political day-to-day affairs at the grass roots and in towns and local communities.

### *Hans-Heinrich Jansen: Karl Georg Pfeleiderer's counter-plans for Adenauer's Deutschlandpolitik (pp. 35-71)*

It was with a certain delay that Pfeleiderer's counter-plans to Adenauer's foreign policy prevailed in his own liberal party, following which they developed an explosive force in coalition politics. His considerations went as far as departure from the Hallstein doctrine, although without being able to have any definite influence on German foreign policy. Pfeleiderer was ahead of his time in his ideas on the development of *détente*.

### *Jan Lipinsky: The Soviet internment camp No. 2 Buchenwald 1945-1950 (pp. 73-103)*

Until now, historical research on the internment camp No. 2 Buchenwald was dependent on contemporary witnesses. German and Soviet files now available allow a more accurate view of the history of this Soviet camp. How the camp was set up and who was imprisoned, its closure and hand-over can be detailed with the aid of the files. This also applies to the strenuous endeavours of the Protestant Church to provide pastoral care. It can also be shown how, after closure of the camp, propaganda-based reports were supposed to cover up injustices. The released prisoners stayed under constant surveillance of the *Volkspolizei* (GDR police force) who cooperated closely with the Soviet authorities.

*Franz-Josef Kos:* The case of Dertinger and the CDU in the GDR. The general mood in January and February 1953 (pp. 105-140)

On the basis of sources which have just become available, this essay investigates the situation of the CDU in the East following the arrest of its vice-chairman, the GDR minister of foreign affairs, Georg Dertinger, in January 1953. It has come to light that there were not only differing reactions from the grass roots. Members of the party leadership also gave differing statements during the local party assemblies, even though a party line existed which was only supposed to be commented on. This shows that the East CDU on its own was unable to adhere to the course laid down by the SED.

*Wolfgang Jäger and Michael Walter:* The *Demokratische Bauernpartei Deutschlands* (DBD) (Democratic Farmers' Party) during the process of transformation in 1989/90 (pp. 141-168)

Among the most impressive developments during the months of transition in 1989/90 was the rapid transformation of the old block party system dominated by the SED into a pluralistic party system as it existed in the Federal Republic of Germany. The essay analyses the programmatic, personnel and organizational developments of the DBD from the summer of 1989 until its unification with the CDU in September 1990.

*Günther Schulz:* Social market economy in historical perspective. An introduction (pp. 169-174)

Despite its success, there are differing opinions on social market economy. Does it have suitable maxims, concepts and the instruments to deal with the challenges of the present – high unemployment, the increasing costs of old-age pensions and expanding government spending. In the introduction to the interdisciplinary investigation of these questions, the essay touches on the content and meaning of the *Leitsatzgesetz* of 1948, which formed the basis of social market economy. The essay describes the main characteristics of social market economy and points out the two most important issues of debate: Where is the dividing line between economic and social policy? How much intervention is necessary, how much liberalisation possible?

*Otto Schlecht:* Ludwig Erhard and the political configuration of social market economy (pp. 175-190)

Social market economy is based on a broad foundation of economic and social scientific findings. Ludwig Erhard succeeded in developing and implementing a clear concept from the guidelines of social market economy. He had always stressed that the process of evolving social market economy as a concept of an open society would never be concluded but had continually to be further developed, taking into account new conditions. When developments took a wrong turning, they had to be corrected. The task for the present is: reminiscing about Erhard is not sufficient; it is imperative to act according to his basic principles.

*Dieter Reuter: Social market economy and legal development* (pp. 191-220)

The programme of social market economy is characterised by the demand for conformity of the market and the subsidiary principle. Legal development does not correspond with this. Although the *Bundesverfassungsgericht* (Federal Constitutional Court) proclaims the economic neutrality of the *Grundgesetz* (Basic Law), in practice it interprets the basic rights in a way which conflicts with the functional prerequisites of social market economy. Commercial law and other legal areas do not meet the requirements of social market economy. Labour and social laws are based on a mistrust in principle of the justice of market economy. Efforts to achieve conformity of the market and the subsidiary principle are therefore at a very early stage.

*Rainer Klump: Social market economy – from a model of economic order to a programme for the whole of society?* (pp. 221-238)

This essay poses the question as to whether programmatic renewal of the concept of social market economy is necessary. It is proposed that the concept should no longer be used purely as a model of economic order, but should be further developed as a programme for the whole of society, to include society and state. The chances and risks of such an enlarged concept are discussed with reference to the historical roots of social market economy and some existing programmes of reform, including Ludwig Erhard's concept of a 'formed society'.

*Manfred E. Streit: Social market economy: a case of demise or an export model?* (pp. 239-259)

The essay aims to demonstrate with the aid of examples that social market economy is in demise in its country of origin. It then investigates the EEC treaty of 1957 and the unification of monetary, economic and social systems between the former German Democratic Republic and the Federal Republic of Germany in May 1990 as being export models. The investigation shows that the attempts at social market economy in the EEC treaty have been increasingly blurred. With the introduction of monetary, economic and social unity, the encrusted and inflexible institutional system of the old Federal Republic was superimposed upon the East. Finally, the question will be dealt with as to how far the original concept of social market economy can serve as a guideline in the process of transforming other previously socialist countries.

*Günter Beaugrand: Contemporary witness at the editor's desk. The Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) (the union of those persecuted by the Nazi regime) and the Bund der Verfolgten des Naziregimes (BVN) (the association of those persecuted by the Nazi regime) as reflected in their periodicals* (pp. 261-281)

In October 1946 the independent and non-denominational VVN was founded also in the British zone. It soon came to strained relations between communists and democratic members, which particularly affected the unions's newspaper (*›VVN-Pressedienst‹*, later *›VVN-Nachrichten‹* and finally *›20. Jahrhundert‹*) published by the former *Zentrum* politician and member of the Christian Democratic Union, Peter Lütches. At the beginning of 1950, initiated by Lütches and Christian oriented members, the BVN was formed, which published the weekly periodical

»Das freie Wort«. Günter Beaugrand (\*1927) was the editor of the above mentioned newspapers and periodicals.

*Hildegard Krenzel*: Commemorative publications on the 50th anniversary of the foundation of the Christian Democratic Union and its associations (pp. 301-320)

The Library of the Konrad Adenauer Foundation collects and documents scientific literature and sources concerning the history and the policy of Christian Democracy. The publications issued on the occasion of the 50th anniversary of the foundation of the CDU are documented here.

*Günter Buchstab*: The Section of Parliaments and Political Parties on Archives in the International Council on Archives (pp. 321-324)

During the International Congress on Archives in Montreal in 1992, a Section of the Parliaments and Political Parties Archives was constituted. The reasons are presented here.

## Résumés

*Nils Goldschmidt*: La naissance des Cercles fribourgeois (pp. 1-17)

Très tôt, une résistance contre la dictature national-socialiste s'organisa à l'Université de Freiburg, en particulier dans les facultés de Droit et de Sciences politiques; la controverse à propos du Rectorat d'Heidegger en est l'illustration. Après la «Nuit de Cristal», une opposition organisée se forma au sein des cercles fribourgeois. Ces trois cercles, constitués de membres différents, élaborèrent des papiers et documents en diverses occasions. L'économiste fribourgeois Walter Eucken pris une part non-négligeable à ce processus, comme cela sera développé dans une contribution ultérieure.

*Angela Keller-Kühne*: Les femmes dans la construction démocratique. Contribution à l'Histoire de la fondation de la CDU dans le Land de Hesse (pp. 19-34)

Depuis la fin du 19<sup>e</sup> siècle, les femmes ont combattu pour obtenir l'égalité politique et sociale. Le double fardeau de la famille et de l'activité professionnelle ainsi que le ressentiment masculin, empêchent encore aujourd'hui une participation égalitaire des femmes aux emplois et aux mandats. Dans la CDU du Hesse, les postes-clés occupés par des femmes demeurèrent, dans les années 40 et 50, la grande exception. Elisabeth Pitz-Savelsberg, Gabriele Streckler et Elisabeth Schwarzhaupt étaient déjà à l'époque connues à l'échelle nationale et faisaient figure d'exemple pour toutes celles qui géraient les affaires courantes à la base du Parti, dans les villes et les communes.

*Hans-Heinrich Jansen: Les contre-projets de Karl Georg Pfeleiderer à la politique d'Adenauer (pp. 35-71)*

Les contre-projets de Pfeleiderer à la politique étrangère d'Adenauer ne se imposèrent d'abord qu'avec une certaine lenteur dans son propre Parti Liberal. Ses réflexions le conduisirent même à s'éloigner de la doctrine Hallstein, sans pour autant gagner une influence concrète sur la politique étrangère de l'Allemagne. En tant que maître à penser des développements d'une politique de détente, Pfeleiderer était en avance sur son temps.

*Jan Lipinsky: Le camp soviétique special n° 2 Buchenwald, 1945-1950 (pp. 73-103)*

Si la recherche historique avait dépendu jusqu'à présent des témoins de l'époque, des documents allemands et soviétiques accessibles pour la première fois permettent désormais un examen plus précis de l'histoire du Camp soviétique n° 2 Buchenwald. Ces documents permettent d'en décrire la construction, l'occupation ainsi que la dissolution et la transmission. Il en va de même pour les efforts intensifs de l'Eglise protestante en vue d'un encadrement spirituel. Il peut être également démontré comment une chronique propagandistique devait, après la dissolution du Camp, étouffer l'injustice. Les personnes libérées demeurent sous observation permanente de la Police qui coopérait étroitement avec les organes soviétiques.

*Franz-Josef Kos: Le cas Dertinger et la CDU de l'Est. Impressions des mois de janvier et février 1953 (pp. 105-140)*

A partir de sources désormais accessibles est, pour la première fois, examinée la situation de la CDU de l'Est après l'arrestation en janvier 1953 de son viceprésident, le ministre des Affaires Etrangères de la RDA, Georg Dertinger. Il en ressort que la diversité des réactions ne se manifesta pas seulement à la base. Lors des rassemblements de circonscription, des membres de la direction du Parti prirent des positions diverses, bien qu'il y eut une explication obligatoire qui devait seulement être clarifiée. Il devient ainsi évident que la CDU de l'Est n'était d'elle-même pas en situation de tenir le cap souhaité par la SED.

*Wolfgang Jäger und Michael Walter: Le Parti Démocratique des Agriculteurs Allemands (DBD) dans le processus de transformation de 1989/90 (pp. 141-168)*

La rapide transformation du système des partis de bloc, jusque lors dominé par la SED, en un système pluraliste sur le modèle de la RFA figure parmi les développements les plus spectaculaires des «mois du changement» de 1989/90. L'article examine l'évolution programmatique, organisationnelle et du personnel du DBD de l'été 89 jusqu'à la réunification avec la CDU en septembre 90.

*Günther Schulz: L'économie sociale de marché dans la perspective historique. Une introduction (pp. 169-174)*

En dépit de ses succès, l'économie sociale de marché fait l'objet de débat d'opinion. Userait-elle des maximes, concepts et instruments appropriés pour en finir avec les défis d'aujourd'hui: chômage élevé, hausse des coûts de l'assurance vieillesse, devoirs exponentiels de l'Etat? Afin

d'introduire le débat interdisciplinaire sur ces questions, cette contribution esquisse le contenu et la signification de la «Loi directrice» de 1948, qui devint le fondement de l'économie sociale de marché. L'auteur expose ses caractéristiques principales et présente les deux principaux points de litige: où passe la frontière entre politique sociale et politique économique? Combien d'interventionnisme est nécessaire, combien de libéralisme est possible?

*Otto Schlecht: Ludwig Erhard et la configuration politique de l'économie sociale de marché (pp. 175-190)*

L'économie sociale de marché se base sur un large fondement de sciences économiques et sociales. Ludwig Erhard parvint à faire évoluer l'idéal de l'économie sociale de marché vers une conception claire et de la transposer avec succès. Il a toujours souligné que l'économie sociale de marché, en tant que concept d'une société ouverte, ne serait jamais définitivement défini, mais qu'on devrait constamment la faire évoluer en considération des besoins nouveaux. Les fausses évolutions doivent être corrigées. Ce qui compte pour l'heure: un retour aux considérations d'Erhard n'est pas suffisant, mais l'action selon ses préceptes est inévitable.

*Dieter Reuter: L'économie sociale de marché et l'évolution du droit (pp. 191-220)*

Le programme de l'économie sociale de marché se caractérise par l'exigence de conformité et de subsidiarité au marché. L'évolution législative n'en tient cependant pas compte. La Cour constitutionnelle fédérale proclame en effet la neutralité de la Constitution en matière de politique économique, mais elle pratique une interprétation des Lois fondamentales qui porte souvent atteinte aux conditions de fonctionnement de l'économie sociale de marché. Le Droit économique et autres domaines du Droit ne satisfont pas aux postulats de l'économie sociale de marché. Une idée est à la base du Droit du travail et du Droit social, qui se méfie par principe de la probité de l'économie de marché. Dans cette mesure, l'effort pour la mise en conformité et pour la subsidiarité au marché est encore à ses débuts.

*Rainer Klump: L'économie sociale de marché: D'un modèle d'ordre économique à un idéal de politique sociale (pp. 221-238)*

Cette contribution s'interroge sur la voie la plus sensée sur laquelle devrait s'engager une rénovation programmatique de l'économie sociale de marché. Elle défend la thèse selon laquelle ce concept ne saurait se cantonner plus longtemps à un modèle d'ordre économique, mais qu'on devrait plutôt le faire évoluer vers un idéal de politique sociale, qui intègre Etat et société. Les chances et les risques d'une telle évolution conceptuelle sont discutés en tenant compte des racines de l'économie sociale de marché ainsi que de diverses propositions concrètes de réforme, parmi lesquelles on compte le concept de la «société formée» de Ludwig Erhard.

*Manfred E. Streit: L'économie sociale de marché: Modèle dépassé ou modèle exportable? (pp. 239-259)*

Cette contribution veut démontrer au moyen d'exemples, que l'économie sociale de marché est devenue, dans son pays d'origine, un modèle dépassé. L'auteur examine à titre de cas d'exportation le Traité instituant la CEE en 1957 ainsi que l'union économique, monétaire et sociale entre l'ex-RDA et la RFA de mai 1990. L'analyse démontre que les ébauches d'une économie sociale de marché furent de plus en plus estompées par le traité de Rome. Avec l'entrée

en vigueur de l'Union Monétaire, économique et sociale, le système institutionnel poussiéreux de la vieille République fédérale a été imposé au territoire adhérent de l'est. Enfin, il examine la portée du modèle de l'économie sociale de marché dans la transformation d'autres ordres économiques anciennement socialistes.

*Günter Beaugrand*: Des témoins de l'époque à la table de rédaction. L'Association des Victimes du régime Nazi (VVN) et la Fédération des Victimes du régime Nazi (BVN) au travers de leurs organes de presse (pp. 261-281)

En octobre 1946 fut également fondée dans la zone britannique, une association, politiquement et confessionnellement neutre, des victimes du régime Nazi. On en arriva bientôt à des tensions entre adhérents communistes et démocrates, lesquelles se répercutèrent particulièrement dans le journal de l'association «VVN-Service de presse», puis «VVN-Informations», et finalement «20<sup>e</sup> Siècle» – édité par l'ancien centriste et membre de la CDU, Peter Lütches. Au début de l'année 1950 fut fondé, à l'initiative de Lütches et de membres à tendance chrétienne, la Fédération des Victimes du régime Nazi (BVN), et qui publia l'hebdomadaire «La libre parole». Günter Beaugrand (\*1927) occupa le poste de rédacteur dans les journaux cités précédemment.

*Hildegard Kregel*: Brochures commémoratives du 50<sup>e</sup> anniversaire de la fondation de la CDU et de ses associations (pp. 301-320)

La bibliothèque de la Fondation-Konrad-Adenauer collectionne et offre à la consultation des publications scientifiques ainsi que des sources de l'Histoire et de la politique de la Démocratie Chrétienne. Un intérêt particulier est accordé à la dite «littérature grise», des écrits autopubliés et diffusés par les Partis d'Union et leurs organes. Les brochures commémoratives du jubilé du cinquantenaire de sa fondation, dans lesquelles se reflètent la diversité et les particularités régionales et communales de l'histoire du Parti, sont documentées ici.

*Günter Buchstab*: La section des archives de Parti et de Parlement au conseil international des archives (pp. 321-324)

A l'occasion de la Journée Internationale des Archives à Montréal en 1992, s'est constituée une section des archives de partis et de parlements. Les motivations en sont exposées ici.

## Resúmenes

*Nils Goldschmidt*: El origen de los «Círculos de Friburgo» (pp. 1-17)

En la Universidad de Friburgo, especialmente en la Facultad de Ciencias Jurídicas y Políticas, se generó muy pronto una resistencia contra la dictadura nacionalsocialista, como lo muestra la controversia sobre el rectorado de Heidegger. Tras la «Reichskristallnacht», con los «Círculos de Friburgo» se formó una oposición organizada. Cada uno de estos tres círculos, compuestos por diferentes grupos de personas, elaboró en diversas ocasiones opúsculos y documentos. El economista friburgués Walter Eucken participó considerablemente en estos procesos, como se demostrará en un estudio posterior.

*Angela Keller-Kühne: Mujeres en el proceso democrático. Sobre la fundación de la CDU en Hessen (pp. 19-34)*

Desde finales del siglo XIX, han luchado las mujeres por la igualdad de derechos políticos y sociales. La doble carga que presupone familia y profesión y la mala voluntad de los hombres se oponen, aún hoy, a una participación de las mujeres, con igualdad de derechos, en cargos públicos y mandatos. También en la CDU de Hesse, a fines de los años cuarenta y durante la década de cincuenta, fueron las mujeres en funciones directivas la gran excepción. Elisabeth Pitz-Savelsberg, Gabriele Strecker y Elisabeth Schwarzhaupt eran conocidas, ya entonces, más allá de las fronteras de la región y fueron un ejemplo para muchos de los que cumplían, en partidos, ciudades y municipios, el quehacer cotidiano.

*Hans-Heinrich Jansen: Contraproyectos de Karl Georg Pfeleiderer a la política de Adenauer sobre la cuestión alemana (pp. 35-71)*

Al principio, los contraproyectos de Pfeleiderer a la política exterior de Adenauer se impusieron dentro del propio FDP (partido liberal), con cierta morosidad, para desarrollarse después con una fuerza explosiva en el seno de la coalición política. En sus consideraciones, llegó Pfeleiderer hasta a distanciarse de la doctrina de Hallstein, pero, en la realidad, no pudo lograr una influencia concreta en la política exterior alemana. En su visión de una política de distensión, Pfeleiderer se adelantó a su tiempo.

*Jan Lipinsky: El campo especial de prisioneros soviético No. 2 Buchenwald, 1945-1950 (pp. 73-103)*

Si hasta la fecha, la investigación histórica dependió, en gran medida, de los relatos de testigos oculares, es así que ahora, actas alemanas y soviéticas, por primera vez asequibles, permiten un conocimiento más exacto de la historia del campo especial de prisioneros soviético No. 2 Buchenwald. En base a esas actas, se pueden poner de manifiesto su creación y la plantilla de personal, así como su disolución y transferencia. Asimismo, se ha podido tener conocimiento de los esfuerzos intensos de la Iglesia Protestante por prestar ayuda espiritual a los reclusos. También puede ponerse en evidencia, cómo, después de la disolución del campo, se trató de encubrir una situación de ilegalidad por medio de una bien calculada propaganda. Los excarcelados permanecieron bajo una vigilancia constante de una policía popular (Volkspolizei), que cooperaba estrechamente con las autoridades soviéticas.

*Franz-Josef Kos: El caso Dertinger y la CDU de la Alemania oriental. Impresiones de los meses de enero y febrero de 1953 (pp. 105-140)*

En base a fuentes documentales recién accesibles, se investiga aquí, por primera vez, la situación de la CDU del este, tras la detención, en enero de 1953, de su segundo presidente, el Ministro de Asuntos Exteriores de la RDA, Georg Dertinger. Es evidente que no sólo hubo reacciones controvertidas en la base del partido. También los miembros de la junta directiva hicieron diferentes declaraciones en las asambleas de distrito, a pesar de existir una declaración oficial, la cual era la única que debiera haberse divulgado. Con ello queda patente, que la CDU del este no fue capaz, dentro de su misma organización, de mantener el rumbo marcado por la SED (Partido Socialista Unitario).

*Wolfgang Jäger y Michael Walter:* El Partido Democrático de los Campesinos de Alemania (DBD) en el proceso de transformación, 1989/90 (pp. 141-168)

Entre los acontecimientos más impresionantes de los »meses del cambio« 1989/90, se encuentra la rápida transformación del sistema de partidos del bloque, dominados por la SED (Partido Unitario Socialista de la RDA), en un sistema de partidos pluralistas, según el modelo de la República federal. Este artículo analiza el desarrollo programático, personal y organizativo del Partido Democrático de los Campesinos de Alemania desde el verano de 1989 hasta su fusión con la CDU (Unión Cristiano-Demócrata), en Septiembre de 1990.

*Günther Schulz:* La Economía Social de Mercado en su perspectiva histórica. Una introducción (pp. 169-174)

A pesar de sus éxitos, la Economía Social de Mercado es motivo de controversia. ¿Dispone de normas, conceptos e instrumentos adecuados para hacer frente a los retos – paro extremado, costos rampantes del seguro de jubilación, gastos públicos en expansión – del presente? Como introducción a un debate interdisciplinario sobre esta pregunta, el artículo esboza el contenido y la importancia de la »Ley de principios« (Leitsatzgesetz) de 1948, que fuera la base de la Economía Social de Mercado. Expone las características principales y hace patente los dos temas de controversia más importantes: ¿Dónde está la línea fronteriza entre política económica y política social? ¿Cuánta intervención es necesaria, cuánta liberalización, posible?

*Otto Schlecht:* Ludwig Erhard y la configuración política de la Economía Social de Mercado (pp. 175-190)

La Economía Social de Mercado está basada en los cimientos proporcionados por sólidos conocimientos económicos y sociales. Partiendo del modelo de la Economía Social de Mercado, Ludwig Erhard logró desarrollar un concepto claro y lo llevó con éxito a la práctica. Insistió siempre en que el proceso de una Economía Social de Mercado, como concepción de una sociedad abierta, nunca estaría concluso, sino que, bajo nuevas condiciones, tendría que estar desarrollándose continuamente. Deficiencias tendrían que ser corregidas. No basta con invocar a Ludwig Erhard; es imprescindible actuar según sus principios.

*Dieter Reuter:* Economía Social de Mercado y el desarrollo del derecho (pp. 191-220)

El programa de la Economía Social de Mercado está caracterizado por exigir un sometimiento a las normas del mercado y una aplicación del principio de subsidiariedad. El desarrollo jurídico no corresponde a este requerimiento. Si bien es cierto que el Tribunal Federal Constitucional proclama la neutralidad, en términos de política económica, de la Ley Fundamental (Grundgesetz), en la práctica, su interpretación de los derechos básicos y una observancia legal que no tiene nada de neutral, menoscaba reiteradamente el funcionamiento de la Economía Social de Mercado. El derecho económico y otras esferas del derecho no se ajustan a los postulados de la Economía Social de Mercado. El derecho laboral y el derecho social son producto de un raciocinio, que desconfía, por principio, de la justicia de la economía de mercado. Tanto es así, que los esfuerzos por una conformidad a las normas del mercado y por la subsidiariedad se hallan aún en sus comienzos.

*Rainer Klump: Economía Social de Mercado: ¿De modelo para el orden económico a arquetipo político-social? (pp. 221-238)*

En este artículo, se indaga sobre la conveniencia de una renovación programática de la Economía Social de Mercado. Se sostiene que ese concepto no tiene que ser entendido solamente como un puro modelo del orden económico, sino que debería convertirse en un arquetipo político-social, que abarcara Estado y sociedad. Se discuten los pros y los contras de una tal evolución, teniendo en cuenta las raíces de la Economía Social de Mercado y diversas propuestas concretas de reforma, entre las cuales se encuentra también el concepto de Ludwig Erhard de la «Sociedad Formada».

*Manfred E. Streit: La Economía Social de Mercado – ¿Modelo en extinción o modelo para la exportación? (pp. 239-259)*

Esta contribución quiere demostrar con ejemplos que la Economía Social de Mercado, en su país de origen, se ha convertido en un modelo a extinguir. Acto seguido, se analizan el Tratado de la Comunidad Económica Europea de 1957 y la Unión Monetaria, Económica y Social entre la antigua RDA y la República federal, de mayo de 1990, como casos de exportación. La investigación demuestra que los vestigios de Economía Social de Mercado en el Tratado de la CEE se han ido difuminando cada vez más. Con la entrada en vigor de la Unión Monetaria, Económica y Social, el encallecido sistema institucional de la República federal se sobrepuso al de la República democrática. Por último, se examina en qué medida la Economía Social de Mercado puede servir de modelo para la transformación de otros, los ex-socialistas, sistemas económicos.

*Günter Beaugrand: Testigo de su tiempo en la mesa de redacción. La Asociación de Perseguidos del Régimen Nazi (VVN) y la Unión de Perseguidos del Régimen Nazi (BVN) reflejadas en sus órganos de prensa (pp. 261-281)*

En octubre de 1946 se fundó, en la zona británica, la Asociación de Perseguidos del Régimen Nazi, entidad que acogía cualesquiera afiliación política o confesión religiosa. Pronto se produjeron tensiones entre comunistas y miembros de talante democrático, que repercutieron particularmente en el periódico de la asociación («VVN-Pressedienst», llamado más tarde, «VVN-Nachrichten» y rebautizado «20. Jahrhundert»), editado por el antiguo político del partido del Centro y miembro de la CDU, Peter Lütsches. Por iniciativa de Lütsches y de otros miembros de orientación cristiana, se fundó, a principios de 1950, la Unión de Perseguidos del Régimen Nazi (BVN), que editó el semanario «Das freie Wort». Günter Beaugrand (\*1927) era redactor de los citados periódicos.

*Hildegard Krenzel: Obras conmemorativas con motivo del cincuentenario de la CDU y de sus agrupaciones (pp. 301-320)*

La Biblioteca de la Fundación Konrad Adenauer colecciona fuentes documentales y literatura científica sobre la historia y la política de la democracia cristiana. En este contexto, se asigna un interés especial a la llamada «literatura gris», es decir, a las publicaciones editadas y difundidas por los mismos partidos de la Unión y por sus gremios. En este artículo, se documentan las obras conmemorativas, que con ocasión del cincuentenario de la fundación de la Unión, entre junio de

1995 y julio de 1997 se recibieron en la biblioteca y que reflejan las múltiples particularidades regionales y locales, desarrolladas a lo largo de la historia del partido.

*Günter Buchstab*: La Sección de Archivos de Partidos y Parlamentos en el Consejo Internacional de Archivos (pp. 321-324)

En las Jornadas Archivísticas Internacionales, celebradas en 1992, en Montreal, se constituyó una Sección de Archivos de Partidos y Parlamentos. Aquí se exponen las razones.

## Zusammenfassungen

*Nils Goldschmidt*: Die Entstehung der Freiburger Kreise (S. 1-17)

Früh regte sich an der Universität Freiburg, insbesondere an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät, Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur, wie die Kontroverse um das Rektorat Heidegger zeigt. Nach der »Reichskristallnacht« formierte sich in den »Freiburger Kreisen« eine organisierte Opposition. Diese drei personell unterschiedlich besetzten Kreise erarbeiteten aus verschiedenen aktuellen Anlässen Arbeitspapiere und Dokumente. Der Freiburger Nationalökonom Walter Eucken war an diesen Prozessen wesentlich beteiligt, wie in einem späteren Beitrag gezeigt werden wird.

*Angela Keller-Kühne*: Frauen im demokratischen Aufbau. Zur Gründungsgeschichte der CDU in Hessen (S. 19-34)

Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts haben Frauen um politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung gekämpft. Die Doppelbelastung durch Familie und Beruf und die Ressentiments der Männer stehen auch heute noch der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen an Ämtern und Mandaten entgegen. Auch in der hessischen CDU waren Frauen in führender Position in den vierziger und fünfziger Jahren die große Ausnahme. Elisabeth Pitz-Savelsberg, Gabriele Strecker und Elisabeth Schwarzhaupt waren bereits damals über die Landesgrenzen hinaus bekannt und Vorbild für viele, die das politische Alltagsgeschäft an der Parteibasis und in Städten und Gemeinden leisteten.

*Hans-Heinrich Jansen*: Karl Georg Pfeleiderers Gegenentwürfe zur Deutschlandpolitik Adenauers (S. 35-71)

Pfeleiderers Gegenentwürfe zur Außenpolitik Adenauers setzten sich erst mit einer gewissen Verzögerung in seiner eigenen Partei durch, entwickelten dann aber koalitionspolitische Sprengkraft. Er ging in seinen Überlegungen bis hin zur Abkehr von der Hallstein-Doktrin, ohne allerdings konkreten Einfluß auf die deutsche Außenpolitik gewinnen zu können. Als Vordenker entspannungspolitischer Entwicklungen war Pfeleiderer seiner Zeit voraus.

*Jan Lipinsky: Das Sowjetische Speziallager Nr. 2: Buchenwald 1945-1950*  
(S. 73-103)

War die historische Forschung bislang im wesentlichen auf Zeitzeugen angewiesen, so erlauben jetzt erstmals zugängliche deutsche und sowjetische Akten genauere Einsicht in die Geschichte des sowjetischen Speziallagers Nr. 2 Buchenwald. Errichtung und Belegung sowie Auflösung und Übergabe können aufgrund der Akten dargestellt werden. Dies gilt ebenso für die intensiven Bemühungen der evangelischen Kirche um seelsorgerische Betreuung. Auch kann gezeigt werden, wie propagandistische Berichterstattung nach Auflösung des Lagers Unrecht vertuschen sollte. Die Entlassenen blieben unter ständiger Beobachtung der eng mit sowjetischen Organen kooperierenden Volkspolizei.

*Franz-Josef Kos: Der Fall Dertinger und die Ost-CDU. Ein Stimmungsbild aus den Monaten Januar und Februar 1953* (S. 105-140)

Auf der Grundlage jetzt zugänglicher Quellen wird hier zum ersten Mal die Situation der Ost-CDU nach der Verhaftung ihres zweiten Vorsitzenden, des DDR-Außenministers Georg Dertinger, im Januar 1953 untersucht. Es zeigt sich, daß es nicht nur unterschiedliche Reaktionen der Basis gab. Auch die Mitglieder der Parteiführung gaben auf den Bezirksversammlungen unterschiedliche Stellungnahmen ab, obwohl es eine verbindliche Erklärung gab, die nur erläutert werden sollte. Damit wird deutlich, daß die Ost-CDU aus sich heraus nicht in der Lage war, den von der SED gewünschten Kurs zu halten.

*Wolfgang Jäger und Michael Walter: Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) im Transformationsprozeß 1989/90* (S. 141-168)

Zu den beeindruckendsten Entwicklungen der »Wendemonate« 1989/90 gehörte die rasche Transformation des von der SED dominierten Blockparteiensystems hin zum pluralistischen Parteiensystem nach bundesrepublikanischem Modell. Der Aufsatz untersucht die programmatische, personelle und organisatorische Entwicklung der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) vom Sommer 1989 bis zur Vereinigung mit der CDU im September 1990.

*Günther Schulz: Soziale Marktwirtschaft in der historischen Perspektive. Eine Einführung* (S. 169-174)

Die Soziale Marktwirtschaft steht trotz ihrer Erfolge im Meinungsstreit. Verfügt sie über die geeigneten Maximen, Konzepte und Instrumente, um mit Herausforderungen der Gegenwart – hohe Arbeitslosigkeit, wachsende Kosten der Alterssicherung, expandierende Staatsausgaben – fertigzuwerden? Der Beitrag skizziert zur Einführung in die interdisziplinäre Erörterung dieser Fragen Inhalt und Bedeutung des »Leitsatzgesetzes« von 1948, das zur Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft wurde. Er stellt ihre Hauptkennzeichen dar und zeigt die beiden wichtigsten Streitthemen auf: Wo liegt die Grenzlinie zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik? Wieviel Intervention ist nötig, wieviel Liberalisierung möglich?

**Otto Schlecht:** Ludwig Erhard und die politische Gestaltung der Sozialen Marktwirtschaft (S. 175-190)

Die Soziale Marktwirtschaft basiert auf einem breiten Fundament wirtschafts- und gesellschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse. Ludwig Erhard ist es gelungen, aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft eine klare Konzeption zu entwickeln und diese erfolgreich umzusetzen. Er hat immer betont, daß die Soziale Marktwirtschaft als Konzept einer offenen Gesellschaft nie abgeschlossen sei, sondern stets unter Berücksichtigung neuer Bedingungen weiterentwickelt werden müsse. Fehlentwicklungen müssen korrigiert werden. Für die Gegenwart gilt: Die Rückbesinnung auf Erhard reicht nicht; das Handeln nach seinen Grundsätzen ist unerlässlich.

**Dieter Reuter:** Soziale Marktwirtschaft und Rechtsentwicklung (S. 191-220)

Das Programm der Sozialen Marktwirtschaft ist durch die Forderung nach Marktkonformität und Subsidiarität gekennzeichnet. Die Rechtsentwicklung entspricht dem nicht. Das BVerfG proklamiert zwar die wirtschaftspolitische Neutralität des Grundgesetzes, praktiziert aber eine Auslegung der Grundrechte, die die Funktionsbedingungen der sozialen Marktwirtschaft vielfach beeinträchtigt. Das Wirtschaftsrecht und andere Rechtsbereiche werden den Postulaten der sozialen Marktwirtschaft nicht gerecht. Dem Arbeits- und Sozialrecht liegt ein Denken zugrunde, das der Gerechtigkeit der Marktwirtschaft prinzipiell mißtraut. Das Bemühen um Marktkonformität und Subsidiarität steht insoweit noch ganz am Anfang.

**Rainer Klump:** Soziale Marktwirtschaft: Vom Wirtschaftsordnungsmodell zum gesellschaftspolitischen Leitbild? (S. 221-238)

Der Beitrag fragt, in welcher Richtung eine programmatische Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft sinnvoll sein könnte. Es wird die These vertreten, daß das Konzept nicht länger nur als ein reines Wirtschaftsordnungsmodell verstanden werden, sondern zu einem gesellschaftspolitischen Leitbild weiterentwickelt werden sollte, das Gesellschaft und Staat einschließt. Chancen und Risiken einer solchen Weiterentwicklung werden diskutiert unter Berücksichtigung der Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft und verschiedener konkreter Reformvorschläge, wozu auch Ludwig Erhards Konzept der »formierten Gesellschaft« zählt.

**Manfred E. Streit:** Die Soziale Marktwirtschaft – Auslauf- oder Exportmodell? (S. 239-259)

Der Beitrag will mit Beispielen belegen, daß die Soziale Marktwirtschaft in ihrem Ursprungsland zum Auslaufmodell geworden ist. Er untersucht sodann den EWG-Vertrag von 1957 und die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der vormaligen DDR und der Bundesrepublik vom Mai 1990 als Exportfälle. Die Untersuchung zeigt, daß Ansätze Sozialer Marktwirtschaft im EWG-Vertrag zunehmend verwischt wurden. Mit Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion wurde dem Beitrittsgebiet das verkrustete Institutionensystem der alten Bundesrepublik übergestülpt. Schließlich wird geprüft, inwieweit die Soziale Marktwirtschaft Leitbild für die Transformation anderer ehemals sozialistischer Wirtschaftsordnungen sein kann.

*Günter Beaugrand: Zeitzeuge am Redaktionstisch. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und der Bund der Verfolgten des Naziregimes (BVN) im Spiegel ihrer Presseorgane (S. 261-281)*

Im Oktober 1946 wurde auch in der britischen Zone die überparteiliche und überkonfessionelle Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) gegründet. Bald kam es zwischen Kommunisten und demokratischen Mitgliedern zu Spannungen, die sich besonders auf die von dem ehemaligen Zentrumsolitiker und CDU-Mitglied Peter Lütches herausgegebene Verbandszeitung (»VVN-Pressediens«, dann »VVN-Nachrichten«, zuletzt »20. Jahrhundert«) auswirkten. Anfang 1950 wurde auf Initiative von Lütches und christlich orientierten Mitgliedern der Bund der Verfolgten des Naziregimes (BVN) gegründet, der die Wochenzeitung »Das freie Wort« herausgab. Günter Beaugrand (\*1927) war Redakteur bei den genannten Zeitungen.

*Hildegard Kregel: Festschriften zum 50jährigen Bestehen der CDU und ihrer Vereinigungen (S. 301-320)*

Die Bibliothek der Konrad-Adenauer-Stiftung sammelt und erschließt wissenschaftliche Literatur und Quellen zur Geschichte und Politik der Christlichen Demokratie. Besonderes Interesse gilt der sogenannten »Grauen Literatur«, den Schriften, die von den Unionsparteien und ihren Gremien selbst publiziert und verbreitet werden. Hier sollen die anlässlich des 50jährigen Gründungsjubiläums eingegangenen Festschriften dokumentiert werden, in denen sich die vielfältigen regionalen und kommunalen Besonderheiten der parteigeschichtlichen Entwicklung widerspiegeln.

*Günter Buchstab: Die Sektion der Partei- und Parlamentsarchive im Internationalen Archivrat (S. 321-324)*

Auf dem Internationalen Archivtag in Montreal 1992 konstituierte sich eine Sektion der Partei- und Parlamentsarchive. Die Gründe werden hier dargelegt.

## **Die Mitarbeiter dieses Bandes**

*Günter Beaugrand*, Sperberstraße 13, D-59071 Hamm

*Dr. Günter Buchstab*, Vorsitzender der Sektion der Partei- und Parlamentsarchive im Internationalen Archivrat, Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, D-53757 Sankt Augustin bei Bonn

*Dr. Yorck Dietrich*, Ankerstraße 10, D-53757 Sankt Augustin bei Bonn

*Nils Goldschmidt*, Bernhardstraße 12, D-79098 Freiburg

*Prof. Dr. Wolfgang Jäger*, Seminar für Wissenschaftliche Politik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Rempartstraße 15, D-79085 Freiburg

*Dr. Hans-Heinrich Jansen*, Historisches Seminar der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Senckenberganlage 31, Postfach 11 19 32, D-60054 Frankfurt am Main

*Dr. Angela Keller-Kühne*, Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, D-53757 Sankt Augustin bei Bonn

*Prof. Dr. Rainer Klump*, Abteilung Wirtschaftspolitik, Universität Ulm, Helmholtzstraße 20, D-89081 Ulm

*Dr. Franz-Josef Kos*, Broichstraße 2, D-50170 Kerpen

*Hildegard Krengel*, Konrad-Adenauer-Stiftung, Wissenschaftliche Dienste, Rathausallee 12, D-53757 Sankt Augustin bei Bonn

*Jan Lipinsky M.A.*, Prinz-Albert-Straße 89, 53113 Bonn

*Prof. Dr. Dieter Reuter*, Institut für Wirtschafts- und Steuerrecht der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Olshausenstraße 40, D-24098 Kiel

*Prof. Dr. Otto Schlecht*, Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung e.V.,  
Johanniterstraße 8, D-53113 Bonn

*Prof. Dr. Günther Schulz*, Seminar für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der  
Universität zu Köln, Albertus-Magnus-Platz, D-50923 Köln

*Prof. Dr. Manfred E. Streit*, Max-Planck-Institut zur Erforschung von Wirt-  
schaftssystemen, Abteilung Institutionenökonomik und Wirtschaftspolitik,  
Kahlaische Straße 10, D-07745 Jena

*Dr. Michael Walter*, Seminar für Wissenschaftliche Politik, Albert-Ludwigs-  
Universität Freiburg, Rempartstraße 15, D-79085 Freiburg

# Klett-Cotta

## Geschichtliche Grundbegriffe jetzt komplett

*Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*  
Herausgegeben von Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck  
7 Bände + Register in 2 Teilbänden  
Zusammen etwa 9000 Seiten, rund 120 Grundbegriffe

### Nutzen Sie jetzt das günstige Subskriptionsangebot:

Wenn Sie bis zum **31.12.1997** die 8 Bände des Lexikons »Geschichtliche Grundbegriffe« bestellen, erhalten Sie einen Preisvorteil von **DM 504,-** gegenüber dem ab 1998 gültigen Gesamtpreis.

Preis Gesamtwerk bis **31. 12. 1997:**    **DM 1.730,-**

Preis Gesamtwerk ab **1. 1. 1998:**        **DM 2.234,-**

Das Lexikon »Geschichtliche Grundbegriffe« ist nur komplett zu beziehen.



»Ein Standardwerk  
von eindrucksvoller  
Geschlossenheit, das  
auf Jahrzehnte  
hinaus schwerlich  
überboten werden  
wird.«

*Frankfurter Allgemeine  
Zeitung*



Klett-Cotta

# FORUM

## für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte

Herausgegeben von Nikolaus Lobkowitz,  
Leonid Luks und Donal O'Sullivan

Erscheinungsweise: zweimal jährlich  
Einzelheft DM 68,-/sFr 62,-/öS 453,-  
Jahrgang DM 118,-/sFr 105,-/öS 861,-  
ISSN 1433-4887

Jahrgang 1, Heft 1. 1997. 289 Seiten. Broschur.

Die Zeitschrift soll sich mit der wissenschaftlichen Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit osteuropäischer Länder befassen. Erst heute ist die Erforschung der jüngsten Geschichte Osteuropas auf einer breiten dokumentarischen Basis möglich. Die zusammengebrochenen Regime des "real existierenden Sozialismus" hinterließen Berge von Archivalien, womit sich die Kommunismus-Forschung im Jahre 1945 befindet. Die osteuropäische Zeitgeschichte kann nun den Bereich der Spekulationen und Vermutungen verlassen und ihre Thesen mit Hilfe des heute zugänglichen Archivmaterials erhärten und vertiefen.

Die Zeitschrift steht gleichermaßen osteuropäischen und westlichen Forschern für Publikationen zur Verfügung. Aufsätze, die sich auf neu erschlossene Archivmaterialien stützen, und Dokumente in Originalsprache und deutscher Übersetzung bilden den Schwerpunkt des historischen Teils des "Forums". Der ideengeschichtliche Teil widmet sich vor allem der jahrzehntelangen Suche osteuropäischer Intellektueller nach den Alternativen zur herrschenden kommunistischen Doktrin. Immer wieder hatte es in den Ländern des ehemaligen Ostblocks wie auch im Exil Versuche gegeben, an den westlichen Diskurs anzuknüpfen.

**BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN**

Theodor-Heuss-Str. 76, D - 51149 Köln

# Europa als Auftrag

Die Politik deutscher Christdemokraten im  
Europäischen Parlament 1957-1997.  
Von den Römischen Verträgen zur Politischen Union

Herausgegeben von  
Günter Rinsche und Ingo Friedrich

1997. VII, 472 Seiten. 28 Abbildungen.  
Gebunden mit Schutzumschlag.  
ISBN 3-412-00897-4

Am 25. März 1957 unterzeichneten Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer und andere europäische Staatsmänner auf dem Hügel des Capitols die „Römischen Verträge“ und legten damit das institutionelle Fundament der europäischen Einigung.

Das Datum 25. März 1957 markiert den historischen Ausgangspunkt einer immer engeren Zusammenarbeit der Staaten Westeuropas bis hin zur Europäischen Union von heute. In den 40 Jahren 1957-1997 gestaltete sich die Einigungsbewegung, trotz aller Krisen, Schwierigkeiten und Rückschläge, zu einer unleugbaren Erfolgsgeschichte.

Die Publikation „Europa als Auftrag“, mit einem Geleitwort von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, beweist – in Berichten von Zeitzeugen, Beiträgen zu Einzelthemen, Redetexten und einem umfangreichen Anhang-, in welcher vielfältiger Weise deutsche Europapolitiker, insbesondere auch die Mitglieder der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, an der Einigung Europas in den vergangenen 40 Jahren mitgewirkt und das europäische Friedenswerk aufgebaut haben.

**BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN**

Theodor-Heuss-Str. 76, D - 51149 Köln

# In Verantwortung für Deutschland

## 50 Jahre CDU

Herausgegeben von Gerd Langguth

1996. 152 Seiten. Broschur. ISBN 3-412-09596-6

Die Geschichte der CDU ist mit der Geschichte des demokratischen Neubeginns in Deutschland aufs engste verbunden. Unmittelbar nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft aus einer spontanen Gründungswelle hervorgegangen, entwickelte sie sich zur erfolgreichsten politischen Formation der demokratischen Parteiengeschichte Deutschlands. Mit ihrer Politik der europäischen Integration, der Sozialen Marktwirtschaft und der deutschen Einheit, mit Staatsmännern wie Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger und Helmut Kohl hat sie im wahrsten Sinne des Wortes „Geschichte gemacht“. In diesem Band mit einem Grußwort von Helmut Kohl beschäftigen sich namhafte Wissenschaftler und Politiker mit der Gründungsgeschichte, politischen Weichenstellungen und der Zukunft der „Union“.

## Frei und geeint

### Europa in der Politik der Unionsparteien

Darstellungen und Dokumente zum 40. Jahrestag  
der Unterzeichnung der Römischen Verträge

Herausgegeben von Günter Rinsche

1997. XII, 344 Seiten. Broschur. ISBN 3-412-00997-0

Am 25. März 1957 wurden die „Römischen Verträge“ zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) unterzeichnet. Die neuen Gemeinschaften bildeten zusammen mit der Montanunion die entscheidende Grundlage für den Fortgang der europäischen Integration. Aus Anlaß des 40. Jahrestages der Unterzeichnung will dieser Band mit Darstellungen und Dokumenten die europapolitischen Ideen, Initiativen und Leistungen der Unionsparteien und ihrer Exponenten darstellen und würdigen.

**BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN**

Theodor-Heuss-Str. 76, D - 51149 Köln